

Verhandlungen  
des  
**Vereins für Socialpolitik**  
**in Königsberg 1930**

**Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik**  
**Deutsche Agrarnot**  
**Städtische Wohn- und Siedelwirtschaft**

**Auf Grund der stenographischen Niederschrift**  
**hrsg. von Franz Boese**



Duncker & Humblot **reprints**



Schriften  
des  
Vereins für Sozialpolitik.

---

182. Band.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik  
in Königsberg 24. bis 26. September 1930.

Auf Grund  
der stenographischen Niederschrift  
herausgegeben von  
Dr. Franz Boese.



Verlag von Duncker & Humblot.  
München und Leipzig 1931.

Verhandlungen  
des Vereins für Sozialpolitik  
in Königsberg 1930.

---

Grundlagen und Grenzen  
der Sozialpolitik.

Deutsche Agrarnot.

Städtische Wohn- und  
Siedelwirtschaft.

Auf Grund  
der stenographischen Niederschrift  
herausgegeben von  
Dr. Franz Boese.



Verlag von Duncker & Humblot.  
München und Leipzig 1931.

**Alle Rechte vorbehalten.**



**Altenburg (Thür.)**  
**Pfeifersche Hofbuchdruckerei**  
**Stephan Gelbel & Co.**

## Inhaltsverzeichnis.

### Erster Verhandlungstag.

	Seite
Eröffnung und Begrüßung. Worte der Erinnerung für Erwin Nasse und Heinrich Herkner . . . . .	3
Referat von Adolf Weber: Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. . . . .	23
Referat von Eduard Heimann: Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. . . . .	58

### Zweiter Verhandlungstag.

Referat von Sering: Die internationale Agrarkrise. . . . .	88
Referat von v. Batočki: Menschen und Wirtschaft in der Ostmark, die Wirtschaftsnot im deutschen Osten . . . . .	118
Referat von v. Dieze: Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie . . . .	138
Aussprache . . . . .	153

### Dritter Verhandlungstag.

Referat von Zimmermann: Die Grenzen der Wohnungszwangswirtschaft. . . . .	229
Referat von v. Hayek: Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen . . . . .	253
Referat von Robert Wilbrandt: Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit. . . . .	271
Aussprache . . . . .	291

### Anhang.

I. Entgegnung von Dr. Bunzel . . . . .	345
II. Studienfahrt durch Ostpreußen von E. F. Müller . . . . .	349
III. Geschäftliche Beschlüsse der Generalversammlung. . . . .	354
IV. Sing des Vereins für Sozialpolitik . . . . .	357



## **Erster Verhandlungstag.**

---

**Schriften 182 — Verhandlungen 1890.**



## Erster Verhandlungstag.

Mittwoch, den 24. September 1930, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr.

### Eröffnung und Begrüßung.

Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Eckert-Köln:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vorsitzender eröffne ich die Generalversammlung. Alle Erschienenen heiße ich herzlich willkommen, vornehmlich die Persönlichkeiten, die im Auftrag von Reichs- und Landesämtern, von Körperschaften, als Vertreter Königsbergs hierher gekommen sind. Aus der Zahl unserer Ehrengäste darf ich einige wenige namentlich begrüßen: Zunächst Seine Magnificenz den Rektor der Albertina, in deren Räumen wir weilen, vertreten durch Prorektor Professor Dr. Junker, die Chefs der Provinzialverwaltung, den Herrn Oberpräsidenten Dr. Siehr und den Herrn Landeshauptmann Dr. Blunk, auch dessen Direktor Dr. Müller, der die Dreitagefahrt durch die Ostmark in glänzender Weise vorbereitet hat. Ich begrüße ferner den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Herrn Dr. Brandes, und den Direktor der ostpreußischen Landschaft, Freiherrn von Gath.

Mit besonderer Freude sehen wir unser hochberehrtes, um den Verein verdientes Mitglied, den Herrn Albundespräsidenten unserer Nachbarrepublik Österreich Dr. Hainisch, heute unter uns. Was er für Österreich in schwierigster Zeit als Haupt der Republik erreicht hat, wird ihm nicht vergessen werden. Es wurde vor nicht langer Zeit das Wort gesprochen von der einen Nation, geteilt in zwei Staaten. So wird das Große, das Bundespräsident Hainisch während seiner Amtsjahre an der Spitze des stammverwandten Freistaates geleistet hat, vom gesamten deutschen Volk lebhaft mitempfunden, werden seine erfolgreichen Arbeiten auch bei uns in dankbarer Erinnerung bleiben.

(Lebhafte Beifall.)

Unser Weg hat uns diesmal nach der größten Stadt der vom Reichswörper durch den Frieden von Versailles abgesprengten Landschaft geführt. Ostpreußen, um dessen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau

Deutsche von den Tagen der Ordensritter bis zur Gegenwart sich in Jahrhunderten gemüht haben, ist heute das Schmerzenskind unseres Volkes geworden.

Über elf Jahre hat es gedauert, bis wir am Rhein die Sieger aus deutschen Häusern und Wohnungen abziehen sahen. Wer die Not der Rheinlande, am schärfsten ausgeprägt in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch, wer den Druck, der noch bis vor wenigen Monaten alle Lebensäußerungen umspannte, nicht miterlebt hat, kann sich von der Größe, von dem Ausmaß des Erduldeten kaum eine Vorstellung machen. Nur die wenigsten von denen, die nicht selbst unters Schwert gestellt waren, vermögen zu ahnen, was für Angehörige einer tapferen, durch vier Jahre ruhelosen Kampfes erschöpften Nation diese Besetzung bedeutete. Unmittelbar nach der Niederlegung der Waffen auf Jahre hinaus die siegreichen, nach dem ihnen selbst fast unerwarteten Ausgang des Kampfes übermüdigen Gegner im eignen Haushalt, in der nächsten Umwelt zu haben, war für Familien überaus schmerzlich, deren jede den Tod oder die Verwundung von Mitgliedern beklagte. Wir sahen die Frauen in Trauer mit ihren unversorgten Kindern, genötigt, in ihren Wohnungen Männer aufzunehmen, nicht wissend, ob unter ihnen nicht auch jener sich befand, dessen Waffe der Gatte, der Vater, der Bruder zum Opfer gefallen war. Ge- wiß hat es neben übermüdigen Militärherren, die absichtlich Menschenwürde verletzten, nicht an einsichtigen Führern und Geführten unter den Besatzungstruppen gefehlt, die versuchten, das Los der Rheinländer zu erleichtern. Aber selbst deren Maßnahmen wurden immer wieder durchkreuzt aus Situationen heraus, wie sie die ganze Sachlage mit sich bringen mußte.

Fast doppelt so lange wie die Herrschaft Napoleons vor hundert Jahren über Preußen gedauert hatte, haben die fremden Heere im Rheinland geboten. Die Wohnungsnot wurde dadurch, daß die Besetzungsarmeen in Scharen Frauen und Kinder nachrückten ließen, zeitweise aufs äußerste gesteigert. Schlimmer noch als solche Beengung und Bedrückung lastete seelisch auf der deutschen Bevölkerung die Auswirkung der Besatzungsgewalt, deren 316 Ordonnazen überall in das öffentliche und private Leben eingriffen. Im Zeitalter des modernen Verkehrs vermochten die Sieger mit Kraftwagen, Fernsprechern und sonstigen Hilfsmitteln unserer raumüberwindenden Technik ein Überwachungssystem durchzuführen, das sich bis in jeden Winkel erstreckte.

Die Unterstellung der Bevölkerung unter die Militärgerichtsbarkeit, deren Rechtsauffassungen und Verfahren deutschen Bürgern fremd und unverständlich blieben, vor der die Deutschen sich wehrlos fühlten, nachdem Beschwerden über Besetzungsangehörige als Bekleidungen der Besatzungstruppen bestraft worden waren, blieb eine furchtbare Härte. Die Beschränkung der Presse und der Versammlungsfreiheit, die Ausübung der Militärpolizei, die fast ausschließlich politischen Zwecken diente, quälte eine Bevölkerung, die allzeit empfindlich gegen Eingriffe in ihre Freiheit gewesen. Gehemmt und gelähmt in ihrer Arbeit, bedrückt und eingeengt lebten die Rheinländer über ein Jahrzehnt und haben sich doch dem Geistesdruck der Fremden nicht gebeugt.

Das Rheinland ist nun wieder frei, frei von fremder Besetzung, nicht frei von den Wunden und Schäden, die die lange Besetzungszeit verschuldet hat. Gerade weil aber ein vor wenigen Jahren kaum erhoffter Fortschritt erzielt ist, sind wir im Westen des Reichs durch die Verhältnisse des Ostens in besonderem Maße berührt.

Die Rückbesiedlung des einst von Germanen beherrschten Ostens und seines Vorfeldes gehört zu den instinktivsten Taten unseres Volkes. Unbewohnte oder dünnbesetzte Räume, in denen Menschen primitiver Wirtschaftsstufen lebten, wurden durch zähe Kolonistentätigkeit im Lauf der Jahrhunderte zu Kulturfeldern deutscher Nation gewandelt. Der mittlere Osten unseres Erdteils hat in einem drausen heute fast vergessenen Ausmaß, durch deutscher Hände und Geister Arbeit seine europäische Art erhalten.

Das Zerschneiden der Lebensadern zwischen diesen Landstrichen und dem Reichskörper nach dem Weltkriege, die Willkürlichkeit der Teilungen hat für den Fortbestand der „Insel“ Ostpreußen Schwierigkeiten geschaffen, die stets neuen Zwiespalt und Hader bringen müssen. Die ungelöste Korridorfrage trennt nicht nur Deutschland und Polen, hemmt deren Aussöhnung, sondern wird zur europäischen Sorge wegen der in ihr schlummernden Gefahren. Das Recht, eine Änderung anzustreben, nicht mit abenteuerlichen Mitteln, sondern etwa in der Weise, wie sie der sogenannte Revisionsartikel 19 des Völkerbundspaktes erlaubt, kann und wird sich Deutschland nicht nehmen lassen. Die Ungerechtigkeit, Unzweckmäßigkeit, Unhaltbarkeit des jetzt Vorhandenen ist auch von einsichtigen französischen Politikern zugegeben worden. Selbst unser stärkster Hasser, Georges Clemenceau, hat in seinem letzten Werk über „Größe und Tragik eines Sieges“ den lapidaren Satz ge-

schrieben: „Europa findet sich damit ab, daß Deutschland für die Zukunft keineswegs auf jede Abänderung seiner Ostgrenzen verzichtet hat.“ Es liegt ebenso sehr im Interesse Polens wie Deutschlands und des ganzen Europa, daß alle mithelfen, die aus der ungerechten Grenzziehung fließende ewige Unruhe zu beseitigen, die Wunden an der deutschen Ostflanke vernarben zu lassen.

Die Losreißung hat das Wirtschaftsleben des abgesprengten deutschen Territoriums in diesen Jahren vor schier übermenschliche Aufgaben gestellt. Deren Lösung wird dadurch erschwert, daß die Hauptproduktionszweige Ostpreußens hineingezogen wurden in den Strudel ökonomischer Ereignisse, deren Auswirkung wir alle in der Gegenwart mitempfinden, daß die Landwirtschaft unter einer Weltkrise von starkem Ausmaß leidet, unübersehbar in ihren Folgeerscheinungen. Gewiß ist das ganze deutsche und das Wirtschaftsleben anderer führender Mächte heute von schweren Krankheiten befallen. Gewiß ist die Lage der Industrie bei uns im Westen nichts weniger als rosig. Aber dort kann eher mit Umstellungen, die den Aufstieg ermöglichen, gerechnet werden, als in der Landwirtschaft, für die neue Lagen gefunden und herausgebildet werden müssen. Die Not ist nur durch Mittel zu heilen, die den ganzen Volkskörper neu beleben; ihre Anwendung ist geboten, um deutsches tausendjähriges Kolonisationswerk innerhalb des ihm noch verbliebenen Hoheitsbereichs nicht verlorengehen zu lassen.

Angesichts solcher Verhältnisse haben wir uns unter Überwindung erheblicher Bedenken im vergangenen Herbst entschlossen, die Generalversammlung in Königsberg abzuhalten. Der Mehrheit des Hauptausschusses war der Gedanke der Schicksalsverbundenheit mit der Ostmark ausschlaggebender, als der vielfach geäußerte Wunsch, eine im mittleren Deutschland gelegene Stadt zu wählen, um die Zugangsmöglichkeiten zu erleichtern. Die zum Teil aus weiter Ferne Eingetroffenen wollen zugleich den Dank dafür bekunden, daß vor nunmehr zehn Jahren die Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen nach dem Zusammenbruch uns als Leuchtzeichen erschienen, als Ausdruck des festen Glaubens breiter Massen an den Wiederaufstieg unserer Nation. Diese Energieanspannung eines zu Boden geschlagenen und niedergehalstenen Volkes, das sich nicht aufgab, dieser Weitblick und diese Willenskraft haben den Siegern zum ersten Male wieder Achtung abgerungen.

Wir freuen uns, in dieser ehrfurchtgebietenden, jetzt aus ihren Um-

wallungen herausgewachsenen Stadt zu weilen. Wir freuen uns der Gastfreundschaft einer der ältesten deutschen Universitäten, deren Bedeutung allein schon durch die Zugehörigkeit Immanuel Kants hochragend unter ihren Mitschwestern ist. Wir freuen uns, am Geburtsorte und der Wirkungsstätte vieler wissenschaftlicher Größen diesmal zu tagen. Wir danken allen Mitgliedern des Ortsausschusses, besonders Prof. Dr. Bleugels, von Herzen für die hingebende, opferwillige Arbeit, die zum Gelingen unserer Zusammenkunft wesentlich beigetragen hat. Er hat in nie ermüdender Sorge der Generalversammlung die Wege geebnet, sich keiner Unregung, keiner unserer Bitten versagt. Es ist mir Bedürfnis, meinem ehemaligen Kölner Kollegen Bleugels, den wir ungern vom Rhein scheiden sahen, herzlich für seine große, erfolgreiche Mühewaltung zu danken. Dem Vorsitzenden des Ortsausschusses, Exzellenz von Batocki, fühlen wir uns ebenfalls dankbar verbunden. Besonders verpflichtet sind wir ihm dafür, daß er den wichtigen Vortrag über Menschen und Wirtschaft in der Ostmark übernommen hat.

Die Verhandlungsthemen dieser Tagung erwachsen aus den Kern- und Notfragen unserer Zeit, zu deren Beantwortung wir glauben aufklärend beitragen zu können.

Unsere Gesellschaft hat in Kissingen beschlossen, den schon historisch gewordenen Namen „Verein für Sozialpolitik“ beizubehalten, obwohl unsere wissenschaftlichen Ziele weiterreichen, als dieser Titel besagt. Gerade wegen der engen, durch die Überlieferung uns überkommenen Firmierung dürfen wir betonen, daß wir nicht nur an die Technik der Sozialpolitik bei unseren Aufgaben und Forschungen denken, daß wir uns nicht damit begnügen, neue sozialpolitische Wünsche zu formen und zu vertreten. Auch wir wollen im Rahmen wahrer Politik bleiben, das heißt die Kunst des sozialwirtschaftlich Möglichen üben und dessen Voraussetzungen immer wieder überprüfen. Wir erörtern die Sozialprobleme im Zusammenhang mit den ihnen verbundenen volkswirtschaftlichen Fragen, von denen sie nicht losgelöst werden können.

„Eine wandernde Akademie der Sozialwissenschaften“ ist unser Verein gelegentlich genannt worden. Sie werden es begreiflich finden, daß gerade eine solche angesichts der Problematik deutscher Zustände, nach den Grörterungen über Für und Wider jeder Sozialpolitik, insbesondere deutscher sozialpolitischer Forderungen, wie wir sie in den jüngsten Jahren vernommen haben, den Wunsch hatte, die Grundlagen

und Grenzen aller Sozialpolitik behandeln zu lassen. Rede und Gegenrede werden Sie hören von Adolf Weber und Eduard Heimann, von Männern verschieden in Weltanschauung wie wissenschaftlicher Zielsezung, aber einig im hohen sittlichen Ernst, in dem die Aufgaben gesehen und behandelt werden müssen.

Der zweite Tag wird agrarwissenschaftlichen Fragen gewidmet sein. In Verbindung mit Konstantin v. Dieze, unterstützt durch opferwillige Mitarbeiter, hat Max Sering, der Großmeister der deutschen und internationalen Agrarwissenschaft, zu dessen Füßen viele von uns in ihren jungen Jahren gesessen, drei stattliche Bücher über die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, das heißt eines der wichtigsten Zeitprobleme, herausgegeben. Wir freuen uns, daß hier in Königsberg Geheimrat Sering, der soeben frisch und lebendig von seiner anstrengenden Amerikareise heimgekehrt ist, der diese Amerikafahrt um unserer Tagung willen abgekürzt hat, mit der ganzen Kraft seiner geistigen Persönlichkeit Kernfragen der heutigen Agrarnot behandeln wird.

(Lebhafter Beifall.)

Der dritte Tag greift ebenfalls ein Problem von starker Bedeutung heraus. Er ist durch eine Schriftenreihe vorbereitet, für die Waldemar Zimmermann mit seinen Mitarbeitern hingebende Arbeit geleistet hat. Die städtische Wohn- und Siedlungswirtschaft steht zur Behandlung. Wie folgenschwer auch diese Fragen sind, bedarf keiner Erörterung. Ohne Trennung von Wohnung und Werkstatt wäre der soziale Aufstieg vergangener Jahrzehnte nie möglich gewesen. Mit guter Wohnung sind wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wahres Kulturleben gegeben. Es ist daher für uns gewiß angebracht, Klarheit über die Grenzen der Wohnungszwangswirtschaft, die Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen, über Zusammenhänge der Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit zu suchen.

Meine Damen und Herren! Ehe wir die Tagungspräsidenten der Generalversammlung wählen und an die Erledigung dieser Programm-punkte herantreten, lassen Sie mich noch zweier Männer gedenken, deren Wirken für die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik von besonderer Bedeutung gewesen ist.

Um 2. Dezember 1929 waren hundert Jahre verflossen seit der Geburt des ersten Vorsitzenden unseres Vereins Erwin Massé. Er ent-

stammte der Familien des berühmten Klinikers Friedrich Nasse in Bonn, wo auch er studierte, promovierte, sich habilitierte und nach vorübergehender akademischer Lehrtätigkeit in Basel und Rostock von 1860 an als ordentlicher Professor wirkte. Nach einem vollen Menschenalter reicher akademischer Tätigkeit ist er 1890 an seinem Geburtsort gestorben. Er war eine starke Persönlichkeit, die sich nicht nur als Forscher und Lehrer bewährte, sondern auch als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses wie später des Herrenhauses fruchtbringende Tätigkeit auszuüben wußte. Wie die meisten seiner nationalökonomischen Kollegen auf akademischen Lehrstühlen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist Nasse Katholik und Gegner der Manchester-Schule gewesen. Aber er stand doch den Anschauungen Karl Mengers weit näher als andere Professoren an den Reichsuniversitäten in jener Zeit. In seiner Studienrichtung war Nasse stark auf finanzwissenschaftliche und bankpolitische Untersuchungen, Fragen des Geldwesens und der Währung eingestellt. Wie schon Georg Friedrich Knapp bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1890 betonte, ist Erwin Nasse dabei ein Meister wissenschaftlicher Abhandlungen geworden (der dritten und, wie Knapp sie nennt, der bescheidensten Form im Dreieck der Aufsätze, Abhandlungen und Reden). Langsame, tiefstürzende Bohrarbeit der Wissenschaft kommt nirgends besser als in Abhandlungen zu Ergebnissen. Was Nasse in solcher Form über Geldwesen und Bankpolitik, über englische und preußische Steuerfragen, das englische Parlament und das preußische Beamtenamt, über Probleme der Handelspolitik zu sagen wußte, gehört zu den wertvollen Beiträgen seiner Zeit. Auf dem umstrittenen Gebiet des Geld- und Bankwesens hat er die großen Umlösungen in der Währung und der Zettelpolitik jener Jahre beobachtend begleitet, stets voraussagend, was jetzt kommen müsse. Er hat dabei nach Knapps Worten immer das Richtige getroffen. Daneben hat Nasse die mittelalterliche Agrarwirtschaft, die er in einer Arbeit ersten Ranges unter dem Titel „Die Feldgemeinschaften und die Einhegungen des 16. Jahrhunderts in England“ erhellt, ebenso beschäftigt wie Zeitprobleme, unter denen seine Reformvorschläge zu den Universitätsstudien und Staatsprüfungen von 1868, die er Jahrzehnte später in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik erneut aufgriff, besonders bemerkenswert sind. Wie ein roter Faden zieht sich durch die deutsche und ausländische Universitätsgeschichte die Fülle von Verbesserungsvorschlägen des

Studienganges und der Art der Abschlußprüfungen. Es sind dies Fragen, die ewig wiederekehren und allzeit „modern“ bleiben.

Früh schon, Jahre vor Gründung unseres Vereins, hat Erwin Nasse auch den sozialen Fragen seine Aufmerksamkeit geschenkt. Probleme der Armenpflege und Selbsthilfe hat er bereits 1868 in einem beachtenswerten Vortrage aufgerollt. Nasse war aufgewachsen in einer Zeit, die glaubte, daß das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte Heil und Gedeihen der Gesellschaft allein fördern könne. Erfahrungen des Lebens haben ihn mit seinem warmen Herzen und seiner scharfen Beobachtungsgabe überzeugt, daß die erwarteten Wirkungen zum Teil ausblieben und Krankheiten des sozialen Körpers vielfach die Folgen des ungehemmten Wettkampfes waren. Mitgesprochen hat bei Nasses Eintreten für sozialpolitische Forderungen sein religiöses Empfinden. Als er sah, wie trotz aller technisch-wirtschaftlichen Fortschritte zahlreiche Menschen in bedrückter Lage blieben, kaum fähig, sich zu ernähren, aller höheren Lebensgüter unteilhaftig, da regte sich bei ihm die Nächstenliebe, die ihn nötigte, bessernde Hand mitanlegen zu helfen.

Er wurde so dem Programm des im Entstehen begriffenen Vereins für Sozialpolitik nahegeführt, zu dessen Mitbegründern er gehörte. Da Gustav Schmoller, verkehrt als roter Radikaler, im Wunsche, die Pforte zum Eintritt in den Verein weit offen zu halten, es für richtig hielt, nicht formell an dessen Spitze zu treten, ließ sich Nasse für das Amt des Vorsitzenden gewinnen, das er von 1874 bis zu seinem Tode 1890 beibehielt.

Obwohl zwischen Nasse und Schmoller starke Temperamentsunterschiede bestanden, sie sich auch wissenschaftlich im Laufe der Jahre ferner rückten, da sich Nasse, je mehr er sich Mengers Gedankengängen erschloß, in gewissem Gegensatz zur historischen Schule entwickelte, beispielweise auch hinsichtlich der Handelspolitik dem freihändlerischen Standpunkt näherblieb, sind Schmoller und Nasse in der Vereinsleitung bis zu dessen Tode zusammengeblieben. Gewiß ist Gustav Schmoller von den ersten Vorbereitungs- und Gründungsmonaten an für die Gestaltung des Vereinslebens die maßgebendste Persönlichkeit gewesen, gewiß hat gerade er aus dem Hintergrund aller Geschehnisse stärksten Einfluß geübt und fruchtbringend mitzuarbeiten verstanden; dennoch darf Nasses Wirksamkeit in den Jahren bis 1890 nicht unterschätzt werden. Seiner wissenschaftlichen und politischen Einstellung,

seiner sozialpolitischen Haltung gelang es, dem Verein Persönlichkeiten aus dem konservativen und sozialen Lager zuzuführen, mehr Freunde und Mitarbeiter für ihn heranzuziehen, als es einer andersgearteten Persönlichkeit möglich gewesen wäre.

Nicht weniger als sechzehn Jahre hat Nasse unserm Verein vor gestanden. Keinste Spielart des westlichen Niederdeutschen, des Westfalen, blieb er immer über den Stimmungen der Versammlungen, wie es ein Leiter tun muß, der für Wünsche und Anliegen, für taktvolle Beisetzung von Zwischenfällen, für die Leitung des Redewirrsals be jürgt ist. In schlichter Einfachheit, in maßvoller Ruhe, in seiner Liebenswürdigkeit, die er auch gegenüber wahrte, deren Ansichten von den seinigen weit abwichen, in seltener Unparteilichkeit hat er es verstanden, die Aussprachen des Vereins zu leiten. In wirkungsvoller Zusammenfassung der Ergebnisse der Verhandlungen ist er ein Meister gewesen.

Nach der Jahrhunderteiern seines Geburtstages dürfen wir daher bei der heutigen Generalversammlung unseres ersten Präsidenten in Dankbarkeit uns erinnern.

Ist Nasse, unser erster Vorsitzender, den wenigsten von uns noch persönlich bekannt gewesen, so stehen wir menschlich näher Heinrich Herkner, dem letzten langjährigen Vorsitzenden, der sich schon zu Schmollers Lebzeiten und nach dessen Tode um den Verein große Verdienste erworben hat. Gerade weil wir ihn nicht unter uns sehen, halte ich mich als sein derzeitiger Nachfolger für berechtigt und verpflichtet, einige Dankesworte ihm zu widmen.

Hier und heute ist freilich nicht die Gelegenheit, Heinrich Herkners wissenschaftliche Persönlichkeit eingehender zu werten. Reich an Früchten ist seine schriftstellerische Lebensarbeit. Wie eine Fanfare wirkte schon die Wahl des Themas seiner akademischen Freiburger Antrittsrede: „Die soziale Reform als Gebot des wirtschaftlichen Fortschritts“, die zu erweisen vermochte, daß sozialpolitische Wünsche nicht nur vom humanitären Standpunkt aus zu billigen, sondern auch mit den Interessen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen seien. In jungen Jahren ist es ihm dann vergönnt gewesen, ein Werk von großer Wirkung zu vollenden. Das von ihm, dem damaligen Inhaber der Karlsruher Lehrkanzel, veröffentlichte Buch über die „Arbeiterfrage“ war gleich in seiner ersten Auflage ein wohlgelungener Wurf. Wenn auch die immer wieder notwendig werdenden Neuauflagen durch Er-

weiterungen in Verarbeitung des ungeheuren Stoffs reichhaltiger wurden, neue Töne in ihnen angeklungen sind, noch mehr Fragen angeschnitten wurden, so behält der erste schmale Band doch seinen eigentümlichen Wert. Die späteren Fassungen haben Herkners Ansichten in weite Kreise getragen; die erste wirkte tauraufreißend in Vermittlung neuer Auffassungen: Sozialreform auch ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Von seinen ersten Studienanfängen an hatte Herkner die Lage der Industriearbeiter in Böhmen, in Deutschland, in der Schweiz beobachtet. Bei der Vertiefung seiner Forschungen, die ihm das Wesen der Arbeit ergründeten, kam Herkner zur Einsicht, daß man dem Arbeits- und Kostenbegriff im theoretischen Gedankenbau diejenige Zentralstelle zuweisen müsse, die bei vielen Systemen dem Wertbegriff und der Wertlehre eingeräumt ist. Hoch anzuerkennen ist bei Herkners starken wissenschaftlichen Neigungen die Aufmerksamkeit, die er unter Zurückdrängung andersgerichteter Wünsche dem Vorlesungswesen widmete. Er hat sich nicht verleiten lassen, Kraft und Zeit nur auf die wissenschaftliche Eigenproduktion zu verwenden. Wiewohl lediglich ein bescheidener Bruchteil der großen Hörerscharen die unermüdliche Vorbereitung auf die Vorlesungen zu schätzen weiß, sind es doch gerade diejenigen, denen Geistiges zu übermitteln wir Akademiker in erster Linie berufen sind. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die künftige Generation, die das Lehramt gestattet, sind von nicht geringerer Tragweite als die weniger unmittelbaren, wenn auch dauernden Wirkungsmöglichkeiten, die der Druck wissenschaftlicher Studien gewährleistet.

Die Leitung der Geschäfte des Vereins für Sozialpolitik lag schon einige Jahre vor Schmollers Tod in Herkners Hand. Mehr und mehr waren die beiden Männer, der Vorsitzende und der Vizepräsident, der Herkner seit 1911 gewesen ist, in regem persönlichen Gedankenaustausch zur wechselseitigen Erkenntnis ihrer Eigenart gekommen. Herkner hat im Winter 1912 die Lehrkanzel Gustav Schmollers in Berlin übernommen. Die Größe der Aufgaben, die er für uns, für den Verein für Sozialpolitik zu erledigen hatte, ist wesentlich mitbedingt worden durch die Ereignisse des Krieges und die Leiden der Nachkriegszeit. Was er in den vergangenen zwei Jahrzehnten für den Verein geleistet, wird dem gegenwärtig, der auch nur die Berichte über die Generalversammlungen von Regensburg bis Zürich, die Protokolle der Ausschusssitzungen sich vor Augen hält. Kein anderer hätte in diesen schwierigen

Zeiten glücklicher als Herkner zu wirken vermocht, der in sich Zielsicherheit mit der Fähigkeit des Ausgleichs von Gegensätzen vereinte, der klar und klug seine Meinung verteidigte und doch ebenso mild wie versöhnlich dem Widerstreitenden die Hand reichte.

Es bleibt bedeutsam, daß Herkner verstanden hat, die Vereinstätigkeit in den Dienst der aus dem Kriege herauswachsenden Probleme zu stellen. Einsichtig wie wenig andere hat Herkner die Tragweite des unseligen Kampfes erkannt. Durch die Untersuchungen in den von ihm herausgegebenen Vereinschriften über die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Bundesgenossen, sowie über die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft, hat er der Wissenschaft und den Vereinszielen in gleichem Maße gedient.

Die zwölf Jahre, die er seit Schmollers Tod, 1917—1929, den Vorsitz im Verein für Sozialpolitik geführt hat, gehören zu den schwierigsten der Auf- und Umbauarbeit im Verein und sind von entscheidender Bedeutung für dessen Gestaltung in der Gegenwart. Gerade angeichts der tragischen Lage, daß die politisch zur Herrschaft aufsteigenden Massen auf Anwendung dieser neugewonnenen Macht im vollen Sinn ihrer Ideale verzichten müssen, wenn sie nicht unserer heutigen Lebensordnung und damit wohl auch sich selbst das Grab schaufeln wollen, haben sich die Aufgaben des Vereins für Sozialpolitik geweitet, werden sie auch erschwert. Wir können dank der heiligen Pflicht unabhängiger Wissenschaft dazu beitragen, Führer der Massen zu erziehen, fähig, auch unpopuläre Wahrheiten auszusprechen, wie in der Vorkriegszeit einst die Kathedersozialisten gegen die Allmacht des Manchestertums zu Felde gezogen sind. Das über den Wechsel der Zeiten erhabene Ziel bleibt heute wie damals die kulturelle Erhöhung des ganzen Volkes.

Hat Herkner in Regensburg seinem heimgegangenen Vorgänger Gustav Schmoller die Gedächtnisrede gehalten, so freue ich mich, ihm, dem Lebenden, unsern Dank sagen zu dürfen. Wir wünschen, daß er, der so lange unser war, nicht weniger lange uns bleiben möge in kommenden Jahren.

Erwin Nasse, Gustav Schmoller, Heinrich Herkner haben unsern Verein durch zwei Menschenalter geleitet. In ihm sollen sich auch künftig zusammenfinden zu unbehinderter freier Aussprache, wie sie Voraussetzung unserer Wirksamkeit, unserer ganzen Betätigung ist, Angehörige aller Weltanschauungen, aller Berufstände, aller politischen Parteien. Für die Vereinszugehörigen gilt nur eine Voraussetzung,

daß sie, wie Schmoller es ausgedrückt hat, Interesse und „sittliches Pathos“ für die sozialen Fragen besitzen. Wohl und Wehe Deutschlands wird davon abhängen, daß wir die allzu tiefen, immer schroffer klaffenden Gegensätze innerhalb der Nation irgendwie überbrücken, daß das Verständnis für deren Gesamtinteressen künftig deutlicher sich als in der Vergangenheit bekundet. Niemals war es in höherem Maße als heute ein Gebot der Stunde, daß die verschiedenen Parteien, trotz aller Gegensätze, sich gegenseitig anerkennen, daß sie nicht von vornherein sich wechselseitig die Liebe zum Vaterland absprechen, auch wenn sie noch keine gemeinsam beschreibbaren Wege gefunden haben. Sie müssen sich zueinander verhalten wie die Teile eines und desselben Ganzen. Nur dann ist ihr Kampf und dessen Auswirkung segensreich für die Gesamtheit.

Möge es, mit diesem Wunsch darf ich meine Ansprache schließen, unserm Verein gelingen, zur Lösung dieser zukunftentscheidenden Fragen sein Scherlein beizutragen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gute Geprägtheit und Sitte unseres Vereins, daß wir Tagungspräsidenten wählen. Sie werden nach dem, was ich Ihnen andeutend sagen konnte, es begreiflich finden, wenn ich Sie bitte, daß wir Max Sering zum Präsidenten des heutigen Tages küren.

(Lebhafster Beifall.)

Ich darf Geheimrat Sering bitten, das Präsidium zu übernehmen.

Das Schriftführeramt an den drei Verhandlungstagen haben in dankenswerter Weise übernommen: Professor Dr. Bleugels, Professor Dr. Moeller, Professor Dr. von Mühlensels.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Sering (das Präsidium übernehmend):

Ich darf mich darauf beschränken, Ihnen den herzlichsten Dank für diesen Beweis Ihres Vertrauens auszusprechen. Ich gebe nun zunächst Herrn Professor Junker das Wort.

Professor Dr. Junker-Königsberg, Prorektor der Universität:

Hochberehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren vom Verein für Sozialpolitik! Seine Magnificenz, der Rektor der Albertus-Uni-

versität, der zugleich der Herr dieses Hauses ist, hat mir mit dem Ausdruck seines lebhaften Bedauerns darüber, daß er dienstlich verhindert ist, an Ihrer Tagung teilzunehmen, den ehrenvollen Auftrag gegeben, Sie in dieser Stunde, in der Sie zum ersten Male in unserem Universitätsgebäude zu einer Vollziehung zusammengetreten, in dieser unserer alten und altehrwürdigen Aula im Namen der gesamten Universitätsgemeinschaft herzlich willkommen zu heißen.

Auf dem Programm freilich, das in Ihren Händen ist, ist als Ort Ihrer Tagung die nicht unbeträchtlich größere neue Aula genannt. Aber wenn so auch in diesem einen Punkte infolge nicht vorherzusehender Umstände eine Änderung hat vorgenommen werden müssen, so ist mit ihr doch eben nur der Weite, nicht der Würde des äußeren Rahmens Abtrag geschehen, in welchem Ihre Versammlungen vor sich gehen sollen. Denn eines hat ja zweifellos dieser ältere Festraum, der schon 1862 seine Pforten auftat, vor dem neuen voraus; eine reiche, preiswürdige Tradition, eine Unsumme leuchtender, aber auch trüber, freuden- und leidvoller, durchweg aber erhebendster Erinnerungen an die so besonders wechselvollen sieben letzten Jahrzehnte unserer Universitätsgeschichte. Lassen Sie mich aus ihrer Fülle nur ein Doppeltes herausgreifen: Dieser schöne edle Festsaal, der wiederholt direkt prunkvolle Feiern geschaut hat, ist im Weltkrieg zwei volle Jahre hindurch Lazarett gewesen, und wiederum in dieser Aula haben seit ihrem Entstehen bis jetzt alle Immatrikulationen stattgefunden, also auch die jener jugendfrischen und jugendfrohen Kommilitonen, deren Namen jetzt auf den Tafeln zu lesen stehen, die den Eingang zu dieser Aula auf der Außenseite flankieren, und die nun dauernd an die alltäglich an ihnen vorüberwandelnden jetzigen Studierenden die stille und doch eindringlichste Mahnung richten zu ähnlicher Hingabe in Dienst und Opfer für Volk und Vaterland.

Bor allem jedoch lassen Sie mich in dieser Stunde Ihre Blicke lenken auf die Bilder, die die Innenräume dieser unser alten Aula zieren, und die sich sehr wohl als Symbol des Sinnes fassen lassen, in welchem wir von der Albertus-Universität diese Eröffnungsfeier Ihrer Tagung gern mitgehen.

Alle vier Fakultäten schauen grüßend auf Sie hernieder. Ja, alle vier Fakultäten unserer Universität heißen Sie freudig willkommen, nicht bloß weil sie ganz allgemein den Geist Ihrer Forschung als Geist von ihrem Geist erkennen, sondern auch darum, weil sie im

besonderen jede ihren eigensten, innersten Intentionen entsprechend, Ihrer für das Allgemeinwohl so wichtigen Arbeit mit lebendiger Anteilnahme und warmer Sympathie gegenüberstehen müssen. Mein Gruß im Namen der Gesamtuniversität gipfelt in dem Wunsche eines gedeihlichen Verlaufs Ihrer Verhandlungen und Beratungen! Auch diesem Wunsche aber möchte ich auch gerne eine besondere lokale Färbung geben. Als der Königsberger Gelehrte starb, der, soweit mein Wissen reicht, der sozialwissenschaftlichen Forschung in Preußen vornehmlich die Bahn gebrochen hat, der berühmte Schüler, Freund und Kollege Kants, Christian Jacob Kraus, da bestimmte sein Hauptfreund von Auerswald für seinen Grabstein diese Inschrift: *Justus et sapiens patriae profuit.* Möge — dahin erlaube ich mir meine Begrüßungsworte ausklingen zu lassen — an allen, die auf dieser Ihrer Tagung das Wort ergreifen, auf dieser Tagung, auf der dem deutschen Festland vorgelagerten Insel Ostpreußen, die doch wie ein mächtiger Wellenbrecher das dahinter liegende Land zu schützen und zu schirmen mit bestimmt ist, möge an allen Vortrags- und Debatterednern sich erfüllen der Wunsch: *Justi ac sapientes patriae prosint, patriae resurrectae!*

(Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Eisenlohr-Königsberg, als Vertreter der Philosophischen Fakultät:

Die philosophische Fakultät der Albertus-Universität wünscht ihre besondere Teilnahme an dieser Tagung des Vereins für Sozialpolitik dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich einen der hervorragendsten Vertreter dieses Vereins näher verbindet. Wenn sich für die durch das unglückliche Friedensdiktat so hart getroffene Provinz Ostpreußen eine Umstellung der ländlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in weitestem Ausmaß als notwendig erweist, eine Umstellung, die sich am deutlichsten dem Auge in der rasch vorwärtsschreitenden Siedlung kenntlich macht, so arbeitet sie hier nach Gedankengängen, welche von Ihnen, sehr verehrter Herr Geheimrat Sering, stammen. In Ihrem Wirken sind Sie gewiß für Ostpreußen kein Fremder. Ihre freudige Anerkennung dieser für das Gemeinwohl unseres Volkes so bedeutsamen Arbeit haben Ihnen bereits eine ganze Reihe von Fakultäten der verschiedenen Hochschulen durch Verleihung ihres Ehrendoktors zu beweisen gewünscht. Wir, die philosophische Fakultät der Albertus-

Universität, freuen uns, daß vor Ihrem Namen noch Platz ist für die Ehrengabe, durch die wir Sie mit uns verbinden wollen. So schreite ich zu Ihrer Promotion zum Dr. phil. honoris causae, indem ich die laudatio Ihres Doktordiploms verlese:

Qui rerum oeconomicarum disciplinam per quinquaginta fere annos uberrimo cum fructu coluit suaque strenua industria apud omnes gentes laudem auxit doctae Germaniae

qui inter alia multa imprimis inquisivit de nostra agriculturae et historia et praesenti condicione agricolasque ipsos in arcendo gravissimae cladis periculo egregia sua adiuvit doctrina et corrobavit

qui saevissimo post hominum memoriam bello infelicissime concocto adversus monstruosae cuiusdam pacis iniquissimas leges magna sua usus rerum oeconomicarum experientia numquam destitit fortiter contendere atque tandem etiam hostium obcaecatis animis primam quidem reddidit sani iudicii lucem

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Präsident Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Sering:

Ich bin völlig überrascht und kann sagen überwältigt durch die hohe Ehre, die mir diese berühmte Albertina zuerkannt hat. Sie wollen mir glauben, daß ich die laudatio nicht unterschrieben haben würde. Ich betrachte sie aber mit tiefem Dank und großer Freude als einen Ausdruck der Anerkennung dafür, daß ich mit allen guten Deutschen in innerster Seele an dem Geisteskampf teilnehme, der hier seine zentrale Stätte findet und bestimmt ist, dieses deutsche Land nicht nur der germanischen Mutter dauernd zu erhalten, sondern es zur alten Blüte zu erheben. Ich bitte den Herrn Vertreter der philosophischen Fakultät, Herrn Professor Eisenlohr, dieser Fakultät meinen tief empfundenen Dank zum Ausdruck bringen zu wollen.

Ministerialdirektor Dr. Sitzler-Berlin, Vertreter des Reichsarbeitsministeriums:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Sie namens der Reichsregierung, insbesondere des Reichsarbeitsministeriums und des Herrn Reichsarbeitsministers und ebenso der Reichsbehörden des Orients hier zu begrüßen. Ich freue mich besonders, Ihrer Tagung hier beizuhören zu dürfen, um so mehr, als Sie die

Tagung nach Ostpreußen verlegt haben, über dessen Schicksalsverbindung mit dem deutschen Vaterland schon alle meine Vorfahre so zu Herzen gehende Worte gefunden haben. Wer sich heute mit der sozialen Frage beschäftigt, hat es nicht leicht. Wohl selten gab es eine solche Fülle sozialer Probleme, die zu lösen waren. Selten war auch die Lösung dieser Probleme wohl so wichtig und so dringlich für das allgemeine Wohl des Vaterlandes, und selten wieder war auch die Lösung dieser Probleme so umstritten, wie es heute der Fall ist. Gewiß, es fehlt nicht an Rezepten für die Heilung; aber die Ärzte, die sie uns verschreiben, sind doch mehr oder minder Spezialisten, sie sehen die Dinge von einem mehr oder minder engen Gesichtskreis aus und geben oft Lösungen, die das eine Glied vielleicht heilen mögen, aber auf Kosten des Ganzen. Sie nehmen häufig nicht die Rücksicht auf den Gesamtorganismus, der das Deutsche Reich doch ist, und auch nicht auf die psychische und physische Lage dieses Organismus, die Rücksicht, ohne die es eine wirkliche Gesundung nicht geben kann.

Unter diesen Umständen, meine Damen und Herren, ist es natürlich von ganz besonderer Bedeutung, die Dinge im großen Zusammenhang zu sehen und die sozialen Probleme mit wirklich wissenschaftlichem Geiste zu durchforschen. Ich meine damit eine Forschung niemand zuliebe und niemand zuleide, lediglich im Dienste der Wahrheit und mit dem Ziele der Erforschung der Wahrheit, eine Forschungsarbeit, wie sie ja den besten Traditionen des Vereins für Sozialpolitik seit jeher entsprochen hat. Sie haben auch heute wieder eine Reihe brennender Tagesfragen auf Ihre Tagesordnung geschrieben. Seien Sie überzeugt, daß Ihre Verhandlungen überall mit Interesse verfolgt werden, und daß auch die Behörden ihnen die Aufmerksamkeit widmen werden, die sie verdienen. Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten und erfolgreichen Verlauf.

(Beifall.)

Bizepräsident des Oberpräsidiums Steinhoff-Königsberg, Vertreter des Oberpräsidenten:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens des Herrn Oberpräsidenten, der heute zu seinem größten Bedauern an der Eröffnung der Generalversammlung nicht teilnehmen kann, sowie der hier vertretenen sonstigen Staatsbehörden habe ich die Ehre, die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, sowie Sie alle, die Sie

aus den deutschen Gauen hierher gekommen sind, herzlich willkommen zu heißen. Ich habe die besondere Freude, die Vertreter des über die Staatsgrenzen hinweg uns brüderlich verbundenen Österreich, sowie die Teilnehmer aus der Schweiz und aus Holland und schließlich die Vertreter des verschiedensten Auslandsdeutschtums in Ihrem Kreise zu begrüßen. Ihre diesjährige Generalversammlung hat Sie in den äußersten Nordosten des Reichs geführt, in jenen Teil, der, durch eine widerständige Grenzziehung vom Mutterlande getrennt, in besonderem Maße unter den durch den Krieg herbeigeführten verschiedenen Weltwirtschaftskrisen und den sich daraus ergebenden sozialen Folgeerscheinungen zu leiden hat. Ihre Tagung vereint auf ostpreußischem Boden die nationalökonomischen Lehrer der studierenden Jugend, sowie Wirtschaftler und Politiker, die an maßgebender Stelle berufen sind, für die soziale und wirtschaftliche Gesundung des Volkes zu wirken. Wir wissen es wohl zu schätzen und sprechen unsern herzlichsten Dank dafür aus, daß Sie, nachdem die letzten vergangenen Tagungen in Wien und Zürich stattgefunden haben, diesmal hierher zu uns gekommen sind; erkennen wir doch daraus, daß Sie gewillt sind, mit der ganzen Kraft der wissenschaftlichen und praktischen Energie Ihres nun bald sechzig Jahre alten hochangesehenen Vereins an der Klärung und Lösung besonders schwieriger und für uns besonders brennender Probleme teilzunehmen. Über Ihrer Tagung steht das Geleitwort: „Die Not des deutschen Ostens“. Die Verhandlungen haben sich zur Aufgabe gestellt, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Ostens, insbesondere der Provinz Ostpreußen über den Stand der gegenwärtigen Verhältnisse hinaus zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse praktisch auszuwerten. Ein namhafter Teil von Ihnen wird Gelegenheit haben, durch Studienfahrten die Kenntnisse von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Provinz Ostpreußen persönlich zu vertiefen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Einsichtnahme in die wirtschaftliche Lage der Provinz durch die berufenen Wirtschaftsführer neue praktische Verbesserungsmöglichkeiten geben und ein fortwährend verstärktes Verständnis für die Notwendigkeit zur Folge haben wird, uns in unserm Daseinskampf nach Kräften zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der heutigen Zeit gehört mehr denn je zu den Fundamenten der staatlichen Ordnung neben einer planvollen Wirtschaftspolitik eine weitschauende und tiefgreifende Sozialpolitik. Befriedung der Sozialverhältnisse ist insbe-

sondere an der schwierigsten Stelle notwendig. Die Geschichte ist voll von Beispielen, daß Völker und Volksteile mit innerlich gefestigten sozialen Verhältnissen für die Stürme der Zeit am besten gerüstet sind. Durch die von Ihnen selbst gesteckten Ziele gewinnt Ihre heutige Generalversammlung eine überragende Bedeutung, die die vom Reich getrennt liegende Provinz Ostpreußen mit größtem Danke anerkennt. Möge Ihre Tagung dazu beitragen, die Provinz Ostpreußen glücklicheren Zeiten entgegenzuführen.

(Lebhafte Beifall.)

Landesrat Genzen-Königsberg, Vertreter des Landeshauptmanns:

Hochberehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann ist zu seinem größten Bedauern verhindert, persönlich heute hier zu erscheinen, weil er außerhalb von Ostpreußen dringende Dienstgeschäfte zu erledigen hat. Er hat mich aber beauftragt, Ihnen ganz besonders seine persönlichen Grüße zu übermitteln und damit die Grüße der ostpreußischen Provinzialverwaltung und der ostpreußischen Landesversicherungsanstalt zu verbinden. Wir freuen uns ganz außerordentlich, daß dieser hochangesehliche Verein hierher nach Ostpreußen gekommen ist, und wir sind Ihnen vor allem dafür dankbar, daß Sie hier Gelegenheit genommen haben und auch noch nehmen werden, nicht bloß unsere ostpreußische Landschaft kennenzulernen, sondern auch selbst hier unsere ostpreußischen Verhältnisse zu studieren, um auf Grund ihrer Studien dann die notwendigen Nutzanwendungen, wie wir hoffen, zu unserem Besten, zu ziehen. Die sozialpolitischen Tagungen und Arbeiten haben unsere Verwaltungen stets mit großem Eifer verfolgt, zumal zahlreiche und große und gemeinsame Interessen uns miteinander verbinden. Förderung und Schutz der Arbeitskraft, Schutz der Persönlichkeit sind sozialpolitische Aufgaben oder Arbeitsgebiete, die sich die Provinzialverwaltung und die Landesversicherungsanstalt auch ganz besonders gesteckt haben. Ich brauche ja nur an die großen Aufgabengebiete in der Wohlfahrtspflege, in der Jugendpflege, in der Volksbildung und ganz besonders in der modernen Gesundheitsfürsorge und Gesundheitserziehung zu erinnern, um Ihnen klar zu machen, wie eng die Verbindungen miteinander sind. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik hängen ja eng miteinander zusammen, und Sozialpolitik ist und bleibt

ein Stück Wirtschaftspolitik. Deshalb begrüßen wir es ganz besonders, daß Sie hier im Osten neben diesen mehr engeren sozialpolitischen Fragen sich auch große wirtschaftspolitische Fragen gestellt haben und sie, wie wir hoffen, versuchen wollen, auch einer Lösung näher zu bringen. Die Provinzialverwaltung an und für sich hat naturgemäß Interesse für diese bedeutenden Fragen. Aber darüber hinaus sind auch diese Fragen bedeutsam für besondere Arbeitsgebiete; denn auch Wohlfahrtspflege und Gesundheitsfürsorge müssen ihre Maßnahmen nach den zeitigen Forderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse oder auch der wirtschaftlichen Not einrichten und müssen mit ihnen zusammen wirtschaftliche Fragen neben den sozialen Fragen studieren, um richtig zu gehen, und da ist Ihr Verein uns stets ein guter Wegweiser und Führer gewesen. Für wahre Freiheit und Würde des Menschen ist Ihr Verein bisher eingetreten. Wir achten und ehren Ihre Ziele und erkennen hoch an, mit welcher Überparteilichkeit Sie an diese Fragen herangegangen sind. Wir heißen Sie daher hier in dieser unserer ostpreußischen Provinz aufs allerherzlichste willkommen und wünschen Ihrer Tagung einen guten und vollen Erfolg. Wir hoffen, daß Sie sich in unserer ostpreußischen Heimat in diesen Tagen recht wohl fühlen mögen.

(Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Schack-Königsberg, Vertreter der Handelshochschule:

Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Sie im Namen des Herrn Rektors der Handelshochschule, der zurzeit dienstlich in Berlin weilt, zu begrüßen. Wir von der Hochschule sind vielleicht vor allem darüber erfreut, daß die Vereinigung der Hochschullehrer und der Verein für Sozialpolitik nach Königsberg gekommen ist; gleichen wir doch in dieser Stimmung einem Menschen, der Zeiten der Depression und der Krisen hinter sich hat und nunmehr seinen Freunden und Bekannten entgegeneilt, um ihnen zuzurufen: die Gefahr ist vorüber. Die Handelshochschule ist ja so vielfach bedroht gewesen, und nicht zuletzt hatten wir immer das bedrückende Gefühl, daß wir schließlich nicht mehr in Wettbewerb treten können mit den Hochschulen im Reich und vielleicht später einmal nicht einmal mit den Hochschulen, die eben wieder im Ausland gegründet worden sind, und die wir so rasch haben wachsen sehen, wie die Hochschulen in Warschau, Krakau und Posen. Aber der Alpdruck ist vor-

über. Wir haben vor kurzem das Promotionsrecht erhalten. Wir haben die Gewähr für einen starken Ausbau des Lehrkörpers und der Lehr-einrichtungen bekommen und schließlich und nicht zuletzt das Geld für den Neubau der Hochschule. Was Wunder also, wenn die Freude über das Erreichte mit in diese Begrüßungsworte hineinklingt. Nicht die Zahl der Lehrstühle, nicht die Größe und Zweckmäßigkeit des Lehrbetriebs ist es, was über den Rang einer Hochschule entscheidet. Das Zentralproblem liegt in den Lehrenden selber. Geht es aber um den Menschen, dann muß alles willkommen sein, was diese Menschen bereichert, und dazu gehört vor allem auch der persönliche lebendige Gedanken-austausch, und in dieser Beziehung ist ja der Verein für Sozialpolitik immer vorangegangen, er hat darin die besten Möglichkeiten geboten. Meine Damen und Herren! Wir hier im Osten sind abgeschnürt von dem Strom unmittelbaren geistigen Lebens im Reich. Wir waren wohl die Brunnen, die wir hier halten, aber wir danken all denen, die herüberkommen, uns neue Weisheit zu spenden, und so dankt die Handelshochschule zu Königsberg dem Verein für Sozialpolitik und wünscht nicht zuletzt auch im eigenen Interesse der Tagung den besten Verlauf.

(Beifall.)

Prof. Dr. Bleugels-Königsberg, Vertreter des Ortsausschusses:

Meine verehrten Damen und Herren! Mit Freude erfülle ich die ehrenvolle Pflicht, Sie im Namen des Königsberger Ortsausschusses in unserer Stadt zu begrüßen. Der Herr Vorsitzende hat der vorbereitenden Tätigkeit des Ortsausschusses in seiner Eröffnungsrede freundliche Worte gewidmet und dabei meiner Bemühungen in überaus liebenswürdiger Weise gedacht. Nun war ja nichts selbstverständlicher, als daß wir uns, nachdem der Verein sich für die Wahl Königsbergs entschieden hatte, ganz in den Dienst der Tagung stellten. Wenn hier ein Dank auszusprechen ist, so muß er in erster Linie gelten dem Vorstande, der Sie unter Überwindung der Bedenken, die gegen die Wahl Königsbergs als Tagungsort sprechen können, hierhin zusammengerufen hat, und dieser Dank kommt allen auswärtigen Mitgliedern des Vereins zu, die dem Rufes unseres verehrten Herrn Vorsitzenden hierhin gefolgt sind. Gestatten Sie mir daher, Ihnen im Namen des Ortsausschusses unsern Dank auszusprechen und Sie herzlich hier willkommen zu heißen. Mit unserm Dank verbinden wir noch eine Bitte: Sie sind hierher gekommen, um Ihr Verständnis für die Not Ost-

preußens zu bekunden und sich an Ort und Stelle auch einen vertieften Einblick in diese Notlage zu verschaffen. Ein großer Teil von Ihnen hat schon durch Bereisung der Provinz vor der Tagung vieles von dem in sich aufgenommen, was man von der Not unseres Landesteiles sehen kann. Es ist aber selbstverständlich bei wirtschaftlichen und kulturellen Nöten notwendig meistens so, daß man durch das äußerlich Sichtbare und mit Händen Greifbare nur Anhaltspunkte zur Erfassung der tatsächlichen Lage gewinnen kann. Unsere Sorge muß es dabei sein, daß Ihnen wirklich das gezeigt wird, was jetzt hier in Ostpreußen zu zeigen am wichtigsten ist. Darum richten wir die herzliche Bitte an Sie, unsere Provinz nicht zu verlassen, ehe Sie nicht nach allem andern, was Sie gesehen haben, auch an der Korridorgrenze waren. Ersparen Sie sich diesen Anblick nicht. Sie werden in Kurzebrack den höchst irreführend sogenannten „Zugang“ der Ostpreußen zur Weichsel besichtigen. Lassen Sie dann im Geiste das Bild der Münsterwalder Brücke vor sich erstehen, die früher von da aus sichtbar war als ein Symbol der Bestrebungen Preußens zur Förderung des Ost-Westverkehrs. Ihre Zerstörung ist ein Ausdruck dessen, was man heute aus diesem Verkehr zu machen sucht. Dort in Kurzebrack ist der Punkt, an dem man am leichtesten Verständnis dafür gewinnen kann, wie sehr die Nöte der Kriegsfolgen, unter denen jeder Einzelne auch im übrigen Reich leidet, übertroffen werden durch die Not des Ostens. Tragen Sie weiter, was Sie hier gesehen haben, und helfen Sie mit dazu, die Mittel zu finden, durch die eine möglichst dauernde Abhilfe geschaffen werden kann. Noch einmal danke ich Ihnen für den schönen Entschluß, der Sie hierher geführt hat.

(Lebhafter Beifall.)

**Präsident Geheimrat Dr. Sering:**

Wir dürfen nunmehr die grundlegenden Referate der Herren Geheimrat Professor Dr. Weber-München und Professor Dr. Heimann-Hamburg entgegennehmen über:

### **Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik.**

**Berichterstatter Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Adolf Weber-München:**

**Meine verehrten Damen und Herren!**

Der Ausschuß unseres Vereins hat im vorigen Jahre mit starker Mehrheit beschlossen, daß die Organisation, die fast alle Vertreter der

deutschen Volkswirtschaftslehre zu gemeinschaftlichen wissenschaftlichen Arbeiten zusammenführt, auch in Zukunft Verein für Sozialpolitik heißen soll. Wir haben damit zum Ausdruck gebracht, daß wir ebenso wie die Männer, die wir als unsere Lehrer verehren, gewillt sind, die Wissenschaft in den Dienst an unserem Volke zu stellen<sup>1</sup>. Dabei kann es sich für die Vertreter der Wissenschaft nicht darum handeln, die Fülle der sozialen und wirtschaftlichen Rezepte zu vermehren; wir suchen wie jede Wissenschaft nach Fragen und nach Urteilen, die wir so meistern können, daß die Ergebnisse unserer Forschung als wahr angenommen werden müssen, dem Ziele nach strebt auch unsere Wissenschaft Allgemeingültigkeit an. Das bedingt eine klare und enge Grenzziehung für unser Erkenntnisobjekt. Die Volkswirtschaftslehre, die von jeher die wissenschaftliche Grundlage für die Erörterungen im Verein für Sozialpolitik darbot, hat es nur mit dem wirtschaftlichen Gemeinschaftsleben zu tun; wir werden im Interesse der Klarheit unserer Bestrebungen noch weiter einschränkend sagen dürfen, daß unser Erkenntnisobjekt lediglich das Sein dieses wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens ist. Es wäre anmaßend, wenn die Sozialökonomien die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik behandeln wollten in dem Sinne, daß sie über alle möglichen wissenschaftlichen Fundamente der Bestrebungen und Maßnahmen, die man mit dem Namen Sozialpolitik zusammenfaßt, ein allgemeingültiges Urteil abgeben wollten. Erst recht würde es eine Grenzüberschreitung sein, wenn wir Normen aufstellen wollten für das Leben der Gesellschaft und ihrer Gruppen; die dazu erforderliche philosophische Theorie vom Wesen des Menschen liegt jenseits der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft. Nur ein kleiner, ein erbärmlich kleiner Ausschnitt aus dem Gemeinschaftsleben der Menschen nimmt unser Interesse in Anspruch, aber er ist die Voraussetzung für das irdische Leben, für das Leben-Können, also auch für das Miteinanderleben der Menschen.

Anderseits können wir uns nicht einen Begriff Sozialpolitik zurechtzimmern, der ganz in unser Forschungsbereich hineingehört; wollen

<sup>1</sup> Wilhelm Bleugels-Königsberg kennzeichnet in einem Begrüßungsartikel, den er der diesjährigen Tagung in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ widmete, die Ziele der Gründer des Vereins für Sozialpolitik richtig dahin, daß sie einen Sammelpunkt für alle die schaffen wollten, „die gesonnen und berufen sind, wissenschaftliche Erkenntnis für den praktischen Dienst an der Volksgemeinschaft fruchtbar zu machen und diesen Dienst jeweils an der Stelle einzufsehen, wo ein besonderer Notstand Eingriffe erfordert“.

wir dem Volke dienen, werden wir uns den Erkenntnisbedürfnissen unserer Zeit anpassen müssen, und dieses Erkenntnisbedürfnis äußert sich eben in den begrifflichen Vorstellungen, die in den Tageserörterungen eine Rolle spielen. Schalten wir aus dem vulgären Begriff Sozialpolitik das aus, was offenbar in sich widerspruchsvoll ist, so wird man sagen können — und mein Herr Korreferent stimmt mir darin zu —: „Sozialpolitik ist der Inbegriff der Maßnahmen und Einrichtungen, die im Interesse der Gesellschaft die Gemeinschaft, die Freiheit, die Würde der arbeitenden Menschen fördern sollen in Verbindung mit nachhaltiger Besserung ihres Verhältnisses zur Güterwelt.“ Das scheint jedenfalls das derzeitige sozialpolitische Ziel, auch das Ziel derer zu sein, die eine andersartige Sozial- und Wirtschaftsverfassung anstreben. Wir stellen uns also auf diesen Standpunkt und sehen mit möglichster Unbefangenheit, ob und wie ihm unter den gegebenen volkswirtschaftlichen Verhältnissen entsprochen werden kann. Um Missverständnisse zu vermeiden, sind aber noch einige ergänzende begriffliche Erörterungen notwendig. Die Sozialpolitik ist — fast möchte man sagen selbstverständlich — eine „auf Sicherung fortdauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtete Politik“ (von Zwiedinek). Es liegt der Gesellschaft die Pflicht auf, sich selbst zu erhalten; was der Erhaltung des Bestandes der Gesellschaft widerspricht, kann nicht Sozialpolitik sein. Als die bayerische Räterepublik ihren Höhepunkt erreicht hatte, dekretierte der Minister Gustav Landauer: „Jeder arbeitet, wie er es für gut hält, jedes Unterordnungsverhältnis wird aufgehoben. Das juristische Denken hat hiermit aufgehört.“ Vielleicht glaubte der Kommunist, daß damit erst die Grundlage für richtige Sozialpolitik gegeben sei. Aber wenn es auch zweifelhaft sein kann, ob juristisches Denken für den Bestand der Gesellschaft unerlässlich ist, Überordnung und Unterordnung ist nach allen menschlichen Erfahrungen sicher dazu notwendig; eine Politik, die derartigen Notwendigkeiten entgegenarbeitet, muß zum Untergang der Gesellschaft führen, sie ist antisozial in des Wortes eigentlicher Bedeutung. Objekt der Sozialpolitik kann nicht eine einzelne Klasse sein, können auch nicht nur diejenigen sein, die man unter irgendeinem Gesichtspunkt „hilfsbedürftig“ nennt, Objekt sind die Träger der Gesellschaft, das ist die Gesamtheit der Arbeitenden mit Einschluß derer, die sich für die Arbeit erst körperlich und geistig vorbereiten, und der Arbeitsinvaliden im weitesten Sinne des Wortes. Arbeitende sind alle

diejenigen, die menschliche Wirkamkeiten in den Dienst der Gesellschaft stellen: Kopfarbeiter und Handarbeiter, Unternehmer und Angestellte, Handwerker, Bauern, Kaufleute... sie alle sind aufeinander angewiesen, der eine bedeutet nichts ohne den anderen. Diese Menschen reichen sich die Hand, um am Wohlstand der Nation zu arbeiten, der Wohlstand der Nation ist aber identisch mit der nachhaltigen Hebung des Wohlstandes der nationalen Arbeit. Wer sich zu diesem sozialpolitischen Ziel bekennt, kann nur insoweit ein Recht auf Zins, auf Profit, auf Rente anerkennen, als diese Einkommenskategorien notwendig sind, um das soziale Ziel, um insbesondere nachhaltige Hebung des Wohlstandes der nationalen Arbeit zu erreichen. Freilich kommt es auf nachhaltige Hebung des Wohlstandes an: Wer momentan Erfolge erzielen will, ohne an die dauernden Folgen zu denken, wer die nüchterne ruhige Gegenwartsarbeit gefährdet dadurch, daß er die Arbeit des Volkes in den Dienst unerfüllbarer Illusionen stellt, wer mit dem Kopfe durch die Wand rennen will, wo es sich darum handelt, den Kopf zu gebrauchen, um in Ruhe und Geduld aufzubauen statt zu zerstören; alle diejenigen, die so denken und handeln, verstößen gegen die Grundprinzipien des sozialen Fortschritts, sie denken und handeln nicht sozial, sondern antisozial.

Die Frage, wie für die Gesamtheit der Arbeitenden das Verhältnis zur Güterwelt nachhaltig verbessert werden kann, ist für den Volkswirt die sozialpolitische Kernfrage. Die Erörterung dieses Problems wird dadurch in der Gegenwart wesentlich fruchtbarer, daß ein allgemein verbreitetes Vorurteil, das auch in einer irrgen Theorie Niederschlag fand, heute von allen, die ernsthaft um die Sozialpolitik und ihre Fortentwicklung ringen, aufgegeben ist. Selbst der wohl klarste Kopf unter den deutschen Kathedersozialisten, Adolf Wagner, verstand noch unter Sozialpolitik nichts anderes als diejenige Politik des Staates, welche „Mißstände auf dem Gebiete des Verteilungsprozesses mit Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung zu bekämpfen versucht“. Man war fest davon überzeugt, daß man die Armen dadurch reicher machen könne, daß man die Reichen ärmer mache. Das hat sich als Irrtum erwiesen, insbesondere wird die Unmöglichkeit, den Lohnanteil auf Kosten des Kapitalanteils zu steigern, vollends in einer Volkswirtschaft, die so an Kapitalmangel leidet wie derzeit die deutsche, heute wohl von allen Theoretikern, auch von den Marxisten zugegeben: „Der Anteil der Arbeiter kann nur steigen, wenn der Ertrag der

Wirtschaft selbst steigt", so äußerte sich der sozialistische Arbeitsminister Wissell bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Reichsarbeitsministeriums. Er gab damit einer heute so gut wie einmütigen Auffassung der deutschen Sozialtheoretiker und Sozialpraktiker Ausdruck. Das kann festgestellt werden trotz gelegentlicher Rückfälle in die primitive Verteilungstheorie. Ein solcher Rückfall liegt beispielsweise vor, wenn die These vertreten wird, Lohnerhöhungen müßten sich die Kapitalisten gefallen lassen als Prämie für die „Befriedung des sozialen Lebens“. Soweit eine solche Prämie wirklich bezahlt wird, müssen sie die Arbeitenden aus ihrer eigenen Tasche bezahlen.

Nun braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Steigerung des Ertrages der Wirtschaft nicht in erster Linie von dem Wollen, sondern von dem Können abhängt. Wenn die gegebenen Bedürfnisse der Menschen Befriedigung finden sollen, stehen wir in einem Reiche der ökonomischen Notwendigkeiten mit nur spärlichen Freizonen, in denen sich der Wille zur Herrschaft über die Wirtschaft Geltung zu verschaffen vermag. Aufgabe der Volkswirtschaftslehre im Dienste der Sozialpolitik ist es, diese Freizonen ausfindig zu machen, zu zeigen, wie eine Erweiterung vielleicht möglich sein kann, aber auch zu zeigen, daß dann, wenn die Grenzen dieser Freizonen überschritten werden, als Strafe ein Vordringen der Grenzen der ökonomischen Notwendigkeiten hingenommen werden muß. Es hat Zeiten gegeben, wo das sozialpolitische Wollen hinter dem Können zurückblieb. So war es, als der Verein für Sozialpolitik gegründet wurde. Doch kann es auch Zeiten geben, wo das sozialpolitische Wollen die sozialökonomischen Notwendigkeiten übersieht und dadurch auch längst erreichte sozialpolitische Erfolge gefährdet, wo dann die entscheidende Frage lautet: Was können wir von der alten Sozialpolitik retten und wie können wir es retten. Derjenige, der unter diesen Umständen vor sozialpolitischen Maßnahmen warnt, ist in Wahrheit der beste Freund der Sozialpolitik. Politik ist die Kunst des Möglichen, das gilt auch für die Sozialpolitik.

Die ökonomischen Freizonen werden um so größer und gesicherter sein, je mehr Kapital in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden kann. Die volkswirtschaftlichen Produktionselemente Bodenkraft und Arbeitskraft sind heutzutage weitgehend fest gegeben. Nur das Produktionselement Kapital kann sich der Mensch durch sein eigenes Verhalten gestalten. Je mehr von diesem Kapital

dauernd zur Verfügung steht, um so größer sind die Möglichkeiten für eine erfolgversprechende Sozialpolitik. Aber was ist Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne?

Die Unklarheiten, die sich bei der Verwendung des Wortes Kapital ergeben, sind nicht zum geringsten die Folge davon, daß wir das eine Wort zur Bezeichnung sehr verschiedener Begriffe verwenden. Wir nennen Kapital insbesondere die rein einzelwirtschaftliche Erscheinung des in Geld ausgedrückten Erwerbsvermögens, aber weder Rechtstitel noch Geldsummen sind volkswirtschaftliche Produktionselemente. Auch die produzierten Produktionsmittel sind als solche noch nicht ein Produktionselement, das neben Bodenkraft und Arbeitskraft tritt. Eine Maschine kann noch so klug und schön konstruiert sein, findet sie in der Volkswirtschaft keine Verwendung, vielleicht nur deshalb, weil sie überflüssig ist, so ist lediglich ein sonderbar aufgeschichteter Haufen von Eisen vorhanden, der wahrscheinlich erheblich weniger Wert ist als das Roheisen war, aus dem die Maschine errichtet wurde. Es ist auch nichts gewonnen, wenn man schlechtweg die aus Natur und Arbeit erzeugten Güter Kapital nennt, wie das in einem der letzten Hefte von Schmollers Jahrbuch Mitscherlich vorschlägt, denn dann müßte der Schneemann, den die Mutter für ihre Kinder durch einen Arbeitslosen aufrichten läßt, auch Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne sein.

Wir werden das Wesen des Produktionselements Kapital am einfachsten erfassen, wenn wir von dem Wirtschaften ausgehen, das ohne Kapital vor sich geht. Die primitiven Völker, die von der Hand in den Mund leben, die weder Zeit noch Lust haben, bei ihrer Arbeit auch für die Zukunft zu sorgen, haben kein Kapital. Sie arbeiten lediglich mit Bodenkraft und Arbeitskraft. Aber wenn sie so viel Arbeitserfolge erzielen und so viel wirtschaftliche Einsicht aufbringen, daß sie Teile der ihnen zur Verfügung stehenden Bodenkraft und Arbeitskraft in den Dienst einer besseren Versorgung in der Zukunft stellen, dann sind sie infolge des damit verbundenen Wartens auf die an sich mögliche Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse in der Lage, den ursprünglich gegebenen Produktionselementen ein drittes hinzuzufügen. Diejenigen, die den Versuch machen, das Kapital als Produktionselement statistisch zu erfassen, zeigen dadurch, daß ihnen das Wesen dieses Kapitals fremd geblieben ist. Der Wert der Kapitalkraft in der Volkswirtschaft läßt sich ebensowenig statistisch ermitteln wie der Wert der ursprünglichen Bodenkraft oder der Wert der Arbeitskraft, wie wir ja auch glücklicher-

weise dazu gekommen sind einzusehen, daß man die Größe des Volksevermögens und des Volkseinkommens nicht in Geldsummen berechnen kann. Kapital ist ein stets sich erneuernder Strom von Gütern. Dieser Strom büßt an wirtschaftlicher Kraft ein, die Größe des Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne mindert sich, wenn nicht in genügendem Maße immer wieder von neuem Kapital zugeführt wird, um die alte Kraft zu nähren und zu ergänzen. Aus dem Wesen des Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne ergibt sich, daß die Bedingung für die „Aktivierung der Kapitalpotenz“ nie und nimmer der Konsum ist, sondern die genügende Neuzufluhr von Kapital. Die Kraft aber, mit der in der Volkswirtschaft Nachfrage nach Kapital entfaltet und befriedigt werden kann, hängt von der Quote des sozialen Einkommens ab, die nicht für Deckung des unmittelbaren Bedarfs erforderlich ist und infolgedessen in Aktion treten kann, um Bodenkraft und Arbeitskraft zur Rationalisierung zukünftiger Bedarfsbefriedigung zu verwenden. Nur insofern das geschieht, bildet sich Kapital. Unbeschäftigte Kapital ist ein Widerspruch in sich, und zuviel Kapital kann es nur für diejenigen geben, die den volkswirtschaftlichen Fortschritt nicht wollen. Der landesübliche Zinsfuß, also der Zins am Kapitalmarkt im engeren Sinne des Wortes, gibt nach Abzug der in ihm steckenden Risikoprämie an, in welchem Grade eine Nationalwirtschaft mit Kapital ausgestattet ist.

Weil man Kapital so gerne mit produzierten Produktionsmitteln im technischen Sinne identifiziert, liegt die Versuchung nahe, daß man nicht ausgenützte technische Apparate Kapitalreserve nennt, ein schlimmer Irrtum! Wenn die Menschen auf den Gedanken kämen, ein freies Gut — etwa Wasser — in weit größerem Maße, als es heute der Fall ist, durch ein wirtschaftliches Gut — etwa alkoholische Getränke — zu ersezken und sie sich eine Erhöhung der Löhne und Gehälter erzwingen würden, um dieser Umstellung ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen zu können, dann würden die bisher nicht ausgenützten Apparate im Dienste der Erzeugung alkoholischer Getränke im größten Umfange wieder in den Dienst der Produktion gestellt werden können. Aber damit vermehrt sich doch nicht der Kapitalreichtum des Volkes, im Gegenteil, die technischen Anlagen werden mobiliert, nicht um Kapital zu schaffen, sondern um Kapital zu vernichten.

Mit dem Begriff Kapital hat das Geld an und für sich nichts zu tun, aber es ist das Mittel, mit dessen Hilfe die Kapitalbewegungen erfolgen.

Mittels des Geldes wird abstrakt über Teile des Kapitals verfügt, und damit ist unter Ausnützung des Zinspreises die Möglichkeit gegeben, Kapital rasch dahin zu dirigieren, wo man den größten Vorteil davon erwartet.

Je mehr Nachfrage nach Kapital am Markt sich betätigen kann, um so billiger wird es, jedenfalls im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft; denn der Zins zwingt den Erwerbstrieb zu produktiver Anlage. Die Arbeit wird mit mehr Kapital bewaffnet werden können. Der Konkurrenzkampf treibt an zu bester Kombination der Produktionselemente. Das alles wird dahin drängen, daß sich mehr Kapital bildet als nachgefragt wurde, der Zins sinkt. Tatsächlich konnten wir in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts trotz relativ außerordentlich starker und immer stärker werdender Nachfrage nach Kapital eine sinkende Tendenz des Zinses wahrnehmen, so daß die Nationalökonomien sich Ende der neunziger Jahre darin einig waren, daß eine Senkung des landesüblichen Zinses auf 2% und darunter durchaus im Bereich der Möglichkeit liege. Es kam anders, als man mit guten Gründen annehmen konnte, weil namentlich seit der Jahrhundertwende die Kapitalbildung beeinträchtigt wurde durch gewaltige unproduktive Verwendungen für die Rüstungssteigerungen, das Leben über die bis dahin üblichen Verhältnisse hinaus, besonders bei den öffentlichen Körperschaften und durch eine Beeinträchtigung des Effekts der Arbeit durch Lähmung der internationalen Arbeitsteilung infolge der zunehmenden Schutzzollpolitik.

Wer sich den Begriff und die Bedeutung des Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne klargemacht hat, muß zur Ablehnung der sogenannten Kaufkrafttheorie kommen, die in letzter Zeit zur Begründung sozialpolitischer Maßnahmen und gewerkschaftlicher Bestrebungen mit Vorliebe herangezogen wurde, also die Auffassung, daß es für die Volkswirtschaft nichts Erstaunlicheres geben könne als Entfesselung des Verbrauchs. Was man wünscht, glaubt man gern. Es gibt volkswirtschaftlich keinen bequemeren Glauben als den, schon durch bloßen Güterverbrauch sei man Förderer des volkswirtschaftlichen Fortschritts. Vor dem Kriege glaubten wir, daß wir den so häufig missbrauchten Spruch „Wo Könige bauen, haben die Kärrner zu tun“ auf seinen bescheidenen wahren Kern zurückgeführt hätten. Während des Krieges wurde man aber nicht müde, unter der Losung „Das Geld bleibt im Lande“ zu versichern, daß die Kriegsausgaben volkswirtschaftlich produktiv seien.

obwohl doch das, was wir erarbeiteten, im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert wurde. Neuerdings, als die Gewerkschaften einsahen, daß sie ihre alte Theorie „Steigerung des Wertes der Arbeit durch Vorreihaltung der Arbeitskraft“ nicht mehr aufrechterhalten konnten, weil die Ergiebigkeit der Arbeit, also die eigentliche Quelle des Lohninkommens, auf diese Weise unmöglich gesteigert werden konnte, kam ihnen die Theorie sehr erwünscht, daß steigende Löhne das notwendige Mittel seien zur Mobilisierung volkswirtschaftlicher Reserven. Man verwechselte eben volkswirtschaftliche und technische Reserven. Volkswirtschaftliche Reserve ist lediglich die Möglichkeit einer besseren Kombination von Arbeit, Boden und Kapital. Nur dadurch kann vermehrter Verdienst, vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Für die Fortentwicklung einer Volkswirtschaft ist nicht entscheidend das, was von den Konsumenten her, sei es in der privaten oder in der öffentlichen Wirtschaft, durch künstliche Erhöhung ihrer Einkommen, etwa durch Ausnützung irgendwelcher Machtposition, an größerer Nachfrage vorübergehend hervorgerufen wird, es kommt vielmehr darauf an, daß von der Produktion her auch bei gleichbleibendem Nominalgekommen der Konsumenten durch Preissenkung größere Nachfrage dauernd ermöglicht wird.

Sonderbarerweise haben die Gewerkschaften ihre neue Gewerkschaftstheorie aus der Hand ausgesprochen kapitalistischer Unternehmer entgegengenommen. Einige besonders erfolgreiche Unternehmer in den Vereinigten Staaten setzten sich für Erhöhung der Löhne als Voraussetzung des privatwirtschaftlichen Fortschritts ein. Es waren und sind durchweg Unternehmer, die Produkte fertigten, die für ihren weiteren Absatz hohe Löhne der Arbeiter und Angestellten sehr wohl gebrauchen konnten. Sie hatten also ein Interesse daran, daß die Agitation für hohe Löhne zum Allgemeingut der öffentlichen Meinung gemacht wurde. Die Sympathie, die sie dadurch bei den Arbeitern gewannen, war zudem noch eine ausgezeichnete und verhältnismäßig billige Reklame. Noch vor wenigen Wochen hat insbesondere Herr Ford, der sich ja neuerdings auch um Absatz seiner Erzeugnisse in Deutschland stärker noch als bisher bemüht, dem deutschen Publikum klarzumachen versucht, daß die deutsche Volkswirtschaft darunter leide, daß die Löhne bei uns immer noch nicht hoch genug seien. Freilich bekennt er dabei selbst, daß bei ihm rücksichtslos die Leistung an den Lohn an-

gepaßt werde. Verbessern die Arbeiter nicht in dem Maße ihre Leistung, als die Löhne gestiegen sind, werden sie, ohne daß ein Betriebsrat oder ein Tarifvertrag den Arbeitgeber daran hindern könnte, entlassen oder müssen es sich gefallen lassen, bei einer anderen Betätigung zu einem niedrigeren Tarif weiterzuarbeiten.

Däß die Kaufkrafttheorie, wenigstens so, wie sie von angesehenen Gewerkschaftsführern vertreten wird, keine brauchbare Stütze für die Sozialpolitik im gegenwärtigen Deutschland ist, wird nun mehr von den sozialökonomischen Theoretikern aller Richtungen zugegeben. Der bekannte christliche Gewerkschaftsführer Baltrusch meinte aber noch kürzlich in dem Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter (1930, Nr. 25): „Es ist eine Binsenwahrheit, daß jede Einkommensvermehrung, die dem notwendigen Verbrauch zugeführt wird, die Gütervermehrung hebt, Arbeit schafft und die Konjunktur belebt. Die Lohnpolitik, die insbesondere zur Hebung des Einkommens der gering entlohten Massen führt, steigert den Verbrauch, vermehrt die Gütererzeugung und den Warenabsatz.“ Was hier eine Binsenwahrheit genannt wird, ist in Wirklichkeit ein furchtbarer Irrtum, der, wenn er der sozialpolitischen Rezepterkunst und der gewerkschaftlichen Machtpolitik zugrundegelegt würde, mit unbedingter Notwendigkeit zum Zusammenbruch der Sozialpolitik führen müßte, weil er zum Zusammenbruch der Volkswirtschaft führt. Ich wiederhole und betone, das ist, soweit ich sehe, die Meinung der volkswirtschaftlichen Theoretiker aller Richtungen! Im Anschluß an die unbedingt abzulehnende primitive Kaufkrafttheorie gibt es theoretische Streitfragen, die Grörterung verdienen, sie haben aber für unsere derzeitige aktuelle Not keine Bedeutung. Auf einige Argumente der Kaufkrafttheoretiker komme ich in anderem Zusammenhang alsbald zurück.

Einig sind wir Theoretiker mit verschwindend geringen Ausnahmen wohl auch darin, daß es nicht angeht, die Früchte der Zukunft schon in der Gegenwart ernten zu wollen. Unter verschiedenem Namen und mit verschiedener Begründung wurde das gelegentlich verlangt. Man sprach von Antizipationskredit im Dienste des sozialpolitischen Fortschritts, von spekulativen Lohnerhöhungen. Möglich wären derartige Lohnsteigerungen nur dadurch, daß in der Gegenwart die Nominallöhne erhöht würden, ohne daß eine entsprechende Steigerung des Realgütervorrates dahinter steht, also nur durch inflationistische Maßnahmen. Gewiß

will niemand eine Wiederholung der großen Inflation mit all ihren Schrecken, aber ein Inflationschen hält man doch, wenn man es auch nicht so nennt, für eine nützliche Angelegenheit. Ein Inflationschen unterscheidet sich aber von einer Inflation nur insoweit, als ein Feuerchen sich vom Feuer unterscheidet. Hier wie da ist das Spielen mit dem Feuer gefährlich. Eine Zeitlang glaubten sich diejenigen, die der inflationistischen Lohntheorie zuneigten, auf die von Schumpeter und in zugespielter Weise von Hahn vertretene Auffassung stützen zu können, daß die Kapitalbildung auch aus dem Nichts durch zusätzliche Kreditschöpfung möglich sei. Dieser Nutzanwendung ihrer Theorie haben aber Schumpeter und Hahn selbst schon als Missbrauch gekennzeichnet; sie können das nach ihrer derzeitigen Auffassung mit um so größerem Recht, weil sie hinsichtlich der Kredittheorie neuestens im wesentlichen zu dem alten Glauben der Väter zurückgekehrt sind.

Auch in der positiven Beantwortung der Frage, welche Wege führen zu nachhaltiger Besserung des Einkommens der Arbeitenden in der Volkswirtschaft, sind die deutschen Volkswirte aller Richtungen weit einiger, als man gemeinhin annimmt. Als Beweis dafür kann schon die Stuttgarter Resolution vom Jahre 1924 gelten, die sich nachdrücklich für Wahrnehmung der Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung aussprach und vor den Gefahren der Zollpsychose, mit denen die Welt damals noch weit weniger belastet war als heute, warnte. Sie fand die Zustimmung von mehr als neun Zehntel der deutschen akademischen Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Eine spätere Zeit wird erst unbefangen genug sein darüber zu urteilen, wie richtig und wichtig für alle Kreise der deutschen Volkswirtschaft dieses Bekenntnis zur internationalen Arbeitsteilung war und ist. Volkswirtschaftlich gesehen wäre es nichts anderes als ein Akt des wirtschaftlichen Selbstmordes, wenn man die Strukturänderungen der Weltwirtschaft übersehen und Mittel der staatlichen Macht einsetzen wollte, um da fortzufahren, wo man 1914 aufgehört hat, oder gar die deutsche Volkswirtschaft so autark zu machen, wie sie vor 100 Jahren war und auch sein konnte. Damals war die Zahl der Menschen, die auf deutschem Boden wohnten, nur halb so groß wie heute. Ihre Anspruchslosigkeit war unverhältnismäßig größer, und vor allem hatten die Menschen, die auf deutschem Boden lebten, nicht mit der furchtbaren Tributlast zu rechnen.

Wir müssen nun einmal mit dieser Tributlast rechnen, wir können  
Schriften 182. — Verhandlungen 1930. 3

nur hoffen, sie allmählich mit zunehmender weltwirtschaftlicher Einsicht von Etappe zu Etappe abzubauen. Proteste und Drohungen eines wehrlosen Volkes werden diesen naturnotwendigen Entwicklungsprozeß kaum beschleunigen. Es gibt keine andere Möglichkeit die Reparationen aufzubringen, als dadurch, daß das Einkommen der Arbeitenden um die Milliarden der Tribute jährlich verkürzt wird. Das kann vorübergehend verschleiert werden dadurch, daß unter dem Druck der gewerkschaftlichen Machtmittel oder auf Grund sozialpolitischer Gesetze trotz allem ebensoviel oder noch mehr in den privaten Wirtschaften oder in den öffentlichen Wirtschaften verbraucht wird. Das wird dann geschehen auf Kosten der Kapitalbildung. Die Folge muß sein, daß die deutsche Arbeit weniger gut mit Kapital ausgerüstet ist. Sie wird es schwerer haben im Konkurrenzkampf am Weltmarkt Erfolge zu erzielen, insbesondere aber wird es schwieriger werden, die ökonomischen — wohlgernekt, die ökonomischen, nicht nur technischen — Fortschritte zu erzielen, die erzielt werden müssen, wenn wir dem Millionenheer unserer Arbeitswilligen volkswirtschaftlich nützliche Arbeit zuweisen wollen. Die Reparationen schaden uns nicht bloß direkt, dadurch, daß sie uns fortlaufend übergroße Mittel entziehen, sondern sie schaden uns und der ganzen Welt auch indirekt durch die empfindlichen Störungen, die durch die Reparationen für das internationale Feineinander greifen der nationalen Volkswirtschaften notwendigerweise entstehen müssen: unrationelle Umleitung von Leistungen innerhalb der Weltwirtschaft, Beeinträchtigung der Verteilung der Produktion nach den geringsten Realkosten, Kapitalschwund infolge volks- und weltwirtschaftlich an und für sich nicht notwendiger, durch die Tributlasten aber erzwungener Umstellungen, steigende soziale Unruhen, das sind weltwirtschaftliche Folgen der Reparationen, die heute schon für jeden Unbesangenen offenbar sind. Die Aufnahmefähigkeit wird dadurch am Weltmarkt vermindert. Der Druck lastet aber unvermindert auf Deutschland, die denkbar größten Anstrengungen zu machen, um trotzdem große Warenmassen an die Gläubigerländer zu dirigieren. Diese suchen sich dagegen durch Zollmaßnahmen und immer wieder ausgedehntere Zollmaßnahmen zu schützen. Die schädlichen Folgen der Reparationen werden dadurch nur noch vertieft und erweitert, die tatsächliche Last, die Deutschland zu tragen hat, erschwert. Gleichzeitig erzwingen die Reparationen weltwirtschaftlich unzweckmäßige Kapitalwanderungen, insbesondere wird Kapitaldisposition nach Paris diri-

giert, und von dort aus kann dann die infolge der Zinsgefälle notwendige Rückleitung um so schwieriger erfolgen, weil der französische Geld- und Kapitalmarkt unter den großen Finanzzentren der Welt nach allgemeinem Urteil der schwerfälligste ist.

Trotzdem brauchte der Unterschied zwischen dem deutschen Zinsfuß und dem Zinsfuß der anderen weltwirtschaftlichen Kulturländer — offenbar ein Hauptgrund für unsere sozialpolitischen Nöte — nicht so groß zu sein wie er ist. Es wäre nicht notwendig gewesen, daß wir so schlecht ausgerüstet in die weltwirtschaftliche Depression hineinmarschierten, wie es nun tatsächlich der Fall ist. Wir waren Ende 1926 und Anfang 1927 auf dem besten Wege, am internationalen Kapitalausgleich wieder in normaler Weise teilzunehmen. Die außergewöhnlich hohe Risikoprämie, die man Deutschland zuließ, sank, das regte natürlich die Börsenspekulation an, eine verkehrte Zinspolitik der Reichsbank bedeutete ein Blasen ins Feuer. Die Effektenkurse stiegen immer mehr, nun bekam man Angst, daß der kühne Kletterer auch stürzen könne; um die Gefahren des Sturzes zu demonstrieren, wandte der Reichsbankpräsident ein drastisches Mittel an. Er packte den Kletterer und warf ihn in die Tiefe. Man merkte zu spät, daß man mit dieser Doktor-Eisenbart-Kur eine gut funktionierende Börse und damit das wichtigste Mittel für den Kapitalausgleich auf Jahre hinaus unmöglich gemacht hatte. Das hätte schon genügt, um die ausländischen Kapitalbesitzer von neuem zur Zurückhaltung zu bringen, die Risikoprämie zu steigern. Zu allem Überfluß wurde aber nun in verstärktem Maße der Kampf gegen die Auslandsanleihen als solche mit der Folge fortgesetzt, daß langfristige Auslandsanleihen uns verschlossen blieben, teuere, unsichere, auch politisch höchst unheilvolle kurzfristige Darlehen mußten in die Bresche treten. Nebenbei ein Beweis dafür, wie gefährlich es ist, wenn die Meinung und der Wille eines Mannes, und sei er noch so erfahren und noch so energisch — und beides war der Reichsbankpräsident —, ausschlaggebend für wichtige volkswirtschaftliche Maßnahmen sind. Die Erfahrung spricht sehr dafür, daß es zweckmäßiger ist, wenn diejenigen, die ihre eigene Haut zu Märkte tragen, auch auf eigenes Risiko im Konkurrenzkampfe an diesem Markte Erkenntnis der Zukunft produzieren und darauf die wirtschaftlichen Maßnahmen stützen. Zum Glück können plantypische Torheiten in einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft, wenn auch mit reichlich hohen Opfern, so doch immer eher korrigiert werden

als in einer Volkswirtschaft, die ganz der Starrheit planwirtschaftlicher Regelung versallen ist. Hätten wir nur mit dem Feindandergreifen privatwirtschaftlicher Interessen zu tun, dann könnte man — trotz gewisser Bedenken, die sich aus der Freiheit des Konsums ergeben, die aber auch durch Unleiheregulierung nicht behoben werden — getrost den internationalen und nationalen Kapitalausgleich dem Zins überlassen, der sich am freien Markt bildet. Aber da in dem Getriebe der Volkswirtschaft in immer größerem Maße Wirtschaften eingeschaltet sind, die nicht mit dem Zins zu rechnen brauchen, die das Einkommen und das Vermögen der Steuerzahler hinter sich haben, um darauf das Risiko gemachter wirtschaftlicher Dummheiten abzuwälzen, werden wir an einer allerdings außerordentlich schwierigen Kontrolle der Unleihpolitik dieser öffentlichen Wirtschaften nicht vorbeikommen. Diese Kontrolle hätte sich indessen nicht auf die Verwendung von Auslandskapital, sondern auf Verwendung von Kapital überhaupt zu erstrecken.

So wichtig es für Deutschland derzeit auch ist, sich die Vorteile des internationalen Kapitalmarktes möglichst günstig zu eigen zu machen, entscheidend bleibt natürlich, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um diese vorerst noch ganz unentbehrlichen Krücken möglichst rasch überflüssig zu machen. Entscheidend bleibt die Kapitalbildung im eigenen Lande. Dieser Notwendigkeit muß sich die Sozialpolitik im eigensten Interesse unterordnen.

Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß die Ausgaben unseres Volkes für den unmittelbaren Bedarf in dem richtigen Verhältnis zur Kapitalbildung bleiben. Die Ausgabemöglichkeit wird geschaffen durch Steuern für die öffentliche Hand, durch Löhne und Gehälter für die Masse der Einzelwirtschaften. Daß ein Zubiel an Steuern volkswirtschaftlich äußerst bedenklich sein kann, haben wir nachgerade alle miteinander eingesehen. Daß es aber auch eine Überhöhung der Löhne geben kann, die volkswirtschaftlich sehr bedenklich ist, begreift man erst ganz allmählich.

Es wird auf Gegenwirkungen aufmerksam gemacht, die sich bei Lohnsteigerungen einstellen könnten, um die Gefahren zu kompensieren. So glaubt man, daß es sehr wohl möglich sei, daß nach Erhöhung der Löhne und Gehälter die Einkommensbezieher Verständnis für die bestehende Lage haben würden, so daß sie, statt entsprechend mehr zu konsumieren, an der Kapitalbildung teilnehmen könnten. Man empfiehlt zu dem Zwecke neue organisatorische Experimente. Aber selbst

wenn das Unmögliche möglich gemacht würde, wenn der Spargrad der Arbeitenden nach Steigerung ihres Einkommens quantitativ ganz der dadurch geminderten Kapitalbildung in den kapitalistischen Unternehmungen entsprechen würde, wäre eine Minderung des Sozialprodukts zu befürchten, weil das Gesparte in viele Teile zerplittert erst wieder auf Umwegen zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden müßte. Auch würde die Anlage wahrscheinlich mehr unmittelbar für zukünftigen Güterkonsum als in der Richtung auf dauernd vermehrte Güterbereitstellung erfolgen. Ebensowenig ist es begründet anzunehmen, daß dem vermehrten Konsum auch vermehrte Leistungen entsprechen würden. Wir wissen, daß bei der exekutiven Arbeit der Leistungsvorgang des Einzelnen infolge der technischen und organisatorischen Entwicklung immer unabhängiger gemacht wird von der Leistungskraft und von der Leistungswilligkeit des Arbeiters. Auch das wird allgemein zugegeben, daß wir es bei der Leistungskraft mit einer Art Gesetz des abnehmenden Ertrages zu tun haben. Vermehrte Aufwendungen für die Rekonstruktion der Arbeitskraft werden nur bis zu einem in der Gegenwart bei der großen Masse der Arbeiter wahrscheinlich längst erreichten Punkte zunehmende Erträge erwarten lassen. Und was die dispositive Arbeitsleistung, namentlich die Unternehmerleistungen angeht, die nationale und die internationale Konkurrenz, nicht zuletzt die enorme Steuerlast sitzen heutzutage den Unternehmern schon so auf dem Nacken, daß eine weitere Peitsche, um ihnen die Trägheit auszutreiben, regelmäßig wohl nicht erforderlich ist. Was erreicht werden kann durch erzwungene Lohnsteigerungen ist dies: Der Arbeitgeber wird in einem Lande mit großem Kapitalmangel und einem Überschuß an Arbeitskräften veranlaßt, das weniger seltene Produktionselement durch das seltene zu ersezten. In dem Falle — ohne Produktivitätssteigerung — wird allerdings das Arbeitsmittel den Arbeiter erschlagen, überflüssig machen.

Einige Autoren legen ein entscheidendes Gewicht darauf, daß Steigerung des Einkommens der breiten Massen insoweit eine Produktivitätssteigerung bedeute, als die Hindrängung des Konsums zur Massenware die Massenproduktion fördere, bei der besonders große Produktivitätsvorteile zu erwarten seien. Mancherlei Einwände sind demgegenüber zu machen. Jedenfalls wird die Möglichkeit quantitativ enorm überschätzt. Allgemein scheint mir dabei übersehen zu werden, daß es nicht in erster Linie darauf ankommt, ob man Massengüter, die dem Gegenwartskonsum dienen, unter degressiven oder progressiven Kosten her-

stellt, sondern darauf, ob man gewillt und in der Lage ist, Teile des Erarbeiteten nicht zu konsumieren, vielmehr entsprechende Mengen der Bodenkraft und Arbeitskraft zu verwenden für die bessere Befriedigung des zukünftigen Bedarfs. Geschieht das, so wird die vermehrte Kapitalbildung auf Bereitstellung vermehrter Produktionsmittel hindrängen, und gerade die Erzeugung dieser Produktionsmittel ist die Domäne der degressiven Kosten. Immer muß aber im Auge behalten werden, daß die Kostendegression unter dem Gesetz der Massenproduktion steht, das nur für den noch nicht optimal ausgenützten Einzelbetrieb gilt — im Gegensatz zu dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, das für die Volkswirtschaft schlechtweg in Wirksamkeit ist.

Erfolgt eine Erhöhung der Löhne auf Kosten der Bildung von Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne, dann können wir von einer Überhöhung der Löhne sprechen. Durch diese wird die Entwicklung je länger je mehr auf Zerfall der Volkswirtschaft und damit auch auf Zerfall der Sozialpolitik hingedrängt. Das äußere Zeichen dafür ist chronische Arbeitslosigkeit. Was eine allgemeine Überhöhung der Löhne (einschl. Gehälter) bedeutet, wird sofort klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die in der Volkswirtschaft bereitgestellten Güter zu nicht viel weniger als zu 90 % auf Arbeitsleistungen zurückzuführen sind, falls man auch die Auswendungen für die im öffentlichen Interesse tätigen Beamten einrechnet. Es kommt natürlich nicht nur die im einzelnen Betriebe sichtbare unmittelbar verwandte Arbeitskraft in Betracht, sondern auch die indirekte Arbeit, die sich in den Maschinen verkörpert und in dem Heranholen der Rohstoffe besteht. Eine verhältnismäßig geringe, aber allgemeine Überhöhung der Löhne kann infolgedessen die Kapitalbildung und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften schwer beeinträchtigen. Gewiß kann man die arbeitslos Gewordenen, muß es unter Umständen aus sozialen und politischen Gründen, mit Mitteln, die zwangsläufig durch Steuern aus der Volkswirtschaft herausgezogen werden, die aber dann bei der Kapitalbildung fehlen, beschäftigen und unterstützen. Im Grunde genommen ist das aber nicht mehr als eine Vogelstraßpolitik, die die Heilung hinauszögert und erschwert. Es ist ähnlich wie bei der Inflation, man kann die Sanierung hinausschieben, die Volkswirtschaft kann sich dabei sogar zeitweise verhältnismäßig ganz wohl fühlen, aber wir wissen ja aus der Erfahrung nur zu genau, daß das Ende um so bitterer ist und sein muß, je länger man

sich scheut, das Übel an der Wurzel zu fassen. Auch das hat die Überhöhung der Löhne mit der Inflation und jeder sonstigen schweren Erkrankung des Wirtschaftskörpers gemein, daß dann, wenn Gefahr im Verzuge ist, die leicht bewegliche Verfügung über Kapital sich aus dem Bereich der Folgen einer Wirtschaftsgefährdung durch die Flucht entziehen kann und entzieht — erst recht dann, wenn man es mit drastischen Mitteln daran zu verhindern sucht. Die Lage der Arbeitskraft wird dadurch um so schneller der Katastrophe entgegengetrieben.

Ist die Kapitalbildung und damit die Volkswirtschaft durch eine Überhöhung der Löhne gefährdet — wann das der Fall ist, läßt sich nicht so genau sagen, wie man es bei der Inflation auf Grund des Wechselkurses und des Preisindexes feststellen kann —, dann wird man alles tun müssen, um die in der Volkswirtschaft, also bei dem ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, wirksamen Naturheilkräfte zu mobilisieren. Das beste Naturheilmittel ist aber der elastische, dem Grade der Knappheit sich anpassende Preis, der Preis am Markte der fertigen Güter und der Preis am Markte der Produktionsmittel, also der Zins und der Lohn. Verkehrt wäre es, wenn man als Mittel gegen die verhängnisvolle Überhöhung der Löhne schematisch alle Löhne gleichmäßig um 10 oder 15% etwa herabsetzen würde. Es gilt nun mehr denn je einen schablonisierten, von einer Zentrale definierten Lohn zu erzeugen durch einen Lohn, der der Leistung, dem wirtschaftlichen Effekt soweit wie möglich angepaßt ist.

Fehler, die in der Volkswirtschaft gemacht werden, haben das Fatale, daß sie sehr rasch begangen werden, jedoch nur langsam, Schritt für Schritt wieder gutgemacht werden können. So war es beispielsweise volkswirtschaftlich einer der schwersten Fehler, die in der Nachkriegszeit überhaupt gemacht wurden, daß man die Beamtengehälter in der Zeit einer langsam Anpassung an die veränderte Struktur so erhöhte, daß dadurch eine Last entstand, die in ihren Folgen kaum hinter der Jahreslast der Reparationen zurückbleibt. Es war ein Fehler hauptsächlich deshalb, weil man nicht gleichzeitig die Nationalisierung der Beamtenarbeitsleistung damit verband, die allein die vermehrte Belastung, die die Volkswirtschaft plötzlich fast über Nacht zu tragen hatte, einigermaßen hätte erträglich machen können. Aber es würde nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich bedenkliche Wirkungen haben, wenn man jetzt diese Beamtengehaltserhöhungen in vollem Umfange direkt oder durch eine Sondersteuer rückweise auf einmal schemati-

tisch rückwärts revidieren wollte. Es müßten sich dadurch außer bedenklichem sozialen Unwillen schlimme Frustrationen in der Volkswirtschaft ergeben, die die bestehende schwere Wirtschaftsdepression wahrscheinlich verschärfen und nicht erleichtern würden.

Um aber kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sei betont, daß kein unbefangener Volkswirt bei Prüfung der augenblicklichen Notlage zum Ergebnis kommen wird, daß wir auch ohne vorübergehende Senkung der Gehälter und Löhne unsere Volkswirtschaft sanieren können. Nur wird sorgsam erwogen werden müssen, daß die Lohnsenkungen — natürlich sind Reallohnsenkungen gemeint — nicht Endziel, sondern Mittel zum Zweck, nämlich zur Kapitalbildung, zur Preissenkung, zur Arbeitsbeschaffung, zur Steigerung des Arbeitseinkommens sind. Um dieses Ziel zu erreichen, ist möglichste Schonung der volkswirtschaftlichen Kontinuität erforderlich.

Es kommt darauf an, daß wir jetzt unter Einsatz aller Kräfte versuchen, die Leistung den Löhnen anzupassen. Dazu haben wir Kapital notwendig, müssen wir möglichst Kapital aus dem Ausland zu angemessenen Bedingungen herbeischaffen, müssen wir aber auch unser knappes eigenes Kapital so sorgsam wie nur möglich verwenden. Es genügt nicht, daß man einfach sagt, das Kapital muß produktiv verwendet werden, wir müssen eine Produktivität anstreben, die der Höhe des landesüblichen Zinses entspricht. Daher ist es volkswirtschaftlich gesehen nur eine Verschwendug, wenn Selbstfinanzierungen in Betrieben vorgenommen werden, die vielleicht nur 5% herauswirtschaften können, wo doch der Zinssatz draußen am freien Markt so sehr höher steht und damit anzeigen, daß anderswo dringenderer wichtiger Begehr nach Kapital besteht, gar nicht zu reden von Aufwendungen öffentlicher Körperschaften, die zwar auf lange Sicht nützlich sein mögen, die aber von der Kapitalnot des Tages aus gesehen dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Vorschub leisten. Auch die sozialpolitischen Palliativmittel, Streckung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzungen, um mehr Arbeitslose beschäftigen zu können, Einführung von Notstandsarbeiten unter Zuhilfenahme von Kapitalien, die zwangsläufig durch Steuern aus der heimischen Volkswirtschaft herausgezogen werden, sind volkswirtschaftlich nur selten vorteilhaft. Ob der Politiker derartige Mittel zwecks Verhütung von schlimmeren Übeln nicht glaubt entbehren zu können, steht hier nicht zur Erörterung.

Eine bessere Kombination von Bodenkräft, Arbeitskräft

und Kapital gilt es herauszufinden. Wiederum ist dringend zu warnen vor einer Verweichlung der ökonomischen Rationalisierung mit der technischen Rationalisierung. Die Frage nach dem Wie des Arbeitens hat für uns Volkswirte eine untergeordnete Bedeutung; wenn man zwei Maschinen nebeneinander hat, dann ist es sehr leicht zu sagen, diese Maschine ist besser als die andere. Die beiden anderen Fragen des Ob und des Wozu interessieren uns, ob diese Maschine eingeführt wird, in welchem Umfang sie sich betätigen soll; Fragen, die um so schwieriger zu beantworten sind, weil ja nicht bloß auf die einigermaßen bekannte Gegenwart Rücksicht genommen werden muß, sondern auch auf die noch unbekannte Zukunft. Wie schwierig diese ökonomische Rationalisierung ist, geht daraus hervor, daß zum Teil dieselben Leute, die vor einigen Jahren den deutschen Unternehmern vorwurfen, daß sie nicht genügend Risiko zu übernehmen bereit wären, daß daher die Rationalisierung bei uns nicht so weit vorgeschritten sei wie im Ausland, jetzt den deutschen Unternehmern den Vorwurf machen, sie hätten die Rationalisierung überhastet, Kapitalinvestitionen seien fehlerhafterweise betrieben worden, die kapitalistischen Unternehmer trügen daher die Schuld an den gegenwärtigen Nöten.

Ökonomische Rationalisierung muß sich immer in einer Verbilligung der Produkte äußern oder besser gesagt, sie muß dahin führen, daß der Preis der Produkte billiger wird, als er ohne die ökonomische Rationalisierung sein würde.

Weil man den wichtigen Unterschied zwischen ökonomischer und technischer Rationalisierung nicht genügend berücksichtigt, ist man zu der nicht haltbaren Ansicht gekommen, daß eine Lohnsenkung deshalb produktionspolitisch verhängnisvoll sei, weil dadurch gerade die rationalisierten, also kapitalintensiven Betriebe benachteiligt würden, ein erheblicher Teil des Rationalisierungsprozesses würde dadurch vernichtet. Werden derartige Betriebe tatsächlich benachteiligt, vielleicht sogar ausgeschaltet, so ist das eben ein Beweis dafür, daß sie trotz ihrer besseren technischen Ausstattung sozialökonomisch fehl am Platze waren, außerdem übersieht diese Argumentation aber auch, daß jede ökonomische Rationalisierung die Kapitalbildung fördert, den Grad der Kapitalknappheit mindert und damit den kapitalintensiven Betrieben zugute kommt, weil dadurch die Zinslast verringert werden muß.

Es ist nun der eigentliche Sinn und Zweck der bestehenden sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Produktionselemente in

möglichst zweckmäÙiger Weise zu kombinieren. Diese Wirtschaftsordnung ist nicht die Erfindung profitgieriger Kapitalisten, sondern ist das Werk der Gemeinschaft der Arbeitenden, die dafür sorgen mußten, daß auf demselben Boden innerhalb kurzer Zeit vier-, fünfmal soviel Menschen ernährt und beschäftigt werden konnten als früher: Arbeitsteilung und ihre Lebendigmachung in einer rationellen Arbeitsvereinigung — das ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung — war dazu unerlässlich. Der Schauplatz der Tätigkeit ist für diese Arbeitsvereinigung längst nicht mehr bestimmt durch nationale Grenzen, keine staatliche Macht kann für eine stabilisierte Wirtschaftsordnung sorgen und den gegebenen Einzelwirtschaften Existenz und Einkommen dauernd garantieren — auch dann nicht, wenn der Staat tatsächlich mehr wäre als er in Wirklichkeit heute ist. Wer die Dinge sieht, wie sie wirklich sind, und sie nicht hineinzwängen will in ein vorher zurechtgemachtes Schema, muß merken, daß die Nationalwirtschaft nur ein Stück des weltwirtschaftlichen Geschehens sein kann, das sich täglich, ja stündlich ändert; dem hat sich die Nationalwirtschaft anzupassen. Tut sie es nicht, wird sie es sich gefallen lassen müssen, daß die wirtschaftlichen Freizonen, innerhalb deren ein sozialpolitisches Wollen sich auswirken kann, enger und unsicherer werden. Über diese brutale Tatsache bringen uns weder die schönste sozialphilosophische Erörterung nochflammende patriotische Begeisterung hinweg.

Die bestehende Wirtschaftsordnung stachelt durch den Erwerbstrieb, der sich auf das Privateigentum auch an den Produktionsmitteln stützt, die wirtschaftlichen Fähigkeiten an, sich möglichst erfolgreich, aber auß eigenes Risiko und eigene Verantwortung zu betätigen. Sie setzt ihm aber zugleich durch die Konkurrenz Schranken und zwingt die Produktion durch eben diese Konkurrenz, die Konsumenten an ihren Erfolgen teilnehmen zu lassen. Um Märkte bilden sich die Preise für die fertigen Güter und für die Produktionsmittel, die auf dem Wege über die privatwirtschaftliche Kalkulation ein elastisches, automatisches Sich-anpassen der Produktionselemente an die sich rasch ändernden Markt-möglichkeiten gestatten und erzwingen. Die Vorwürfe, daß sich die kapitalistische Verkehrswirtschaft „anarchisch“ entwölfe, nicht dem Bedarf diene, sind auch im marxistischen Lager immer mehr verstimmt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat gezeigt, daß sie in sich die Kraft trägt, indogene Schwierigkeiten, die nicht auf Strukturände-rungen und nicht auf Maßnahmen beruhen, die dem Sinn der be-

stehenden Wirtschaftsordnung zuwiderlaufen, verhältnismäßig rasch zu überwinden. Als sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung freier zu gestalten begann, um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, konnte Malthus seine eindrucksvollen Warnungen aussprechen. Hundert Jahre später hatte sich beispielweise auf dem im ganzen doch fräglichen deutschen Boden die Menschenziffer ungleich stärker vermehrt als jemals früher im Laufe eines Jahrhunderts. Der Konsum war den gewaltig gestiegenen Bedürfnissen entsprechend enorm gestiegen, und doch war das charakteristische Zeichen des letzten halben Menschenalters vor dem Kriege nicht Arbeitslosigkeit, sondern Leutenot. Bei Kriegsausbruch beschäftigten wir mehr als eine Million fremder Arbeitskräfte innerhalb unserer Grenzen — das war nur möglich, weil die Kapitalbildung noch stärker voran gekommen war als der Verbrauch.

Diese kapitalistische Verkehrswirtschaft ist nichts Starres, sie ist entwicklungsfähig und entwickelt sich, ihr Lebenselement ist Konkurrenz, nicht atomisierte Konkurrenz, Konkurrenz vielmehr, die geradezu nach Organisation schreit und dabei doch in der Konkurrenz bleibt. Selbst ein so rabiater Manchestermann wie Friedrich Bastiat meinte, daß zur Bekämpfung der Übel und Schmerzen, die mit der Konkurrenz wirtschaft verbunden sind, die „Assoziation“ unentbehrlich sei. Diese Assoziationen haben in Verbindung mit den volkswirtschaftlichen Fortschritten vielleicht mehr als alles andere dahin gewirkt, daß wir auf dem Wege zur Verwirklichung des sozialpolitischen Ziels in verhältnismäßig kurzer Zeit ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen sind. Die Genossenschaften der Verbraucher haben es unter Ausnutzung der Möglichkeiten und im Rahmen der Konkurrenz wirtschaft in bewundernswerter Weise verstanden, das Programm der Pioniere von Rochdale zu verwirklichen. Die Gewerkschaften der Arbeiter konnten, gestützt auf ein freies Koalitionsrecht, das sie sich erkämpften, die Lohnarbeiterchaft vom bloßen Objekt des Arbeitsmarktes zu einem Subjekt am Markt machen, das dem von Haus aus wirtschaftlich stärkeren Arbeitgeber mit Marktkenntnissen und mit der Fähigkeit, die Marktmöglichkeiten zu ihren Gunsten auszunützen, entgegenzutreten in der Lage war. Den Gewerkschaften ist es zu danken, daß die ruiniöse Konkurrenz unter den Arbeitern, die ihre Arbeitskraft nicht aufspeichern können und die, isoliert mangels eines Reservefonds, nicht warten können, deren Angebot infolgedessen besonders dringlich ist, zu einer geregelten Konkurrenz wurde. Diese geregelte Konkurrenz ist kein Widerspruch

zu der bestehenden Wirtschaftsordnung, sie ist im Gegenteil erst die Erfüllung ihres wahren Sinnes. Ähnliches kann auch und zwar in erhöhtem Maße von dem allerdings leicht mißverständlichen „Korporativ-organischen Prinzip“ gesagt werden, wie es der christlichen Sozialphilosophie vorstrebelt; es kann wertvolle Dienste leisten zur Verwirklichung des sozialpolitischen Ziels, aber nur, wenn es sich auswirkt im Rahmen klar erkannter sozialökonomischer Gegebenheiten.

Die Notwendigkeit der organisierten Konkurrenz wird heute auf der ganzen Linie anerkannt. Um so überraschender ist es, daß man die Bemühungen der Unternehmer, die ruinöse Konkurrenz bei dem Feilbieten ihrer Erzeugnisse ebenfalls zu regeln, die Kartelle und die angeblich mit ihnen verbundene monopolistische Beherrschung des Marktes als „gleichsam fleischgewordene Widerlegung des privatwirtschaftlichen Systems“ bezeichnet. Es ist doppelt überraschend, daß namentlich sozialistische Theoretiker sich gegen das „Monopol“ der Kartelle wenden; denn das, was sie anstreben, die totale Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ist doch auf jeden Fall ein der Konkurrenz weit mehr entzogenes Monopol als es selbst die mächtigsten Unternehmerorganisationen im Rahmen einer Wirtschaftsordnung vermögen, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Auch ein wirkliches Monopol würde im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchaus der Zugluft der Konkurrenz ausgesetzt sein, und das wird im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch stets so bleiben. Es ist insbesondere irrig, wenn man behauptet, daß die Konkurrenzwirtschaft naturnotwendig die Tendenz zur Monopolwirtschaft in sich trage. Das mag zeitweise für einzelne wirtschaftliche Betätigungsgebiete stimmen, aber die in der Konkurrenzwirtschaft tätigen Kräfte bringen immer wieder neue Entfaltungen wirtschaftlicher Möglichkeiten. Der Erwerbstrieb drängt, die neuen Chancen auszunützen, nur ausnahmsweise und vorübergehend wird er sich darin aufhalten lassen durch die Schablonen irgendeiner Organwirtschaft.

Die Kartelle sind aber keineswegs Beherrscher der Marktmöglichkeiten. Es ist außerordentlich kennzeichnend, daß der deutsche Volkswirt, der von uns allen vielleicht den tiefsten Einblick in das wirtschaftliche Getriebe der Kartelle tun konnte und der von seinen Kenntnissen und Einsichten an verantwortungsvoller Stelle als Besitzer beim Kartellgericht Gebrauch machen mußte, daß Tschiersky in einem Buche, das in diesen Tagen erschienen ist, seine alte Definition, Kartelle seien mono-

polistische Organisationen, preisgibt und nunmehr wörtlich folgendes erklärt: „Man wird nach allen praktischen Erfahrungen feststellen müssen, daß die Kartellpolitik um so rationeller zu sein pflegt, je weniger sie sich auf Machtstellung, je mehr sie sich vielmehr auf die richtige Erkenntnis und Auswertung der wirtschaftlichen Gegebenheiten stützt.“ — „Die monopolistische Marktbeherrschung bildet stets und... nur ausnahmsweise vorübergehend die potenzielle Obergrenze.“ Gewiß ist es möglich, daß die Kartellmacht mißbraucht wird, ohne staatliche Kontrolle kommen wir nicht aus; gewiß ist es auch, daß diese Kontrolle noch zweckmäßiger, vielleicht noch durchgreifender gestaltet werden kann, aber dafür, daß die Kartelle auch nur zu einem wirklich beachtenswerten Teile Schuld tragen an den vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Nöten, dafür hat man bisher nicht einmal einen Beweis zu erbringen versucht. Die sehr summarischen, natürlich an der Oberfläche bleibenden Ergebnisse des Preisindexes, die angeblich zeigen, daß die sogenannten gebundenen Preise wesentlich langsamer gesunken sind als die nichtgebundenen Preise, können kaum etwas beweisen, zumal ja wohl allgemein bekannt ist, daß die Kartelle in Zeiten sinkender Konjunktur aus naheliegenden Gründen formal den gebundenen Preis aufrechterhalten, während tatsächlich die Bindung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich die „gebundenen“ Preise im Durchschnitt viel mehr auf eine inlandsbedingte Produktion stützen als die freien Preise, die unmittelbar von den Preissenkungen am Weltmarkt berührt werden; bei den gebundenen Preisen wirken sich regelmäßig die starren und hohen heimischen Selbstkosten (Löhne, Steuern, Sozialaufwendungen) weit stärker aus.

Theoretisch haben wir auf der einen Seite die Möglichkeit, daß die Kartelle in Zeiten sinkender Konjunktur den Preis hochhalten und dadurch volkswirtschaftlichen Schaden anrichten, auf der anderen Seite aber die Wahrscheinlichkeit, daß die Kartelle in ihrem allereigensten Interesse sich den Marktkräften so zweckmäßig wie nur möglich anzupassen versuchen. Selbst wenn aber die Preise durch die Kartelle in volkswirtschaftlich schädlicher Weise hochgehalten werden, ist das aus einem Grunde volkswirtschaftlich nicht so gefährlich wie Überhöhung der Löhne; denn das Hochhalten der Preise ist natürlich nur möglich durch Einschränkung der Produktion. Dementsprechende Mengen Kapitals werden weniger in Anspruch genommen, die anderswo, wenn auch nicht ohne Verluste, der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. Über-

höhung der Löhne hingegen führt nicht bloß zur Umlenkung eines Produktionsfaktors, sondern zur Ausschaltung des Produktionsfaktors Arbeitskraft, zur Arbeitslosigkeit. Das muß um so mehr in Betracht gezogen werden, weil regelmäßig die Monopolgewinne der Unternehmer überwiegend der Produktion, die überhöhten Löhne dagegen überwiegend dem Güterverbrauch zugeführt werden. Mit all diesen Überlegungen soll nicht der Kampf gegen einen wirklichen Monopolkapitalismus als unnütz oder gar schädlich erklärt werden — er ist schon deshalb notwendig, weil das Monopol ein sehr wertvolles Aktivum der Konkurrenzirtschaft, die Initiative und Selbstverantwortung freier Unternehmer, gefährdet —, aber vor den Auswüchsen, die bei diesem Kampfe besonders häufig sind, muß gewarnt werden.

Die Übertreibung in den Angriffen gegen die angebliche monopolistische Macht der Kartelle ist sozialpolitisch deshalb bedenklich, weil man leicht an verkehrter Stelle einsetzt, um sozialpolitische Fortschritte zu erzielen. Beweis dafür sind die immer wieder aufgenommenen Versuche, eine entscheidende Ankurbelung der Wirtschaft dadurch zu erreichen, daß man sich gegen die von den Kartellen festgesetzten Preise wendet. Im Sommer 1925 hat das Kabinett Luther großzügig und wohlüberdacht den Versuch gemacht, auf diese Weise eine Herabsetzung der Preise zu erzielen, das Kabinett hatte sich zugleich auch der Hilfsdienste der Reichsbank versichert. Die Reichsbank hat damals in sehr energischer Weise bei der Prüfung der Kreditgesuche Umschau gehalten, ob der Kreditsuchende Organisationen angehöre, die in unwirtschaftlicher Weise die Preise hochhielten. Der Versuch endete dennoch mit einem vollkommenen Fiasco, obwohl man damals noch in der Lage war, die Umsatzsteuer von 1½% auf 1% herabzusetzen. Gewiß können der Staat und die ihm nahestehenden großen wirtschaftlichen Gebilde, die Post und die Eisenbahn, durch ihre Macht als Auftraggeber die Preise vorübergehend so herunterdrücken, daß nicht nur der Profit verloren geht, sondern die Betriebe gezwungen sind, sogar unter Selbstkosten zu liefern. Aber das ist nichts anderes als Ausnützung wirtschaftlicher Macht zum schweren Nachteil der Volkswirtschaft und zum Schaden der sozialpolitischen Möglichkeiten. Eine solche Preissenkungspolitik ist schlimmer als die sozialpolitische Sisyphusarbeit, die sich auf eine Volkswirtschaft stützt, die durch vermehrte Steuerlasten „gesund“ gemacht werden soll; mit der Steuerbelastung hat sie eine verminderte Kapitalbildung

gemeinsam, sie ruft noch dazu falsche Vorstellung von kommenden Preissenkungen wach und belastet die Regierung zum Schaden ihrer Autorität mit einem Experiment, dem sie nicht gewachsen ist und nicht gewachsen sein kann.

Auch die neueste Aktion, die sich zum Ziele setzt, mit staatlichen Machtmitteln die Preise herunterzudrücken, wird in ihrem Erfolg bei weitem nicht den Hoffnungen entsprechen, die man bei Einleitung der Prozedur erwartet hat. Solange der Preis der Arbeitskraft und der Kapitalkraft hoch bleibt, die öffentlichen Lasten nicht spürbar gesenkt werden und die Verbilligung der ausländischen Bodenkraft (Rohstoffe) kompensiert wird durch künstliche Verteuerung der Bodenkraft in der Heimat (Schutzzölle), wird eine allgemeine Senkung des Preisniveaus, um dadurch Raum zu schaffen für neue Nachfrage, nicht erreicht werden können.

Es ist richtig, daß die Kartelle ruinöse Konkurrenz, die weder privatwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich auf die Dauer gesehen erwünscht ist, unterbinden können. Sie können insgesessen den Grenzbetrieben die Kostenersättigung, die den Marktbedingungen entspricht, sichern, aber sie sind regelmäßig weder gewillt noch in der Lage, darüber hinaus „Wohlfahrtsinstitute für volkswirtschaftlich überflüssige Grenzbetriebe“ (G. Halm) zu sein. Soweit sie bemüht sind, den Anpassungs- und Ausschleppprozeß nicht ruckhaft, sondern allmählich zu gestalten, leisten sie der Volkswirtschaft unter Umständen einen Dienst, wenn dadurch die mit den Umstellungen durch Frictionen verursachten volkswirtschaftlichen Kapitalverluste herabgedrückt werden. Richtig ist auch, daß Produktionsfortschritte unter der Voraussetzung, daß die Naturkräfte in ihrem Quale und Quantum gegeben sind, nur dadurch erzielt werden können, daß die Produktion weniger Arbeitsaufwand erfordert. Natürlich erfolgt die so notwendig werdende Freisetzung von Arbeitskräften an der Grenze der bisherigen Produktion. Insofern kann fortschreitende Rationalisierung Ausschaltung von Grenzbetrieben zur Folge haben. Aber man darf nicht Folgen und Ursachen miteinander verwechseln. Die mit der Ausschaltung von Grenzbetrieben verbundenen privatwirtschaftlichen Verluste brauchen uns allerdings nicht zu kümmern. Uns interessiert nur der volkswirtschaftliche Gesamtfortschritt. Der kann nicht dadurch erzielt werden, daß man zerstört, sondern nur dadurch, daß man aufbaut. Grenzbetriebe, die vernichtet

werden, bedeuten für die Volkswirtschaft und für die Sozialpolitik ein Minus, wenn nicht die ausgeschalteten menschlichen Wirkamkeiten anderswo besser eingesetzt werden können, und das wird nur der Fall sein, wenn vermehrtes Kapital, also bei sinkendem Zins, zur Verfügung steht, um rationellere Betriebsmethoden einzuleiten. Es gibt Volkswirte, die glauben, daß aus der Vernichtung der Grenzbetriebe neue wirtschaftliche Kraft wie der Vogel Phönix aus der Asche emporsteige; M. G. Bonn meinte kürzlich: „Das Kapital, das keinen ausreichenden Ertrag mehr abwirft, verschwindet aus dem Vermögen seiner Besitzer... Dieser Kapitalschwund ist nicht nur die Strafe für die Fehlgänge des Kapitalismus, er ist vor allem der Antrieb zur Gesundung. Er erzwingt den organisatorischen Fortschritt und ermöglicht ihn; denn da geschwundene Kapitalien nicht mehr verzinst zu werden brauchen, so gestattet ihr Verlust Preissenkung und erhöhte Rentabilität.“ Der verehrte Kollege stellt sich die Vernichtung von Grenzbetrieben gewissermaßen als Aufrollung eines wirtschaftlichen Wunderknäuels vor; der Pleitegeier als Hilfe bei der Überwindung der volkswirtschaftlichen Kapitalknappheit ist eine allzu lustige Figur in der sonst ernsten nationalökonomischen Theorie. Diese Lehre ist ein grotesker Beleg dafür, wie verhängnisvoll es ist, wenn das Wesen des volkswirtschaftlichen Produktionselementes Kapital und die Vorgänge, die es bilden, missverstanden werden.

Dass gerade das Monopol, das nicht vorhandene Monopol der Kartelle, zum Gegenstand zahlreicher oft leidenschaftlicher Angriffe gemacht wird, ist leicht zu erklären: Die öffentliche Meinung sucht nach einem sichtbaren Angriffsobjekt, gegen das sich die wohl immer vorhandene Unzufriedenheit der Konsumenten mit der Preisbildung wenden kann; die dem äusseren Schein nach so mächtigen Organisationen der Unternehmer locken derartige Angriffe geradezu heraus. Diejenigen, die bewußt oder auch nur im Unterbewußtsein der alten liberalen Doktrin treu geblieben sind, hassen die Kartelle, weil sie als „Monopole“ mit der alten Theorie nicht übereinstimmen. Die Sozialisten endlich, die, soweit sie ehrliche Denker sind, sich in einem tragischen Konflikt befinden zwischen dem sozialistischen Herzen und dem sozialökonomischen Verstande, sind froh, daß, nachdem so gut wie alle marxistische sozialökonomische Theorie als unhaltbar preisgegeben werden mußte, im angeblichen Monopol der Kartelle etwas gegeben ist, das auch Anhänger der bestehenden Wirtschaftsordnung auf Grund eines Missver-

ständnisses „gleichsam fleischgewordene Widerlegung des privatwirtschaftlichen Systems“ zu nennen bereit sind.

Weder die Erfahrung noch die theoretische Überlegung geben uns auch nur den mindesten Anhalt dafür, daß sich eine Wirtschaftsordnung denken läßt, in der besser und nachhaltiger für Steigerung des Realeinkommens der Arbeitenden in der Gesellschaft gesorgt werden kann, als das in der gegenwärtigen kapitalistischen Verkehrswirtschaft möglich ist. Nicht die Entfaltung des Kapitalismus ist ein Hindernis für Sozialpolitik, sondern der Rückschritt zu mercantilistischen Methoden. Die Konkurrenzwirtschaft wird um so vortrefflichere Dienste leisten, je besser man die sie bewegenden Kräfte erkennt und sie auszunützen bemüht ist. Wirtschaftspolitische Experimente, die das übersehen, schaden der Volkswirtschaft und schaden der Autorität des Staates, wenn er dafür die Verantwortung zu tragen hat.

Dieses Ergebnis kann nicht dadurch erschüttert werden, daß sich bei dem Feindangreifen der Einzelwirtschaften manchmal ökonomische Unbehaglichkeiten nach der persönlichen Seite ergeben. Eine solche ökonomische Unbehaglichkeit mag sein, daß Einkommen, große Einkommen dahin dirigiert werden, wo wir sie nicht gern sehen. Aber es ist schon ein Trost, daß gerade die großen Einkommen nur rasch durch die Einzelwirtschaften hindurchgehen, sie müssen sich dann Kraft des Erwerbsbetriebes der Einzelwirtschaften — je mehr man hat, je mehr man will — eben kapitalbildend in der Volkswirtschaft betätigen. Diejenigen, die in der Fabrik schaffen, kümmern sich nicht darum, daß der Fuß aus den Schloten Unbehaglichkeiten verursacht; ähnlich sollte es auch in der Volkswirtschaft sein. Nebensächlichkeiten können und dürfen nicht das Urteil über das Wesen der Dinge beeinträchtigen, wenn auch nebenbei Rücksicht darauf genommen werden sollte, daß derartige Unbehaglichkeiten nicht allzu groß werden. Es muß beispielsweise sehr ernst überlegt werden, ob die sozialökonomischen Vorteile der großen Einkommen der Generaldirektoren, die in ihrer kapitalbildenden Kraft liegen, nicht zu stark beeinträchtigt werden durch das Unbehagliche des Vergleichs, das damit verbunden ist und sozial erheblichen Schaden anrichten kann.

Viel wichtiger ist aber etwas anderes: Die Volkswirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie steht im Dienste der Menschheit. Die Menschen stellen höhere Forderungen als bloße Befriedigung

rieller Bedürfnisse. Sie verlangen in unserer Zeit mit steigendem Nachdruck, daß den Idealen der Gemeinschaft, der Freiheit, der Würde der arbeitenden Menschen auch im Rahmen der Volkswirtschaft Rechnung getragen werde. Ich brauche nicht zu sagen, daß diese Dreieinheit immer wieder gefährdet wird im Kampfe um das tägliche Brot, im Kampfe um das Mein und Dein in der Wirtschaft. Solange der Mensch Mensch bleibt und solange die Menge seiner Bedürfnisse unendlich, die Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse aber knapp sind, wird das immer so sein. Es kommt nur darauf an, ob die Eigenart der bestehenden Wirtschaftsordnung und ihre Entwicklung besondere Gefahren für die Gemeinschaft, für die Freiheit, für die Würde des Menschen in sich bergen.

Soweit unser Ziel Aufrechterhaltung und Förderung der Gemeinschaft der Arbeitenden ist, also des Bewußtseins eines Miteinanderverbundenseins trotz aller Verschiedenheit der Einzelnen und der Gruppen, leugne ich das auf das entschiedenste. Im Gegenteil, durch nichts kann der Sinn für die Gemeinschaft so geweckt werden, kann „das Einzelbewußtsein für die Gemeinschaft“ so stark gemacht werden, als dadurch, daß man das Neinandergreifen all der Millionen Kräfte in der Volkswirtschaft in seiner Bedeutung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt aller verstehen und würdigen lernt. Das sind starke reale Wurzeln für den Gemeinschaftsgeist im Gegensatz zu den gefälschten Lehren, mit denen die Apostel einer mysteriösen „Ganzheit“ die Welt beglücken wollen. Es ist nicht wahr, daß dem Lohninteresse des Arbeiters das Profitinteresse des Kapitalisten diametral entgegenstehen muß, im Gegenteil, das durch die Konkurrenz in Schranken gehaltene Profitinteresse hat sich als der beste Bahnbrecher für die ökonomischen Fortschritte aller Arbeitenden, auch der Lohnarbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes, erwiesen. Carl Landauer, der kein Hehl daraus macht, daß er auf sozialistischem Standpunkte steht und sich als Anhänger der Klassenkampftheorie bekennt, muß dennoch in der letzten Nummer der Sozialen Praxis zugeben, daß bei Reformen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das wahre Interesse der Arbeiter mit dem des Unternehmers viel stärker übereinstimmt, als sie glauben. Wenn unter den Arbeitenden das Gefühl der Gemeinschaft nicht recht aufkommen kann, so liegt das nicht in der Eigenart der Wirtschaftsordnung, in der sie und für die sie schaffen, sondern es liegt an den Arbeitenden selbst, es liegt an der Art

und Weise, wie die Klassenkampftheorie mißbraucht wird, um den Haß in der Arbeitsgemeinschaft zu schüren, es liegt an der mammonistischen Rassgier derer, die in der Wirtschaft nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck erblicken, es liegt an dem Dünkel derer, die immer noch nicht begreifen, daß in der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft alle gegenseitig aufeinander angewiesen sind, alle sind Mitarbeiter am selben Werk: Kopfarbeiter und Handarbeiter, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer. In dieser Arbeitsgemeinschaft gibt es zwar Überordnung und Unterordnung, aber keine Herren, die über Knechte gebieten können. Zugegeben werden muß auch, daß heute noch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland mehr als in anderen kapitalistischen Ländern vorbelastet sind „mit dem Ressentiment aus dem Schicksal vergangener Generationen“ (Ad. Lampe).

Um Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schienen allerdings Freiheit und Würde des Menschen in beängstigender Weise gefährdet zu sein. Die Erwartung des ökonomischen Liberalismus, daß mit dem laissez faire, laissez aller auch schon ohne weiteres der Mensch zu neuer Freiheit, zu höherer Würde geführt werde, wurde zunächst gründlich Lügen gestraft. Adam Müller sprach von dem Lügengefühl vermeintlicher Freiheit, das der Liberalismus den Menschen geschenkt habe, und es gibt keine erschütterndere Bestätigung dieses Urteils als der Inhalt der Blaubücher, die Karl Marx in England studierte und die ihm eine Hauptgrundlage boten für seine wirtschaftliche Theorie. Aber wenn wir die Entwicklung weiterverfolgen, dann wird jeder Unbefangene zugeben müssen, daß noch niemals, solange wir zurückdenken können, so rasche und so tiefgehende Fortschritte in der Befreiung der eingeschulten Arbeit gemacht wurden, als sie gemacht werden konnten dank der ökonomischen Fortschritte innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutete ein immer stärkeres Vordringen des funktionell Notwendigen auf Kosten der Wirkungsmöglichkeit persönlicher Macht, ohne daß dadurch aber die Bedeutung persönlicher Initiative ausgeschaltet wurde. Der Grandseigneur der Feudalzeit konnte für sich ohne alle Sorgen fronen lassen, er wußte, daß bei Fortdauer des Systems seine Nachkommen sich dasselbe dolce far niente leisten könnten wie er. Heute ist der Industriemagnat eingespannt in ökonomische Notwendigkeiten, Tag und Nacht sitzt hinter ihm die atra cura, daß kapitalistische Methoden Vermögen zerstören und

Herren zu Dienern machen, wenn irgendwer irgendwo bessere, billigere Methoden einzuführen vermag. Längst ist die wirtschaftliche Macht losgelöst von dem persönlichen Reichtum; der Ausspruch, den man einem großen Wirtschaftsführer in den Mund legt: „Der Betrieb ist alles; die Aktionäre sind nichts“ ist gewiß nicht höchste ökonomische Weisheit, aber er kennzeichnet nicht schlecht die seit den Frühzeiten des Kapitalismus geänderte Sachlage. Die Wirtschaft hat sich Organisationen geschaffen, die nicht gebunden sind an Zufälligkeiten eines persönlichen Schicksals. Sobald die Arbeiter den Sinn und das Wesen der Wirtschaftsführung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begriffen haben, werden sie kaum noch besonderes Verlangen haben, an dieser Führung unmittelbar teilzunehmen. Sie haben das stärkste Interesse daran, daß die Verantwortung der kapitalistischen Unternehmer nicht gemindert wird, und sie müssen wissen, daß die sozialökonomischen Gesetze um so weitere Möglichkeiten für sozialpolitische Ziele schaffen, je weniger man sie von außen her nach dieser Richtung hin zu kommandieren sucht.

Die Besitzenden und die wirtschaftlichen Herren sind ohne Zweifel unfreier geworden; sie sind unfreier geworden, damit die exekutive Arbeit freier werden konnte.

Die Freiheit der Arbeitenden als Konsumenten ist so groß geworden, daß ehrliche Volksfreunde — ich erinnere an Walther Rathenau — besorgt gefragt haben, ob nicht das Maß der Freiheit zu einem Übermaß geworden ist. Aber nicht geleugnet werden kann, daß schon durch die größere Freiheit des Konsums der breiten Massen der Arbeitenden die „Gestaltung des Lebens nach eigenen Wertvorstellungen“ erheblich erleichtert wurde. Machen wir uns weiter klar, was wir zu unserer Freude gerade den Lohnarbeitern im Laufe der verflossenen Menschenalter an sozialpolitischen Fortschritten verschaffen konnten, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeitszeitverkürzung insbesondere, die soziale Versicherung; denken wir an die Tatsache, daß die Gewerkschaften nicht bloß deshalb, weil sie mit großen Mitgliederzahlen auftreten können, eine Macht darstellen, sondern vor allem auch deshalb, weil sie bei ihrem Einkommen und ihrem Vermögen mit Hunderten von Millionen rechnen können. Das alles konnte die Volkswirtschaft zur Verfügung stellen dank den ökonomischen Fortschritten, die wir der auf Privateigentum gestützten Konkurrenzwirtschaft verdanken. Derselbe Fortschritt machte es immer mehr Menschen, die vorwärtsstreben wollten, möglich, ihres eigenen Glückes Schmied zu werden. Immer

mehr Menschen konnten ihr Schicksal gestalten auf Grund ihres Könnens und ihres Wollens. Und nicht das Unwichtigste: Je mehr die volkswirtschaftliche Entwicklung fortschritt, je mehr Kapital in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden konnte, um so kostspieliger wurden die geeigneten Arbeitskräfte, um so mehr mußte man bemüht sein, den Menschen nicht mehr auszunützen als Muskelmaschine, sondern als denkendes Wesen im Dienste der Gesamtheit. Gleichzeitig zwingt die zunehmende Bedeutung des fixen Kapitals, das unter Strafe schweren Verlustes auf stetige und rasche Ausnützung hindriegt, die Unternehmer, den Arbeitern, denen das Gesetz ein Minimaleinkommen sichert, mindestens ebenso nach den Augen zu sehen, als es umgekehrt der Fall ist.

Nun sind aber Freiheit und Würde etwas Subjektives. Zum Glück wird es in unserer Wirtschaftsordnung nicht von oben herab dekretiert, was der Einzelne als Freiheit, als Würde, als menschliches Glück überhaupt zu empfinden hat. Nach manchen Äußerungen sozialistischer Theoretiker könnte man annehmen, daß möglichst kurze Arbeitszeit und möglichst hoher Lohn wichtigste Voraussetzung für das Gefühl der Freiheit und Würde sind. Wenn diese Auffassung richtig wäre, müßten diejenigen, die sie vertreten, es mit brennender Scham empfinden, daß eine der wichtigsten Arbeiten, die in unserer Volkswirtschaft geleistet werden kann, die Arbeit des Kleinbauern, schlechter bezahlt ist und ein viel größeres Tagewerk umfaßt als die des jüngsten ungelernten Arbeiters in der Industrie. Sie müßten im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit dafür eintreten, daß die Löhne der anderen Arbeitenden im Interesse der Entlohnung der bäuerlichen Arbeit gekürzt werden. Indessen kann in der Wirtschaftsordnung, die sich auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln stützen kann, noch eine ganz andere Vorstellung von dem materiellen Glück zur Geltung kommen, die Idee, daß man das Eigentum an Produktionsmitteln, das man von den Eltern und Großeltern überkommen hat, als Grundlage selbständiger Arbeit, wenn auch härtester selbständiger Arbeit den Kindern weitervererben will.

Schon aus diesem Grunde handeln diejenigen nicht recht, die im Namen der Freiheit und Würde den Kampf gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln propagieren. Sie sehen sich damit aber auch in Widerspruch mit den wohlverstandenen idealen Interessen der industriellen Arbeiterschaft. Auch im Interesse der industriellen Arbeiter ist der Kampf gegen das Privateigentum an den Produktions-

mitteln zugleich auch ein Kampf gegen Freiheit und Würde dieser arbeitenden Menschen. Wir werden an die Gegenwart erinnert, wo wir Einrichtungen im Rahmen der sozialen Gesetzgebung zu treffen im Begriffe stehen, die an sich wahrhaftig nicht der Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen dienen. Der Krankenschein ist gewiß nichts sozialpolitisch Sympathisches, aber wir müssen derartige Einrichtungen einbauen, und ich fürchte, wir werden sie in nächstbarbarer Zeit in immer größerem Maße einbauen müssen, weil eben unsere Mittel nicht mehr ausreichen, um eine soziale Gesetzgebung so frei sich auswirken zu lassen, wie wir gerne möchten. Das schlimmste, was der Würde des Menschen zugefügt werden kann, ist Arbeitslosigkeit. Der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes hat wohl nach unser aller Empfinden ganz recht, „daß es tausendsach mehr gewerkschaftlich gehandelt ist, wenn wir alles aufbieten, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, als den in Arbeit Stehenden ein paar Pfennig Lohn erhöhungen zuzuführen“. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Arbeitslosigkeit um so geringer ist, je besser sich die der kapitalistischen Wirtschaft eigenständlichen Anpassungskräfte entwickeln können.

Niemals sind, soweit wir zurücksehen können, so große und so rasche Fortschritte gemacht worden in der Befreiung des arbeitenden Menschen als auf Grund des freien Eigentums an Bodenkraft und Kapital, und niemals sind so rasche und so erschreckende Rückschritte zur Sklavenwirtschaft gemacht worden als im bolschewistischen Russland auf Grund der Aufhebung des freien Eigentums an den Produktionsmitteln. Man würde jedoch den Bolschewiken unrecht tun, wenn man dieses Ergebnis auf schlechten Willen oder auf ungenügendes Verständnis für menschliche Würde und Freiheit zurückführen wollte. Es handelt sich um notwendige Folgen davon, daß die wirtschaftliche Produktivität nach Aufgabe der Konkurrenzwirtschaft immer mehr zurückging, und in gleichem Maße mußte sich der persönliche Zwang steigern, um die Existenzmöglichkeit zu sichern.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus, glaube ich, kommen wir wiederum zu demselben Ergebnis: Eine gesunde Sozialpolitik bedarf einer gesunden Volkswirtschaft, und eine gesunde Volkswirtschaft ist nicht denkbar, wenn sich nicht das Erwerbsinteresse des einzelnen in Verbindung mit eigener Verantwortung, mit eigener Initiative auswirken kann, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, daß sich die ein-

zernen Kräfte durch das elastische Mittel des kapitalistischen Marktes aufeinander abstimmen. Wenn dieses System in Gefahr ist, dann müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um es zu retten. Wer statt dessen die Rettungsmannschaften wegläßt, damit sie an der Katastrophe um einen neuen Bauplatz teilnehmen, der versündigt sich gegen die Interessen der Gemeinschaft des arbeitenden Volkes, die nicht bloß Träger, sondern zugleich auch der Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.

Meine Damen und Herren, als Sozialökonom habe ich zu Ihnen gesprochen. Ich weiß, daß bei dem Problem, das uns interessiert, auch andere Wissenschaften ein wichtiges Wort mitzusprechen haben, die Soziologie insbesondere. Es ist Aufgabe meines Herrn Vorreferenten, meine Ausführungen insbesondere nach der soziologischen Seite zu ergänzen. Mitzusprechen hat bei der Gestaltung der Sozialpolitik nicht zuletzt der Sozialethiker. Aber sowohl der Sozialethiker wie der Soziologe muß eine ernste Warnung berücksichtigen, die einer der besten Köpfe unter den jüngeren Sozialethikern vor kurzem ausgesprochen hat, der Wiener Theologe und Soziologe Johannes Mehner: „Wahre soziale Kritik ist ohne entsprechende Kenntnis und Berücksichtigung des Eigenlebens der Wirtschaft nicht möglich, Kenntnis und Berücksichtigung dieses Eigenlebens ist für den sozialen Kritiker Sache des Gewissens.“ Dieser Gewissenspflicht wird nicht schon dadurch entsprochen, daß man privatwirtschaftliche Erfahrungen und privatwirtschaftliche Erfolge aufweisen kann. Der beste Beleg dafür ist vielleicht, daß unter den vielen wirtschaftspolitisch unmöglichen Vorschlägen wohl den Rekord an wirtschaftlicher Torheit ein Vorschlag erreicht hat, der von einem privatwirtschaftlich sehr erfolgreichen großen parteipolitischen Führer stammt, der Vorschlag, man solle und könne die Reparationslasten dadurch auf das Ausland abwälzen, daß man an der Grenze eine 15prozentige Zollerhöhung einkassiert. Die Herren Parlamentarier haben allerdings nicht viel Zeit, über volkswirtschaftliche Zusammenhänge nachzudenken. Ihre Sorgen gehören Tag und Nacht der einen Frage: Wie sagen wir es unseren Kindern, den Herren Wählern? Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß dann, wenn das Parlament, dessen Wille sich bei uns identifiziert mit dem Staatswillen, nichts anderes ist als ein Haufen von Interessenvertretern und Phantasten, es zwar in der Lage sein mag, eine noch viel größere Fülle von sozialpolitischen Paragraphen herzuzaubern, aber eine soziale Tat kann daraus nicht werden, es sei denn, daß sich das Parlament auf die Gewissenspflicht

besinnt, daß es Verständnis dafür erhält, daß volkswirtschaftliches Durchdenken der Zusammenhänge conditio sine qua non ist für jede wirkliche sozialpolitische Arbeit.

Reichsarbeitsminister Stegerwald meinte in einer Wahlrede, die er vor einigen Wochen hielt: „Unsere innere Neuordnung in den nächsten Jahren wird sich nur mit den heftigsten Kämpfen durchsetzen lassen; um so mehr als es sich in den nächsten Jahren überwiegend um wirtschaftliche und finanzielle Fragen dreht, in denen das deutsche Volk so zerrissen ist wie kaum ein anderes Volk in der Welt. Das ist eben die falsche Einstellung in Deutschland, daß jede Interessengruppe glaubt, daß, wenn ihren speziellen Wünschen jeweils Rechnung getragen werde, sie dauernd am besten fahre.“ Demgegenüber kann ich mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß die Vertreter der deutschen Volkswirtschaftslehre in allen lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes, soweit sie die aktuelle wirtschaftliche Not angehen, ganz weitgehend einig sind, obwohl wir uns zu sehr verschiedenen Weltanschauungen bekennen und mit verschiedenartigen wirtschaftlichen Methoden arbeiten. Gewiß, es gibt bei uns wie in jeder Wissenschaft Außenstalter, die aus naheliegenden psychologischen Gründen alles das, was die Alten in unserem Fach gelehrt haben, auf den Schutthaufen werfen wollen und die in den Meinungen der mit ihnen lebenden Fachgenossen nur ein Chaos erblicken. Derartige Eigenbrötler bedeuten in unserer Wissenschaft nicht mehr als in anderen Wissenschaften, sie geben der Wissenschaft manchmal recht wertvolle Anregungen, nur daß sie gerade in unserer Wissenschaft gefährlich sind, weil die denksaulen Massen, die die sogenannte öffentliche Meinung bilden, es nun allzu bequem haben, bei ihrer Denksaulheit zu verharren mit dem Hinweis: Seht, die gewohnheitsmäßig über den Interessen stehen, deren Pflicht es ist, über alle diese wirtschaftlichen Zusammenhänge unbefangen wissenschaftlich nachzudenken, sind auch unter sich uneinig. Es ist gut, demgegenüber nachdrücklich zu betonen, daß die Einigkeit der deutschen Volkswirte in der Beurteilung der wirtschafts- und sozialpolitischen Tagesfragen nie- mals so groß war wie gerade in der Gegenwart.

Die Volkswirtschaftslehre bietet den Sozialetikern eine unentbehrliche Grundlage ihrer Bemühungen. Von dieser Grundlage aus kann aber gerade die Sozialetik der Volkswirtschaft die wertvollsten Dienste leisten. Für die Volkswirtschaftslehre ist die Sicherstellung der Bevie-

digung des Bedarfs nur ein quantitatives Problem. Die Vertreter der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft haben den Güterverbrauch als eine gegebene Tatsache hinzunehmen. Aber wir wissen, wie unendlich viel zum wahrhaftigen sozialpolitischen Fortschritt dadurch beigebracht werden könnte, wenn der Verbrauch sich nach einem Rationalprinzip gestalten würde, bei dem ethische Maßstäbe nicht fehlen dürfen. Die Forderung Rathenaus, daß „das objektiv wissenschaftlich prüfbare und nachweisbare Bedürfnis“ in den Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Entscheidungen zu treten habe, müßte in der Praxis auf einen Despotismus hinauslaufen, der in die letzten Wünsche und Empfindungen der Menschen in unerträglicher Weise eingreifen müßte. Dem Einzelnen muß die Entscheidung nach seinem subjektiven Ermeessen im Rahmen der ihm gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten regelmäßig überlassen bleiben. Aber dieses Ermeessen ist nicht unbeeinflußbar. Wir erwarten von den Sozialethikern und von der Sozialpädagogik, daß sie des menschlich und gesellschaftlich so außerordentlich wichtige Qualitätsproblem der Bedarfsgestaltung anpacken und es der Lösung näherbringen nicht für ein Wolkenkuckucksheim, sondern für das reale Leben, das wir mit nur knapp vorhandenen Mitteln zu führen haben. In Wirklichkeit ist auch in der kapitalistischen Wirtschaft nicht der Produzent, sondern der Konsument der Herr, aber der Konsument muß seinen Herrscherwillen richtig gebrauchen lernen. Helfen kann der Sozialethiker durch Aufrüttelung des sozialethischen Empfindens auch da, wo es sich darum handelt, dem Missbrauch sozialer Einrichtungen, der nichts anderes ist als Diebstahl an dem, was den Schwestern und den Brüdern gehört, zu begegnen; nicht minder, um das von der Lösung: Bahn frei dem Tüchtigen! zu verwirklichen, was möglich ist, und wir sind noch weit von der Grenze dieses Möglichen entfernt. Daß auch sonst noch viel Raum vorhanden ist für soziale Erziehungsarbeit gerade der „oberen Klassen“, wurde gelegentlich schon gestreift. Endlich und vor allem haben wir in der Volkswirtschaft die Dienste der Sozialethiker notwendig, um das Vertrauen zu schaffen und sicher zu begründen, daß das eigentliche Lebenselement für das Eineinandergreifen der Einzelwirtschaften darstellt, Vertrauen zwischen Arbeitgebern und zwischen Arbeitnehmern, zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Stadt und Land, Vertrauen zu unserer Volkswirtschaft als Ganzes, auf die wir wahrhaftig stolz sein können, wenn wir auch nur das im Auge behalten, was wir nach der Stabili-

sierung geleistet haben aus den ureigensten Kräften der Wirtschaft trotz aller äußerer und inneren Hemmungen. Wenn wir so Vertrauen in unsere Wirtschaft bekommen, wird auch das Ausland Vertrauen zu unserer Volkswirtschaft haben, und wir haben dieses Auslandsvertrauen für die nächstabsehbare Zeit nun einmal notwendig wie das tägliche Brot. Wer dem deutschen Volke Vertrauen in diesem Sinne schenkt, schenkt ihm eine gesunde starke Volkswirtschaft.

Die letzten Wurzeln aber dieses Vertrauens sind Klarheit und Wahrheit. Die Wissenschaft leistet unserem armen geplagten Volke keinen geringen Dienst, wenn sie fernab von allen parteipolitischen Dogmen und Interessentenwünschen ganz rücksichtslos und ganz unbefangen nach dieser Wahrheit und Klarheit Umschau hält.

(Langanhaltender Beifall.)

Präsident Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Sering:

Ich danke Herrn Geheimrat Weber für seine trefflichen, manhaftesten Darlegungen, denen wir alle mit großer Spannung gefolgt sind, und ich bitte nunmehr Herrn Professor Heimann das Wort zu nehmen.

(Geheimrat Sering, der anderweit in Anspruch genommen ist, übergibt das Präsidium an den Vorsitzenden, Geheimrat Eckert.)

Prof. Dr. Eduard Heimann-Hamburg<sup>1</sup>:

### I.

Wenn die Leitung des Vereins für Sozialpolitik zwei Redner zum gleichen Thema sprechen lässt, so kann es nicht ihre Absicht sein und ist nicht ihre Absicht, zweimal dasselbe sagen zu lassen. Ebenso wenig aber kann es die Absicht dieser Veranstaltung sein, nur einem Streit unter den Gelehrten mit allen Folgen der Sprachverwirrung Spielraum zu bieten. Wir müssen von vornherein, im Interesse der Hörer und im Interesse der Sache, uns Klarheit darüber verschaffen, wie

<sup>1</sup> Dieser notwendig sehr gedrängte Überblick bietet inhaltlich, mit einer gewissen Aktualisierung, eine Skizze derjenigen Gedankengänge, die in meiner „Sozialen Theorie des Kapitalismus — Theorie der Sozialpolitik“ näher ausgeführt und begründet werden. Der erste Teil der Rede skizziert die dort verwandte Methode; vgl. über deren Grundlagen die Abhandlung „Materialistische Geschichtsauffassung“ in meinem etwa gleichzeitig erscheinenden Buche „Kapitalismus und Sozialismus. Gesammelte Aufsätze zur Wirtschafts- und Geisteslage“.

weit die Übereinstimmung der Meinungen geht und welches der Bereich und die Gründe für die Abweichungen sind.

Die Übereinstimmung liegt in den großen Linien der ökonomischen Theorie, besser: in ihrer methodischen Verwendung. Es ist das Wesen der modernen ökonomischen Theorie, die Folgen und Rückwirkungen wirtschaftlicher Veränderungen in bezug auf den Güterertrag und die Güterverteilung zu beschreiben. Eine Preiserhöhung z. B. hebt das Angebot, falls es vermehrbar, und senkt meist die Nachfrage, und zwar auf den verschiedenen Märkten in jeweils verschiedenem Grade, der von der Angewiesenheit auf den Austausch, unter anderem auch von den technischen Bedingungen abhängt. Bis in sehr große Verfeinerungen hinein besteht weitgehende Übereinstimmung unter den Theoretikern über diese Denkmethode und ihre Ergebnisse, mit einer allerdings sehr schmerzlichen und gerade auch für die Sozialpolitik bedeutsamen Lücke, die sich auf die Konjunkturtheorie bezieht. Die einen machen für den Konjunkturmenschlag den Kapitalmangel verantwortlich und fordern für die Gesunderhaltung der Konjunktur die Hochhaltung der Gewinne als der Quelle für die erforderliche Kapitalbildung, wobei freilich die Frage übersehen ist, ob und bis zu welcher Grenze die erforderliche Kapitalbildung gerade aus Lohn erhöhungen geleistet werden könnte. Die anderen suchen die Ursache der Krise umgekehrt in dem Rückgang der Nachfrage nach Verbrauchsgütern, der die Folge überstarker Technisierung und Kapitalisierung wäre; ihnen kommt die Lehre vom zusätzlichen Kredit als einer wenn auch begrenzten Möglichkeit des Erholunges für freiwillige Kapitalbildung zu Hilfe. Die Gegenüberstellung dieser beiden Theorien scheint zu zeigen, daß es sich in dem Streit um die Frage der Proportion zwischen Verbrauch und Kapitalbildung handelt, und diese Frage wäre rein theoretisch nicht mehr zu entscheiden. Von dieser Kontroverse abgesehen dürfen wir also praktisch weitgehende Übereinstimmung über die Säße der ökonomischen Theorie feststellen.

Aber diese Säße sind hypothetisch: sie sagen nur, was eintritt, falls etwas anderes ist; sie spannen ein Netz von Funktionalbeziehungen aus; aber sie belehren uns nicht darüber, welche dieser Möglichkeiten mit ihren notwendigen Folgen und Rückwirkungen denn nun Wirklichkeit ist. Sie gestatten die Analyse von tausend verschiedenartigen Einzelerscheinungen, aber sie geben ihrer Natur nach kein Gesamtbild. Ja, sie setzen ein Gesamtbild weitgehend voraus: sie gelten unter der Vor-

ausziehung der Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital, aber diese ist keineswegs selbstverständlich. Die Mitwirkung der Arbeiter ist nicht selbstverständlich; sie haben das Mittel des Streiks, um die Bedingungen ihrer Mitwirkung zu verbessern. Die Mitwirkung des Kapitals ist auch nicht selbstverständlich; die Kapitalisten haben die Lauflose, aber fürchterliche Waffe der Kapitalflucht, durch die sie den Arbeitern die Existenzgrundlage entziehen. Nur also unter bestimmten Bedingungen gelten die Sätze der ökonomischen Theorie, aber sie schweigen von diesen Bedingungen, sie geben kein Gesamtbild. Und doch fordert das Leben von der Wissenschaft immer wieder mit Recht, daß sie die Wirklichkeit durchleuchte, daß sie zwar nicht alle Details, wohl aber die Grundstruktur und das Wesen der ökonomisch-sozialen Wirklichkeit sichtbar mache.

Das heißt zugleich, daß die Theorie den wesentlichen Verlauf verständlich machen soll, weil das soziale Leben geschichtlich ist. Bei keinem anderen Lebewesen, soweit wir wissen, nur bei dem Menschen als einem sozialen Wesen gibt es Geschichte: es geschieht etwas an ihm, in ihm und durch ihn. Er wandelt sich zu neuem Wesen, geformt sehr weitgehend im Zeitalter des Kapitalismus durch den wirtschaftlichen Ablauf und nun diesen Ablauf seinerseits erlebend und auf ihn reagierend und einwirkend. Wir haben es also nicht, wie die formal-hypothetische Wirtschaftstheorie nahezulegen scheint, grundsätzlich bald mit diesen, bald mit jenen beliebigen Bedingungen für den wirtschaftlichen Ablauf zu tun, sondern mit ganz bestimmten Bedingungen, aus denen nach der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit ein bestimmter Ablauf folgt; und daher gehört zum Verständnis dieses Ablaufs auch das Verständnis der Bedingungen selbst.

Wir müssen also für die ökonomischen Funktionsräume den soziologischen Rahmen bereitstellen, in dem sie alsbald einen bestimmten Inhalt und eine bestimmte Richtung erhalten, das Wort Soziologie nicht im Sinne einer positivistischen Spezialwissenschaft, sondern im Sinne der deutschen Denktradition gefaßt, als die Lehre von dem historischen Wandel in der Gestaltung des Zusammenlebens<sup>2</sup>. In Amerika ist die Sozialpolitik ein Seitenzweig der allgemeinen unhistorischen

---

<sup>2</sup> Sehr verschiedenerichtete Forscher sind doch in dieser Grundrichtung einig; so Karl Mannheim in seinen bekannten Schriften, ferner Landsberg, Kritik der Soziologie, und jetzt sehr bezeichnend schon im Titel seines Buches Freyer, Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft.

Soziologie und Sozialpsychologie — das ist unmöglich, denn die Sozialpolitik bezieht sich auf den Kapitalismus, und man muß dessen wirtschaftliche Eigenlogik und historische Eigenart verstehen, wenn man die Sozialpolitik in ihren Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen verstehen will. In Deutschland ist die Sozialpolitik ein Seitenzweig der Nationalökonomie — das ist ebenso unmöglich, denn ihr Blickfeld ist viel weiter und ihr Gesichtspunkt ein anderer. Die Nationalökonomie spricht von der Güterwelt, zwar um des Menschen willen, der die Güter zum Leben braucht, aber doch unmittelbar nur von den Gütermengen, ihrem An- und Abschwellen und der gelegentlich damit verbundenen Veränderung der Güterverteilung. Denn in der Wirtschaft, ihrem Gegenstand, geht es offiziell um Güter und nur sehr inoffiziell auch um irrationale Dinge, um Macht und Unterwerfung, also um die Beziehungen der Menschen in der Wirtschaft. In der Sozialpolitik aber geht es offen um das Schicksal des Menschen in der Wirtschaft, und dieser Gesichtspunkt, der soziologisch-historische, ist maßgebend für ihr theoretisches Verständnis. In der Theorie der Sozialpolitik wird die Nationalökonomie einbezogen, benutzt und überwunden.

Aber dies ist wieder rein formal gesagt: welcher konkrete inhaltliche Gesichtspunkt ist mit der Frage nach dem Schicksal des Menschen gemeint? Ist nicht mit dieser Einführung des Menschlichen die Theorie jeder subjektiven Willkür preisgegeben? Entsprechen nicht die inhaltlosen Funktionsätze, die alles Konkrete offen lassen, allein dem wissenschaftlichen Ideal der Objektivität? Aber eine jüngere Generation der sozialwissenschaftlichen Gelehrten glaubt nicht mehr daran, daß der Gelehrte unparteiisch im Raum schwebt oder schweben müsse oder könne; wegen dieses Anspruchs hat die Wissenschaft die Führung in den Fragen des Lebens eingebüßt. Wir Menschen denken, indem wir sind, und wir denken das, was wir im historischen Sinn des Wortes sind. Jemand einen Standort muß man haben, von dem aus die Sicht sich darstellt, der Standort bestimmt die Sicht. Es ist unmöglich, keinen Standort zu haben. Individuelle Rangunterschiede der Erkenntnisse und der Erkennenden werden dadurch nicht bestritten: der Standort muß möglichst hoch gewählt sein, damit man weit blicken kann; aber was in der Sicht zentral erscheint, ist durch den Standort bedingt. Dieser Standort also ist etwas der subjektiven Willkür Entrücktes, etwas Objektives, Reales; er muß so gewählt sein, daß die den geschichtlichen Verlauf beherrschenden Kräfte von ihm aus sichtbar und verständlich werden. Die vor-

malen Zusammenhänge, die die ökonomische Theorie beschreibt, werden so inhaltlich gefüllt, unter bestimmten Gesichtspunkten beurteilt, wie in der Realität, so auch in der die Realität und ihre Bewegung wiedergebenden Theorie. Diese Theorie kann also nicht wertfrei sein, aber sie verfällt dadurch nicht der subjektiven Willkür, gegen die der Ruf nach Wertfreiheit und Objektivität als Korrektiv immer sein Recht behält; sie ist an die objektiv in der Geschichte wirkenden Kräfte gebunden. Sie ist damit nun allerdings dem Zwiespalt ausgeliefert; in ihrem Zwiespalt spiegelt sich der Zwiespalt des geschichtlichen Verlaufs. Hier also sind Abweichungen nicht nur möglich, sie sind unvermeidlich wegen der Verschiedenheiten der realen Standorte für die sozialwissenschaftliche Sicht.

Als Kraft bewährt sich die geschichtliche Kraft dadurch, daß sie die Realität verändert. Wenn wir von der Sozialpolitik als von einer geschichtlichen Erscheinung sprechen, so gehört sie zu den anderen geschichtlichen Erscheinungen des Kapitalismus, gleichsam als deren Schatten. Die konstituierenden Kraftbeziehungen sind dann von vornherein klar: mit der wirtschaftlichen Eigenlogik, welche die Wirtschaftstheorie beschreibt, erhebt sich die kapitalistische Wirtschaftsmacht aus den Bedingungen der freien Wirtschaft, und gegen sie steht aus ihr selbst die Eigenlogik der sozialen Bewegung auf und trockt jener die Rechte des arbeitenden Menschen ab, in dem Rahmen, den die Funktionsbeziehungen der Wirtschaftstheorie deutlich machen, und nicht ohne empfindliche Rückwirkungen daher.

Dieser Grundbeziehung werden wir später nachgehen; ihre erste Erwähnung aber muß alsbald benutzt werden, um einer naheliegenden doppelten Einwendung zu begegnen. Wenn wir entscheidenden Wert darauf legen, vom jeweiligen Standort der geschichtlichen Entwicklung her zu sprechen, so muß nur um so mehr auffallen, daß unsere Deutung der Sozialpolitik in der Gefahr scheint, inaktiv zu sein. Wir sprechen von der Dynamik der Sozialpolitik, von der Macht der Arbeiterbewegung, die durch die kapitalistische Entwicklung selbst, durch den Aufstieg des Großbetriebs geschaffen und verstärkt wird und die ihrerseits die Sozialpolitik vorantreibt — — und doch ist die Sozialpolitik heute in die Defensiven gedrängt und kämpft um ihren Bestand. Mehr als das: bei der großen Erschütterung, die wir jüngst in der Reichstagswahl erlebt haben, scheint es sich um ganz andere Probleme, auf ganz anderer Ebene liegende Probleme zu handeln, so daß die Sozialpolitik nicht

nur zurückgedrängt, sondern in der Tagesordnung abgelöst zu sein scheint. Ich glaube das nicht, und ich glaube daher an die unverminderte Aktualität unseres heutigen Themas.

Denn erstens ist die kapitalistische Wirtschaftsmacht in einem dialektischen Doppelsinn die Voraussetzung der Sozialpolitik: der Kapitalismus ist der Gegner, gegen den sie sich richtet, zugleich aber das Fundament, auf dem sie handelt; der Kapitalismus ist heute durch die Krise geschwächt und in seinem Funktionieren gestört, daher ist es auch die Sozialpolitik. Übrigens gilt das nur insofern, als die Frage der Lohnhöhe gemeint ist, und wir werden sehen, daß sie keineswegs die Sozialpolitik erschöpft, gerade weil es sich um den Menschen handelt. Aber in bezug auf die so überragend wichtigen Lohn- und ähnlichen Fragen gilt freilich, daß die Schwächung des Kapitalismus auch die Sozialpolitik schwächt. Wir brauchen uns nicht mit den unzulänglichen Versuchen aufzuhalten, die Sozialpolitik für die Krise verantwortlich zu machen, sie durch die Krise zu widerlegen. In allen kapitalistischen Ländern wütet die Krise, auch in Amerika; sie muß also allgemein kapitalistische und kann nicht speziell deutsche sozialpolitische Gründe haben. Wäre nicht die allgemeine Krise über die Welt hereingebrochen, so wäre die deutsche Sonderkrise aus dem vorigen Sommer längst behoben. Die Gründe dieser also müssen zweitens erwähnt werden: die Zurückhaltung und Zurückziehung fremder Kapitalien aus Deutschland und die Flucht deutscher Kapitalien wegen der Unsicherheit der deutschen Verhältnisse seit der Krise der Pariser Reparationsverhandlungen vor anderthalb Jahren. Drittens haben wir die nachträgliche und daher forcierte Nationalisierung, durch die spezialisierte Arbeitskräfte in sehr viel rascherem Tempo freigesetzt wurden, als sie wieder aufgesogen werden können. Viertens erhöhen die deutschen Monopolpreise die Kosten für die weiterverarbeitende Industrie und erschweren die Absatzfähigkeit<sup>3</sup>. Um Gründe für die Krise

---

<sup>3</sup> Die amtliche Statistik zeigt, daß die „freien Preise“ sich seit dem Durchschnitt des Jahres 1926 bis zum Ende August 1930 um 23% gesenkt haben, während die „geregelten Preise“ in der gleichen Zeit um 3% stiegen, und bei diesen handelt es sich meist um Grundstoffe, bei jenen um fertige Erzeugnisse. Diese sensationelle Disproportion ist auf jeden Fall die schwerste zwischen den einzelnen Gliedern der deutschen Wirtschaft und mußte nicht nur die Fertigungsbetrieben zum Erliegen bringen, sondern eben dadurch auch den Absatz der Monopolerzeugnisse drosseln. Vgl. die umfassende Darstellung des Gesamtverlaufs bei Adolf Löwe, „Lohnabbau als Mittel der Krisenkämpfung?“ Neue Blätter für den Sozialismus, 1930, Heft 7.

sind wir nicht verlegen; wenn das ein Trost wäre, so wären wir sehr getröstet. Die Stockung in der Wirtschaft bedeutet immer auch eine Stockung der Sozialpolitik, die doch auf den Normalverlauf der Wirtschaft eingerichtet ist; aber die Tatsache der Stockung ist kein grundsätzlicher Einwand gegen die These von der Dynamik der Sozialpolitik. Voraussetzung ist allerdings, daß die Stockung der Wirtschaft nicht strukturell, nur konjunkturell aufzufassen ist. Ich glaube das: wie vor drei Jahren die Arbeitslosigkeit sich über das Minimum nur wenig erhob, das sich dauernd aus den Wirtschaftsveränderungen und dem Wechsel der Arbeitsplätze ergibt, so kann auch diese Krise aus den Kräften der Wirtschaft selbst überwunden werden. Sobiel zu dem ersten Einwand: daß die Dynamik der Sozialpolitik, von der wir sprechen, durch die Tatsache der Krise widerlegt sei: sie ist es im Augenblick, aber nicht grundsätzlich.

Zweitens aber: der Erfolg der politischen Extreme, der andere Probleme auf die Tagesordnung gesetzt haben soll, ist doch wieder in erster Reihe Wirkung der Krise, Ausdruck der Verzweiflung und Erbitterung. Mitten in der Krise zu wählen, war nicht sehr klug. Aber freilich hat der Erfolg der politischen Extreme auch strukturelle, nicht nur konjunkturelle Ursachen, und gerade sie weisen wieder auf die Dynamik des Kapitalismus und der Sozialpolitik hin, die doch vermeintlich durch sie widerlegt werden. Die kapitalistisch-sozialpolitische Doppelentwicklung ruft diejenigen zum Widerstand auf, die in ihrer sozialen Besonderheit zwischen der Kapitalmacht und der Arbeitermacht zerrieben zu werden fürchten, die von der Kapitalmacht ausgeschlossen sind und sich gegen die Proletarisierung wehren, obgleich sie an den Hauptproblemen des Arbeiterlebens längst Anteil haben: der alte und der neue Mittelstand, das Kleinbürgertum und die Angestellten demonstrieren mit der gleichen Abstimmung gegen Kapitalmacht und gegen Arbeitermacht, gegen die Durchkapitalisierung des Lebens und gegen die Sozialpolitik, die auf ihrer Grundlage sich gegen sie wendet. Mit diesen Auseinandersetzungen also begegnen wir dem Einwand, daß die historische Realität die sozialpolitische Fragestellung überholt habe, und sichern unseren Ansatz, die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik mit einer dynamisch-realistischen Methode zu erfassen, die aus der gegenwärtigen Realität die entscheidenden Merkmale entnimmt. Diesen Ansatz also gilt es zu entwickeln.

## II.

Die uralte Begründung und Rechtfertigung des Eigentums ist die Verfügung des Arbeitenden über seine Arbeitsmittel. Der Handwerker soll Eigentümer seiner Werkstatt und seines Handwerkszeugs sein, der Bauer Eigentümer seines Bodens. Aber die Individualarbeit ist durch eine wirksamere Arbeitsmethode überholt. In der Zeit kollektiv organisierter Arbeit an einheitlichen Komplexen von Arbeitsmitteln ist die logische Folgerung das Kollektiveigentum der Arbeitenden an diesen Mitteln ihrer gemeinschaftlichen Arbeit. Diesen geraden Weg nun ist die Geschichte nicht gegangen; sie vollzog den Übergang von der individuellen Arbeitsart des Handwerks zu der wirksameren kollektiven Arbeitsart der Industrie durch das Privateigentum: durch die Verfügung einiger über die Arbeitsmittel der anderen. Durch privaten Beschluß also wurde und wird die Arbeit kollektiv organisiert und immer wieder reorganisiert und revolutioniert; durch kollektiven Beschluß wäre das unendlich schwerer oder unmöglich gewesen, solange man die Methode der kollektiv organisierten Arbeit in der Industrie nicht kannte. Die allgemeine Freiheit der Person und der Wirtschaft erlaubte erst, diese Methode durchzuprobieren und auszubilden: sie erlaubte die beliebige Zusammenballung und Abstoßung der Menschen nach reinen Zweckmäßigkeitssichtpunkten des Betriebes und die beliebige Verwendung der Stoffe unter dem gleichen Gesichtspunkt.

Die Industrialisierung aber des Volkes und der Völker ist der Weg zur Zusammenballung der Arbeitenden in der Abhängigkeit von den Großbetrieben und Riesenunternehmungen, den gewaltigen Schöpfungen des Kapitals. Die soziale Spaltung, der man durch die Herstellung der persönlichen Freiheit soeben zu entrinnen versuchte, war neu und furchtbar aufgerissen. 60% des deutschen Volkes sind laut den Ergebnissen der Zählung von 1925 Arbeiter und Angestellte, also in abhängiger Stellung, d. h. sie sind nicht Herren ihres Arbeitslebens, sie sind fremdem Willen untertan. Fremdem Willen, der keine andere Legitimation aufweist als die des Kapitaleigentums. Und diese Ziffern sind noch viel zu günstig, weil sie den Durchschnitt des ganzen Volkes unter Einschluß der Landwirtschaft geben, in der die kapitalistischen Lebensbedingungen viel weniger ausgeprägt sind. In Handel und Verkehr sind 69%, in Industrie und Gewerbe volle 85% der Beschäftigten

in abhängiger Stellung. Auch sind unter den 15 % Selbständigen der Gewerbestatistik gerade auch so proletarische Existenzien wie die Heimarbeiter, die formaljuristisch ihren eigenen Geschäftsbetrieb haben, wirtschaftlich und sozial aber in voller Abhängigkeit von der Verlagsunternehmung stehen. Übrigens kommt es auf ein paar Prozent nicht an, wenn man die schlechterdings grundlegende Bedeutung der sozialen Frage für das nationale Leben festhält.

Denn es ist nun durch die Abhängigkeit in der Arbeit die soziale Frage aufgeworfen, das ist die Frage nach der Freiheit in der Arbeit. Diese Frage wird von der sozialen Bewegung gestellt, und Sozialpolitik ist der Versuch einer Antwort und Lösung. Das Auseinandertreten des sozialen und des wirtschaftlichen Gesichtspunktes, die Verschärfung der sozialen Frage gerade in dem Maße, als die wirtschaftliche Frage gelöst wird, das ist das historische Merkmal des Kapitalismus. Was der Kapitalismus in wirtschaftlicher Hinsicht geleistet hat, ist einzigartig und kann nicht genug bewundert werden. Es genügt daran zu erinnern, daß er in ganz kurzer Zeit eine Verdopplung der Menschenzahl durch außerordentliche Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer gebracht hat, und daß er zugleich dem Einzelnen durchschnittlich eine bedeutend vergrößerte Gütermenge zur Verfügung stellt, obgleich die Natur die Vergrößerung der Ernten unter erschwerende Bedingungen stellt. Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeitenden in der Großunternehmung erwächst gerade aus den wirtschaftlichen Leistungen des Großbetriebes: weil der Großbetrieb für die Versorgung der Verbraucher mehr leistet als der Kleinbetrieb, darum besiegt er ihn in der Konkurrenz. Die neu entstehende wirtschaftliche Macht also rechtfertigt sich durch wirtschaftliche Leistung; und sie glaubt durch die Produktionssteigerung zugleich auch die soziale Frage zu lösen.

Ein bloßes Wirtschaftsprogramm gibt sich nun als Sozialprogramm. Der Gesichtspunkt des Verbrauchers allein wird entscheidend für das Urteil über die Wirtschaftsform, und es entfällt der soziale Gesichtspunkt, der Gesichtspunkt des arbeitenden Menschen als einer Ganzheit, die Frage, wie er in seiner Arbeit lebt und was er dabei erlebt. Nicht als ob Armut mit der sozialen Frage nichts zu tun hätte; das Gegenteil ist offenbar der Fall. Zur sozialen Freiheit gehört auch und in erster Reihe ein Mindestspielraum und eine Mindestsicherung in wirtschaftlicher Hinsicht, ein Mindestumfang des Einkommens und Verbrauchs. Und umgekehrt äußert sich die Kapitalherrschaft über das

Arbeitsleben nicht zuletzt auch in den Güteranteilen der beiden Parteien, in den Größenverhältnissen der beiderseitigen Einkommen; zu den Insignien der Herrschaft gehört der Tribut der Unterworfenen, das arbeitslose Einkommen, der Kapitalgewinn, zu den Zeichen der Knechtschaft gehört die wirtschaftliche Enge. Aber es ist etwas ganz anderes, dies anzuerkennen und kräftig zu betonen oder die Frage nach der Freiheit auf eine Frage der Güterversorgung zu reduzieren. Freilich müssen dann zum eigentlichen Herrschaftseinkommen auch die Spitzengehälter gerechnet werden. Es wird immer klarer, daß die Kluft zwischen ihnen und den folgenden Gehaltsstufen nicht durch entsprechende Relation der Leistungen, sondern durch die Zugehörigkeit zur Oberklasse erklärbar ist.

Nun ist die herrschende Klasse in sich nicht entfernt so streng abgeschlossen, wie die sozialistische Doktrin das annimmt, sondern einem starken Personentwechsel unterworfen. Im Wettbewerb der Kapitalunternehmungen gibt es dauernden Aufstieg und Abstieg auf der wirtschaftlichen und sozialen Leiter; es gibt vor allem nicht nur den Abstieg, so daß der Kreis der Herrschenden noch kleiner wird, sondern auch den Aufstieg von ganz unten zur Herrschaft. Es gibt diesen Aufstieg auch heute noch für wagemutige, organisatorisch oder kommerziell begabte, rücksichtslose Naturen, selbst wenn sie mittellos sind, da ihnen das Kreditsystem zu Hilfe kommen kann. Aber dazu gehören andererseits doch ganz überdurchschnittliche Leistungen, und eben deswegen bleibt es richtig zu sagen, daß das Eigentum am Kapital eine soziale Vorzustellung, einen Vorsprung im wirtschaftlichen Wettbewerb bedeutet.

Und diese Machtstellung des Privateigentums wird durch den Aufstieg der Kapitalmacht zur Monopolmacht weiter verschärft. Zwar gibt es auch hier keine starren Grenzen, keine unbedingte Sicherheit vor Wettbewerbsgefahren. Es gibt keine absolute Monopolmacht, so wenig wie absolute Macht überhaupt. Aber es gibt auch den freien Wettbewerb des Mittelkapitalismus nicht mehr, sondern es gibt allenthalben monopolistische Bindungen und Verfestigungen, deren grundfäßliche Bedeutung für das Marktbild die ökonomische Theorie in einer besonderen Lehre vom monopolistischen Wettbewerb beschreibt. Beim monopolistischen Wettbewerb, den die Theoretiker für die überwiegende Form der heutigen Marktorganisation halten, ist die Produktion meist kleiner, und daher der Preis und der Gewinn meist höher als beim freien Wettbewerb. Das bedeutet also weitere Stärkung und Sicherung der

Wirtschaftsmacht und verstrt die Tendenz zu einer Abriegelung gegen unten, zu einer neuen Feudalisierung<sup>4</sup>.

Dies ist der Sinn der Kapitalherrschaft über den Arbeitnehmer: daß der Arbeiter um den Geldlohn sein Arbeitsleben verkauft; nicht sein Privatleben außerhalb der Arbeit, denn er ist frei, aber sein Arbeitsleben, das ehedem ziemlich identisch war mit seinem wachen Leben überhaupt. Das rechtmig Gekaufte geht dem Käufer zu beliebiger und unbeschrkter Verwendung. Der Arbeiter geht mit seinem Arbeitsleben in das Privateigentum des Unternehmers ein; die Kategorien der Guterwelt werden auf ihn als auf ein produktives Ding angewendet. Er erfrt das in rein technischer Hinsicht, da er in die tote Maschinerie wie ein toter Gegenstand eingeordnet wird, unter maschinellen statt unter menschlichen Gesichtspunkten. Das liegt keineswegs am Prinzip der Maschine, deren Sinn doch die Entlastung des Menschen ist; es liegt am Kapitalismus und seiner Mizachtung für den Menschen. Ebenso erfrt der Arbeiter auch sozial seine Erniedrigung zum Mittel für den Herrschaftszweck als solchen, für die Erhöhung und Erfüllung des Machtbewußtseins und Macherlebnisses nicht nur bei dem wahrhaft Mächtigen, dem Unternehmer, sondern bei allen ihm Nachgeordneten, die sich für ihre Angst vor dem Unternehmer an dem Letzten, Wehrlossten schadlos halten. Bei alledem muß der Arbeiter noch dankbar sein, wenn es ihm gelingt, seine Arbeit regelmig zu verkaufen und nicht allzu schlecht zu verkaufen. Ob ihm das gelingt, hängt nicht in erster Reihe von ihm, nicht von seinem Fleiß und seiner Geschicklichkeit ab, sondern von den sachlichen Bedingungen des Konjunkturverlaufs. Hier zeigt sich nochmals, daß der Arbeiter in der bürgerlichen Ordnung nicht als ein vollbrtiges Mitglied der Gemeinschaft gilt. Er wird wegen außerhalb seiner Person gelegenen sachlichen Gründen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen und damit vom Guterverbrauch ausgeschlossen; er hat keinen Anspruch auf Leben, wenn der produktive Sachzweck seines Daseins aus sachlichen Gründen nicht verfolgt werden kann. Freilich muß dann der Aufruhrgefahr oft durch die Armenpflege vorgebeugt werden. Aber gerade die Form ihres Eintretens ist bezeichnend für den Geist der gesamten Ordnung, da sie dem schuldlos Geschädigten die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannte,

<sup>4</sup> Gegenuber der Meinung, daß die Monopole wenig wirksam seien, genigt ein Hinweis auf die in Anm. 3 gegebenen Ziffern.

ihm also seine Entehrung, seine Ausstoßung aus der Gemeinschaft, von Rechts wegen beschreinigte.

Dennoch ist die Stellung des Arbeiters in der modernen Arbeitswelt mit der Beschreibung seiner Unfreiheit keineswegs erschöpft. Seine soziale Existenz ist durch die Unfreiheit in der Freiheit bezeichnet. Er ist ausdrücklich für frei erklärt; er hat in seinem Privatleben außerhalb seiner Arbeit keinen Herrn über sich, und er ist normalerweise frei, sich auch den Herrn seines Arbeitslebens auszusuchen und ihn periodisch zu wechseln. Er wird auf seine Freiheit immer wieder verwiesen, besonders auf seine Selbstverantwortung zurückgeworfen, wenn er Klagen vorbringt. Die Existenz eines in der Freiheit Unfreien ist ein eigentümlicher Schwebeszustand, ein labiles Gleichgewicht, welches als solches nicht bestehen bleiben kann. Entweder aus der rechtlichen Freiheit wird die soziale Freiheit gefolgt, der Kampf also um ein freiheitliches Arbeitsleben aufgenommen. Dies ist der Weg der sozialen Bewegung in der Sozialpolitik. Oder die tatsächliche Unfreiheit wird zum Ausgangspunkt genommen, um die aus der rechtlichen Freiheit ihr erwachsenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, also die rechtliche Freiheit einzuschränken und aufzuheben, den Arbeiter auch rechtlich wieder zu einem Schollenpflichtigen, zu einem Betriebszubehör zu machen. Es wird dann — in der »Werkgemeinschaft« — versucht, das ganze Privatleben des Arbeiters außerhalb der Arbeitszeit in den Rahmen des Betriebes einzubeziehen und ihm durch mannigfache patriarchalische Fürsorge die Einordnung in die Gesellschaft des Herrn anziehend zu gestalten. Dieser gleichsam negativen Sozialpolitik der feudalistischen Unternahmertendenzen — denn sie ist auf die Aufhebung der Freiheit gerichtet — steht also als die andere Lösungsmöglichkeit der Kampf des rechtlich freien Arbeiters um die soziale Freiheit gegenüber. Der Kapitalismus macht den Arbeiter nicht nur unfrei in seiner Arbeit, er macht ihn auch frei zum Kampfe gegen seine Unfreiheit.

Das gilt allgemein politisch und sozial, und es gilt auch speziell wirtschaftlich, weil der Arbeiter in der persönlichen Freiheit auch die Verfügung über seine Arbeit erhält, den notwendigen Rohstoff jeder Produktion. Darin liegt der Ansatz seiner wirtschaftlichen Macht. Wegen der Dringlichkeit seiner Arbeitssuche im Vergleich mit den Arbeitsgelegenheiten ist seine Macht zwar zunächst gering, der Geldlohn, den er herausholen kann, klein. Aber das bessert sich allmählich, wenn

durch das beschleunigte Wachstum des Kapitals die Arbeitsstellen schneller vermehrt werden, als die Arbeiterbevölkerung wächst. Und jedenfalls tritt der Arbeiter nicht mehr wehrlos in den wirtschaftlichen Kampf ein, sondern ist durch die liberale Befreiung mit einer Waffe ausgestattet. Der Weg der Sozialpolitik ist also der, daß man auf wirtschaftlichem und allgemein sozialem Gebiet dem Arbeiter Zugeständnisse machen muß, weil man seine geordnete Mitwirkung im Wirtschaftssystem braucht und weil er frei ist. Die Kraft der sozialen Bewegung trägt die Sozialpolitik voran. Und sie trägt sie in der Richtung voran, in der die Kraft und der Lebenswill der Arbeiter ihre Befriedigung suchen; Leitidee der Sozialpolitik ist nach ihrem Ursprung aus der Unfreiheit des freien Arbeiters die Lösung dieser Spannung. Auf die Freiheit im industriellen Arbeitsleben ist die Sozialpolitik gerichtet, gleichgültig, wie man sich die Freiheitsordnung konkret vorstellt und wie weit man sie für durchführbar hält.

Freiheit und Würde der Arbeit ist keine Idee im luftleeren Raum, keine bloße Moralsforderung, sie wird nicht durch bloßen Appell an die sitzliche Einigkeit der anderen Klassen gewonnen. Freiheit und Würde der Arbeit ist eine politische Forderung, d. h. eine Forderung an die Gestaltung des nationalen Zusammenlebens, sowie auch die Unfreiheit der Arbeit in den realen, wirkenden Institutionen des Zusammenlebens begründet liegt und nicht durch individuellen bösen Willen verschuldet ist. Es ist Bedingung der Arbeitsfreiheit, das Arbeitsleben nicht in das Privateigentum des Unternehmers eingehen zu lassen, obgleich es ihm verkauft wird. Das Privateigentum wird also in seinem wichtigsten Bestandteil getroffen, wenn der wichtigste Rohstoff der Produktion nicht mehr zu bedingungsloser Verfügung steht, wenn der Verkäufer der Arbeit an dieser verkauften Ware Rechte zurückbehält. Statt der Ordnung des Betriebes durch das Privateigentum am Kapital wird nun eine soziale Arbeitsverfassung erstrebt, sie ist das institutionelle Ziel des Willens zur sozialen Freiheit.

Die Frage ist dann, ob und wie weit sie durchführbar ist. Das Privateigentum hat verständlicherweise allen bedeutenderen Schritten auf dem Wege der Sozialpolitik immer widerstrebt; es hat das mit dem Hinweis auf seine historische Leistung begründet und mit der Behauptung, daß nur bei ungeschmälter Erhaltung seiner Rechte produktive Wirtschaft möglich sei. Ob und inwieweit das falsch ist, kann die Theorie nicht entscheiden. Aber sie kann und muß allerdings die Bedingungen

ins Bewußtsein heben, unter denen ein praktischer Gegenbeweis stehen würde: die soziologische Bedingung der Übernahme der Verantwortung und die spezielle ökonomische Bedingung der Erfüllung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Es ist das Große an der Sozialpolitik, daß dieser Versuch des Gegenbeweises nicht mit einem Schlag und mit dem Risiko eines Schlages geschieht, sondern schrittweise und gradweise, so daß der Erfolg jeweils beobachtet werden kann, obgleich auch über ihn die Meinungen auseinandergehen werden. Der Mut zur Verantwortung aus dem Bewußtsein der wachsenden Leistungsfähigkeit fordert Zugeständnisse und kann sie durchsehen; nun entsteht die Frage nach dem sachlichen Erfolg. Man kann schwimmen lernen nur im Wasser; man kann Verantwortung lernen nur in der Verantwortung.

Jede sozialpolitische Einzelmaßregel ist vorläufige Schlichtung des grundsätzlichen Streites, die dem gegenwärtigen Stand der Kräfte entspricht. Ihre Vorläufigkeit bringt es mit sich, daß jede der beiden beteiligten Parteien sich den weiteren Verlauf, ja gerade die Wirkung der Maßregel in verschiedener Richtung vorstellt. Die drängenden Arbeiter sind vorläufig befriedigt, aber doch nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Vorläufigkeit; die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Kreise erhoffen von dem Zugeständnis eine dauernde Beschwichtigung des Konflikts und eine Stabilisierung der nunmehrigen Machtverhältnisse. Der partielle Charakter also jeder Einzelmaßregel erlaubt, daß die grundsätzlich einander entgegengesetzten Saliungen sich auf sie einigen. Eine darüber hinausgehende Einigung ist nicht erforderlich, und welche der beiden Anschauungen in Zukunft recht behalten wird und bis zu welchem Grade, das kann nicht theoretisch im voraus entschieden werden. Denkbar sind beide Formen: eine gleichsam konstitutionell beschränkte Betriebsmonarchie des Privateigentums, in der das Privateigentum wegen der konstitutionellen Beschränkung nicht mehr voll Privateigentum ist, immerhin aber seine herrschende Stellung bewahrt, indem es die Arbeiter in Arbeitsbürger verwandelt; und andererseits ein Hinauswachsen auf dem Wege der Sozialpolitik aus dem Kapitalismus durch völlige Herausnahme der Arbeit aus der Verfügungsgewalt des Privateigentums bis zur völligen Sozialisierung.

## III.

Soviel über den soziologischen Rahmen, der uns die sozialpolitischen Einrichtungen verständlich macht und in dem wir daher auch die besondere Richtung des ökonomischen Ablaufs nach ökonomischer Gesetzmäßigkeit verstehen.

In Deutschland denkt man bei dem Worte »Sozialpolitik« am liebsten an die Sozialversicherung, und doch sind die entwickelten Prinzipien auf sie am wenigsten anwendbar. Der beschriebene Abbau der Betriebs herrschaft zugunsten des Unterworfenen ist bei der Sozialversicherung nicht nachweisbar. Das gilt allerdings nur von der Sozialversicherung alten Stils und bismarckischen Ursprungs; es gilt nicht von der neuen Arbeitslosenversicherung, die, wie später zu zeigen, in eminentem Grade sozialpolitisch wirkt. Und auch von der älteren Sozialversicherung möchte man zunächst eine echte sozialpolitische Wirkung erwarten und wurde sie tatsächlich erwartet. Zwar nicht durch Beschränkung der Unternehmerherrschaft über die Arbeiter; Bismarck suchte in seinem Kampf mit dem Sozialismus um die Seele des Arbeiters einen Weg, dem Arbeiter etwas Gutes anzutun, ohne doch deshalb die obrigkeitlichen Rechte des Unternehmers durch Eingriffe wie die des Arbeiterschutzes zu verleören. Dieser Ausweg ergab sich folgerichtig, wenn das ganze Werk doch dem Zweck diente, die obrigkeitliche Idee überhaupt neu zu rechtfertigen und zu bewähren. Wohl aber scheinen die Soziallasten der Sozialversicherung nun doch dem Unternehmer ein Opfer zugunsten des Arbeiters zuzumuten. Aber das ist nicht der Fall, wenigstens nicht für eine Zeit wie die damalige, wo zwar die Soziallasten durch gesetzliche Vorschrift festgelegt wurden, der Lohnsatz aber ohne monopolistische oder gar gesetzliche Stütze war. Umgekehrt ist die heutige Klage über die Höhe der Soziallast im Grunde eine Klage über die Lohnhöhe und die dafür verantwortliche Lohnfestsetzung. Die isolierte Höhe der Soziallast ist für den Unternehmer genau so bedeutungslos wie die isolierte Höhe des Lohnes; für ihn kommt alles auf die Gesamtbelaufung an, die ihm aus der Beschäftigung des einzelnen Arbeiters erwächst, also auf die Summe des Lohnes und des Versicherungsbeitrages. Die Höhe der Summe ist der Kostenbetrag, der dem Nutzen aus der Beschäftigung des Arbeiters gegenübersteht. Die Übernahme von Versicherungsbeiträgen bedeutet also keine Mehrbelastung des Betriebes zugunsten des Arbeiters, wenn der freie Lohnsatz dafür entsprechend langsamer steigt, als er ohne Sozialversicherung

steigen würde. Und dies ist nicht nur möglich, es ist vielmehr notwendig so unter Bedingungen des freien Arbeitsmarktes. Denn würde die Summe aus Lohn und Versicherungsbeitrag keinen Nettogewinn aus der Beschäftigung des Arbeiters übriglassen, so würde der Arbeiter entlassen, und der Druck der Entlassenen auf den Arbeitsmarkt würde den Lohnsaß um den Versicherungsbetrag senken. Der in Geld gerechnete Spielraum des Arbeiterhausesstandes wird also durch Sozialversicherung nicht erweitert, der Betrieb nach einer gewissen Übergangszeit nicht belastet. Dann bleibt nur die übliche Versicherungswirkung übrig: eine bestimmte Richtung der Einkommensverwendung wird hier den Arbeitern in ihrem eigenen Interesse auferlegt und zugleich eine entsprechende Änderung der Produktionsrichtung für den Arbeiterbedarf erzwungen. Aber das ist praktisch natürlich sehr wichtig; auch darf psychologisch und politisch nicht verkannt werden, wie sehr das kollektive Sparen der Versicherung, das automatische Eintreten des einen für den andern den Arbeitern als Ausdruck der Solidarität ans Herz gewachsen ist. Andererseits ist der Verwaltungsaufwand in der Sozialversicherung wie jeder öffentliche und private Verwaltungsaufwand in Deutschland der Nachprüfung bedürftig.

Die älteste Form der Sozialpolitik, eben diejenige, die in Deutschland zeitweilig hinter der Sozialversicherung zurücktrat, ist der Arbeiterschutz. An ihm läßt sich ein Haupttypus sozialpolitischer Maßregeln studieren. Vom Gesichtspunkt des Kapitalismus aus hat alle Sozialpolitik den Zweck ihn zu sichern; aber für diesen Haupttypus gilt das noch in einem besonderen Sinn. Selbst wenn nämlich die Arbeiter nicht ihrerseits Arbeiterschutz fordern, muß man ihn einführen: er schließt zunächst einfach eine Lücke der kapitalistischen Institutionen. An dem Freiheitswillen der Arbeiter ist dem Kapitalismus nichts gelegen; aber an der Erhaltung ihrer physischen Leistungsfähigkeit muß ihm allerdings auf die Dauer gelegen sein, und doch wird sie zunächst durch die schrankenlose Beschäftigung selbst schwangerer Frauen und kleiner Kinder notwendig ruiniert. Das individualistische und Konkurrenzprinzip zwingt den einzelnen Betrieb zu äußerster Ausnutzung der Betriebsstoffe, auch des Arbeitsvermögens; eine auf künftige Erhaltung gerichtete Sparsamkeit in der gegenwärtigen Ausnutzung würde sich nicht nur nicht rentieren, sondern den Betrieb geradezu in seiner gegenwärtigen Existenz gefährden, wenn seine Konkurrenten sich nicht die gleiche Beschränkung auferlegen. Die Konkurrenz ist kurzfristig und

zwingt zum Raubbau; darum muß der in der Konkurrenz stehende Einzelne um seiner Existenz willen unter Umständen gegen seine bessere Überzeugung handeln, und erst der öffentliche Eingriff kann die Schonung der Arbeitskraft erzwingen, indem er sie allen Konkurrenten gleichmäßig auferlegt. Daher sieht sich der Arbeiterschutz schon aus wirtschaftlichen Gründen notwendig durch, ganz abgesehen von den staatlich-militärischen und den humanitären Gesichtspunkten, die mächtig dazu beitragen. In den Kategorien der ökonomischen Theorie ausgedrückt, bedeutet der Arbeiterschutz eine Verminderung des Angebots an Arbeitskräften und entsprechende Lohnerhöhung, ohne daß aber eine Produktionsverminderung damit verbunden wäre, weil ja gerade der vorherige Zustand ruinös auch für die Produktion war. Die Produktion gewann an der einzelnen Arbeitskraft mehr als sie an der Zahl der Arbeitskräfte verlor. Der Arbeiterschutz steht damit an der Schwelle der Sozialpolitik, dort wo sie sich allererst aus dem Kapitalismus herauslöst. Denn er mußte durchgeführt werden, auch wo es noch keine soziale Bewegung gab, die ihn erkämpfte; ja umgekehrt hat er eine wirkliche soziale Bewegung seinerseits erst möglich gemacht, hat, mit den Worten von Marx, die physische und moralische Wiedergeburt der Arbeiter gebracht und dadurch erst ihre Kampffähigkeit geschaffen. Anders ausgedrückt: er steht auch insofern an der Schwelle der Sozialpolitik, als er in dem Arbeiter doch noch ein Objekt der pflegerlichen Behandlung sieht; das Motiv ist innerbetrieblich, erst die Wirkung ist sozialpolitisch.

Der zweite Haupttypus ist schon daraus e contrario klar; es ist der aus sozialpolitischen Motiven entstehende Eingriff. Nicht die sachlich-technischen Elemente der Produktion sind hier gefährdet, wie im Falle des Arbeiterschutzes das physische Arbeitsvermögen; sondern es fehlen die geistig-sozialen Voraussetzungen des Zusammenhalts. Hier also, in der Leistungswilligkeit der Arbeiter handelt es sich von vornherein um den Arbeiter als Menschen, als Subjekt. Der bloße Wortbegriff des Arbeitsrechts erhebt den Arbeiter zum Rechtssubjekt in der Arbeit und enthält daher in sich den Ansatz zur Emanzipation des Arbeiters, zu seiner Herausnahme aus der privaten Verfügungsgewalt des Kapitals.

Arbeitsrecht ist in erster Reihe Koalitionsrecht. Die Koalitionen sind das eigentliche und wichtigste Mittel des Freiheitkampfes und

werden bei jeder Teilerungenschaft zu Trägern der neu errungenen Rechte. Dass der Freiheitskampf kollektiv und solidarisch geführt werden muss, folgt aus den Bedingungen des Arbeitsmarktes; dass die Freiheit selbst als eine kollektive und solidarische aufgefasst wird, wird aus der Wahrnehmung der Arbeiterrechte durch die Gewerkschaften und Betriebsräte deutlich. Nicht die private, isolierte, abstrakte Freiheit des Individuums wird gesucht, die notwendigerweise mit der Freiheit des anderen Individuums in Konflikt gerät, wie nach individualistischem Prinzip; sondern die Freiheit des einen soll die Garantie für die Freiheit des andern sein. Wie diese Idee aus den Erfahrungen des Freiheitskampfes erwächst, so entspricht sie auch den sachlich-technischen Erfordernissen der erstrebten Ordnung, die auf der kollektiven Arbeitsart in der Fabrik beruht. Dass schließlich die so definierte Freiheit des Arbeitslebens ganz umfassend gemeint ist, dass das Kampfziel nicht etwa ein nur wirtschaftliches ist, dass die Gewerkschaften als bloße Kartelle für höheren Verkaufspreis der Arbeit nicht gedeutet werden können, das ergibt sich unmittelbar aus den Prinzipien der gewerkschaftlichen Organisation. Die weltanschauliche Spaltung der Gewerkschaften ist rein wirtschaftlich unzweckmäßig und hebt sich überdies sehr bezeichnend von der einheitlichen Organisation auf der Arbeitgeberseite ab. Die Gewerkschaftsrichtungen unterscheiden sich nicht durch ihren Wunsch nach Lohnerhöhung, sondern durch ihre Leitideen für die künftige Sozialgestaltung; gerade ihre Spaltung beweist die Einheitlichkeit ihres Willens zur Freiheit des arbeitenden Menschen durch umfassende Neuordnung des Soziallebens. Vollends die Betriebsräte haben nur sehr bescheidene wirtschaftliche Aufgaben und Wirkungen, sind aber als Ansatzen zu einer freiheitlichen Betriebsverfassung von großer grundlegender Bedeutung.

Im Wirtschaftlichen aber, das immer ein so überragend wichtiger Teil des Gesamtproblems bleibt, sind erst recht die Gewerkschaften das eigentliche Instrument der Sozialpolitik. Wahr nicht ihr Wesen überhaupt, wohl aber ihre wirtschaftliche Seite ist durch den Hinweis auf ihren Kartellcharakter richtig beschrieben. Sie fassen die Millionen Einheiten der Ware Arbeit aus der freien Konkurrenz zusammen, führen sie einer marktfundigen Bewertung zu, machen den ganzen Komplex auch für die Gegenseite schwerer erreichbar und erhöhen dadurch den Preis; unter Umständen verkleinern sie das Angebot oder halten es im Streik ganz zurück und versuchen dadurch, den Druck auf

den Marktgegner noch zu verstärken. Ihre theoretisch unscheinbarste, aber praktisch in einer aufsteigenden Wirtschaft erfolgreichste Funktion ergibt sich unmittelbar aus der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes und der geschäftlichen Unkenntnis des einzelnen Arbeiters; sie besteht darin, eine der Marktlage, der erhöhten Produktivität entsprechende Lohnerhöhung zu beschleunigen, wenn sie sich in der Konkurrenz nur langsam durchsetzen würde und die Arbeiter daher fortgesetzter Verlust hätten; eine Verkleinerung des Arbeitsangebots ist dafür nicht erforderlich. In diesem Falle und in andern Fällen mit ähnlicher Wirkung ist der Wirtschaftsverlauf einfach zugunsten der Arbeiter verändert, ihnen ein größerer wirtschaftlicher Spielraum gewonnen. Problematischer sind Lohnerhöhungen, die über diese sich normalerweise dauernd erhöhende Gleichgewichtslage hinausgehen. Natürlich gibt es Gegenwirkungen von der Seite der Gegner: entweder einfach Entlassungen und Verkleinerung des Produktionsumfangs oder aber Übergang zu arbeitsparenden Produktionsmethoden und dadurch nochmals Entlassungen. Das wird zwar dann die Tendenz haben, den Nominallohn zu drücken, aber die Vergrößerung und Verbilligung der Produktion durch die so eingeleitete Technisierung lässt meist doch per Saldo einen Vorteil übrig. Von höchster Wichtigkeit aber ist dasjenige, was theoretisch als die Frage nach der Elastizität bekannt ist: ob und wie sehr bei Lohnerhöhungen die Nachfrage nach Arbeitskräften und daher der Beschäftigungsgrad eingeschränkt wird<sup>5</sup>. Nur wenn der Beschäftigungsgrad gar nicht oder weniger sinkt als der Lohnsatz steigt, erhöht sich der Gesamtlohn. Zugleich ist der Rückgang des Beschäftigungsgrades natürlich ein Schaden für die Wirtschaft. Gerade vom individualistischen Einkommensprinzip her gibt es keinen Einwand gegen eine wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters, die mit einem Gesamtschaden an der Wirtschaft verknüpft ist; erst recht lässt sich natürlich vom sozialen Gesichtspunkt her nichts dagegen einwenden. Aber auch der universale, volkswirtschaftliche Gesichtspunkt fragt nicht nach einer Gesamtgütermenge oder gar nach einem mechanischen Einkommensdurchschnitt; er fragt, wie das Volk lebt.

---

<sup>5</sup> Diese möglichekehrseite der Lohnerhöhung über sieht die gewirtschaftliche Kaufkrafttheorie und hält daher jede Erhöhung des Lohnsazes für eine Erhöhung des Lohneinkommens. Ihren erschöpfenden Abschluss findet die Auseinandersetzung jetzt durch Marsha f, Die Lohndiskussion, 1930.

Daß möglichst viele Güter produziert werden müssen, ist der Leitgedanke der kapitalistischen Güterideologie, notwendig und verdienstvoll als Ausdruck für die historische Aufgabe des Kapitalismus, aber verhängnisvoll in seiner Überspannung und Verabsolutierung. Der soziale Gedanke fragt immer, unter welchen Bedingungen diese Produktivität steht und mit welchen Begleitumständen und Folgeerscheinungen sie verknüpft ist. Ein Schaden an der Wirtschaft ist in der Sozialpolitik wie in der sonstigen Wirtschaftspolitik nicht unter allen Umständen verwerflich; er kann gerechtfertigt sein, wenn er einen außer- und überwirtschaftlichen Nutzen für den Menschen, einen Zuwachs an Freiheit bringt. Dies liegt vollständig im Rahmen der sozialpolitischen Grundidee, welche auf die Freiheit des Menschen in der Güterwelt zielt, und erscheint ganz paradox und absurd nur in der gegenwärtigen Lage, wo die Produktion schwer daniederliegt und wir schmerzlich auf ihre Belebung warten. Es ist aber ein glänzendes Zeugnis für die Elastizität und Wirklichkeitsnähe der Theorie, daß sie auch diese wirtschaftsfeindliche Tatsache als wirtschaftlich rational darzustellen erlaubt. Dies wird am besten an dem Achtstundentagsproblem gezeigt.

Die Verkürzung des Arbeitstages war eine Forderung des Arbeiterschutzes, so lange die Arbeitszeiten von exzessiver Dauer waren und die Menschen dadurch ruiniert wurden. Eine weitere Verkürzung konnte damit begründet werden, daß sie mit einer weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit einherging, daß also während des kürzeren Arbeitstages intensiver gearbeitet und ebensoviel oder mehr geleistet werden würde als während des längeren Arbeitstages. Die Arbeiter halten auch heute offiziell daran fest, daß die Verkürzung des Arbeitstages die Produktion verbessert. Aber sie handeln nicht gemäß ihrer Behauptung. Denn sie bestehen erstens auf internationalen Vereinbarungen über die Verkürzung des Arbeitstages, weil die Forderung nur so durchgeführt werden könne, während es doch klar ist, daß man eine wirkliche Verbesserung — d. h. ja Verbilligung — der Produktion auch und gerade isoliert durchführen kann; sie glauben also nicht an die Produktionsverbesserung durch den Achtstundentag. Und sie geben bei Arbeitsstreitigkeiten im einzelnen sogar zu, daß die Produktion bei kürzerem Arbeitstag teurer wird, daß also ihre Ergiebigkeit Schaden leidet; nur die Höhe des Schadens pflegt zwischen ihnen und den Unternehmern strittig zu sein. In Wahrheit also ist der Kampf um den Achtstundentag

auf die Entlastung des Menschen in der Wirtschaft gerichtet, und man ist bereit, auch einen wirtschaftlichen Schaden dafür in Kauf zu nehmen. Jedem Volkserzieher ist bekannt, daß die Blüte der Volks- hochschulbewegung genau so lange währt wie der schematische Acht- stundentag. Übrigens zeigt gerade der Kampf um die Arbeitszeit, daß auch auf der Seite der Unternehmer die irrationalen Gesichtspunkte, die keinen Platz im offiziellen Bewußtsein haben, dennoch von über- ragender Stärke sind; wie für die Arbeiter die Verkürzung des Arbeitstages seit jeher das Symbol der Freiheit ist, so für die Unternehmer die Verlängerung des Arbeitstages das Symbol ihrer Herrschaft, und auch für sie ist die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen einer Arbeitszeitverlängerung keineswegs entscheidend. Jeder produktionsver- bessernden Verkürzung der Arbeitszeit haben die Unternehmer stets widerstanden; und daß gerade bei einem schematischen Neun- oder Zehn- stundentag das Optimum aller Arbeit liege, ist ebensowenig wahr- scheinlich, wie daß es durchweg bei acht Stunden liegt.

Das theoretische Prinzip aber, durch das diese und ähnliche Ver- stöße gegen das bloße Produktionsinteresse grundlegend legitimiert werden, ist die disutility, das Prinzip der Arbeitslast. Der Sinn der Produktion geht nicht einfach dahin, Güter bereitzustellen, sondern Nutzen zu stiften. Ob in der Gesamtwirkung Nutzen gestiftet wird, hängt u. a. von dem Verhältnis des Güternutzens zu dem Aufwand ab, der in letzter Instanz als Arbeitslast sich darstellt. Der Güternutzen muß die Produktionslast übersteigen; nur solange das der Fall ist, kann sinnvoll produziert werden; wo die Last weiterer Produktion den Nutzen weiterer Erzeugnisse, weiteren Erwerbs zu übersteigen droht, muß rationellerweise die Arbeit beendet werden. Je mehr Güter man hat, um so mehr wird unter sonst gleichen Umständen der Gesichts- punkt der Produktionslast sich geltendmachen; und umgekehrt: die Arbeiter müssen um so länger arbeiten, je ärmer sie sind, weil dann die Wichtigkeit eines weiteren Verdienstzuwachses größer ist. Aber auch, je mehr die Arbeitsorganisation als unlustvoll empfunden wird, um so stärker wird der Gesichtspunkt der Produktionslast und der Wille zur Produktionsverminderung sein. Der Bedarf nach Gütern und der Be- darf nach Muße oder nach außerberuflicher Tätigkeit werden gegen- einander abgewogen. Keineswegs also ist jeder Verstoß gegen die Pro- duktivität gerechtfertigt, aber ebensowenig eine Verabsolutierung der Produktivität; immer muß das konkrete Gleichgewicht zwischen dem

Güternutzen und der Produktionslast gefunden werden, und für diese Abwägung stellt die Theorie die exakten Mittel bereit. Niemals aber kann man von außen bestimmen, wie hoch oder niedrig die Produktionslast empfunden wird oder gar empfunden werden soll; man kann es nur beobachten und verstehen.

Die wirtschaftliche, monopolistische Wirksamkeit der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren durch den staatlichen Eingriff entscheidend verstärkt worden. Die Monopolkraft der Gewerkschaften bleibt hinter ihrem denkbaren Höchstmaß, wo sie alle Arbeiter erfassen würden, weit zurück, und die Verhältnisziffern der Organisierten und der Unorganisierten sind sogar für einige sehr große Gewerkschaften überraschend ungünstig. In die Lücke ihrer Organisation tritt aber unter bestimmten Bedingungen die von den Gewerkschaften errungene sozialpolitische Funktion des Staates ein, indem sie die freien Tarifverträge auch für die Unorganisierten verbindlich macht und beim Scheitern der Tarifverhandlungen von sich aus den Lohn verbindlich festsetzt. Auch die staatliche Lohnerhöhung braucht keinen Schaden an der Produktion mit sich zu bringen, wenn sie sich im Rahmen der Marktbedingungen hält und nur die Anpassung an erhöhte Produktivität, die durch das System der Monopolpreise sonst ausbleiben würde, beschleunigt; das ist auch hier der einfachste und wichtigste Fall. Aber wie die Gewerkschaften unter Umständen den Lohn durch Verkleinerung des Arbeitsangebotes erhöhen können, so kann der Staat umgekehrt den Lohn über demjenigen Stande festsetzen, der der reinen Marktlage entsprechen würde, und wahrscheinlich hat er dadurch im letzten Jahr gelegentlich zu dem Rückgang des Beschäftigungsgrades beigetragen. Hier wird also nochmals der Vorteil der Arbeiterschaft in einem Schaden an der gesamten und durchschnittlichen Produktivität gesucht.

Diese staatliche Politik wird noch durch die staatliche Arbeitslosenunterstützung und die neue Arbeitslosenversicherung ergänzt, ja eigentlich erst ermöglicht. Dadurch unterscheidet sich die Arbeitslosenversicherung von der älteren Sozialversicherung, daß sie nicht nur dem Menschen außerhalb der Arbeit hilft, sondern in sehr hohem Grade auch das Arbeitsverhältnis selbst beeinflußt. Die Arbeitslosen müßten, wenn es keine Unterstützung oder Versicherung gäbe, um jeden Preis Beschäftigung suchen und dadurch den Lohnsatz wieder herunterdrücken. Nun erst brauchen sie nicht mehr mit jedem Preis für lieb zu nehmen

und stören die Lohnpolitik nicht mehr. Arbeitslosenunterstützung wirkt auf der Seite der gewerkschaftlichen und staatlichen Lohnpolitik genau so, wie das Dumping auf der Seite der Unternehmermonopole: beide schaffen den Angebotsrest, der beim erhöhten Monopolpreis nicht mehr absetzbar ist, vom Markt fort und machen ihn auf diese Weise unschädlich für die Hochhaltung des Preises. Erst jetzt also ist das Monopol-System auf dem Arbeitsmarkt lückenlos geschlossen. Geschichtlich ist der Sinn des Monopols die Lenkung und Gestaltung des Marktes, der in der Konkurrenz automatisch abläuft. So auch und am sichtbarsten bei der Arbeit: Das, was sich wirtschaftstechnisch in der Form der Monopolisierung darstellt, ist nach seinem sozialen Inhalt die Emanzipation des Lohnes von dem Automatismus des Marktes, also die Befreiung des Arbeiters aus der Behandlung als Marktware, die Loslösung seines Schicksals aus der Herrschaft der Sachen. Der soziale Rang der Arbeit verbietet die Entlohnung zu jedem noch so kümmerlichen Satze, den die Marktlage ergeben würde; statt den Lohn unter einen als angemessen geltenden Mindestsatz fallen zu lassen, nimmt man lieber Arbeitslosigkeit und Produktionseinschränkung in gewissen Grenzen in Kauf. Auch das erscheint wieder anstößig und absurd. Aber die theoretischen Sätze gelten nur bei kontinuierlichen, nicht sprunghaften Änderungen, und man muß sich ernstlich überlegen, wo der Lohn heute wäre, wo der Absatz der Konsumgüter, wo die Wirtschaft und der Staat, wenn die Millionen Arbeitsloser den Arbeitsmarkt in der wilden Verzweiflung des Verhungerns überflutet würden. Auch hier kommt alles auf die Elastizität der Nachfrage nach Arbeitskräften an. Auf dem Tiefpunkt der Krise, wenn die Preise sinken, und zwar nicht nur in der Produktion, sondern auch im Kleinhandel, was noch durchaus nicht dasselbe ist, würde eine Lohnsenkung nur nominal sein und zu einer überproportionalen Erhöhung des Beschäftigungsgrades führen, auch wegen der Nachfrage der am Arbeitsmarkt nicht beteiligten Schichten (Lederer). Das gesamte Arbeitseinkommen würde so erhöht und zugleich die gefährliche Spaltung in der Arbeiterschaft verringert zwischen denjenigen, die mit relativ hohem Lohn arbeiten, und den anderen, die mit kümmerlicher Unterstützung arbeitslos sind. Natürlich kann man eine solche Politik nicht ins Blaue hinein treiben; man müßte ihre ungefähren Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad voraussehen können. Eine offizielle Umfrage bei den Unternehmerorganisationen über ihre nächsten Dispositionen im Falle einer solchen

Politik, ob sie also genügend Arbeiter neu einstellen würden, erscheint durchaus möglich, und man muß sich immer wundern, daß sie ausbleibt<sup>6</sup>.

#### IV.

Damit ist unser Überblick über die Anwendung der theoretischen Methode auf die Hauptgebiete der Sozialpolitik beendet. Manchen meiner Hörer wird es befremden, daß so entscheidende volkswirtschaftliche Erfordernisse wie Kapitalbildung oder Export in diesem Zusammenhang nicht vorgekommen sind. Sie kamen deswegen nicht vor, weil sie die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik meines Erachtens nicht eindeutig bestimmen. Auch in Beeten der Kapitalknappheit wäre eine Lohn erhöhung vertretbar, durch die die Kapitalbildung aus Kapitalgewinnen verkleinert würde, vorausgesetzt nur, daß nun eben aus den Löhnen so viel Kapital gebildet würde, als sonst aus dem Gewinn gebildet worden wäre. Es gibt keinen Grund, dies nicht für möglich zu halten, und zwar weniger in der Form des individuellen Sparsen durch die individuellen Arbeitnehmer als vielmehr in der den Arbeitern gemäßen kollektiven Form der Kapitalbildung und Kapitalinvestition durch die Arbeitnehmerorganisationen selbst<sup>7</sup>. Ebenso wird auch durch die Exportnotwendigkeit keine Grenze für die Lohnhöhe gesetzt, falls die neuen Lohnteile nicht als Produktionskosten vor dem Verkauf der Ware ausgezahlt werden und daher den Preis belasten, sondern gleichsam als Verkaufsbeiteiligung hinterher. (Übrigens zeigt die relative Widerstandsfähigkeit unseres Exports, daß von einer allgemeinen Lohnüberhöhung keine Rede sein kann.)

Solche theoretischen Möglichkeiten bestehen durchaus. Daran aber läßt sich zugleich nochmals die grundsätzliche Bedingung aller Sozialpolitik zeigen: das Hineinwachsen der Arbeiter in die Verantwortung, die mit den eroberten Rechten verbunden ist. Der Kampf geht nicht nur um Einkommen und Macht, sondern eben damit um die verantwortliche

<sup>6</sup> Ähnlich fordert Albert Hahn, „Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?“ S. 47 die Verknüpfung einer Lohnsenkung mit entsprechender Mehreinstellung von Arbeitern. Jemand ein Verfahren dieser Art mußte als selbstverständlich erscheinen, bis der jüngste Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie uns eines Schlechteren belehrte.

<sup>7</sup> Vgl. meinen gleichlautenden Vorschlag in Heft 3 der Neuen Blätter für den Sozialismus 1930. Wenn Marschak, Die Arbeit, 1930, Heft 8, seinen scharfsinnigen und überzeugenden Nachweis der geringen Kapitalbildung durch individuelles Arbeitersparen in die Form der Polemik gegen jenen Vorschlag kleidet, so verkennt er den Kern des Vorschlaages.

Leistung. Sobald etwa Betriebsräte der Arbeiter in gewissen Grenzen ein Mitbestimmungsrecht für den Arbeitsverlauf besitzen, kann nicht mehr der Unternehmer für alles verantwortlich gemacht werden, was den Arbeitern im Betriebe missfällt. Das ist gerade das Wesen der Sozialpolitik, daß man hier bei jedem Schritt gezwungen ist, sich Rechenschaft abzulegen, ob man der neuen Errungenschaft gewachsen ist, daß man hier mit keinem Wunder, mit keinem Umschlag rechnen kann, nur mit einem langsamem Vorantasten und Vorankämpfen. Daher, wenn die Bewegung der Arbeitnehmer die Sozialpolitik vorantreiben will, so muß sie ihrerseits die notwendige Elastizität und geistige Produktivität aufbringen, sich den realen und konkreten Aufgaben anzupassen und zu unterziehen. Ich fürchte, daß in dieser Beziehung, in der Frage nach der geistigen Beweglichkeit und Produktivität, keineswegs alles zum Besten steht; dies ist die wahre Grenze der Sozialpolitik. Der Anspruch auf Freiheit kann nur durch die Leistung begründet werden; nur das Bewußtsein der Leistungsfähigkeit macht überhaupt den Kampf um neue Errungenschaften möglich, weil man auf die Dauer doch nur diejenigen Errungenschaften behaupten kann, die auszufüllen man fähig ist.

In welcher Konstellation aber die Leistung erwartet wird, das lehrt die Analyse der jeweiligen Konstellation mittels der ökonomischen Theorie. Es gibt also, wie mir scheint, keine spezifischen theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik; sondern die soziologische Theorie zeigt die historische Richtung, in der die Sozialpolitik voranstrebt, und die ökonomische Theorie gibt die Mittel an, um die jeweilige wirtschaftliche Lage zu durchleuchten, um den sozialpolitischen Erfolg und die etwa dafür geforderten Opfer gegeneinander abzuwägen, um die Konsequenzen und Bedingungen zu überdenken, um also die konkreten Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen zu zeigen; mit einem Worte: um aufzuklären, zu mahnen, zu erziehen.

(Lebhafster Beifall.)

Vorstehender Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Eckert:

Ihr lebhafster Beifall beweist, daß auch Professor Heimann gleich dem Erstredner es verstanden hat, die Aufmerksamkeit der Hörer in starkem Maße zu fesseln. Wir haben mit Interesse feststellen können, daß ein Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer Leistungen hinsichtlich der Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik

weitgehend übereinstimmt mit Anschauungen, wie sie der Freund einer grundlegenden Umformung bestehender Wirtschaftsorganisationen im Sinne sozialistischer Zukunftshoffnungen geformt und vorgetragen hat. Soweit auch in Weltanschauung und wissenschaftlicher Zielsezung beide Gelehrte verschieden sein müssen, in grundlegenden Ideen, hinsichtlich der sozialpolitischen Möglichkeiten und Aufgaben in der Gegenwart, besonders für Deutschland, stimmen sie in seltenem Ausmaß überein, haben sie in erfreulicher Harmonie ihre Gedanken formuliert. In Ihrer aller Namen darf ich den beiden Rednern unsern herzlichen Dank für ihre sehr wertvollen Darbietungen aussprechen.

Schließe hiermit die Sitzung.

Schluß 1 $\frac{3}{4}$  Uhr.



## Zweiter Verhandlungstag.

---



## Zweiter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 25. September 1930, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr.

Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Eckert-Köln:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, daß wir zunächst den Präsidenten der heutigen Tagung wählen. Namens des Vorstandes gestatte ich mir Ihnen vorzuschlagen, dem um die Provinz Ostpreußen hochverdienten Oberpräsidenten Herrn Dr. h. c. Siehr das Präsidium des heutigen Tages zu übertragen.

(Lebhafter Beifall.)

Oberpräsident Dr. Siehr (das Präsidium übernehmend):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme diesem mich sehr ehrenden Beschuß gerne nach und übernehme den Vorsitz der heutigen Tagung. Ich tue das um so lieber, als es mir leider nicht möglich war, Sie schon gestern beim Zusammentritt zu Ihrer Tagung persönlich willkommen heißen zu können, da ich infolge der Unwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten meine ursprünglichen Dispositionen leider ändern mußte. Ich tue es aber heute dafür um so herzlicher. Ich heiße Sie auf ostpreußischem Boden willkommen und danke Ihnen insbesondere dafür, daß Sie neben dem eigentlichen sozialpolitischen Thema, das Sie gestern behandelt haben, sich heute mit einem eminent wirtschaftlichen Problem, mit dem Problem der Agrarnot und seiner Auswirkung auf den deutschen Osten beschäftigen wollen. Ich will und darf den Herren Rednern nicht vorgreifen. Aber ich darf das eine sagen, daß für uns in der Provinz Ostpreußen gerade dieses Thema das allerbrennendste, allerschwierigste ist, und deshalb sind wir Ihnen hier in Ostpreußen, meiner engeren Heimat, ganz besonders dafür dankbar, nicht nur daß Sie zu uns gekommen sind und dadurch die enge Verbundenheit ganz Deutschlands mit der abgeschrägten Provinz Ostpreußen bekundet haben, sondern daß Sie auch durch die Wahl der heutigen Thematik ganz besonders zum Ausdruck gebracht haben, wie stark Sie mit unseren Nöten und Sorgen mitempfinden.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein, und ich habe die Ehre, zunächst Herrn Geheimrat Professor Sering das Wort zu geben zu dem Thema:

### Die deutsche Agrarnot und der Osten.

und zwar zunächst zu dem Thema: „Die Internationale Agrarkrise“.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Sering-Berlin:

### Die internationale Agrarkrise.

Meine Damen und Herren! Es ist kein Zufall, daß der Verein für Sozialpolitik sechs Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes zum erstenmal — es war genau am 25. September 1924 — die internationale Agrarkrisis und ihre Heilmittel zum Gegenstand seiner Verhandlungen machte und nun das gleiche Thema auf seine Tagesordnung gesetzt hat; denn jede der sechsjährigen Perioden schloß mit einer schweren Preisdepression, die über die ganze gemäßigte Zone hin und in den subtropischen Ländern viele Millionen von Landwirten mit dem Verlust ihrer selbständigen Existenz und weite Landstriche mit der Verödung bedrohte. Die erste der beiden Agrarkrisen ging in Europa und besonders in Deutschland Hand in Hand mit einer schweren Depression der Industrie, während in den Vereinigten Staaten 1922 die große industrielle Aufwärtsbewegung einzog, die erst im Oktober 1929 plötzlich abbrach. Die jetzige Agrarnot ist ein Teil der allgemeinen Wirtschaftskrise, die in unerhörtem Ausmaß die ganze Kulturl Welt unter Einschluß der Vereinigten Staaten ergriffen hat. Ich lege den Schwerpunkt auf die Ursachen, die Aussichten und die Wirkungen der internationalen Preisbewegung und muß die genauere Betrachtung der deutschen, besonders der ostdeutschen Verhältnisse den nachfolgenden Rednern überlassen.

Für die Periode von 1918 bis 1924 kann ich mich auf eine kurze Rekapitulation dessen beschränken, was ich vor sechs Jahren in Stuttgart vortrug. Für die zweite Periode und den gegenwärtigen Zustand stütze ich mich wesentlich auf die Ergebnisse einer vor wenigen Tagen abgeschlossenen Studienreise durch die Vereinigten Staaten, die ich in Gemeinschaft mit Herrn Professor von Dieze und in Arbeitsteilung mit einigen anderen Herren, mit Herrn Professor Seedorf-Göttingen, Herrn Dr. Schindler vom Deutschen Landwirtschaftsrat und Herrn

Professor Brandt von der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, gemacht habe.

Nach Beendigung des Weltkrieges setzte der Wiederaufbau des lange unterbrochenen Austauschverkehrs zwischen Industrieeuropa und den agrarischen Überschussgebieten unter völlig veränderten Bedingungen ein, Veränderungen, die bis zur Gegenwart entscheidende Bedeutung haben. Erstens hatten sich die Quellen für die Versorgung der europäischen Märkte mit Nahrungs- und Futtermitteln verlagert. Seit Abschluß der Besiedlung der Vereinigten Staaten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts waren Russland und die Donauländer zu den größten Kornkammern von West- und Mitteleuropa geworden. Der Krieg schaltete sie als solche aus, und die Agrarrevolution ließ diese Ausschaltung fortdauern, weil sie jene Gebiete zu einer Domäne von höchst leistungsunfähigen Kleinbauern mache. Noch im Kriege hatten die Vereinigten Staaten und Kanada durch eine überraschende Ausweitung ihrer Getreidesflächen die osteuropäische Zufuhr ersezt, während den entlegenen Endländern der südlichen Hemisphäre Argentinien, Australien die Aufgabe zufiel, die alliierten Heere und Bevölkerungen mit konzentrierten Werten, mit Fleisch- und Molkereiprodukten zu versorgen.

Zweitens hatte sich der Kapitalreichtum in Form internationaler Forderungen von Westeuropa nach den überseeischen Ländern verschoben. Diese stießen mit Hilfe verdoppelter Kriegspreise für ihre Lieferungen die Schuldverbindlichkeiten an Europa ab. Die Vereinigten Staaten aber hatten die Alliierten schon zur Zeit ihrer Neutralität nicht nur mit Nahrung, sondern auch mit Waffen und Munition versorgt und seit ihrem Eintritt in den Krieg den Krieg selbst finanziert. Auf Grund des sogenannten Liberty bonds act gaben sie Kriegskredite im Umfang von 40 Milliarden Goldmark. So wurden die Vereinigten Staaten aus Schuldern zu den Hauptgläubigern der Westmächte und zur stärksten Kapitalmacht der Erde. An Stelle der produktiven Schulden der Überseeländer, aufgenommen, um Eisenbahnen, Städte und Farmen zu bauen, traten in dem Komplex internationaler Verschuldung die absolut unproduktiven Riesenschulden wichtiger europäischer Industrieländer. Beide Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Struktur dauern fast ungeschwächt bis zur Gegenwart fort, nur daß Russland wieder zu exportieren beginnt und sich herausgestellt hat, daß nächst den Vereinigten Staaten Frankreich sich

durch den Krieg am meisten bereichert hat. Für die Preisbildung in der ersten Periode von 1918 bis 1924 aber wurde letztlich entscheidend die einseitige Fortführung des Krieges gegen Deutschland und der völlige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.

Verfolgen wir die damalige Preisbewegung agrarischer Art. Die überseeischen Farmer hatten, wie angedeutet, im Kriege große Gewinne gemacht. Die Kriegskonjunktur dauerte bis Frühjahr 1920 fort, um dann plötzlich abzufallen. Die Preise für Getreide und Fleisch stürzten ab, und zwar tiefer als diejenigen für die Industrieerzeugnisse. Die Preisschere öffnete sich nach der verkehrten Seite. Es ist völlig falsch, die dadurch ausgelöste schwere Agrarkrise jener Zeit, die alle Getreide und Fleisch produzierenden Länder ergriff, auf eine Überproduktion, das heißt auf ein vermehrtes Angebot zurückzuführen. Ich will nur ein Beispiel geben: Für die Weizenproduktion von Osteuropa betrug der Ausfall unter Einschluß eines geringen Defizits der ostindischen Ernte in den Jahren 1921/23 gegen 1909/13 durchschnittlich 14,6 Millionen Tonnen, die Mehrproduktion in ganz Nordamerika, in Argentinien und Australien aber nur 10,9 Millionen Tonnen. Der Ausfuhrüberschuß von Osteuropa und Indien verringerte sich in derselben Zeit um 7,4 Millionen Tonnen; der vermehrte Zufluß von Übersee aber war 5,4 Millionen Tonnen Weizen. Also auf ein Überangebot ist der damalige Preis unter keinen Umständen zurückzuführen.

Manche sehen die entscheidende Ursache für die Agrarkrise von 1920/24 in der Deflationspolitik, die unter Vortritt Japans und der Vereinigten Staaten in einer Reihe von führenden Ländern die Kaufkraft des Geldes planmäßig erhöhte und festigte. Es ist richtig, daß jede solche von der Geldseite vor sich gehende Preisänderung die Landwirte schlimmer trifft als die industriellen Unternehmer und Arbeiter; denn die Landwirte als Träger eines biologischen Gewerbes, das in viele Millionen von Einzelbetrieben zersplittert ist, können sich weniger leicht als die stoffumformende und konzentrierte Industrie durch Einschränkung der Produktion, und überhaupt nicht, wenn sie sich selber nicht aufgeben wollen, durch Einstellung ihrer Produktion den verringerten Preisen anpassen. Aber alle solche Deflations- und Stabilisierungsvorgänge spielen sich innerhalb der einzelnen staatlich zusammengefaßten Volkswirtschaften ab und haben für den Weltmarkt nur mittelbar Bedeutung. Für den Weltmarkt brachte die Entscheidung nicht sowohl die beginnende Deflationspolitik der Vereinigten Staaten

als die Tatsache, daß die amerikanische Regierung 1920 ihre Kreditgewährung an die Alliierten einstellt und nun drastisch zutage trat, daß diese die teuren amerikanischen Agrarprodukte nicht aus eigenen Mitteln zu bezahlen vermochten. Es fehlte ihrer Exportindustrie durchaus an den erforderlichen Gegenwerten. Die Kaufkraft dieser Länder blieb deshalb weit hinter der Vorkriegszeit zurück.

Die Ursache für den Preisabfall lag also auf Seiten der Nachfrage. Bei einem gegebenen Angebot aber bestimmt nach unumstößlichen Gesetzen die Kaufkraft des für den Absatz unentbehrlichen letzten Käufers den Preis des gesamten Worrats. Unter allen industriellen Einfuhrländern war Deutschland am schlimmsten verarmt. Nicht nur, daß es den zehnten Teil seiner Bevölkerung, den achten, besonders wertvollen Teil seines Heimatgebiets und alle seine Kolonien verloren hatte, sondern unmittelbar nach Abschluß des Krieges setzte jene Ausplündерung ein, welche Deutschland seine Handelsflotte, seine Kabel, seine Auslandskapitalien wegnahm und innerhalb der abgetretenen Gebiete auch die den Reichsdeutschen gehörigen Unlagewerte, ganze Industriebezirke wie das lothringische Eisenrevier ersatzlos oder nur gegen einen nominalen Ertrag raubte. Immer wiederholte Einbrüche und Besetzungen durch feindliche Truppen verhinderten jede wirtschaftliche Erholung. Die internationale Agrarkrise erreichte ihren Höhepunkt, als im Jahre 1923 die Franzosen und Belgier in das größte Industriezentrum Deutschlands und des Festlands überhaupt, in das Ruhrkohlenbecken, einrückten, um, wie sie sagten, ein produktives Pfand für die Deutschland auferlegten Reparationsleistungen zu erlangen. Damals sank der Goldwert der exportierten deutschen Waren auf weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit herab, der Reallohn der gelernten Arbeiter auf ein Viertel, der ungelernten auf zwei Drittel der Vorkriegszeit.

An dieser Verelendung des deutschen Volkes hat die Farmerschaft der ganzen Erde, soweit sie Brot und Fleisch für das europäische Industriegebiet herstellt, teilgenommen. Von 1920/24 haben viele Zehntausende von Farmerfamilien in den Vereinigten Staaten ihre Heimstätte verlassen müssen, und es ist ganz falsch, wenn man diese Not, wie es oft geschehen ist, auf die Konkurrenz der südlichen Kontinente, die damals für Getreide gar nicht in Frage kamen, oder gar der eigenen halbtrockenen Gebiete zurückführte. Das gehört einer späteren, gleich zu betrachtenden Zeit an. Es war wesentlich die Not der Farmerschaft, welche die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßte, in

die europäischen Wirren dadurch einzugreifen, daß sie die Einberufung einer internationalen Konferenz von Sachverständigen vorschlug, um auf ihr das Problem der deutschen sogenannten Reparationen durch Bestimmung der deutschen Leistungsfähigkeit einer Lösung zuzuführen.

Und nun zu meinem Hauptgegenstand, der Entwicklung von 1924 bis zur Gegenwart. Die Annahme des Dawes-Plans im Herbst 1924 brachte nach zehnjähriger Dauer den offenen Krieg mit der Räumung des Ruhrkohlenbeckens zu Ende. In aller Welt erwachte die Hoffnung, daß endlich die friedliche Arbeit das Werk des Wiederaufbaus verrichten könne. Die Währung aller am Welthandel beteiligten Länder war in dieser Zeit praktisch gefestigt und auf die Goldbasis gestellt, und zwar in der Weise, daß das Gold um etwa ein Drittel entwertet blieb, daß man im Großhandel also immer drei Dollar bezahlen mußte, wo man vor dem Kriege zwei bezahlt hatte. Überall regte sich wieder Unternehmungs- und Arbeitslust, am stärksten in Nordamerika, unter den europäischen Staaten aber in Deutschland. Denn nun strömten reichliche Kredite aus den Vereinigten Staaten nach Europa und besonders nach Deutschland. Unter diesem Impuls wurden die Schädigungen des Krieges im Laufe weniger Jahre in eifriger Arbeit überwunden. Die industriellen Betriebe wurden weitgehend rationalisiert, die Roherträge der Landwirtschaft hoben sich wieder ungefähr auf den Vorkriegsstand, ebenso und vor allem die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Deshalb zogen nun die landwirtschaftlichen Weltmarktpreise an. Hatte die reiche Welternte von 1923 verschleudert werden müssen, weil die armen Leute in Deutschland sie nur zu sehr gesenkten Preisen aufnehmen konnten, so brachte die ebenfalls gute Ernte von 1925 in fast allen Teilen der gemäßigten Zone reichlichen Gewinn. Nur in Deutschland mußte sie unter dem Druck der gewaltig gesteigerten Steuern und ebenso angehäufter kurzfristiger Schulden von den Landwirten meist unter Weltmarktpreisen abgegeben werden. Auf dem Weltmarkt verengte oder schloß sich die Preisschere. Ziemlich überall nämlich lieferte die Industrie nunmehr die landwirtschaftlichen Produktionsmittel zu verbilligten Preisen. Doch blieben die Verbrauchsgegenstände Kleider, Schuhe, Hausrat, Baukosten noch unverhältnismäßig teuer, und zwar deshalb, weil in ihnen der Lohnanteil besonders hoch ist. Überall blieb auch die Spanne zwischen den Einzel- und Großhandelspreisen stark erweitert, nicht nur weil der Vermittlerapparat in der Zeit des Krieges und der Inflation sich übermäßig

erweitert hatte, sondern auch wegen der gestiegenen Löhne; denn die Kosten für Transport, Einlagerung, Vermittlung sind überwiegend Arbeitskosten. Immerhin hatte sich von 1924/27 die Preisbildung gegen 1920/24 ganz erheblich gebessert. Auch von der Angebotseite her war ein Rückschlag der Agrarpreise nicht zu erwarten; denn die Farmer der Vereinigten Staaten hatten die vorerwähnte Ausweitung ihrer Getreideflächen während des Krieges dadurch herbeigeführt, daß sie die Fruchtfolge unterbrachen, also Weizen statt Gerste, Hafer, Mais anbauten, oder daß sie viel bisheriges reines Weideland oder Buschland unter den Pflug nahmen. Die gleich zu besprechenden sogenannten Trockengebiete hatten geringen Anteil an der Vermehrung der Weizenflächen gehabt. Die verdoppelten Kriegspreise erweiterten sie im ganzen um 28 Millionen Acres, und davon entfielen auf die Trockengebiete nur 1,9 Millionen. Nunmehr bildete sich diese künstliche Aufblähung wieder zurück, zwar nicht auf den Stand der Vorkriegszeit, aber auf einen Umfang, der auf den Kopf der dortigen Bevölkerung ein geringeres Areal und Durchschnittsprodukt entfallen ließ als vorher.

Auch in Kanada blieb bis 1927 die Erntefläche unter dem Stand von 1921. Die geringe Ausweitung in Argentinien, Australien und Ostindien fiel demgegenüber wenig ins Gewicht. Den großen Siedlungsländern Kanada und Australien fehlte es dauernd an Einwanderern.

In Osteuropa ging die Erholung nur langsam vor sich. Auch die Rinder- und Schweinezucht hatte in den Vereinigten Staaten eine starke Einschränkung erfahren. Die Kindfleischpreise verharrten zwar auf den internationalen Märkten lange unter dem Druck der argentinischen Konkurrenz auf einem sehr tiefen Stand. Dagegen erzielten Molkereiprodukte, Geflügel, Eier, Obst, Gemüse gute Preise; denn die Ernährung der überall rasch anwachsenden städtischen Bevölkerung und ihre zunehmende Kaufkraft vollzog den Übergang zu einer mannigfaltigeren und leichteren Kost.

Alles in allem schien es, als sollte wieder eine ähnliche Entwicklung auf den internationalen Märkten einsetzen wie zwischen 1900 und 1914. Das war die Zeit, als die Inkulturnahme der Präriegebiete in den Vereinigten Staaten zu Ende war und nun die Ausweitung des extensiven Anbaus von Getreide hinter dem Anschwellen der Bevölkerung in den Ländern europäischer Zivilisation zurückblieb, demnach das alte gesetzmäßige Anwachsen der Getreide gegenüber den Industriepreisen einsetzte. Aber diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Schon seit

1926 kamen die Weizenpreise in ein langsames Weichen, um in den Jahren 1929 und besonders 1930 tief abzustürzen, etwa auf die Ebene der letzten fünf Vorkriegsjahre, trotz der inzwischen eingetretenen Geldentwertung. Noch tiefer steht das Futtergetreide. Die infolge von Dürren in Argentinien und England gestiegenen Kinderpreise sind inzwischen auch wieder gesunken. Schließlich erlitten selbst die wichtigsten Qualitätserzeugnisse Butter, Käse, Eier einen sehr fühlbaren Preissrückgang.

Die Ursache für den erneuten Sturz der Getreidepreise ist jetzt in aller Munde: der Kraftschlepper, der Mähdrescher und, was man allerdings hinzuzufügen meist vergisst, neue Methoden der Bodenbearbeitung haben die Produktionskosten für Weizen und alles andere Getreide außerordentlich erniedrigt. Es handelt sich hier um ältere Erfindungen. Der Kraftschlepper ist schon in den letzten Jahren vor dem Kriege in fastender Weise zur Anwendung gekommen. Der Mähdrescher ist in Australien seit Jahrzehnten in Gebrauch. Ich habe mächtige gleichzeitig mähende und dreschende Maschinen, vorwärtsgedrückt durch je 25 Maultiere, schon im Jahre 1883 auf den Riesenfarmen in Kalifornien arbeiten sehen. Aber allgemein war die Ansicht, daß diese ungeheuer schweren Maschinen nur dort zu benutzen seien, wo der Boden im Herbst steinhart wird. Auch die neuen Methoden der Bodenbearbeitung, des sogenannten Trockenfarmens, stammen aus dem trockensten Erdteil, aus Australien; sie sind im Trockengebiet der Vereinigten Staaten schon vor dem Kriege zur Anwendung gekommen.

Also die technischen Errungenschaften waren schon lange da, wenn auch nicht in der heutigen Vollkommenheit. Aber alle solchen technischen Fortschritte gewinnen für den Weltmarkt immer nur insofern Bedeutung, als sie die Produktion vermehren, und zwar in einem Ausmaß, daß ein verbilligtes Massenangebot die Preise senkt. Zu einer solchen Ausweitung der Getreideproduktion, und zwar ausschließlich auf extensivem Wege, ist es in den letzten sechs Jahren seit 1925 vor allem in den Vereinigten Staaten gekommen. Es ist das eine Bewegung, die sich dort auf den sogenannten „Great Plains“ vollzogen hat, den großen Ebenen, die sich vom Felsengebirge her allmählich herabsenken und nur an wenigen Stellen von Hügelland durchzogen sind. Sie machen den Eindruck eines erstarren Ozeans, an vielen Stellen erscheint der Horizont als ungebrochene Kreislinie. Auf der Karte hier sind die Gebiete angegeben, welche man bisher als schlechter-

dingss unzugänglich für jeden Ackerbau ohne Bewässerung ansah, und zwar deshalb, weil die aus dem Atlantischen Ozean und Golf von Mexiko stammenden Niederschläge das Innere des Kontinents nur mit spärlichen Resten erreichen, und weil die Winde, welche die Feuchtigkeit aus dem Stillen Ozean nach Osten tragen, sie an dem hohen Westrande der Kordilleren, der Sierra Nevada und dem Kaskadengebirge fallen lassen. Diese etwa zwei Fünftel der Vereinigten Staaten und einen Teil von Kanada umfassenden Trockengebiete dienten lediglich dem Bergbau und einer extensiven Weidewirtschaft, die den geringen natürlichen Graswuchs ausnutzte. Gerade sie aber sind jetzt der Schauplatz der großen Weizenkonkurrenz geworden. Fährt man vom Felsengebirge östlich auf die Great Plains hinaus, so muß man schon ein botanisch etwas geschultes Auge haben, um zu sehen, welche Veränderungen der nach Osten hin ansteigende Regenfall auf die natürliche Vegetation ausübt. Etwa beim 100. Grad östlich von Greenwich geht das bisher als Steppen- und Wüstenland bezeichnete Gebiet in die „Prärie“ über, das heißt das mit hohem Graswuchs bedeckte, aber im allgemeinen noch baumlose Gebiet, welches, mit Hilfe der rasch vordringenden Eisenbahnen seit 1850 und besonders seit dem Bürgerkriege besiedelt, in den Jahren 1875 bis 1895 die große Agrarkrise auslöste. Damals strömten Millionen europäischer und ostamerikanischer Einwanderer in diese Präriegebiete ein, steinfreie, ebene oder leicht wellige Flächen, nicht feucht genug, um außerhalb der Flussländer Baumwuchs heranzubringen, aber feucht genug, um ohne Hilfe künstlicher Bewässerung Weizen zu bauen. Mit elementarer Macht dehnte die Massenbesiedlung die Anbaufläche aus und rief eine echte Überproduktion hervor. Aber die Entwicklung ging zu Ende und mußte zu Ende gehen, als die Bedingungen für die rasche Kolonisation dieser Ländereien sich verschlechterten, das meiste öffentliche Land in der Prärieregion vergeben war, und so kam die Preisaufwärtsbewegung in den Jahren 1895 bis zum Ausbruch des Weltkrieges zustande. Denn die in Kanada, Argentinien, Australien und Sibirien weiter fortschreitende Kolonisation kam wegen der geringeren Gunst der politischen und natürlichen Bedingungen der Wucht der nun abgeschlossenen Kolonisation der Weststaaten der Union nicht gleich. Die Siedlungsbewegung war zum Stillstand gekommen, als sie die Gegend des 100. Längengrades erreicht hatte. Diese große Klimascheide ist jetzt überwunden worden. Das ist die weltwirtschaftliche Bedeutung der

neuen landwirtschaftlichen Technik, die den Getreidebau vollständig motorisiert und mechanisiert hat. Angeregt durch die hohen Kriegspreise drangen Zehntausende von Siedlern als Nehmer von sogenannten „Heimstätten“, die umsonst in Stückien von 64, seit 1909 von 128 ha vergeben werden, mit ihren Pferdebetrieben dahin vor. Die Wirkung war: zu vielen Tausenden mußten sie vereinigt das Land wieder verlassen, weil zwei oder drei Jahre die Frucht ihrer Arbeit total zerstörten und sie nun außerstande waren, die Zinsen für die aufgenommenen Hypotheken und Handschulden sowie die Steuern zu entrichten. Der Preisfall von 1920 bis 1924 traf diese Leute besonders hart.

Aber die verdoppelten Getreidepreise und die gleichzeitig verdoppelten Löhne der Kriegszeit spannten den Willen und die Phantasie unternehmender Köpfe an, die sich immer wieder sagten: Gehen wir mit großer Maschinerie, unter äußerster Ersparung an Arbeit in jene halbtrockenen Gebiete hinein, so müssen wir doch einen großen Gewinn machen. Man darf sich diese Vorgänge nie im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung wie einen mechanischen Prozeß vorstellen. Einzelne Brachterle, Leute von entschlossenem Willen, von eisernem Fleiß, Leute, die sich etwas erspart haben, aber keineswegs reiche Leute — es ist ja ganz falsch, die Psyche dieser Leute im vulgären Sinn als „kapitalistisch“, sie als Männer des Geldsacks zu bezeichnen —, dringen vor, sie bekommen Kredit, weil man ihren hellen Augen und ihren breiten Stirnen ansieht, daß man ihnen Vertrauen schenken kann. Heute ist man davon überzeugt, daß gerade in den halbtrockenen Gebieten die idealen Bedingungen für die restlose Motorisierung und Mechanisierung des Getreidebaues gegeben sind, nämlich ebene und steinfreie Flächen, trockenes Ernteverter und ganz billiger Boden, der einen extensiven einseitigen Weizenbau ohne Verwertung des Strohes wirtschaftlich gestattet. Die geringen Niederschläge werden dadurch aufgespeichert und nutzbar gemacht, daß man den Boden locker erhält, die Kapillarität unterbricht und das Verdampfen der geringen Feuchtigkeit verhindert. Ferner geschieht es dadurch, daß man jedes zweite oder dritte Jahr eine Vollbrache einschiebt und sie mehrfach umarbeitet. Auf diese Weise speichert man die Niederschläge von zwei Jahren für eine Ernte auf.

Ausgangspunkt und Zentrum dieser Entwicklung ist der Staat Kansas. Auf einer von uns dort besuchten mittelgroßen Weizenfarm

im südwestlichen Kansas im Umfang von 640 ha, davon 400 im Winterweizen, begann man in diesem Jahre mit der Ernte am 20. bis 25. Juli und schnitt sie mit einer kombinierten Mäh- und Dreschmaschine, „Combine“, wie man dort sagt, und zwar machte die Maschine 28 ha an einem Tag. Diese Maschine wird von zwei Mann bedient, einer auf dem Traktor, einer auf der Arbeitsmaschine. Ein dritter ist nötig zum Abfahren des Korns, das aus der Maschine in den automobilen Kästenwagen herausfließt. Unmittelbar nach der Ernte begann das Umbrechen der Stoppeln. Das geschieht nicht mehr mit dem Pflug. Pflüge sieht man wenig. Zum Stoppelschälen benutzt man eine gewaltige Scheibenegge, die den Boden aufwühlt und nach einer Seite abwirft. Vom Traktor gezogen, leistet sie täglich 32 ha in vierundzwanzigstündiger Arbeit. Es wird Tag und Nacht gearbeitet, wie überhaupt die Arbeitsanspannung in der dringenden Zeit die äußerste ist. Um das Land vor dem Verwehen zu schützen, wird es nicht mit der gewöhnlichen Egge behandelt, auch nicht gelavalzt, dagegen mit dem sogenannten Packer in Reihen leicht angedrückt. Die Arbeiten müssen sehr schnell geschehen, damit die Niederschläge, die hauptsächlich auf die Zeit Mai bis August entfallen, im Boden aufgespeichert werden. Die Saat aber bringt man in diesen Winterweizengebieten erst vom 20. September an ein, weil sonst zu viel Feuchtigkeit verbraucht würde, auch ein Schädling, der chinch bug, dann nicht mehr gefährlich wird.

Bei solcher Bearbeitung sind die Ernten regelmäßig verhältnismäßig hoch. Der Boden ist sehr fruchtbar, weil der Regen ihn nicht ausgewaschen hat. zieht man aber die Vollbrache ab und berücksichtigt man die Jahre vollständiger Dürre, gegen die es keine Abhilfe gibt, so sind die Ernten im Durchschnitt doch nicht über den niedrigen Durchschnittsergebnissen der Vereinigten Staaten überhaupt. Als gute Ernte betrachtet man 15 Bushels per Acre, das sind 10 dz vom Hektar, während der statistische Durchschnitt in Deutschland 22 dz beträgt, also mehr als das Doppelte. Es bleibt eben im fernen Westen eine ganz extensive Wirtschaft, die sich aber vor älteren extensiven Wirtschaften durch ein sorgfältiges Reinhalten der Felder auszeichnet. Das Unkraut würde dem Boden zu viel Feuchtigkeit entziehen und das Ausdreschen mit dem Combine unmöglich machen. Dabei ist die Beschaffenheit des Weizens der halbtrockenen Gebiete, für die man besonders geeignete Sorten gezüchtet hat, ausgezeichnet durch hohen Klebergehalt.

Es ist der berühmte Hartweizen, für den der Handel unter Beiseitierung der amtlichen Graduierung seit 1925 besondere Prämien nach Maßgabe des Proteingehalts zahlte, die je nach dem Ernteausfall 5 bis 45 Cents per Bushel betrugen, aber allerdings bei dem neuesten reichlichen Angebot weggefallen sind.

Die Arbeitsunkostenersparnis ist gegenüber den alten Ernte- und Anbaumethoden außerordentlich hoch. Nach einer Untersuchung des Ackerbauamts der Vereinigten Staaten erfordert das Schneiden mit der bei uns sehr üblichen selbstbindenden Mähmaschine und das nachfolgende Dreschen mit einer stehenden Dampfdreschmaschine je Hektar  $1\frac{1}{2}$  Stunden Männerarbeit. Wird statt des Selbstbinders ein sogenannter Kämpfer verwendet — in den trockenen Gebieten war es immer eine Schwierigkeit, den Binder zu verwenden, weil das Stroh sehr kurz ist —, so braucht man  $9\frac{1}{2}$  Stunden Männerarbeit, aber mit dem Mähdrescher nur  $1\frac{3}{4}$  Stunden, also eine gewaltige Arbeitersparnis. Indessen sind natürlich die Anschaffungskosten dieser großen Maschine, auch der seit 1918 in den großen Ebenen eingeführten kleineren Modelle, hoch (8—10000 Mark), und deshalb auch die Abnutzungskosten und die Zinsen, die sich aber natürlich bei hohen Ernten vermindern. Darum lohnt sich die Verwendung der teuren Maschinerie nur auf größeren Flächen. Das hat einen starken Anreiz zur Ausweitung der Farmeinheiten ausgelöst. Bei weniger als 120 ha (300 Acres) Getreide ergibt sich überhaupt keine Ersparnis. Aber auf größeren Farmen ist der Gewinn bei den bisherigen Preisen so hoch, daß das Risiko der Dürren aus diesem Mehrgewinn getragen werden kann, auch dort, wo der kleinere Mann zugrunde geht.

Hatten die hohen Kriegspreise den ersten Anstoß gegeben und war damals der Traktor in Aufnahme gekommen, so hat doch erst die Steigerung der Getreidepreise durch den Dawesplan im Jahre 1925 die allgemeine Einführung des Combine und die ruckartige Erweiterung der Anbausflächen zur Folge gehabt. Die Vereinigten Staaten haben auf den dem Felsgebirge vorgelagerten, zum Teil eingelagerten halbtrockenen Gebieten von 1925 bis 1929 den Weizenbau um 9 Millionen Acres (3,6 Mill. ha) ausgedehnt. Der gleichzeitige Zuwachs in Kanada betrug rund  $4\frac{1}{2}$  Millionen Acres (1,8 Mill. ha), in Australien 4,3 Millionen (1,72 Mill. ha), in Argentinien 1,8 Millionen Acres (0,72 Mill. ha). Auch diese Länder haben solche Expansion mit Hilfe jener Technik erzielt, die man in den Vereinigten Staaten im großen

entwickelt hatte. Ein führendes Industrieland, sind die Vereinigten Staaten wieder ein Weizenexportgebiet ersten Ranges geworden, während, wie ich schon andeutete, sie seit 1895 immer mehr auf den internationalen Weizenmärkten zurückgetreten waren und alle Welt glaubte, die Zeit sei nahe, in der sie gezwungen sein würden, Brotgetreide einzuführen.

Freilich bleibt der Exportüberschuß des 120-Millionen-Landes hinter dem des menschenleeren Kanada und Argentinien zurück. Aber es sind in erster Linie die Vereinigten Staaten gewesen, die durch die rapide Ausdehnung der Weizenanbauflächen seit 1925 die Überfüllung der Märkte und das preisdrückende Anschwellen der von einem Jahr ins andere übertragenen Vorräte hervorriefen. Dazu hat auch die Preispolitik des kanadischen Weizenpools und des amerikanischen Farm Board, einer mit sehr großen Mitteln ausgestatteten Zentralbehörde zur Behebung der Agrarnot, beigetragen, weil sie den Farmer in den Glauben versetzte, für gute Preise werde schon gesorgt werden.

Daß die Vereinigten Staaten allen anderen in der Auswertung der neuen Technik voranschritten, ist nur aus den soziologischen und politischen Gesamtbedingungen ihrer Wirtschaftsentwicklung zu verstehen. Die Grundlage bildete der durch den Krieg verstärkte Kapitalreichtum und die durch ihn herbeigeführte außerordentliche Erhöhung der Arbeitslöhne. Auf sie wiesen uns die Pioniere draußen immer wieder hin: Wir mußten — sagten sie — damals einen Lohn von 75 Dollar im Monat bezahlen neben freier Kost und Wohnung, die Arbeiter nehmen uns allen Gewinn weg; darum mußten wir die großen Maschinen einführen, wir wandten uns an die Universitätsprofessoren, an die Maschinenfabrikanten, die Banken — es ist ein wunderbares Zusammenwirken aller Instanzen, immer mit dem Ziel, den Wirkungsgrad der menschlichen Arbeit zu steigern —, und so haben wir gewagt und gewonnen.

Die hohen Löhne, aufrechterhalten nach dem Kriege durch die bekannten Abschlußgesetze gegen neue Einwanderer, und die Erschließung der Trockengebiete für den Weizenbau, stehen zugleich im engen Zusammenhang mit dem großartigen Straßenbau und der Ausbildung des Automobilverkehrs seit dem Krieg. 1895 hat es vier Personenkraftwagen in den Vereinigten Staaten gegeben. 1906 wurde das erste Hunderttausend Personenkraftwagen, 1915 das erste Zehntausend Lastkraftwagen überschritten. Bis 1928 waren  $24\frac{1}{2}$  Millionen Kraft-

fahrzeuge registriert, das heißt auf neun Personen kamen immer zwei Kraftfahrzeuge. Jetzt sind es gewiß 27 Millionen. Der Bestand der ganzen übrigen Welt war 1928 nur  $7\frac{1}{4}$  Millionen. Die Automobile haben natürlich dem Personenverkehr der Eisenbahnen stark Abbruch getan, aber sie sind sehr wirkliche Zubringer der Fracht für die Eisenbahnen und finden unter diesem Gesichtspunkt bei ihnen Entgegenkommen und Förderung. Es ist die prickelnde Freude, sich nach freiem Ermessen mit 60 bis 100 km Geschwindigkeit in der Stunde fortbewegen zu können, die das Verlangen geweckt hat, einen Kraftwagen sein Eigen zu nennen. Das Auto ist zu einer nationalen Leidenschaft geworden, die Jungs und Alte, Männer, Frauen, Farmer, Fabrikanten, Handlungshelfer und Arbeiter ergriffen hat. Jeder etwas bessergestellte Arbeiter hat sein Auto, fährt damit auf die Baustelle usw., und ein Mann, der die Dinge lange beobachtet hat, erzählte mir: Man fängt an mit dem Ford, der Ford fährt zwar überallhin, aber nicht in die Gesellschaft; deshalb kommen die Leute demnächst in einer schönen Limousine, einem feinen Coupé aus einer anderen berühmten Fabrik an. Die Marke, die Eleganz, die Ausstattung des Kraftwagens spielen eine ähnliche Rolle wie einst das Wappenschild mit der fünf- oder mehrzackigen Krone. Das öffentliche Finanzwesen ist dieser Leidenschaft dienstbar gemacht; denn höhere Geschwindigkeit fordert bessere Straßen. Kunststraßen fehlten früher bis tief in den Osten hinein fast ganz. Seit dem Krieg aber hat man ein Gebiet von der Größe Europas mit allerbesten Zement- oder Macadamstraßen und mit befestigten Landwegen kreuz und quer durchzogen. Der Bund baute die großen Heerstraßen, auf denen man mit einem wahren Hochgenuss nach dem Westen faust. Entfernungen, die man früher auf den Pazifistbahnen zurücklegte, bewältigt man jetzt besser und schneller mit dem Auto. Zu den großen Heerstraßen, die der Bund baute, kamen die Staatsstraßen und die von der staatlichen Gesetzgebung in weniger fruchtbaren Gegenden oft zum Hummer der Farmer erzwungenen Kreisstraßen. Im ganzen sind während der letzten Jahre mehr als eine Milliarde Dollar jährlich für den Wegebau ausgegeben worden.

Ich darf aber nicht auf die Finanzierungsfrage eingehen, die natürlich drüben auch eine große Rolle spielt.

Das ganze Siedlungsbild hat sich verschoben. Die mehr zentralen Plätze schwellen an, die kleineren gehen zurück. Das Schul- und Kirchensystem, das ganze Vereinsleben konzentriert sich. An Stelle

der einklassigen treten mehrklassige und deshalb verbesserte Volksschulen. Neben dem Straßenbau erfordert der Schulbau, die Schulunterhaltung weltweit den höchsten Aufwand. Das ist die zweite Leidenschaft, der Glaube an die Kraft der Bildung und Erziehung. Wir haben keine Kreisstadt im Westen durchfahren, ohne uns an einer wunderschönen Mittelschule zu erfreuen.

Die riesige Bautätigkeit und die Kraftwagenfabrikation wurde zur Grundlage des industriellen Aufschwungs von 1922 bis 1929, der vielgerühmten Prosperität, die aufrechtzuerhalten als die oberste Pflicht des jetzigen Präsidenten angesehen wurde. Mit der Automobilisierung des gesamten Verkehrs in Stadt und Land hat sich eine außergewöhnliche Erhöhung der Lebenshaltung verbunden. An den begünstigten Punkten, über den ganzen Kontinent hin glänzende Läden, ausgezeichnete Gasthäuser und eine gegen früher überraschende Verschönerung durch Gartenanlagen und derartiges. Vor allem aber hat das Auto das überkommene Verständnis für technische Rationalisierung noch außergewöhnlich gehoben. Jeder ist sein eigener Ingenieur geworden, geschult am eigenen Dieselmotor. Die vollständige Motorisierung und Mechanisierung des Ackerbaus hätte sich ohne die Verdrängung des Pferdezuges aus dem Verkehr nicht vollziehen können. 70 % der Farmer in Kansas, so sagte uns ein eingeweihter Mann, verstehen vortrefflich mit der neuen Maschinerie umzugehen, die jungen noch besser als die alten.

Jene Ausweitung der Nahrungsgrundlage für die zivilisierte Menschheit ist, wie mir scheint, nur aus diesen Zusammenhängen zu verstehen, gewiß eine der größten Errungenschaften, die die Maschinentechnik aufzuweisen hat. Auch rein ökonomisch wäre die Ausschließung der Trockengebiete für den Ackerbau ohne das neue Straßennetz, das Auto und den Lastkraftwagen, mit dem der Farmer seinen Weizen vom Felde weg in den Elevator der nächsten Bahnhofstation fährt, nicht möglich gewesen. Noch sind sehr weite Räume für die Ausdehnung des billigen Weizenanbaus gegeben. In den Vereinigten Staaten schätzt man die für den Weizenbau neu zugänglich gewordenen Flächen auf 40 Millionen Acres, also 16 Millionen ha, das ist das anderthalbfache der ganzen deutschen Getreidefläche. In Argentinien und Australien aber sind diese Flächen noch größer. Hier wie dort ist, wie schon angedeutet, die neue Technik durch das amerikanische Beispiel und die von den Vereinigten Staaten exportierten verfeinerten Maschinen und Un-

hängeapparate mächtig gefördert worden. In Australien wird freilich die Verwendung durch die fehlende eigene Ölversorgung, durch den hohen Preis des Benzins verlangsamt.

Es fragt sich nur: wo liegt die Rentabilitätsgrenze, wie lange noch werden die Farmer im bisherigen Tempo den extensiven Weizenbau ausdehnen? Bei solcher einseitigen Weizentwicklung sind die Produktionskosten leicht zu berechnen. Auf der erwähnten, besonders intelligent bewirtschafteten mittleren Weizenfarm in Kansas, die dieses Jahr 1000 Acres oder 400 ha Winterweizen aberntete, wurden uns als Selbstkosten vom Besitzer und der Buchführungsstelle auf der Universität 37 Cents per Bushel Weizen, das sind 5,70 Mark per 100 kg, nachgewiesen, während die diesjährige Ernte dort zu 68 Cents per Bushel oder 10,5 Mark per 100 kg verkauft wurde, also einen sehr guten Gewinn bei einem Weltmarktpreise brachte, der alle Getreidebauer der älteren Kulturgebiete, auch der Vereinigten Staaten, in Verzweiflung versetzte. Nach Ausführungen derselben Zentralbuchführungsstelle kann man bei den gewöhnlichen Farmern der gleichen Gegend und bei Durchschnittsernten annehmen, daß die Selbstkosten — immer einschließlich einer Verzinsung des dort sehr niedrigen Landwerts und der Steuern vom Grundeigentum — 60 Cents oder 9,26 Mark betragen. Diese Ziffern sind als typisch für das ganze Winterweizengebiet der großen Ebenen anzusehen. Für den Norden, wo nur noch Sommerweizen gedeiht, wurden uns ziemlich gleiche Ziffern genannt. Doch ist dort die Gefahr größer, daß das bis zur Totreife auf dem Felde stehende Getreide durch Regen und Hagel geschädigt wird. Der sachverständigste Mann — wir hatten das Glück, überall die führenden Männer an der Seite zu haben, die seit Jahren die Entwicklung beobachtet haben, die Buchführungsergebnisse fortlaufend bearbeiten lassen und die Farmer beraten — kam für den Westen von North-Dakota zu dem Schluß, daß die diesjährigen Preise den dortigen Weizenbauern eben das Durchkommen ermöglichen und kaum zu weiterer Ausdehnung des Weizenbaues ermutigen werden. Hier scheint also die Rentabilitätsgrenze erreicht zu sein. Aber in der südlichen Hälfte der halbtrockenen Zone, im Winterweizengebiet, machten auch in diesem Jahre die hinreichend großen Farmen, wie dargelegt, ein gutes Geschäft, und dort denkt niemand daran, den Weizenbau einzuschränken. Auch aus Australien wird eine sehr bedeutende, aus Argentinien eine geringere Erweiterung der 1931 abzuerngenden Weizen-

flächen gemeldet. Auch beim Übergang vieler Bewohner Ostasiens zum Brotgenuss ist von der Angebotsseite her keine Verknappung der Versorgung auf lange hinaus zu erwarten.

Nach den vorliegenden Erfahrungen nimmt man an, daß in den halbtrockenen Gebieten auf Jahrzehnte hinaus Getreide ohne Düngung gebaut werden kann, nur unter Einschübung von Vollbrache oder auch mit Mais oder Sorghum besömmelter Brache. Künstliche Düngemittel kann man nicht verwenden, sie würden nicht verrotten, und natürlichen Dünger verwendet man schon deshalb nicht, weil man entweder kein Vieh hält außer für den Haushbedarf oder nur auf einem noch ungebrochenen Stück den natürlichen Grastwuchs abweiden läßt.

Ich folgere aus all dem, daß wir mit einem Dauertiefstand der Getreidepreise auf lange Zeit hinaus rechnen müssen, und zwar nicht nur des Brotgetreides, sondern des Getreides überhaupt. Das Trockengebiet erzeugt Gerste, auch Flachssaat in nicht unbedeutendem Ausmaß, doch liegt der Schwerpunkt des Anbaus von Futtergetreide in der älterbesiedelten Osthälfte des Kontinents. Die neue Technik hat hier wie dort die Produktionskosten stark gesenkt. Nach dem allen muß die Lage des europäischen Getreidebaus sehr ernst angesehen werden. Doch zunächst noch einige Worte über die sozialen Auswirkungen der neuen Technik.

Russische Gelehrte haben die Behauptung aufgestellt, daß der Farmtypus nicht nur in den Trockengebieten, sondern darüber hinaus der Riesenbetrieb sei oder ihm doch die Zukunft gehöre. Unter dem Einfluß dieser Vorstellung, die ja den marxistischen Gedankengängen entspricht, hat man bekanntlich in Russland den Plan ins Werk gesetzt, entweder staatliche Riesenfarmen einzurichten oder Bauerngüter zu großen Kollektivwirtschaften zu vereinigen. Jene Behauptung aber widerspricht durchaus den Tatsachen. Es gibt in den halbtrockenen Gebieten eine Anzahl Riesenbetriebe, die dadurch entstanden sind, daß in der Not, von der ich vorhin sprach, die Grundstücke vieler kleinen Farmer zur Versteigerung gebracht werden mußten und nun die Hauptgeldgeber — es sind drüber meist Lebensversicherungsgesellschaften, die unmittelbar Kredit an die Landwirte geben, oder Hypothekenbanken — sich gezwungen sahen, das Land zu übernehmen, sich aber auch bald bereitfanden, den Betrieb im großen einzurichten und durch Zukauf abzurunden. In diesen Gebieten ist der Großbetrieb mit hochbezahlten Leuten durchaus zweckmäßig und kann auch eine Korporation

so gut arbeiten wie der Einzelne, weil es sich um eine Art Fabrikationsprozeß handelt und die individuellen Entschließungen des Betriebsleiters eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen. Eine vielgerühmte Farm im Staat Montana ist mit Unterstützung von Regierung und Großbanken daraus entstanden, daß der jetzige Leiter das Land einer Indianerreservierung zu einem mäßigen Preise pachtete.

Außerhalb der Trockengebiete aber hat sich eine durchaus entgegengesetzte Entwicklung vollzogen. Müßte hier die Lebensversicherungsgesellschaft oder Hypothekenbank in der 1923 ausgebrochenen Krise Land ihrer Schuldner im großen übernehmen, so setzte sie Anteilspächter auf Familienbetrieben ein. Sie unterstellte zwar die Pächter der Beratung und Kontrolle durch einen General- und durch Unterwalter, so daß die Pächter oft nicht viel mehr als Anteilstöhner sind. Aber das Ziel des Verpächters blieb der baldmöglichstige Verkauf der Grundstücke an die Pächter. Tüchtige Leute werden auch durch die Aussicht auf den späteren Eigentumserwerb eher gewonnen. Ja in dem einstigen klassischen Lande des Riesenbetriebs, im Red-River-Tal, einem ganz ebenen ehemaligen Seenbeden, sind die sämtlichen Großbetriebe in derselben Weise von ihren Besitzern in den letzten zehn bis zwanzig Jahren aufgeteilt worden, als man sich gezwungen sah, den einseitigen Weizenbau wegen Erschöpfung und Verunkrautung des Bodens aufzugeben und zum gemischten Betriebe mit starker Viehzucht überzugehen. Wir haben im ganzen Maisgebiet, dem Hauptstandplatz der Vieh- und Schweinemast, nur eine aus der Zusammenfassung von bankerott gewordenen oder gekauften kleineren Betrieben entstandene Großfarm entdecken können, und sie arbeitet ohne Vieh und Pferde. Der letzte Grund für die Aufteilung der Großwirtschaften liegt in der Sorgfalt und Emsigkeit des bäuerlichen Wirts, der bei mannigfaltiger Wirtschaft mit starker Viehhaltung dem bezahlten Arbeiter im Großbetriebe überlegen ist.

Mit bezahlten freien Arbeitern, die man nicht auf Schritt und Tritt kontrollieren kann, so erklärte man uns immer wieder, ist in den weiter vorgeschrittenen Betrieben nicht auszukommen. In den Weizenbetrieben des Trockengebiets hat man dafür gesorgt, wie in gewissen Fabriken, daß eine Kontrolluhr genau anzeigt, wie der Traktor gelaufen ist. Die kleinste Pause wird da sichtbar und der Mann nach der Leistung bezahlt.

Aber auch in den Großen Ebenen sind die Riesenfarmen die spärliche Ausnahme. In ganz Kansas gibt es nur vier Farmen, die diesen Namen

verdienen, das heißt die physische Arbeit nur durch fremde Leute verrichten lassen. Alle anderen sind, wie es überall in der Union die Regel ist, echte Familienfarmen von allerdings großen geometrischen Ausmaßen. Vater und Sohn oder zwei Brüder wirtschaften je nach der Stärke des verwendeten Traktors und der Größe des Mähdreschers auf einer, zwei, ja vier Sektionen oder englischen Quadratmeilen, das heißt auf 250 bis 1000 ha. Diese Familienfarmen haben also die Größe von ostdeutschen Rittergütern. In der Familienfarm führt nicht selten die halberwachsene Tochter oder ein Junge den Traktor. Man ist sich völlig darüber einig — und das scheint mir eine wichtige Feststellung —, daß dieser kleinkapitalistische Farmtypus völlig konkurrenzfähig ist. Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß er durch die Riesenunternehmungen verdrängt wird. Die Leute lachten, wenn man ihnen von dem Professor erzählte, der dieser Betriebsform den Untergang prophezeite.

Die Motorisierung und Mechanisierung des Landbaues hat die Ausweitung des Anbaus von dem Zustrom großer Menschenmassen unabhängig gemacht. Daher ist auch eine Umkehr in der Siedlungs politik derjenigen Länder im Anzuge oder schon durchgeführt, die noch weite Flächen Neuland zur Verfügung haben. Eine 1928 nach Australien gesandte Königliche Kommission zur Untersuchung der Wirtschaftslage des im Kriege hochverschuldeten Landes kam zu der Forderung, nicht mehr mit großen Zuschüssen möglichst viele Siedler auf so wenig Land anzusetzen, daß sie gerade leben könnten; das Ziel müsse vielmehr eine Bodenbenutzung sein, die das Maximum an Reichtumsproduktion zur Richtschnur hat. Rationelle und kapitalintensive Bewirtschaftung vermehre das Volkseinkommen sicherer, rascher und billiger — also ein Rückfall in eine rein kapitalistische Betrachtungsweise, die sich eng mit der bolschewistischen berührt. In Kanada hat jetzt die vor einem Jahre ans Ruder gekommene konserватive Regierung jede Förderung der Einwanderung aufgegeben und das dem Dominion, dem Bunde, gehörige öffentliche Land den einzelnen Staaten — dort Provinzen genannt — übertragen. Diese sind im Begriff, die alte Heimstätten gesetzgebung zu ändern und größere Einheiten zu vergeben, wie auch die Vereinigten Staaten das Ausmaß der „Heimstätte“ schon vor längerer Zeit verdoppelt haben. Die 160 Acres- (64 ha) Farm ist in der Tat für das noch unvergebene Neuland viel zu klein geworden.

Wir haben besondere Aufmerksamkeit den Vorgängen in der Ost-

hälfte der Vereinigten Staaten gewidmet, die an der Küste seit Jahrhunderten, im älteren Westen bis zum 100. Längengrad seit 60 bis 40 Jahren besiedelt, der Konkurrenz der Great Plains am schärfsten ausgesetzt sind. Viele Farmer sind auch dort dadurch in Not geraten, daß sie in der Zeit der Hochkonjunktur große Schulden für Landkauf und Maschinenbeschaffung aufnahmen, die sie nach dem Absturz der Preise nicht bezahlen konnten.

Von größerer Tragweite ist die Tatsache, daß sehr große Flächen alten Kulturlandes durch Aufschließung der Trockengebiete für den Getreidebau unter die Grenze der Anbaufähigkeit gefallen sind. Dieses „submarginal land“ umschließt heute alles von Natur weniger fruchtbare Land: die sandigen, die steinigen Flächen, alles Land, das nur unter besonderen Aufwendungen in Kultur gebracht werden kann, nasses Land, das der Entwässerung bedarf, oder mit Wald bestandener Boden. Im Staate Newyork schätzt man das nunmehr anbauunwürdig gewordene Kulturland auf ein Fünftel der ganzen Fläche. Wir sahen überall auf der Fahrt immer wieder verlassene Farmen, mit Unkraut überwuchert, mit Buschwerk, zum Teil schon mit höheren Bäumen bewachsen. In Ohio, Indiana, Illinois ist es nach dem Urteil der ersten Sachkenner nur eine Frage der Zeit, daß ganze Kreise wieder zur Wildnis werden. Im ganzen Überschwemmungsgebiet des Mississippi bringt bestes Alluvialland nicht mehr die Kosten des Deichbaues und der Entwässerung. In dem schönen Waldgebiet von Wisconsin ist die ganze nördliche Hälfte heute in Not, es lohnt nicht mehr, die von den Holzkompanien entholzten Flächen, wie es früher geschah, für den Ackerbau dadurch zurechtzumachen, daß man die Stümpfe ausrodet. Das kostet viel mehr, als das Land heute wert ist. Die Landpreise sind überall sehr gedrückt; sie stehen, unter Berücksichtigung der Geldentwertung, durchschnittlich 20% unter der Vorkriegsebene.

Für die Mais- und Baumwoll-Kultur und -Ernte hat man ebenfalls sehr wirksame Maschinen konstruiert. Zum Teil sind sie noch im Versuchsstadium; aber die Motorisierung und Mechanisierung des Landbaus ist auch im Osten und Süden im Zuge. Eben deshalb gilt auch dort nur ebener Boden noch als anbauwürdig, das hügelige Land wird aufgegeben oder zur Dauerweide gemacht, die keinerlei Pflege findet.

Eine weitere Folge ist die Massenlandflucht. Es fehlt die Zahl für das Jahr 1923. Wenn ich sie interpoliere, komme ich zu folgendem

Ergebnis: Zu den Jahren von 1922 bis 1925 sind 3,5 Millionen Menschen von den Farmen in die Städte gewandert, von 1926 bis 1929 unter dem Druck der Konkurrenz des neuen Westens 3,8 Millionen. Das Ackerbauamt nimmt an, daß die Farmbevölkerung jetzt kleiner ist als vor 30 Jahren. Andererseits sieht man, daß in einem sehr weiten Umkreis um die Industriestädte zahlreiche städtische Arbeiter auch weniger gutes Land in Kultur nehmen oder erhalten, indem sie sich einen Nebenerwerb durch Gemüsebau, Geflügelzucht usw. suchen, etwa wie es in Württemberg in so ausgedehntem Maße der Fall ist, wo die Mehrzahl der Landwirte aus Gewerbetreibenden und Industriearbeitern besteht. In Amerika steht man der Verödung weiter Landstriche untätig und mit überraschender Gleichgültigkeit gegenüber. Wir aber haben uns auf der Reise immer wieder gefragt: Droht unserm von Natur in so großem Ausmaß höchst armen, dabei kleinen Lande das gleiche Schicksal? Nun, die Grenze des anbauwürdigen Landes liegt glücklicherweise bei uns viel tiefer als in Nordamerika. Erstens weil Deutschland zu den inneren, den marktnäheren Kreisen des Thünen'schen Staates gehört; zweitens und vor allem, weil der Lebensstil bei uns nicht entfernt so hoch geschraubt ist wie drüben. Land, das in den Vereinigten Staaten keine als noch kultivierbar angesehene Existenz gewährt, kann bei uns für alle Zeit das Heim glücklicher Familien bleiben. Im engräumigen Deutschland ist das Personenauto viel seltener eine wirtschaftliche Notwendigkeit und keine Voraussetzung anständiger Lebensführung. Aber gewisse Gebiete werden auch bei uns kaum in Kultur zu halten sein. Man spricht ja schon länger von Ummiedlungen, die aus Masuren vorgenommen werden sollten. Auf der anderen Seite möchte ich es auch nicht als einen Trost ansehen, daß in vielen Fällen in Deutschland Kleinbauern sich nur dadurch halten, daß sie sich und die Ihrigen bei größter Bedürfnislosigkeit überarbeiten. Auch wir wollen keine Lumpenproletarier auf den Landgütern.

Die Lösung der Schwierigkeiten ist vielmehr in anderer Richtung zu suchen. Siegt die letzte Ursache für die Senkung der Getreidepreise in der veränderten Anbau- und Erntetechnik, so müssen wir den Körnerbau ebenfalls durch technische Fortschritte verbilligen, und das gilt nicht nur vom Körnerbau, sondern vom Landbau überhaupt, selbstverständlich unter Anpassung der Technik an die besonderen natürlichen und volkswirtschaftlichen Bedingungen des Landes und des einzelnen Betriebes. Schon wird der Kraftschlepper auch in Deutschland auf vielen

großen Gütern und Bauerwirtschaften mit Nutzen verwendet, wenn auch nicht in so großem Umfang wie in der Osthälfte der Union. Er eignet sich gerade auch für die intensive Landwirtschaft, weil er die Arbeitsspitzen leichter als das Pferdegespann überwindet. Unter Führung des vortrefflich arbeitenden Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft sind die Versuche im Gang, die arbeitsparenden Fortschritte im Ackerbau mehr als bisher der bäuerlichen Wirtschaft, und zwar unter Erhaltung ihrer individuellen Selbständigkeit, zugänglich zu machen. Mehr als 10000 Melkmaschinen werden in Deutschland benutzt, und zwar überwiegend in Bauernbetrieben. Viel mehr als in den Vereinigten Staaten ist bis in die kleineren Betriebe hinein bei uns die Zuleitung elektrischer Energie durchgeführt, mit deren Hilfe die Mechanisierung der Hofesarbeiten große Fortschritte gemacht hat.

Im übrigen ist die einzuschlagende Richtung dadurch gegeben, daß sich zwangsläufig immer schärfer eine geographische Arbeitsteilung herausbildet Dienen die Peripheriegebiete des Anbaues einseitig der Gewinnung von Getreide, besonders von Brotgetreide, so gehen die inneren und mittleren Zonen, zu welch letzteren Ostamerika gehört, unter Einschränkung des Anbaus von Brotgetreide mehr und mehr über zur Gewinnung von pflanzlichen Qualitätserzeugnissen, Obst, Wein, Gemüse, vor allem zur Veredlungswirtschaft durch Erzeugung von bestem Fleisch, Milch, Molkereierzeugnissen, Eiern, Geflügel. Bei uns muß dieselbe Parole gelten, die von den geistigen Führern der ostamerikanischen Landwirtschaft ausgegeben und im ganzen befolgt wird: Erhaltung und Steigerung der bisherigen Intensität, Verbesserung der Produktion durch vermehrte Erträge unter Überwindung des Gesetzes vom abnehmenden Aufwandsertrag durch verbesserte Technik.

Auch die Erzeugnisse der Veredlungs- und Qualitätswirtschaft sind einer Preissenkung verfallen, und auch sie ist weltwirtschaftlich bedingt. Das gilt sogar von den Milchpreisen, die früher immer als Erscheinung des örtlich begrenzten Verkehrs galten. Sie sind deshalb weltwirtschaftlich bestimmt, weil Butter und Käse wichtige Gegenstände des internationalen Handels geworden sind. Daran sind auch Neuländer beteiligt, wie das grashüchige Neuseeland mit seinen acht, ja zwölf Monaten Weidegang und deshalb sehr billigen Futterbeschaffung. Doch gibt die Fülle geschulter Arbeitskraft den älteren Kulturländern für die Qualitätserzeugung einen Vorsprung, der solche natürlichen Vorteile auszugleichen vermag. Man denke an die führende Rolle Däne-

marks, Hollands, der Schweiz, neuerdings Finnlands im Molkereiwesen.

Worauf geht die Preissenkung der Qualitätserzeugnisse zurück? Natürlich nennt man auch hier wieder wie immer zuerst die „Überproduktion“, das gesteigerte Angebot. Gewiß, das Angebot von Molkereierzeugnissen und Fleisch, um das wichtigste herzuheben, ist sehr stark vermehrt. In Mittel- und Westeuropa hat man das Grünland, den Futterbau ausgedehnt auf Kosten des Brotgetreides. In den Vereinigten Staaten schätzt man die durch Traktor und Kraftwagen freigesetzten Flächen an Pferdefutter, Heu und Hafer auf zusammen 15 bis 18 Millionen Acres. Sie dienten zur Ausweitung der Rindvieh- und Schweinehaltung. Trotz der niedrigen Gerstenpreise wurde von 1925 bis 1929 der Gerstenanbau um etwa 5 Millionen Acres vermehrt auf Kosten der Hafer- und Roggenfläche. Mit der gleichen Futtermenge wird heute mehr Fleisch als früher erzielt, weil man in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wie bei uns der veränderten Lebensweise entsprechend die fetten Schweine und Kinder durch Feinmaß fröhreifer junger Tiere ersetzt hat. Ebenso hat man die Produktivität der Milchgewinnung durch Zucht auf Leistung und durch Verabreichung von Leistungsfutter gesteigert. Die älteren Kulturgebiete haben die Bodengrundlage ihrer milchwirtschaftlichen Produktion durch Heranziehung von fett- und eiweißreichen Erzeugnissen aus den Tropen und der heißen Sommerigen Mandschurei erweitert. Sojabohnen, Kopra, Palmkerne usw. werden in den großen Ölmühlen besonders Deutschlands und Hollands verarbeitet; das Öl dient hauptsächlich zur Margarineproduktion für die ärmeren Volkskreise, während die Rückstände als Ölkuchen in die Milchwirtschaften gehen und die Milcherträge steigern.

Zu dem allem tritt die große Verbüllkommnung der Absatzformen, über die ich ebenso hinweggehen muß wie über die Fortschritte in der Geflügelzucht, der Eiergewinnung, im Obst- und Gemüsebau. Für alle diese Erzeugnisse besteht ein starkes Mehrangebot. Dennoch sind die Faktoren, die den Preisfall für die Qualitätserzeugnisse herbeiführten, keineswegs die gleichen, die den Preisfall für Brotgetreide bedingten. Im letzteren Fall fiel das vermehrte Angebot in den meisten Ländern zusammen mit einem Rückgang der Nachfrage pro Kopf der Bevölkerung. In der Qualitäts- und Veredlungsproduktion dagegen ging das vermehrte Angebot einer sehr vermehrten Nachfrage parallel, und der Verbrauch wäre bei gutem Geschäftsgang und fortschreitendem

Wohlstand wenigstens in Europa noch mächtig zu steigern gewesen. Daß das nicht geschehen ist, daß auch für die Gegenstände einer feineren und leichteren Kost ein Überangebot eingetreten ist, liegt am Ausbruch der schwersten und unverstelltesten Wirtschaftskrise, die je über die Menschheit hingegangen ist. Was dies für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse bedeutet, geht plastisch aus einer wertvollen Erhebung hervor, die unser Statistisches Reichsamt auf Grund einer großen Zahl sorgfältig geführter Haushaltsrechnungen veröffentlicht hat. Während die Ausgaben für Brot- und Backwaren keinen großen Unterschied zeigen, fällt mit dem Jahreseinkommen und der wachsenden Kinderzahl der Verbrauch je Vollperson an Fleisch und Fleischwaren, an Milch, Butter, Käse, Obst, Gemüse und Eiern scharf ab, besonders scharf die Ausgabe für Butter, während die für Margarine steigt. Daraus ist zu entnehmen, was es heißen will, wenn jetzt viele Millionen Menschen in der Industrie erwerbslos geworden sind. Im Juni 1930 wurden allein in Deutschland  $2\frac{1}{2}$  Millionen versicherte Erwerbslose unterstützt, in England 1,9 Millionen, das sind zusammen 4,4 Millionen und einschließlich der Angehörigen etwa 9 Millionen, eine Ziffer, die sich inzwischen sicherlich auf 11 bis 12 Millionen gesteigert hat. Die wegen längerer Dauer aus der Versicherung ausschiedenen Erwerbslosen, die nun der Armenpflege anheimfallen, sind dabei so wenig erfaßt wie die sogenannten verfügbaren Arbeitsuchenden, die noch keine Unterstützung erhalten. Nicht ganz so schlimm, aber übel genug sieht es in den anderen Industriestaaten aus, mit der einzigen Ausnahme von Frankreich. Der Arbeitslose kann sich kein Stück Butter leisten und muß sich mit einer billigen und derben Kost begnügen.

Ich kann auf die Ursachen der großen Weltwirtschaftskrise nur andeutungsweise eingehen. Das greifbarste Symptom ist bekanntlich der Preisfall für die Rohstoffe, die ungefähr ebenso tief wie die Getreidepreise gesunken sind. Es ist kein Zweifel, daß auch hier große technische Fortschritte eingewirkt haben. Die Baumwollernte ist durch ähnliche Fortschritte verbilligt worden, wie ich sie vorhin für Getreide schilderte. Ich weise ferner auf die Kunstseide hin, die mit wissenschaftlichen Methoden betriebene Gummiproduktion, vor allem, was die mineralischen Rohstoffe anlangt, auf das Schwimmverfahren, die Elektrolyse, den sehr allgemeinen Übergang der Metallgewinnung zu sehr großen billig arbeitenden Betrieben. Natürlich sind zuerst die Preise für die landwirtschaftlich gewonnenen Rohstoffe abgestürzt. Für die anderen

könnten die Konzerne, die das Angebot konzentrieren, die Preise länger halten. Aber sie haben diese Politik auf die Dauer so wenig durchsetzen können wie der kanadische Weizenpool oder das amerikanische Farm Board, weil sich dort, wo die technischen Fortschritte hohe Gewinne ergeben, kein Mittel fand, um eine Ausweitung der Produktion zu verhindern. Die aufgehäuschten Vorräte mußten schließlich zu gesenkten Preisen abgestoßen werden.

Auch in der Fertigindustrie hat sich bekanntlich ein kräftiger Rationalisierungsprozeß vollzogen. Doch sind die Fabrikatpreise noch nicht denen der Rohstoffe gefolgt, insbesondere nicht die Preise für Verbrauchsgegenstände. Wenn aber der Druck der Arbeitslosigkeit fortdauern sollte — und sehr vieles spricht für diese Annahme —, so darf man annehmen, daß schließlich auch die Fabrikatpreise der Senkung der Getreide- und Rohstoffpreise folgen müssen, und zwar mit Hilfe einer Senkung der Nominallöhne, die keineswegs eine Erniedrigung der Reallöhne in sich schließt. Sollte dies alles eintreten, so wäre das ein Vorgang von großer Tragweite. Er würde nämlich bedeuten, daß ein gut Teil des Unrechts aus der Welt geschafft würde, das darin liegt, daß die industrielle Arbeit im weitesten Sinne dieses Wortes so viel höher bezahlt wird als die landwirtschaftliche. Indessen müssen wir uns darüber klar sein, daß ein Ausgleich des Einkommens in Stadt und Land zugleich eine Reduktion der Schulden und der Schuldzinsen voraussetzen würde. Die allgemeine Preissenkung würde einer allgemeinen Erhöhung des Geldwertes gleichkommen, also zu einer Mehrbelastung all' derjenigen führen, die langfristige Schulden haben, das sind in erster Linie wieder die Landwirte. Dann die Länder, die mit schweren Auslandschulden belastet sind, wie in erster Linie Deutschland.

Ob eine solche Schuldentlastung eintritt, ist in erster Linie eine politische Frage. Nur im politischen Zusammenhange kann man auch die letzten Ursachen und die Aussichten für die Behebung der allgemeinen Wirtschaftskrise beurteilen. In den Vereinigten Staaten, für sich betrachtet, könnte die industrielle Depression als eine vorübergehende Konjunkturwelle angesehen werden. Auf Europa, mit Ausnahme von Frankreich, aber lastet eine dauernde Depression, die sich darin zeigt, daß das Heer der Arbeitslosen auch in Aufschwungzeiten in Gestalt einer breiten Reservarmee fortbesteht, so besonders in den beiden führenden europäischen Industrieländern England und Deutschland. Diese Dauerdepression ist durch die gesamte politische Lage be-

dingt, die tiefe Unruhe, die durch ganz Eurasien vom Gelben Meer bis an den Rhein zieht, durch ein Gebiet mit 1½ Milliarden Einwohnern. Sie ist weiterhin bedingt durch die nationalistische Verschärfung des gegenseitigen Abschlusses gegen den Einführhandel. Jeder will verkaufen, keiner will kaufen — ein Unjinn, unter dem schließlich alle leiden müssen.

Die tiefste Ursache des dauernden Druckes aber liegt in den Pariser Vorortverträgen, die Europa in zwei Lager teilen: die bis an die Zähne bewaffneten Herrenbölker mit ihrer Gefolgschaft auf der einen, die wehrlos gemachten und tributpflichtigen Helotenbölker auf der anderen Seite. Ein starker wirtschaftlicher Aufstieg Europas und damit der ganzen zivilisierten Welt ist undenkbar ohne die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands und seine Entlastung von der ihm auferlegten und sogar über das Versailler Diktat hinausgehenden Verpflichtung, die sämtlichen Kriegsschulden Europas an die Vereinigten Staaten zu verzinsen und abzuzahlen. Durch diesen Tribut, den das verkleinerte und durch den polnischen Korridor zerrissene Land zu tragen hat, ist das ökonomische Energiezentrum des europäischen Festlandes lahmgelegt. Wohl hat Deutschland mit Hilfe der Auslandskredite seine Wirtschaft zu rationalisieren vermocht; aber kein Auslandskredit kann das Zentralübel, die Kapitalarmut, beheben, und der dadurch bedingte hohe Zinsfuß für langfristigen Kredit — er ist doppelt so hoch als in den Vereinigten Staaten — trifft wieder am härtesten die Landwirtschaft. Hier haben sich die Tribute in eine schwere Verschuldung umgesetzt. Das ist keine Redensart, ich brauche die Wendung auf Grund der genauen Studien, die ich in der Agrarenquete zu machen Gelegenheit hatte. Die Tribute haben sich in eine schwere Verschuldung umgesetzt, und die in viele Millionen Betriebe zerstückte Landwirtschaft ist außerstande, die ihr auferlegten Steuer- und Zinslasten nach Art der zentralistisch organisierten Industrie auf die Konsumenten abzuwälzen. Aus diesem Grunde ist in keinem Lande der Erde die Agrarkrisis so schwer wie in Deutschland, und sie ist wiederum nirgends in Deutschland so schwer wie in Ostpreußen, Osthinterpommern und einigen westlichen Gebirgsdistrikten.

Ich fasse zusammen: Die Ursachen der agrarischen Depression liegen in dem Zusammentreffen technischer Fortschritte und der dadurch hervorgerufenen Steigerung der Produktion mit einer Senkung der Kaufkraft im industriellen Europa und besonders in Deutschland, einer

Dauerdepression, die außerbirtschaftliche Ursachen hat. Preissenkungen, die aus technischen Fortschritten herborgehen, dürfen nie als ein Unglück angesehen werden, sie finden ihre Heilung dadurch, daß der Fortschritt verallgemeinert wird. In welchem Maße das geschieht, hängt in erster Linie von der Kraft des Willens und des Verstandes ab. Aber politisch entstandene Störungen können auch nur durch politische Mittel beseitigt werden. Ihre Anwendung setzt die Erkenntnis voraus, daß die Vereinigung großer Völker alle Glieder der zivilisierten Welt, die durch den Welthandel zu einem einheitlichen Organismus zusammengefügt worden sind, in Mitleidenschaft zieht. Sie setzt ferner die Erkenntnis voraus, daß auch die wirtschaftliche Welt unter sittlichen Gesetzen steht und ihre Missachtung die Wirtschaft zum Siechtum verurteilt. Aber die Aussicht ist vielleicht eben deshalb gering, daß die Wurzel alles Übels, das Versailler Friedensdiktat und die daraus fließende Tributpflicht eine Revision finden. Die Erleichterung unserer Tribute ist bekanntlich durch den Young-Plan an den Entschluß der Vereinigten Staaten geknüpft, die alliierten Schulden herabzusetzen oder aufzuheben; nur in diesem Falle haben wir einen Rechtsanspruch auf Herabsetzung der Tribute. Wenn aber die Alliierten schwerlich einen moralischen Anspruch gegen die Vereinigten Staaten auf solchen Schuldenerlaß oder Schuldenermäßigung haben, so hat auch Deutschland keinen solchen Anspruch. Diese Verkettung unserer Leistungen mit den interalliierten Schulden, wie der Young-Plan sie herbeigeführt hat, ist unser Unglück. Wohl wird in der englisch sprechenden Welt die Auffassung immer allgemeiner, daß das Unrecht von Versailles die ganze Welt zu Schaden bringt. Sehr unternachte Persönlichkeiten halten es für ganz ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten ihre Forderungen 30 oder 40 Jahre lang erheben würden. Aber auf der anderen Seite ist schwerlich darauf zu rechnen, daß die Wählermassen eher für einen Schuldenerlaß seitens der Vereinigten Staaten zu gewinnen sind, als bis die Amortisation der eigenen Schulden so weit vorgeschritten ist, daß eine Ermäßigung der Steuerlasten, über die man drüben sehr klagt, herbeigeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang nun möchte ich an die Entschließung erinnern, die Ende 1924 von etwa 90 % der damals anwesenden Hochschullehrer in Stuttgart gefaßt worden ist. Ich bitte mir zu gestatten, sie zu verlesen:

„Die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands, die Auswirkung des Londoner Abkommens und wesentliche Änderungen in der Gruppierung der Kräfte am Weltmarkt haben Deutschland vor eine von Grund auf neue handelspolitische Lage gestellt. Die unterzeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, unter ihnen eine Anzahl Gelehrte, die die Grundgedanken der deutschen Handelspolitik vor dem Kriege verteidigt haben, machen insbesondere mit allem Nachdruck damit aufmerksam, daß Deutschland unter den heutigen Verhältnissen gezwungen ist, namentlich auch zwecks Rationalisierung seiner Landwirtschaft und Industrie sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Gütertauschs zu eigen zu machen. Sie vermögen daher Industrie- und Agrarzölle nur soweit zu billigen, als sie ein unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freiheitlichere Gestaltung des internationalen Verkehrs bedeuten. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist im Deutschland der Gegenwart besonders bedenklich. Der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft muß mit geeigneten Mitteln entgegengewirkt werden; durch bloße Fortsetzung des vorriegeszeitlichen Zollschutzes würde sie nicht entscheidend verbessert, eher verschlimmert werden.“

Diese Entschließung kam unmittelbar nach dem Londoner Abkommen über den Dawes-Plan zustande. Wir wollten eine Lösung ausgeben, die getragen war von dem Gedanken echter Völkerversöhnung und der Solidarität der ganzen Kulturiwelt. Es sollte ein Wiederaufbau Europas stattfinden auf der Grundlage einer Erleichterung des gegenseitigen Warenaustauschs. Diese von der deutschen Regierung auf der internationalen Wirtschaftskonferenz 1927 in Genf aufgegriffenen Grundgedanken und die ihnen entsprechenden Verhandlungen haben sehr geringen Erfolg gehabt. Der viel besprochene Briand-Plan aber ist nach meiner festen Überzeugung zum Scheitern verurteilt, weil er die neue europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf eine Verewigung des Unrechts von Versailles gründen will. So sieht sich jetzt das deutsche Volk gezwungen, in seiner Politik bei aller Pflege des Außenhandels stärkeres Gewicht auf den inneren Markt zu legen. Diese Entschließung ging stillschweigend von weiteren Voraussetzungen aus.

Wir konnten damals erwarten, daß die Transferklausel des Dawes-Abkommens bald in Kraft treten würde und die Tribute im Hinblick auf den fehlenden Ausfuhrüberschuß herabgesetzt werden würden. Das Transfer-Komitee hat aber entgegen dem Geiste des Abkommens die Tribute aus geborgten Devisen errichtet und würde diese Politik fortgesetzt haben, solange Deutschland noch etwas geliehen bekam oder die erforderlichen Gegenwerte durch Auskauf deutscher Unternehmungen oder durch Beteiligung beschafft werden konnten. Unter diesen Umständen hat Deutschland es für geraten gehalten, den Young-Plan anzunehmen, der zwar die unwirksame Transferklausel aus der Welt

geschafft hat, aber doch die unwürdigen Kontrollen beseitigte und uns die Initiative ließ, neue Untersuchungen zu beantragen mit dem Hinweis darauf, daß unter dem Druck der Tribute die deutsche Wirtschaft und Währung in Gefahr komme. Nie aber werden unsere politischen Gläubiger einem Antrage auf Ermäßigung zustimmen, so lange ihre eigenen Schulden an die Vereinigten Staaten unverändert fortduern. So bleiben wir für eine zunächst nicht absehbare Zeit dazu verurteilt, alljährlich aus den sauer verdienten Ersparnissen unseres Volkes rund 2 Milliarden Mark ins Meer zu werfen. Wir müssen demnach mit einer Fortdauer des hohen Zinsfußes rechnen, der alle technischen Fortschritte aufs äußerste erschwert und die Landwirtschaft wegen ihres langsamem Kapitalumschlags besonders schädigt.

Eine weitere stillschweigende Voraussetzung jener Entschließung war durch meine Darlegungen in dem Referat auf der Stuttgarter Vereinstagung gegeben. Ich begründete die Ansicht, daß die Agrarkrise von 1920 bis 1924 nicht in einer Überproduktion, sondern letztlich in der Verelendung unseres eigenen Industrievolkes wurzelte. Es war einleuchtend, daß unter solcher Voraussetzung ein Schutzzoll auf die Lebensnotwendigkeiten wenig oder nichts wirken konnte, auch der Arbeiterschaft nicht zuzumuten war. Umgekehrt konnte aus den Erleichterungen, die das Londoner Abkommen zu bringen schien, die Erwartung auf Steigerung der weltwirtschaftlichen Agrarpreise abgeleitet werden, eine Erwartung, die sich auch zunächst erfüllt hat. Nun aber ist eine neue Preiskrise über die Landwirtschaft hereingebrochen, die niemand vorausgesehen hat, auch nicht voraussehen konnte. Im Jahre 1925 wurde eine Reihe von hervorragenden wissenschaftlichen Landwirten von Deutschland nach Amerika geschickt. Keiner der erstatteten Berichte erkannte die weltwirtschaftliche Tragweite der technischen Umgestaltungen, von denen ich erzählt habe. Auch die Amerikaner haben die Lage damals nicht übersehen, der neue Preissturz ist auch ihnen überraschend gekommen. Noch jetzt haben manche Leute nicht eingesehen, was da eigentlich vor sich geht.

Die Krise auf den Getreidemärkten hat, wie dargelegt, dieselbe allgemeine Ursache, die im Jahre 1879 zur Einführung der Getreidezölle führte, nämlich ein Überangebot von billigem Getreide aus den Gebieten extensiver Wirtschaft<sup>1</sup>. Damals aber konnte man das Ende der

<sup>1</sup> Nachtrag: Die Getreidekrise ist neuerdings noch dadurch verschärft worden, daß die Sowjetregierung, um die zur Durchführung des Fünfjahres-Plans nötigen ausländischen

Krise mit ziemlicher Sicherheit absehen, weil sie begründet war in der raschen Besiedlung der Präriegebiete und wir Ausmaß und Tempo des Vordringens der Siedlung kannten. Bis zu ihrem Abschluß konnten wir getrost hohe Getreidezölle einführen. Jetzt ist es anders. Das Massenangebot ist letztlich in technischen Veränderungen begründet, in der Erweiterung der Trockengebiete für den Getreidebau durch Maschinerie. Gegenüber solchen technischen Verbesserungen kann die Selbsthilfe letztlich nur in der Anspannung der eigenen Kräfte gefunden werden, und sicherlich ist das Hauptgewicht aller deutschen Agrarpolitik auf die Schulung dieser geistigen und wirtschaftlichen edlen Kräfte zu legen, die wir in Deutschland gerade auch im Landvolk haben.

Aber es ist kein Zweifel, daß die Selbsthilfe allein nicht ausreicht. Nach meiner Überzeugung haben wir Schutzzölle, insbesondere auch Getreidezölle, jetzt nötig und sonstige Maßnahmen zur Erhaltung lohnender Preise. Wir dürfen die Zölle nicht als eine Institution für ewige Zeiten denken; wohl aber müssen wir sie nach meiner Ansicht aufrechterhalten im Sinne der Sicherung einer Anlaufzeit, in der die notwendigen technischen Neuerungen durchgeführt werden können. Es handelt sich hier also um einen echten Erziehungszoll, nicht anders als bei den schon früher von mir und anderen Anhängern der Stuttgarter Entschließung geforderten Zöllen zur Hebung der Qualitätsproduktion. Es ist durchaus erfreulich, daß der Deutsche Reichstag sich mit großer Mehrheit zu einer solchen Politik bekannt hat. Dies geschah in dem Bewußtsein, daß die tiefste Quelle deutscher Kraft, die eng mit dem Boden verbundene Familie, nicht zugrunde gehen darf, wenn nicht Deutschland selbst zugrunde gehen soll. Es gibt auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten keine wichtigere Aufgabe.

Man wird ferner versuchen müssen, die vorhandenen spärlichen Kapitalien mehr noch als bisher für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion einzufügen. Bei niedrigem Zinsfuß verspricht solcher Aufwand gerade in der Landwirtschaft großen Erfolg. Es ist also richtig, daß das Reich schon bisher durch seine Zinszuschüsse Bodenverbesserungen, die Ausgestaltung des Molkereiwesens, die Einführung besserer Maschinerie und die hier im Osten so besonders wichtige Begründung neuer Siedlungen gefördert hat.

---

Zahlungen leisten zu können, sich gezwungen sieht, unter allen Umständen Getreide zu exportieren, auch wenn die eigene Ernte für die Ernährung des russischen Volkes kaum ausreicht.

Aber das Letzte und Wichtigste bleibt immer das unerlässliche Bemühen, eine Revision der Friedensdiktate herbeizuführen, welche die Gleichberechtigung des Deutschen Reichs und der Deutschen wiederherstellt und uns von dem unsinnigen und ungerechten Tribut entlastet. Das liegt nicht nur im deutschen Interesse, sondern im Interesse der ganzen Kulturwelt und der Herbeiführung eines echten und dauernden Friedens. Ich glaube nicht, daß wir Grund zum Pessimismus haben; das möchte ich namentlich auch unseren östpreußischen Landsleuten sagen. Wir werden über diese schwere Zeit hinwegkommen, wenn wir entschlossen sind, zu glauben an die bewährte Kraft unseres Volkstums, und entschlossen sind, ein jeder an seinem Teile, mitzuarbeiten an Deutschlands Wiederaufrichtung.

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Präsident Dr. Siehr:

Meine Damen und Herren! Der ungemein reiche Beifall, der den Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Vortragenden gespendet worden ist, hat gezeigt, in welchem Maße Herr Geheimrat Sering es wieder einmal verstanden hat, uns zu fesseln nicht nur durch seine Ausführungen, die auf reicher wissenschaftlicher Erkenntnis und reicher eigener Lebenserfahrung beruhen, sondern auch durch das jugendliche Temperament, mit dem er sie vorzutragen verstanden hat, aus dem die Überzeugungskraft herausklang. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich Herrn Geheimrat Sering nochmals den allerherzlichsten Dank für seine Ausführungen zum Ausdruck bringe.

(Lebhafte Beifall.)

Es ist der Wunsch laut geworden, bevor wir den nächsten Vortrag hören, eine kurze Pause einzulegen.

(Pause.)

Präsident Dr. Siehr:

Ich erteile nunmehr Exzellenz von Batocki das Wort zu seinem Vortrag: „Menschen und Wirtschaft in der Ostmark“.

Oberpräsident a. D. v. Batocki, Bledau (Ostpr.):

### Menschen und Wirtschaft in der Ostmark, die Wirtschaftsnot im deutschen Osten.

Ich habe die Ehre, Ihnen Ausführungen über ein Sonderkapitel der Not der ostmärkischen Wirtschaft zu machen, über die Frage der Beziehungen zwischen der Abwanderungsnot und der besonderen Wirtschaftsnot unseres Ostgebietes. Ich werde mich auf die Verhältnisse Ostpreußens beschränken, weil meine durch vier Jahrzehnte landwirtschaftlicher und öffentlicher Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen sich überwiegend auf meine engere Heimat beziehen. Ich glaube auch, daß die von allen Ostpreußen mit besonderem Dank begrüßte Verlegung Ihrer Tagung hierher dem Sonderzweck dient, Ihnen unsere wirtschaftliche, kulturelle und politische Notlage vor Augen zu führen, und daß die Behandlung eines spezifisch ostpreußischen Themas im Rahmen dieser Aufgabe liegt.

Ich darf noch persönlich hinzufügen, daß ich zur Zeit die Aufgabe habe, meinen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb und mehrere andere Betriebe, die ich betreue und berate, durch die Not dieser Jahre hindurchzuleiten, eine Aufgabe, von deren Schwierigkeit selbst bei an sich günstig gestalteten und gut organisierten ostpreußischen Betrieben jemand, der außerhalb steht, sich kaum eine volle Vorstellung machen kann. Es ist mir deshalb keine Zeit zu umfassendem Studium der gerade in letzter Zeit gewaltig angeschwollenen Literatur über den von mir zu behandelnden Fragenkomplex geblieben. Ich bitte also zu entschuldigen, wenn ich auf die Darlegung Anderer in meinen Ausführungen wenig eingehen, sondern mich mehr auf das Ergebnis eigener praktischer Arbeiten und Beobachtungen beschränke.

Nur soviel sei gesagt, daß in dem umfangreichen Schrifttum sich auch in geistig und wissenschaftlich hochstehenden Schriften über diese Dinge oft Urteile von geradezu erschreckender Sachfremdheit und insogedessen Schiefeit finden.

Zunächst wenige Sätze über die Wirtschaftsnot im allgemeinen. Sie trifft die gesamte Wirtschaft, die von der Landwirtschaft abhängige Industrie und den Handel im Augenblick vielleicht noch schärfer als die Landwirtschaft. Un eigener Unfähigkeit der ostpreußischen Landbevölkerung liegt es kaum. Der schnelle Wiederaufbau der durch den Russeneinfall völlig zerstörten Wirtschaft, die schnelle Eingriffnahme

der technisch besonders schwierigen Umstellung der Pferdezucht, die hervorragenden Leistungen in der Rindvieh- und Schweinezucht, auch in manchen Zweigen der Saatzucht, die Hebung der Grünlandwirtschaft, die für andere Bezirke vorbildliche Organisation der Milchverwertung — wenigstens im Gebiet von Königsberg —, das alles inmitten schwerster Krisennot sind immerhin Leistungen, die sich sehen lassen können. Fast ohne Staatsbeihilfe haben ostpreußische Großbetriebe und ihnen schnell folgend auch Bauernbetriebe ein für Deutschland vorbildliches Netz von Milchkontrollvereinen, von Versuchsringen und Versuchsanstalten geschaffen. Aus eigener Initiative hat die ostpreußische Landwirtschaft sich für ihre Erzeugnisse trotz aller Erschwernisse Absatzwege nach Russland eröffnet. Freilich sind „Fehlinvestitionen“ in der Richtung auf allzu schnelle Intensivierung und Mechanisierung vorgekommen und haben manchen Betrieb ins Unglück gebracht — aber nur auf den dringenden Appell des Staates zur Sicherung der deutschen Volksernährung. Wenn dieselben staatlichen Stellen dem allzu gehorsamen Landwirt die Fehlinvestitionen zum Vorwurf machen, so wirkt das verbitternd.

Wenn trotz aller Mühe die Agrarnot Ostpreußen schwerer trifft als andere Landesteile, so liegt das an der durch die Abschnürung verschärften Absatz- und Kapitalnot, es liegt aber — und das ist ein häufig übersehener Grund — auch an den Folgen schlechter Ernten und schwerer Viehseuchen gerade in den kritischen Jahren seit 1925. In diesem Rahmen ist das Kapitel der Sondernot der Ostmark, der Abwanderungsnot, zu betrachten, das ich zu behandeln habe.

Ostpreußen hat, wie allgemein bekannt ist, seit etwa 60 Jahren ständig fast seinen gesamten natürlichen Bevölkerungszuwachs nach auswärts, überwiegend nach Großberlin und dem Ruhrgebiet abgegeben. Innerhalb der Provinz ließ die Wanderungsbewegung Königsberg und einige Mittelstädte auf Kosten des platten Landes und der Ackerstädte anwachsen, so daß diese trotz starken Geburtenüberschusses in einzelnen Perioden an Bevölkerung sogar zurückgegangen sind. Eine „Verödung“ Ostpreußens im ganzen an Menschen, von der oft gesprochen wird, liegt also hinsichtlich der absoluten Bevölkerungszahl wegen des AnwachSENS der größeren Städte nicht vor. Um so stärker ist das relative Zurückbleiben der Bevölkerungsdichte der Provinz gegenüber dem Durchschnitt des Reichs und noch mehr gegenüber einzelnen Hauptzuwanderungsgebieten. Im Jahre 1871, dem Zeit-

punkt des Einsetzens stärkerer Bevölkerungsverschiebung in Deutschland, betrug der deutsche Reichsdurchschnitt an Einwohnern auf den Quadratkilometer 76, die Zahl für Ostpreußen 49. Die Provinz übertraf damit an Bevölkerungsdichte damals Pommern und Mecklenburg und erreichte fast die Dichte von Westpreußen, Brandenburg ohne Berlin, Hannover und Oldenburg. Das damalige Verhältnis zwischen Ostpreußen und dem Reichsdurchschnitt kann man bei Berücksichtigung der klimatischen Boden- und Verkehrsverhältnisse als ziemlich normal bezeichnen!

40 Jahre später war die Bevölkerung je Quadratkilometer im Reichsdurchschnitt von 76 auf 120, in Ostpreußen von 49 auf nur 56 gestiegen. Das relative Zurückbleiben der ostpreußischen Entwicklung wirkt um so schärfer, weil, wie erwähnt, die geringe Zunahme fast nur die größeren Städte traf.

Das erste Kriegsjahr brachte Ostpreußen den Einbruch des Feindes, der zeitweise über drei Viertel der Provinz besetzt hatte, die Flucht fast der Hälfte der Bevölkerung, deren beinahe vollzählige Rückkehr in die zerstörte Heimat ein Beweis der an sich bestehenden Heimatliebe und Heimatfestigkeit ist. Dann folgte nach dem Zusammenbruch ein starker Zustrom von verdrängten Deutschen aus den verlorenen Gebieten und von Rückwanderern aus Berlin und Westdeutschland, welche die verhältnismäßig günstigen Ernährungsverhältnisse Ostelbiens in der Inflationsnot in die alte Heimat lockten.

Etwa mit der Stabilisierung 1924, die den Ausgleich in den Ernährungsverhältnissen Deutschlands schuf, setzte die regelmäßige Abwanderung der Vorkriegszeit mit voller Kraft wieder ein. Der natürliche Bevölkerungszuwachs lag in den letzten Jahren in Ostpreußen weit über dem Reichsdurchschnitt, da die Geburtenhäufigkeit weit weniger als anderwärts zurückgegangen ist, die Sterblichkeit, die früher bei uns recht hoch war, sich aber wesentlich verringert hat.

Die Ergebnisse der Statistik für die Nachkriegszeit waren bis vor kurzem ungenau und führten zu sehr widersprechenden Angaben über die Abwanderungszahl. Erst das vor kurzem errichtete statistische Provinzialamt unter Dr. Müller hat diese für die Provinz so wichtige Statistik ausgebaut. Danach ist, wohl infolge der Industriekrise, die Nettoabwanderung im Jahre 1929 mit etwa 20000 Menschen nicht mehr ganz so hoch wie in den Vorjahren gewesen. Der Abwanderungsstrom ist ausschließlich in das Reich, und zwar wohl weit überwiegender wie

bisher nach dem Rheinland, Westfalen und nach Großberlin gegangen, die früher starke Zuwanderung aus den uns entrissenen Ostgebieten ist stark zurückgegangen, die Abwanderung nach dem Ausland hat sich in engsten Grenzen gehalten.

In allerleitster Zeit scheint unter dem Druck der schnell zunehmenden Industriekrise eine überwiegende Rückwanderung mäßigen Umsanges aus Rheinland-Westfalen einzusezen, während die Mehrabwanderung nach Großberlin immer noch sehr stark bleibt, eine Entwicklung, die mir auch vom Standpunkt Berlins selbst mit seiner Wohnungs- und Arbeitslosennot überaus bedenklich erscheint.

Aller Voraussicht nach wird die Geburtenzahl im Reich wie in Ostpreußen in den nächsten Jahren, wenn auch vielleicht in verringertem Maße, weiter sinken, während mit einer erheblichen Abnahme der Sterblichkeit, zumal bei der zunehmenden Überalterung der gesamten Bevölkerung, nicht zu rechnen ist. Immerhin ist anzunehmen, daß relativ der natürliche Zuwachs in Ostpreußen auch künftig den des Reichsdurchschnitts übertreffen wird, und daß in Ostpreußen auch dann noch ein erheblicher Zuwachs bestehen dürfte, wenn dieser im Reichsdurchschnitt später womöglich ganz fortfallen sollte.

Es wäre verfehlt, die Bedeutung der Abwanderung lediglich nach der Zahl der betroffenen Menschen zu bemessen. Vom Standpunkt des Volkstums wie der Wirtschaft ist die qualitative Verschiebung fast noch wichtiger. Unter den Abwandernden befindet sich stets ein großer Prozentsatz von Personen in den Jahren bester Kraft und von beweglichem Geist, während, etwas überspielt ausgedrückt, Kinder, Krüppel und Greise mehr im Lande bleiben. Diese jährliche schwere Blutsteuer der Ostmark bedeutet also die Abgabe nicht nur vielen Blutes, sondern gerade des besten Blutes und hat eine nachteilige Verschiebung im Altersaufbau zur Folge. Einzelheiten brauche ich in diesem Kreise darüber nicht zu geben.

Die schwere Gefahr dieser Entwicklung, zumal für ein Gebiet, das umringt ist von bedürfnislosen jugendlichen Völkern mit hoher Geburtenzahl, scharf nationalistischer Einstellung und starkem Expansionsdrange, ist neuerdings Gemeingut aller volks- und wirtschaftspolitisch ernst Nachdenkenden in Deutschland geworden, ebenso wie die Gefahr der Wasserkopfbildung, der übermäßigen Zusammenballung von Menschen in den Hauptzuwanderungsgebieten neuerdings immer klarer erfaßt wird.

Die Erkenntnis der Wege zur Milderung der Schäden wird dadurch getrübt, daß man oft die deutschen Wirtschaftsverhältnisse der Vorfriedszeit den in mancher Hinsicht ganz anders liegenden heutigen Verhältnissen gleichstellt. In den letzten beiden Jahrzehnten der Vorfriedszeit war die Sterblichkeit in Deutschland infolge verbesserter Volksgesundheitspflege stark zurückgegangen, die Geburtenzahl sank zwar auch, aber langsamer. Der natürliche Bevölkerungszuwachs und damit die Zahl der jährlich zuwachsenden Arbeitskräfte war also erheblich. Die gleichzeitige Entwicklung der deutschen Industrie war aber noch wesentlich stärker, die Folge war das Zurückgehen der deutschen Auswanderung auf im Verhältnis zum Zuwachs ganz geringfügige Zahlen, das Aufhören der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung, von kurzen örtlichen Krisenperioden abgesehen, und die Notwendigkeit, immer zunehmende Mengen ausländischer Arbeiter zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen. Diese schnelle Vorwärtsentwicklung, die selbstverständlich in Wellenlinien erfolgte, beruht auf dem schnellen Fortschritt des Absatzes deutscher Industriewaren im Ausland, auf dem dadurch bedingten schnellen Ausbau des deutschen industriellen Produktionsapparates und auf der Zunahme der Kraft der deutschen Bevölkerung. Der durch Volksvermehrung und gesteigerte Lebenshaltung bedingte Bedarf an Wohnungen bewirkte, trotz der mangelhaften Art seiner Befriedigung durch den Bau von Mietskasernen, eine Ankurbelung der Wirtschaft. Schließlich ließ in diesem Milieu einer schnell aufblühenden Gesamtwirtschaft auch die alte preußische Sparsamkeit der öffentlichen Hand nach, und ihre lebhaftere Betätigung im Bauwesen, Straßenbau, in der Verschönerung der Städtebilder, in der weitergehenden Befriedigung von Bedürfnissen der Massen schuf neue Arbeitsgelegenheit.

Während das Privatkapital in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich, feste Anlagen im Ausland bevorzugte, veranlaßte der regere deutsche Unternehmersinn, gefördert durch enger werdende Verbindung mit dem Bankwesen, die Verwendung des größten Teils des wachsenden Kapitals zur Schaffung immer neuer gewerblicher Anlagen im Reiche. Nur ein kleinerer Teil des neuen deutschen Kapitals, der freilich immer noch erheblich blieb, suchte im Ausland Anlage.

Aus dieser Entwicklung ergab sich für die gesamte deutsche Wirtschaft der Drang, die Produktionsleistung durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte zu steigern. Es war falsch, wenn damals oft

darüber geklagt wurde, daß diese auf über eine Million anwachsenden ausländischen Arbeiter einen Teil ihres Lohns der Heimat zuführten, denn selbstverständlich kam der größere Teil ihrer Arbeitsleistung der deutschen Wirtschaft und der Steigerung des deutschen Wohlstandes zugute.

Die nach 1890 einsetzende Zeit der Caprivi-schen Handelspolitik gab der Entwicklung der deutschen Industrie, insbesondere der Ausfuhrindustrie, einen besonders starken Auftrieb. Er erfolgte aber auf Kosten der deutschen Landwirtschaft. Die Landwirtschaft in den stark mit Industrie durchsetzen Gebieten fand dabei einen gewissen Ausgleich in der Stärkung der Kaufkraft ihres lokalen Absatzmarktes. Mit voller Wucht dagegen traf die damalige Agrarkrise die industriearmen Bezirke Ostdeutschlands, insbesondere Ostpreußens, denen dieser örtliche Absatzmarkt fehlte. So entstand damals eine in ihrer Wirkung verhängnisvolle Differenzierung zwischen der Wohlstandsentwicklung der Industriegebiete und der Agrargebiete Deutschlands. Obwohl die Bülowschen Agrarmassnahmen, verbunden mit anderen Umständen, für das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege der Agrarkrise ein Ende machten und auch der östlichen Landwirtschaft einen starken Aufschwung ermöglichten, ist jene Differenzierung an Wohlstand und Volksentwicklung der verschiedenen Teile des Reichs bis heute, trotz aller inzwischen eingetretenen Umwälzungen, wirksam geblieben.

Sie hatte zunächst zur Folge, daß die Industriearbeiterschaft und auch der frei Berufstätige in den aufblühenden Industriebezirken bessere Erwerbsmöglichkeiten fand als Kleinbauern und Landwirte im Osten. So konnte die Industrie ihren ständigen Arbeiterbedarf zum großen Teil durch Ansaugung der tüchtigsten Kräfte im besten Arbeitsalter aus den östlichen Agrargebieten befriedigen. Daneben zog sie, was oft übersehen wird, auch von der Million ausländischer Arbeiter nahezu die Hälfte an sich. Die andere Hälfte diente der Ausfüllung der Lücken, die in den Arbeitskräften der Landwirtschaft durch die ständige Absaugung trotz der erheblichen natürlichen Bevölkerungszunahme entstanden. Die Landwirtschaft hatte im allgemeinen in allen Betriebsgrößen an sich keinen steigenden, sondern einen eher abnehmenden Bedarf an Arbeitskräften. Denn die ständig fort schreitende Erhöhung der Hektarerträge, des Milchertrags je Kuh, der Schweineproduktion usw. erfolgte im wesentlichen nicht durch Einsetzen vermehrter Handarbeit, sondern unter starker handarbeitsparender Mechanisierung.

Eine Ausnahme bildete nur die auf der damals weltwirtschaftlich noch möglichen Zuckerausfuhr begründete schnelle Entwicklung des Zuckerrübenanbaus. Mechanisierung war bei diesem nur in geringem Maße technisch möglich, der Handarbeitsbedarf je Hektar außerordentlich groß und auf wenige Sommermonate zusammengedrängt. Die Arbeit in den Rübenfeldern, die auf den Knieen rutschend oder in tiefgebückter Haltung auszuführen ist, war bei den auf höherer Lebenshaltungsstufe stehenden deutschen Arbeitern besonders unbeliebt. Ähnlich, wenn auch stark abgeschwächt, war diese Entwicklung bei dem in einzelnen Bezirken in den Großbetrieben sich stark ausdehnenden Kartoffelbau.

So kam es, daß der Großteil der von der Landwirtschaft herangezogenen ausländischen Arbeiter in die Bezirke mit starkem Hackfruchtbau, insbesondere Zuckerrübenbau, floß.

Dabei ist für Ostpreußen von Wichtigkeit, daß hier der Zuckerrübenbau aus klimatischen Gründen stets von ganz geringer Bedeutung gewesen ist und daß auch der starke Kartoffelbau sich auf wenige Kreise der Provinz beschränkt. Der in der Vorkriegszeit unvermeidliche Bedarf an ausländischen Arbeitern für den Hackfruchtbau trat also vor dem Kriege in Ostpreußen und tritt heute erst recht gänzlich zurück. Die größte Ausdehnung fand diese BetriebSENTwicklung in einzelnen verhältnismäßig industriereichen Bezirken Mitteldeutschlands und Schlesiens. Dort entwickelten sich in zunehmender Zahl einseitige große und auch großbäuerliche Hackfruchtbetriebe, die sich fast ganz auf ausländische Sommerarbeiter einstellten. Diese produktionstechnisch hervorragenden aber bevölkerungspolitisch verheerend wirkenden Hackfruchtbetriebe, die es in Ostpreußen in nennenswerter Zahl nicht gibt und nie gegeben hat, sind auch sonst in den Ostprovinzen außer Schlesien viel weniger verbreitet als in Mitteldeutschland. Da gerade sie aber den nichtlandwirtschaftlichen Beobachtern im Reiche am nächsten liegen, haben sie stark zu einer ganz schiefen Beurteilung der bevölkerungspolitischen Bedeutung der Agrarverfassung im allgemeinen geführt.

In und nach der Caprivizeit sind auch in den Nichthackfruchtbereichen des Ostens, insbesondere auch in Ostpreußen, an Stelle deutscher Arbeitskräfte ausländische Sommerarbeiter, ja selbst Jahresarbeiter in beträchtlicher Zahl verwendet worden, um die durch die übermäßige Absaugung der Inländer nach den Industriegebieten ent-

ständenen Lücken auszufüllen. Die Absaugung hat sich damals auch auf die zur Mitarbeit nötigen Söhne und Töchter der Klein- und Mittelbauern im Osten erstreckt und so manchen Hof in die Gefahr des Zusammenbruchs gebracht, weil hier die Aushilfe durch ausländische Kolonnen nicht möglich war. Aber diese Zeiten sind heute vorüber.

Rückblickend wird man sagen, daß es bevölkerungs- und kulturpolitisch besser gewesen wäre, wenn lieber der Menschenbedarf der Industrie in noch stärkerem Maße durch Ausländer gedeckt worden wäre, und so der Fehlbetrag an Arbeitskräften in der Landwirtschaft herabgedrückt worden wäre. Wir hätten dann am Kriegsende in Ostpreußen und ähnlich liegenden Ostgebieten vielleicht ein oder zwei vom Hundert mehr deutsche Menschen gehabt, und die jährliche Abwanderung des Bevölkerungssüberschusses wäre um einige tausend Köpfe geringer gewesen.

In Ostpreußen spielt heute, das muß entgegen vielfacher falscher Vorstellungen scharf betont werden, die Frage der Auslandsarbeiter keine irgendwie nennenswerte Rolle mehr. Jrgendeine merkbare Einwirkung auf die Bevölkerungsentwicklung kann auch durch die restlose Abdrosselung der Zulassung von Ausländern nicht erreicht werden, eine Maßregel, die ja nationalpolitisch angesichts der Lage Ostpreußens manches für sich hat.

Tatsächlich besteht starker Arbeitermangel in der ostpreußischen Landwirtschaft heute fast nur bei den auf Gesindehaltung angewiesenen Bauernhöfen. Insbesondere wollen ostpreußische Mädchen nicht beim Bauern der Grenzkreise in der Hauswirtschaft und Außenwirtschaft sowie beim Viehmelken als Dienstboten tätig sein. So sind für dieses Jahr zu Bauern der östlichen Grenzkreise über 2000 aus Litauen stammende Mägde zugelassen worden. Deutsche Mädchen haben sich bisher erfolgreich geweigert, Arbeit in diesen Bauernhöfen anzunehmen, während für die Stellen junger Knechte und Hütejungen bei den Bauern der Grenzkreise, die die ostpreußischen jungen Leute gleichfalls sehr ungern annehmen, in diesem Jahr erfreulicherweise über 3000 junge Arbeitslose aus Westdeutschland und Sachsen durch die Arbeitsämter vermittelt worden sind, von denen ein erheblicher Teil angesichts der traurigen Wirtschaftslage in der Heimat, die Absicht hat, in Ostpreußen zu bleiben. Beim Großgrundbesitz ist ein Arbeitermangel, der die Zulassung von Ausländern rechtfertigen würde, in Ostpreußen fast nirgends vorhanden, abgesehen von zwei oder drei öst-

lichen Grenzkreisen mit besonders ungünstigen lokalen Verhältnissen. Nur für diese sind zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft Ausländer als Gespannführer usw. zugelassen worden, und zwar im ganzen 800. Demgegenüber sind in dem Rest der Provinz Tausende von landwirtschaftlichen Tagelöhnnern vorhanden, die zur Landarbeit nicht gebraucht werden und arbeitslos bleiben. Als der Gruppe der Landarbeiter sind im vorigen Winter über 5000 und selbst in der dringendsten Erntezeit dieses Sommers noch über 1000 Unterstützungsämpfänger, ungerechnet die aus der Arbeitslosenunterstützung durch Fristablauf Ausgeschiedenen, gezählt worden. Die Zahl wird im kommenden Winter wohl auf annähernd 10000 steigen. Diese positiven Zahlen zeigen besser als alle theoretischen Darlegungen die Sinnlosigkeit des oft verbreiteten Gedankens, massenhaft Menschen aus dem Reich nach Ostpreußen zu schaffen, ohne zugleich dafür zu sorgen, daß diese auch Arbeit finden und zwar Arbeit außerhalb der Landwirtschaft, die im ganzen betrachtet nicht einmal den vorhandenen Menschen Arbeit schaffen kann.

In der Landwirtschaft ist für Zuwandernde Arbeit in irgendwie erheblichem Umfange nicht zu finden, und lediglich ein Gespenst aus der Vorkriegszeit, das heute zum Phantasiiegelde geworden ist, ist der angebliche große Mangel an Landarbeitern in Ostpreußen. Wenn ich in wohlmeinenden Auffäßen lese, daß viele Tausende Hände zur Bergung der Ernte in Ostpreußen fehlten, und daß es patriotische Pflicht sei, der Provinz zur Hilfe zu eilen, so erinnert mich das an einen Vorfall aus den ersten Kriegstagen. Als Präsident der ostpreußischen Landwirtschaftskammer erhielt ich damals unter vielen anderen ebenso gutgemeinten wie unpraktischen Vorschlägen aufgeregter Patrioten die Drahtnachricht von einem Berliner Agrarprofessor, er werde zur Bergung der ostpreußischen Ernte zwanzigtausend arbeitslose Industriearbeiter aus Berlin und Sachsen in Sonderzügen nach Ostpreußen schaffen. Ich bat gleichfalls drächtlich das Landwirtschaftsministerium die Züge anzuhalten und den Professor, wenn er seine Bestrebungen trotzdem fortsetzte, in Schutzhaft zu nehmen. Zwei Züge voll Arbeitslose wurden noch vor Marienburg angehalten und umgedreht, einer war schon bis Elbing gekommen, und tausend Arbeitslose durchzogen, vergebens Arbeit suchend, den Kreis Preußisch-Holland, bis sie wieder gesammelt, heimgebracht und in die Granatendrehereien ihrer Heimat, wo sie viel nötiger waren, eingestellt waren. Unsere Ernte aber wurde, soweit der Feind nicht

allzu schnell einmarschierte, auch ohne diese zweifelhaften Hilfskräfte glücklich geborgen.

Wenn heute falsche Anschauungen über Menschenmangel und dadurch bedingte Gefährdung der Ernte in Ostpreußen entstehen, so läßt sich das einfach erklären. Einzelne Betriebe, besonders die erwähnten Bauernhöfe in den Grenzkreisen, finden selbst bei Überfüllung des Arbeitsmarktes aus besonderen Gründen schwer die nötigen Arbeitskräfte. Hier ist der Betriebsführer unverständig, dort die Lage zur Schule und zum Kaufladen, die Kuhweide oder der Kartoffelacker mangelhaft, woanders, und diese Fälle nehmen ja leider heute ständig zu, ist die Geldnot des Besitzers so gestiegen, daß die Löhne nicht mehr ordnungsmäßig gezahlt werden können. Alle solche Landwirte klagen von ihrem Standpunkt mit Recht über Mangel an Arbeitskräften und rufen diese Klagen, nicht selten in dem Bestreben, die Zulassung von Ausländern zu erlangen, in die Öffentlichkeit hinaus. Die große Mehrzahl, die über genügend Arbeitskräfte verfügt, die heute vielfach den sich anbietenden Arbeitern der Gemeinde nicht einmal im Sommer, geschweige denn im Winter Arbeit geben kann, hat keinen Anlaß, sich zu äußern, und so entsteht das falsche Bild.

Falsch ist das in der Öffentlichkeit vielfach bestehende Bild auch bezüglich der Einwirkung der Betriebsgröße auf die Arbeitskapazität in der Landwirtschaft. Durch Verallgemeinerung der erwähnten besonderen Verhältnisse in den überwiegend mitteldeutschen, zum kleinen Teil auch ostdeutschen, aber in Ostpreußen kaum vor kommenden Hackfruchtbetrieben ist die Auffassung entstanden, als sei die Aufnahmefähigkeit für deutsche Arbeitskräfte im größeren Betriebe allgemein ganz besonders gering und als wirke diese Betriebsform deshalb entvölkernd.

Tatsächlich richtet sich die Arbeitskapazität der Landwirtschaft in erster Linie nach der Betriebsrichtung und erst in zweiter Reihe nach der Betriebsgröße. Den Gegenpol des großen Mengen ausländischer Arbeiter beschäftigenden Hackfruchtbetriebes bildet nicht der Roggen und Kartoffeln bauende Großbetrieb Ostelbiens, sondern der bäuerliche Weidebetrieb der westdeutschen Marschen. Ein größerer Hof kann dort seine Arbeiten: Unterhaltung von Gräben und Zäunen, das Eggen und Düngen des Grünlandes, langsames Einbringen des Heues, Betreuung der Weidetiere und der meist in geringerer Zahl vorhandenen Winterstalltiere mit ein oder zwei Arbeitskräften auf einer

Fläche durchführen, auf der selbst ein extensiver Großbetrieb im Osten das Mehrfache an Leuten gebrauchen würde. Die Betriebsrichtung der großen und kleinen Betriebe ist in Ostpreußen aber keineswegs so verschieden, wie oft angenommen wird. Es mag in anderen Provinzen zutreffen, daß der Großbetrieb weit überwiegend Roggen und Kartoffeln, der Kleinbetrieb mehr Biehprodukte an den Markt bringt. Eine mir vorliegende umfassende Statistik ostpreußischer Betriebe für das Jahr 1928/29 ergibt für alle Betriebsgrößen gleichmäßig etwa drei Fünftel der Einnahmen aus Bieh und Milch und zwei Fünftel aus Getreide und Hackfrüchten. Immerhin braucht bei gleicher Betriebsrichtung und gleicher Intensität ein Großbetrieb schon deswegen etwas weniger Arbeitskräfte je Hektar, weil bei ihm Pflug und Egge in längeren Zügen auf großen Schlägen eine höhere Tagesleistung ergeben, ferner aber weil der Großbetrieb und auch der großbäuerliche Betrieb den Handarbeitsbedarf durch arbeitssparende Maschinen stark herabzusetzen imstande ist. Einzelne neue Versuche, zum Beispiel bei Herrn von Bethmann in Hohenfinow und Graf Bismarck in Barzin mit völliger Mechanisierung der Bestellung und Ernte nach amerikanischem Muster zeigen, daß die Herabdrückung des Handarbeitsbedarfes von Geteidewirtschaften auf eine ganz geringe Menge von Arbeitskräften technisch durchführbar ist. Wenn auch diesem System bei uns zur Zeit noch Schwierigkeiten entgegenstehen, so ist doch zu erwarten, daß seine Anwendung nicht nur auf Gütern, sondern auch auf Bauernhöfen, ähnlich wie bei den ebenfalls bäuerlichen nordamerikanischen Farmen, den Arbeiterbedarf herabdrücken wird.

Bei der Industrie betrachtet man die fortschreitende Mechanisierung und Nationalisierung, die Erzeugung derselben Menge des Produkts mit immer weniger menschlichen Arbeitskräften als die selbstverständliche Aufgabe jedes Unternehmers schon seit der Zeit, wo der Handwebstuhl durch den mechanischen Webstuhl ersetzt und dadurch eine Riesenzahl von Handwebern zunächst außer Arbeit gesetzt wurde.

Die Fortschritte in der Lebenshaltung der Industrievölker, die Steigerung der Produktionskraft des einzelnen Menschen und damit die Vermehrung der der Gesamtheit zur Verfügung stehenden Güter haben ja einen ständigen Ausbau der Nationalisierung und Mechanisierung zur Voraussetzung, und das entschlossene Vorgehen der deutschen Industrieunternehmer in dieser Richtung hat ja gerade der

deutschen Wirtschaft in der Vorkriegszeit den Auftrieb und nach dem Zusammenbruch von neuem die Möglichkeit gegeben, nicht nur die Produktion auf die alte Höhe und darüber hinaus zu bringen, sondern trotz der Mechanisierung durch schnelle Vermehrung der Produktion Arbeitsgelegenheit für immer neue Menschenmassen zu schaffen. An dieser Tatsache ändert es nichts, wenn die heutige schwere Arbeits- und Arbeitskrise wohl mit durch eine allzu plötzliche Durchführung der Rationalisierung der Betriebe herbeigeführt worden ist.

Während man diese Entwicklung bei der Industrie, trotz ihrer zeitweiligen ungünstigen Nebenwirkungen, allgemein als nötig und erfreulich betrachtet, wird die ähnliche viel langsamere und vorsichtige Entwicklung in der Landwirtschaft als etwas Unerfreuliches angesehen. Die fortschreitende Konzentration in der Industrie ist die Voraussetzung ihrer Nationalisierung, die Grundlage ihres Strebens, die auf jeden Arbeiter entfallende Produktionsmenge immer weiter zu steigern. Sowjetrussland will in seinem Fünfjahresplan die Konzentration zu Riesenbetrieben mit äußersten Gewaltmitteln auch auf die Landwirtschaft ausdehnen, nachdem es in den ersten Revolutionsjahren mit Gewalt, mit Blut und Brand die restlose Zerstörung der bestehenden Großbetriebe erreicht hat.

Für die Marxisten in Deutschland war die Frage der Konzentration in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten Gegenstand des Meinungsstreits, bis vor kurzem die Mehrheit unserer sozialdemokratischen Partei sich für die Dezentralisation, für weitgehende Aufteilung der noch bestehenden, etwa ein Viertel des deutschen Kulturbodens umfassenden Großbetriebe in bäuerliche Familienbetriebe entschieden hat, in Übereinstimmung mit der Ansicht der weit überwiegenden Mehrheit der auf privatkapitalistischem Boden Stehenden. Es ist vielleicht kein Zufall, wenn bald darauf die Regierung Müller mit voller Zustimmung der Sozialdemokraten eine grundsätzliche Umstellung der Agrarpolitik herbeigeführt hat, durch die Bestimmung, daß die Preise von Weizen, Roggen und Schweinen ohne Rücksicht auf den Weltmarktpreis auf eine die deutsche Landwirtschaft lebensfähig haltende Höhe zu bringen sind, und zwar durch Zollsäfe und sonstige Eingriffe von einer vor zwei Jahren nicht denkbaren Schärfe.

Vom reinen Produktionsstandpunkt, dem Standpunkt, daß wie bei der Industrie die Erzielung möglichst hoher Erzeugungsmengen mit möglichst wenig menschlichen Arbeitskräften das Ziel sein muß, wäre in

der Landwirtschaft wahrscheinlich, mindestens in Bezirken mit Acker von ebenem, gleichmäßigem Boden das russische System höchster Konzentration zu mechanisiert betriebenen Latifundien der zweckmäßigste Weg. Aber es ist auf das schärfste zu betonen, daß in unserer derzeitigen Gesellschaftsverfassung und (nach den neuen Agrarbeschlußen unserer Sozialdemokratie) im weiten Umfange auch nach deren Ansicht das Prinzip höchster Produktion mit geringster menschlicher Arbeitsleistung keineswegs der überall maßgebende Gesichtspunkt sein darf. Unsere ganze städtische Mittelstandspolitik weicht bewußt oder unbewußt von dem reinen Produktionsgesichtspunkte ab. Bei der Brauerei zum Beispiel ist allerdings die arbeitsparende Konzentration der Betriebe neuerdings im höchsten Grad und mit bestem Gelderfolg für die bestehengebliebenen Unternehmungen durchgeführt. Bei der Bäckerei dagegen wird eine ähnliche Entwicklung, um ein Gegenbeispiel zu nennen, durch das gesetzliche Nachbackverbot künstlich verhindert. Im Einzelhandel und in vielen Zweigen des Zwischenhandels herrscht das Gegenteil einer plausiblen arbeits- und kostensparenden Konzentration, und der Gesetzgeber sucht ihr gezielt durch Maßregeln wie die Sonderbesteuerung der Warenhäuser entgegenzuwirken.

Bergleiche hinken immer. Aber im Grunde liegt es bei der Vermehrung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe ähnlich wie bei den Bäckern, den Einzelhändlern usw. Man will die Zahl der ohne eigenes Interesse in einem Großbetriebe Tätigen nicht allzu sehr anwachsen lassen. Man möchte daneben in Stadt und Land eine möglichst breite Schicht selbstständiger, selbstmitarbeitender und selbstverantwortlicher Kleinunternehmer bestehen lassen. Man erwartet davon, nach meiner Überzeugung in weitem Umfange mit Recht, eine günstige Einwirkung auf die Gesamtentwicklung des Volkes, auf die Erziehung eines hochwertigen Nachwuchses, auf die Förderung des Staatsgefühls. Man nimmt dabei bewußt oder unbewußt eine Erhöhung der Preisspanne in den Kauf zwischen dem, was der Landwirt für seine Erzeugnisse erhält und dem, was der Verbraucher für das Endprodukt daraus bezahlt. Die Spanne beträgt, mit zufolge der Ausweitung der Zwischenglieder, bekanntlich die Hälfte der Verbraucherpreise, 10 von 20 Milliarden.

In der ländlichen „Mittelstandspolitik“ spielt die Ausdehnung der bäuerlichen Familienbetriebe die bedeutsamste Rolle, sei es auf neu-

kultiviertem Boden, dessen Schaffung ja leider in Deutschland in sehr engen Grenzen liegt, sei es auf dem Boden aufgeteilter Großbetriebe nach Zerstörung eines großen Teils der in ihnen steckenden Werte. Durch diese Umwandlung wird neben der Schaffung neuer selbständiger Existenzien eine erhöhte Produktion der für Deutschland wichtigen tierischen Erzeugnisse erstrebzt. Sicher wird dadurch aber das erreicht, daß auf derselben Bodenfläche mehr Hände als im Großbetrieb Beschäftigung finden, daß die Arbeitskapazität der gegebenen Fläche steigt, auch wenn damit ein Steigen der Produktion in demselben Umfange nicht verbunden sein sollte.

Diese bevölkerungsverdichtende Wirkung der Umwandlung von Gutsland in Bauernland ist heute das fast allein angewandte Mittel zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit in den menschenarmen Agrargebieten. Es ist ein kostspieliges Mittel. Denn trotz der niedrigen heutigen Güterpreise, welche nicht annähernd den Zeitwert von Gebäuden, Inventar und mit verkaufter Ernte decken und für den Boden keine Bezahlung übriglassen, erfordert jede neue Bauernstelle neben erheblichen verlörenen Zuschüssen ein hohes Leihkapital, dessen normale Rätsen der Neubetrieb nur etwa zur Hälfte aufbringen kann, während die andere Hälfte der Gesamtheit der Steuerzahler, darunter auch den Inhabern der alten Bauernhöfe zur Last fällt. Diese Opfer sind nach meiner Überzeugung wegen der dargelegten Bedeutung eines zahlreichen Bauernstandes für das gesamte Volk auch dann berechtigt, wenn die Einwirkung der Maßregel auf die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und damit auf die Verdichtung der Bevölkerung im Osten nicht annähernd so groß ist, wie das oft angenommen wird.

Ich kann auf dieses letzte Problem hier nicht näher eingehen. Anlaß zu schiefen Urteilen gibt vor allem das beliebte Durcheinanderwerfen von neugeschaffenen Bauernstellen, welche der Familie volle Arbeit geben, mit neuen „Wohnsiedlungen“ mit kleiner Landzugabe für Lohnarbeiter, Handwerker, Angestellte, kleine Gewerbetreibende usw. mit nichtlandwirtschaftlichem Hauptberuf, die nur aus ihrer alten mangelhaften Mietwohnung in ihr neues Eigenheim übersiedeln. So bedeutsam die Schaffung solcher neuer Wohnstätten mit Landzulage für diese Kreise der Bevölkerung vom Standpunkt der Volksgesundheit ist, so ist es verfehlt, davon, wenn nicht gleichzeitig neue Erwerbsgelegenheit für die Heimfänger geschaffen wird, eine irgendwie merkliche Vermehrung der Bevölkerungsdichte, eine Ein-

Schränkung der Abwanderung des Bevölkerungszuwachses zu erwarten. Die neu angelegten Familien selbst werden zwar vor der Abwanderung bewahrt. Da aber die Zahl der Arbeitsstellen sich nicht vermehrt, müssen Andere aus der Provinz wegen Arbeitsmangel abwandern.

Setzt man diese Wohnheimstätten mit Landzulage, die die große Mehrheit aller neuen sogenannten Siedlerstellen bilden, als für die Abwanderungsfrage im ganzen bedeutungslos ab und berücksichtigt für diese nur die bäuerlichen und etwa einzelne Gärtner- oder Hühnerfarmstellen, die den Inhabern vollen Erwerb bieten, so ergibt sich durch die Aufteilung von Großbetrieben vielleicht eine durchschnittliche Vermehrung um fünfundzwanzig vom Hundert der bisher auf dem Gut Tätigen. Würde man alle nach Lage und Boden zur Bauernsiedlung auch nur einigermaßen brauchbaren Güter in Ostpreußen unter Aufwendung von vielen Hunderten von Millionen an verlorenem Kapital und Zinszuschüssen aufteilen, so würde damit die Bevölkerung der Provinz nur um einige Hunderttausende vermehrt oder, anders ausgedrückt, die Abwanderung des Zuwachses um diese Zahl verringert werden. Es schien mir nötig, diese Frage bei der Erörterung unserer wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Not etwas eingehender zu behandeln, weil ich in der vielverbreiteten falschen Einschätzung der in dieser Hinsicht gegebenen Möglichkeiten das Haupthindernis gegen eine wirklich wirksame Abhilfe erblicke.

Bei der Beurteilung des dauernden bevölkerungspolitischen Erfolges des Siedlungswerkes darf man außerdem nicht, wie das fast stets geschieht, vergessen, daß unser hochzivilisiertes Volk die Aufgabe hat, in seiner Wirtschaft den Wettkampf von Völkern mit niedrigerer Lebenshaltung oder billigeren Produktionskosten und mit oft günstigeren Produktionsbedingungen erfolgreich zu bestehen und seine eigene Lebenshaltung dabei nicht herabdrücken zu lassen, sondern, wenn möglich, noch zu heben. Sollte das erreicht werden, so muß die handarbeitsparende Rationalisierung der Produktion nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft dauernd weiter ausgebaut werden. Wollte die Landwirtschaft diese Entwicklung allein der Industrie überlassen, oder wollten innerhalb der Landwirtschaft die Familienbetriebe sich von dieser Entwicklung ausschließen, so würde das für ihre Lebenshaltung unerträgliche Folgen haben. Schon heute besteht der auf die Dauer unerträgliche Zustand, daß die Agrar-

Krise die Bauern zwingt, wenn der Betrieb nicht zusammenbrechen soll, schwerer zu arbeiten, Frau und Kinder bis zu den kleinsten herab intensiver mitarbeiten zu lassen und dabei vielfach schlechter zu leben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Deshalb muß auch im bäuerlichen Familienbetrieb der Bedarf an Handarbeit je Hektar immer mehr herabgedrückt werden, was bei der Beschränktheit der Bodenfläche das Ausscheiden eines und später vielleicht noch eines zweiten Familienmitgliedes aus der regelmäßigen Arbeit auf dem Grundstück bedeutet. Soweit diese nicht im Heimatort anderweitige Arbeit finden, müssen auch sie abwandern, und die Bevölkerung des auf reinbäuerlichen Betrieb gestellten Siedlerdorfs, die infolge der Aufteilung zunächst gestiegen war, geht infolge der Rationalisierung der Betriebe wieder zurück. Auch die dringend erforderliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, die ja bei genügender Rentabilität in absehbarer Zeit bis zur nahezu völligen Deckung des deutschen Nahrungsmittelbedarfs aus Eigenem gesteigert werden kann, wird nicht durch vermehrte Handarbeit erreichbar sein.

Eine Ausnahme bilden die besonders handarbeitsstarken Spatenbetriebe mehr gärtnerischer Art. Ihrer Ausdehnung bei den Kleinbauern setzt aber die geringe Absatzmöglichkeit in dünnbevölkerten Agrargebieten leider eine sehr enge Grenze. Wenn diese Tatsache heute bei uns noch weniger hervortritt und wenn durch günstige Bewertung ihrer Sonderprodukte viele kleine Bauernstellen der Krise vorläufig noch verhältnismäßig gut widerstehen, so liegt das mit daran, daß ihre Zahl in Ostpreußen noch verhältnismäßig gering ist. Wird sich einmal diese Zahl, was ja aus anderen Gründen sehr erwünscht ist, durch weitere Siedlungsarbeit verdoppelt oder verdreifacht haben, so wird die geringe Kaufkraft der übrigen Bevölkerung und die dadurch bedingte Schwierigkeit des Absatzes der Produkte sich für die Siedler schärfer fühlbar machen und zur weiteren Einschränkung des Arbeitsbedarfs und damit zur Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Betrieb zwingen.

Alles das liegt ganz anders in einem Gebiet, wo die Bauernbetriebe in einer dichten nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung einen kaufkräftigen Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse haben. Hier kann sich die handarbeitsstarke, mehr gärtnerische Betriebsform halten und mit steigendem Absatz immer intensiver entwickeln.

Für ein dünn bevölkertes Agrargebiet sind dieser Entwicklung so enge

Grenzen gesetzt, daß Pläne von umfangreicher Rückführung arbeitsloser Bevölkerungsteile aus den Industriegebieten zum Siedlerberuf nach Ostpreußen als völlige Utopie erscheinen. Wenn es künftig gelingt, den natürlichen Zuwachs der Landbevölkerung selbst, die jungen Bauernsöhne, die durch Aufteilung von Gütern freigesetzten Landarbeiterfamilien und deren Nachwuchs der Heimat zu erhalten und vielleicht dazu im Wege der Westostsiedlung im Laufe der Jahre ein paar Tausend westdeutsche Bauernsöhne als anregendes Element uns zuzuführen, so ist schon alles Mögliche erreicht. Aber auch die Erhaltung des Zuwachses in der Heimat läßt sich nach dem Dargelegten nicht allein durch agrarpolitische Maßnahmen, durch Siedlung, selbstverständlich unter Wiederherstellung einer allgemeinen bescheidenen Rentabilität für die Landwirtschaft, erreichen. Dazu muß auch in den Agrargebieten anderweitig zusätzliche Erwerbsmöglichkeit geschaffen werden, wie sie im nötigen Umfange allein die Industrie bieten kann in ihren mannigfachen Gruppen und Betriebsgrößen.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist bei uns im Osten dahin gegangen, daß ständig mehr Bedarfsgegenstände, die früher in Dörfern und kleinen Städten handwerklich oder von den Bauern- und Landarbeiterfamilien als Winterfüllarbeite für den Eigenbedarf hergestellt wurden, jetzt aus der Fabrik, von der Großkonfektion usw. bezogen werden, daß die dazu nötigen neuen Betriebe aber nicht in der Heimat, sondern irgendwo weit im Westen errichtet werden, und daß sie dort hin unsere Menschen als Arbeitskräfte absaugen. Hier vor allem muß der Hebel angesetzt werden, um unsere Bevölkerungszahl und im Erfolg damit auch unseren Wohlstand, unsere Kultur und unsere nationale Widerstandskraft zu fördern.

Auch wenn diese wirtschaftlichen Tatsachen allgemeiner erkannt sein werden und wenn sie sich zu Entschlüssen der verantwortlichen Stellen verdichtet haben, kann eine Milderung der Abwanderungsnot, zumal angesichts der heutigen fast allgemeinen Überkapazität der schon bestehenden Industriebetriebe nur ganz allmählich erreicht werden. Die Tatsache, daß die Finanzierung des Wohnungsbaues fast ganz in die öffentliche Hand übergegangen ist, scheint mir dabei ein gangbarer Weg zur Besserung zu sein.

Bezüglich der Bevölkerungsbewegung leben wir in dem Zustand einer seltsamen und auf die Dauer nach meiner Überzeugung absolut zum Verderben führenden Kreuzung zwischen reinstem Manchesterlibera-

lismus hinsichtlich der unbeschränkten Freizügigkeit und ausgeprochenem Sozialismus hinsichtlich der Entwicklung des Staats zum Versorgungsstaat. Jeder Deutsche kann heute ohne die frühere Sorge um Erwerbsgelegenheit dahin ziehen, wo es ihm paßt. Er findet überall zunächst bei bescheidenen Ansprüchen als Untermieter notdürftiges Obdach. Er findet, wenn er vom Lande kommt, zunächst fast stets Arbeit, weil der kräftige, leicht zu behandelnde Mann aus dem Dorfe eine vielfach willkommene Arbeitskraft ist, die man gern einstellt, indem man einen der Unfassigen dadurch dem Heer der Arbeitslosen hinzufügt. Ist der Zugezogene dann ein Jahr da, so empfindet er es als ein selbstverständliches Recht, daß ihm schleinigt eine neue Wohnung gebaut, und daß er, wenn es doch zur Arbeitslosigkeit für ihn kommt, an dem neuen Wohnort angemessen versorgt wird.

Wird in den Bezirken der Massenansammlung, die immer an sich anlockend wirken, dieser Entwicklung freier Lauf gelassen, so wird die Wohnungs- und Arbeitsnot niemals ein Ende haben und die ungesunde Ab- und Zuwanderung weiter zunehmen.

Als wirksames Gegenmittel erscheint mir eine größere Härte gegenüber der Untervermietung an Buziehende und den Wohnungsansprüchen der in den letzten Jahren an einem Ort Zugewanderten. Wird dadurch in den Massenanhäufungsgebieten die Zahl der jährlichen Wohnungsneubauten herabgedrückt, so kann dort die geringere Wohnungsproduktion mit den verfügbaren Mitteln planmäßig im Sinne der Auflösung, der Ansehung in halbländlichen Wohnungen mit Landzugabe erfolgen, so kann einer weiteren Ausdehnung des Mietskasernenystems begegnet werden, das sich in letzter Zeit wieder drohend erhebt, weil man glaubt, mit tausend neuen Mietskasernenwohnungen mehr zu nützen als mit siebenhundert halbländlichen Siedlungshäusern einschließlich der erforderlichen Verkehrsverbesserung.

Wird so vom Standpunkt der Anhäufungsgebiete negativ gegen eine ungesunde Zuwanderung gearbeitet, so genügt für die Abwanderungsgebiete nach dem Dargelegten die Schaffung von landwirtschaftlicher Arbeitsgelegenheit durch Siedlung nicht, um der Abwanderung des Nachwuchses voll wirksam zu begegnen. Es muß in diesen Gebieten auch die Schaffung industrieller Arbeitsgelegenheit betrieben werden. Statt tausend Eigenheime für Landarbeiter zu schaffen, von denen fünfhundert nach einigen Jahren, wenn die Mehrzahl der umliegenden Güter aufgeteilt sein wird, weder für sich noch für ihre Angehörigen

Landarbeit finden werden, scheint es mir richtiger, siebenhundert solche Stellen zu schaffen und den Rest des Geldes zur Förderung der Schaffung nichtlandwirtschaftlicher Erwerbsgelegenheit für einen Teil der Angefeierten und ihre Kinder zu verwenden, die dann zugleich die Kaufkraft des örtlichen Marktes und den Absatz für die Erzeugnisse der Neujißedler wie der alten Bauernstellen heben würden.

Sezt sich erst die Erkenntnis durch, daß durch Siedlung und sonstige agrarpolitische Maßnahmen allein den Agrargebieten des Ostens und insbesondere Ostpreußens nicht wirksam aus der Not geholfen werden kann, so werden auch die neuen Wege zur Abhilfe, die ich angedeutet habe, beschritten werden.

Was das Herz voll ist, des geht der Mund über. Ich bin so überzeugt davon, daß nur auf diesem Wege eine blühende deutsche Ostmark zu schaffen ist, daß ich jede Gelegenheit wahrnehme, um dieselbe Überzeugung bei anderen hervorzurufen, auf die Gefahr hin, der Einseitigkeit bezüglich zu werden. In unserer Zeit des Kampfes aller gegen alle, der äußersten planlosen Vielgeschäftigkeit und allgemeinen Nervosität kann ein Gedanke sich nur durchsetzen, wenn er den Verantwortlichen immer wieder eingehämmert wird.

Daß eine solche Entwicklung auch ohne besonders günstige natürliche Bedingungen durchaus möglich ist, beweist die relativ erfreuliche Lage in Württemberg. Ein Land fern von Kohle und Eisen, ohne einen schiffbaren Fluß, mit bis in die letzte Zeit recht ungünstigen Eisenbahnverbindungen, mit zum großen Teil mäßig fruchtbarem Boden, ernährt durch gesunde Mischung von häuerlicher Landwirtschaft und günstig über das Land verteilter Industriearbeit eine dichte heimatfeste Bevölkerung, schafft den Bauern einen gesicherten Absatzmarkt, der Industriebevölkerung eine günstige Versorgung mit Lebensmitteln, den im Betriebe überzähligen Bauernkindern Arbeit und setzt alle Teile in die Lage, Krisenzeiten ohne allzu große Not zu überstehen.

Als ich einmal in einer anderen sozialpolitischen Vereinigung ähnliche Gedanken wie heute entwickelte, trat mir ein hochgestellter, als warmherzig bekannter Beamter aus der Großstadt mit der Bemerkung entgegen, es schiene ihm unerträglich, die stille Ruhe und Poesie der rein agrarischen Gebiete Deutschlands auch noch durch Fabritschornsteine zu vernichten. Ich erwiderte ihm, er müsse sich überlegen, ob er aus der agrarischen Ostmark eine Art Naturschutzpark machen wolle, in dessen poetischer menschenärmer Ruhe sich der straßen- und jährl-

steinnüde Großstädter in den Ferien seelisch erfrischen kann, oder ob er die Ostmark wirtschaftlich und damit auch kulturell gesund, stark und gegen den Ansturm der slawischen Umgebung national widerstandsfähig sehen wolle.

Mein Wunschkbild fand ich dieser Tage in einem Bericht über den westfälischen Landkreis Steinfurt. Es heißt darin:

„Der über 100000 Einwohner zählende Kreis ist zur Hälfte landwirtschaftlich, zur Hälfte industriell. Der größte Teil des landwirtschaftlich benützten Gebietes ist in mittlerem bäuerlichem Besitz. Die Industriearbeiterchaft ist geradezu ideal gesiedelt und durch kleinen Eigenbesitz auch landwirtschaftlich fundiert. Die im besten Sinne bodenständige Arbeiterschaft ist in den Zeiten unbeschiedigender Konjunktur, wie der gegenwärtigen, durchaus in der Lage, auf der kleinen, eigenen Scholle ihre Existenz zu fristen.“

Ein seelisch und körperlich gesundes Bauerntum, ein heimatverbundenes Handwerkertum und eine bodenständige Industriebevölkerung halten das Erbe der Väter hoch in Ehren, stehen zu Religion und Vaterland, zu Haus und Hof, zu Altüberliefertem, zu ländlicher Sprache und Sitte.“

Auch dieser glückliche Kreis liegt ziemlich fern von Kohle und Erz und seitab vom großen Verkehr. Es ist also nicht reine Utopie, wenn eine ähnliche Gestaltung meiner engeren Heimat auch in der jetzigen Zeit äußerster Not und wirtschaftlicher und politischer Verwirrung mir als Wunsch- und Hoffnungsbild vor Augen steht, und wenn ich mich bemühe, auch einen Kreis, wie er hier versammelt ist, für diese Gedanken zu gewinnen. Mögen sich trotz aller Not der Zeit Kräfte finden, die die Notwendigkeit der Verfolgung dieser Ziele erkennen und die Wege dazu, bei aller Vorsicht, entschlossen beschreiten. Und mögen so, wenn in hoffentlich nicht zu ferner Zeit Ihre Vereinigung wieder einmal den Weg in unsere Ostmark findet, wenigstens die Anfänge einer solchen neuen glücklicheren Entwicklung erreicht sein, als Hoffnungsstrahl, der die finstere Volkendecke unserer jetzigen äußersten wirtschaftlichen und Abwanderungsnot durchbricht. Und bis dahin helfen Sie dazu, neue Erkenntnisse über den Zusammenhang dieser Dinge zu schaffen als Grundlage für neue Arbeit zur Schaffung einer starken widerstandsfähigen und zur Erfüllung ihrer großen deutschen Aufgabe vollgerüsteten deutschen Ostmark.

(Lebhafte, anhaltender Beifall.)

Präsident Dr. Siehr:

Ich danke auch Exzellenz v. Batocki für seinen durchaus eindrucksvollen und interessanten Vortrag und darf nunmehr dem dritten Referenten Herrn Prof. Dr. v. Dieze das Wort geben über das Thema: „Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie“.

Prof. Dr. von Dieze-Jena:

### Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie.

(Bericht über die Erhebung: Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit.)

Als vor etwa anderthalb Jahren beschlossen wurde, auf der heutigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik die Agrarnot des deutschen Ostens zu behandeln, begründete Herr Hesse diesen Antrag mit dem ernsten Hinweis darauf, daß wir — das Volk ohne Raum! — vor der Gefahr stehen, weite Teile des deutschen Ostens einen Raum ohne Volk werden zu sehen. Grundsätzlich die gleiche Frage erhebt sich auch in anderen Ländern, nur daß diese bei der Verteilung des Raumes dieser Erde glücklicher gewesen sind und daher es leichter verschmerzen können, wenn einzelne Teile ihrer ausgedehnten Reiche aus der Bevölkerung und Erzeugung ausscheiden. So weisen mehrere Departements Südfrankreichs eine starke Entvölkern auf. Um eindrucksvollsten und im größten Ausmaße zeigt sich Ähnliches in den Vereinigten Staaten. Dort wird seit einer Reihe von Jahren das submarginal land verspürt und erörtert. Mit der Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten, die jetzt namentlich in den weiten Ebenen der halbtrockenen Gebiete erfolgt, wird altbewohntes Land mit ungünstigeren Erzeugungsverhältnissen entbehrlich und verkümmert. Wo nicht besonders lohnende Absatzmöglichkeiten geboten sind, zeigen sich auf weniger fruchtbarem Boden und namentlich auf hügeligem, den neuen Maschinen schwer zugänglichem Gelände die verlassenen Farmen in erschreckender Anzahl. Zwar nimmt man das damit verbundene Elend drüben leicht in einem für uns erstaunlichen Maße. Aber man zerbricht sich doch den Kopf darüber, ob solche verödeten Gegenden etwa durch Aufforstung noch am besten zu nutzen sind, und ob der Staat durch Landaufkauf und Umsiedlung den schmerzlichen Vorgang beschleunigen und erleichtern soll. Dabei handelt es sich um Gebiete,

die ihrer Bodengüte nach keineswegs schlechter sind als wenigstens ein Drittel unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Diese Tatsache zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, wie brennend die Gefahr der Entvölkerung und Verödung für uns ist, namentlich im Osten, aber auch anderwärts. Die rein wirtschaftlichen und natürlichen Bedingungen lassen unsere geringen Böden unter die Grenze fallen, von der ab das submarginal land beginnt. Und wenn es uns nicht gelingt, diese Ungunst der Verhältnisse auf irgendeine Weise auszugleichen und zu überwinden, so gehen unser Land und Volk der schlimmsten Verkümmерung und Verelendung entgegen.

Es gibt jedoch Möglichkeiten, diese Gefahr abzuwenden. Sie bestehen — unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß unerträgliche Tributlasten sie nicht verschütten — darin, daß die Menschen auf den ungünstigeren Böden mehr leisten als anderwärts und auf diese Weise die angestammte Scholle behaupten. So haben die dänischen und holländischen Bauern vermocht, ihre wirtschaftliche und soziale Stellung zu wahren und zu heben, während gleichzeitig das unter ähnlichen Bedingungen der Bodengüte, des Klimas und der Absatzgelegenheiten arbeitende Irland sich entvölkerte. Der Vergleich zwischen Kanada und Sibirien bietet ein weiteres, anschauliches Beispiel dafür, daß die Leistungen der Menschen für die Entwicklung eines Landes und seiner Landwirtschaft stärker ins Gewicht fallen können als die natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen.

Bei Unterschieden in den Leistungen der Menschen denkt man unwillkürlich zunächst an die mehr oder weniger vervollkommnete Technik der Erzeugung und des Absatzes. Die Gestaltung einzelner Arbeitsvorgänge, die Herstellung und Anwendung bester Werkzeuge und Maschinen, die Züchtung erstklassigen Saatgutes und leistungsfähiger Tiere und die Verkürzung des Weges zum Verbraucher erfolgt aber regelmäßig nicht durch einzelne, unabhängig voneinander wirkende Menschen, sondern durch Gemeinschaften, und in der Landwirtschaft ist Gemeinschaft, die alles trägt und schafft, die ländliche Familie. Gerade die neuere Entwicklung läßt in allen Erdteilen die Bedeutung der ländlichen Familie als Erzeugungsgemeinschaft in verstärktem Maße hervortreten. Selbst die Größe der Betriebe richtet sich immer mehr danach, was eine Familie mit gar keiner oder mit wenig Lohnarbeit zu bewältigen vermag. Die ländliche Familie ist auch für uns diejenige Gemeinschaft, von der Gedeh oder Verderb unserer Land-

wirtschaft abhängt, namentlich auf den ärmeren Böden und damit vorzüglich hier im Osten.

Eine Betrachtung der ländlichen Familie muß für uns nun zweierlei umfassen. Es handelt sich zunächst um den Zusammenhalt der Familienmitglieder untereinander, der sich in der Bereitwilligkeit äußert, um der Gemeinschaft willen auch Opfer im Handeln und im Ertragen zu bringen. Dazu kommt aber die Verbindung der Familie mit dem Boden oder — wie wir hier, absichtlich gefühlbetont, zu sagen haben — mit der Scholle. Diese starke, mehr oder weniger bewußte Verbindung ist ein Teil des Wesens bäuerlicher Wirtschaft; sie findet sich aber auch beim Großgrundbesitz, der in dieser Hinsicht bei uns vielfach bäuerliche Züge aufweist. Dem Farmer, dessen Sinnen und Trachten in erster Linie vom Erwerbstreben geleitet ist, ist eine solche Verbindung mit der Scholle fremd. Der Begriff „Bauerntum“ enthält dagegen weit mehr als eine Bezeichnung der Betriebsgröße, auch mehr als die Abgrenzung familienhafter Arbeitsverfassung. Er charakterisiert gleichzeitig die innere Haltung der Menschen und ihrer Familiengemeinschaft zum landwirtschaftlichen Beruf und zur heimatlichen Scholle. Der bäuerliche Grundzug unserer Landwirtschaft ist etwas, was wir vor anderen Ländern, namentlich vor dem neuen Kontinent, voraus haben, was wir in die Waagschale werfen können, um der Gefahr zu begegnen, daß deutschem Boden das Schicksal des submarginal land beschieden sein könnte. Und dieser Vorzug ist, worauf ich noch zurückkomme, von größter, vielleicht von entscheidender Bedeutung.

Mein heutiger Bericht über die vom Verein veranstaltete Untersuchung der Vererbungsverhältnisse beim ländlichen Grundbesitz fügt sich demnach ungewöhnlich dem Thema des Verhandlungstages ein. Er steht nämlich unter dem Gesichtspunkt, wie weit die festgestellten Erscheinungen des Zusammenhalts der ländlichen Familie und ihrer Verbindung mit der Scholle unsere Aussichten im Kampf um die Erhaltung unseres Bodens und unseres Bauerntums stärken oder gefährden. Ich habe ihm die Überschrift gegeben: „Die deutsche Wirtschaftsnot und die ländliche Familie“. Dabei werde ich nicht nur darzulegen haben, was die deutsche Wirtschaftsnot auf die ländlichen Familienverhältnisse für einen Einfluß ausgeübt hat und in Zukunft auszuüben droht; vielmehr soll in meinen Ausführungen auch unterstrichen werden, was die ländliche Familie gerade durch ihre Verbundenheit mit der Scholle zur Überwindung der Wirtschaftsnot zu

tun vermag. Wenn ich dabei auch in erster Linie die Verhältnisse des Deutschen Reiches darstelle, so geben dafür die gleichzeitig angestellten Untersuchungen der Nachbarländer erst den rechten Rahmen ab. Die hierüber erstatteten Berichte ermöglichen uns, die eigenen Zustände richtig zu sehen und einzugliedern. Leider war es nicht möglich, die Betrachtung durch eine Untersuchung der ländlichen Arbeitersfamilie zu erweitern und zu vertiefen.

Über die Erscheinungsformen und Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot längere Ausführungen zu machen, verbietet die Zeit. Es bedarf auch hier nur eines kurzen Hinweises darauf, daß wir nicht nur von der internationalen Wirtschafts- und Agrarkrise betroffen sind, sondern außerdem die Folgen des verlorenen Krieges und des friedlosen Friedens, namentlich eine unerträgliche Tributbelastung, zu verwinden haben.

Von den Auswirkungen dieser Lage ist unsere gesamte Landwirtschaft betroffen, aber in verschiedener Weise. Während die größeren Betriebe hauptsächlich eine immer noch wachsende Verschuldung aufweisen, die viele von ihnen bereits zum Erliegen gebracht, bei zahlreichen andern eine hoffnungslose Lage geschaffen hat, konnten die kleinen Familienwirtschaften dem durch Einschränkung der Lebenshaltung und äußerste Anspannung der Arbeitskräfte begegnen und haben so die Verschuldung in engeren Grenzen gehalten.

Beim Großgrundbesitz kommt hinzu, daß die Ereignisse der letzten zwölf Jahre auch seine politische und gesellschaftliche Stellung und die Fortkommensausichten der Kinder stark beeinträchtigt haben. Für einen erheblichen Teil des Großgrundbesitzes hat ferner die Auflösung der Fideikomisse neue Rechtsgrundlagen geschaffen. Die Überführung dieses Landes in unbeschränktes Einzelleigentum bezweckt ja geradezu eine stärkere Mobilisierung, nämlich die vielgepriesene „Bewegung zum besten Wirt“, die allerdings keineswegs immer sicher gestellt ist. Tatsächlich sind nun auch in den letzten Jahren zahlreiche große Güter veräußert worden. Die innere Haltung der Gutsbesitzer und ihrer Familien lässt aber keine Loslösung von der Scholle erkennen und keinen Verfall der Familienbande. Im Gegenteil sind die vor dem Kriege vielfach vorhandenen Mobilisierungstendenzen eher einer stärkeren Verwurzelung gewichen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung beruht heute fast ausschließlich auf dem Landbesitz: Gewinne durch Kauf und Verkauf von Gütern sind kaum zu

erzielen, und so fehlt schon die äußere Möglichkeit eines lebhaften Güterhandels. Darüber aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß in den alten Familien des Großgrundbesitzes die überkommenen Überlieferungen ganz überwiegend nicht schwächer geworden sind, sondern womöglich noch kräftiger. Grund und Boden werden nicht als ein dem Einzelnen zur beliebigen Verfügung stehendes Produktionsmittel und Vermögensstück angesehen, sondern als Erbe und Heimat auch für kommende Geschlechter. Die jüngeren Familien sind zunehmend in gleiche Überlieferungen hineingewachsen. Es ist auch bezeichnend, daß eine bewußte und planmäßige Einschränkung der Kinderzahl beim Großgrundbesitz am allerwenigsten zu beobachten ist. Wo der Gutsbesitzer sich heute von seinem Boden trennt, da geschieht es regelmäßig aus Not.

In den bäuerlichen Familien waren vor dem Kriege mancherlei Anzeichen einer wachsenden Rationalisierung des Familienlebens und der gesamten Lebenshaltung mehrfach zu beobachten. Während in früheren Zeiten die großbäuerlichen Familien im allgemeinen kinderreicher waren als die der kleineren Besitzer, hatten in vielen Teilen des Landes gerade die Großbauern schon in der Vorkriegszeit oft nur noch verhältnismäßig wenig Kinder aufzuweisen. Dazu kam, daß von manchen Kleinbäuerlichen Realteilungsgebieten schon damals geradezu als von einem klassischen Boden der Kinderbeschränkung gesprochen wurde. Unter dem Einfluß der Industrie und der Stadt waren Gegensätze zwischen Eltern und Kindern oder innerhalb der Geschwisterkreise häufiger geworden. Es gab mancherlei Anzeichen eines Vordringens materialistischer und selbstsüchtiger Denkweise, eines Abbröckelns oder eines Verfalls der bäuerlichen Überlieferung. Diese war, wie die Berichte aus der Vorkriegszeit erkennen lassen, zwar in ihren Grundfesten nicht erschüttert, aber mit Recht wurden von vielen Seiten die aufziehenden Gefahren einer Lockerung der Familienbindungen und einer Loslösung vom Bauerntum und von der Scholle unterstrichen.

Es hätte erwartet werden können, daß die eingreifenden Ereignisse der Kriegszeit, der politischen Umtwälzung, der Geldentwertung und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre geeignet gewesen wären, Verfallserscheinungen noch mehr hervortreten zu lassen. Aber alle vorliegenden Berichte zeigen, daß dies im allgemeinen nicht der Fall gewesen ist. Freilich sind die Kinderzahlen auch in den Bauernfamilien weiter zurückgegangen, wo nicht starke religiöse Kräfte oder

moralische Bindungen dem entgegengewirkt haben. Auch sonst ist eine gewisse Zunahme materialistischer Denk- und Handlungsweise mancherorts zu beobachten; ein Bericht aus dem Osten spricht sogar von geistig-sittlicher Verarmung. Aber daß die bäuerliche Familie noch keineswegs zerstört ist, lehrt unter anderem auch die Tatsache, daß Scheidungen so gut wie gar nicht vorkommen. Ehezwist macht man miteinander ab, und wo das nicht möglich erscheint, sieht man darin, wie aus Sachsen gemeldet ist, sogar einen Grund zur Auswanderung.

Gewiß haben zum Beispiel die Inflationsjahre die Beziehungen zwischen Altenteilern und ihren Kindern vielfach vergiftet. In der gegenwärtigen Ausgestaltung und Bemessung der Altenteile sind die Nachwirkungen noch deutlich zu spüren. Auch sind die Rücksichten, welche die Geschwister untereinander, namentlich für die Möglichkeit der Erhaltung des väterlichen Hofs zu nehmen pflegen, an einigen Stellen schwächer geworden, sowohl in den Gebieten der geschlossenen Vererbung wie bei der Realteilung. Wer außerhalb der Landwirtschaft keine rechten Fortkommensmöglichkeiten sieht und hauptsächlich auf sein Erbteil am väterlichen Betrieb angewiesen ist, der ist vielfach schon durch wirtschaftliche Schwierigkeiten gezwungen, mehr auf die Wahrung seines Pflichtteils oder seiner sonstigen Erbansprüche zu halten, und weniger geneigt, etwa das ererbte Landstück dem Bruder zu einem Verwandtenwert zu überlassen. Auch bleiben hauptsächlich in den industrienahen Gebieten die Kinder oft nur noch fürzere Zeit in der elterlichen Wirtschaft, als dies früher der Fall war, und gerade aus diesen Gegenden sind Klagen über Landflucht oder Landwirtschaftsflucht der Bauernkinder zu hören. Dabei muß aber bedacht werden, daß heutzutage auch die Ausbildung für jeden Beruf schon frühzeitig den Menschen ganz in Anspruch nimmt. In ländlichen Gebieten ist dagegen vielfach zu beobachten, daß die Kinder heute sogar länger im Hause bleiben als früher.

Wenn man davon hört, daß die Verpachtung an ein Kind besonders in großbäuerlichen Wirtschaften eine deutliche Zunahme aufweist, so könnte man vielleicht geneigt sein, auch hierin ein Zeichen von Entartung oder von kapitalistischer Entwicklung zu erblicken. Tatsächlich handelt es sich dabei aber fast ausschließlich um eine Änderung der äußeren Vererbungsform. Bei den gegenwärtigen unübersichtlichen und schwierigen Verhältnissen will man die endgültige Eigentumsübertragung, zumal sie häufig mit Kosten verbunden ist, hinausschieben

und wählt statt dessen die Verpachtung an den späteren Übernehmer. Hin und wieder wird auch Verpachtung an einen einzelnen Miterben erwähnt, wobei also der Grundbesitz gemeinschaftlich bleibt, aber die Betriebsführung in eine einzige Hand gelegt wird. Doch scheinen diese Fälle nach Überwindung der Inflationszeit seltener geworden zu sein. Wenn Eltern an Kinder verpachten, so wählen sie damit die gleiche Form der Überlassung, welche zum Beispiel in den Vereinigten Staaten ganz überwiegend herrscht und auch in einzelnen Teilen unserer Marschgebiete schon vor dem Kriege gebräuchlich war. Es handelt sich aber bisher nur um die Gleichheit der Form, nicht um eine Übereinstimmung in den entscheidenden Anschauungen.

Anderungen in den eigentlichen Vererbungsgewohnheiten — im Unterschied von der Vererbungsform — sind im allgemeinen nur wenig zu verzeichnen. Auch die schweren Kriegsverluste, so schmerzlich sie oft noch empfunden werden, haben keine nachhaltigen Wirkungen hervorgebracht. Verschiebungen finden sich am meisten in den Marschgebieten. Diese gab es schon in der Vorkriegszeit. Sie wiesen entweder beide Vererbungsarten nebeneinander auf oder kannten überhaupt keine festen Grundsätze; man verfuhr dort also nach jeweiliger Zweckmäßigkeit. Vor dem Kriege ist in diesen Landesteilen zumeist die geschlossene Vererbung vorgedrungen, ähnlich wie auch in der Schweiz und in Holland seit dem Kriege bei zunehmendem Wohlstand die geschlossene Vererbung sichtliche Fortschritte gemacht hat, wo man es kaum erwartet hätte. Jetzt zwingt die wirtschaftliche Lage zu stärkerer Realteilung, wo man früher entweder gar nicht oder nur ideell geteilt hatte. Ähnlich ist es zu beurteilen, wenn sich in Gebieten der geschlossenen Vererbung Naturalabfindung mit Inventarstücken oder Landparzellen jetzt häufiger bemerkbar macht. Es fehlen aber auch nicht Beispiele für ein Vordringen geschlossener Vererbung zum Beispiel in Teilen von Hinterpommern und Oberschlesien. In Mitteldeutschland werden die früheren Wandeläcker fast restlos in die geschlossene Vererbung mit einbezogen.

In den Realteilungsgebieten ist vielfach eine Milderung des früheren Brauches zu beobachten. Man nimmt auf die wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten mehr Rücksicht und teilt infolgedessen die einzelnen Pläne nicht mehr wohllos in gar zu kleine Teile, macht nötigenfalls auch stärkeren Gebrauch von Ausgleichszahlungen. Wie weit dabei die Vorteile der Zusammenlegung den Anstoß gegeben oder mitgewirkt haben,

bedarf noch eingehender Untersuchungen. Jedenfalls drückt sich eine Wandlung auch in der Zunahme der Überlassungsverträge und in entsprechender Abnahme der Intestaterbfälle aus.

Was sonst an Änderungen festgestellt werden konnte, betrifft hauptsächlich die Bedingungen der Übernahme, namentlich den Übernahmepreis, die Sicherung der Ansprüche von Eltern und Geschwistern oder den Zeitpunkt der Übergabe, damit im Zusammenhang die Auswahl des Übernehmers. Während vereinzelt die Übergabe früher erfolgt, weil die ältere Generation sich den schwierigen Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gewachsen fühlt, ist häufiger ein Hinauszögern der Übergabe zu bemerken, weil man sich unsicher fühlt und auch hofft, für die weichenden Kinder noch etwas zurücklegen zu können. Daher zeigt sich auch an einigen Stellen eine stärkere Bevorzugung des Jüngsten oder des nach seinen Eigenschaften oder seiner Heirat geeigneten Kindes, wo früher regelmäßig der Älteste zum Übernehmer bestimmt wurde.

Dass die Übernahme von dem in Aussicht genommenen Kind abgelehnt wird, kommt mehr und mehr vor. Doch richtet sich der Widerstand dabei regelmäßig nicht dagegen, überhaupt an die Stelle des Vaters zu treten, sondern gegen die als unerfüllbar angesehenen Bedingungen. Die Folge einer solchen Weigerung sind dann auch zumeist neue, oft langwierige Verhandlungen mit dem Ergebnis, dass die Übernahme schließlich unter erleichterten Verpflichtungen doch erfolgt. Ja, der Widerstand der Übernehmer gegen Belastungen, die in Zukunft nicht mehr getragen werden können, wird sogar als noch nicht genügend stark bezeichnet.

Überhaupt ist der stärkste Eindruck, welchen die angestellte Erhebung hinterlässt, die große Zähigkeit, mit welcher die bäuerliche Familie ihre Vererbungsgewohnheit festhält und namentlich auf die Erhaltung des väterlichen Hofes in der Familie bedacht ist. Immer wieder ist von den großen Opfern die Rede, welche zur Erreichung dieses Ziels ohne großes Widerstreben gebracht werden. Das gilt für die Gebiete des Anerbenrechts nicht minder als für die Landesteile, deren Vererbungsgewohnheit im geltenden Recht keinerlei Stütze findet. Man einigt sich verständlicherweise am leichtesten, wo noch der alte Bauer bei Lebzeiten bei dem Überlassungsverträge entscheidend mitwirkt. Aber auch wo Geschwister sich selbst überlassen sind, lässt der Gedanke an die Erhaltung des Hofes die Einzelansprüche noch meist zurücktreten.

Zum Teil haben dabei die natürlichen und geschichtlichen Grundlagen, auf denen die verschiedenen Gewohnheiten und Sitten sich herausgebildet haben, sich als genügend kräftig erwiesen, um größere Verschiebungen nicht aufkommen zu lassen. Namentlich hat aber das Rechts- und Pflichtbewußtsein der bäuerlichen Bevölkerung ganz überwiegend an der eingebürgerten Vererbungsgewohnheit festgehalten, auch wo wirtschaftliche oder natürliche Bedingungen eine Abkehr hätten nahelegen können. In einzelnen Familien und in den Organisationen der ländlichen Bevölkerung, namentlich auch der Landjugend, wird Familiengeschichte und Überlieferung vielfach stärker und bewußter gepflegt. Die mannigfachen Ansechungen der Vergangenheit haben also im großen und ganzen der bäuerlichen Familie und ihrer Verbundenheit mit der Scholle bisher keinen ernsten Abbruch getan.

Dabei muß allerdings das Wörtchen „bisher“ unterstrichen werden. So sehr unsere Berichte für die Gegenwart noch ein verhältnismäßig günstiges Bild gewähren — auch hinsichtlich des Schicksals der weichenen Erben und der Kinder überhaupt —, so geht aus ihnen doch mit der gleichen Deutlichkeit hervor, daß für die Zukunft sehr ernste Gefahren schon jetzt erkennbar sind. In den Gebieten der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, so namentlich auch hier im Osten, sind diese Gefahren mancherorts schon beinahe zur Tatsache geworden. Fühlbar sind sie aber auch an anderen Stellen. Man hat in den Gebieten der geschlossenen Vererbung alles darauf eingerichtet, den Hof in der Hand des Übernehmers lebensfähig zu erhalten, und nach den verständlichen Irrtümern und Mißgriffen der Jahre 1924/26 lauten die Urteile über die Regelungen, welche jetzt zu diesem Zwecke getroffen werden, auch allgemein dahin, daß den Übernehmern keine unerträglichen Lasten aufgebürdet werden. Aber die Lasten sind doch weit schwerer als früher. Sie fallen infolge des Verlustes fast aller Barvermögen, wo nicht etwa Waldbesitz vorhanden ist, völlig auf den landwirtschaftlichen Betrieb, der ohnehin niedrigere Reinerträge hat und durch Steuern und Schulzinsen stärker in Anspruch genommen ist. Die Verzinsung der Geschwisterguthaben beträgt gegenüber den 3—4% der Vorkriegszeit 5—6%, ist also trotz der obhauptenden Famili恒rücksicht etwa um die Hälfte höher geworden.

- Ob all diese Verpflichtungen sich noch tragen lassen, wenn der niedrige Satz für Geschwisterzinsen und die häufig anzutreffende Unkündbarkeit der Guthaben einmal wegfallen werden, ist oft mehr als

zweifelhaft. Muß erst einmal eine Auszahlung oder eine Anpassung an den landesüblichen Zinsfuß erfolgen, so kann die Lage, selbst wenn keine besonderen Unglücksfälle eintreten, oft auch dann unhaltbar werden, wenn durch den Wegfall der jetzt verhältnismäßig hoch angesetzten, tatsächlich in diesem Umfang kaum je in Anspruch genommenen Altanteilsverpflichtungen scheinbar eine Erleichterung zu erwarten steht. Wird dann der Kampf um die Erhaltung des Hofs aussichtslos, sind alle Opfer umsonst gebracht worden, so muß dies nicht nur die Stellung der jeweiligen Hofinhaber vernichten, sondern die gesamte Familie und die der mühsam bewahrten Vererbungsgewohnheit zugrunde liegenden sittlichen Anschauungen aufs schwerste gefährden. Schon ehe es so weit kommt, ist die erzwungene Einschränkung der Lebenshaltung eine Quelle ernster Sorge. Die übermäßige Inanspruchnahme der weiblichen Familienangehörigen, namentlich der Bauersfrauen, muß schließlich verderblich wirken. Daß die Bauerntöchter einen Lehrer oder sonstigen Beamten einem Hoferben vorzogen, wurde schon vor dem Kriege häufig festgestellt. Heute ist die Scheu vor der Stellung der Bauersfrau, die man als „Lasttier“, als „unglückliches Geschöpf“ oder ähnlich bezeichnet, verständlicherweise verstärkt worden. Zwar wirkt sich dies noch nicht voll aus, da infolge der Kriegsverluste der männlichen Bevölkerung die Heiratsausichten verringert worden sind. Aber vielfach werden doch schon Klagen laut, daß es den Jungbauern schwer wird, geeignete Frauen zu finden. Das würde aber, wenn es um sich greift, unsere gesamte bäuerliche Wirtschaft unmöglich machen, die ja zu einem sehr wichtigen Teile auf den Schultern einer tüchtigen Bauersfrau ruht. Nicht zuletzt unsere Bauersfrauen haben uns bisher davor bewahrt, große Teile unseres Bodens unter die Grenze des submarginal land sinken zu sehen.

Ein Absterben des Bauerntums und der ländlichen Familienkräfte würde gleichzeitig unserer gesamten Landwirtschaft und unserem ganzen Volksleben die Grundlagen entziehen. Daß wir alle geeigneten Mittel zu ergreifen haben, welche dieser Gefahr vorbeugen können, ist selbstverständlich. Aus der vorliegenden Erhebung können wir die Gewißheit entnehmen, daß derartige Hilfen nicht einer verkommenen oder untätigen Schicht gebracht würden, sondern einem Stand, der mit größter Aufopferung und entschlossenem Willen um die Erhaltung seiner Überlieferung und gerade um die Verbindung von Familie und Scholle kämpft. Damit dieser Kampf nicht verloren wird, ist einmal

eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage erforderlich. Zum anderen erhebt sich aber die Frage, ob nicht auch Änderungen der Gesetzgebung und dabei eine Anpassung des ländlichen Erbrechts an die bestehenden Erbgewohnheiten und Rechtsauffassungen geboten sind.

Ich muß hier einige allgemeine Betrachtungen einshalten, die insbesondere im Hinblick auf den Standpunkt notwendig geworden sind, der neuerdings in Vereboes Agrarpolitik zu den hier behandelten Fragen vertreten wird. Ich brauche dabei freilich nicht ausführlich zu entwickeln, daß wir in der Theorie vielfach mit der Annahme arbeiten müssen, als gäbe es nur einzelne, rein wirtschaftlich denkende und handelnde Menschen. Aber auch eine Theorie, eine Zusammen schau im ganzen, wird mit solcher Annahme niemals alle Fragen befriedigend lösen können. Noch viel bedenklicher ist es, wenn auf eine derartige Voraussetzung dann wirtschaftspolitische Forderungen aufgebaut werden. Ganz besonders gefährlich ist ein derartiger manchesterlicher Standpunkt bei den ländlichen Dingen; denn der „homo rusticus“ ist ja etwas Besonderes, und schon eine Theorie, die nur auf dem „homo oeconomicus“ aufbaut, kann der Bauernwirtschaft nicht gerecht werden. Vereboes Agrarpolitik ist, namentlich wo sie sich mit den Fragen der Vererbung des ländlichen Grundbesitzes beschäftigt, ein schwerer Rückfall in die längst überwundene Denkweise des Manchestertums. Sie begeht außerdem den tatsächlichen Fehler, geschlossene Vererbung und unveränderte Beibehaltung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsgrößen schlechthin einander gleichzusetzen. Tatsächlich bedeutet ja geschlossene Vererbung, bei der übrigens Abtrennung einzelner Grundstücke selbst in Westfalen keineswegs fehlt, weiter nichts, als daß lediglich der Einfluß des Generationswechsels — also einer nicht-wirtschaftlichen Tatsache! — auf die Gestaltung der Besitz- und Betriebsgrößen ausgeschaltet oder gemildert wird.

Wer Realteilung als schlechthin fortschrittsfördernd und leistungssteigernd ansieht, dagegen von einer Anerbensitte, die bei der Bewertung des Hofs erheblich unter dem auf dem Markt erzielbaren Preise bleibt, nur eine Minderung des Vorwärts- und Aufwärtsstrebens und eine zu starke Erleichterung des wirtschaftlichen Daseins erwartet, der bewegt sich in Deduktionen eines gar zu primitiven Nationalismus, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. In dem höchst ausschlußreichen Bericht über die Verhältnisse der gegenwärtigen Tschechoslowakei wird dies ja auch noch besonders unterstrichen.

Auch beweisen alle ausgedehnten Untersuchungen der Vorkriegszeit wie der Gegenwart die Unhaltbarkeit der Behauptung, die geschlossene Vererbung führe zu einer Proletarisierung der weichenden Erben. Bis-her ist davon nichts zu spüren. Und wenn, was vielleicht zu befürchten ist, in Zukunft eine weitgehende Proletarisierung von Bauernkindern eintritt, so wird sie Anerbengebiete und Realteilung beide treffen, wie sich auch jetzt bereits Fälle gemeinsamer Haftung und Wirtschaft von Geschwistern sowohl bei der einen Vererbungsgewohnheit feststellen lassen wie bei der andern; denn für das Lebensschicksal der Bauernkinder ist entscheidend, welche Ausbildung ihnen die Eltern mitgeben können, und welche Fortkommenstmöglichkeiten ihnen das Wirtschaftsleben bietet. In beiderlei Hinsicht sind die Verhältnisse sehr viel ungünstiger als vor dem Kriege, und sie drohen, sich noch weiter zu verschlechtern. Die Begründung neuer Bauernstellen, die Förderung der Siedlung, wird damit zu einem noch dringenderen Gebot. Aber sie allein kann niemals alles Unheil wenden. Unerlässliche Voraussetzung jeder erfolgreichen Siedlung ist unter unseren Verhältnissen zudem der rechte Siedlergeist, der im Bauerntum und in seiner Liebe zur Scholle wurzelt.

In solchem Bauerntum und in seiner inneren Bindung an die Scholle liegen eben unermessliche Kräfte, die sich zwar in Zahlen nicht ausdrücken lassen, aber sich auch wirtschaftlich stark fühlbar machen. Wenn Holland, Dänemark und auch Deutschland unter dem Druck der Agrarkrise gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts ihre Landwirtschaft wesentlich gehoben und intensiviert haben im Gegensatz zu der damals in England vor sich gehenden Extensivierung, so beruht dieser Gegensatz der Entwicklung nicht zuletzt hier auf der Stärke, dort auf dem Fehlen gerade des Bauerntums, nicht nur auf dem Umfang der Betriebsgröße. In der bäuerlichen Familie und in ihrem Festhalten am landwirtschaftlichen Beruf und am ererbten Hofe drückt sich, wie es uns gestern so eindrucksvoll gesagt wurde, ein besonderes Gefühl für menschliche Freiheit und Würde aus. Hier haben wir ein Gut, dessen Bewahrung und Pflege auch für die Schicksalsfrage von ausschlaggebender Bedeutung ist, ob wir die gegenwärtige Agrarkrise bestehen oder nicht; um die Erhaltung und Stärkung unseres Bauerntums sollte uns die Welt nach einem anderen Worte Adolf Webers auch im Hinblick auf die noch nicht überwundene, von Osten her unserer Kultur drohende Gefahr geradezu anslehnen.

Solches Bauerntum tritt uns nun am eindrucksvollsten bei der geschlossenen Vererbung entgegen, wo die erdenkbarsten Mittel erjounen und die schwersten Opfer gebracht werden, um den Hof in der Hand eines Übernehmers der Familie zu erhalten. Es wäre jedoch durchaus falsch, wollte man den Realteilungsgebieten den Charakter echten Bauerntums ohne weiteres absprechen. Vielmehr zeigten sich auch bei Realteilung durchaus starke Bindungen der Familienglieder aneinander und feste Anhänglichkeit an Beruf und Scholle. Schon bei der Übernahme des Gehöfts ergeben sich überall im kleinen die gleichen Probleme wie bei der geschlossenen Vererbung eines ganzen Hofs, und man spricht hierbei in Realteilungsgebieten ausdrücklich vom Verwandtenwert. Die Preise, zu welchen man aus der Erbteilung empfangenes Land dem Bruder verpachtet oder verkauft, stehen vielfach gleichfalls unter dem Einfluß der Familientücksicht. Es liegt mir also völlig fern, die Sitte der Realteilung etwa als etwas moralisch Minderwertiges anzusehen. Daß sie nicht, was gelegentlich behauptet wurde, schlechthin ungermanisch ist, wissen wir auch; sie hat sich am Mittel- und Oberrhein bis nach Thüringen hinein lange vor der Rezeption des römischen Rechtes ausgebildet. Ebenso ist unbestreitbar, daß in verkehrsreichen Gegenden mit Möglichkeiten intensivster Bodennutzung und günstigen Vorbedingungen für landwirtschaftliche Nebenbetriebe die Realteilung wirtschaftlich durchaus nicht schädlich zu sein braucht, sondern eher als das einzige Angemessene erscheint.

Es gibt jedoch Gebiete, für welche die Realteilung nicht paßt, wo sie auch schon in der Vergangenheit viel Schaden und Elend mit sich gebracht hat. Und es ist etwas ganz anderes, ob man Realteilung dort, wo sie von altersher eingebürgert ist, als exträglich oder wünschenswert ansieht, oder ob man in Landesteilen mit altüberliefelter Anerbensitte die Realteilung durch eine darauf abzielende Gestaltung des Erbrechtes künstlich, ohne Anknüpfung an geschichtlich Gewachsenes, einführen will. Bei solchem Beginnen kann mit dem Verfall der Vererbungsgewohnheit nur gar zu leicht die innere Bindung an Familie, Beruf und Scholle verlorengehen und damit nicht nur der kräftige Mittel- und Großbauer, sondern die Überlieferung des Bauerntums überhaupt gefährdet werden, das in der Vererbungssitte einen besonders wirksamen und wertvollen Ausdruck gefunden hat.

Es ist allerdings keine grundzägliche, sondern mehr eine taktische Frage, ob die Pflege des Bauerntums durch eine Ausdehnung des

Anerbenrechts auf alle Gebiete, die den Willen zur geschlossenen Vererbung bekunden, geboten erscheint. Bei den einzelnen Landwirten besteht heute meist eine auf Mißtrauen und häufig auch auf Verkennung des Anerbenrechtes beruhende entschiedene Abneigung gegen jeden Eingriff der Gesetzgebung. Wir sehen ja auch, daß die einzelne ländliche Familie ganz überwiegend, auch wo Anerbenrecht herrscht, die Vererbungsverhältnisse selbstständig regelt, meist durch Vertrag unter Lebenden. Dagegen ist in den landwirtschaftlichen Organisationen ebenso wie in weiten Kreisen der Verwaltung die Stimmung für eine unmittelbare Ausdehnung der Grundsätze des Anerbenrechts auf alle Gebiete der Anerbensitte weit verbreitet. Dabei handelt es sich nicht um Fragen der politischen Parteizugehörigkeit oder gar der Staatsverfassung, wie ja auch das Beispiel der Schweiz deutlich lehrt.

Freilich wird man die Möglichkeit, durch eine entsprechende Gesetzgebung Einfluß auf die Erhaltung der Vererbungsgewohnheiten und des Bauerntums zu gewinnen, auch nicht überschätzen dürfen. Die Hauptaufgabe wird hier stets von der ländlichen Bevölkerung selbst geleistet werden müssen, und die Weckung und Förderung der hierauf ziellenden Bestrebungen ist, soweit sie überhaupt außerhalb der einzelnen Familie geleistet werden kann, in erster Linie eine Aufgabe der Erzieher, nicht zuletzt auch der landwirtschaftlichen Organisationen. Über das Gesetz kann, wenn es im Widerspruch zu den bestehenden Auffassungen und Notwendigkeiten steht, auf die Dauer zerstörend wirken und schweren Schaden anrichten. Es kann umgekehrt, wenn es in Einklang mit den herrschenden Gewohnheiten gebracht wird, diese stützen. Heute ist das Intestaterbrecht unseres Bürgerlichen Gesetzbuches nicht nur unvereinbar mit den Auffassungen der Bauernfamilien, sondern in wichtigen Punkten auch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig überholt. Man kann es nur als größtes Glück bezeichnen, daß dieses Erbrecht so gut wie nirgends angewendet wird, auch nicht in den Gebieten der Realteilung. Wenn heute auch nur die Pflichtteilsrechte nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Ausführungsbestimmungen, die noch jetzt bei der Berechnung des Ertragswerts den Multiplikator 25 vorschreiben, geltend gemacht werden, so ist, wo mehr als zwei Kinder vorhanden sind, überhaupt kaum noch ein Landgut in der Hand des Übernehmers zu halten. Auch unser Steuerrecht verkennt die Eigenart der ländlichen Familienverfassung.

So ist an wichtigen Stellen die Forderung nach einer Änderung der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis unabweislich. Es darf auch nicht mehr vorkommen, daß Vormundschaftsrichter in vermeintlicher Wahrung der Interessen eines Mündels das Schicksal der ganzen Familie vernichten, oder daß Richter und Notare<sup>1</sup> gelegentlich noch unerfüllbare Gutsüberlassungen oder Testamente aussiezen.

Aber neben der Ausmerzung offensichtlicher Unzulänglichkeiten erscheint es mir auch als geboten, eine allgemeine Übereinstimmung des Intestaterbrechts mit den herrschenden Auffassungen der ländlichen Bevölkerung herbeizuführen, um auch dadurch den inneren Gehalt des Bauerntums zu stützen.

Hinzukommen muß aber nicht zum wenigsten eine Abkehr von falsch angesetzter und unglücklich wirkender sogenannter Sozialpolitik, die in Wirklichkeit nicht dem arbeitenden Volke, sondern nur einer bestimmten Klasse dient. Immer wieder werden in unseren Berichten eindringlich die Schäden namentlich der Arbeitslosenversicherung geschildert, wohlverstanden: nicht der Arbeitslosenversicherung an sich, sondern ihrer heutigen Gestalt. Es ist kein krasser Ausnahmefall, sondern beinahe typisch, daß vom Stempeln kommende junge Menschen die auf dem Felde arbeitenden Landleute verhöhnen, wie dumm sie doch noch seien. Das muß ähnlich wirken wie der verruchte Ruf „Streikbrecher“, der 1918 in den Kampf ziehenden Truppen entgegenschallte. Man kann nicht auf die Dauer von einem Teil der Bevölkerung erwarten, daß er sich auf eigne Verantwortung unter größten Entbehrungen abmüht und abschüttet, während anderen möglichst jedes Risiko abgenommen und jeder Anteil an der allgemeinen Belastung und Verarmung erspart wird. Damit vernichtet man die Kräfte und Gesinnungen, ohne die wir auf ein Bestehen in den gegenwärtigen und den kommenden Nöten nicht rechnen können, und schadet schließlich auf das ärgste auch denjenigen, welchen man ursprünglich hat helfen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Siehr:

Ich danke auch Herrn Prof. v. Dieze für seine überaus interessanten Ausführungen. Die Aussprache werden wir heute nachmittag

---

<sup>1</sup> Glücklicherweise gibt es auch viele ausgezeichnete Richter und Anwälte, die gerade in diesen Fragen bahnbrechend und mustergültig wirken.

vornehmen, und zwar, da die Zeit schon sehr vorgeschritten ist, um  
3½ Uhr. Ich schließe die Sitzung.

(Pause von 2—3½ Uhr.)

Nachmittagssitzung am 25. September 1930.

Präsident Dr. Siehr:

Wir treten wieder in die Verhandlungen ein und kommen zur Aussprache über die drei Referate gemeinsam. Ich möchte vorschlagen, daß bisher, soweit ich sehe, bereits dreizehn Wortmeldungen vorliegen, daß wir uns von Anfang an in der Länge der Ausführungen möglichst beschränken, und glaube, daß wir keinesfalls über eine Rededauer von zehn Minuten hinausgehen sollten.

Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen  
Rittergutsbesitzer Dr. Brandes-Althof bei Insterburg:

Meine Damen und Herren! Was wir gestern und heute in den Vorträgen gehört haben, hat mich mit außerordentlicher Befriedigung erfüllt und eine große Sorge von mir genommen; denn ich spreche als Vertreter der grünen Praxis. Ich lebe auf dem Lande, bewirtschaftete mit Hilfe meines Sohnes ein Gut und stehe deshalb mit beiden Füßen im Leben darin. Wir hatten ein wenig die Befürchtung, daß der Verein für Sozialpolitik vielleicht doch unter den heutigen gänzlich veränderten Verhältnissen den Boden der Realität und der Wirklichkeit etwas unter den Füßen verlieren und sich in Theorien ergehen könnte, die nicht mehr bodenständig genannt werden könnten. Zu meiner großen Freude ist das nicht geschehen, sondern Sie haben sich in allen Ihren Vorträgen mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit gestellt. Leider ist ja diese Wirklichkeit nicht gerade sehr erfreulicher Natur, am wenigsten hier im Osten, und ich sehe die Lage hier außerordentlich ernst an. Sie, meine Herren, sind Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik. Die Grundlage der Sozialpolitik bildet aber schließlich immer die Tragfähigkeit der Wirtschaft, und ohne dieses feste Fundament muß jedes darauf aufgebaute Gebäude ins Wanken kommen. Wenn die Grundlage dieses Gebäudes, die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft, derartige Erschütterungen erleidet, wie wir sie in den letzten Jahren, ja, man kann sagen, im letzten Jahrzehnt erlitten haben, so

besteht tatsächlich die Gefahr, daß der Oberbau zu schwer wird und schließlich zum Einsturz verurteilt ist. Wir wollen hoffen, daß das nicht geschieht, und daß es noch rechtzeitig gelingt, das Fundament wieder so zu verstärken, daß es diesen Oberbau tragen kann und hoffentlich auch noch einen besser ausgebauten Oberbau als den jetzigen. Es ist deshalb eine große Beruhigung nicht nur für mich, sondern ich weiß mich da mit allen meinen Berufsgenossen in Ostpreußen einig, daß Sie diesen notwendigen Unterbau auch zu schaffen bereit sind und sich alle vollständig darüber klar zu sein scheinen, daß es unmöglich ist, einen wichtigen Oberbau auf einem zermürbten und schwachen Unterbau zu errichten. Wenn ich weiter sehe, wie Sie in Ihren Referaten die gesamte weltwirtschaftliche Lage, die gegenwärtigen Auswirkungen zwischen der weltwirtschaftlichen Lage und der Lage in Deutschland und speziell hier in Ostpreußen beurteilt haben, so möchte ich glauben, daß der Weg, den Sie in Ihrer heutigen Tagung beschritten haben, segensreich und gut ist, und daß er uns in Ostpreußen wieder etwas mehr Mut gibt, als wir vielleicht bis jetzt gehabt haben. Gerade auf dieses psychologische Moment, das auch in den Vorträgen mit Recht stark betont worden ist, lege ich besonderen Wert. Meine Damen und Herren, es ist nicht so schlimm, wenn jemand irgendwo in der Versammlung oder in der Presse ein paar Worte braucht, die einer genauen Kritik bezüglich der Form nicht ganz standhalten. Es ist auch nicht so schlimm, wenn einmal hier und da jemand über die Stränge schlägt. Aber schlimm ist es, wenn jemand die Hände in den Schoß legt und sagt: es ist nichts mehr zu machen. Daß das geschehen, und daß dieser Geist der Lethargie sich verbreiten könnte, das ist unsere größte Sorge hier, und ich glaube sagen zu können, daß Sie durch Ihre heutige Tagung mit dazu beigetragen haben, diesen für die Zukunft Deutschlands unheilvollen Geist zu bekämpfen und in einen Geist der Arbeitsfreudigkeit wieder zu verwandeln. Dafür herzlichsten Dank!

(Lebhafster Beifall.)

Professor Dr. Lang-Königsberg:

Ursachen und Wirkungen der schweren Wirtschaftsnot im deutschen Osten sind heute vormittag in den Reden von Geheimrat Sering und Exzellenz Batocki eingehend dargelegt worden. Trotz der optimistischen Auskänge dieser beiden Reden habe ich persönlich ein Gefühl schwerster Sorge nicht loswerden können. Die Frage, was gegenüber

der schweren Krise, gegenüber der jetzigen weltwirtschaftlichen Situation zu tun ist, scheint mir einer eingehenden Prüfung wert zu sein. Zwar haben die beiden Redner, Geheimrat Sering und Exzellenz Batocki, uns am Schlusse ihrer Reden Wege angegeben, die zu beschreiten sind, um aus dieser Notlage herauszukommen. Geheimrat Sering wies darauf hin, daß wir deutschen Landwirte uns die technischen Fortschritte der Zeit in viel breiterem Maße aneignen müßten, als das bisher der Fall war, daß eine bessere Schulung der landbautreibenden Bevölkerung einsetzen müsse, und daß gegenüber der immer schärfer werdenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt heute Schutzzölle nicht zu entbehren seien. Exzellenz von Batocki sagt: Industrialisierung der östlichen Agrarprovinzen, besonders der schwer um ihre Existenz ringenden Provinz Ostpreußen, Bauernsiedlung, Mittelstandspolitik und zur Unterstützung dieser Richtung: Abschluß vom Weltmarkt, Unabhängigmachung des deutschen Marktes, der deutschen Erzeugung. Ich möchte hierzu ergänzend die Frage aufstellen: Was kann man vom landwirtschaftlichen Betriebe aus selbst tun, um der ungewöhnlich schwierigen Situation zu begegnen? Was können die Landwirte tun, um sich aus dieser schwierigen Lage zu befreien? Sind überhaupt noch angesichts der dargelegten Umstände Entwicklungsmöglichkeiten für die ostdeutsche Landwirtschaft gegeben?

Mein verehrter Herr Vorréder hat soeben darauf hingewiesen, daß es heute darauf ankäme, den Mut nicht zu verlieren, die Hände nicht in den Schoß zu legen, sondern frisch und arbeitsfreudig an die Tat zu gehen. Ich möchte nicht nur, um diese Stimmung zu verbreiten, mich mit den Fragen, die ich eben stellte, befassen, sondern um als Wissenschaftler, vor allem als Betriebswissenschaftler, zu untersuchen, welche Möglichkeiten für uns bestehen. Vorher möchte ich aber einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Frage machen, wie der Staat uns Landwirten helfen kann.

Im Mittelpunkt der Staatshilfe wurde heute immer eine zweckentsprechende Zollpolitik genannt. Auch ich bin der Meinung und habe seinerzeit, nachdem die Stuttgarter Entschließung von Mitgliedern des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1924 gefaßt war, hier in Königsberg anlässlich der Tagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in einem Vortrag ausgeführt, daß angesichts der ungewöhnlichen Verarmung gerade auch des Gros' der deutschen landbautreibenden Bevölkerung, angesichts der hereingebrochenen Krise es nicht möglich sei,

die deutsche Landwirtschaft dem Ansturm des Weltmarktes preiszugeben; es sei eine Atempause notwendig, um der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, sich wieder aufzurichten und sich in die Weltwirtschaft einzugliedern. Nachdem sich die Situation bis heute nicht erleichtert, sondern verschärft hat, scheint mir auch heute die Sachlage so zu sein, daß es angesichts der schweren Prüfungen, die die deutschen Landwirte schon haben durchmachen müssen, unmöglich ist, zu dem an sich idealeren Zustand eines freien Gütertauschs überzugehen. Aber auch ich bin der Meinung, daß es auf die Dauer unhalbar ist, daß alles nur verkaufen und niemand kaufen will, wie Geheimrat Sering sagte. Es ist ein unmögliches Verfahren, daß wir uns vom Weltmarkt abschließen. Das birgt zwei große Gefahren in sich: einmal würde unsere Volkswirtschaft dadurch ja viel zu teuer arbeiten, angesichts des Umstandes, daß, wie uns Geheimrat Sering dargelegt hat, in der ganzen Welt die Möglichkeit besteht, dank der technischen Fortschritte die Produktivität aufs mächtigste zu entfalten und dadurch die Wirtschaften anderer Völker anzukurbeln, während wir dann abgeschlossen würden und mit einem viel niedrigeren Wirkungsgrad in unserer Volkswirtschaft arbeiten müßten. Die andere große Gefahr eines Abschlusses von der Weltwirtschaft ist die, daß unsere landwirtschaftlichen Betriebe die Möglichkeit verlieren würden, sich an die Weltwirtschaft anzupassen, ihre Betriebe in einer allmäßlichen Entwicklung sinngemäß auf die weltwirtschaftliche Konstellation umzustellen. Das erscheint mir unbedingt notwendig; denn wenn das nicht geschieht, so läuft die deutsche Landwirtschaft Gefahr, ihre ganze Lage auf den doch nicht immer für alle Dauer sicheren Beschlüssen des Reichstags aufzubauen. Diese Beschlüsse können auch einmal anders gefaßt werden, und welche Situation dann eintreten würde, wenn wir unter hermetischem Abschluß lange Jahre hindurch gewirtschaftet hätten, möchte ich Ihnen überlassen, sich auszumalen.

Ein Schutz der deutschen Landwirtschaft ist angesichts der kritischen Lage, der außerordentlichen Sensibilität, in der sich der landwirtschaftliche Berufsstand befindet, angesichts der immer schwierigeren Situation auf dem Weltmarkt unerlässlich. Die Frage kann gar nicht so gestellt werden: Freihandel oder Schutzzoll, wie es in glücklicheren Zeiten der Fall war. Darüber heute zu streiten, wäre ein völlig vergebliches Bemühen. Es kann sich nur darum handeln: In welchem Ausmaß soll dieser Zollschatz gewährt werden? Und da bin ich der

Meinung, daß wir die Wirtschaftspolitik so einrichten müssen, daß der landwirtschaftliche Berufsstand sich aufrichten kann, aber auch, daß er lernt, in enger Fühlung mit der Weltwirtschaft sich auf diese Weltwirtschaft umzustellen und sich damit seine Selbständigkeit im wirklichen Sinne zu erobern.

Die Frage, die ich nun hauptsächlich vor Ihnen entwickeln möchte, ist die: Was kann der landwirtschaftliche Berufsstand selbst der Sache gegenüber tun? Welche Entwicklungsmöglichkeiten liegen gerade für die ostdeutsche Landwirtschaft vor? Für die ostdeutsche Landwirtschaft ist die Situation die, daß sie nicht den gleichen Umstellung- und Entfaltungsspielraum hat, wie die unter einem günstigeren Klima arbeitende und vielfach auch mit besseren Böden ausgestattete mittel-, west- und süddeutsche Landwirtschaft. Wir haben hier eine kürzere Vegetationszeit, wir haben ein rauheres Klima und zum großen Teil ungünstigere Böden als die Landwirtschaft im übrigen Reich. Deshalb ist für die ostdeutsche Landwirtschaft der Umstellungsspielraum ein engerer, als es im übrigen Reiche der Fall ist. Aber es sind trotzdem hier breite Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, auf die ich kurz hinweisen möchte, und zwar an Hand der Karte, die Sie hier vor sich sehen. Das Bild Ostdeutschlands umfaßt den Korridor, Ostpreußen, Pommern, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Mecklenburg, Brandenburg, die beiden Schlesien. Wir können dieses Gebiet in zwei große Komplexe teilen, einmal in den fast rein agrarischen Osten, der sich entlang der Ostsee von Ostpreußen bis zur schleswig-holsteinischen Grenze hinzieht, also umfassend Ostpreußen, Pommern, den nördlichen Teil der Grenzmark und die beiden Mecklenburg, und in den mehr industriell eingestellten Teil Ostdeutschlands, das ist Brandenburg und die beiden Schlesien. Es liegt auf der Hand, daß die ganze wirtschaftliche Struktur, die gesamten wirtschaftlichen Bedingungen, die in diesen beiden Gebietsteilen vorhanden sind, auch ihre starke Rückwirkung auf die Gestaltung der Landwirtschaft ausgeübt haben.

In dem agrarischen Teil Ostdeutschlands, der sich entlang der Ostsee hinzieht, liegen die Dinge so: Dieser Teil wird in der Mitte etwa von dem deutsch-baltischen Höhenrücken durchzogen. Auf der nördlichen Abdachung des deutsch-baltischen Höhenrückens, unmittelbar an die Ostsee anschließend, haben wir vorwiegend schwerere Böden, auf der südlichen Abdachung vorwiegend leichtere Böden. Dieser ganze Zug schwerer und leichter Böden wird nur unterbrochen durch das breite

untere Odertal, das Alluvialbildung aufweist, das aber in der praktischen Nutzbarkeit seiner Böden sich ungefähr als Übergangsgebiet von den schweren zu den leichten Böden kennzeichnet. Hier liegen nun die Dinge so, daß auf den schweren Böden der nördlichen Zone ein Ausweichen gegenüber der schweren Preiskrise, die vor allen Dingen auf dem Getreidemarkt herrscht, möglich ist, und zwar insofern, als auf den schwereren Böden Ostpreußens, Pommerns, Mecklenburgs ein Ausweichen nach der Grünlandseite und nach verstärkter Viehwirtschaft hin gegeben ist. Das ist außerordentlich günstig. Das ist ein großes Plus für unsere östlichen Landesteile und gerade für Ostpreußen, das zu einem größeren Teil, etwa zu 60 %, über mittlere und schwerere Böden verfügt. Auf diesen Teilen besteht die Möglichkeit, je nach der Marktlage, je nach der weltwirtschaftlichen Konstellation mehr nach der Ackerbausseite oder mehr nach der Grünlandseite und der Viehwirtschaft hin auszuweichen. Heute ist das Gegebene, nach der Grünlandseite hin auszuweichen, und wir sehen in der Tat in diesen Landesteilen, voran in Ostpreußen, eine starke Entwicklung in diesem Sinne. Ostpreußen hat gegenüber der Vorkriegszeit sein Weideland um 74000 ha vermehrt. Ganz Preußen hat das Weideland um etwa 180000 ha vermehrt. Daraus mögen Sie ersehen, wie sich Ostpreußen angestrengt hat, der wirtschaftlichen Situation, wie sie nach der Stabilisierung der Währung entstanden ist, zu begegnen. Eine solche Umstellung nach der Grünlandseite ist eine Leistung. Die Kosten der Umlegung zu Grünland, der Anlage der Weiden mit entsprechendem Viehbesitz, betragen im großen Durchschnitt pro Hektar 1000 Mark. Daraus mögen Sie ersehen, welche Leistung das gerade für Ostpreußen ist, und daß ihm eine solche Umstellung wenigstens in weiten Grenzen gelungen ist. Wenn Sie häufig hören, die deutschen und ostdeutschen Landwirte hätten, anstatt zu klagen und zu jammern, sich selbst mehr anstrengen müssen, um der Situation zu begegnen, so glaube ich, daß schon dieser Hinweis auf die große Umstellung, die gerade Ostpreußen vorgenommen hat, diese Auffassung widerlegt.

Auch Pommern und die beiden Mecklenburg haben starke Umstellungen nach dieser Richtung vorgenommen. Weniger stark sind die Umstellungen nach der Grünlandseite in den mehr industriell gerichteten anderen Komplexen Brandenburg und den beiden Schlesien. Da liegen die Dinge auch von Natur für die Anlage von Weiden weniger günstig.

Ich möchte also sagen: Die nördlichste Zone bietet günstige Ausweichmöglichkeiten, wesentlich ungünstiger ist es in der südlichen Zone des agrarischen Teils von Ostdeutschland; diese Zone hat viel mehr leichte, geringe Böden. Hier ist die Situation die, daß ein Teil der Böden an der Grenze der Kultivierbarkeit liegt, daß auf ihnen für die darauf tätigen Landwirte nur eine ganz kümmerliche Existenz möglich ist, und daß es richtiger ist, in solchen Fällen — es sind Gott sei Dank nur begrenzte Fälle — die Böden aufzuforsten, Kiefernwald an Stelle der landwirtschaftlichen Nutzung treten zu lassen. Das gilt für kleinere Teile des südlichen Masuren, für Teile der Kreise Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg und für einige Südkreise von Hinterpommern und einige Südkreise der beiden Mecklenburg. In diesem Gebiete ist also die Ausweichmöglichkeit begrenzt. Je ungünstiger die natürlichen Bedingungen, um so kleiner ist die Wahl unter den anbaufähigen Früchten. Es kommen hier in der Hauptsache nur in Frage Roggen, Kartoffeln, Lupinen. Auf dieser Basis läßt sich auf größeren Gütern eine Brennerei, auf bäuerlichen Gütern Schweinehaltung betreiben, und mit diesen Betriebszweigen müssen die Landwirte in dieser ganzen Zone der südlichen Abdachung des deutsch-baltischen Höhenrückens sich abfinden. Wenn also die Situation bei diesen Früchten, bei Roggen, Kartoffeln, und für Schweine ungünstig wird, dann ist für diese Landwirte eine Ausweichmöglichkeit nur noch in geringem Umfang gegeben, etwa nur so, daß die in dieser Zone vorhandenen, infolge des hohen Grundwasserstandes meist schlechten Wiesen mit Staatshilfe melioriert, daß also bessere Wiesen geschaffen werden, daß somit dort die Möglichkeit geschaffen wird, auch für kleinere Landwirte eine stärkere Viehhaltung einzurichten, so wie die größeren Landwirte dies mit Hilfe der Brennerei getan haben. Es ist ja so, daß es für den deutschen Landwirt — daran hat er sich gewöhnt — einen Risikoausgleich ersten Ranges bedeutet, wenn er seine Wirtschaft sozusagen auf zwei Beine stützen kann, nämlich einmal auf den Getreidebau und zum andern auf die Viehwirtschaft, und wenn er die Möglichkeit hat, bei wechselnder Konjunktur, bei wechselnden weltwirtschaftlichen Konstellationen, nach der einen oder anderen Seite hin auszuweichen. Er kann aber nicht so weit gehen, die eine oder die andere Hauptrichtung des Betriebes völlig preiszugeben. Damit würde er sich einseitig nur auf eine Seite stützen und allen Nackenschlägen, die diese eine Seite treffen, in verschärfstem Maße ausgesetzt sein.

In dem mehr industriell gerichteten Gebiet Brandenburg und den beiden Schlesiens liegen die Dinge so, daß auch in diesem Gebiet trotz der wesentlich günstigeren Markt- und Verkehrslage die Natur einem Ausweichen zum größten Teil schroffe Schranken gezogen hat. Sie wissen, daß gerade Brandenburg, aber auch ein Teil Schlesiens, mit besonders leichten, vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus besonders schlechten Böden ausgestattet ist, und daher kommt es, daß diese Gebiete ebenfalls auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Früchten angewiesen sind, die eben dieser leichte Boden nur noch tragen kann. Daran kann die verhältnismäßig günstige Verkehrslage dieses Gebietes, die günstige Lage zur Reichshauptstadt, zu den Industriegebieten in Schlesien nicht viel ändern. Einzelne Teile Schlesiens sind allerdings glücklicher daran, so die Umgebung Breslaus, die Ackerfläche, die besonders guten Boden hat, und die auch die Möglichkeit hat, eine größere Vielseitigkeit von Produkten hervorzubringen. Auch die Vorgebirgszone Schlesiens, die allerdings nur einen verhältnismäßig kleinen Teil Schlesiens umfaßt, hat die Möglichkeit, sowohl nach der Ackerbauseite wie nach der Viehwirtschaftlichen Seite sich zu entwickeln. In der eigentlichen Gebirgszone Schlesiens ist allerdings nur Viehwirtschaft möglich.

Sie sehen also, daß aus natürlichen Gründen die Umstellungsmöglichkeiten für Ostdeutschland verschieden sind. Was die Bodennutzung anlangt, habe ich auf die bereits durchgeführte Umstellung nach der Grünlandseite hingewiesen. Ich möchte noch erwähnen im Hinblick auf die Debatte, die jetzt über die Umstellung von Roggen — Hafer zu Weizen — Gerste durch die Öffentlichkeit geht, daß gerade auch Ostdeutschland, und zwar ganz Ostdeutschland die größten Anstrengungen gemacht hat, vom Roggenbau und Haferbau abzukommen, obwohl der Boden und das Klima besonders für Roggen- und Haferbau spricht. Das Anbauverhältnis auf dem Ackerland hat sich in der Richtung nach Wintergerste, nach Maisfrucht verschoben, was angesichts des Klimas bedeutet, sich möglichst sichere Früchte zu schaffen. Der Hauptausweg ist aber im ostdeutschen Gebiet darin gesehen worden, nicht bloß eine Umstellung innerhalb der Ackerfrüchte vorzunehmen, sondern vom Ackerbau überhaupt bis zu einem gewissen Grade abzugehen und zur Viehwirtschaft, zur Grünlandwirtschaft überzugehen.

Sie sehen also, daß schon auf betriebstechnischem Gebiete Möglichkeiten der Umstellung vorliegen, die allerdings ein ganz verschiedenes

Ausmaß haben, wenn wir die Dinge regional betrachten. Größer sind die Möglichkeiten der Entwicklung für die ostdeutsche Landwirtschaft, wenn wir ein anderes Gebiet betrachten, nicht die Betriebsgestaltung, sondern die Absatzgestaltung. Sie wissen, daß das Absatzproblem für die deutsche Landwirtschaft in ein besonders akutes Stadium geraten ist, und daß man sich heute bemüht, die Absatzgestaltung zu verbessern. Auf diesem Gebiete ist in Ostdeutschland noch besonders viel zu tun; aber es ist nicht einfach so, daß man mit einigen guten Ratsschlägen die Absatzgestaltung verbessern kann im Hinblick auf die Überschüttung mit Qualitätserzeugnissen aus dem Ausland, deren Invasion wir begegnen müssen. Wir haben bereits eine Verwertungsorganisation für unsere wichtigsten Erzeugnisse, vor allem für Molkereiprodukte. Aus dieser schon vorhandenen Organisation heraus müssen wir etwas Besseres schaffen. Das ist aber nicht so einfach. Ich möchte das damit illustrieren, daß wir in Ostpreußen etwa hundert Genossenschaftsmolkereien und etwa fünf- bis sechshundert meist kleinere Privatmolkereien haben. Nun ist der Wirkungsgrad und die Möglichkeit, durch moderne maschinelle Einrichtungen erstklassige Ware zu schaffen, für die Molkereibetriebe um so erschwerter, je kleiner sie sind, und es wäre zu wünschen, daß unter einer straffen einheitlichen Leitung eine großzügige Organisation mit größeren Molkereibetrieben in Ostpreußen und auch im übrigen Ostdeutschland geschaffen würde, soweit das noch nicht geschehen ist. Nur in einzelnen Teilen haben wir Einrichtungen, die als gut anzusprechen sind, so in Teilen Hinterpommerns und einigen anderen Teilen. Aber zu solcher Umstellung gehören sehr große Kapitalien, natürlich auch der energische Wille der landbautreibenden Bevölkerung, zu dem sie immer wieder aufgerufen werden muß. Hier ist sehr vieles zu tun. Ich erinnere auch daran, daß zum Beispiel der berühmte Tilsiter Käse meist in kleinen Betrieben, in Bauernbetrieben, in Form der Hauskäserei hergestellt wird, und es ist außerordentlich schwer, wie es im Interesse der Marktorganisation notwendig wäre, eine große Verwertungseinrichtung zu schaffen, die diesen Tilsiter Käse fortlaufend in ganz bestimmter Qualität herstellen könnte. Das können wir nicht, weil wir zunächst noch an die Betriebe und Betriebegrößen gebunden sind. Es ist also nicht ganz leicht, die Organisation zu schaffen, die in weiten Teilen des deutschen Ostens nötig ist. Aber es muß dahin gestrebt werden, und es besteht die Möglichkeit, hierdurch die Lage der Landwirtschaft ebenfalls zu verbessern. Verbesserungen können natür-

lich auch auf rein technischem Wege erzielt werden, wenn die Technik der Fütterung, der Düngung und der Bodenbearbeitung verbessert wird. Wir haben allerdings in Ostpreußen und im ganzen deutschen Osten Betriebe, die den besten an die Seite gestellt werden können. Aber es ist auf technischem Gebiete in den bäuerlichen Betrieben zweifellos noch viel nachzuholen, und hier möchte ich unterstreichen, was Herr Geheimrat Sering gesagt hat, daß vor allen Dingen eine bessere Schulung unsererer bäuerlichen Bevölkerung nach der technischen Seite nötig ist. Ich möchte auch an das anknüpfen, was Exzellenz von Batocki sagte, daß, wenn wir hier Bauernland schaffen und Bauernhöfe begründen, wir damit eine ungeheure Verantwortung auf uns nehmen. Der Großbetrieb ist heute technisch dem bäuerlichen meist weit überlegen. Wenn wir also Bauernland schaffen, übernehmen wir die Verantwortung, den bäuerlichen Landwirt auch zu der technischen Höhe zu erziehen, die heute in vielen Großbetrieben längst erreicht ist.

Wir sehen also starke Entwicklungsmöglichkeiten nahezu bei der gesamten ostdeutschen Landwirtschaft. Diese Entwicklungsmöglichkeiten müssen vor allen Dingen bei der bäuerlichen Bevölkerung durch bessere Schulung entfaltet werden. Diese Entwicklungsmöglichkeiten, die in den Betrieben selbst liegen, dürfen aber nicht durch eine Wirtschaftspolitik verbaut werden, die uns die Möglichkeit der Umstellung nehmen würde, sondern wir müssen die Wirtschaftspolitik so einrichten, daß die Landwirte den Ansporn bekommen, die angedeutete Entwicklung auch zu befolgen.

(Lebhafte Beifall.)

Bundespräsident a. D. Dr. Hainisch-Wien:

Meine hochverehrten Damen und Herren! Die Weltkrise ist eine allgemeine; sie verläuft in Österreich und Deutschland ziemlich parallel. Wir haben nämlich nicht bloß eine Krise der Industrie, sondern auch eine ebensolche der Landwirtschaft. In den verschiedensten österreichischen Ländern haben wir Buchstellenorganisationen; die Ergebnisse der Erhebungen dieser Stellen sind trostlos. Ein großer Teil der Betriebe ist passiv, obwohl man Löhne angenommen hat, die weit unter den Industriearbeiterlöhnen liegen. Was Niederösterreich anlangt, so fließen die Einnahmen der Bauern etwa zu 70 % aus der Viehwirtschaft. Die Bauern haben also längst das gemacht, was mein Vorredner vorgeschlagen hat. Die Milchproduktion hat infolgedessen

bei uns so zugenommen, daß man nächstens die Mühlräder mit Milch treiben wird, weil wir nicht wissen, wohin mit der Milch. Nun besteht ein großer Unterschied zwischen der Industrie und der Landwirtschaft, und zwar nach zwei Richtungen. Österreich und Deutschland sind, was Lebensmittel anlangt, mehr oder weniger Importländer, das heißt unsere Landwirtschaft könnte den Absatz für sämtliche Produkte im Inlande finden. Diesen Absatz kann man sichern durch Schutzzölle oder auf andere Weise. Das wird die Konsumenten mehr oder weniger belasten; aber technisch ist eine Garantie des Absatzes möglich. Die Industrie hingegen muß mit einem Teil der Produkte auf den Weltmarkt gehen, unsere österreichische Industrie mit etwa der Hälfte der Produkte; die fremden Staaten können wir natürlich nicht direkt zwingen, unsere Produkte zu kaufen. Es besteht noch ein zweiter Unterschied, daß nämlich die Industrie vollkommen kapitalistisch orientiert ist, während in der Landwirtschaft zwei Organisationsprinzipien miteinander ringen, das kapitalistische und das vorkapitalistische, oder sagen wir: die Denkweise des Kapitalismus ringt mit der Denkweise des vorkapitalistisch argumentierenden Bauern. Es ist staunenswert, wie lange sich unsere Bauern erhalten haben. Wir haben einzelne Familien, die fünf- bis sechshundert Jahre oder noch länger auf ihren Höfen sitzen. Der Schutz des Bestehenden erfolgte durch zwei Umstände, zunächst durch die Grundherrschaft und dann durch die Naturalwirtschaft. Die Grundherrschaft war natürlich keine gemeinnützige Organisation, sie wurde im Interesse einer Familie ausgeübt. Aber ein bernünftiger Grundherr schonte doch bis zu einem gewissen Grade seine dienstpflichtigen Bauern, gerade so, wie ein bernünftiger Landwirt sein Vieh schont. Einen weiteren Schutz bot die Naturalwirtschaft. Unsere Bauern bauten an, sahen in Demut zum Himmel, daß der liebe Gott sie schützen möge, und warteten monatelang auf die Ernte. War diese aber eingegangen, dann konnte der Bauer ruhig schlafen, er war vollständig unabhängig von der Mitwelt. Es konnte ihm nur durch ein Elementarereignis, etwa einen Brand, etwas passieren. Aber auch ein solcher Brand brauchte ihn nicht zum Untergang zu bringen, weil bei uns, wo die geschlossenen Bauernhöfe bestehen, sofort die Hilfe aller Nachbarhöfe einzog. Die Leute haben nicht nur Bauholz geliefert, sondern auch Lebensmittel usw.

Durch die Bauernbefreiung sind diese beiden Stützpunkte verloren gegangen. Der Bauer konnte nun mit seinem Boden machen was er

wollte, er konnte insbesondere auch teilen, mit Ausnahme von den paar Ländern, wo Teilungsverbote bestehen geblieben sind. Außerdem wurde er in die Weltwirtschaft hineingezogen. Sinken die Preise auf dem Weltmarkt, so leiden die Landwirte, aber nicht alle in gleicher Weise. Am stärksten werden die größeren Betriebe betroffen, und zwar die Großbauern vielleicht noch mehr als die Großgrundbesitzer. Die mittleren und Kleinbauern werden weniger in Mitleidenschaft gezogen: einmal, weil doch noch Reste der Naturalwirtschaft erhalten sind; so behalten die österreichischen Bauern von ihren Produkten etwa 25 % im Hof zum eigenen Konsum zurück. Der zweite Grund liegt in der eigenen Einstellung des Bauern, der den Hof als seine Heimat und nicht als Kapital betrachtet. Er klammert sich an den Hof, er hungert, er rackert sich mit seiner Familie ab, aber er kommt durch. Das ist das, was man die Krisenfestigkeit nennt. Diese Krisenfestigkeit hat natürlich auch ihre Schattenseiten, nämlich den hohen Grundwert. Die Schweiz, die sich bemüht, die große Leistungsfähigkeit des Kleinbetriebs nachzuweisen, was ihr, wie ich glaube, nicht ganz gelungen ist, klagt fortwährend über den hohen Grundwert, als ob nicht der hohe Grundwert aus derselben Quelle flösse wie die Leistung des Kleinbauern, nämlich aus der Vorstellung, daß der Hof Heimat ist. Auch das, was Geheimrat Sering heute von den relativ schlechten Preisen der Landwirtschaft gesagt hat, ergibt sich daraus, weil eben der Bauer vielfach unter den Produktionskosten produziert. Speziell bei uns in den österreichischen Alpenländern war bis vor kurzem ein größerer Betrieb, der auf Milchwirtschaft oder Viehzucht aufgebaut ist, überhaupt nicht möglich, weil er mit den Bauern, die zum großen Teil in der Naturalwirtschaft standen und vor allem nicht kapitalistisch rechneten, niemals konkurrieren konnte. Nun haben wir heute in dem glänzenden Referat des Herrn Professors von Dieze gehört, daß die Lage in Deutschland und Österreich sehr ähnlich ist. Noch hat sich das alte Bauerntum erhalten; aber es fängt immerhin in dem Bau zu knistern an. Was ist da zu tun? Ich glaube, mit Anerbenrecht wird nicht viel zu helfen sein. Ich hatte die Ehre, im Jahre 1894 über diese Frage in Wien zu referieren; damals habe ich gesagt, daß ein Anerbenrecht in Österreich ziemlich illusorisch sei, weil die Erbsitze existiere und die Höfe fast ausschließlich bei Lebzeiten übergeben würden bzw. die Erbfolge durch Eheverträge und Testamente geregelt sei. Ich habe nun aus den Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik erfahren, daß mit Ausnahme

von Oldenburg überall dort, wo geschlossene Gutsübergabe stattfindet, die Sache ganz ebenso liegt wie bei uns. Aber abgesehen davon kann man nicht leicht etwas gegen die Volkssitze tun. Wenn wir heute einen Zwang ausüben wollten und die Bevölkerung würde der Meinung sein, daß ihr ein Unrecht geschieht, so würden dem Bauer sicher alle arbeitenden Kinder davonlaufen, so daß er ohne Arbeitskräfte dasstünde.

Ich glaube nun, es gibt, wenn man die sehr wertvollen Schichten der Bauern erhalten will, kein anderes Mittel, als — natürlich mutatis mutandum — zu dem zurückzugehen, was unsere Vorfahren taten. Man wird natürlich nicht die Grundherrschaft wieder aufrichten, aber doch Verbote der Teilung ohne Genehmigung erlassen müssen. Ferner müssen wir, glaube ich, dem Bauer das geben, was ihm die Naturalwirtschaft bot, daß er wieder ruhig schlafen kann, wenn er seine Ernte hereingebracht hat. Das kann in der Weise geschehen, daß man die Preise seiner Hauptprodukte garantiert, also des Brotgetreides, allenfalls auch der Schweine. Nach meiner Meinung paßt nämlich die Landwirtschaft zum Kapitalismus wie die Faust aufs Auge. Es bestehen in der Industrie ganz andere Voraussetzungen als in der Landwirtschaft.

Ich habe die Ideen, die ich vorgetragen habe, nun seit einem Menschenalter propagiert. Augenblicklich ist die Lage sehr kritisch geworden. Unsere Leute drängen nach Agrarschutz. Mit Zöllen ist dabei nicht viel zu machen. Man wollte in Österreich einen Zoll von 16 Schilling haben. Das würde heute nicht ausreichen, um die Produktionskosten zu decken; denn der Weizen kostet 24 Schilling und der Roggen 18. Dazu kommt noch etwas anderes. Bei der Organisation, die mir vorschwebt, kann ich eine Interessensolidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herstellen. Es würde nämlich bei der Kalkulation der Übernahmepreise nach meiner Ansicht ein relativ hoher Arbeitslohn und eine relativ niedrige Verzinsung des Kapitals angenommen werden müssen. Als ich Handelsminister war, tauchte eine andere Frage auf, nämlich die: Wie erobere ich für unsere dem Untergang entgegengehende Industrie den Auslandsmarkt? Und da habe ich gesagt: Wenn ich diese Monopole habe, dann diktiere ich den Suezessionsstaaten den Handelsvertrag, während sie ihn heute uns diktieren. So haben bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen die Jugoslawen und die Ungarn erklärt, sie würden einer Erhöhung

unserer Agrarzölle nur zustimmen, wenn wir ihnen eine Erhöhung der Industriezölle konzedierten. Dadurch wäre unsere hochpassive Handelsbilanz mit den Oststaaten noch ungünstiger geworden. Da ich im Ministerrate in der Minderheit blieb, demissionierte ich. In der Bevölkerung haben aber meine Argumente, daß es nicht gehe, daß wir von einem Lande dreimal so viel kaufen, als es von uns zu kaufen die Güte hat, ungeheuren Eindruck gemacht. Die Sozialdemokratie hat sich vollständig auf den Boden meiner Argumente gestellt, und wahrscheinlich wird dies auch die Heimwehrorganisation tun, wodurch mein Plan durchsetzbar wäre. Ich sehe also ziemlich in die Zukunft.

(Beifall.)

Professor Dr. Karl Brandt-Berlin:

Sehr geehrte Herren! Ich bitte mir zu gestatten, zu dem Vortrag von Herrn Geheimrat Sering einige Beobachtungen aus den Vereinigten Staaten zur Weltagrarkrise hinzuzufügen. Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß die amerikanische Agrarkrise, die sich im wesentlichen in den Jahren 1921 bis 1924 abgespielt hat, in ihrer längsten Phase dadurch gekennzeichnet war, daß ein Produktionsapparat, der während der Kriegszeit unter der Einwirkung inflationierter Preise übermäßig ausgedehnt wurde, auf ein normales Maß zurückgeschraubt werden mußte. Man mußte diesen Apparat also künstlich schrumpfen. Die deutsche Agrarkrise, deren Phase wesentlich später (1924 beginnend) liegt, und die vielleicht ihren tiefsten Punkt noch nicht erreicht hat, ist dadurch gekennzeichnet, daß in der gleichen Zeit, in der die Amerikaner von 1921 ab eine scharfe Reduktion ihrer Produktionsfähigkeit durchführten, eine scharfe Expansion des deutschen Produktionsapparates beginnt. Das nur als Hinweis, um zu zeigen, daß man die „Agrarkrise“ nicht so generell betrachten kann, sondern daß eine sehr feine individuelle Betrachtung notwendig ist, um den Ursachen in den einzelnen Ländern auf die Spur zu kommen.

Nun liegen die Dinge, die Geheimrat Sering heute so anschaulich auseinandergesetzt hat, mit den neuen Möglichkeiten der Produktions-technik, mit Combine und Traktoren praktisch so, daß in den Vereinigten Staaten und als Folge davon in Kanada, in Südamerika und, was vielleicht für die Zukunft viel schlimmer sein wird, in ganz Russland mit diesen Methoden ein neues System der Landwirtschaft auf-

gebaut ist, das mit den Begriffen, die wir von Landwirtschaft haben, nicht das geringste zu tun hat. In Amerika — und die Russen sind hierin die Überamerikaner — predigt man „efficiency“, Höchstleistung pro Mann, Einsparung an Arbeitszeit, und schafft damit vertikale Mammutbetriebe, die mit einem kontinuierlichen landwirtschaftlichen Betrieb im Prinzip nichts mehr zu tun haben. Das sind vielmehr Getreidesfabriken, die mit ganz wenig Menschen auf der Fläche riesige Mengen von Agrarprodukten ausspeien. Die Amerikaner haben das Heilmittel gegen diese Entwicklung nun auch schon parat. Sie haben nämlich mit einer uns erschütternden Rücksichtslosigkeit erklärt, die selbstverständliche Lösung dieses Problems liege darin, daß man mehr Menschen vom Lande weg in die Stadt schaffen müsse, damit ein höherer Reinertrag für die verbleibenden Landwirte übrigbleibt. Das ist die Umkehrung dessen, was Lincoln in den Vereinigten Staaten geschaffen hat, nämlich einer gesunden Siedlungspraxis. Was ist nun die Kehrseite der „Efficiency-Medaille“? Ich habe im vorigen Jahr sechs Monate die Vereinigten Staaten bereist, um die Absatzverhältnisse zu studieren. Ich habe in diesem Jahr die letzten Tage des Aufenthalts in USA. dazu benutzt, um in den großen Städten die Lebensumstände derer, die vom Lande weichen müssen, anzusehen, die niemand unter den Efficiency-Predigern schildert. In den großen Städten in Amerika herrscht neben den Wohnvierteln der Millionäre ein grauenhaftes Elend. Von den zehn Millionen Menschen, die in New York leben, leben meiner Auffassung nach sechs bis sieben Millionen unter menschenunwürdigen Umständen. Neben der Beseitigung des soziologischen Fundaments wird die wirtschaftliche Folge der Entstädlung des Landes die sein, daß in den Vereinigten Staaten — und in Russland ist man dabei, das gleiche zu tun — eine Wirtschaftsstruktur geschaffen wird, die jeder Elastizität entbehrt. In der amerikanischen Industrie ist dieser Zustand schon in stärkstem Maße erreicht: eine Wirtschaft, die sehr brüchig ist und keine inneren Reserven hat, wie es in Westeuropa bei der vielseitigen und breiten Wirtschaftssymbiose der Fall ist. Eigentlich müßte die ungheheure Wirtschaftsdepression der ganzen Welt in dem verarmten Westeuropa schon zu katastrophalen Folgen geführt haben. Wenn man die Wirtschaftsentwicklung von Übersee aus betrachtet, muß man sagen: es ist in höchstem Maße erstaunlich, daß dieses Westeuropa, das zerissen ist, das aus dem Weltkriege fast weißgeblutet hervorging, sich unter diesen Umständen relativ so gut hält.

Die einzige Erklärung, die wir für diese Widerstandskraft geben können, ist die, daß die gesamte Wirtschaft in Westeuropa auf einem bäuerlichen Fundament steht, das unendlich viel tragfähiger ist als jene Wirtschaft der Amerikaner und Russen, mit vertikaler Gliederung, mit wenig Menschen auf der Fläche und mit einer Ansammlung von ungeheuren Massen in den Großstädten, die in kurzer Zeit vereinenden. Sechs bis acht Millionen Arbeitslose, für die keinerlei Unterstützung da ist und für die nur wenige Monate lang Worschüsse auf eine Lebensversicherung gezahlt werden, kennzeichnen in skizzenhafter Andeutung die Brüchigkeit einer solchen Wirtschaftsstruktur.

Ich glaube deshalb, daß es für Deutschland und für ganz Westeuropa kein anderes Hilfsmittel, um aus der Krise herauszukommen, und keinen anderen Schutz gegen wieder und wiederkehrende Wirtschaftsdepressionen geben kann, als das bäuerliche Fundament mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, weiter zu erhalten und zu verbessern und dieses bäuerliche Fundament mit dem auszurüsten, was die amerikanische Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren während der Agrarkrise sich geschaffen hat und wovon heute noch nicht gesprochen worden ist. Man hat nämlich in der amerikanischen Landwirtschaft eine aggressive Rüstung moderner Absatzmethoden geschaffen, von denen wir uns in den Ausmaßen und den Konsequenzen noch keinerlei Vorstellungen machen. Die Lösung unseres Agrarproblems muß darin liegen, daß wir das breite Fundament der bäuerlichen Wirtschaft, das wir glücklicherweise haben, mit einem großzügigen modernen Absatzwesen ausrüsten. Dann ist nach meiner festen Überzeugung dieser Typ der bäuerlichen Wirtschaft jenen Mammutfirmen, jenen Getreidefabriken turmhoch überlegen. Eine Wirtschaft, die auf einem solchen Fundament steht, wird auch in Zukunft unter allen Umständen die Vorhand gegenüber diesen Typen haben, die heute sehr schnell verpflanzt werden können.

Ich kann keinen Grund einsehen, warum man den amerikanischen Typ der Getreidefarm nicht von USA. und Kanada in andere Erdteile, in denen noch solche Boden- und Klimareserven vorhanden sind, zum Beispiel in Teile Afrikas ausdehnen kann. Das russische Experiment mit der amerikanischen Getreidefarm wird produktionstechnisch Erfolg haben, darüber besteht für mich kein Zweifel. Wir werden in den nächsten Jahren auf dem Weltmarkt die allergrößten Schwierigkeiten dadurch haben, daß die amerikanische Industrie heute Zehntausende

von Maschinen nach Russland wirft, wo mit Hilfe amerikanischer Ingenieure auf dem dortigen Schwarzerdeboden mit Leichtigkeit diese Getreidefabrikation aufgebaut werden kann. Ich weiß wohl, daß ich mich mit diesem Urteil von dem vieler anderer Sachverständiger entferne. Aber wir haben gesehen, daß der Getreidemarkt in der letzten Zeit ständig durch diese Mengen gestört wird. Wenn nur ein Bruchteil des in Russland Geplanten gelingt, werden die Exportmengen ausreichen, um ernsthafte Störungen am Weltmarkt entstehen zu lassen.

Ich darf noch kurz auf das eingehen, was Czellenz von Batocki gesagt hat, der ja die Bauernwirtschaft auch als leistungsfähiger anerkannte, indem er zum Beispiel sagte, daß in der Bauernwirtschaft sich niemand von der Arbeit drücken könne. Ich glaube keineswegs, daß es richtig ist, wenn man den deutschen Markt als einen wenig aufnahmefähigen Markt bezeichnet. Es ist das größte Glück, daß die deutsche Landwirtschaft hat, worauf sie überhaupt wieder aufbauen kann, daß ihr ein Markt von 65 Millionen konsumierender Menschen zur Verfügung steht. Es gibt in Europa nur zwei Märkte, die wirklich mitsprechen, England und Deutschland, und es ist kein Zufall, daß sich in der ganzen Welt die Agrarüberschüßproduktionsländer auf diese beiden Märkte konzentrieren und mit Gewalt versuchen, in unseren Markt einzudringen. Man wird nicht sagen können, daß der Markt für agrarische Produkte nicht aufnahmefähig wäre, und daß die Möglichkeiten hier erschöpft werden, solange wir alljährlich 2½ Milliarden für fehlende Agrarstoffe ins Ausland zahlen. Dabei sind die ungeheuren Reserven, die in der möglichen Produktionskostensenkung liegen, und die Möglichkeiten einer Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse noch nicht berücksichtigt. Ich bin deshalb der Meinung, man sollte endlich aufhören, die Möglichkeiten, die der deutschen Landwirtschaft zur Verbesserung ihrer Lage offenstehen, nur daran zu messen, was wir dem Auslande, dem wir Industriewaren verkaufen wollen und müssen, in einem verschärften Handelskriege vielleicht noch abzwacken könnten. Das sind Dinge, die sich sehr schnell und bitter über die Kaufkraftsenkung der städtischen Bevölkerung an der deutschen Landwirtschaft rächen.

Die Möglichkeiten, die uns gerade in einer Provinz wie Ostpreußen in einer Verbesserung des Absatzes und der Qualität offenstehen, wenn sie nur einigermaßen ausgeschöpft werden, sind groß genug, um das wertvolle Fundament der deutschen Wirtschaft, nämlich die breite

Masse der bäuerlichen Betriebe und der noch neu zu schaffenden bäuerlichen Betriebe, so zu stärken, daß das wahr wird, was mir einer der führenden und klügsten Engländer, die auf der internationalen Tagung der Agrarwissenschaftler in Ithaca im Staate Newyork waren, sagte: Als Vlohd George beim Abschluß des Versailler Friedensvertrages umgefallen ist und diesem törichten und dummen Diktat, das Deutschland verstümmelt und finanziell knebelt, zustimmte, in jenem Augenblick hat England den Krieg verloren — aber Amerika hat ihn noch nicht gewonnen!

(Lebhafte Beifall.)

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Harms=Kiel:

Sehr geehrte Herren! Unter dem starken Eindruck der Referate und Diskussionsreden hatte ich mir Notizen gemacht, auf Grund deren ich einen in sich geschlossenen Beitrag zur Debatte liefern wollte. Die Begrenzung der Redezeit, für die ich volles Verständnis habe, nötigt mich nunmehr, lediglich einige Punkte herauszugreifen. Leider bin ich aus dem gleichen Grunde auch nicht in der Lage, unserem verehrten Hauptredner Max Sering so zu danken, wie ich es gern getan hätte. Seine wissenschaftlichen Darlegungen enthielten überwältigend viel Anregung und Belehrung. Zu keinem Punkte seiner Schilderungen der Entwicklung in den Vereinigten Staaten habe ich Unlaß, das Wort zu nehmen — es sei denn im Sinne wißbegierigen Fragens. Der einzige Grund, der mich an dies Pult geführt hat, ist die agrarpolitische Stellungnahme, die Sering aus seinen Untersuchungen abgeleitet hat, eine Stellungnahme, die auf nicht weniger hinauslief als auf eine Rechtfertigung der jüngsten Agrarpolitik des Deutschen Reiches oder besser der letzten Reichsregierungen. Es handelt sich für mich somit nicht um eine im engeren Sinne wirtschaftswissenschaftliche, sondern um eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung. Selbstverständlich nehme ich nicht an, daß Herr Kollege Sering in seine Stellungnahme etwa auch die Manipulationen beim finnischen Handelsvertrag oder gar die Aktionen zur Stützung des Roggenpreises einschließen wollte, die ausgesucht zwei Tage nach den Wahlen eingestellt wurden, obwohl bis zur Wahl erklärt war, daß an ihnen festgehalten werden solle. Seine Darlegungen beschränkten sich, wenn ich sie richtig verstanden habe, ausschließlich auf die Zollpolitik.

Aber auch dann vermag ich ihm nicht zu folgen. Ich sehe die Lage

heute grundsätzlich noch genau so an, wie sie in der Stuttgarter Resolution vom Jahre 1924 geschildert worden ist, obwohl ich nicht verkenne, daß sie sich graduell seitdem erheblich verschoben hat. Grundsätzlich gilt heute noch dasselbe wie damals: erstens, daß wir ein 65-Millionen-Volk sind, und zweitens, daß wir auf den Wirtschaftsraum angewiesen sind, der Deutschland heißt. Für eine irgendwie autarke Gestaltung dieses Wirtschaftsraumes fehlen nach wie vor die Voraussetzungen. Dies gilt auch in bezug auf Nahrungsmittel, obwohl ich überzeugt bin, daß auf Grund heutigen Vermögens das Ziel, die wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel selbst zu erzeugen, auf weite Sicht aufgestellt werden kann. Einstweilen sind wir aber noch weit davon entfernt.

Exzellenz von Batocki hat auf ein Universalmittel hingewiesen, das die Erreichung dieses Ziels beschleunigen könnte, nämlich Unabhängigmachung von der weltwirtschaftlichen Preisbildung und damit Ausschaltung der deutschen Landwirtschaft aus der internationalen Arbeitsteilung. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen hatte ich sogar den Eindruck, daß er Ostpreußen auch aus der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung ausscheiden will

(Heiterkeit),

indem er dies Gebiet zugleich industriell zu entwickeln wünscht. Dem sei jedoch wie ihm möge: ich beschränke mich auf die Frage der Ausschaltung der landwirtschaftlichen Preisbildung Deutschlands aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen. Gemeint ist mit einer solchen Forderung, daß der deutschen Landwirtschaft Preise garantiert werden sollen, die unter allen Umständen eine angemessene Rentabilität gewährleisten. Unter ostpreußischem Gesichtspunkt entsteht da ein wichtiges Problem, zu dessen Klärung die heutige Aussprache vielleicht beitragen kann. Vor kurzem hat der Generallandschaftsdirektor dieser Provinz, Herr Geheimrat von Hippel, im Rahmen des Herbstlehranges der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung in Pyrmont einen ungemein interessanten Vortrag über Ostpreußen gehalten<sup>1</sup>. Herr von Hippel beschäftigte sich insbesondere mit

---

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Darlegungen sind in der weiteren Debatte lebhaft umstritten worden. Ich sehe daher die Ausführungen des Herrn General-Landschafts-Direktor von Hippel in seinen Pyrmonter Vortrag, der demnächst gedruckt werden wird, wörtlich hierher:

den veränderten Produktions- und Absatzverhältnissen in dieser Provinz. Hierbei wies er darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Betriebsmittel in Ostpreußen 10 bis 12 % teurer seien als im Reich und außerdem die zu erzielenden Preise etwa 10 % hinter den durchschnittlichen Reichspreisen zurücklieben. Diese Spanne von insgesamt 15 bis 20 % bedeute eine Sonderbelastung der ostpreußischen Wirtschaft. In einer persönlichen Aussprache, die im Anschluß an den Vortrag stattfand, habe ich Herrn von Hippel die Frage vorgelegt, ob er eine Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik wünsche, die den besonderen Produktions- und Absatzverhältnissen Ostpreußens angepaßt sei, mit anderen Worten, ob er für ganz Deutschland ein Preisniveau anstrebe, das auf Grund der besonderen Verhältnisse in Ostpreußen erforderlich sei. Seine Antwort lautete klipp und klar: Nein! Doch fügte er hinzu, daß in Ostpreußen auch andere Auffassungen vertreten würden. Die Darlegungen des Herrn von Batocki haben mir den Eindruck vermittelt, als ob er zu den Anhängern jener anderen Auffassung

---

„Früher erzeugte Ostpreußen billiger als das übrige Deutschland; denn die Hauptausgabe des Landwirts für Lohn, Brennstoffe, Futtermittel waren niedriger als anderswo. Russland lieferte uns die billigen Arbeitskräfte, und die heimischen Löhne waren niedrig, die Kohlen erhielten wir der englischen Konkurrenz wegen zu Ausnahmepreisen, und die billigen Futtermittel führte uns der Russe ins Land. Heute ist es umgekehrt, alle Betriebsmittel sind 10—12% teurer als im Reich, die Löhne sind durch Tarife den Reichslöhnen angeglichen und bei der geringen Produktionskraft Ostpreußens im Verhältnis zur erzeugten Ware sogar höher als im Reich, auf den Kohlen liegt die volle Fracht, und unsere Futtermittel kaufen wir in Mannheim und in Harburg auf 1000 km Entfernung. Und umgekehrt erhalten wir für unsere Erzeugnisse jetzt 10—15% weniger als früher, weil für uns jeder Nachabsatz fortgesunken ist. 12 000 Rentonnen nahm uns früher der Staat auf dem Hof ab, heute noch 2000. Das Zuchtvieh ging vielfach ins Baltikum, und vor allem, das werden die wenigsten von Ihnen wissen, schließen wir ein Drittel unserer ganzen Produktion in unser westliches Nachbargebiet ab, das jetzt polnisch und uns versperrt ist; statt 190 000 Stück Vieh jährlich früher gehen jetzt 1200 Stück dorthin, und von der ostpreußischen Produktion statt 815 000 t Ware noch 67 000 t. So erhalten wir für unsere Erträge mindestens 10—12% weniger als der Landwirt im Reich. Diese Spanne von 10% teurerer Erzeugung und 10% niedrigem Absatzerlös, also von insgesamt 20% bedeutet die Sonderbelastung der ostpreußischen Wirtschaft und erdrückte sie. Genau zu dem gleichen Ergebnis ist der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Braudes von einem ganz anderen Ausgangspunkt gelangt. Bei seinem Wirtschaftsprogramm stellte er auf Grund umfangreicher Zahlenunterlagen fest, daß bei einer Wirtschaftsgestaltung, in der die allgemeine deutsche Landwirtschaft im Gleichgewicht sein würde, Ostpreußen erst 80% seiner Ausgaben decken würde.“ (Bon' mir gesperrt.)

B. H.

gehöre, daß nach seiner Meinung das deutsche Preisniveau dem besonderen Kosteniveau Ostpreußens entsprechen müsse. Nur nebenbei will ich bemerken, daß im Falle der Verwirklichung einer solchen Zielsetzung die übrige deutsche Landwirtschaft, insbesondere die westdeutsche, eine Differentialrente von 15 bis 20 % bezöge. Wichtiger ist ein anderer Gesichtspunkt. Wenn nämlich in Deutschland für agrarische Erzeugnisse ein Preisniveau geschaffen würde, das den angeblichen Sonderbedürfnissen der ostpreußischen Landwirtschaft entspräche, so würde damit die Lage der deutschen Industrie ganz außerordentlich erschwert. Wir dürfen doch nicht aus dem Auge verlieren, daß weitaus der größte Teil des deutschen Volkes in der Industrie Arbeit und Nahrung findet. Ein agrarisches Preisniveau, das sich den Verhältnissen einer unter besonders ungünstigen Faktoren arbeitenden Provinz anpaßte, würde die industriellen Produktionskosten ganz Deutschlands erhöhen und schließlich dazu führen müssen, daß auch die deutsche Industrie aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen ausgeschaltet würde.

Zwar hat Exzellenz von Batocki auf einen oft genannten Ausweg hingewiesen, der zweifellos bis zu einem gewissen Grade wirklich ein Ausweg ist, nämlich auf die Stärkung des Binnenmarktes. Es gibt niemand unter uns, der sich der Überzeugung verschließt, daß wir alles tun müssen, um die produktiven Kräfte des deutschen Wirtschaftsraumes zur höchsten Entfaltung zu bringen. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß dem in Tempo und Ausmaß Grenzen gesetzt sind. Deutschland bedarf große Mengen ausländischer Rohstoffe, die sein Boden niemals zur Verfügung stellen kann. Daneben ist Deutschland nicht nur im Hinblick auf Genußmittel, sondern, wie ich schon andeutete, für absehbare Zeit in erheblichem Umfange auch für Nahrungsmittel auf ausländischen Bezug angewiesen. Diese Einfuhr muß mit industrieller Arbeit bezahlt werden. Dazu kommen die Reparationsleistungen. Ich kenne zwar den Einwand: sofern wir keinen Exportüberschuß haben, bezahlen wir eben keine Reparationen. Meine Herren, wenn wir — ganz im Sinne der Mahnung von Exzellenz von Batocki — auf dem Boden der Wirklichkeit verharren, so ist mit dieser „Lösung“ des Reparationsproblems nicht viel anzufangen. Kurzum: keine noch so ausgesprochene Pflege des Inlandsmarktes kann für mangelnden Export Erfolg leisten. Und eben deshalb gilt es, für den lebenswichtigen Export der deutschen Industrie die Voraussetzungen zu schaffen. Deren wichtigste eine aber sind niedrige Gestehungskosten!

Wenn es daher in Deutschland eine Provinz gibt, die auf Grund besonderer Verhältnisse ein Preisniveau benötigt, das auf die gesamte Volkswirtschaft nicht übertragen werden kann, so bleibt nur der Ausweg, eben diese Provinz mit anderen Mitteln zu stützen, etwa durch subventionsmäßige Verringerung ihrer Produktionskosten, wofür sich auf dem Gebiet der Lastengestaltung, der Kreditpolitik, der Tarifpolitik und dergleichen zahlreiche Wege darbieten. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, Ostpreußen „fallen zu lassen“. Zur Frage steht nur, ob es möglich ist, die gesamte deutsche Agrarpolitik auf die besonderen Verhältnisse dieser Provinz einzustellen, oder ob es nicht vielmehr notwendig ist, Ostpreußen bis auf weiteres als notleidendes Gebiet besonders pfleglich zu behandeln, um es selbst mit beträchtlichen Mitteln allmählich wieder in die volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge einzugliedern. Ich persönlich bin der Meinung, daß nur der letztere Weg gangbar ist. Eine agrarische Handelspolitik Deutschlands, die letztlich durch die besonderen Verhältnisse Ostpreußens bestimmt wird, verbietet sich unter allen Umständen. Andererseits bin ich bereit, mich für jedes Opfer einzusehen, das der ostpreußischen Wirtschaft die Lebensfähigkeit wiedergibt. Dabei wird man sich allerdings nicht auf den Standpunkt stellen dürfen, daß alles so bleiben müsse, wie es nun einmal ist. Eine durchgreifende „Agrarreform“ darf zum Beispiel auch vor einer Revision der Grundbesitzverfassung in dieser Provinz nicht zurückstrecken. Vielleicht, daß wir da von den benachbarten Randstaaten manches lernen könnten, wenngleich deren „Methoden“ — Sie wissen, was ich meine — für uns ausscheiden.

Das Problem, von dem ich ausging, hat übrigens auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt seinekehrseite. Wenn in Deutschland ein Preisniveau herbeigeführt würde, das den besonderen Produktions- und Absatzverhältnissen in Ostpreußen entspräche, so wäre im Grunde, von Ostpreußen abgesehen, für die ganze übrige deutsche Landwirtschaft der Zwang zur Nationalisierung überhaupt nicht mehr vorhanden. Wer das Beharrungsvermögen und das Beharrungstreben in der Landwirtschaft kennt, wird zugeben, daß das ein Gesichtspunkt ist, der Beachtung verdient. Ich darf daran erinnern, daß zwischen Weizen- und Roggenpreis schon eine beträchtliche Spanne bestehen muß, wenn der Übergang zum Weizenbau dort, wo er an sich möglich ist, wirklich stattfinden soll. Eine durchgreifende Nationalisierung des landwirtschaftlichen Betriebes werden wir nur unter einem gewissen Preis-

druck erreichen. Eine künstliche, das heißt auf handelspolitischem Wege herbeigeführte Anpassung des deutschen agrarischen Preisniveaus an die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen (und vielleicht auch der angrenzenden Gebiete) würde es zu jenem Druck in weiten Teilen des übrigen Deutschlands gar nicht erst kommen lassen.

Zur landwirtschaftlichen Nationalisierung selbst möchte ich mir gleichfalls ein kurzes Wort gestatten. Würde diese Nationalisierung so betrieben werden, wie die Herren Kollegen Lang und Brandt es gefordert haben, so wäre die Wirkung die gleiche wie in der Industrie: Emanzipation von der menschlichen Arbeitskraft. Denn im Kern ist Emanzipation von der menschlichen Arbeitskraft Voraussetzung und Folgewirkung jeder Nationalisierung. Ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß in dem Augenblick, in welchem Deutschland auf Grund durchgreifender Nationalisierung, insbesondere der Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln selbst zu decken vermöchte, dies mit Hilfe einer an Zahl geringeren landwirtschaftlichen Bevölkerung geschehen würde, als wir sie heute haben. Genau das, was Herr Sering von den Vereinigten Staaten berichtet hat, würde in Deutschland Platz greifen: die Flucht der Landbevölkerung in die Stadt. Hier liegt ein Problem, mit dem wir uns noch viel zu wenig auseinandergesetzt haben. Je primitiver die landwirtschaftliche Produktion vor sich geht, desto größer die Zahl der Menschen, die in ihr Beschäftigung finden. Je rationeller die „Landwirtschaft“ betrieben wird — bis hin zu den modernen „Weizenfabriken“ und „Schweineetablissements“ —, desto geringer wird im Verhältnis zur erzeugten Produktionsmenge der Bedarf an landwirtschaftlicher Arbeitskraft. Sofern nun der Wert des Bauern nicht lediglich in seiner Eigenschaft als Erzeuger von Nahrungsmitteln erblickt wird, sondern der Bauer vom staatlichen und sozialen Standpunkt als solcher nötig erscheint, darf man, um mit Sismondi zu reden, nicht fragen, „wie man mit möglichst wenig Menschen die landwirtschaftlichen Produkte erzeugen könnte, sondern, im Gegenteil, unter welchen Bedingungen es möglich wäre, eine viel zahlreichere Bevölkerung auf das Land zu bringen, dort zurückzuhalten und glücklich zu machen“. So gesehen, kann kein Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse als zu hoch bezahlt angesprochen werden.

Das Schicksal will es nun aber, daß wir in Deutschland uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß der größte Teil unserer Bevölkerung

in der Industrie beschäftigt ist, und daß Voraussetzung für die Prosperität eben dieser Industrie erfolgreiche Pflege der Beziehungen zum Weltmarkt ist, die ihrerseits niedrige Produktionskosten bedingt. Ich kann mich des Eindrucks nicht recht erwehren, als ob die Redner des heutigen Tages dieses Doppelantlitz der deutschen Volkswirtschaft aus dem Auge verloren, sich gar zu sehr in isolierender Betrachtungsweise gefallen hätten und in ihren Darlegungen unterstellten, daß Deutschland ein ausgesprochenes Agrarland sei. Nur so kann ich es mir erklären, daß sie die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik hundertprozentig agrarisch eingestellt zu sehen wünschten.

Meine Herren, ich warne vor dieser Einseitigkeit. Nicht als ob ich die schwere Krise der deutschen Landwirtschaft bestreiten wollte; ich sehe sie im Gegenteil in ihrer ganzen Tragweite und bin ins Innerste von ihr ergriffen. Nicht minder schwer aber ist die Krise, in der sich die deutsche Industrie befindet. Seien wir uns klar darüber, daß diese Krise sich wirtschaftlich, sozial und politisch unter Umständen verhängnisvoller auswirken kann als die Agrarkrise. Seit Gründung des Reiches, also eingeschlossen die Krise der siebziger Jahre, hat die deutsche Industrie sich niemals in so verhängnisvoller Lage befunden wie in der Gegenwart. Die Frage, ob es der deutschen Industrie gelingen wird, die Krise zu überwinden, ist nicht nur für die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Staat, sondern auch für die deutsche Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Man pflegt gelegentlich geltend zu machen, daß die jetzige Lage der Industrie weniger tragisch zu nehmen sei, weil mutmaßlich in absehbarer Zeit mit einem Wechsel der Weltkonjunktur gerechnet werden könne, und dann der Aufschwung sozusagen von selbst Platz greifen werde: im Gegensatz zur landwirtschaftlichen Lage, die nach menschlichem Ermessen für lange Zeit krisenhaft bleibe. Ich will auf das Wesen der augenblicklichen Weltkonjunktur nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß die deutsche Industrie vor einem grundlegenden Strukturwandel steht, von dessen Meisterung es abhängt, ob sie an künftigen besseren weltwirtschaftlichen Konjunkturen überhaupt noch teilzunehmen vermag.

Gar häufig wird betont, daß die deutsche Industrie den Rationalisierungsprozeß völlig durchgeführt und somit das ihrige getan habe. Auch von den Herren Vorrednern ist dies hervorgehoben worden. Darauf ist zunächst zu antworten, daß diese Aussage nur zum Teil be-

rechtigt ist. Es gibt in Deutschland noch zahlreiche Industrien, die aus Mangel an Kapital oder aus anderen Gründen kaum über die Anfänge der Nationalisierung hinausgekommen sind. Allgemein aber kann zu gegeben werden, daß im Hinblick auf betriebliche Rationalisierung Deutschlands Industrie in den letzten Jahren außerordentlich viel geleistet hat. Man muß sich indessen klar darüber sein, daß betriebliche Rationalisierung lediglich der Anfang ist. Verbleibt es bei ihr, so werden die auf die Rationalisierung gesetzten Erwartungen ganz überwiegend unerfüllt bleiben. Das was jetzt geleistet werden muß, ist die kapitalistische Rationalisierung im Sinne der Unternehmungskonzentration. Diese steht in Deutschland, trotz allem, in den Anfängen. Am weitesten ist die Großeisenindustrie vorgeschritten, während die chemische Industrie eine zweckmäßige Synthese von betrieblicher und kapitalistischer Rationalisierung bisher nicht erreicht hat. Im übrigen könnte ich für das, was ich meine, unzählige Beispiele anführen. Die Uhrenindustrie erlangt des finanziellen Ergebnisses der auf die Spitze getriebenen betrieblichen Rationalisierung, weil die wenigen großen Werke den Weg zum Gesamtunternehmen nicht zu finden vermögen. Auch die Porzellanindustrie wird erst dann gesunden, wenn sich mit der betrieblichen die kapitalistische Rationalisierung im dargelegten Sinne verbindet. Nicht anders liegt es in der Lederindustrie, in der Maschinenindustrie und in zahlreichen anderen Industrien. Die Entwicklung, die hier zwangsläufig vorgezeichnet ist, braucht keineswegs zum monopolistischen Trust zu führen — der heutigen Vielheit von Unternehmungen aber wird sie ein Ende bereiten.

Im Deutschland der Gegenwart ist viel von „Spätkapitalismus“ die Rede; auch heute ist das Wort gefallen. Wie schon früher, wende ich mich auch jetzt gegen derlei Resignation. Ich tue es, weil ich überzeugt bin, daß der Kapitalismus in Deutschland vor seine größte Aufgabe erst jetzt gestellt ist: den Neuaufbau der gesamten Industriewirtschaft. Nur wenn diese Aufgabe gelöst wird, darf erwartet werden, daß die deutsche Industrie sich im internationalen Konkurrenzkampf behauptet. Entweder nimmt der deutsche Kapitalismus den Flug zum Hochkapitalismus und schafft damit die Voraussetzungen für erneuten Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens, oder aber er ist resignierender Spätkapitalismus — und findet sich damit ab, daß unsere Industriewirtschaft verkümmert. Ob in letzterem Falle ein anderes, etwa ein

sozialistisch-kommunistisches, ein „demokratisches“ oder gar ein national-sozialistisches Wirtschaftssystem die Rettung bringen kann, bleibe dahingestellt. Ich selbst sehe dafür keine Anhaltspunkte, sondern nehme einstweilen noch an, daß der deutsche Kapitalismus seiner historischen Aufgabe gewachsen sein wird. Man darf es ihm nur nicht unmöglich machen!

Wenn die Dinge nun so lägen, daß intensivste Agrarpolitik jenen Prozeß in seinem folgerichtigen Ablauf zu fördern vermöchte, so wäre ich der erste, der die Forderung aufstellte, es müßten alle Kräfte im Dienste der Agrarpolitik versammelt werden. Leider aber ist dem nicht so. Je rücksichtsloser die deutsche Handelspolitik auf die Hochhaltung des agrarischen Preissniveaus hinarbeitet und je unterschiedlicher sie das industrielle Selbstkostenniveau im Verhältnis zum konkurrierenden Ausland gestaltet, um so bestimmter darf vorausgesagt werden, daß jener Anpassungsprozeß mißlingen und die deutsche Industrie als Arbeits- und Nahrungsquelle für Millionen von Menschen verkümmern wird. Den heutigen deutschen Politikern kann nicht klar genug zum Bewußtsein gebracht werden, daß deutsche Agrarpolitik ihre Grenzen in den Lebensnotwendigkeiten eines 65-Millionen-Volkes findet — und daß auch die Methoden, deren die deutsche Agrarpolitik sich bedient, auf die Bereitwilligkeit des Auslandes, deutsche Waren zu kaufen, Rücksicht nehmen müssen! So gewiß die deutsche Landwirtschaft Anspruch darauf hat, in ihren Existenzbedingungen geschützt zu werden, und so selbstverständlich es ist, daß der deutsche Markt davor bewahrt bleiben muß, zur Ablagerungsstätte überschüssiger Agrarproduktion der Welt zu werden, so unumgänglich ist es, daß deutsche Agrarpolitik welche Grenzen innehält und nicht eine Sekunde aus dem Auge verliert, daß die deutsche Wirtschaftsstruktur überwiegend industriell gestaltet ist, und die deutsche Industrie sich heute in einem Krisenzustand befindet, der demjenigen der Landwirtschaft bestimmt nicht nachsteht.

Meine Redezeit ist abgelaufen, sogar schon überschritten. Gestatten Sie mir, daß ich abschließend kurz auf den Ausgangspunkt zurückkomme. Jedes Volk ist auf den Wirtschaftsraum angewiesen, den es besiedelt hat. Der deutsche Wirtschaftsraum, so unvollkommen er im übrigen ausgestaltet sein mag, hat gegenüber den meisten anderen Wirtschaftsräumen auf dieser Erde den großen Vorzug seiner verkehrsgeographischen Lage. Politisch-militärisch ist uns diese „Lage der Mitte“ im wechselreichen Verlauf unserer Geschichte oft zum Verhängnis ge-

worden. Wirtschaftlich hingegen verbinden sich mit ihr ungewöhnliche Vorteile. Der deutsche Wirtschaftsraum ist eingelagert in eine Summe von anderen Volkswirtschaften und erfreut sich trotzdem des Zugangs zum Meere. Dieser günstige „Standort“ muß uns veranlassen, alles zu tun, was möglich ist, um das europäische wirtschaftliche Beziehungsnetz sich über Deutschland ausbreiten zu lassen. Die wesentlichste Voraussetzung hierfür ist ein niedriges Preisniveau. So unterschiedlich unsere Meinungen über die deutsche Wirtschaftspolitik auch sein mögen, in diesem Punkt sollten wir einig sein: ein niedriges Preisniveau ist für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unerlässliche Voraussetzung. Mit solcher Zielsetzung könnten wir auch der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft eine gute Seite abgewinnen. Wenn nämlich wirklich damit zu rechnen ist, daß eine Zeit niedriger Rohstoffpreise bevorsteht, so hat die deutsche Industrie als Veredelungsindustrie, die auf den Bezug von billigen ausländischen Rohstoffen angewiesen ist, den Vorteil davon. Gesellen sich zu niedrigen Rohstoffpreisen niedrige Nahrungsmittelpreise, und ergibt sich damit die Möglichkeit niedriger Geldlöhne, so vermag die deutsche Industrie den internationalen Konkurrenzkampf wohlgerüstet aufzunehmen. Allerdings müßte der Kette im Interesse der deutschen Landwirtschaft Kraft zwingender Logik ein weiteres Glied eingefügt werden: die Anpassung der inländischen Preise für Industrieerzeugnisse an die Weltmarktpreise. Ein Zustand, der so ausfahe, daß der Markt für landwirtschaftliche Produktionsmittel und Konsumgegenstände durch zollgeschützte Kartellpreise und durch Lohnarife gebunden bliebe — die landwirtschaftlichen Preise sich hingegen den Weltmarktpreisen angleichen, ist selbstverständlich ausgeschlossen. An künstlicher Hochhaltung der Preise ihrer Erzeugnisse hat die Landwirtschaft nur solange ein berechtigtes Interesse, als die Preise der Industrieerzeugnisse in Disproportion zu ihren eigenen Preisen stehen. Lassen sich aus volkswirtschaftlichen Gründen hohe Agrarpreise nicht aufrechterhalten, so muß die Proportion durch Senkung der Industriepreise herbeigeführt werden. Bleibt auf Grund singulären weltwirtschaftlichen Agrarmarktes denevch eine Spanne, so fällt deren Beseitigung allerdings in den Aufgabenkreis einer besonderen Agrarpolitik, die in solchem Ausmaß auch tragbar ist.

Dies ist der Weg, der den Unterzeichnern der Stuttgarter Resolution in einer Situation, die zur grundsätzlichen Neueinstellung der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik nötigte, vorgeschwebt hat,

und zwar nicht zuletzt im Interesse der Landwirtschaft. Es gibt keinen triftigen Grund, der uns heute veranlassen müßte, den Weg, den wir vor sechs Jahren unter Führung Serings für richtig und zwingend hielten, heute als falsch anzusehen. Wir haben im Gegenteil das Recht, nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die Nichtbeschreitung des von uns vorgeschlagenen Weges die heutige Lage zu einem großen Teile mitverschuldet hat. Vielleicht ist die Umkehr noch möglich, vielleicht ist es aber bereits zu spät. Was wir im Deutschland der Gegenwart sehen, berechtigt nicht gerade zur Zufriedenheit. Wie immer in Zeiten wirtschaftlichen und politischen Niedergangs, hat sich bei uns auch jetzt wieder ein soziales und politisches Sektenwesen herausgebildet, das Heilwege verkündet, die in Wahrheit keine sind. Um uns blüht Romantik, und einen Hauch dieser Romantik habe ich auch heute verspürt. Bewußt ist immer wieder der Wert des Irrationalen betont worden. Gestatten Sie mir, daß ich demgegenüber sage: Wenn wir uns in dieser Schicksalsstunde nicht mit kühlem Verstande auf das Rationale unserer Aufgabe besinnen, so laufen wir Gefahr, unter die Räder zu kommen.

(Lebhafster Beifall.)

Generaldirektor der Ostpreußischen Heimstätten-Gesellschaft Adolf von Königsberg:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nach diesen Ausführungen wieder dem kleinen Ostpreußen zuwenden und im Anschluß an die Ausführungen, die Herr Professor Lang über die Umstellung der Landwirtschaft gemacht hat, zu dem übergehen, was wir auf dem Wege der Siedlung zu tun haben. Es ist schon gesagt worden, daß die Siedlungsunternehmungen heute eine schwere Verantwortung auf sich genommen haben, wenn sie an die Siedlung herangehen. Das ist richtig; aber wir dürfen nicht vergessen, daß uns doch die Aufgabe gestellt worden ist, die Siedlung in Ostpreußen zu schaffen, und daß wir sehen müssen, wie wir es am besten schaffen. Man darf nicht vergessen, daß wir in Ostpreußen vor schwierigen Fragen stehen. Auf der einen Seite haben wir zuviel Arbeitslose, für die Hilfe geschaffen werden muß; auf der anderen Seite ist notwendig, daß wir in Ostpreußen die Menschen, die wir haben, uns erhalten. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur auf dem Lande vorhanden, sondern ebenso auch in der Stadt, und wir müssen sehen, beiden gerecht zu werden, sowohl Stadt wie Land. Wir

müssen beide zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschweißen, die Stadt, indem sie fabriziert und dem Lande verkauft, und indem das Land auch produziert und in die Stadt verkauft und seinerseits kaufkräftig bleibt. Für Ostpreußen ist die Landwirtschaft das Primäre. Bei ihr muß man anfangen, um sie liefer- und kaufkräftig zu machen, und man muß dabei von dem kleinen Manne ausgehen. Ich stimme Exzellenz von Batocki durchaus bei und kann auf Grund der Erfahrungen, die ich in der Provinz gemacht habe, sagen, daß all die kleinen und Mittelstädte, die von einem großen Kranze von Siedlungen umgeben sind, besser vorwärtskommen, daß die Verbindung zwischen Stadt und Land sich da sehr viel besser auswirkt, daß der kleine Siedler mehr in der Stadt kauft, daß überhaupt das ganze Verhältnis zwischen Stadt und Land viel besser ist, wenn ein Kranz von Siedlungen die Städte umgibt. Aber die Frage ist, wie man siedeln soll. Es ist heute von der Bauernsiedlung gesprochen worden. Ich glaube, daß man damit nicht alles erreicht. Es wird notwendig sein, daß man eine etwas stärkere Kleiniedlung durchführt; denn wir müssen bedenken, daß die Siedlung lediglich in Form der Bauernsiedlung keine Vermehrung der Menschen und keine stärkere Arbeit schafft. Es ist schon gesagt worden, daß die Bearbeitung des Landes ziemlich gleich ist, ob sie im großen oder im kleinen ausgeführt wird. Wir können also nicht mehr Arbeit und nicht mehr Bevölkerung hereinschaffen, wenn wir lediglich im Wege der Bauernsiedlung vorgehen.

Dazu ein zweites: Der Erfolg hat mich gelehrt, daß die Dörfer, die in Ostpreußen siedeln, nicht lediglich aus Bauern bestehen, sondern daß nur ein Teil an Bauern vorhanden ist und ein großer Teil anderer Menschen, die andere Aufgaben haben, die etwas Handwerk und Gewerbe treiben. Im Durchschnitt bestehen die Dörfer noch nicht zur Hälfte aus Bauern, alles übrige sind Handwerker oder Gewerbetreibende. Ich glaube überhaupt, daß man eine Siedlung nicht so errichten kann, daß sie mit dem Augenblick der Aufteilung des Landes als fertige Siedlung dasteht, sondern daß sie immer in der Entwicklung begriffen sein muß, daß im Anschluß an diese Aufteilung des Landes in Bauernstellen immer eine Anzahl von Stellen gebildet werden, die mitten in diesen Bauernbetrieben gewisse andere Aufgaben gewerblicher, handwerklicher Art haben. Wenn man in dieser Richtung die Siedlung betreibt, so erzielt man eine Verstärkung der Arbeit und des Menschenmaterials. Zweitens wird notwendig sein, jolche Bauern-

siedlungen so einzurichten, daß sie einwandfrei und tadellos arbeiten. Wir müssen bedenken, daß die Wirtschaft heute auch für den kleinen Mann außerordentlich schwierig ist, selbst wenn er mit anderen zusammen arbeitet und einen nahen Markt in der Stadt hat. Wenn er eine neue Wirtschaft ganz neu aufbauen will, müssen wir ihm das geben, was er dafür notwendig braucht. Es ist heute schon an anderer Stelle gesagt worden, daß die Bauersfrau eine sehr wichtige Stelle in der Landwirtschaft einnimmt und die Arbeit ihres Mannes außerordentlich unterstützt. Wenn wir also eine neue Bauernwirtschaft einrichten, müssen wir es so tun, daß die Bauersfrau leichter arbeitet als bisher, daß wir Wohnhaus und Stall zusammenlegen, daß wir eine gute Durchführung der Arbeiten möglich machen. Gewiß gehört dazu Geld. Aber dieses Geld ist nicht verschwendet, es ist auch nicht geschenkt. Wir werden dem Bauern helfen müssen, indem der Staat Geld zu 4½ % Zins und ½ % Tilgung gibt, und werden ihm auch durch Wirtschaftsberatung helfen müssen. Die ostpreußische Landwirtschaftskammer hat sich dieser Sache schon sehr stark gewidmet und besondere Wirtschaftsberatungsstellen eingerichtet. Es ist notwendig, daß wir diese Arbeit mit aller Energie durchführen, um die Siedlung so einzurichten, daß sie sich nach kurzer Zeit stark genug in das Wirtschaftsleben Ostpreußens einfügt, so daß Stadt und Land zusammen arbeiten. Ich hoffe, daß wir dann das erreichen, worüber Herr von Batocki heute gesprochen hat, und was bereits in Württemberg besteht.

(Beifall.)

**Berichterstatter Oberpräsident a. D. von Batocki (Schlußwort):**

Ich kann leider nicht bis zum Schluß bleiben und möchte deshalb gleich jetzt einige Ausführungen machen. Herr Professor Lang hat mit Recht auf die Wichtigkeit des Grünlandes hingewiesen. Ich glaube, daß gerade Ostpreußen in der Entwicklung des Grünlandbaues recht viel geleistet hat und auf dem Wege ist, darin noch mehr zu leisten, daß es auch in bezug auf die Hebung der Leistungsfähigkeit seiner Viehhaltung schon auf dem besten Wege ist. Daß in einer zu starken Umstellung auf Tierhaltung Gefahren liegen, daß zum Beispiel einmal eine Überschwemmung Deutschlands sogar mit deutschen Milchprodukten kommen kann, wie sie ja bei den Schweinen schon in naher Aussicht ist, hat für Österreich der verehrte Herr Bundespräsident Hainisch bestätigt,

als er sagte, daß dort schon bald die Mühlräder mit Milch betrieben werden würden. Es genügen 20 % mehr Milchproduktion in Deutschland zur Deckung des Gesamtbedarfs, und steigt dann unsere Produktion weiter, so kann es trotz aller Qualitäts- und Absatzverbesserungen dann dahin kommen, daß auch bei uns „die Mühlräder mit Milch betrieben“ werden. Die deutsche Milchvermehrung hat also Grenzen, und es ist nichts verfehlter, als diese Umstellungsmöglichkeit, zumal nach den Erfahrungen in Österreich, in überlosem Maße zu überschätzen, wie es oft geschieht.

Herr Geheimrat Harms hat mich in gewisser Hinsicht mißverstanden. Ich habe meinerseits nicht die Forderung besonders hoher Getreidezölle aufgestellt, sondern habe nur meine Freude ausgedrückt, daß die Sozialdemokratische Partei und das Kabinett Müller-Dietrich, nachdem sie sich für die Förderung der Siedlung und des kleinen Grundbesitzes ausgesprochen haben, auch den großen und für sie sehr schweren Schritt getan haben, den deutschen Getreidepreis grundsätzlich vom Weltmarktpreis loszulösen. Das ist eine Entscheidung, um die die Landwirtschaft Jahrzehntelang gekämpft hat und die ihr jetzt von dieser Seite angeboten worden ist, wenn unsere heutige Regierung in logischer Fortführung des Agrarprogramms Müller-Dietrich mit Mitteln von einer Schärfe, die wir früher für unmöglich gehalten hätten, durch Monopole und Zölle es erreichen will, daß der Roggen- und Weizenpreis in Deutschland im Jahresdurchschnitt eine die deutschen Produktionskosten einigermaßen deckende Höhe erreicht, ohne Rücksicht darauf, ob die übrige Welt mit diesen Waren bis dorthinaus schleudert. Diese Umstellung unserer Linksparteien ist von größter Bedeutung; ich nenne das gut, Herr Harms nennt es schlimm. Aber wenn er darüber streiten will, dann bitte nicht mit mir und den Agrariern, sondern mit den Herren Müller-Dietrich und der Sozialdemokratischen Partei. Ich habe mich darauf beschränkt, deren Entscheidung zu loben.

Ich habe ferner kein Wort davon gesagt, daß in Ostpreußen die Produktionskosten 20 % höher als in Pommern oder Brandenburg seien. Ich weiß auch nicht, wie diese Berechnung entstanden sein soll. Es wird mit Recht gesagt, daß wir durch die Abschnürung vom Reich etwas höhere Produktionskosten hätten, und daß das durch gewisse Steuer- und Verkehrserleichterungen ausgeglichen werden soll. Aber daß wir durchschnittlich und dauernd Preise haben wollen, die wesent-

lich über den in anderen Landesteilen, zur Deckung ihrer Produktionskosten nötigen liegen und deshalb dort hohe Übergewinne ergeben würden, auf den Gedanken ist ein vernünftiger Ostpreuße noch nie gekommen.

(Geheimrat Harms: Herr von Hippel!)

Was kann ich dafür?

(Große Heiterkeit und Bravo.)

Herr von Hippel ist mein alter Freund und Berufsgenosse; aber Sie können mich unmöglich für jedes Wort, was ein alter Freund von mir etwa gesagt hat, verantwortlich machen. Im übrigen möchte ich zunächst bezweifeln, daß das Wort des Herrn von Hippel wirklich so gemeint war, wie es vielleicht verstanden worden ist.

Also ich glaube, wir sollten ruhig an dem jetzigen System festhalten, an dem konsequent fortgesetzten System Müller-Dietrich, daß wir in den Hauptagrarprodukten, ebenso wie es Österreich tut, die deutsche Landwirtschaft aus dem Weltmarkt herauslösen, daß wir sie mit allen dem Staate zugänglichen Mitteln feste, angemessene, die Lebensfähigkeit der deutschen Bauern aufrechterhaltende, aber nicht hierüber hinausgehende Preise schaffen. Wenn wir das nicht wollen, müßten wir eben zu dem amerikanischen System übergehen, daß wir Landesteile wie Ostpreußen menschenleer werden und hier eine Entwicklung sich vollziehen lassen, wie sie uns in so beredten Worten durch Herrn Sering für einzelne amerikanische Staaten geschildert worden ist. Das wäre aber erstens für uns Ostpreußen gefühlsmäßig und auch wirtschaftlich sehr unangenehm, und es wäre auch für Deutschland immerhin etwas unangenehmer, als es die gleiche Entwicklung für Nordamerika ist, wenn sie einen der dortigen vielen Staaten trifft. Ich glaube, daß da ein ungeheurer Unterschied besteht, und daß wir allen Grund haben, sehr sorglich darauf zu achten, wenn es sein muß mit Opfern der gesamten Bevölkerung, auch mit Opfern der Industriebevölkerung, daß dieser Zustand bei uns nicht eintritt. Wir Ostpreußen sind verpflichtet, in einem Kreise, wie er hier versammelt ist, mit allem Nachdruck zu betonen, daß wir es für sehr verhängnisvoll für Deutschland halten würden, wenn etwa in Ostpreußen eine Verödung wie in Wisconsin eintritt, und wenn insbesondere infolge Verlustes der bescheidensten Lebenshaltungsmöglichkeit eine Vernichtung der eben angezeigten Siedler stattfindet. Denn eine solche Entwicklung wäre bei

uns viel gefährlicher als in Amerika oder auch in Russland aus Gründen, die ich hier nicht zu schildern brauche.

Ich glaube, wir sind im wesentlichen über die Sache gar nicht so uneinig, als es scheinen könnte. Denn ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß eine immer schärfere Rationalisierung der Landwirtschaft, wenn auch nicht ganz nach dem amerikanischen System, bei uns, auch beim Bauernstand nötig sein wird, weil wir sonst auf die Dauer seine Lebensfähigkeit nicht aufrechterhalten können. Daraus schließe ich aber folgendes: Wir haben nicht wie in Nordamerika viele Millionen Quadratmeilen jungfräulichen Boden hinter dem 90. Längengrad, welche die aus andern Bezirken wegen Unrentabilität ihrer dortigen Betriebe fortziehenden Landwirte in Besitz nehmen und mit Geschick landwirtschaftlich nutzen können, sondern unser Boden ist fast bis aufs letzte ausgenutzt. Wenn wir also einen Teil veröden lassen, muß nicht nur dieser Teil menschenleer werden, sondern die Menschen werden wahrscheinlich auch anderswo in Deutschland nicht ohne weiteres Erwerb und Unterkommen finden, sicher aber nicht in der Landwirtschaft. Zedenfalls würden die menschenleer gewordenen Bezirke dann aufhören Stätten deutschen Lebens und deutscher Kultur zu sein, wie das ja gerade die besondere Aufgabe Ostpreußens ist. Gerade weil ich genau wie Herr Harms im Endeffekt eine starke Rationalisierung im Sinne des geringeren Bedarfs an Menschenarbeitskraft für dieselbe Produktionsmenge und für dieselbe Nutzfläche auch in den Bauernhöfen für nötig halte, und weil ich demgemäß überzeugt bin, daß auf dem heutigen deutschen Kulturboden die Zahl der landwirtschaftlich tätigen Menschen im allgemeinen ständig zurückgehen muß, halte ich die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit in den deutschen Agrargebieten nur in begrenztem Umfange möglich. Da der deutsche Bedarf an Agrarprodukten beschränkt ist und die Absatzmöglichkeit für überschüssige deutsche Agrarprodukte fehlt, ist auch eine arbeitsintensivere Ausnutzung des deutschen Bodens etwa durch Hafifrucht, Gärtnerei oder Spezialkulturen, zumal in den marktentlegenen östlichen Agrargebieten nur in begrenztem Umfange möglich. Ich schließe daraus, daß eine Verödung des deutschen Ostens an Menschen trotz aller Siedlung schließlich eintreten muß, wenn wir nicht den landwirtschaftlich tätig Bleibenden von der Preisseite her die Existenzmöglichkeit geben und die nicht in der Landwirtschaft verwendbaren Menschen mit anderer als agrarischer Erwerbsgelegenheit versorgen. Ich denke so, wie Herr

Harms es ungefähr andeutete, daß der deutsche Bauernhof zwar lebensfähig erhalten werden muß, aber nicht so, daß ständig einer großen Menge von Menschen dort Arbeit geschaffen wird, sondern so, daß auch der Bauernhof sich allmählich immer mehr in den Rahmen der notgedrungenen, zu schärfster Rationalisierung veranlaßten gesamten deutschen Wirtschaft einordnet. Für die Landwirtschaft möchte ich zu dieser Umstellung nur eine Schonfrist haben, die freilich unter Umständen sehr lang sein muß, insbesondere auch für Ostpreußen, wenn es nicht veröden und schließlich Deutschland endgültig verlorengehen soll. Soll Ostpreußen, was auch Sie sicher alle nicht wollen, nicht das Schicksal jener amerikanischen Staaten erleben, wo auf den verlassenen Bauernhöfen jetzt wieder der Urwald heranwächst, so müssen die Wege beschritten werden, trotz aller Schwierigkeit, die ich versucht habe anzudeuten.

(Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Fuchs-Tübingen:

Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich ein paar Bemerkungen zu dem dritten Referat mache, einige Worte über das „Wunsch“- oder Idealbild meiner beiden Vorträger sagen, da ich aus Württemberg komme. Man kann es vielleicht als Ideal ansehen. Aber dann hat es mit allen Idealen gemeinsam, daß die Verwirklichung nicht möglich ist, wenigstens nicht die volle. Dazu sind die Unterschiede zu groß, vor allem schon die klimatischen. In Württemberg, das die beiden Herren bei ihrem Wunschbild vor Augen haben, besteht der kleinerbäuerliche Betrieb mit der freien Teilbarkeit, der Naturalteilung, und diese hat bekanntlich klimatische Voraussetzungen, die in Ostpreußen nicht gegeben sind. Damit entfällt, wie ich glaube, schon grundsätzlich die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Ideals für Ostpreußen.

Das führt mich aber zu dem dritten Referat, zu dem ich eine Ergänzung geben möchte. Herr von Dieze hat in ausgezeichneter Weise die Ergebnisse unserer großen zweibändigen Untersuchungen, ohne sich in Einzelheiten zu vertiefen, in großen Zügen zusammengefaßt, so daß dem kaum noch etwas hinzuzufügen ist — außer der Unterstreicherung, daß die „bis jetzt“ durch Krieg und Inflation hindurch erhaltenen Anerbessitze, insbesondere die Vorzugung des übernehmenden Erben, heute doch mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung und Rationalisierung auch in der Landwirtschaft und infolge

der jüngsten Agrarnot immer mehr gefährdet wird durch den Widerspruch zwischen Recht und Sitte, und dieser daher unbedingt überall, wo er besteht, auch wenn der Bauernstand selbst es noch ablehnt, beseitigt werden muß durch ein „direktes“, das heißt obligatorisches Intestatinerbenrecht wie in Westfalen (nicht eine bloße „Höferrolle“ mit fakultativer Eintragung wie jüngst in Württemberg). Aber ich möchte doch noch auf eine Erscheinung aufmerksam machen, die sehr interessant ist, und die wegen ihrer Bedeutung für die Siedlungsfrage einer kurzen Erwähnung bedarf, sowie auch deswegen, weil sie leicht mißverstanden werden kann, als ob wir hier eine Erschütterung und Abbröckelung der geschlossenen Vererbung in ihren Hauptgebieten vor uns hätten. Württemberg ist ja nicht nur das klassische Land der Naturalteilung, sondern in dem dem Gebiete nach größeren Teil herrscht die geschlossene Vererbung, und da ist eine Beobachtung gemacht worden, die als eine Abbröckelung der geschlossenen Vererbung aufgefaßt werden könnte. Da ist nämlich einmal die Zurückbehaltung von Land durch den übergebenden Bauer bei der Übergabe. Das ist in der Inflationszeit zur Sicherung des Übergebers aufgekommen, und es könnte das eine Gefahr für die geschlossene Vererbung bedeuten, wenn es sich dauernd erhalten würde. Allein es heißt, daß es schon nachläßt: es wird mit der Generation, die aus der Inflationspsychose nicht mehr ganz herauskommen wird, wahrscheinlich wieder verschwinden. Dieselbe Beobachtung ist ja auch in anderen Gebieten der geschlossenen Vererbung in Deutschland gemacht worden. Wichtiger erscheint mir aber ein Zweites, das ist, daß in Württemberg in einigen Bezirken — und zwar rein landwirtschaftlichen, also ohne Zusammenhang mit der hier sonst die Teilung fördernden Industrialisierung — die größeren Landwirte, also die Inhaber von Betrieben von 60 bis 100 Morgen (20 bis 30 ha) angefangen haben, ihr Gut einmalig zu teilen, also nicht etwa nach der Zahl der Kinder, wie das das Wesen der Realteilung ist, sondern aus einem größeren Bauerngut zwei mittlere Bauerngüter zu machen, unter Umständen sogar drei. Das ist auch schon vor dem Krieg vorgekommen, scheint aber jetzt häufiger zu werden. Wir hören aus den betreffenden Bezirken, daß „neuerdings der Gedanke einer Teilung unter zwei oder drei Kinder mehr und mehr erörtert wird“. Die heute dafür vorhandenen Ursachen sind vor allem die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung: der größere Bauernbetrieb ist aus diesem Grunde heute

gegenüber den mittleren nicht mehr konkurrenzfähig, die mittleren Bauernbetriebe sind den größeren überlegen, so ist es also dieses Problem, die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung, und andererseits auch die dadurch gegebene Erleichterung der Abfindung, was zu dieser Entwicklung führt. Sowiel ich gesehen habe, ist dieselbe Erscheinung in noch einem geschlossenen Vererbungsgebiet in Deutschland auch beobachtet worden, nämlich von Herrn Professor Bechtel in Oberschlesien<sup>1</sup>. Nun stimme ich mit ihm ganz überein, daß hierin nicht eine Vernichtung oder Abbröckelung der geschlossenen Vererbung zu erblicken ist, daß es „kein Schritt ist auf dem Wege zur Realteilung“ im Sinne der freien Teilbarkeit; denn es liegt hier etwas vor, was wir in früheren Jahrhunderten in den Gebieten der geschlossenen Vererbung bei wachsender Bevölkerung auch gehabt haben. Woher kommen die Bauernklassen, die gerade für diese Gebiete geschlossener Vererbung charakteristisch sind, die „Vollhüfner“, „Halbhüfner“, „Biertelshüfner“? Sie sind früher auf diese Weise entstanden, und das hat der geschlossenen Vererbung keinen Abbruch getan. Das Wesentliche ist also nur, daß diese geteilten Güter weiterhin geschlossen vererben, und das ist auch vor allem die Absicht bei ihrer Schaffung. Unter Umständen kann darauf sogar ein Druck ausgeübt werden, wenn, wie es in Württemberg im letzten Sommer im Landtag verlangt worden ist, der Staat diese Bildung unterstützt. Natürlich ist an sich einer solchen Entwicklung, die, wie ich glaube, den Zeitverhältnissen entspricht und auch ein Mittel ist, um eine Intensivierung und Rationalisierung bei diesen großbäuerlichen Betrieben herbeizuführen, eine sehr enge Grenze gesetzt durch die Schwierigkeiten der Schaffung neuer Gehöfte, neuer Gebäude, der dafür erforderlichen Kapitalien. Da ist es von großer Bedeutung, daß man in Württemberg im Landtag und anscheinend auch bei der Regierung erkannt hat, daß sich hier eine Möglichkeit der „inneren Kolonisation“ in einem engsten Sinne ergibt, die vielleicht sehr bedeutungsvoll ist. Man hat daher gerade diese „inländische Siedlung“, wie man sie im Landtag genannt hat, der „Ostsiedlung“

---

<sup>1</sup> Auch in dem in der Untersuchung leider ausgesunkenen Schleswig-Holstein an der dänischen Grenze soll — wie mir seitdem mitgeteilt worden ist — besonders seit 1928 unter Mithilfe der preußischen Grundrentenbank eine solche Teilung großer Bauernhöfe in mehrere kleinere mehrfach erfolgt sein, die Anfänge aber auch hier schon in der Vorkriegszeit liegen. Ebenso sollen sich Anfänge jetzt auch in Nordpommern zeigen.

gegenübergestellt, für die neuerdings in Württemberg viel Propaganda gemacht wird, und die auch in einem gewissen Ausmaß begonnen hat. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, auf diese Dinge hinzuweisen, denn sie eröffnen uns vielleicht eine größere Perspektive. Sie bringen uns zum Bewußtsein, was ich eigentlich schon lange gefühlt habe, daß wir als Reservoir für die Siedlung nicht nur die Großbetriebe im Osten zu betrachten haben, sondern auch die Gebiete der Großbauern. Es kommt natürlich auf die Art der betreffenden Wirtschaft an: wir werden, wie ich glaube, zwar nicht in den Viehzuchtabieten, aber in den gemischten Gebieten Siedlungsmöglichkeiten und Land haben, wenn wir eine solche zeitgemäße Verkleinerung der Großbauernbetriebe, wo es möglich ist, vornehmen. Es ist daher bedeutsam, daß der württembergische Landtag eine Kommission eingesetzt und gefordert hat, daß die Siedlungsbeihilfe, die für die Osthilfe gegeben wird, auch für diese „inländische“ Siedlung gegeben werden soll. Es ist das um so bedeutsamer, als die Ostfiedlung recht große Schwierigkeiten persönlicher, psychologischer und sonstiger Art zu überwinden hat. Der Württemberger findet sich schwer in den Osten. Wenn auch einzelne gegückte Beispiele aus Mecklenburg vorliegen, so glaube ich doch, daß niemals in größerem Ausmaß eine Versorgung der jüngeren Bauernsöhne, wie sie heute auch in Württemberg dringend notwendig ist, auf diese Weise möglich sein wird.edenfalls ist es natürlicher, da der Osten selbst zur Genüge derartiges Siedlermaterial hat, daß man ihm nicht noch von außen Konkurrenz macht, sondern daß man zunächst die im Inland sich bietenden Möglichkeiten ausnützt.

Dann noch eine zweite Bemerkung. Es ist in der Erhebung und auch in dem Referat des Herrn von Dieze viel die Rede gewesen von der Landmüdigkeit der weiblichen Bevölkerung auf dem Lande. Diese ist auch in Württemberg beobachtet worden. Aber gerade in Württemberg ist dem auch eine neue Bewegung entgegentreten, die uns vielleicht bessere Aussichten für die Zukunft eröffnet. Es ist die „Jungbauernbewegung“. Diese Jungbauernbewegung ist eng liiert mit der Bauernhochschule, ihre Führer sind daraus hervorgegangen. Sie hat sich nicht nur ökonomische oder allgemeinbildende erzieherische Aufgaben gestellt, sondern große weltanschauliche Aufgaben, wie sie an den richtig verstandenen und betriebenen Bauernhochschulen auch als eigentliche Hauptaufgabe betrachtet werden, nämlich Erweckung eines neuen Standesbewußtseins und neuen Bauernstolzes. Ich kann versichern,

ohne daß man das als „Romantik“ bezeichnen darf, daß unter diesen müchternen und erdfesten, realistisch denkenden württembergischen Bauernsöhnen und Bauernmädchen eine solche neue Gesinnung, ein neuer Bauernstolz heranwächst, der sich auch in der ganzen kulturellen Einstellung, der Lebenshaltung und -gestaltung äußert. Sie haben sich eine ganz schlichte, neue einfache Tracht für ihre Feste und Zusammenkünfte geschaffen, sie holen die alten Volkslieder und Volkstänze hervor und lehnen grundsätzlich die modernen Tänze und andere Auswüchse der Stadt, die „Verstädterung“ des Landes, ab. Wenn — wie es schon vielfach geschieht — ein junges Mädchen, das in diesem Geiste erzogen ist, einen jungen Mann dieser Bewegung heiratet, und sie zusammen auf eine Siedlerstelle, sei es im Osten, sei es im Inland, ziehen, so gibt das ein ausgezeichnetes Siedlermaterial, von dem wir vielleicht auch eine Besserung auf diesem Gebiete erhoffen dürfen.

(Lebhafte Beifall.)

Dr. Alexander Rüstow-Berlin:

Von dem ländlichen Idyll, das der Herr Vorredner uns eben vor Augen gestellt hat, muß ich zurücklenken zu der tragischen Lage der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Wirtschaft überhaupt, die Anlaß und Inhalt unserer Verhandlungen bildet. Herr von Batocki hat heute morgen in seinen sehr wirkungsvollen Ausführungen unter anderem die Behauptung aufgestellt, die wesentliche Ursache der Krise der deutschen Wirtschaft und der deutschen Industrie sei die übermäßige Nationalisierung, die Millionen von Arbeitskräften durch Maschinenarbeit überflüssig gemacht hätte. Herr von Batocki konnte wohl an unseren gestrigen Verhandlungen nicht teilnehmen, in denen festgestellt wurde, daß die Struktur der Krise eine wesentlich andere ist. An und für sich wäre ja die Auffassung von Herrn von Batocki ein Kompliment für unsere Industrie; denn sie würde besagen, daß alles nur an der übermäßigen Tüchtigkeit und Fortschrittlichkeit unserer Ingenieure läge. Wir können dies Kompliment aber nicht annehmen. Denn in Wirklichkeit ist die Rolle der Nationalisierung in dieser Zeit eine wesentlich andere gewesen. Nur durch unter äußerstem Druck erfolgende Nationalisierungsanstrengung ist es möglich gewesen, den verhängnisvollen Einfluß der Überhöhung und Ausschaltung der Elastizität wichtiger Selbstkostenfaktoren notdürftig so weit zu kompensieren,

daß die Arbeitslosigkeit nicht noch über das heutige katastrophale Maß hinausgewachsen ist. Die Ursache der Krise ist aber eben diese Selbstkostenüberhöhung, und es ist klar, welcher Zusammenhang zwischen dem überhöhten Stand und der Unelastizität des wichtigsten Selbstkostensfaktors, des Lohnes, und den Lebenshaltungskosten besteht, die ihrerseits wieder wesentlich bedingt sind durch unsere immer protektionistischere Agrarpolitik.

Es wurde gestern unter allgemeiner Zustimmung festgestellt, daß man der Arbeiterschaft ein Lohnopfer im Interesse der Gesamtwirtschaft nur dann zumuten könne, wenn alles, was sonst — nicht auf ihre Kosten — zur Behebung der Krise geschehen kann, auch wirklich getan worden sei. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse auch zwischen Landwirtschaft und Industrie. Wenn wir anderen die Überzeugung haben könnten, daß auf dem Gebiete der Landwirtschaft an Nationalisierung im weitesten Sinne und an sonstigen Selbsthilfemaßnahmen alles getan ist, was überhaupt getan werden kann, dann werden wir alle bereit sein, den unvermeidlichen Rest, der noch bleibt, als Opfer für die Landwirtschaft auf uns zu nehmen und gemeinsam mit ihr zu tragen.

An welche Maßnahmen der Nationalisierung und der Selbsthilfe wir da vor allem denken, das ist in dem Agrarprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zusammengefaßt. Es ist zweifellos ein ungewöhnlicher Vorgang, daß ein Berufsstand für einen anderen ein Nationalisierungsprogramm aufstellt. Dieser ungewöhnliche Vorgang ist aber nichts anderes als der Ausdruck einer ungewöhnlichen Lage. Er ist darüber hinaus ein Ausdruck des tiefen Verantwortungsgefühls der Industrie für die gesamte Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft, ein Ausdruck dafür, daß unsere Industrie die Sorgen der Landwirtschaft als ihre eigenen Sorgen empfindet.

Man hat von landwirtschaftlicher Seite auf dieses Agrarprogramm geantwortet, das sei alles nicht neu, das hätten die Landwirte selbst schon lange gesagt. Ich weiß nicht, ob durch dieses Argument, selbst wenn es in vollem Umfang zuträfe, die Situation verbessert wird. Denn es handelt sich doch wohl für die Landwirtschaft nicht darum, diese Dinge zu sagen oder gesagt zu haben, sondern sie zu tun. Aber die Antwort, daß diese Dinge schon lange getan seien, ist uns nicht gegeben worden und konnte uns leider nicht gegeben werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Schicksalsverbundenheit aller Teile

der deutschen Wirtschaft war es früher vielleicht einmal nötig, der Industrie und der städtischen Bevölkerung klarzumachen, daß sie ohne eine gesunde Landwirtschaft auf die Dauer nicht gesund existieren könne. Heute scheint es nötiger zu sein, die Landwirtschaft daran zu erinnern, daß sie ohne eine gesunde Industrie nicht bestehen kann. Dabei ist die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Industrie um ein Vielfaches größer als umgekehrt. Die deutsche Industrie setzt nur einen Bruchteil ihrer Erzeugnisse an die deutsche Landwirtschaft ab. Die Landwirtschaft dagegen setzt ihre gesamte Erzeugung, soweit sie über den Selbstverbrauch hinausgeht, an die deutsche nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung, also in erster Linie an die Industrie, ab. Und wenn die Landwirtschaft uns immer an die Bedeutung des inneren Marktes erinnert, und diese Bedeutung oft, wie uns schien, übertrieben hat, so ist es heute wohl an der Zeit, die Landwirtschaft an die Bedeutung ihres inneren Marktes zu erinnern und an die Tatsache, daß ihr innerer Markt im wesentlichen die Industrie ist.

Auch innerhalb der Industrie selber hat es ja tiefgreifende Interessengegensätze gegeben. Wenn es uns gelungen ist, diese Interessengegensätze zwischen den verschiedenen großen industriellen Gruppen in jahrelanger zäher Arbeit zu überbrücken, so war das nur möglich auf der ehrlichen Grundlage gegenseitiger Anerkennung, unter beiderseitigen Zugeständnissen und durch Unterordnung aller Sonderinteressen unter die gemeinsamen Interessen der Gesamtheit. Das wird mir Herr Dr. Pvensgen bestätigen können. Und nur auf diesem Wege und in dieser Gesinnung wird auch die Überwindung der Interessengegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft möglich sein, die heute nötiger ist als je.

Eine Einigkeit innerhalb der Industrie erstreckt sich nun neuerdings erfreulicherweise auch auf ein Gebiet, auf dem sie nicht immer vorhanden war, nämlich auf das Gebiet der Handelspolitik. Die Ausfuhrquote der deutschen Industrie dürfte heute nicht mehr allzuweit von 50 % entfernt sein und damit ihren höchsten bisher überhaupt dagewesenen Stand erreicht haben. Das aber nicht etwa deshalb, weil die Ausfuhr blüht, sondern weil es gegenüber dem katastrophalen Rückgang des Inlandsabsatzes mit äußerster Anstrengung gelungen ist, die Ausfuhr einigermaßen zu halten. Diese Ausfuhr ist also der letzte Faden, an dem die deutsche Industrie heute überhaupt noch hängt, und wenn dieser Faden durch agrarpolitische Maßnahmen abgeschnitten

wird, so bedeutet das eine unmittelbare Bedrohung der Existenz der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft überhaupt. Und wenn deshalb die Industrie heute der Landwirtschaft zurufen muß: Hände weg von der deutschen Ausfuhr!, so tut sie das nicht in Wahrung ihrer egoistischen Sonderinteressen, sondern in Wahrung der Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft, die letzten Endes auch die Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft selber sind.

(Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Wenn ernsteste Veranlassung zu bestehen scheint, an der Wirtschaftspolitik, wie sie von führenden Verbänden der Landwirtschaft getrieben worden ist, Kritik zu üben, so sind wir selbstverständlich alle davon überzeugt, daß die Träger dieser Politik im besten Glauben handeln. Aber wenn die Spitzenvertretungen eines grundlegend wichtigen Berufsstandes lange Jahre hindurch Hilfsmaßnahmen auf Kosten anderer Berufsstände — Subventions- und Protektionsmaßnahmen — allen Maßnahmen der Selbsthilfe vorangestellt haben, wenn sie in Zeiten äußerster Not der gesamten Volkswirtschaft mit dieser Politik fortfahren, dann, meine Herren, muß ich sagen, daß ich diese Kreise nicht um die nationale Verantwortung beneide, die sie damit auf sich laden. Wir alle sind durchdrungen davon, was in den letzten zehn schweren Jahren Millionen deutscher Landwirte an Tüchtigkeit, Bähigkeit und Beharrungskraft geleistet haben. Aber wie unendlich viel fruchtbarer hätte diese bewunderungswürdige Leistungsfähigkeit zur Geltung kommen können, wenn die deutsche Landwirtschaft die außerordentliche Stoffkraft ihrer Organisationen voll in den Dienst der Selbsthilfe, der Rationalisierung, der Siedlung gestellt hätte, statt überwiegend in den Dienst der Zoll- und Subventionspropaganda. Es wird uns oft von landwirtschaftlicher Seite entgegengehalten: ihr dürft den Landwirt nicht nach euch Stadtmenschen beurteilen. Der Bauer hat eine ganz andere, viel einfachere und ursprünglichere Mentalität. Das äußert sich unter anderem darin, daß er nicht, wie ein Stadtmensch, zehn oder hundert Gedanken zugleich im Kopf haben kann, sondern neben seiner harten Arbeit bestenfalls einen. Wenn nun aber dieser eine Gedanke, für den er nur Platz hat, der Gedanke des allein seligmachenden Zollschutzes ist, den ihm seine Organisationen immer wieder einhämtern, so bleibt eben für die anderen dringend notwendigen Gedanken nicht der genügende Platz.

Es hat natürlich jetzt keinen Sinn, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, dafür ist die Zeit zu ernst. Heute handelt es sich darum, angesichts der außs äußerste gestiegenen wirtschaftlichen Not gemeinsam an der Rettung zu arbeiten. Diese gemeinsame Arbeit kann aber nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten ihre Interessen oder das, was sie für ihre Interessen halten, unterordnen dem Wohle der Gesamtheit.

(Beifall.)

**Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Harms-Kiel:**

Meine Damen und Herren! Die Darlegungen des Herrn von Baetke haben mir wieder gezeigt, wie wertvoll eine Aussprache sein kann. Ich stelle fest, daß wir uns in wichtigen Fragen viel näher stehen, als es den Anschein hatte. Immerhin dünt mich, daß etliches noch der Klärung bedarf. Unter dem Eindruck des gestrigen Empfangsabends habe ich unserem hochberehrten Herrn Präsidenten gesagt: Deutschland hat keine Kolonien mehr, wir sollten dem ganzen deutschen Volke zum Bewußtsein bringen, daß seine Kolonie Ostpreußen ist, und infolgedessen jeder Deutsche daran mitwirken müsse, Ostpreußen lebensfähig zu erhalten. Nun bin ich aber, obwohl ich heute nicht als Professor, sondern als Staatsbürger spreche, doch zu sehr Professor, um nicht zu wissen, daß im Hinblick auf das, was zweckmäßig beeinflußt werden soll, zunächst Erkenntnisgrundlagen gewonnen werden müssen. Es ist mir somit darum zu tun, die Lage Ostpreußens wirklich zu erfassen. Seit langem habe ich dies Bestreben, und aus ihm leiteten sich auch der Pyrmontter Vortrag und das Pyrmontter Gespräch ab. Gegenüber dem, was hier gesagt worden ist, möchte ich denn doch darauf aufmerksam machen, daß es nicht Herr X oder Y war, mit dem ich sprach, sondern der Generallandschaftsdirektor dieser Provinz, von dem ich annehmen konnte und auch heute noch annehme, daß er auf Grund seines Sachverständnisses auf diesen Posten gestellt worden ist.

(Heiterkeit.)

Herr von Hippel hat nicht nur in einem Privatgespräch, sondern in einem öffentlichen Vortrag das verkündet, was ich hier wieder gegeben habe, daß nämlich in Ostpreußen die Bevirthaftungskosten 15 bis 20 % höher sind als im Reichsdurchschnitt. Ausdrücklich hat er von einer Sonderbelastung der ostpreußischen Wirtschaft gesprochen.

Wenn ich nicht irre, hat sich übrigens auch der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Dr. Brandes, auf den gleichen Standpunkt gestellt, doch vermag ich es im Augenblick mit Sicherheit nicht zu sagen. Herr von Batocki hat demgegenüber erklärt, daß die Behauptung falsch sei. Sofern damit das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen wäre, befänden wir uns in einer klaren Situation. Ostpreußen würde keiner anderen außenagrarpolitischen Maßnahmen bedürfen als etwa der Westen Deutschlands. Offen gesagt, haben mich aber die Darlegungen des Herrn von Batocki nicht völlig überzeugt, sondern ich stelle auch jetzt noch die Frage: Wer von den beiden ausgezeichneten Sachkennern hat recht? Herr von Batocki oder der Generallandschaftsdirektor dieser Provinz? Wir alle, die wir aus dem Reich hierhergekommen sind, würden dankbar sein, wenn der Gegenstand noch weiter geklärt werden könnte. Ich selbst habe auch aus der Literatur den Eindruck gewonnen, daß Ostpreußen stets seine besonderen ungünstigen Produktions- und Absatzverhältnisse betont und eben um dieser veränderten Struktur willen, die in Kosten und Preisen zum Ausdruck kommt, von Preußen und dem Reich Opfer fordert. Wenn jetzt erklärt wird, daß dem nicht so sei, daß hier im Osten keine ungünstigeren agrarischen Produktionsverhältnisse bestehen als in den übrigen Teilen Deutschlands und somit ein handelspolitischer Schutz, der, sagen wir, für Westdeutschland nötig ist, auch für Ostpreußen ausreicht, so kann ich mir aus dem, was hier vorgetragen und was in den letzten Jahren über Ostpreußen gedruckt worden ist, keinen Vers mehr machen. Man muß mir deshalb schon gestatten, daß ich einstweilen noch Zweifel hege. Im übrigen darf ich meinen grundsätzlichen Standpunkt erneut unterstreichen, daß jede Agrarpolitik in Deutschland ihre Grenze findet in der Rücksichtnahme auf die Lebensbedingungen der übrigen Erwerbszweige, nicht zuletzt der Industrie.

Ezellenz von Batocki hat als Kronzeugen für die Richtigkeit seiner These von der notwendigen Ausschaltung der deutschen Landwirtschaft aus den weltwirtschaftlichen Preisverhältnissen auch jetzt wieder den früheren Reichskanzler Müller genannt. Da ich der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre, habe ich an sich keinen Grund, mich für Herrn Reichskanzler Müller einzusetzen, zumal sein handelspolitisches Konto beträchtliche Minussalden aufweist („wie ich sie versteh“). Trotzdem will ich auf die damals im Reichstag gehaltenen Reden aufmerksam machen, deren ich mich noch deutlich erinnere. Die sozial-

demokratischen Abgeordneten erklärten dem Sinne nach: Wir wollen ein übriges für die Landwirtschaft tun, wir wollen bis an die Grenzen des Möglichen gehen; diese Grenze aber ist bedingt durch die übrigen Interessen der deutschen Wirtschaft, und eben deshalb geben wir im Hinblick auf die künftlich herbeizuführenden Preise nicht freie Hand, sondern setzen eine obere Grenze fest: 240 und 260.

Außerordentlich interessiert hat mich das, was Herr von Batocki über den Zusammenhang von Agrarpolitik und Pflege des gewerblichen Binnenmarktes sagte. Auch er sprach von einem Rest, der übrigbleibt — eben dieser Rest ist der Weltmarkt. Man kann auf weite Sicht von unserer wirtschaftlichen Struktur ein anderes Ideal haben und folgerichtig auf seine Verwirklichung hinarbeiten. Trotzdem bleibt in der Gegenwart nichts anderes übrig, als dem was ist Rechnung zu tragen. Wollten wir heute wirklich unsere Kräfte restlos verbrauchen, um der deutschen Landwirtschaft zu helfen, und uns bewußt damit abfinden, daß die Industrie, wenn auch nur für eine „Übergangszeit“, in noch schwerere Krisis geriete, so müßten wir uns zugleich über die Frage klarwerden, was mit den vielen Millionen Arbeitslosen geschehen soll. Die Landwirtschaft wird sie nicht aufnehmen. So liegen die Dinge in der Tat. Die Gefahr, daß weitere Verkümmерung der deutschen Industrie die Masse der Arbeitslosen ins Uferlose anschwellen läßt, ist unmittelbar nahegerückt. Dieser Zustand kann schließlich dazu führen, daß unser politisches und soziales Gefüge auseinanderbricht! Meine Herren, Politik ist die Kunst des Möglichen, auf nichts anderes habe ich hinweisen wollen. Ich brauche mich nur auf meine Schriften zu berufen, um zu bekunden, daß ich in der Industrialisierung Deutschlands mit ihren sozialen Folgewirkungen wahrhaftig kein Ideal erblickte. Das durch den Industriestaat geschaffene Gesellschaftsgefüge ist das letzte, was ich mir wünsche. Aber wir haben nun einmal diese 65 Millionen Menschen, und daraus gilt es, fernab von jeder Romantik, die Konsequenz zu ziehen.

#### (Beifall.)

Professor Dr. A. G. Mitscherlich-Königsberg:

Exzellenz von Batocki ist leider nicht mehr hier, und so fühle ich mich als Ostpreuße verpflichtet, Missverständnisse aufzuklären, damit sie nicht in das Reich hinausgehen. Es handelt sich keineswegs darum,

dass die ostpreußische Landwirtschaft um 15 bis 20 % teurer produziert als die Landwirtschaft des Reichs. Davon ist gar nicht die Rede. Es ist nicht von Rentabilität die Rede, wohl aber von verschiedenen Preisen. Selbstverständlich muss die ostpreußische Landwirtschaft alle Kohlen, die sie zum Dreschen usw. braucht, die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und alles mögliche wegen der Fracht um 15 bis 20 % teurer bezahlen, und selbstverständlich sind die ostpreußischen Produkte hier um 15 bis 20 % billiger als am Absatzorte selbst. Aber damit ist über die Rentabilität der Landwirtschaft noch nichts gesagt. Die gestaltet sich im einen Betrieb so, im anderen so. Da kann man nichts Allgemeines sagen. Wir werden mit dem Reich konkurrieren.

(Lebhafte Beifall.)

Dr. Hans-Joachim Rüstow-Berlin:

Herr Geheimrat Harms hat sich bereits mit der Forderung des Herrn von Batocki auseinanderge setzt, wonach eine Loslösung des deutschen Marktes von den Getreidepreisen des Auslandes er strebt werden müsse. Erlauben Sie mir, zu dem gleichen Problem noch einmal unter etwas anderen Gesichtspunkten Stellung zu nehmen. Ich möchte die Frage untersuchen, ob wirklich aus dem, was wir heute gehört haben — vor allem aus den so außerordentlich anschaulichen Darstellungen der amerikanischen Verhältnisse durch Herrn Geheimrat Sertig — sich ergibt, dass die von Batocki aufgestellte Forderung das Endziel einer vernünftigen deutschen Wirtschaftspolitik sein müsse.

Gestatten Sie mir, die Bedeutung dieser Forderung an einem etwas extremen, aber um so anschaulicherem Beispiel klarzumachen: Es handelt sich um den Vorschlag, in der Umgebung Berlins eine deutsche Ananas zu züchten. Hierzu brauchte man nur riesige Glasshäuser zu errichten und mit industriellen Wärmeüberschüssen zu beheizen, dann einen etwa 300 %igen Zoll für ausländische Ananas einzuführen und notfalls noch durch eine nationale Propaganda: „Deutsche, eßt deutsche Ananas“, nachzuholzen. Nach diesem seinerzeit ernsthaft aufgestellten Plan wäre es also durchaus möglich, nicht nur eine deutsche Ananasproduktion ins Leben zu rufen, sondern auch den erforderlichen privatwirtschaftlich rentablen Absatz durch Loslösung der Preisgestaltung vom Auslande sicherzustellen. Dennoch wird es

in Deutschland nur wenige geben, denen die ökonomische Sinnlosigkeit eines solchen Vorschlages nicht unmittelbar einleuchtet.

Ebenso wenige aber scheinen sich darüber klar zu sein, daß heute schon zwischen diesem Beispiel und einem Teil der deutschen Getreideproduktion nur noch ein gradueller Unterschied besteht, und daß, wenn die deutsche Regierung die Forderung des Herrn von Batocki zur Richtlinie ihrer Agrarpolitik machen würde, ein Teil der deutschen Getreideproduktion bald eine ebenso künstliche Züchtung darstellen würde. Wir haben heute schon für alle wichtigen Getreidearten einen über 100 % hinausgehenden Zoll, und wenn die Entwicklung so weiter geht, wie wir es vor allem nach den Darlegungen des Herrn Professor Brandt zu erwarten haben, so wird auch dieser Zoll bald nicht mehr ausreichen, um den deutschen Getreidemarkt vom Ausland zu isolieren. Wir werden uns dann sehr schnell Zollhäfen nähern, wie sie für eine deutsche Ananaszucht erforderlich wären.

Wie liegen denn für den Getreideanbau die Verhältnisse in Deutschland im Vergleich zu den überseelischen Getreideproduktionsgebieten, von deren Entwicklung wir heute ein so eindrücksvolles Bild erhalten haben?

In Deutschland ist im Gegensatz zu den überseelischen Ländern der Boden knapp und teuer. Infolgedessen muß der deutsche Landwirt auf einem relativ kleinen Stück Land viel Kapital und Arbeit investieren, um aus diesem kostbaren Boden einen möglichst hohen Ertrag herauszuholen. In den überseelischen Gebieten dagegen, in Amerika, Australien und Kanada ist der Boden teilweise außerordentlich billig. Hohe Aufwendungen an Kapital und Arbeit, mit denen man wegen des abnehmenden Bodenertrages doch nur relativ geringe Produktionssteigerungen erzielen kann, hat der Landwirt einfach nicht nötig. Dort kann man auf Riesenfarmen, die fast nichts kosten, extensiv, das heißt aber mit relativ hohem Nutzen, wirtschaften. Wir haben gehört, daß zum Beispiel in den neuerschlossenen Weizengebieten Amerikas der Ertrag pro Hektar zwar nur etwa 50 % des deutschen Hektarertrages beträgt, daß aber dieser relativ geringe Ertrag pro Flächeneinheit mit einem bedeutend geringeren Kostenaufwand herverbracht wird. Die Gestehungskosten, die uns Herr Geheimrat Sering nannte, betrugen nur etwa ein Viertel des heutigen deutschen Weizenpreises.

Selbstverständlich sind die Gestehungskosten in den von Herrn Ge-

heimrat Sering geschilderten Gebieten extrem günstiger Produktionsverhältnisse nicht unmittelbar maßgebend für den Preis des nach Europa exportierten Getreides. Für diesen sind vielmehr die bedeutend höheren Grenzkosten der überseelischen Getreideproduktion plus Fracht bestimmd. Immerhin haben die neu unter den Pflug genommenen Flächen ein solches Ausmaß, und die neuen überseelischen Methoden der Getreideproduktion haben eine solche Produktivitätssteigerung zur Folge gehabt, daß eine erhebliche Senkung des Exportpreises nicht ausgeblieben ist. Diese Entwicklung, die ihr Ende noch nicht erreicht zu haben scheint, dürfte eine weitere Beschleunigung erfahren, sobald die neuen russischen Getreidesfabriken, wie es Herr Professor Brandt in absehbarer Zeit erwartet, erhebliche Produktmengen auf den europäischen Markt werfen. Wir können uns ausmalen, wohin wir kommen würden, wenn wir unter diesen Umständen die Preisgestaltung in Deutschland vom Auslande loslösen und den deutschen Getreideanbau im bisherigen Umfange unbeschränkt aufrechterhalten wollen, also auch dort, wo die ungünstigsten Bedingungen für diesen Produktionszweig der deutschen Landwirtschaft vorliegen. Das könnte dann tatsächlich auf das hinaus, was uns bei einer deutschen Ananaszüchtung ohne weiteres als sinnlos erscheinen würde.

Das Schlimmste aber ist: Während wir unsere Wirtschaftspolitik unter Auflösung ungeheurer Mittel darauf konzentrieren, einen Teil unserer Getreideerzeugung künstlich lebensfähig zu erhalten, vernachlässigen wir in unverantwortlicher Weise einen anderen, viel bedeutenderen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion, für dessen Ausbau wir ganz besonders günstige Bedingungen hätten. Ist es nicht ungeheuerlich, daß wir jährlich für rund anderthalb Milliarden Mark Obst, Gemüse, Milch- und Geflügelprodukte, und zwar überwiegend von den kleinen benachbarten Ländern Dänemark, Holland, Belgien und der Schweiz einführen, die wir genau so gut auf eigenem Boden erzeugen könnten? All das nur, weil die deutsche Öffentlichkeit, durch eine verhängnisvolle Propaganda getäuscht, keinen Protest dagegen erhebt, daß auf Kosten der allgemeinen Lebenshaltung riesige Mittel verschwendet werden zu einer künstlichen Steigerung unserer Getreideproduktion weit über das durch eine rationelle internationale Arbeitsteilung bedingte Maß hinaus, statt daß diese Mittel zur Ausnutzung der unausgeschöpften Möglichkeiten verwandt werden, die in der landwirtschaftlichen Veredlungsproduktion gegeben sind. Dabei muß man

sich vor Augen halten, daß von der gesamten Marktproduktion der deutschen Landwirtschaft allein der Wert der Rohmilch ebenso groß ist wie der Wert des Getreides, das nur etwa 20 % der landwirtschaftlichen Marktproduktion ausmacht, obwohl der Preis des Getreides durch einen teilweise über 100 % hinausgehenden Zoll künstlich erhöht ist!

Mein Bruder hat bereits darauf hingewiesen, daß in dem Agrarprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der deutschen Öffentlichkeit konkrete, von prominenten Vertretern der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre ausgearbeitete Vorschläge zur Rationalisierung und Förderung der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft unterbreitet worden sind. Ist es nicht höchste Zeit, daß die deutsche Agrarpolitik endlich die dort bezeichneten Aufgaben in Angriff nimmt?

Exzellenz von Batocki hat den Vorschlägen des Reichsverbandes nur den einen Einwand entgegenzustellen, daß wir nämlich bei Bezeichnung des dort aufgewiesenen Weges bald eine Überzeugung an landwirtschaftlichen Edelprodukten bekommen würden. Herr von Batocki scheint also zu fürchten, daß eine Entwicklung, die allein ihrer Rückständigkeit wegen bisher eine Gefahr bedeutete, plötzlich gerade umgekehrt durch ein überraschend schnelles Tempo bedrohlich werden könnte. Die tatsächlichen Verhältnisse dürften leider nur allzu wenig Grund zu einer solchen Vermutung bieten. Hoffen wir aber, daß Herr von Batocki mit seinem Optimismus wenigstens so weit recht behält, daß wir bald durch eine energische und erfolgreiche Rationalisierung dieses Produktionszweiges der deutschen Landwirtschaft dahin kommen, nicht nur die anderthalb Milliarden Mark der bisherigen Nettoeinfuhr an Edelprodukten zu ersparen, sondern darüber hinaus noch exportieren zu können. Ich glaube leider, daß es so schnell, wie Herr von Batocki es annimmt, nicht gehen, daß eine solche Entwicklung vielmehr Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Ebenso unzutreffend scheint mir die von Exzellenz von Batocki aufgestellte Alternative: „Stützung der Getreideproduktion oder Entvölkerung des flachen Landes“ zu sein. Ist nicht vielmehr gerade durch die von Herrn von Batocki vertretene Agrarpolitik eine weitere Entvölkerung des Landes zu erwarten, wie sie sich ja bereits als Auswirkung einer solchen Politik in erschreckendem Umfange vollzogen hat? Dagegen ist doch gerade durch eine stärkere Ausbreitung der landwirt-

schäftslichen Veredlungsproduktion die Neubesiedlung weiter Strecken der großen menschenarmen Getreidewirtschaften möglich, die im besonderen auch für Ostpreußen in sozialer, kultureller und nationaler Hinsicht von höchster Bedeutung wäre. Auch der Umstand, daß wir im vorigen Krieg an Milch- und Fettprodukten einen empfindlicheren Mangel hatten als an Getreide, scheint mir für die nationale Bedeutung der bäuerlichen Veredlungswirtschaft zu sprechen, die bisher fast ausschließlich der großagrarischen Getreideproduktion zugesprochen wurde.

Alle diese Umstände, die für eine energische Förderung der deutschen Veredlungswirtschaft sprechen, besagen natürlich nicht, daß man die deutsche Getreideproduktion einfach ihrem Schicksal überlassen sollte. Es ist zugegeben, daß die Lage der großagrarischen Getreidewirtschaft teilweise so katastrophal ist, daß Übergangsmaßnahmen unbedingt erforderlich sind, um eine Devastierung weiter Landstriche zu verhindern. Der von Herrn Geheimrat Sering als Übergangsmaßnahme befürwortete Zollschutz aber stellt zum mindesten ein sehr gefährliches Mittel dar; denn so leicht es ist, Zölle herauszusetzen, so schwer ist es bekanntlich, wieder von ihnen herunterzukommen.

Über die Zweckmäßigkeit der verschiedenen praktisch möglichen Übergangsmaßnahmen für die deutsche Getreidewirtschaft kann man verschiedener Meinung sein. Die ganze Frage würde einer besonderen Erörterung bedürfen und jedenfalls über den Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Zeit hinausgehen.

Eines aber scheint mir sicher, daß auf lange Sicht gerade dann, wenn die Entwicklung so weitergehen sollte, wie es nach den Darstellungen von Herrn Geheimrat Sering und Professor Brandt wahrscheinlich erscheint, mehr denn je Veranlassung gegeben ist, an dem auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1924 erhobenen Protest der deutschen Wissenschaft gegen jede Hochschutz-Zollpolitik festzuhalten. Nur eine positive Ergänzung dieser früheren Stellungnahme scheint mir möglich und notwendig zu sein durch die Forderung einer planmäßigen wirtschaftspolitischen Unterstützung einer rationellen landwirtschaftlichen Veredlungsproduktion.

(Bravo!)

Bundespräsident a. D. Dr. Hainisch-Wien:

Ein Herr Vorredner hat gemeint, daß es lange Zeit dauern werde, um eine entsprechende Hebung der Milchwirtschaft herbeizuführen. Das haben wir in Österreich in paar Jahren fertig gebracht. In der Nachkriegszeit wurde Frischmilch aus der Schweiz nach Österreich eingeführt. Von Butter und Käse reden wir gar nicht. Dann wurde ich Präsident. Ich habe 34 Viehausstellungen eröffnet, habe überall im Dialekt mit den Bauern gesprochen. In fünf oder sechs Jahren haben wir Ausfuhr und Einfuhr im Gleichgewicht gehabt, und heute sind wir ein Exportland geworden.

(Bravo!)

Wenn ich heute noch Bundespräsident wäre, so würde ich die Einfuhr von 70 Millionen Schilling Eier in zwei bis drei Jahren eliminiert haben. Davon bin ich überzeugt. Die Leute lassen mit sich reden, wenn man zu ihnen mit der ganzen Autorität des Staatsoberhauptes bekleidet kommt. Man muß eben verstehen, mit den Leuten umzugehen, dann geht alles kinderleicht.

Herr v. Dieze hat in sehr warmer Weise von den Bauernfrauen gesprochen. Es ist sehr interessant, daß nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Österreich, in der Schweiz, in England und sogar in Amerika die Sterblichkeit der Frauen auf dem Lande größer ist als die der Männer. Im Alter von 20 bis 40 Jahren sterben selbst in Amerika, wo Frauen relativ weniger in der Landwirtschaft tätig sind, die Landfrauen mehr als die Männer, während es in allen anderen Berufsschichten umgekehrt ist. Das spricht doch Bände, daß die Frauen in der Landwirtschaft in einer Weise in Anspruch genommen werden, die sie veranlaßt, der Landwirtschaft den Rücken zu kehren, einen Beamten oder einen Lehrer zu heiraten, aber ja keinen Bauern.

(Beifall.)

Professor Dr. C. Brinkmann-Heidelberg:

Meine Damen und Herren! Ich habe um die Erlaubnis zu einigen ganz kurzen Ausführungen gebeten, weil ich als geborener Ostpreuße die sehr bestimmte Empfindung habe, daß unsere Debatte eine Wendung nimmt, die unsere ostpreußischen Landsleute von unserem Verein wieder zu entfremden geeignet sein wird, nachdem wir heute zu unserer Freude von Herrn Präsidenten Brandes das Gegenteil gehört haben.

Wenn in einer so scharfsinnigen Rede wie der des von mir hochverehrten Herrn Dr. Joachim Rüstow von der Anlage von Ananasfeldern in Berlin gesprochen wurde und daraus der Gedanke auftauchen könnte, daß man die Anlage solcher Ananasfelder in Deutschland in irgendeine Gedankenverbindung mit einer Landwirtschaft wie der ostpreußischen bringen könnte  
 (langanhaltender Beifall),

so muß ich sagen, daß mich das fast etwas erschreckt hat, und das ist auch mein Motiv, hier zu sprechen.

Wir wollen uns heute, wie es auch der Herr Präsident Brandes mit Recht betont hat, nicht allzu weit von der Praxis entfernen. Ich glaube, es dient zu nichts, wenn man immer wieder dieselben Sachen über die Verbundenheit der Berufsstände, die Verflochtenheit in die Weltwirtschaft wiederholt. Das sind Dinge der langfristigen ökonomischen Betrachtung. In Ostpreußen aber geht es heute um die kurzfristige ökonomische Betrachtung, der wir mit solchen Dingen nicht beikommen können.

(Sehr richtig!)

Ich muß mich da mit einem Argument von Herrn Dr. Joachim Rüstow beschäftigen, der zu meiner großen theoretischen Überraschung, als er den ostpreußischen Landwirten die Umstellung auf die Milchwirtschaft und die Veredlungswirtschaft im allgemeinen empfahl, sich auf den Kriegsfall berief. Das ist ja theoretisch das bekannte Schutzollargument, daß man in der Landwirtschaft mit der Situation der Abgeschnittenheit rechnet, und ich bin als Theoretiker nicht ganz imstande, den Zusammenhang dieses Arguments mit den anderen Argumenten zu verstehen, die sich in diametral entgegengesetzter Richtung bewegen, nämlich in der Richtung auf die ständige und unaufhebbare Verbindung mit dem Weltmarkt. Jedes zu seiner Zeit! Ich glaube nicht, daß dem ostpreußischen Landwirt damit gedient wäre, ihn auf eine Kriegskonjunktur zu verweisen, ich glaube, wir werden gut tun, einstweilen mit einer Friedenskonjunktur und mit deren Bedingungen zu rechnen. Ich glaube auch nicht, daß zwei andere Dinge unsere Leidenschaften in dem Grade erhöhen können, wie es mir einen Augenblick in diesem Saale der Fall zu sein schien. Wenn ich ganz offen sprechen darf: Immer wenn ich eine Versammlung betrachte und sehe, daß der eine Teil nur für den einen Redner, der andere nur für den anderen seinen Applaus spendet, weiß ich, daß der Gefahren-

punkt nahe ist, an dem die wissenschaftliche Diskussion aufzuhören pflegt.

(Sehr richtig!)

Die beiden Dinge, von denen ich kurz sprechen wollte, sind erstens der vielerörterte Punkt der Kostendifferenz in Ostpreußen. Diese Kostendifferenz kann unmöglich von Herrn von Hippel so gemeint sein, daß es sich einmal um eine durchgehende faktische allgemeine Kostendifferenz landwirtschaftlicher Produktion handelt, und daß andererseits wirtschaftspraktisch und wirtschaftspolitisch die Folge einer allgemeinen deutschen darauf eingestellten Zollüberhöhung die Konsequenz sei.

(Geheimrat Professor Dr. Harms: Das letztere hat er nicht gesagt, nur das erste!)

Das letztere hat er, glaube ich, verneint, aber nach Ihrem Bericht, der in uns allen seine Spuren hinterlassen hat, hinzugefügt, daß es wohl Ostpreußen geben würde, die das vertreten. Ich hoffe, daß es keinen Ostpreußen gibt, der so etwas vertritt, wenn er ein Landwirt ist; denn mit dieser den anderen Teilen Deutschlands dadurch zufallenden Grundrente, wie theoretisch weiter in die Luft hinein argumentiert wurde, indem man sich völlig vom Boden der Wirklichkeit entfernte, wäre der ostpreußischen Landwirtschaft nicht im geringsten gedient. Es handelt sich hier um etwas ganz anderes. Es handelt sich um das Zusammengreifen eines Komplexes von ganz praktischen Maßnahmen, und ich verstehe nicht, wie ein Teil dieses Komplexes namens eines anderen Teils in der Schärfe Widerspruch finden sollte, wie es von einer Reihe von Rednern heute nachmittag geschehen ist. Ich verstehe nicht, wie es verneint werden kann, daß gleichzeitig eine Erhaltung der Getreideproduktion auf den dafür prädestinierten Böden, gleichzeitig eine Umstellung auf die Veredlungswirtschaft in den dafür sich eignenden Bezirken und Wirtschaften, und gleichzeitig eine Zollsubvention-, Prämien- oder wie Sie es nennen wollen, Stützungspolitik betrieben werde, daß alle diese Maßnahmen zusammengreifen, um kurzfristig dasjenige Problem zu bewältigen, das wir heute das ostpreußische nennen, darum geht es doch.

Zum Schluß noch ein offenes Wort, wobei ich mir bewußt bin, bei gewissen Teilen von Ihnen, die ich beobachtet habe, großen Unwillen zu erregen. Hinter einem Teil dieser Dinge scheinen mir unausgesprochen Tendenzen zu stehen, die ich nicht missbillige und nicht ver-

urteile, die aber genannt werden sollten, wenn sie hier in theoretischer Beziehung hervortreten. Von einer Reihe der Argumente, die ausgerechnet aus dem ganzen Komplex ostpreußischer Hilfsmaßnahmen diejenigen entfernen wollen, die der Erhaltung der traditionellen Rörnerwirtschaft dienen würde, würde ich *a priori* denken — und muß leider sagen, ich habe *a posteriori* Anlaß, dasselbe zu denken —, daß sie bewegt sind nicht von einem Erkenntnistrieb, sondern von einem Willenstrieb, einem Willenstrieb zur Vernichtung einer ganz bestimmten Gesellschaftsklasse. Darüber ließe sich ja streiten und diskutieren, bloß müßten wir dann in eine ganz andere Debatte eintreten. Mir scheinen diese Dinge nicht dazu zu gehören. Aber selbst wenn ich einmal annahme, daß wir in diese Debatte eintreten wollten, würde ich der unmaßgeblichen Meinung sein, daß über diese Debatte geschrieben sein sollten die Gedanken, die uns gestern im Anschluß an den Vortrag meines verehrten Kollegen Heimann beschäftigt haben. Es ist heute bedauerlich oft das Wort Egoismus gefallen, was ich theoretisch immer so sehr komisch finde, indem es doch gewöhnlich dieselben Stimmen und dieselben Meinungen sind, die auf der einen Seite mit dem Worte Wirtschaftsegoismus, Klassenegoismus um sich werfen und auf der anderen Seite unsere Wirtschaft theoretisch nach ihrem ideellen Ablauf aus Egoismen aufzubauen, also diesen Egoismus ja postulieren, nichts anderes als Egoismus in der Wirtschaft kennen. Ich bin der Meinung, daß man auf beiden Seiten fehl geht. Weder besteht unsere Wirtschaft aus solchen Egoismen, noch sollte es sich die theoretische und wirtschaftspraktische Arbeit so leicht machen, dieses Wort immer wieder herbeizurufen, wenn es sich um etwas viel Schwierigeres, nämlich um die quantitative Datenbestimmung einer bestimmten Situation handelt. Ich habe heute verzweifelt wenig Daten gehört. Wir haben, mit Ausnahme der unendlich reichen Vorträge, vielleicht zwei oder drei Zahlen gehört, und ich habe das außerordentlich bedauert, weil das gerade der einzige Weg gewesen wäre, aus den Schwierigkeiten unseres heutigen Nachmittags herauszuführen.

Herr Heimann hat gestern in unendlich treffenden und nicht widerlegbaren Ausführungen dargetan, daß in bestimmten Fällen in der Gesellschaftswirtschaft das wirtschaftliche Produktivitätsziel nicht bloß verletzt werden kann, sondern verletzt werden muß zugunsten anderer Imperative. Nun, ich bin auch hier außerstande, zu folgen, wenn mir jemand sagen würde, daß ein für allemal in unserer heutigen Gesell-

schaft diejenigen Imperative und Ideen, zu deren Gunsten das Produktivitätsziel verlegt werden darf, festliegen, sondern ich würde mir immer vorbehalten, von Fall zu Fall, von Periode zu Periode nachzuprüfen, was für solche Ideen und Imperative es geben kann, und ich bin, um ein persönliches Bekenntnis auszusprechen, daß Sie als solches werten wollen, der festen Meinung, daß es sich bei der ostpreußischen Notlage um ein solches unabweisliches Ziel handelt, hinter das auch die Produktivitätsinteressen in den Grenzen, die Herr Heimann theoretisch mit vollem Recht und mit Schärfe bestimmt hat, in den Grenzen der Existenzmöglichkeit der Gesellschaftswirtschaft im ganzen zurückzutreten haben. Daß bei diesem Zurücktreten unendlich viele andere Interessen temporär selbst für längere Frist verlegt werden müssen, anders gesprochen: daß vielleicht für eine längere Periode, die vor uns liegt, die Provinz Ostpreußen ein Subventionsbezirk der deutschen Volkswirtschaft sein wird, an dem wir wieder gutmachen müssen, was nicht an geographischer Entfernung allein, sondern was vor allem durch die Friedensverträge als offene Wunde geschaffen ist und blutet, das glaube ich ohne weiteres unterstellen zu dürfen, und ich bin froh und dankbar, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, dies auszusprechen, weil ich vermisst habe, daß es ausgesprochen wurde.

(Stürmischer Beifall.)

Privatdozent Dr. Freiherr von Bissing-Berlin:

Ich möchte dem Rat, den Herr Professor Brinkmann eben gegeben hat, folgen und eine praktische Frage, deren Lösung in absehbarer Zeit brennend wird, hier behandeln. Herr v. Dieuze hat in seinem Referat ausdrücklich hervorgehoben, die Verschuldung des Bauernstandes wäre heute dank der, wie Tschajanow sagt, starken und immer mehr zunehmenden „Selbstausbeutung der Arbeit“ im bäuerlichen Betrieb noch nicht so gefahrdrohend, wie es in einzelnen Großbetrieben, vor allem des Ostens, der Fall ist. Aber ich fürchte, daß die Dinge in absehbarer Zeit auch in den bäuerlichen Betrieben nicht unbedenklich sein werden, und zwar vielleicht weniger aus wirtschaftlichen Gründen, als aus Gründen der Gesetzgebung der neuesten Zeit. Ich habe dabei das Aufwertungsschlußgesetz im Auge. Wenn Sie die Erhebungen des Enqueteausschusses über Verschuldung und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft und die letzten Erhebungen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt

einmal auf die Struktur der Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe hin durchsehen, werden Sie finden, daß gerade bei den bäuerlichen Betrieben, vor allem des Ostens, und zwar besonders in den gefährdeten Wirtschaftsgebieten des Ostens, also in Ostpreußen und im nördlichen Ostdeutschland, die Aufwertungsschulden einen außerordentlich großen Anteil an der Gesamtverschuldung ausmachen. In den mittelbäuerlichen Betrieben etwa bis zu einem Viertel. Die Aufwertungsverschuldung ist allerdings seit der Stabilisierung der Mark und dem Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes schon zurückgegangen, weil sie durch teure hochverzinsliche Kredite abgelöst wurde. Die verbleibenden Aufwertungshypotheken werden aber 1932 entweder fällig oder müssen höher verzinst werden, als es heute der Fall ist, und zwar zu dem Zinssatz, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten des Aufwertungsschlüssegesetzes bestimmen wird. Dieser Zinssatz wird sich natürlich nach dem Satz richten müssen, der für den allgemeinen Kapitalmarkt für erstklassige Anlagen üblich ist. Wenn ich einmal Professor Bonn zitieren darf, so fürchte ich, daß dieser Zinssatz nach den bisherigen Erfahrungen kaum unter 7 bis 8 % liegen wird. Ob das zutrifft, kann man nicht genau voraussagen. Wenn das aber tatsächlich eintritt, wenn weiter die Aufwertungsschulden in zunehmendem Maße durch Kredite abgedeckt werden, die heute bei ersten Hypotheken zwischen 9 und 10 % kosten, so bedeutet das eine Zunahme der unproduktiven Verschuldung in den bäuerlichen Wirtschaften, so daß eine Zinslast von außerordentlicher Höhe für Fremdkapital aufgebracht werden muß, das den Betrieben selbst nicht zugute gekommen ist. Es wird also damit das Verhältnis zwischen fremdem und eigenem Kapital zum Schaden des Betriebes außerordentlich verschoben. Das ist deswegen besonders gefährlich, weil in diesen Gebieten des Ostens, aber auch in Teilen Süddeutschlands, die Selbstausbeutung der bäuerlichen Arbeit schon einen außerordentlich hohen Grad erreicht hat, so daß es mir fraglich erscheint, ob zur Aufbringung der erhöhten Zinsen die Selbstausbeutung noch weiter wird gesteigert werden können. Eine Änderung des Aufwertungsschlüssegesetzes dürfte kaum möglich sein. Es würden dadurch die Schwierigkeiten auf dem Aufwertungsgebiet von neuem aufgerollt werden. Daher wird es zweckmäßig sein, wenn bereits heute nicht nur die Umschuldung kurzfristiger Personalschulden, die hochverzinslich sind und auf den bäuerlichen Betrieben lasten, erwogen wird, sondern man wird auch die Umschuldung dieser Aufwertungshypotheken in weitem

Maße in Gang bringen müssen; und dies in einer Form, die für den landwirtschaftlichen Betrieb, vor allem den bäuerlichen, einigermaßen tragbar ist. Ich glaube aber, daß wir diese Umschuldung nicht allein dem privaten Kapitalmarkt überlassen dürfen, sondern daß hier eine ganz planmäßige Kapitalpolitik wird einzehn müssen, wie sie auch in dem Berichte des Enquêteausschusses gefordert worden ist.

(Beifall.)

Dr. Hans-Joachim Rüstow:

Eine grundfältliche Auseinandersetzung mit den Einwendungen des von mir verehrten Herrn Professor Brinkmann würde mehr Zeit erfordern als mir zur Verfügung steht. Ich möchte nur kurz ein bedauerliches Missverständnis aufklären und folgendes feststellen:

**Erstens:** Von der besonderen Notlage des deutschen Ostens und insbesondere Ostpreußens habe ich gar nicht gesprochen.

**Zweitens:** Auch die notwendigen kurzfristigen Übergangsmaßnahmen für die deutsche Getreideproduktion habe ich nur am Schluß meiner Ausführungen kurz gestreift und mich im übrigen bewußt auf das langfristige Problem der deutschen Getreideproduktion beschränkt.

**Drittens:** Um zu veranschaulichen, wie unsinnig es ist, auch den unrentabelsten Teil der deutschen Getreideproduktion künstlich durch immer höhere Schutzzölle erhalten zu wollen, habe ich diese Forderung mit dem Plan einer gleichfalls durch Hochschutzzölle künstlich rentabel gemachten deutschen Ananaszucht verglichen. Daß zwischen demjenigen Teil der deutschen Getreideproduktion, der bereits jetzt mit einem Zollschutz von über 100 % nicht auskommt, und einer Ananaszucht, die einen Zollschutz von 300 % nötig haben würde, unter dem hier in Rede stehenden Gesichtspunkt ein anderer als nur gradueller Unterschied bestehen soll, vermag ich in der Tat auch jetzt noch nicht einzusehen.

Dr. Baumert-Berlin:

In den beiden Referaten der Herren Sering und von Batocki sind die Unterschiede zwischen amerikanischer und deutscher Landwirtschaft kräftig hervorgetreten. Einerseits haben wir von den amerikanischen Weizenfabriken gehört, andererseits ist der Charakter des deutschen landwirtschaftlichen Betriebes als bedarfsdeckender Grundbesitz betont

worden. Zweitens besteht in Amerika Kapitalreichtum und Mangel an Arbeitskräften, in Deutschland umgekehrt Kapitalarmut und Überfluß an Arbeitskräften. Drittens weist Amerika eine mechanisierte, Deutschland dagegen eine organische landwirtschaftliche Produktion auf. Viertens schließlich hat die landwirtschaftliche Arbeitsteilung vom Gesichtspunkt der Spezialisierung aus in Amerika außerordentlich große Fortschritte gemacht, während in Deutschland der landwirtschaftliche Betrieb nicht denkbar ist, wenn er nicht gleichzeitig der Getreide- und Viehproduktion dient.

Entsprechend diesen Unterschieden sind auch die in Frage kommenden Hilfsmaßnahmen zu werten. Einerseits kommt Selbsthilfe, andererseits Staatshilfe in Betracht. Geheimrat Sering hat auf die Rationalisierung verwiesen. Mir scheint, daß die Rationalisierung in der Landwirtschaft, namentlich im kleinbäuerlichen Betrieb, eine gewisse Grenze hat. Ich denke hier an die lange Zeit, während der im Kleinbetrieb die Maschinen unproduktiv im Schuppen stehen, so daß dadurch Zinskosten entstehen. Ich denke weiterhin daran, daß durch die Rationalisierung die ganze Arbeitsweise auf gewisse Seiten konzentriert wird. Die bisher vorwiegend die Wintermonate ausfüllende Druscharbeit zum Beispiel würde unmittelbar in den Sommer fallen und durch den höheren Lohn des zu Johanni gemieteten und zu Martini wieder entlassenen Knechts zusätzliche Arbeitskosten schaffen, die in der stillen Zeit nicht in entsprechendem Ausmaße eingespart werden könnten. Es würde im landwirtschaftlichen Betrieb ein produktiver Zeitverlust entstehen, den der Landwirt in Ermangelung sonstiger Tätigkeit nicht auszufüllen vermag. Geldwirtschaftlich betrachtet entstehen jedenfalls „tote Kosten“, die einer Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft ziemlich enge Grenzen ziehen.

Wichtiger erscheint mir daher die Selbsthilfe, soweit sie in genossenschaftlicher Richtung liegt. Allerdings ist hierbei die Frage der Typisierung und Standardisierung von ausschlaggebender Bedeutung. Berliner Großhändler zum Beispiel betonen immer wieder, daß sie im Handel mit ostdeutschen Kartoffeln nur ihr Kapital verlieren können; und auch beim Aufkauf der süddeutschen Obsternte kann die Händlerschaft nicht die erforderlichen Mengen in gleichwertiger Qualität zusammenbekommen, um den Markt einheitlich versorgen und die den qualitativ besten Teilmengen entsprechenden Preise erzielen zu können. Hier muß die Landwirtschaft auf genossenschaftlichem Wege erst die

produktionswirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen. Dabei scheint mir, daß in der Landwirtschaft, ähnlich wie es in der Industrie geschehen ist, der Kartellgedanke — nötigenfalls unter staatlicher Mitwirkung — viel stärker geweckt werden müßte.

Außer dieser bereits in die Selbsthilfe eingreifende Staatshilfe ist der Zollschutz zu untersuchen, soweit er als Regulator konjunkturell und strukturell bedingter Krisen in Frage kommt. Abgesehen von großen unbeeinflußbaren Ertragschwankungen ist es bei konjunkturellen Krisen oft so, daß eine kleine Teilmenge der agrarischen Weltproduktion den Preis verderben kann, ebenso wie ein Aktienpaket auf dem Börsenmarkt herumschwimmt und das Kursniveau verdreht. In diesem Falle erscheint ein Zollschutz unangebracht. Bei strukturellen Wandlungen dagegen, wie sie Geheimrat Sering aufgezeigt hat, gibt es bisher keine anderen Abwehrmaßnahmen als Zollmauern, zumal durch die exorbitanten Industriezölle Amerikas dem Export deutscher Waren und damit der industriellen Eingliederung bisher landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung allzu enge Grenzen gezogen sind. Wissenschaftlich läßt sich das infolge der grundlegend veränderten Welt situation nicht entscheiden. Der Kampf zwischen teurer deutscher Arbeit und billigem amerikanischen Kapital ist aber heute auch nur wirtschaftspolitisch zu beurteilen.

Rechtsanwalt Dr. Karl Schmidt-Wien:

Als Verfasser des österreichischen Beitrags zur Frage der Vererbungsverhältnisse möchte ich Sie um Gehör bitten. Es ist gesagt worden, daß die Erhebungen der Nachkriegszeit eigentlich in allen Ländern, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei ergeben hätten, daß die Vererbungssitte noch nicht erschüttert ist, daß sich aber Tendenzen zeigen, die für die Zukunft eine Erschütterung befürchten lassen, wenngleich festzustellen ist, daß es Gebiete gibt, wo diese Erschütterung, die insbesondere in der Inflationszeit sichtbar war, wieder zurückgegangen ist. Nun möchte ich fragen: Ist es richtig, daß man in den gesetzlichen und administrativen Schutzmaßnahmen, die man für die Landwirtschaft als unbedingt notwendig anerkennt, die Vererbungsfrage nicht berücksichtigt? Herr Präsident Hainisch hat heute gesagt, daß mit dem Anerbenrecht nicht viel zu helfen sei. Ich teile nicht diese Ansicht, wenn ich

auch der Meinung bin, daß das Anerbenrecht nicht in allen Ländern eine geeignete Maßnahme ist. Aber ist es nicht merkwürdig, daß man jenen Stand, den man in der furchtbaren sozialen Not der Gegenwart als Fundament unserer Gesellschaftsschichtung anerkennen muß, den Bauernstand, dadurch unterwöhlt, daß man in jenen Gebieten, wo kein Anerbenrecht existiert, wo ein aus der romanistischen Zeit stammendes vollkommen fremdes Recht herrscht, dieses Recht weiter gelten läßt? Ist es verständlich, daß man mit offenen Augen hier einen Abbröckelungsprozeß weiter vor sich gehen läßt, und nur sagt: Die Bauern helfen sich selber? Es ist nicht richtig, die Bauern können sich nicht nach jeder Richtung selbst schützen. Gewiß, die Selbsthilfe ist bewundernswert, sie wird seit Jahrhunderten geübt, aber es gibt immer größere Bezirke, wo diese Selbsthilfe zusammenbricht; die Erhebungen, die jetzt wieder durchgeführt wurden — und ich habe die Ehre gehabt, in der Vorkriegszeit eine eigene Erhebung über ganz Österreich vorzunehmen —, haben dasselbe Resultat ergeben. Die Erfahrung zeigt, daß je nach der Verschiedenheit der Grundpreise und der Erwerbsmöglichkeiten die gesetzlichen Grundlagen dazu führen, daß auch bei dem festen Willen der übergebenden Eltern, das Gut der Familie zu erhalten, durch spätere Anfechtungsprozesse, die von sündigen Advokaten angezettelt werden, das Gefüge erschüttert wird. In den österreichischen Erhebungen ist festgestellt worden, daß es Gebiete gibt, wo die sonst unerschütterte Sitte durch derlei subversive, aus der sozialen Schichtung mit der Berufsgliederung der Bevölkerung naturnotwendig entstehenden Kräfte gefährdet wird.

Deswegen frage ich, ob es nicht eine sehr dankenswerte Aufgabe der jetzigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik wäre, zu fordern, daß man die Fundamente des jetzigen gesunden Bauernstandes untermauert durch eine Bestimmung, durch die man den Widersinn einer romanischen volksfremden Gesetzgebung, die zu einer Mobilisierung und zur jeweiligen Bestimmung der Grundwerte nach den übertriebenen Verkehrswerten zwingt, beseitigt, und wenn man schon kein Anerbenrecht schafft, so doch wenigstens dieses fremde Recht ausschaltet. Als Vorbild erscheint mir hier das schweizer und zum Teil das deutsche Beispiel. Im deutschen bürgerlichen Recht ist in jenen Fällen, wo testamentarisch die Unteilbarkeit bestimmt ist, der Ertragswert zur Grundlage der Auseinandersetzung gemacht. Das ist eine Lücke, weil sich diese Bestimmung nicht auf die Gutsübergaben, die wichtigste Rechtsform

des bäuerlichen Familienheitsüberganges, bezieht. Ich würde vorschlagen, daß der Verein sich damit beschäftigt. Wenn die Frage des Anerbenrechts nicht im Handumdrehen zu lösen ist, so sollte man wenigstens in einzelnen Gebietsteilen die Möglichkeit schaffen, diese Gefahren des fremden Rechts, das einen Widerstand in unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik bedeutet, auszuschalten.

(Bravo!)

**Freiherr von Gahl-Königsberg:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie gegen Ende der Debatte noch einem Ostpreußen ein paar kurze Worte. Zunächst ist es mir ein Bedürfnis, Herrn Professor Brinkmann für die warmen Worte, die er für die Heimat gefunden hat, auch aus ostpreußischem Munde noch einen ganz besonderen Dank auszusprechen.

(Lebhafte Beifall.)

Dann aber möchte ich als Ostpreuße von dieser Stelle noch einmal betonen, daß wir auf agrarpolitischem Gebiete nicht mit dem Kopf durch die Wand wollen, sondern daß wir uns auch auf diesem Gebiet wie auf allen übrigen als ein dienendes Glied des deutschen Volkes fühlen, und aus diesem Gefühl und aus der Erkenntnis heraus, daß wir nur leben können, wenn wir ein Glied des deutschen Volkes bleiben, ist unsere innere Einstellung zu den Fragen der übrigen Berufsstände und anderer Teile des deutschen Vaterlandes gegeben.

Es ist hier davon die Rede gewesen, daß Ostpreußen eine besonders bevorzugte Behandlung brauche. Ich will keine Wiederholungen vornehmen, möchte aber auf eins noch besonders hinweisen. Was wir anstreben, ist eine allgemeine bescheidene Wiederherstellung der Rentabilität der gesamten deutschen Landwirtschaft. Wird dieser unser Wunsch und diese Forderung erfüllt, so ist uns bereits zu einem sehr erheblichen Teil geholfen. Wir sind aber durch unsere verkehrsgeographische Lage, durch die Ereignisse des Versailler Friedensdiktats in einer Weise im Verhältnis zu anderen Teilen des deutschen Vaterlandes geschwächt, daß wir eine Schonzeit brauchen, um uns den neuzeitlichen Bedingungen der Wirtschaft anzupassen. Die gewaltigen Strukturänderungen, die unser deutsches Volk auf politischem, kulturellem und vor allem wirtschaftlichem Gebiete durchgemacht hat, haben sich

hier im Osten, der in seinen Grundverhältnissen immer anders war als die Mitte und der Westen Deutschlands, ganz besonders ausgewirkt. Wir haben die notwendig gewordene Umstellung nicht so schnell durchführen können, nicht etwa aus Schwerfälligkeit oder weil wir, wie gesagt wurde, als eine überwiegend bäuerliche Provinz nur Menschen haben, die nur eine Idee fassen können, nämlich den Zoll, sondern weil wir durch die Ereignisse der letzten zweieinhalb Jahrzehnte aufs schwerste geschwächt waren.

Wenn Sie sich in Ostpreußen umsehen, werden Sie die Überzeugung gewinnen, daß wir auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere aber auf wirtschaftlichem und landwirtschaftlichem Gebiete mit allen Kräften unter Führung der Wissenschaft, die von unserer altehrwürdigen Albertina hier ausgeht, tatsächlich versuchen werden, uns so schnell und so stark als möglich umzustellen. Aber das geht nicht so leicht. Es ist außerordentlich leicht, von irgendeiner Stelle aus dem ostpreußischen Bauer oder auch dem Großgrundbesitzer zu predigen: stell dich um. Diese Umstellung erfordert Kapitalaufwand und Zeit. Ich kann nicht eine seit Jahrzehnten auf Getreidebau eingestellte Wirtschaft von heute auf morgen lediglich auf Viehwirtschaft umstellen, vor allem dann nicht, wenn ich das Umstellungskapital so hoch verzinzen muß, wie vielleicht in keinem anderen Teil Deutschlands. Das spärliche Kapital, das in Deutschland vorhanden ist, hat sich begreiflicherweise nicht sehr gern nach Ostpreußen gewandt, und Sie werden zum Teil erstaunt sein, wenn ich Ihnen sage, daß der ostpreußische Bauer heute noch für Kapital, daß er bei irgendeiner Genossenschaft oder dergleichen aufnimmt — nicht bei Bucherern —, unter Umständen 14 % Zinsen zu zahlen hat.

(Hört! Hört!)

Mit solchen Kapitalzinsen sich umzustellen, ist keine Kleinigkeit. Aber wir sind gewillt, uns umzustellen, und es würde uns leichter werden, wenn die Preise unserer Produkte in einem besseren Verhältnis zu den Erzeugungskosten stünden. Wenn im übrigen Deutschen Reich die Erzeugungskosten zu hoch sind, um die Landwirtschaft rentabel zu machen, dann trifft das in ganz besonderem Maße hier zu. Wenn der Bauer hier für seine Milch 8, bestenfalls 11 Pfennig bekommt, so deckt dieser Milchpreis seine Produktionskosten nicht und bildet keinen Anreiz, ja nicht einmal die Möglichkeit, sich in stärkerem Maße auf Veredlungsarbeiten umzustellen. Dasselbe erleben wir hier seit den Bemühungen

um die Einführung der Frischheizentrale auf dem Gebiete der Geflügelzucht und der Eierproduktion. Wenn unser Bauer für das deutsche Frischfleisch an Ort und Stelle 7 bis 8 Pfennig bekommt, wie es vielfach der Fall gewesen ist, ist es nicht möglich, rentabel Hühner zu ziehen und Eier zu produzieren.

Wir brauchen also in bescheidenem Umfang, unseren Verhältnissen entsprechend, einen gewissen Schutz. Soweit dieser Schutz der ganzen deutschen Landwirtschaft gegeben wird, hilft er auch uns und ist uns willkommen. Über darüber hinaus brauchen wir etwas, was bei uns nicht unmittelbar die Produktionskosten mindert, wohl aber uns die Last tragen hilft, die auf unsren Schultern ruht. In einem geradezu erstaunlichen Tempo haben sich die Verhältnisse in Ostpreußen in bezug auf Löhne, Lebenshaltung usw. in der Nachkriegszeit den Verhältnissen im übrigen Deutschland angepaßt. Wir haben hier sehr schwere Lasten zu tragen, von deren Umfang und Druck in den einzelnen Kreisen sich die wenigsten draußen einen Begriff machen können. Ich erinnere Sie nur daran, daß unsere geschichtliche Aufgabe bereits geworden zu sein scheint, aus unserem Menschenüberschuß Menschen in die Industriezentren und Großstädte zu schütten, um deren Aussterben auf die Dauer zu verhindern. Da hat sich gezeigt, daß wir doch für diese Hunderttausende von Menschen, die in den letzten Jahrzehnten abgewandert sind, trotz Staatszuschüssen die Unterhalts- und Erziehungskosten bis etwa zum 18. Lebensjahr haben tragen müssen, ehe sie von uns abwandern. Wenn man einmal in Geld umrechnet, was Ostpreußen durch die Menschen, die es erzogen und in die Schule geschickt hat, dem übrigen deutschen Vaterland geleistet hat, dann kommen Milliardenwerte heraus, denen gegenüber die Summen, die heute in das Zuschußgebiet Ostpreußen fließen, zahlenmäßig keine Rolle spielen.

(Sehr richtig!)

Was wir brauchen, ist vor allem eine Schonzeit, in der man uns die Last abnimmt, die außer den ungünstigen Produktionsbedingungen unsere Wirtschaft zu erdrücken droht. Wir wollen Zinssenkung, Senkung unserer Lasten, und daneben wollen wir teilhaben an dem allgemeinen, im Augenblick nach unserer Auffassung notwendigen Schutz für die gesamte deutsche Landwirtschaft.

Ich möchte meine Ausführungen damit schließen, daß ich Sie bitte, auch einmal von der Wirtschaft hintweg auf den Menschen zu sehen, um

dessentwissen letzten Endes alle Wirtschaft getrieben wird, und ich bitte Sie, von dieser Tagung die Überzeugung mitzunehmen, daß, wenn das übrige Deutschland zu uns steht, wie es zu uns gestanden hat in den Tagen des Wiederaufbaus nach dem Russeneinfall des Jahres 1914, wenn das übrige Deutschland bereit ist, für den Einzelnen kaum fühlbare, für einzelne Berufszweige auch nur wenig fühlbare Opfer für die Erhaltung dieser deutschen Insel zu bringen, die Menschen, die hier leben und wohnen, ihre Pflicht und Schuldigkeit tun werden, damit dieses Land deutsch bleibt.

(Stürmischer Beifall.)

Oberpräsident Dr. Siehr:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen am Schlusse der Diskussion, und ich möchte zunächst meiner Pflicht als Vorsitzender genügen, indem ich wohl in Ihrer aller Namen den verehrten drei Vortragenden den herzlichsten Dank ausspreche, und ich darf diesen Dank auf alle diejenigen Herren ausdehnen, die sich an der Debatte beteiligt haben, die unzweifelhaft auf hohem Niveau gestanden hat. Wenn sich bei der Debatte eine gewisse Schwierigkeit gezeigt hat, so war es vielleicht die, daß wir von dem großen Problem der deutschen Agrarkrise im Rahmen der Weltagrarkrise ausgingen, und daß sich dieses Problem schließlich kreuzte und überschnitt mit dem Problem Ostpreußen, das auf einem ganz anderen Brett steht.

Von diesem Gesichtspunkt aus kann ich vieles, ja das meiste von dem unterstreichen, was mein verehrter Herr Vorredner eben ausgeführt hat. Es ist richtig: Wenn der ganzen deutschen Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade mit gesetzlichen Mitteln geholfen werden kann, so wird damit Ostpreußen, da es ein überwiegend agrarisches Land ist, schon weitgehend Hilfe geleistet. Aber ganz separiert von dieser Frage ist das zu behandeln, was ich das Problem Ostpreußen nennen möchte, das, was uns bewogen hat, neben der Selbsthilfe, die wir selbst üben wollen, an Reich und Staat heranzutreten und darzulegen, daß Ostpreußen nach dem Krieg, nach der Abschnürung durch den Korridor, nach der Schaffung der Randstaaten, die uns von unserem Hinterland Russland abschneiden, in eine Situation gekommen ist, wie kein anderes deutsches Land, daß es nur von fremden Grenzen umgeben in vollständig andere und neue wirtschaftliche Probleme hineingestoßen ist,

mit denen es sich nun wohl oder übel abzufinden versuchen muß. Wenn zu all diesen Schwierigkeiten die allgemeine Agrarkrise hinzutritt, die auf großen Teilen der Welt, vor allem aber auf dem ohnehin durch die Kriegslasten geschwächten Deutschland lastet, dann ergibt sich die Konsequenz, daß am schwersten die Wirkungen sich an dem Orte des geringsten Widerstandes zeigen, an dem geschwäitesten Teil des Ganzen, und dieser geschwäteste Teil ist Ostpreußen. Ich könnte davon sprechen, daß Ostpreußen ja klimatisch ungünstig gestellt ist, daß es eine sehr kurze Vegetationsperiode hat, daß das die Landwirtschaft bei uns verteuft, weil es den Landwirt zwingt, mehr Gespanne zu halten, ständig mehr Leute zu haben, weil es uns zwingt, unsere Häuser wetterfester und daher teurer zu bauen, als es in glücklicheren Landesteilen der Fall ist. Aber das möchte ich nicht anführen, denn das sind Verhältnisse, die auch vor dem Kriege bestanden haben. Es gibt auch andere deutsche Landesteile, die nach dieser Richtung Klagen erheben könnten. Auch die von Kohle und Eisen weitab gelegene Lage möchte ich nicht erwähnen. Dieses Schicksal teilen wir mit einigen anderen Grenzgebieten. Aber was durch den Krieg wesentlich anders geworden ist, ist vor allem neben der Abschnürung vom russischen Hinterlande die Tatsache der Abschnürung durch den Korridor vom übrigen Deutschland. Nun können Sie mich fragen: Was wird durch den Korridor selbst so viel gefündigt, man fährt doch mit dem D-Zug durch und merkt es kaum. Das ist es aber gerade, was man im übrigen Deutschland vorläufig vielfach nicht sieht, daß das Korridorproblem nicht in erster Linie ein Verkehrsproblem ist. Gewiß, wir haben durch den Korridor Schwierigkeiten aller Art auch auf dem Verkehrsgebiet. Der Binnenschiffahrtsverkehr, der früher durch den Korridor nach Mitteldeutschland, Berlin und dem Westen zu führte, ist heute vollständig tot, es gibt einen solchen überhaupt nicht mehr. Die beiden großen Ströme, die bisher unsere Lebensader waren, Memel und Weichsel, sind absolut tot. Die Weichsel fließt jetzt durch fremdes Land. Die Grenze ist entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages so gezogen, daß sie auf dem rechten Ufer der Weichsel verläuft, und daß wir überhaupt keinen Zugang zu dem großen prächtigen Weichselstrom mehr haben. Der Memelstrom ist jetzt Grenzland mit dem Memelland geworden. Er fließt jetzt durch eine Reihe verschiedener Randstaaten. Früher hatten wir nur die eine Grenze mit Russland. Jetzt wird der Memelstrom zerstückelt durch den russischen Anteil, durch den polnisch-litauischen Anteil, durch die Grenze Litauens

mit dem Memelgebiet, und auf dem Unterlauf gehört der Grenzstrom zur Hälfte uns, zur Hälfte dem Memelland. Der Strom ist infolge dieser Verhältnisse und wegen des Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen als Zubringer von Waren absolut erledigt. Während der Memelstrom vor dem Kriege durchschnittlich 2 Millionen Festmeter Rohholz nach Ostpreußen transportierte, fährt heute kein Holzfloss mehr auf dem Unterlauf der Memel, und auch die Schiffahrt auf der Memel ist nahezu tot. Ebenso ist die Schiffahrt auf dem Unterlauf der Weichsel nahezu tot, es sei denn, daß hin und wieder ein Fahrzeug der polnischen Staatsbehörden darüber fährt.

Das sind Dinge, die ein Wirtschaftssystem, das ohnehin schon schwach fundiert ist — wir verfügen nicht annähernd über die Reserven, über die der wohlhabende Westen noch immer verfügt —, sehr schwer treffen. Es kommt hinzu, daß wir heute vom übrigen Deutschland räumlich, frachtlich weiter entfernt liegen, in einem entfernteren Thünenschen Kreise liegen, als es vor dem Kriege der Fall war. Es klingt eigen-tümlich, ist aber so: Wir hatten vor dem Kriege einen sehr lebhaften Wirtschaftsverkehr mit den Provinzen Posen und Westpreußen, so weit sie heute Korridorgebiet und polnisch geworden sind oder zu Danzig gehören. Mit diesen Gebieten vollzog sich ungefähr der dritte Teil, zwischen 30 und 35 % des ganzen Warenverkehrs, den Ostpreußen mit dem übrigen Deutschland bahntwärts hatte. Dieser ganze Warenverkehr ist bis auf ein verschwindendes Minimum, das die Zollgrenze über-springt, verschwunden, und wir sind genötigt, die Waren, die wir bis-her in dieses Gebiet abgesetzt haben, in deutsche Gebiete abzusezen, die westlich des Korridors liegen. Wir haben also erheblich größere Strecken bahntwärts zurückzulegen und müssen andererseits hier als Produ-zenten, als Verkäufer die Fracht dafür selber tragen; denn wir treten mit diesen Produkten — es sind im wesentlichen reine Agrar-produkte — in die Konkurrenz mit anderen deutschen Landesteilen, die wesentlich günstiger liegen, wie Pommern, Schlesien, Brandenburg, Hannover usw.

Also es ist schon richtig, wenn gesagt worden ist, wir verkauften um 15 bis 20 % billiger als andere. Ich glaube, die Darstellung des Herrn von Hippel ist etwas mißverstanden worden. Ich kenne die Auffassung von Herrn von Hippel und die Berechnungen, die ihr zu-grunde liegen, und die dazu führen, daß wir in der Tat zu der Rech-nung kommen, daß es etwa 15 bis 20 % sind, um die unsere Landwirt-

schafft diese Produkte, die sie nach dem Westen abschickt, jetzt billiger abgeben muß, als es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Ähnlich liegt es mit den Waren, die wir aus diesen Gebieten bezogen hatten und die wir jetzt ebenfalls beträchtlich teurer von jenseits des Korridors beziehen müssen. Es ist also schon etwas daran, daß wir unsere Waren jetzt um einen erheblichen Prozentsatz teurer beziehen müssen, weil sich der Korridor als fremdes, für uns wirtschaftlich totes Gebiet dazwischen schiebt, und weil wir andererseits unsere Waren, die wir absezzen, nur zu einem billigeren Sache loswerden können.

Wir haben einmal die Rechnung aufgemacht, was das Ostpreußen jährlich kostet, und die Landwirtschaftskammer wie die Industrie- und Handelskammern sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß Jahr für Jahr rund 19 Millionen Mark von der ostpreußischen Wirtschaft für diesen Zweck aufzubringen sind. Das ist eine Summe, die vielleicht für Westfalen oder das Rheinland nicht sehr bedeutend klingen würde, aber für ein fast rein agrarisches Gebiet wie Ostpreußen eine schwerwiegende Bedeutung hat. Dazu kommt noch eins. Es ist vorhin bemerkt worden, daß wir vielfach noch Zinsen bis 14 % an Genossenschaften, also an diejenigen Stellen, die den Landwirten zu helfen berufen sind, zahlen müssen. Es ist so, daß wir nicht nur an Genossenschaften, sondern an kreditgebende Institute aller Art, die kurzfristige Kredite geben, wesentlich höhere Zinsen zahlen müssen als im übrigen Deutschland, speziell in der Reichshauptstadt, gezahlt werden. Eine weitere Erschwerung ist die, daß gerade diese kurzfristigen Kredite hier bei unseren Landwirten eine viel größere Rolle gespielt haben, als es jenseits des Korridors der Fall war. Denn wir haben in all den Jahren einen eigentlichen Realkredit kaum mehr zur Verfügung gehabt. Die alten Beleihungen bestehen zwar noch. Die Landschaft hatte versucht, erststellige Beleihungen, so gut es ging, unterzubringen. Das ging so lange, als die Pfandbriefe absetzbar waren. Auch das hatte mit der Zeit seine Grenze gefunden, und heute ist es so, daß seit Jahren landschaftliche erststellige Beleihungen nur noch in ganz verschwindend geringen Fällen praktisch ausgeführt werden können. Es liegen bei der Landschaft, wenn ich recht unterrichtet bin, heute noch Anträge in Höhe von 100 Millionen auf erststellige Beleihungen, die einfach nicht ausgeführt werden können. Zweitstellige Hypotheken gab es in Ostpreußen überhaupt nicht mehr. Das war der Grund für uns, weshalb wir uns an Reich und Staat wandten und sagten: Gebt uns

die Umschuldungskredite, ihr müßt versuchen, diese Zurückhaltung des deutschen Kapitals gegenüber der abgeschnürten und gefährdeten Provinz zu vermeiden und ihr entgegenzuwirken. Es ist keine Bevorzugung, die wir erbetteln haben, sondern es ist lediglich der Versuch gemacht worden, die Wirkungen, die durch den Korridor entstanden sind, durch diese Kriegsfolgen, an denen Ostpreußen unschuldig ist, auf die breiteren Schultern des ganzen deutschen Volkes zu legen. Das ist kein Vorrecht oder Vorzug, was wir erbitten, sondern nur der schwache Versuch, wenigstens einen Teil dieses durch den Kriegsausgang uns entzogenen Kredits mit Hilfe von Reich und Staat auszugleichen.

Die Wege, um diese Kredit- und Frachtsorgen abzustellen, werden wir gemeinsam gehen müssen. Es wäre falsch, wenn wir uns auf diesem Gebiete in einen agrarischen Osten und einen industriellen Westen spalten wollten, die sich nun gegenseitig möglichst viel bei der Verteilung der Lasten oder dessen, was der Staat geben kann, abzuhandeln versuchen. Wenn uns hier in dem agrarischen Osten, der abgeschnürten Provinz Ostpreußen, nicht unter die Arme gegriffen wird, dann ist dieses Land auf die Dauer nicht zu halten, und wir müssen uns klar sein, was das praktisch für Deutschland bedeuten würde. Ostpreußen ernährt bei dem heutigen Stande der Landwirtschaft drei Millionen Deutsche außer seinen eigenen Einwohnern, und wir hoffen das noch zu steigern. Aber wenn wir diese drei Millionen Menschen auch noch durch eingeführte Lebensmittel ernähren müßten, so können Sie sich ja denken, welche Wirkung das für unsere Handelsbilanz haben müßte. Auf der anderen Seite ist Ostpreußen ein starkes Menschenreservoir für den Westen, das uns sehr viel Geld kostet, ohne daß wir einen praktischen Nutzen von diesen Menschen ziehen können, denn sie gehen weg, sobald sie in das arbeitsfähige Alter gekommen sind.

Ich meine also, wir dürfen dieses Problem nicht vom Standpunkt gegenseitiger Konkurrenz der einzelnen deutschen Landesteile aus betrachten, sondern müssen es als ein großes allgemein deutsches Problem betrachten, an dessen Lösung wir alle zusammen mithelfen müssen, damit Ostpreußen deutsch bleibt.

(Stürmischer Beifall.)

Das Schlußwort haben die Herren Referenten, zunächst Herr Professor von Dieze.

Berichterstatter Professor Dr. von Diezé-Jena (Schlußwort):

Zu den Ausführungen in der heutigen Aussprache, soweit sie nicht das Thema meines Vortrags betreffen, habe ich nur eine einzige Bemerkung zu machen, da ich Mitverfasser des Gutachtens bin, das nachher in der Öffentlichkeit unter dem nicht ganz zutreffenden Namen eines Agrarprogramms des Reichsverbandes der deutschen Industrie vielfach zitiert worden ist. Aus den Ausführungen, die heute gemacht worden sind, könnte der Eindruck entstehen, als sei in diesem Gutachten Stellung genommen worden gegen die augenblicklich betriebene Schutzollpolitik, insbesondere gegen die Getreideschutzollpolitik. Das ist nicht der Fall gewesen, weder ausdrücklich, noch stillschweigend, noch zwischen den Zeilen. Im Gegenteil, dieses Gutachten hat sich auf den Boden dieser Politik gestellt und allerdings betont, daß mit dieser Politik allein nicht die Rettung gebracht werden kann, daß neben den allgemeinen Voraussetzungen, insbesondere der Be seitigung der unerträglichen Tributlast, noch eine ganze Reihe von Dingen, die ich als bekannt voraussehen kann, notwendig sind, um die Lage unserer Landwirtschaft wieder lebensfähig und erträglich zu gestalten.

Nun zum Gegenstand meines heutigen Vortrags. Da ist in der heutigen Aussprache ein Wort gefallen, auf das ich gesetzt war, wobei ich mich eigentlich nur wundere, daß es nur einmal gefallen ist, und das ist der Ausdruck „Romantik“, den ich wohl auch auf mich beziehen darf. Nun, ich gehöre nicht zu denjenigen, die das Wort „Romantik“ im Sinne eines Vorwurfs oder einer Gering schätzung verstehen.

(Bravo!)

Aber über die Auslegung von Wörtern ist man sich ja vielleicht nicht immer einig, und das trifft wohl auch für das vielgebrauchte Wort von der Nationalisierung zu, die, wie ich glaube, nicht nur als eine Emanzipation von der menschlichen Arbeitskraft aufgefaßt zu werden braucht. Wenn man hier von Romantik gesprochen hat, so will man wohl Weltfremdheit oder etwas dem ziemlich Gleichbedeutendes damit kennzeichnen. Ich bin, glaube ich, bemüht gewesen, in unserem heutigen Bauerntum, um lediglich dabei zu verbleiben, nicht nur ideale oder idealisierte Züge zu sehen, sondern auch Gefahren und Schwächen, die vorhanden sind und die vielleicht in Zukunft noch stärker hervortreten werden, keineswegs zu verschweigen. Aber ich halte es für eine wirkliche Weltfremdheit oder Bauernfremdheit, wenn man die Kräfte, die

nicht in Zahlen zu messen sind, die den Geist unseres Bauerntums ausmachen, nicht berücksichtigen will.

(Sehr gut!)

Deshalb glaube ich auch, daß diese Kräfte durchaus eine Stützung verdienen, und einen Weg — allerdings, wie ich schon ausgeführt habe, nicht den einzig entscheidenden, aber einen nützlichen Weg — sehe ich dabei auch in der Ausdehnung des Anerbenrechts auf diejenigen Gebiete, die nun einmal hierfür die notwendigen psychologischen Voraussetzungen besitzen, die die Anerbensitte pflegen und bewußt unter Opfern noch bis heute erhalten haben. Ich bin da auch in einem Gegensatz der Auffassung mit Herrn Bundespräsidenten Hainisch. Ich glaube freilich, daß die Verschiedenheit unserer Auffassungen sich dabei im wesentlichen auf einen taktischen Gesichtspunkt beschränkt: wieviel mit dem Mittel einer solchen Gesetzgebung geholfen werden kann oder nicht. Gewiß, es wird sich auch durch eine Verallgemeinerung des Anerbenrechts in den Gebieten der Anerbensitte zunächst nichts ändern. Die bäuerliche Bevölkerung wird — und ich glaube, das ist gut so — auch in Zukunft ihre Vererbungsverhältnisse selbstständig von Fall zu Fall durch Vertrag unter Lebenden oder auch gelegentlich durch Testament regeln. Aber wir wissen, daß diese Regelung und die ihr zugrunde liegenden sittlichen Anschauungen in mancher Hinsicht Gefahren ausgesetzt sind, und diese Gefahren werden vergrößert, wenn die Angriffe, die besonders häufig erfolgen, wenn etwa eine Tochter einen Mann aus der Stadt geheiratet hat, eine gewisse Grundlage in dem geltenden Intestatexrecht finden. Diese Gefahren zu vermindern, ist, glaube ich, eine Aufgabe, die auch in die Gegenwart hinein gehört, und die die dazu erforderlichen Bemühungen wert ist. Die Einführung des Anerbenrechts in den Gebieten der Anerbensitte erscheint mir geeignet, den wertvollen und keineswegs nur in der Illusion vorhandenen Geist unseres Bauerntums zu stützen.

(Lebhafte Beifall.)

Berichterstatter Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Sering-Berlin:

Meine Damen und Herren! Ich glaube feststellen zu dürfen, daß in der Diskussion ein Widerspruch gegen Herrn von Diezes und meine

Darlegungen wissenschaftlicher Art nicht erhoben worden ist. Wohl aber hat sich eine lebhafte Aussprache an die politischen Konsequenzen geknüpft, die wie mein Vorredner, so ich selbst, aus den festgestellten Tatsachen und Zusammenhängen ziehen zu sollen glaubte. Dahin gehören vor allem die Äußerungen meines sehr geschätzten Kollegen Harms. Er wandte sich, wenigstens indirekt, gegen meine Stellungnahme zu der im September 1924 gefassten Entschließung vieler wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Hochschullehrer zu den großen Fragen der Wirtschaftspolitik, und er glaubte, den Gegensatz so formulieren zu sollen, daß unser 65-Millionen-Volk, das überwiegend von industrieller Arbeit leben muß und auf fremde Rohstoffe angewiesen ist, niemals aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang und der weltwirtschaftlichen Preisbildung losgelöst werden könne. Es liegt mir wirklich ganz fern, den von ihm angegriffenen Standpunkt ökonomischer Autarkie für Deutschland vertreten zu wollen. Sofern sich die Resolution von 1924 gegen solche Auffassungen wandte, stehe auch ich noch voll und ganz auf dem Standpunkt jener Entschließung, und ich teile die Auffassung von Harms, die er in einer etwas mildereren Fassung in seiner zweiten Diskussionsrede vorbrachte, daß wir auf lange Sicht auch die praktischen Konsequenzen aus solcher weltwirtschaftlichen Einstellung ziehen müssen. Im Augenblick aber handelt es sich um einen akuten Notstand. Ich habe Ihnen unter den überwältigenden Eindrücken, die wir in Nordamerika gewonnen haben, geschildert, welche ungeheuren Gefahren unsere Landwirtschaft und insbesondere die deutsche Getreidewirtschaft von dorther bedrohen. Wir können die etwa 60 % des deutschen Bodens, die dem Getreidebau gewidmet sind, nicht preisgeben, ohne uns selber preiszugeben. Wenn ich also die Forderung: Helft euch selbst, bessert eure Technik oder verändert sie im Sinne der Verbilligung der Produktionskosten, durch die andere ergänzte: Räumen wir unseren Landwirten eine Schonfrist ein, in der sie diese Neuerungen durchführen können, so war das durchaus kein Bekenntnis zur Autarkie, sondern, wie ich ausdrücklich formulierte, eine Forderung, die ganz der Grundauffassung von Friedrich List entspricht: durch Notstandszölle, die zugleich echte Erziehungszölle sind, den Einzelnen, die sich in tausend Schwierigkeiten befinden, die wirtschaftliche Möglichkeit zu geben, ihr Werk der Umstellung zu vollbringen. Darum bin ich für Getreidezölle und für Zölle auf Qualitätserzeugnisse eingetreten, ohne mich mit allen Maß-

nahmen zu identifizieren, die zur Hebung der landwirtschaftlichen Einnahmen getroffen worden sind.

Ich glaube nicht an den dauernden Erfolg der Preissetzungsktionen, wie sie der kanadische Weizenpool oder das Farm Board der Vereinigten Staaten in die Wege geleitet hat und auch die deutsche Reichsregierung eine Zeitlang durchzuführen die Absicht hatte. Wir können nämlich niemals von dem Gesetze loskommen, daß der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Ich konnte und kann es nicht als meine Aufgabe betrachten, die preispolitischen Maßnahmen des Deutschen Reiches im einzelnen zu besprechen. Über gewisse Maßnahmen wie den bewährten Vermahlungszwang oder den Brotverkauf nach dem Gewicht ist auch kaum noch ein Streit. Nur eine allgemeine Bemerkung sei mir über die Möglichkeiten zentralisierter Preisbeeinflussung gestattet. Auf einem begrenzten Marktgebiet kann man durch zentralen Ein- und Verkauf einen ausgleichenden Einfluß auf die Getreidepreise ausüben, indem man bei reichen Ernten einkauft, bei knappen verkauft. Aber dieses Mittel versagt auf einem Weltmarkt, der unter dem Druck eines rasch wachsenden und billigen Angebots steht. Die in öffentlichen Speichern eingelagerten Vorräte beeinflussen dann ebenso den Preis, als wenn sie in den Handel gekommen wären, und man wird immer in Gefahr sein, sie mit Verlust abstoßen zu müssen. Gegen den viel erörterten Plan eines deutschen Getreidemonopols oder doch Außenhandelsmonopols für Getreide sprechen aber nicht bloß wirtschaftliche, sondern politische Gründe. Mit Unrecht beruft man sich auf die berühmte Getreidepolitik Friedrichs des Großen. Was ein genialer Mann mit absoluter Gewalt an der Spitze eines kleinen Volkes vermochte, ist einer demokratischen Republik mit 65 Millionen Einwohnern versagt. Ich sehe die große Gefahr einer weiteren Ausbildung des Gedankens staatlicher Preisbeeinflussung darin, daß, wenn er weiter verfolgt wird, wir die Entscheidung über das Arbeitseinkommen, das dem Landwirt zuzumessen ist, in die städtischen Massen verlegen. Es ist das ein Weg, auf dem jetzt in Russland die Bauern zu den Frönen des dort sehr kleinen städtischen Proletariats heruntergedrückt werden.

Dann wurde eingewandt: Du fordernst unter Anpassung an die besonderen deutschen Verhältnisse Mechanisierung und Motorisierung; aber alle solche Rationalisierungsmaßnahmen bedeuten eine Verringerung des Arbeitsaufwands, der in der landwirtschaftlichen Produktion

gemacht werden muß, also Entvölkerung des platten Landes, und Herr Professor Brandt unterstrich noch die amerikanischen Beobachtungen, auf die ich schon hingewiesen hatte, daß dort in der Tat eine starke Entvölkerung in weiten Gebieten im Gange sei. Wie kannst du — dieser Vorwurf lag in dem Einwand — glauben, daß die von dir so eifrig lange Zeit vertretene Siedlungs-politik überhaupt noch einen Sinn hat, wenn du eine Nationalisierung für die Landwirtschaft vorschlägst, die die Menschen vom Lande vertreibt? Ich glaube nicht an diese letztere Gefahr. Die Kraft gerade der bäuerlichen Wirtschaft liegt nämlich in der Veredlungswirtschaft und besonders in der Gewinnung von tierischen, namentlich von Molkereierzeugnissen. Ich weiß nicht, ob ich es in meinem Vortrag hervorgehoben oder stark genug unterstrichen habe, was wir in den Vereinigten Staaten beobachtet haben in bezug auf die Größenverhältnisse der Betriebe, die ebenso wie unsere deutschen Siedlungs- und Bauernbetriebe aller Regel nach ihre Haupteinnahmen aus der Herstellung von Molkereierzeugnissen sowie dem Verkauf von Schweinen und Jungvieh erzielen. Wir haben überall in den weit ausgedehnten Milchwirtschaftsgebieten der Vereinigten Staaten Erkundigungen eingezogen, welche Wandlungen sich etwa hier vollziehen. Das Ergebnis war: Merkwürdig konservativ, die Verhältnisse ändern sich kaum, da herrscht eine für amerikanische Verhältnisse kleine Familienfarm von 40 Acres an, meist wohl von 80 oder 120 Acres, also von 12 an bis zu 32 und 48 ha, die letzteren meist mit 12 bis 15 Kühen. Das sind die Grenzen, in denen sich unter Berücksichtigung unserer soviel höheren Bodenerträge auch unsere mittelbäuerlichen Wirtschaften bewegen, und namentlich ist das ein Rahmen, in den die typische Größe der Siedlerstellen hineinpäßt, die heute im allgemeinen bei mittlerem Boden 15 ha umfassen und für zwei Pferde Beschäftigung haben. Die Ursache dafür, daß diese Betriebe sich in voller Kraft erhalten und eine merkwürdig geringe Tendenz zur Ausweitung zeigen — auch der sehr verbreitete Gebrauch des Traktors hat keinen Einfluß auf die Betriebsgröße gehabt, aber an Pferden gespart —, ist darin zu finden, daß das Aufziehen der Tiere und die Pflege der Milchkühe ein Maß von individuellem Interesse, von individueller Sorgfalt bedingt, das von Seiten fremder und bezahlter Arbeiter im großen und ganzen nicht so aufgebracht wird wie von Seiten der bäuerlichen Familie und namentlich auch der weiblichen Mitglieder solcher Familien.

Nationalisierung der Landwirtschaft ist nichts anderes als voll-

kommene Anpassung an die vorhandenen Lebensbedingungen, in Deutschland also an die Erfordernisse eines Marktes, der die charakteristischen Farben eines dichtbevölkerten Industrielandes trägt und auf dem immer die Nachfrage nach Qualitätserzeugnissen besteht.

Dann wurde gesagt: Wenn wir die Produktion an Molkereierzeugnissen, die bekanntlich in Ostpreußen hoch entwickelt ist, noch sehr viel weiter treiben, haben wir auch sehr bald eine Überproduktion. Darauf wurde ja auch schon von einem der Herren erwidert: Wir haben einen kolossalen Import von Molkereierzeugnissen, zwar nicht von zwei Milliarden, aber immerhin von 500 bis 600 Millionen Mark im Jahr. Nun, wir wollen uns Mühe geben, zunächst einmal diese 600 Millionen an Molkereierzeugnissen im eigenen Lande herzustellen; es wäre schon ein recht schöner Erfolg. Wir könnten dafür immerhin eine recht erhebliche Anzahl von Siedlerstellen gebrauchen.

Wir wollen dem Beispiel folgen, das uns Österreich unter Führung des verehrten Bundespräsidenten Hainisch gegeben hat. Es ist ebenso notwendig wie möglich, den Dänen, den Holländern, den Finnen gleichzukommen mit ihren glänzenden Einrichtungen zur Produktion und zum Absatz, ihren hellen Stallungen von vollendetem Sauberkeit und ebenso sauberen Kühen, an deren Euter nie eine unreine Hand kommt. Das letztere haben wir auch in Amerika bewundern können, wo trotzdem die Butterproduktion keineswegs auf der Höhe ist. Ich glaube aber deshalb auch nicht an eine echte Überproduktion, weil ja, wie ich in meinem Vortrag ausgeführt habe, die schwere Dauerdepression nicht nur über Mitteleuropa, sondern über Osteuropa, ja über ganz Eurasien herrscht und die Nachfrage gerade nach edleren Erzeugnissen außerordentlich herabdrückt. Ich habe den amerikanischen Landwirten klarzumachen versucht: Der Preis eurer Milch hängt keineswegs, wie ihr zu glauben scheint, nur vom amerikanischen Markt ab, sondern von der Lage der Menschen in Europa; der Preis eurer Milch wird weltwirtschaftlich bestimmt und eure Butter, euer Käse, eure Milch schlecht bezahlt, weil das Unrecht von Versailles auf der Welt lastet, und in engeren Kreisen habe ich hinzugefügt: weil ihr durch euer Erscheinen an der Front, als beide Teile erschöpft waren, und durch Wilsons Wortbruch den Frieden von Versailles verschuldet habt.

Der Zusammenhang ist nach meiner Meinung unleugbar und von großer Tragweite. Es ist so, daß der weltwirtschaftliche Zusammenhang heute die Menschen und Völker, ob sie wollen oder nicht, so eng anschlägt. — Verhandlungen 1930.

einander kettet, daß das Verderben eines wichtigen Gliedes in dem so geschaffenen Organismus alle anderen in Mitleidenschaft zieht. Diese Erkenntnis müssen wir verbreiten, indem wir zunächst an die materiellen Interessen, die den meisten Leuten am nächsten liegen, appellieren, und wir können dann hoffen, auf diesem Wege auch die höheren ethischen Gesichtspunkte schließlich zum Siege zu bringen.

Demnach glaube ich: wenn wir mit Hilfen von Seiten der Gesamtheit, die nicht kollidieren dürfen mit den Lebensinteressen unserer Industrie — sie bilden für mich eine unberrückbare Grenze — und durch kraftvolle Selbsthilfe unsere Landwirtschaft technisch und kommerziell weiter zielbewußt heben, und fortfahren in der Begründung rationell eingerichteter, vielleicht noch mehr zu mechanisierender Siedlungsstellen, so dürfen wir hoffen, daß wir unser Volk über die schweren Nöte, unter denen es jetzt zu leiden hat, hinwegbringen. Wenn ich auf den Gesamtverlauf der Diskussion zurückblühe, so gewinne ich doch die beruhigende Überzeugung, daß die scheinbar sehr scharfen Gegenjäze mehr den in jeder Diskussion unvermeidlichen Künsten der Dialektik ihren Ursprung verdanken, als in entgegengesetzten prinzipiellen Überzeugungen wurzeln. Im Grunde sind wir uns alle über das Ziel einig gewesen; in dieser Überzeugung und in dem sicheren Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes dürfen wir diese Sitzung zu Ende gehen lassen.

(Stürmischer Beifall.)

Präsident Dr. Siehr:

Dem schon ausgesprochenen Dank an die drei Herren Berichterstatter und an die sämtlichen Herren Ausspracheredner habe ich nur noch den Dank an Sie alle hinzuzufügen, weil Sie so brav ausgehalten haben. Ich schließe die heutige Sitzung.

Schluß 7½ Uhr.

## **Dritter Verhandlungstag.**

---



## Dritter Verhandlungstag.

Freitag, den 26. September, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr.

Vorsitzender Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Eckert-Köln:

Ich eröffne die Sitzung. Zum Präsidenten des Vormittags bitte ich Sie, den ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Exzellenz von Batocki, zu wählen. Die Lösung der Aufgaben, die ihm während des Krieges zugefallen sind, der Probleme, die er in der Übergangs- und Nachkriegszeit meisterte, haben die Anerkennung der Einsichtigen gefunden. Mit Aufmerksamkeit sind wir seinen gestrigen Ausführungen gefolgt. Wir freuen uns, daß er auch heute unter uns weilt und gewillt ist, den Vorsitz während des Vormittags zu führen. Für den heutigen Nachmittag bitte ich, Herrn Professor Dr. Fuchs-Tübingen, das Präsidium zu übertragen. Er hat zu den einschlägigen Fragen maßgebliche Untersuchungen in den vergangenen Jahrzehnten den Schriften unseres Vereins beigeleutet, ist einer der besten Kenner der Probleme, die wir heute verhandeln wollen.

(Zustimmung.)

Exzellenz von Batocki (das Präsidium übernehmend):

Ich übernehme mit vielem Dank den Vorsitz und bitte zu dem Thema  
**Die städtische Wohn- und Siedlungswirtschaft**

Herrn Dr. Boese für den erkrankten Herrn Professor Zimmermann das Wort zu nehmen zur Verleihung des Referats.

Prof. Dr. Waldemar Zimmermann-Hamburg:

**Die Grenzen der Wohnungszwangswirtschaft.**

Die Grenzen, wo die Wohnungszwangswirtschaft beginnen oder aufhören sollte gegenüber der privaten Unternehmungswirtschaft im Wohnwesen, können wissenschaftlich bestimmt werden allein durch das

Leistungsoptimum in der Beseitigung von Wohnungsnöten, das auf die eine oder die andere Wirtschaftsweise am wirksamsten erzielt zu werden vermag. Das scheint klar. Ob freilich alle Wissenschafter sich ohne schwierigen Streit über das Wesen solches Optimums einigen können, ist zweifelhaft, auch wenn man nicht so böse wie der Abbé Galiani über die Verständigungsfähigkeit der politischen Ökonomisten denkt. Überdies gibt es relative und absolute, quantitative und qualitative, augenblickliche und dauerfristige Optima. Ich werde hier als Maßstab für das, was ich als Optimum anspreche, die Ratschheit in der Beseitigung des derzeitigen akuten Wohnungsmangels und in der Milderung der schlimmsten Wohnungsmängel — der hygienisch-technischen, sittlichen und rechtlichen Wohnungsmängel — zugrunde legen, — und zwar die Ratschheit in der Überwindung des Raumangels und der sachlichen Mängel im Kleinwohnwesen mit Mitteln und zu Preisen, die in unserer Zeit erschwinglich sind!

Im Bereiche des Kleinwohnwesens, das dank seiner Massenhaftigkeit sozialpolitisch im Vordergrunde steht, konzentriert sich das Problem zur Hauptache auf die Überwindung des ökonomischen Dilemmas zwischen Einkommenshöhe und Miethöhe, weil daraus nicht nur die Erscheinungen des Wohnungsmangels, sondern auch die Wohnungsmängel zum großen Teile sich zwangsläufig ergeben.

Unsere einfache Fragestellung geht also dahin: Führt die freie Wohnungswirtschaft, das heißt die private Unternehmungswirtschaft, oder die behördlich geleitete Wohnungszwangswirtschaft rascher und rationeller zu dem gekennzeichneten Leistungsoptimum? — wenn man überhaupt diese allzu einfach formulierten Gegenüberstellungen wagen darf.

Eine objektive kritische Betrachtung der freien Wohnungswirtschaft und ihrer Leistungen ist nur bis zum Kriege möglich, wo auf den vier Märkten, auf denen die Wohnungswirtschaft sich bewegen muß: Mietenmarkt, Baumarkt, städtischer Bodenmarkt und Leihkapitalmarkt —, größtenteils vollkommen andere Verhältnisse herrschten als heute, so daß eine Übertragung der damals mit der Freiwirtschaft gemachten Erfahrungen auf die Jetztzeit nur sehr bedingt zulässig ist. Immerhin läßt sich für die Vorkriegszeit feststellen, daß das Wohnungserstellungs- und Vermietungsgewerbe damals, getrieben von der freien, allerdings örtlich begrenzten Konkurrenz, getragen von einem reichen, nur konjunktuell schwankenden Kapitalstrom und gelenkt von einem Kosten

und Ertrag scharf kalkulierenden Rentabilitätsstreben, das Wohnungsproblem für alle die gelöst hat, die bis zu 15 %, notfalls bis zu 20 %, ausnahmsweise bis zu 25 % ihres Einkommens regelmäßig als Monatsmiete zahlen konnten. Es gab gelegentlich örtliche Wohnungsmangelkrisen bei raschem Wachstum von Arbeitervierteln. Aber einen chronischen Wohnraummangel im ganzen ließ die Unternehmerkonkurrenz nicht aufkommen.

Dennoch stand die sogenannte freie Unternehmungswirtschaft unter Rentabilitätszwang. Und die oft sehr schwierige Anpassung der notwendigen Rentabilität an die Kaufschwäche der Kleinmieter — hier ist die Wohnfrage meist eine Lohnfrage — zog der Qualität der Wohnungsleistung der freien Unternehmerwirtschaft enge Grenzen — oft bedrückend enge Grenzen —, zumal da mit raschem Wachstum der Städte auch die Grundrente rasch wuchs und das Risiko bei der Verwertung von Kleinwohnungen mit ihrer starken Abnutzung und ihrem unsicheren Mieteneingang in den Kosten sich auswirkte. Allerschärfste Ausnutzung von Boden und Raum, begünstigt durch eine oft unvernünftige Baupolizei, und minderwertige Ausstattung waren das Stigma vieler Kleinwohnungen, besonders dann, wenn die durch den spekulativen Charakter des Bauens, der Vermietung und Beleiung von Massenmiethäusern bedingten hohen Risikozuschläge die Raummiere nicht über die Kaufkraft der Mieter hinaussteigern sollten. Die Quantität des Kleinwohnungsbedarfs wurde größtenteils nur auf Kosten der Qualität befriedigt. Dem quantitativen Optimum der raschen Erstellung des nötigen Wohnraums für Kleinmieter vermochte die freie Wohnwirtschaft vor dem Kriege nur da ein gewisses qualitatives Optimum hinzuzugesellen, wo von jeher eine weiträumige flächere Bauweise mit günstigen Bodenpreisen vorherrschte und wo bei nicht überhöhter regelmäßiger Bevölkerungszunahme die Baupolizei eine kluge Hand zeigte. Sonst konnten qualitative Optima im Kleinwohnwesen nur in begünstigten genossenschaftlichen und werkpatrarchalischen Wohnungsveranstaltungen geleistet werden, die eben keine Normalrente herauswirtschaften mußten und nur zuverlässig zahlende und sorgsam hausende Mieter duldeten. Den erwerbsbeschränkten Angehörigen der Arbeiterklasse aber, die ganz auf sich selbst gestellt waren und die nicht je Kopf des Erwachsenen einen örtlich bedingten Mindestmietzins aufzubringen imstande waren, konnte die rentabilitätsgebundene freie Unternehmungswirtschaft kein menschenwürdiges Ob-

dach schaffen. Hier begann das Feld des Elends bzw. der Fürsorge. — Soviel wissen wir über die Leistungsfähigkeit der freien Wohnwirtschaft unter den Kriegsverhältnissen. —

Da die Achillesferse der freien Wohnungswirtschaft die Rentabilitätsfrage ist, konnte die freie Wirtschaft nach dem Kriege, soweit die Inflation nicht über die Unrentabilität hinwegtäuschte, nicht mehr marschieren. Der übermäßigen Nachfrage nach Wohnungen standen auch nicht einmal sachlich-technisch ausreichende Wohnungsproduktionsmöglichkeiten gegenüber. Freie Wohnungswirtschaft hätte unbeschränkter Monopolwirtschaft der privaten Wohnraumverteiler gleichkommen und bei der gegebenen politischen Lage zu Mord und Totschlag führen müssen. Eine gesetzlich geregelte, behördliche Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes: Mieterschutzrecht, Reichsmietengesetz, Wohnungsmangelgesetz — Verteilung des Wohnraumes nach Gesichtspunkten der öffentlichen Ordnung und Bedürfniskala — und Regierung der Wohnungsneubautätigkeit mit öffentlichen Mitteln und öffentlich-rechtlich geregelten Organen, dazu seit 1924 Nutzarmmachung von Hauszinssteuerleistungen der Althausbesitzer bzw. -mieter — kurzum: staatliche Wohnungszwangswirtschaft war in den ersten Jahren nach dem Kriege einfach eine zwangsläufige Folge der Dinge in Deutschland wie in mehr oder weniger milder Form ähnlich auch in den übrigen Staaten Europas, obwohl sie nicht in Sozialisierungsdogmen besangen waren.

Die Leistungen dieser Wohnungszwangswirtschaft sind schwer gerecht zu würdigen, solange es sich in den ersten Jahren um eine reine Notshöpfung auf einem ungeheuer breiten, bisher von öffentlicher Verwaltung niemals erfassten Felde der Massenversorgung und Massenverteilung handelte. Erst nach der Stabilisierung der Mark, als das Notprovisorium, als welches die Wohnungszwangswirtschaft von allen Rechtssozialisten gedacht war, nicht mehr bitterste Notwendigkeit war, sondern auch für eine freiere Wohnungswirtschaft neue mögliche Grundlagen auf den sich langsam wieder konsolidierenden Bau-, Kapital- und Bodenmärkten bildeten, kann man die positiven Leistungen der Wohnungszwangswirtschaft mit einiger Berechtigung kritisch auf jenes Leistungsmäß beziehen, das wir eingangs aufgestellt haben, und an Optimalmöglichkeiten messen, die vielleicht auf andere Weise rascher und rationeller erzielt worden wären.

Absolut gesehen, ist die Wohnungszwangswirtschaft gewiß eine groß-

artige Leistung, allerdings nicht im wohnungspolitischen, sondern nur im verwaltungspolitischen Sinne, denn viele hatten anfänglich erwartet, daß sie an ihrem eigenen verwaltungstechnischen Unvermögen gegenüber der Riesenaufgabe, also in sich selber bald scheitern müsse. Man bedenke: 15 $\frac{3}{4}$  Millionen Wohnungen mit allen Mietern und Untermietern, deren Verhältnisse sonst von 1 bis 2 Millionen Hausbesitzern frei geregelt würden, amtlich zu erfassen, zu kontrollieren, zu beschlagsnahmen, zu zerteilen und den künftlich erübrigten und gestreichten Wohnraum dann zu verteilen unter mehr als eine Million anstürmende wohnungslose oder wohnungssuchende Bürger, die Ansprüche dieser Million auf Berechtigung, Dringlichkeit und Vordringlichkeit zu prüfen, auf Jahre hinaus zu registrieren und laufend im Auge zu behalten, bis sie befriedigt sind, die Belegung der Wohnungen durch Berechtigte zu überwachen, die Unberechtigten zu entfernen, die Friedensmieten zu ermitteln und die Gegenwartsmieten zu kontrollieren, die unzähligen Streitigkeiten über die Erfüllung der Mieterschutzgesetze und der Verträge zwischen Hausbesitzern und Mietern zu schlichten oder zu richten, und dazu Ersatzraum zu schaffen, Verwandlung von Wohnungen in gewerbliche Räume und Abbruch zu verhüten und schließlich die nötige Neubautätigkeit organisatorisch zu fördern und zu finanzieren und hauswirtschaftlich-technisch, architektonisch, städtebaulich zu dirigieren: Das ist in der Tat eine Verwaltungsleistung, die sich äußerlich ebenbürtig neben manche der Kriegswirtschaft stellen kann, obwohl sie über deren Gewaltmittel nicht einmal verfügte.

Aber: ist ein Optimum in der Überwindung der Wohnungsnot erzielt worden? Ist ein dem Aufwand an finanziellen Mitteln und Kräften, an Zeit und Qual für alle Beteiligten entsprechender rascher und billiger Höchsterfolg in der Beseitigung von Wohnraummangel und hygienischen und sittlich-rechtlichen Wohnmängeln mit diesem ungeheuren Apparat von Wohn- und Mietämtern, Bauämtern, Baupolizei-Ausweitungen, neuen öffentlichen Finanzierungsinstituten, Wohnungsfürsorgegesellschaften, privilegierten gemeinnützigen Baugesellschaften usw. errungen worden? Etwa eine so wirksame Minderung der Kleinwohnungsnot, wie sie bei gleichem Mittel- und Kraftaufwand nicht ebenso rasch und besser ohne die schädlichen sozialpsychologischen und gesamtwirtschaftlichen Nebenwirkungen hätte durch eine freie Wohnungswirtschaft erreicht werden können?

Die architektonisch-technischen und städtebaulichen Leistungen der be- hördiglich geregelten Wohn- und Siedlungswirtschaft im neuen Kleinwohnungsbau, die dem besiegten Deutschland die neidvolle Bewunderung namentlich auch des Auslandes eingetragen haben, sind unbe- streitbar. Das Wesentliche hierbei entspringt aber dem Geist der neuen Sachlichkeit und Rationalisierung auf allen technischen Gebieten. Gute Baupolizei-, Städtebau- und Siedlungsgesetze hätten auch freie Wohnungswirtschaft in dieselben Bahnen gezwungen. Allerdings: die üppige Großzügigkeit der neuen Kleinwohnungsbauten, der Grundstücks- gliederung, der Häuser- und Wohnungsausstattungen konnte sich nur eine Wohnungswirtschaft leisten, die aus öffentlichen Mitteln lebt und nach den Kosten im Verhältnis zum notwendigen Leistungseffekt so lange nicht zu fragen braucht, als die Steuerkuh noch nicht ausge- molken ist.

Bautechnisch ist — von zahlreichen Schwindelbauten abgesehen — ein qualitatives Optimum nicht nur, sondern oft geradezu ein Maxi- mum an Kleinwohnkultur durch die Neubauten der Zwangswirtschaft geschaffen worden, das als ideales Vorbild historischen Wert hat, das leider aber denen am allerwenigsten zugute gekommen ist, um deren Bedürftigkeit willen eigentlich die Wohnungszwangswirt- schaft über die Stabilisierungskrise hinaus beibehalten worden ist, — nämlich um die Miete mit dem Einkommen der Bedürftigen in Ein- klang zu bringen. Trotz aller öffentlichen Opfer ist die neuerrichtete Kleinwohnungswelt nur für solche Familien zugänglich, die weit mehr als ein Viertel eines Arbeitereinkommens für die Miete und die Weg- kosten zur Arbeit aufbringen können.

Dafür aber rechtfertigen die Anhänger die Wohnungszwangswirt- schaft um so lauter damit, daß sie für die großen Massen ausschlag- gebenden Ultmieten um so niedriger gehalten hat, relativ niedriger sogar noch heute als in der Vorkriegszeit. Ist das nicht eine Optimal- leistung, welche die freie Wohnungswirtschaft niemals hätte fertig bringen können? Gewiß nicht! Aber mit welchen Mitteln und mit welchen Folgen ist diese Leistung erkauft worden!

Wir müssen zunächst die sozialpsychologische und rechtliche Seite be- trachten und dann die wohnungswirtschaftliche und die volkswirtschaft- liche Seite prüfen. Das — wie viele frommen Wünsche heute — „sozial- politisch“ motivierte Festhalten an der niedrigen gesetzlichen Miete konnte nicht ohne ständige Verlängerung der Wohnungszwangswirt-

schäft erfolgen. An ihrer chronischen Verewigung hat an sich aber nur der bürokratische und gemeinnützige-organisatorische Riesenapparat, den sie beschäftigt und nährt, ein aufrichtiges Interesse. Dagegen trifft die dauernde öffentliche Kontrolle und das regulierende und beschränkende Eingreifen von vielerlei Behörden und Instanzen in die Verfügung über die private Wohnphäre (*my home — my castle!*) auch den kleinen Mann der Masse an einer besonders empfindlichen Stelle, sobald ihm jene Instanzen nicht nur Ansprüche befriedigen, sondern auch seine gewohnten Rechte beschneiden. Sehr drastisch hat auch ein bekannter sozialistischer Führer, Ludwig Dusssel, (1921) über „Wohnungsbolschewismus“ geklagt, und der rechtsphilosophische Jesuitenpater Prof. Dr. v. Nell-Breuning, hat dieses bittere Wort noch neuerdings wiederholt. Wenn man nicht mehr mit eigenem wirtschaftlichen Streben seine Wohnfrage für sich gestalten kann, werden alle Instinkte zur Verteidigung des bedrohten Wohnbesitzes und anderseits zur Erlangung des begehrten Wohnbesitzes, der überwiegend nur durch verwaltungsmäßige und politisch-rechtliche Mittel erreichbar ist, entfesselt, und zwar nicht nur die guten, sondern auch die bösen Instinkte. Der Kampf und die Schleichmittel der Wohnungsanwärter zur Erlangung des „Bezugsscheines“, zum Aufrücken in die Dringlichkeitsklasse sind keine Wege zu sozialethischer Erziehung des Volkes gewesen.

Durch die Wohnungswangswirtschaft und die Niedrighaltung der Altmieten ist das Recht an einer Altwohnung oder das Recht auf eine solche förmlich ein monopolartiger wertvoller Titel geworden, von dem niemand freiwillig etwas aufgibt, weil er solchen Titel unter der Zwangswirtschaft aus eigener Kraft nicht leicht wiedererwerben oder ersezten kann. So kommt es, daß jedermann kramphäst an seinem Wohnraum festhält, auch wenn er seinen veränderten Bedürfnissen nicht mehr entspricht. Es wird weniger Wohnraum frei, als bei freier Wohnungswirtschaft mit etwas höheren Altmieten frei würde, und tatsächlich wird heute im reichsstatistischen Durchschnitt mehr Wohnraum je Kopf beansprucht als 1910. Die Familie sitzt fest auf der gleichen Wohnung, auch wenn die Familie sich verändert hat. Die Freizügigkeit ist gelähmt. Die Verkehrskosten der Festisitzenden steigen erheblich<sup>1</sup>. Die Arbeitserlangung ist erschwert. Die Monopolstellung der Wohn- und Geschäftsräume in guter Lage war bis zur Aufhebung

<sup>1</sup> Vgl. Vas, „Die Wiener Wohnungswangswirtschaft von 1917 bis 1927“.

der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume unerschütterlich. Durch die Hochhängung des bloßen Wohnrechtstitels ist die spekulative Nachfrage danach noch unnatürlich gesteigert worden. Jeder, der die Möglichkeit eines künftigen Wohnungsbedarfs oder einer Wohnungsänderung erwägt, tritt als Wohnrechtsbeanspruchender beim Wohnungsamt für alle Fälle auf. Die statistische Ziffer der angeblich Wohnungssuchenden schwilzt weit über die effektive, mietkräftige Nachfrage hinaus an<sup>2</sup>.

Aus dieser künstlichen Mobilisierung und Aufblähung eines sonst latenten Bedarfs ergibt sich ein offiziell übermäßig hoch beziffelter Wohnungsmangel, der wiederum die Verewigung des behördlichen Apparats der Wohnungszwangswirtschaft rechtfertigt und eine noch stärkere Beunruhigung der wohnungspolitisch interessierten Parteien sowie der Mieterschaft hervorruft. Sie hat geradezu Angst vor der Rückkehr zur Freiwirtschaft mit freier Konkurrenz um Wohnungen und Mietpreise angesichts der aufgeblähten Mangelziffern, Angst vor der drohenden Monopolwirtschaft des Hausbesitzers, der seine Vermietermacht „wie ein Hausspazcha der Vorkriegszeit“ die Mieter furchtbar fühlen lassen wird.

Heute dagegen scheint der Mieter goldene Zeit zu haben, das heißt eben nur der Mieter, der im Monopolbesitz einer guten, billigen Altwohnung ist. „Mir kann keiner...!“ Die rechtlichen Rollen zwischen Mieter und Vermieter sind hier gegen früher fast vertauscht, wenigstens soweit die ungelockte Zwangswirtschaft noch besteht. Der Altmieter hat ein „fast dingliches Verfügungsrecht“ über den Wohnraum<sup>3</sup>. Er genießt die eigentliche monopolistische Nutzung des durch die Geldentwertung und Hypothekenabschüttung entlasteten und rechtlich-politisch verbilligten Altwohnraumbesitzes, nicht der Hausbesitzer, der zwar für sein Haus haftet, dem aber vom niedrig gebundenen Mietpreis die Hauszinssteuer grundsätzlich nur einen bescheidenen Zins für die Aufwertungsquote seines Eigenkapitals übrig läßt. Der Altmieter aber verkauft „seine Wohnung“, je mehr sie künst-

<sup>2</sup> Das Statistische Landesamt hat berechnet, daß von dem Ende 1929 beim Wohnungsamt gemeldeten 55625 Personen nach den sechs möglichen Ermittlungsmethoden 17000 bis 31000 Bewerber ernsthaft für den wirklichen Bedarf in Betracht kommen. Die praktischen Schätzungen des Wohnungsamts lauten auf 28000.

<sup>3</sup> Vgl. auch Prof. Dr. Heinrich Klang: „Die rechtlichen Grundlagen des österreichischen Wohnungsgesetzes.“ Schr. d. V. f. Soz.-Pol. Bd. 177 III S. 43.

lich verbilligt ist, mit um so höherem „Abstand“, oder vermietet Teile „seiner Wohnung“ zu Mietpreisen, die den gesetzlichen Mietpreis der Gesamtwohnung nicht selten übersteigen. Hier kann man von einer „Perversion“ der Nutzungsrechte und der Vermieter- und Mieterrechte sprechen. Der Hauseigentümer hat unter solchen Umständen vor allem Instandhaltungs- und Steuereinziehungspflichten. Selbst die Entfernung mißliebiger Mieter, die den anderen Mietern das Zusammenwohnen im Hause verderben, ist durch das starre Mieterschutzrecht, ohne das die Wohnungswirtschaft nicht auskommt, sehr erschwert. Das Spannungsverhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter wird für beide Teile um so peinlicher, je weniger löslich es ist.

Das Hausbesitz- und Vermietgeschäft, an sich bei einer Großzahl von Kleinnieterparteien im Hause kein dankbares Geschäft, kann nun geradezu unleidlich werden. Schon früher, vor 1913, wurde es nur gegen höhere Risikoprämien in Massenmiethäusern übernommen. Heute stirbt das Verlangen von Sparkapitalbesitzern nach solchen Objekten fast ganz aus. Das trägt zur Verödung des Grundstücksmarktes bei, und das verschärft die sinkende Tendenz in der Bewertung des Althausbesitzes, die sich in erster Linie allerdings aus der Mietenbindung und Hauszinssteuer ergibt, deren politisch beeinflußte Unstetigkeit eine sichere Ertragsberechnung sehr erschwert. Die entsprechende Schmälerung der Kapitalbasis für Beleihungszwecke wird auf vierzig und mehr Milliarden Reichsmark geschätzt. Die Realkrediterlangung, besonders aus dem Auslande, wird gehemmt und die Verteuerung des Leihzinses gefördert. Das ist nicht nur für die Althausbesitzer drückend, die mit dem gegenwärtigen Hausertrag die in Krieg und Inflation heruntergewirtschafteten Häuser nicht renovieren oder ausbauen können. Der starke Verfall von Sozialkapital, das in den Althäusern steckt, bedeutet auch Wegfall vieler Arbeitsgelegenheiten fürs Handwerk. Die Entwertung des Hausbesitzes ist auch drückend für Geschäftsleute, die oft nur gegen Sicherheitshypotheken auf ihre Häuser Kredit zur Fortführung ihrer Unternehmungen bekommen können. Bei der Ablösung der Aufwertungshypothesen 1932 wird sich die künftliche Entwertung des Althauskapitals auch spürbar machen.

Der volkswirtschaftliche Effekt ist bedenklich: Abgesehen von Substanzverschlechterung des Volksvermögens Minderung seines Kapitalwertes unter den Reproduktionskostenwert, ja tief unter die früheren Gestehungskosten, Schmälerung der Kreditunterlagen und der Summe

der möglichen Kapitaldispositionen in einer Zeit großer Knappheit und des Rufes nach Kapitalbildung<sup>4</sup>.

Die nicht bloß vorübergehende künstliche Herabdrückung von Marktwert und Ertragswert eines Produktes, obwohl es sehr knapp und begeht ist, unter den Gestehungskostenwert durch Festsetzung eines niedrigen Höchstpreises für seine Nutzung ist ökonomischer Widersinn im Hinblick auf die dringend nötige Mehrproduktion (wie die Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch dem Nichttheoretiker bewiesen haben könnten), während gleichzeitig der niedrige Höchstpreis die Nachfrage übermäßig steigert. Ökonomisch richtiger ist die Gewährung höherer Preise, zumal bei gleichzeitiger Steigerung des Einkommens der Verbraucher, und wenn die Erzeugung des begehrten Produkts überwiegend aus heimischen Stoffen unter Beanspruchung von viel menschlichen Arbeitskräften in einem Lande mit Arbeiterüberfluss erfolgt.

Diese Erkenntnis des ökonomisch Richtigen war zwar längst da. Aber aus sozialpsychologischen und politischen Gründen ist aus dem anfangs notwendigen Provisorium des Bauens von Neuwohnungen mit großen öffentlichen Verbilligungszuschüssen unter gleichzeitiger Niedrighaltung der Altmieten eine Dauerinstitution geworden. Der gerechte Neid auf die Inflationsgewinner unter den Hausbesitzern, die sich entschuldet und oft mehr als die frühere eigene Vermögenssubstanz gerettet oder billig in der Inflation gekauft hatten, wies den Weg, die öffentlichen Verbilligungsmittel dauernd zu gewinnen: die Hauszinssteuer als Geldentwertungsausgleich-, Gebäudeentschuldungs- und Sachwerterhaltungssteuer.

Ein richtiger Weg! — wenn er nur folgerichtig beschritten worden wäre und nicht fiskalische und politische Rücksichten abgelenkt hätten, und wenn die feste Absicht vorhanden gewesen wäre, die Wohnungszwangswirtschaft rasch abzubauen und zugleich mit der Steuerbelastung der Althausmieten die entschiedene Tendenz zu verbinden, den Stand der Altmieten so rasch wie möglich an den verbilligten Stand der Neubaumieten anzunähern. Statt dessen blieb mit unserer Wohnungszwangswirtschaft der kurzfristige Wunsch verkoppelt, die Mieten der

---

<sup>4</sup> Auf das Sonderproblem „Grundrente“ kann ich hier nicht eingehen. Ihre Herabdrückung könnte volkswirtschaftlich günstigen Effekt haben. Aber wegen bedenklicher Begleiterscheinungen ist sie oft teuer erkauft. Ob die Grundrentengewinne, die sich heute in öffentlicher Hand bilden, immer einen größeren volkswirtschaftlichen Segen als in privater Hand schaffen, ist nicht zweifelsfrei.

Altwohnungen gleichzeitig dauernd niedrig zu erhalten neben der Herabdrückung der Neubaumieten. Wie sollte aber da die Preiselstuf zwischen beiden ausgeglichen werden? Im Gegenteil: sie hat sich gelegentlich noch erweitert. Die Neubaumieten mußten also um so unerschwinglicher von den Mietermassen empfunden werden, je niedriger die Altmieten blieben. Sollten Neubaumieten trotzdem für solche Volkschichten, für deren Wohl eigentlich die Wohnungszwangswirtschaft betrieben wurde, erschwinglich werden, so mußten um so viel höhere Verbilligungszuschüsse zu den einzelnen Neubauten gewährt werden, zumal da, wo die öffentliche Wohnbauwirtschaft zugleich qualitative Wohnreform in idealster Form durch Errichtung technisch vollkommener Neulohnungen mit allem Komfort betreiben wollte. Dazu aber reichten die Hauszinssteuererträge aus den Althäusern nicht aus, auch wenn sie nicht zur Hälfte von den Gemeinden für fiskalische Zwecke verwendet worden wären, da eben die gesetzlichen Mieten der Althäuser die längste Zeit unter oder höchstens auf Friedensstand gehalten wurden und schließlich daraus für den Hauseigentümer — den „Hausverwalter und -halter“ — doch wenigstens die Spesenabdeckung erübrig, also die Hauszinssteuer je Altwohnung entsprechend begrenzt werden mußte. Eine gewisse Kapitalverzinsung für die Althäuser ist überhaupt erst eingetreten, als die gesetzliche Miete die hundertprozentige Friedensmiete zu überschreiten begann<sup>5</sup>.

Die Wohnungszwangswirtschaft kann aber nur durch sehr große Subventionen von Neubauten den chronischen und jährlich zutzauchenden Wohnungsmangel überwinden. Wenn also öffentliche Mittel aus Anleihen kaum zur Verfügung stehen, zumal für Bauzwecke, die nicht „rentieren“, so steht und fällt die Wohnungszwangswirtschaft oder vielmehr ihr Zweck: die Be seitigung der Massenwohnungsnot, mit der Forcierung der Hauszinssteuer. Das heißt, eine positive Wohnungszwangswirtschaft, die den Wohnungsmangel wirklich rasch überwinden und damit sich selbst überflüssig machen will, muß aus der Hauszinssteuer das äußerste für Erstellung von Wohnraum und Erhaltung

<sup>5</sup> Erst bei 120% der Friedensmiete (in Preußen seit Oktober 1927) verblieben 20% davon für die Verzinsung des aufgewerteten fremden und eigenen Kapitals des Hauseigentümers, was bei Kapitalisierung auf 8% Zinsfuß einen Ertragswert der Althäuser in Höhe von  $12 \times \frac{1}{5} = 2,5$  der Friedensmiete ergäbe. — Wenn auf dem Häusermarkt Preise in Höhe des 5- bis 7fachen der Friedensmiete und mehr gezahlt werden, so sind in diesen Preisen künftige niedrige Zinsfüße und Mietesteigerungen sowie Besonderheiten der Lage, des baulichen Zustandes und der Altverschuldung einkompliert.

von Altwohnraum herausholen. Bei uns wird aber die Hauszinssteuer, wie gesagt, von den Gemeinden fast zur Hälfte für andere als Wohnbauzwecke verwendet. Dies und die niedrige Bindung der Altmieten macht den höheren sozialpolitischen Leitgedanken einer solidarischen Gemeinwirtschaft der gesamten Wohnbedarfsdeckung durch Zusammenfassung der Alt- und Neuwohnungsbesitzer und -nutzer zu gemeinsamer Tragung der Gesamtmietaufgabe und ihrer gleichmäßigen Verteilung auf Alle, je nach beanspruchter Wohnfläche, gleichviel ob alt oder neu, brüchig. Ohne ganz überwiegende Verwendung des Hauszinssteueraufkommens zum Neubau, der zugleich tausendfältige neue Arbeitsgelegenheiten schaffen würde, ist die Hauszinssteuer wenigstens in ihrer bisher oft groben, ungerechten, dem wirklichen Hausertrag und der Leistungsfähigkeit der Mieter, insbesondere der kostfreichen Familien nicht angemessenen Form und wegen ihrer derzeit Kapitalwert und Realkredit mindernden Wirkung sozial und volkswirtschaftlich schwer zu rechtfertigen. Ohne stärkste Ausnutzung der Hauszinssteuer zum Neubau neigt die Wohnungzwangswirtschaft dazu, immer langlebiger zu werden bei chronischem Wohnungsmangel der noteinquartierten, wirklich raumbürftigen Wohnungssucher und bei dauerndem Mietgegensatz zwischen privilegierten Altmietern und den trotz aller Subventionen höher belasteten Neubaumietern.

Und diese kritische Konsequenz wird zum circulus viciosus in dem Falle, wo die gesetzlichen Altmieten nicht einmal auf den normalen Indexstand emporgeschraubt werden, weil bei Niedrigkeit der Altmiete nicht nur der Hauszinssteuerertrag knapper ausfallen muß, sondern eben auch, wie immer wieder betont werden muß, die Spanne zwischen dem Mietpreis einer Altwohnung und dem Selbstkostenpreis der entsprechenden Neubauwohnung um so viel größer ist, mithin jede Neubauwohnung einen um so höheren „Überteuерungs“zuschuß erfordert, um die Neuwohnungsmiete allenfalls noch für die wirklich bedürftigen Wohnungssucher erschwinglich zu machen. Je mehr Zuschuß nun aber der Bau der einzelnen Neuwohnung erfordert, um so weniger Neuwohnungen können wieder aus dem Gesamtbetrag der Hauszinssteuermittel mit Zuschüssen bedacht, das heißt gebaut werden.

Aus alledem ergibt sich der zwingende theoretische Schluß: Ohne rationellste und ergiebigste Verwendung der größtmöglichen Hauszinssteuerbeträge (bei gleichzeitiger höchstmöglicher Emporschraubung der gesetzlichen Miete für Altwohnungen) zum sparsamsten billigen Neu-

bau möglichst vieler kleiner und kleinster, einfachster Neuwohnungen (mit einer für wirklich Bedürftige noch erschwinglichen Miete) — anstatt kostspieliger idealer Komfortkleinwohnungen —: ohne diese vier kategorischen Superlativen kann die Wohnungszwangswirtschaft nicht die Wohnungsnot rasch überwinden, um welchen Zielen willen sie doch geschaffen ist, sondern bleibt sie in gewissem Grade Selbstzweck!

Den schönen Leitgedanken der solidarischen Gemeinwirtschaft von Alt- und Neubaubewohnern für die gesamte Wohnbedarfsdeckung in allen Ehren! — Aber wenn eine Wohnungszwangswirtschaft zu einer „Versteinerung“ der Wohnverhältnisse für drei Viertel der Haushaltungen führt auf der ungerechten Basis, daß die große Masse der Altmieter monopolistische Besitzer und Nutznießer künstlich verbilligter Wohnräume auf Kosten der Hausbesitzer und der Steuergesamtheit bleibt und nicht genügend Opfer bringt, die zielbewußt dahin verwendet werden können, um innerhalb zwölf Jahren die wirklich bedürftigen „wohnbesitzlosen“ Wohnproletarier, die rund 350000 untermietenden, mit dem Wohnungshauptmieter nicht verwandten Familien und die sonstigen Notwohner in neuerrichteten Wohnungen zu erschwinglicher Miete unterzubringen, — dann gerät solche Wohnungszwangswirtschaft mit ihrem schönen Leitgedanken in bösen Kontrast: sie ist eine sozial schwer hinkende Wohnlastengemeinschaft! Ledernerfalls aber kann, ökonomisch gesehen, eine Wohnungszwangswirtschaft, die nicht nach den obigen vier Superlativen konsequent arbeitet, niemals ein Optimum in der quantitativen und qualitativen Überwindung der Wohnungsnöte leisten.

Eine ganz konsequent in diesem vierfachen Sinne durchgeführte Wohnungszwangswirtschaft könnte zunächst rasch einmal ein quantitatives Optimum in der Überwindung des wirklichen, dringlich sich meldenden Wohnraummangels schaffen, da ja auf der Nachfrageseite der nur scheinbare oder aufgeblähte Wohnbedarf bei höherer Altmiete entsprechend zusammenschrumpfen würde und auf der Angebotseite viel mehr Raum zu wenig höherer Miete geschaffen werden könnte. Das qualitative Optimum freilich könnte nur in relativem Sinne erreicht werden, insofern als hygienische Neuwohnungen nunmehr wegen ihrer relativen Billigkeit<sup>6</sup> auch von wirklich bedürftigen Wohnungssuchern, die bisher in Wohnungselend hausen, gemietet und für sich

<sup>6</sup> Etwas teurerer wird die moderne Neubaubewohnung stets als eine gleichräumige Altwohnung gleicher Lage sein.

allein frei benutzt werden können, während diese Neubauwohnungen bisher von Angehörigen der nichtbedürftigen Klassen mit hoher öffentlicher Subvention ganz überwiegend bewohnt werden oder leer stehen<sup>7</sup> oder aber durch starke Belegung mit Untermietern um ihre qualitativen Vorteile gebracht und unhygienisch genutzt werden.

Ist die theoretische Schlussfolgerung: „Nur eine ganz konsequente Wohnungszwangswirtschaft kann uns vorwärts bringen!“ aber praktisch richtig? Solche konsequente Wohnungszwangswirtschaft würde sich ja in kürzester Zeit selbst gegenstandslos und überflüssig machen. Schon das spricht gegen die Wahrscheinlichkeit allzu scharfer Konsequenz in der Praxis, weil zu viel Stellen an ihrer Aufrechterhaltung interessiert sind.

Die Mittel und Einwirkungen, die sich aus der konsequenten Anwendung der Wohnwirtschaft ergäben, sind so einschneidend in bisher geschonte Interessen und Privilegien, wie sich einschneidender die Neuerungen für die Altmieteter kaum bei Rückkehr zu freier Wohnungszwangswirtschaft gestalten würden. Es ist ja verständlich: Ohne die Niedrighaltung der Altmieten würden sogar die meisten Anhänger der Wohnungszwangswirtschaft keinen Wert mehr auf sie legen. Die Althausbesitzer aber würden für eine Steigerung der Altmieten, die nicht ihnen in erster Linie zufiele, sondern zunächst noch von steigender Hauszinssteuer absorbiert würde und dieser Steuer ein noch breiteres Fundament in der öffentlichen Wohnpolitik als bisher schüfe, ebenso wenig Interesse haben. Und die Gemeinden haben sich so an die Verwendung der Hauszinssteuern auch für anderes als den Steuerzweck

<sup>7</sup> Von den 30 000 leerstehenden Wohnungen in Berlin — trotz 250 000 gemeldeter Wohnungssuchenden — besteht ein sehr großer Teil aus Neuwoningen. Von den in den Jahren 1927 bis 1929 mit Hauszinssteuermitteln errichteten Neuwoningen entfällt allerdings auffallenderweise — fast ein Fünftel (!) auf 5—7- und Mehr-Zimmerwohnungen jährlich je 3600! — die einen Baukostenaufwand von schätzungsweise 90 Millionen Mark erforderten, während zahllose ebenso große Altwohnungen unvermietbar werden.

Nach den Feststellungen des Hamburgischen Statistischen Landesamtes waren 81,3 aller Wohnungssuchenden in Hamburg nicht in der Lage eine Miete zu zahlen, die 50 RM. im Monate überschreitet, während die Monatsmieten für neu gebaute Hauszinssteuerwohnungen von 1½ Zimmern in Hamburg noch zwischen 53—70 RM. und in Berlin zwischen 70—93 RM. betragen.

Die Untersuchungen des Bundes deutscher Mietervereine (Dresden) über die Höhe der Neubaumieten in 300 Gemeinden im Jahre 1929 zeigten ähnliche Spannen zwischen dem Können und Sollen der Wohnungssuchenden.

gewöhnt, daß sie bei viel stärkerem Hauszinssteuerzufluß erst recht an sich selber statt nur ans Bauen denken würden. Der Steuerbereinigungsgesetzentwurf gibt ihnen sogar einen festen Anspruch auf die Hälfte des Aufkommens zur Verwendung für den allgemeinen Finanzbedarf. Darum ist die Wahrscheinlichkeit, auf dem Wege der konsequenten Durchführung der Wohnungszwangswirtschaft zum Optimum zu kommen, praktisch nicht sehr groß.

Dazu kommt der allgemeine ökonomische Einwand: Eine Steigerung der Mieten bedrohe das allgemeine Lohnniveau. Das hielte unsere Volkswirtschaft nicht aus. Da unser Lohnniveau stark politisch und nicht rein marktwirtschaftlich eingestellt ist, müßte man vielleicht sagen: Eine wesentliche Veränderung des Lohnniveaus sei politisch nicht angängig. Die ökonomische Auswirkung der Mietenerhöhung wird allerdings gewöhnlich überschätzt. Nach den durchschnittlichen Ergebnissen der Haushaltsrechnungen der Arbeiter von 1927/28 beträgt die Einkommensquote, die auf die Wohngaben entfällt, rund 10 %, bei den Angestellten 11,5 %, bei den Beamten 12 %. Sie schwankt zwischen tiefstens 8,8 % und höchstens 14,4 % und beträgt auf den niedrigstentlohnnten Arbeitereinkommensstufen etwa 10,6 bis 11,9 %. Wieviel Neubaubewohner in diesen Durchschnitten enthalten sind, ist nicht zu ermitteln. Da wahrscheinlich aber kaum 1 % der Lohnarbeiterchaft in den 12 % Neubauten unseres Gesamtwohnungsbestandes wohnt und die Neuwohner meist bemittelten Schichten entstammen, wird also die Altmietenquote 1927/28 in den Volksklassen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, auf die es bei der öffentlichen Wohnpolitik ankommt, auf höchstens 10 bis 12 % des Einkommens zu bemessen sein. Diese 10 bis 12 % Einkommensquote entsprachen 120 % gesetzlicher Miete in Preußen (seit Oktober 1927). Der tarifliche Stundenlohnpiegel ist von 1927 bis Mitte 1929 gestiegen: für Facharbeiter um 13 %, für Hilfsarbeiter um 16,5 %. Wäre die gesetzliche Miete von 120 % auf 150 %, das heißt um ein Viertel gesteigert worden, so wäre die Einkommensquote für Miete auch um ein Viertel von 10 oder 12 %, das heißt um höchstens 3 %, gestiegen. (Vgl. ähnliche Schätzungen bei Lorani, Deutsche Arbeit.) Das würde noch nicht einmal die Hälfte der in den letzten Jahren bis zur Krise üblichen Tariflohnsteigerungen eines Jahres ausmachen, also gegenüber den sonstigen das Lohnniveau beeinflussenden Faktoren, wie Lebensbedarfspreisschwankungen, Akkordüberverdiensten oder Arbeitslosigkeitsausfällen kein außergewöhnlich

starker Faktor sein. 15 % Einkommensquote als Wohnausgabe würde etwa der vor dem Krieg üblichen Quote entsprechen, die vom Arbeitereinkommen bei den Haushaltsrechnungen von 1907 durchschnittlich auf Miete (ohne Instandhaltung usw.) entfiel. Zudem enthält das Arbeitereinkommen heute ein ungleich größeres elastisches Ausgabenkonto für „Kulturbedürfnisse und Sonstiges“ als vor dem Kriege. Die Ausgaben für Einrichtung, Bildung, Vergnügungen, Erholung, Geschenke, Ersparnisse usw. betragen bei den Arbeiterhaushaltsrechnungen von 1927/28 21,1 % — ungerechnet die 7,9 % für Versicherungen und Vereinsbeträge — gegenüber 8,2 % im Jahre 1907. An diesem elastischen Kulturkonto wären Ersparnisse zugunsten der höchsten Kulturausgabe „Wohnung“ im Notfalle möglich. (Vgl. für England ähnliche Betrachtungen Balfours 1926.) Eine Erhöhung des gesamten Lohnniveaus und der Warenpreisbildung sowie der Konkurrenzfähigkeit der ganzen Wirtschaft käme jedenfalls nicht in Frage, zumal da die 30 % Mieterhöhung niemals wohl auf einen Ruck, sondern in mehreren Staffeln zu je 5 % oder 10 % erfolgen würde. Auch würde die durch die Mieterhöhung ermöglichte Mehraufbringung von Hauszinssteuermitteln für Neubauzwecke den Arbeitsmarkt beleben und manche Arbeitslosigkeit mildern, was für das Arbeiterlohnkonto wichtiger sein würde als die geringe Ausgabenverschiebung zugunsten der Miete.

Obwohl also der Haupteinwand gegen eine konsequente Mietangleichung auf höherem Niveau wenig stichhaltig ist, ist die Wahrscheinlichkeit, auf dem Wege der konsequenten Durchführung der Wohnungszwangswirtschaft zum Optimum zu kommen, angesichts aller erwähnten Vorurteile oder Widerstände praktisch nicht sehr groß.

Es wird in der Praxis die Wohnungszwangswirtschaft wohl nur in einer kompromittartigen Verbindung mit der sogenannten freien Wohnungswirtschaft sich in jener fortschrittlichen Richtung der rationellen Wohnungsmaßnahmenüberwindung allmählich entfalten, in einem Gemisch von Lockerungswirtschaft und behördlicher Steuer-, Subventions- und Mietrechtspolitik, — wobei für die unvermeidlichen größeren Opfer der Altmieter aber doch die freie Wohnwirtschaft verantwortlich gemacht werden wird!

Obgleich ich nur Grundsätzliches und nicht Organisatorisch-Technisches in meinem Vortrage zu behandeln habe, will ich doch die Möglichkeiten des Kompromisses andeuten: Allmähliche Ausdehnung der freien Vermietbarkeit von den bereits freien teuren Wohnungen auf

Wohnungen unter 1000 Mark Friedensmiete, auch in Großstädten, mit Ankündigung fortwährender staffelweiser Erhöhung der gesetzlichen Mieten. Dazu tritt dann Abdingungsfreiheit gegenüber der gesetzlichen Miete in gewissen, sich erweiternden Grenzen unter langfristigen Abdingungsmöglichkeiten und unter Sicherungen gegen Missbrauch, die außer in einem allgemeinen Mietwucherenschutz durch kollektive Mietnormenverträge und Mietentschiedsgerichte geschaffen werden können. — Soweit die Regelung der Mieten- und der Verteilungsfrage in den Altb Häusern! Ein Vorzugsmietrecht von Behörden wird dabei nicht zu vermeiden sein. Die Herstellung von Neubauwohnraum wird auf öffentliche Zuschußmittel noch lange angewiesen sein. Aber die Überweisung der Hauszinssteuererträge kann aus der politischen öffentlichen Hand an neutrale Treuhänderstellen (nach dem Vorschlag Stehlers) übertragen werden, so daß die Verbilligungszuschüsse nicht bloß den sogenannten „gemeinnützigen“ Baugesellschaften, sondern in Konkurrenz mit ihnen jedem Bauunternehmer als zweite Hypothek oder Zinsverbilligung für freie Hypothekenaufnahme zugänglich sind, mit der Maßgabe: je billiger ein Unternehmer die Wohnungen im Rahmen der baupolizeilichen Bestimmungen und bei scharfer Ausführungs kontrolle erstellt und je billiger er die Neubaumiete ansetzt, um so bessere Anwartschaftsrechte auf die billige Beleihung soll er haben<sup>8</sup>.

Solches oder ähnlich gestaltetes Feinander greifen von behördlich geregelter Wohnungswirtschaft und privater Vermiet- und Bauunternehmungswirtschaft erscheint, abgesehen von den genannten psychologisch-politischen Momenten, auch deshalb praktisch notwendig, um zum Optimum zu gelangen, weil die Wohnungswangswirtschaft niemals rückweise abreißen, sondern nur allmählich organisch abgebaut werden oder einschrumpfen kann und andererseits die freie Unternehmungswirtschaft nicht plötzlich die Wohnungswangswirtschaft ablösen könnte, ohne daß schwere Unzulänglichkeiten, Missgriffe, falsche Spekulationen Platz griffen und mit ihren schlimmen Wirkungen die neue freie Unternehmungswirtschaft diskreditierten. Auch das erstreute Optimum, jedenfalls das quantitative, wird rascher und billiger im Kompromiß von Wohnungswangswirtschaft und Freiwirtschaft erreicht werden als allein von der reinen konsequenten Wohnungswangswirtschaft. Und das Gute, was die Wohnungswangswirtschaft namentlich in bezug

<sup>8</sup> Für besonders kopsfreie und bedürftige Familien werden aus öffentlichen Mitteln individuelle Mietbeihilfen zu gewähren sein.

auf schönere Kleinwohnkultur gebracht hat, wird sich auf diese Weise am sichersten weitervererben.

Mit der Ankündigung der fortschreitenden Lockerung, mit der gesetzlichen Höchstmietenerhöhung in mehrjährigen Staffeln bis zu etwa 150 % der Friedensmiete, mit der Erweiterung der Kündigungs möglichkeiten und der bedingten Mietvertragsfreiheit beginnt das Besitzerrentenmonopol der Altmieter sich zu verflüchtigen und damit auch das Hästen am Altwohnbesitz, der heute noch, wie gesagt, selbst wenn er nicht mehr den dringlichen Raumbedürfnissen des Bewohners entspricht, zäh festgehalten wird. Es vollzieht sich ein Einschrumpfen des Wohnbedarfs und der aufgeblähten Nachfrage samt ihren Begleit erscheinungen der Nachfragepsychose, die sich auf dem Neubaumarkt, wo man bisher auf 800000 bis eine Million noch dringlich zu versorgende Wohnsucher spekulierte, auf dem Realkreditmarkt sowohl wie auf dem Baustoff- und Arbeitsmarkte überteuert fühlbar gemacht haben. Ruhigere Dispositionen über den künftigen geringeren Produktionsumfang greifen Platz, und eine elastische Anpassung der privaten Bauunternehmer, die künftig in ganz anderer Konkurrenz stehen als die gemeinnützigen Baugesellschaften, an die effektive Wohnungsnachfrage vollzieht sich. Die Neubaufinanzierung wird rationeller und regelmäßiger durch eine politisch neutrale Treuhandstelle erfolgen, in die die Hauszinssteuererträge ständig fließen, das heißt unabhängig von den an bestimmte ungünstige Kalendertermine gebundenen Haushaltssberatungen der Gemeinden. Heute werden Hauszinssteuermittel meist erst im April, wenn schon zwei Monate lang gebaut sein könnte, endgültig beschlossen und flüssig, und obendrein dann rückweise.

Vor allem aber wird die Neubaufinanzierung, wenn die Frage der Dauerrentabilität der Neubauten dank dem relativen Alt- und Neu mietenausgleich nicht mehr ganz spekulativ ist, nun auch privates Leih kapital mehr anziehen können als heute. Dieser Umstand und die regelmäßigeren Verteilungsmöglichkeiten von zweiten Hypotheken oder Zinsverbilligungszuschüssen aus den etwas stärker zentralisierten Hauszinssteuermitteln macht die Neubaufinanzierung unabhängiger von den Konjunkturen. Heute fließen die Hauszinssteuermittel über die Gemeinden nur reichlich, wenn es der Wirtschaft gut geht, das heißt, wenn meist die Preise und Löhne besonders hoch stehen und auch das Privatkapital hohe Ertragsmöglichkeiten außerhalb des Baumarktes findet, also für Bauzwecke nur besonders teuer zu haben ist. Vor dem

Kriegen war das anders. Da schmiegte sich die Wohnbauproduktion und Baufinanzierung im Unterschied von Industriebau und öffentlichem Bauwesen gern elastisch an die Wände der Konjunkturwellen, wo Preise, Löhne und Zinsen nachgiebiger waren als in der Hochkonjunktur. (Vgl. Hunscha: *Die Dynamik des Baumarktes*, 1930, und Wagemann in „Deutsche Siedlungsprobleme“, 1929.) Die bisherige Wohnungswangswirtschaft muß insofern relativ teurer bauen als eine freie bewegliche Unternehmungswirtschaft. (Das ist besonders gegenüber der theoretischen Spekulation von J. Hund: „Freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft im Wohnungswesen“ zu betonen.) Ja sie hat sogar durch die stolzeweise Bewilligung der Bausubventionen die Tendenz, alle Elemente der Wohnbauwirtschaft zeitlich konzentriert zu beanspruchen und dadurch Preis- und Lohnsteigerungen besonderen Vorschub zu leisten. Der übermäßige Index der Baustoffpreise und Bauarbeiterlöhne erklärt sich zum Teil aus dieser unsteten, stolzeweise Beschäftigung, zum andern Teil aus der Preispolitik der fast durchweg gut kartellierten Baustoffindustrie und der organisierten Bauarbeiter, die den örtlichen Baumarkt mit monopoloider Macht beherrschen. Diese verspricht gegenüber den überwiegend mit öffentlichen Geldern wirtschaftenden behördlichen oder gemeinnützigen Bauveranstaltungen meist größeren Erfolg als gegenüber den privaten Bauunternehmern, die nach Rentabilitätsgesichtspunkten wirtschaften und kalkulieren müssen<sup>9</sup>. Das Dazwischenhalten verschiedener behördlicher oder gemeinnütziger Organisationen schafft, obwohl diese zur Erstellung von Neuwohnungen zu mäßigen Preisen berufen sind, Zwischenkosten und indirekt kostspielige Zeitverluste<sup>10</sup>. Eine Art kameralistischer Kalkulation nach dem bekannten Regiebausystem: „Selbstkosten plus 5 % angemessener Ge-

<sup>9</sup> Vgl. zu alledem Lübbert, „Baukosten und Rationalisierung“ in Bd. 177 II der Schr. d. B. f. Soz.-Pol. — Beachtenswert ist auch die Bemerkung v. Bitters, des Direktors des Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreeditanstalten, daß man bei der öffentlich-rechtlichen Kreditbeschaffung sich daran gewöhnt habe, Zinsdifferenzen geringerer Art, die vor dem Kriege als ausschlaggebend angesehen wurden, als unwesentlich zu betrachten. v. Bitter erwartet, daß mit dem Nachlassen der Wohnungsnott und dem Abbau des Systems der verbilligten Hausbauzuschüsse auch die Kalkulation wieder in den Vordergrund treten werde.

<sup>10</sup> Auf rund 20 % der für den Wohnungsbau jährlich aus Hauszinssteuermitteln bereitgestellten 800 Millionen RM. schätzt Dr. Paul Fleischer, der Wortführer des Reichsausschusses für Reform der Hauszinssteuer, für Kapitalbildung und Wohnungswesen, die unproduktiven Spesen, Verwaltungskosten, Provisionen, Gewinne der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Zwischeninstanzen. (Wirtsch. Ratgeber 21. 6. 1930. S. 644.)

winn" hat die weitere Tendenz in sich, die Selbstkosten bei den Bauveranstaltern zu steigern und nach diesem weitzügigen Kostenanschlage die billigen öffentlichen Finanzierungskredite zu bemessen, da 5% von einer höheren Selbstkostensumme eben auch einen absolut größeren Gewinn ausmachen. Von diesem Prinzip sollen nicht wenige der 4400 nach dem Kriege gezählten gemeinnützigen Bau- und Siedelgenossenschaften Gebrauch gemacht haben. Bei sehr geschickter Kalkulation des Wohnbauprojektes kann eine Baugenossenschaft praktisch sogar ohne die für die öffentliche Finanzierung vorgeschriebenen 10% Eigenkapital auskommen. Oder aber sie erhält das Eigenkapital von kapitalstarken privaten Bauunternehmerfirmen geliehen, denen die gemeinnützige Baugenossenschaft dann als Dank dafür die Bauausführungen zu den sehr schönen, immer mehr als "gewerbeüblich" herausgebildeten Preisen überträgt. Daß die Revisionsverbände der Baugenossenschaften von den insgesamt vorhandenen 4400 Baugenossenschaften nur 2800 anerkannt haben, und daß ein besonderes Gesetz zur Prüfung und Sicherung der wirklichen Gemeinnützigkeit der Baugenossenschaften für nötig befunden wird, sind Tatsachen, deren kritische Sprache nicht überhört werden kann. In der Reichswirtschaftsenquete fiel bei den Vermehrungen über die Bauwirtschaft mehrfach seitens der Sachverständigen die Bemerkung: „Gemeinnützig bauen heißt noch keineswegs billig bauen.“

Demgegenüber bietet die private Bauunternehmung bei freier Konkurrenz um die neutral verwalteten Verbilligungszuschüsse für Kleinwohnungen, die nur an den vorteilhaftesten Bauenden vergeben werden dürfen, die Aussicht auf billigere Produktion und billigere Finanzierung, zumal da der Privatunternehmer, der wirklich eigenes Kapital riskiert, von der Nachfrageseite und ihrer Kaufschwäche ausgehend kalkulieren muß, um Abnehmer für seine Neubauungen zu finden. Der private Bauunternehmer muß die Baukosten und die Gesamtbelaufung auch deshalb so niedrig wie möglich stellen, weil er bei künftiger Sättigung des Wohnmarktes, die ja bevölkerungsmäßig aller spätestens 1945 eintreten muß, wahrscheinlich wegen der Kontraktionswirkungen der Wirtschaftskrise aber viel früher eintreten wird, und bei der kommenden Erniedrigung des Kapitalzinses und dem entsprechenden Sinken der Baukosten nicht sein an letzter Stelle auf dem Grundstück stehendes Eigenkapital wird riskieren wollen. Die vor dem Kriege vielfach übliche Absorbierung der aus der Verbilligung

des Bauens entstehenden Gewinne in Gestalt von Grundrente durch die taxierenden und finanzierenden Kapitalgesellschaften oder durch den gegen niedrigen Preis erwerbenden Hauskäufer ist heute ziemlich gegenstandslos für den Kleinwohnungsbau geworden, da die Grundrente derzeit nur ein Sechstel bis ein Zehntel der Baukosten ausmacht und eher fallende statt steigende Tendenz hat infolge der Grundstücks vorratspolitik der Gemeinden und der Baulanderschließung im Rahmen zielbewußter Landesplanung. Eine Verteuerung des Kleinwohnbaus von der Grundrente her ist jedenfalls bei freier Wohnwirtschaft nicht mehr zu befürchten als bei Wohnungswangswirtschaft, bei der die Gemeinde ihre Grundstücke zu ebenso hohen Preisen anbringen kann. Nach alledem spricht vieles dafür, daß für den freien Bauunternehmer das Nachfragermonopol der unbemittelten wohnungssuchenden Abnehmerschaft mit ihrer Kaufschwäche die Produktions- und Finanzierungskosten und Neubaumieten stärker nach unten reguliert, als das bei der öffentlich-gemeinnützigen Wohnbauwirtschaft der Fall ist, zumal da das Wohnbedürfnis unter allen elementaren Bedürfnissen das am meisten einschränkbare ist, also ein Ausweichen vor zu hohen Mietpreisen bei Freizügigkeit für die Wohnsucher möglich ist, wenngleich freilich oft nur unter bedenklichen sozialen Begleiterscheinungen.

Die freie Wohnwirtschaft wird allerdings sehr viel weniger üppige Kleinwohnungen bauen, als es die öffentlich gebundene Wohnbauwirtschaft getan hat, die im Verhältnis zur Dringlichkeit der Wohnnotbekämpfung und Armut Deutschlands zu viel des Guten leistete, so architektonisch erfreulich ihre Leistungen auch sind. Die notwendige Qualität des Kleinwohnens braucht unter dem bescheidenen Bauen nicht zu leiden; dafür hat die Baupolizei und Wohnungsaufsicht zu sorgen, und dagegen hat die nachkriegliche gemeinnützige Wohnkultur wohl genügend Hemmungen im Bewußtsein aller Bauenden geschaffen. Vielmehr wird bei relativ billigerem Bauen eher die Gefahr neuen Zusammenpferchens der Mieter in den Neuwohnungen verhütet.

Also sprechen, von der Seite der Neuproduktion gesehen, wichtige ökonomische und psychologische Erwägungen für eine größere Rationalität der freien Unternehmungswirtschaft und demnach für eine raschere Verwirklichung des Optimums bei ihrem stärkeren Eindringen in die Wohnungswangswirtschaft, von der sie allerdings noch die finanzielle Hilfe der Hauszinssteuermittel und die gesetzliche Herauf-

schraubung der Altmieten bis auf ein die Konkurrenz von Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft überhaupt erst einigermaßen ermöglichtes Ausgleichsniveau erfordert.

Ohne diese Voraussetzung ausgiebiger Hauszinssteuererträgnisse ist eine Lösung der Wohhnottprobleme in kurzer Zeit auch politisch nicht möglich. Denn eine gesetzliche Emporschraubung der Altmieten auf das Ausgleichsniveau ist innerpolitisch kaum durchzuführen, wenn etwa die geforderte Mehrmiete allein den Hausbesitzern in den Schoß fallen und nicht größtenteils direkt oder indirekt als Hauszinssteuerzuwachs für Neuwohnbauzwecke übermittelt würde.

Die Emporschraubung der Höchstmieten in Altwohnungen wird, abgesehen von den innerpolitischen Schwierigkeiten, auch mietvertragrechtlich und verwaltungsorganisatorisch Schwierigkeiten machen, da sie, wie gesagt, mit einer allmäßlichen Lockerung des bisher fast dinglichen Wohnbesitzrechts der Altmietner, mit Einführung langfristiger beiderseitiger Kündigungsmöglichkeiten und Abdingungsfreiheit gegenüber gesetzlichen Mietnormen verbunden sein muß, um die volle schließliche Vertragsfreiheit und Freizügigkeit anzubahnen. Alles das ist nicht ohne den begleitenden Aufbau eines neuen „sozialen Wohn- und Mietrechts“, das mehr als die paar Mietparagraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs enthält, denkbar, nicht ohne eine Nachprüfungss-, Schlichtungs- und Schiedsinstanz, die in Streitsällen das Angemessene ermittelt und Mißbräuche und Härten verhütet, sei es nun eine behördliche Schiedsinstanz mit Beisizern aus dem Mieter- und Hausbesitzerlager, sei es eine tarifvertragliche Schiedsinstanz, die sich auf kollektiven Mietnormenverträgen von Hausbesitzerorganisationen und Mietervereinen, wie sie vor dem Kriege schon München kannte, aufbauen und die auch notfalls eine gleitende Staffelung der Mietpreissäfe neben den Mietvertragsrechtsnormen (Kündigung, Wohnrechte und -pflichten) festlegen könnten. Bei der jugendlichen Unstetheit der bisherigen Mietervereine, die, meist agitatorisch gerichtet, noch wenig Einblick in die sachlichen Notwendigkeiten der komplizierten Wohnungswirtschaft, des Vermietgewerbes und des Realcreditwesens haben, scheinen allerdings vorläufig tragfähige Grundlagen für gutes Funktionieren eines tarifvertraglichen Mietrechts noch nicht gegeben. Eine wohlersahrene, mit öffentlicher Verantwortung belastete behördliche Stelle, mit Beisizern der Interessentenlager, wird als Übergangsgebilde und als Erziehungsstätte für künftige soziale Selbstverwaltung

der beiderseitig sich konsolidierenden Organisationen zunächst vorzuziehen sein.

Eine restlose Rückkehr zu völlig individueller Mietvertragsfreiheit im Bereich des Kleinwohnwesens wird ebensowenig zu erwarten sein wie eine völlige Aufhebung der Hauszinssteuer, wenn sie auch allmählich in eine reine, ablösbare und tilgbare Entschuldungssteuer zusammenschrumpfen und schließlich von einer allgemeinen Mietensteuer aufgeschluckt werden wird. Aber für die Schaffung eines qualitativen Optimums im Kleinwohnungswesen, das das Dilemma von Einkommen und Miete, zumal auch für die schwächstbemittelten, die erwerbsbeschränkten und vor allem die kinderreichen Familien mit niedrigem Einkommen, im Sinne hygienisch-sittlicher Wohnkultur überwinden will, ist eine Lösung des entscheidenden Finanzierungsproblems der zweiten Hypothesen unentbehrlich, und die wird auch späterhin niemals ohne öffentliche Hilfseinrichtungen zu erzielen sein, nachdem die Zeit für gemeinnützig-wohltätige Förderung des Kleinwohnwesens durch Private ebenso vorbei zu sein scheint wie die große Ära des patriarchalisch-fürsorglichen Werkwohnungswesens. Soll das Kleinwohnwesen für die sehr bedürftigen Familien auch unter der freien Unternehmungswirtschaft auf einem qualitativen Optimalstande erhalten werden, dann müßte bei normaler Finanzierung die öffentliche Wohlfahrtsfürsorge dauernd eingreifen. Günstiger als ein solches chronisches Fürsorgegebaren an wirtschaftlich Schwachen erscheint die dauernde Speisung eines Zinsverbilligungs- und Verbürgungsfonds für zweite Hypothesen auf gesunde billige Kleinwohnungsbauten aus Hauszinssteuermitteln, die von der Gesamtheit der Althäuser solange geleistet werden, bis der Fonds sich aus den rückfließenden Zinsen und Tilgungsquoten der älteren Hauszinssteuerhypotheken selbst genügend erhält und zugleich auch dem Bedarf der Althäuser an Sanierungshypothesen genügen kann.

Der Sanierung, Renovierung und rationelleren technischen Nutzbarmachung des Altwohnraums müssen künftig sogar viel stärkere Anteile des Hauszinssteueraufkommens als die bisher üblichen 5 % zugewendet werden. Gesundmachung von Kleinwohnungen in Althäusern und Verwandlung überflüssiger dauernd leerstehender Großwohnungen in Kleinwohnungen ist unter Umständen sogar förderlicher als die teure Herstellung von Neubauwohnungen, wenn es die Wohnungsnot der wirtschaftlich Schwachen rascher bezeitigen hilft. Und solche Anlage von

Hauszinssteuermittel in Althäusern ist auf die Dauer sicherer als die in den überteuerten Neubauten.

Der Eintritt des erstreuten Zustandes der „Selbstfinanzierung“ des Kleinwohnungswesens auch bei relativ niedrigen, für die wirtschaftlich Schwachen erschwinglichen Mieten ist heute nicht zu berechnen. Bis dahin wird der einzige sozialpolitisch gesunde Gedanke der Wohnungszwangswirtschaft, nämlich der Gedanke der sozialen Gemeinbürgschaft und opferbereiten Solidarität aller Mieter, die eine auskömmliche Wohnung haben und eine entsprechende Miete leisten können, mit den weniger glücklichen, nicht aus persönlicher Schuld in Wohnnot sitzenden Volksgenossen weiter gepflegt und in einer Mietzinsabgabe aller günstiger gestellten Mieter betätigt werden müssen. Wie diese natürlich noch einige Jahre den Nettovertrag der Althauseigentümer schmälernde Mietenabgabe volkswirtschaftlich am günstigsten ihrem speziellen Ziele: der billigsten Wohnraumvermehrung und der balzigsten ermöglichten freier Konkurrenz im Bauen und Vermieten, dienstbar gemacht werden, kann hier nicht erörtert werden. Einer von den mancherlei Vorschlägen<sup>11</sup>, daß nämlich die Hauseigentümer einen Teil des Hauszinssteuerbetrags selber in niedrig verzinslichen, sich selbst tilgenden Pfandbriefen zur Förderung des zweistelligen Neubaukredits oder der Sanierung anlegen sollen, ist sehr forschrittlich, aber steuertechnisch und hypothekenbanktechnisch noch stark umstritten und wird überdies als eine neuartige Verlängerung der Mietenzwangswirtschaft auch von Hausbesitzern, denen er doch entgegenkommen will, bekämpft.

Zedenfalls werden gewisse Ausläufer aus dem bisherigen zwangswirtschaftlichen Regime weiterwirken, die prinzipiell in das System einer freien Wohnungsunternehmerwirtschaft nicht hineingehören und von deren dogmatischen Anhängern nicht nur als Schönheitsfehler, sondern als Organfehler verurteilt werden. Das braucht aber den unabhängig denkenden Volkswirt nicht zu stören; denn er verlangt von einer rationalen Sozialökonomie nicht die reine Verwirklichung eines Prinzips oder Systems, sondern die Aufhellung der Mittel und Wege, die zu Optimalleistungen im Dienste der Volkswohlfahrt führen.

---

<sup>11</sup> Vgl. die Vorschläge von Mulert, Höpker-Alschoff und Fleischmann, Greven, P. Reinhold, Hoff, Baurat Riepert, P. Fleischer, G. Stolper, Lansburgh, Mosch (Hansabund), Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband deutscher Hausbesitzervereine u. a.

Präsident von Batocki:

Ich danke dem Vertreter des Herrn Berichterstatters und gebe Herrn Privatdozent Dr. v. Hayek-Wien das Wort zu seinem Referat.

Privatdozent Dr. v. Hayek-Wien:

### **Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen.**

Meine Damen und Herren!

Die gründliche Vorbereitung des heutigen Gegenstandes in den Schriften des Vereins und die Gesamtübersicht des Problemkomplexes, die Ihnen Herr Zimmermann gegeben hat, machen es mir möglich, mich ohne weitere Umschweife sofort dem engeren Thema meines Referates zuzuwenden: den Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen oder, wie ich es richtiger hätte nennen sollen, den Wirkungen der Mietzinsbeeinflussungen aller Art. Die theoretischen Erwägungen, denen über Wunsch unseres Vorstandes mein Referat also gewidmet sein soll, scheinen mir aus zwei Gründen von einiger Bedeutung für die praktischen Probleme, die uns unmittelbar interessieren. Einmal weil das ganze MieterSchutzproblem noch vielfach ausschließlich nach seinen unmittelbaren Wirkungen auf Mieter und Hausbesitzer beurteilt wird und die weitergreifenden und zum Teil tief in den ganzen Wirtschaftsprozeß einschneidenden Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen häufig vernachlässigt oder doch bagatellisiert werden, und zweitens weil — soweit jene weitergreifenden Wirkungen eben überhaupt beachtet werden — über sie aus der Vulgärmeinung ungenaue und selbst falsche Ansichten auch manchesmal in die wissenschaftliche Diskussion eindringen, deren Überprüfung dringend notwendig ist. Hier bin ich dabei allerdings in der glücklichen Lage, den von Ihnen eben gehörten Ausführungen eigentlich nirgends widersprechen zu müssen, und ich werde im wesentlichen nur Dinge eingehender behandeln, die Herr Zimmermann im Rahmen seines Vortrages nur streifen konnte.

Ich werde also in aller Kürze versuchen, der Reihe nach die wichtigsten Wirkungen der gesetzlichen Mietzinsbeschränkungen oder seiner Herabdrückung unter den Marktpreis durch öffentliche Bautätigkeit darzustellen, und zwar vor allem die Wirkungen auf die Größe des Gesamtangebotes von Mieträumen und dessen Zusammensetzung, auf die Verteilung dieses Angebotes unter die wohnungssuchende Bevölke-

rung, auf die Einkommensverteilung und auf die Gestaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen, insbesondere die Kapitalversorgung und die Höhe des Arbeitslohnes. Entsprechend dem Hauptthema des heutigen Tages muß ich mich dabei völlig auf Mieterschutz für Wohnräume beschränken und ganz darauf verzichten, auch auf das eng damit zusammenhängende und sehr wichtige Problem der Wirkungen des Mieterschutzes für Geschäftsräume einzugehen, das ich bei einer früheren Gelegenheit in diesem Zusammenhang mitbehandelt habe<sup>1</sup>.

Gestatten Sie mir noch eine Vorbemerkung. Wenn Ihnen meine Darstellung der Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen in manchen Punkten vielleicht zunächst etwas übertrieben erscheint, so bitte ich Sie zu bedenken, daß ich naturgemäß unwillkürlich immer die Wiener Verhältnisse vor Augen habe, deren Verschiedenheit von denen im Reich Ihnen ja bekannt ist und zu deren kurzer Charakterisierung ich nur erwähnen will, daß die durchschnittlichen Mietzinse in Wien erst in zwei Jahren die vorläufige Höchstgrenze von rund 30 % der Friedensmieten erreichen werden, und gleichzeitig gegenwärtig ein Recht zur Anforderung oder Einweisung, kurz eine eigentliche Bewirtschaftung nicht besteht. Ich glaube aber, daß dieser Ausgangspunkt nichts an der Geltung der prinzipiellen Überlegungen für die Verhältnisse im Reich ändert. Grundsätzlich muß das, was sich in Wien vielleicht klarer als anderswo beobachten läßt, ebenso auch für weniger einschneidende Mietzinsbeschränkungen gelten; dies ergibt sich ja auch schon daraus, daß alles, was ich sagen möchte, sich rein theoretisch ableiten läßt und das Wiener Beispiel mir dafür nur eine besonders geeignete Illustration bietet. Übrigens ist das Wiener Beispiel gar nicht in jeder Hinsicht so extrem, weil ja die Abnahme der Wiener Bevölkerung gewisse Folgen nicht so hart hervortreten lassen, wie dies sonst der Fall gewesen wäre.

Um nun auf die eigentlich theoretischen Probleme zu kommen, möchte ich zunächst durch eine vielleicht selbstverständliche Feststellung die Eigenart unseres Problems gegenüber dem Problem der Wirkungen von Preisfixierungen für andere Güter abgrenzen. Ich meine nämlich die Tatsache, daß man sich keiner Täuschung darüber hingeben darf, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Zwangswirtschaft von

<sup>1</sup> V. A. Hayek, Das Mieterschutzproblem. Nationalökonomische Betrachtungen (Bibliothek für Volkswirtschaft und Politik, Nr. 2) Wien 1929. Der dort gegebenen ausführlicheren Darstellung folgt auch der nachstehende Bertrag in weitem Maße.

den Kriegsjahren nicht deshalb im Gegensatz zu allen anderen Gebieten, auf denen sie bestand, bis heute erhalten blieb, weil etwa das Wohnungsbedürfnis wichtiger ist als zum Beispiel das Nahrungsbedürfnis, auch nicht weil seine Befriedigung etwa an sich schwieriger oder teurer geworden ist als die anderer Bedürfnisse, sondern einzig und allein, weil es sich bei Wohnungen im Gegensatz zu fast allen Bedarfsgütern um dauerhafte Güter handelt, die, wenn sie einmal vorhanden sind, durch Jahrzehnte verwendbar bleiben und sich darum auch eine Zwangsbewirtschaftung gewissermaßen länger gefallen lassen als etwa Kartoffeln oder Speck. Dieser Eigenschaft der Wohnungen ist es aber auch zuzuschreiben, daß die unangenehmste Wirkung aller Preisfixierungen, nämlich die auf das Angebot, heute in ihrer Wirkung auf Wohnungen noch weder allgemein empfunden, noch allgemein erkannt wird. Wenn es sich nun aber darum handelt, die Bedeutung des Mieterschutzes nicht mehr bloß als zeitweilige Notmaßnahme, sondern als Dauerzustand zu beurteilen, so dürfen wir ihn auch nicht mehr, wie das durch eine beschränkte Zeit hindurch möglich ist, als eine bloße Frage der Verteilung und etwaigen Ergänzung des vorhandenen Wohnungsbestandes betrachten, sondern müssen vor allem die grundfältliche Frage beantworten, auf welche Weise denn auf die Dauer der ganze, zu den erniedrigten Mietzinsen hervortretende Wohnungsbedarf befriedigt werden kann.

Ich glaube, man gibt sich bei der Beantwortung dieser Frage im allgemeinen kaum genügend darüber Rechenschaft, wie außerordentlich der Wohnungsbedarf durch jede Senkung der Mietzinse unter die Höhe, die auf dem freien Markt sich festsetzen würde, gesteigert wird. Es handelt sich dabei nicht nur um die Tatsache, daß die Wohnungsnachfrage zweifellos sehr elastisch ist und wahrscheinlich auf jede, etwa durch eine Senkung der Baukosten bewirkte Ermäßigung der Mieten durch eine verhältnismäßig stärkere Zunahme reagiert. Der Wohnungsmangel, den deshalb schon jede gesetzliche Begrenzung der Mietenhöhe bewirkt, bzw. die Schwierigkeit, eine neue Wohnung zu bekommen, die den Besitz einer Wohnung zu einem Vermögenswert machen, bewirken darüber hinaus noch ein Ableben des Mieters an seiner Wohnung, selbst wenn er sie auch zu dem ermäßigten Preis gewiß aufgeben würde, falls er nur die Gewissheit hätte, bei Bedarf wieder eine zu bekommen. Fast alle Mitarbeiter an den vorbereitenden Schriftenbänden haben ja diesen Umstand auch entsprechend hervorgehoben, aber es ist doch

immerhin verblüffend, daß Wolff bei dem Versuch einer zahlenmäßigen Schätzung dieses zusätzlichen Bedarfs aus „Wohnungsbeibehaltungen in vielen Fällen, die früher eine Wohnungsauflösung zur Folge hatten“, auf eine Ziffer kommt, die rund einem Drittel des gesamten jährlichen Neubedarfs an Wohnungen entspricht (nämlich auf rund 80000 bis 85000 gegenüber einem Bedarf von 265000), übrigens in einer Arbeit, in der er es an einer anderen Stelle beflagt, daß die Bautätigkeit gegenüber jenem jährlichen Bedarf ein Defizit von etwas über einem Viertel, nämlich von 75000 Wohnungen läßt<sup>2</sup>.

Daß unter diesen Umständen selbst dort, wo kein Bevölkerungszuwachs eingetreten ist, ein gewaltiger ungedeckter Wohnungsbedarf sich bemerkbar machen mußte, der überhaupt nur durch eine öffentliche Bautätigkeit befriedigt werden konnte, ist selbstverständlich. Wo dabei, wie in Wien und in Österreich überhaupt, die Spanne zwischen den gesetzlichen Mietzinsen und denen, die sich bei freiem Markt ergeben würden, noch sehr groß ist, besteht wahrscheinlich überhaupt keine Aussicht, den zu den ermäßigten Mieten hervortretenden Bedarf voll zu befriedigen. Trotz Verminderung der Bevölkerung um rund ein Siebentel und Zunahme der Wohnungszahl um wahrscheinlich bei- läufig ein Zehntel — eine brauchbare Statistik darüber gibt es nicht — kann hier von einer Abnahme der Wohnungsnot nicht die Rede sein. Daß aber auch im Reich die Wohnungsnot vorwiegend dieser Ausdehnung des Wohnbedarfs infolge der verminderten Mieten zuzuschreiben und in diesem Sinn der heutige Wohnungsmangel ein Geschöpf des Mieterschutzes ist, zeigt sich ja auch deutlich daran, daß — wie ebenfalls Wolff zeigt<sup>3</sup> — gegenüber der Vorkriegszeit die Wohndichte in fast allen Städten des Reiches abgenommen hat. Auf die geänderte Bedeutung, die freilich solche Berechnungen der durchschnittlichen Wohndichte heute haben, komme ich noch zu sprechen.

Zu diesem zusätzlichen Bedarf, der nur durch öffentliche Bautätigkeit befriedigt werden kann, kommt nun nicht nur der durch einen eventuellen Zuwachs der Bevölkerung hervorgerufene Bedarf, sondern — und damit komme ich endlich zu den Problemen, die die Wohnungszwangswirtschaft als Dauerzustand aufwirft — der ganze durch den Verbrauch des vorhandenen Häuserbestandes bedingte Bedarf. Die Zwangswirtschaft als Notmaßnahme konnte sich mit einer Bautätig-

<sup>2</sup> Vgl. Schriften 177, I, S. 91, 94, 156.

<sup>3</sup> A. o. O., S. 129 f.

keit zur Ergänzung des noch von der privaten Bautätigkeit geschaffenen Stockes von Gebäuden begnügen. Auf die Dauer muß aber, solange der Versuch gemacht wird, durch öffentliche Bautätigkeit den durch Herabsetzung aller Mietzinse gesteigerten Bedarf zu befriedigen, das gesamte Wohnungsangebot durch die öffentliche Hand bereitgestellt werden. Es reicht also — die Literatur zeigt, daß es nicht überflüssig ist, dies zu betonen — nicht aus, durch öffentliche Bautätigkeit ein vermeintlich zusätzliches Angebot von Wohnungen zu schaffen, wenn man auf die Dauer die Mietzinse senken will, sondern solange die Mietzinse unter die Markthöhe beschränkt bleibt, muß die öffentliche Hand für das ganze Angebot Sorge tragen.

Abgesehen davon, daß dies kaum lösbarre finanzielle Probleme bietet, wird auch kaum irgendein Vertretungskörper den Wunsch haben, auf diese Weise die Sorge für alle nachgefragten Kategorien von Wohnungen zu übernehmen. Es wird sich in der Regel die Notwendigkeit ergeben, die öffentliche Bautätigkeit auf gewisse bescheidenere Kategorien von Wohnungen zu beschränken — auf die dann logischerweise freilich auch der Mieterschutz beschränkt werden müßte. Eine solche Beschränkung der Mietzinsbeeinflussung auf bestimmte Wohnungsklassen wirft jedoch weitere Schwierigkeiten auf, die — wie mir scheint — besonders häufig übersehen werden. Wird nämlich die öffentliche Bautätigkeit und die Abgabe von Wohnungen zu nicht kostendeckenden Preisen, wie es konsequent geschehen müßte, auf jene bescheidensten Kategorien von Wohnungen beschränkt, in denen die öffentliche Hand dauernd das ganze Angebot bereitzustellen vermag, so darf auch die Qualität dieser Wohnungen nur so sein, daß auch nur jene Bevölkerungsschichten, deren Versorgung die Öffentlichkeit erleichtern will, jene Wohnungen in Anspruch nehmen und nicht auch wohlhabendere Schichten. Die Idee, daß man mit den für öffentliche Wohnbauzwecke unter den gegebenen Umständen irgend in Frage kommenden Mitteln zugleich den Mangel an Wohnungen für die ärmste Bevölkerung beheben und zu diesem Zweck gleichzeitig Wohnungen bauen könne, die sich weit über den durchschnittlichen Wohnungsstandard der großen Masse halten, muß sich darum immer als Illusion erweisen. Bessere Qualitäten von Wohnungen können aus öffentlichen Mitteln, wo solche dafür übrig sind, eventuell als Musterbauten errichtet werden, aber jeder Versuch, auf diese Weise die Mieten auch in dieser Kategorie unter jene Höhe zu drücken, die zur Verzinsung und Amortisierung

tisation des Baukapitals ausreicht, muß scheitern, sofern eben nicht Mittel verfügbar sind, die ganze Nachfrage nach Wohnungen dieser Kategorie dauernd aus öffentlichen Mitteln zu befriedigen. Es muß übrigens beachtet werden, daß die öffentliche Bautätigkeit auch dann, wenn sie sich auf den Bedarf jener untersten Bevölkerungsschichten beschränkt, den sie allein voll zu befriedigen vermag, immer eine recht unerwünschte Nebenwirkung von ziemlicher Bedeutung haben wird: das Entstehen einer verhältnismäßig großen Spanne zwischen den Mieten der besten, noch aus öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen und der nächstbesseren, aus privater Bautätigkeit stammenden wird nämlich immer zur Folge haben, daß eine große Anzahl von Personen, die bei gleichmäßiger Abstufung der Mieten sich noch eine Wohnung der besseren Qualität geleistet hätten, durch die verhältnismäßig größere Ersparnis veranlaßt werden, sich mit einer schlechteren Wohnung zufrieden zu geben.

Die beschränkte Redezeit verbietet mir, noch mehr über die Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen auf Größe und Zusammensetzung des Gesamtangebotes von Wohnräumen einzugehen, und ich muß mich daher jetzt den Wirkungen auf die Verteilung des vorhandenen Wohnraumes zuwenden. Die meisten Gutachter haben sich hier darauf beschränkt, das Schlagwort von der „Versteinerung“ der Wohnverhältnisse durch den Mieterschutz anzuführen und kurz zu illustrieren. Es scheint mir jedoch der Mühe wert, die darunter zusammengefaßten Erscheinungen etwas näher zu betrachten, da von ihnen so ziemlich alle der früher erwähnten „weitergreifenden Wirkungen“ des Mieterschutzes ihren Ausgang nehmen. Die Voraussetzung für das weitere ist, den bestehenden Verhältnissen entsprechend, daß die Mietzinsbeschränkungen für alle Qualitätsgrade von Wohnungen bestehen, und daß, was ja nach dem Gesagten in diesem Fall immer zutreffen wird, der durch die Mietzinsbeschränkungen geschaffene Wohnungsmangel andauert. Wer unter diesen Umständen eine Wohnung zu dem ermäßigten Mietzins innehat, ist durch die Verhältnisse bestimmt, die vor Inkrafttreten des Mieterschutzes herrschten. Daß diese lediglich historisch erklärbare Verteilung des vorhandenen Mietraums immer weniger den verschiedenen Bedürfnissen entsprechen kann, je länger der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Mieterschutzes zurückliegt und die darin eingeschlossene Verminderung der Beweglichkeit der menschlichen Arbeitskraft nachteilige Folgen haben muß, ist klar. Bevor ich

auf diese Folgen näher eingehen, möchte ich jedoch zunächst noch die Grenzen dieser „Versteinerung“ und die Formen ihrer Durchbrechung betrachten. Einen gewissen Ausgleich schafft nämlich die Weitergabe der Mieträume seitens des geschützten Mieters im Wege der Unter Vermietung oder des — wo nicht rechtlich, so doch tatsächlich möglichen — „Wohnungsverkaufes“, also die Übertragung der geschützten Wohnung gegen Zahlung eines Abstandsgeldes, worunter ja auch die meisten Fälle des Wohnungstausches fallen, nämlich dann, wenn Wohnungen ungleicher Qualität gegeneinander getauscht werden. Aus den schon erwähnten Gründen werden jedoch keineswegs alle Mieter, die sich bei freier Mietzinsbildung mit kleineren Wohnungen begnügen würden, den entsprechenden Teil ihrer Wohnung weitervermieten oder einen Tausch eingehen. Die Folge davon muß sein, daß auf alle jene Personen, die zur Befriedigung ihres Bedarfs auf Untermiete oder Wohnungskauf oder Tausch angewiesen sind, ein verhältnismäßig kleineres Angebot entfällt, als wenn sie auf freiem Wohnungsmarkt zusammen mit allen andern Wohnungsbewerbern um ihren Anteil an dem vorhandenen Wohnungsbestand konkurrierten. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wird daher auf diesen Teilmärkten, auf denen eine freie Preisbildung erfolgt, notwendig für den Mieter ungünstiger, und daher werden hier auch die Mieten höher sein, als dies auf freiem Markt für alle Mieträume der Fall wäre. Der ständig wachsende Teil der Bevölkerung, der nicht über eine geschützte Wohnung verfügt oder durch die öffentliche Bautätigkeit versorgt wird, ist daher schlechter gestellt, als dies ohne Mieterschutz der Fall wäre. Praktisch heißt dies, daß ein großer Teil der nachwachsenden jungen Generation an die ältere, noch aus der Vorkriegszeit über Wohnungen verfügende einen Tribut zahlt, der die Miete übersteigt, die er ohne Mieterschutz dem Hausherrn entrichten müßte.

Für die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit hat dieser Ausweg natürlich keine wesentliche Bedeutung. Die Bindung an den einmal errungenen Wohnraum besteht vielmehr für die große Masse der Bevölkerung in aller Strenge und verhindert eine Anpassung des Wohnraumes nach Größe, Lage und Qualität an die wechselnden Bedürfnisse. Dies bedeutet, daß die Wohndichte im einzelnen Fall solche Verschiedenheiten zeigt, daß die üblichen statistischen Angaben über die durchschnittliche Wohndichte ziemlich jede Bedeutung verloren haben, und macht anderseits verständlich, daß bei gleicher durchschnittlicher

Wohndichte, also gleicher verhältnismäßiger Größe des Wohnungsangebotes, ungleich mehr echte Wohnungsnot besteht als bei freiem Wohnungsmarkt.

Neben der ungünstigeren Ausnützung des vorhandenen Wohnraumes in der Richtung möglichst weitgehender Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse hat die Einschränkung der Beweglichkeit der menschlichen Arbeitskraft jedoch auch viel zu wenig beachtete Wirkungen auf deren Verwendung und Ergänzung. Die örtlichen Verschiebungen des industriellen Bedarfs nach Arbeitskräften machen in normalen Zeiten sehr bedeutende Wanderbewegungen der Arbeiterschaft notwendig, die gerade in dem letzten Jahrzehnt besonders großer industrieller Verschiebungen durch den Mieterschutz unterbunden wurden. An und für sich, bei ungebundener Lohnbildung, würde dies den Ausgleich der Lohnhöhe an verschiedenen Orten hindern und die Ursache einer großen Verschiedenheit zwischen den lokalen Löhnen werden. Gegenwärtig, da die kollektivvertragliche Lohnfestsetzung solche große Unterschiede meist unmöglich macht, ergeben sich zwei andere Wirkungen. Soweit nämlich der neue Arbeitsplatz von der alten Wohnung durch tägliche oder wöchentliche Pendelfahrten erreicht werden kann, treten diese an Stelle der Übersiedlung, jedoch keineswegs mit gleich günstigem Erfolg. Für den Arbeiter, der an der Übersiedlung verhindert ist, stellt der Aufwand an Zeit und Geld, den ihm diese Fahrten kosten, eine entsprechende Kürzung seines Lohnes dar, wodurch die verhinderte Ungleichheit der Löhne wieder indirekt zum Ausdruck kommt. Volkswirtschaftlich stellen diese und viele andere, durch die Gebundenheit an die alte Wohnung bedingten Mehraufwendungen eine reine Verschwendug dar. Rautsky<sup>4</sup> verweist darauf, daß die Verdopplung des Straßenbahnverkehrs in Wien von 1913 bis 1928 bei gleichzeitiger Abnahme der Bevölkerung ihre Ursache in dieser Hemmung der Beweglichkeit haben müsse, und Was<sup>5</sup> schätzt, wohl etwas übertrieben, den Betrag, der, wie er sagt, „durch die Zwangswirtschaft allein als Mehrverkehrsspesen (aus der Wiener Bevölkerung) herausgepreßt wird“, auf jährlich etwa 63 Millionen Schilling, das ist rund zwei Drittel der jährlichen Kosten des Wohnungsneubaus der Gemeinde.

Soweit aber ein Ersatz der Übersiedlung durch periodische Fahrten

<sup>4</sup> Schriften 177, III. S. 70 f.

<sup>5</sup> Ph. Was, Die Wiener Wohnungszwangswirtschaft von 1917—1927, Jena 1928, S. 35.

nicht möglich ist, ist bei den gegebenen Verhältnissen die Folge ihrer Verhinderung Arbeitslosigkeit. Wenn ich mich nicht irre, hat Schumpeter einmal im „Deutschen Volkswirt“ die Bedeutung der mangelnden Beweglichkeit der Arbeit als Ursache der Arbeitslosigkeit nachdrücklich hergehoben. Ich glaube, daß die Bedeutung dieser Wirkung gar nicht unterschätzt werden kann. Ich will Ihnen nur ein Beispiel berichten, das mir erst vor wenigen Tagen bekannt wurde. Ein befreundeter Fabrikant, der in einem kleinen Ort, etwa fünf Stunden vor Wien, eine Fabrik und in Wien selbst ein Büro hat, forderte hier von der Arbeitsvermittlung einen Elektromonteur für diese Fabrik an. Einige zwanzig, zum Teil seit langem arbeitslose Monteure, die sich zunächst um den Posten bewarben, lehnten dann mit der Begründung ab, daß sie dazu ihre geschützte Wiener Wohnung gegen eine ungeschützte Werkwohnung vertauschen müßten, und nach wochenlangem Suchen war es dem betreffenden Fabrikanten noch nicht gelungen, den Posten zu besetzen. Jeder außerhalb der großen Industriorte ansässige Fabrikant in Österreich kennt zahlreiche ähnliche Beispiele.

Ich möchte fast sagen, noch schlimmer wird die Sache dann, wenn die Politik der Wohnungsverbilligung insofern erfolgreich ist, als zeitweilig für den Zugiehenden solche verbilligte Wohnungen tatsächlich zu haben sind. Man darf ja nicht vergessen, daß Wanderbewegungen nicht nur innerhalb der Mieträume bewohnenden, also vorwiegend städtischen Bevölkerung erfolgen und darum jede erfolgreiche Verbilligung der städtischen Wohnungen den Zug nach der Stadt, die Landflucht verstärken muß. Ich möchte doch annehmen, daß niemand aus volkswirtschaftlichen oder sozialen Gründen wünschen kann, das Wachstum von Riesenstädten künstlich zu fördern, und nichts anderes tut man, wenn man hier die als notwendige Bremse wirkende Steigerung der Mietzinse verhindert. Besonders verderblich muß eine solche Erleichterung der Wanderungen nach der Stadt sein, wie sie in Zeiten guter Konjunktur erfolgen, da dann eine außerordentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit in der folgenden Depression unausbleiblich ist. Also auch das sprunghafte Steigen der Mieten in Perioden der Hochkonjunktur hatte seine guten Seiten.

Endlich möchte ich gerade nur noch erwähnen, daß es doch zumindest höchst fraglich ist, ob man wünschen soll, dem Minderbemittelten das Kinderkriegen auf Kosten des Wohlhabenderen und schließlich auch der

Stadtbevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung zu erleichtern, wie dies zweifellos geschieht, wenn man verhindert, daß sich die Größe der Wohnung dem Einkommen anpaßt bzw. aus Reichs- oder Bundesmitteln das Wachstum der Städte fördert.

Einen letzten Punkt, der mit der unrationellen Verteilung des vorhandenen Wohnraumes auf das engste zusammenhängt, nämlich die Verdeckung der Richtung des wirklichen Bedarfs nach Neubauten in lokaler und qualitativer Beziehung, möchte ich mir für etwas später reservieren.

Von den Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen auf die Einkommensverteilung, über die ja vieles Implizite schon in dem bisher Gesagten enthalten ist, möchte ich nur einen Punkt ausführlicher behandeln, und zwar jenen, über den — wie mir scheint — irrite Annahmen am weitesten verbreitet sind, nämlich die Frage der Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen auf die Höhe der Löhne. So schwierig dieses Problem, namentlich wenn man die verschiedenen indirekten Wirkungen in Betracht zieht, zweifellos ist, so sollte doch klar sein, daß die verbreitete Meinung, die aber merkwürdigerweise zum Beispiel auch Pribram in seinem Beitrag zu dem vorbereitenden Schriftenband<sup>9</sup> wie eine Selbstverständlichkeit ohne weitere Begründung übernimmt, daß nämlich heute infolge des Mieterschutzes die Löhne niedriger sind, als sie ohne Mieterschutz wären, völlig unbegründet ist. Ich spreche dabei von der relativen Höhe der Geldlöhne im Vergleich zu allen anderen Preisen, nicht von der besonderen Erhöhung ihrer Kaufkraft für den einzelnen Arbeiter in bezug auf Wohnräume. Daß beim Laien aus der Forderung: „wenn ich eine höhere Miete zahlen muß, muß man mir auch einen höheren Lohn zahlen“ die Vorstellung wird, daß höhere Mieten notwendig höhere Löhne nach sich ziehen, ist schließlich verständlich, daß aber der Nationalökonom zu dieser Annahme nur kommen kann, wenn er plötzlich die Gedankengänge seiner Wissenschaft verläßt, zeigt sich zum Beispiel ganz klar an der erwähnten Stelle bei Pribram, der schreibt, daß „insoweit ... infolge der Vorschriften über den Mieterschutz bei Bemessung (!) der Arbeitslöhne nicht der wirtschaftlich gerechtfertigte, sondern bloß der gesetzlich zulässige Mietzins in Anschlag gebracht (!) wird, ergab sich eine Erniedrigung der Preise all der Produkte, die den Arbeits-

---

<sup>9</sup> Schriften 177 I, insbesondere S. 172 f. (Sperrungen von mir.)

lohn als Kostenelement enthielten" usw. Schon die hervorgehobenen Ausdrücke lassen erkennen, daß Pribram hier auf eine Analyse der Lohnbildung — wohl als überflüssig — ganz verzichtet und statt dessen an die Festsetzung irgendeines gerechten Lohnes denkt. Nur so kann man freilich zu seiner Schlußfolgerung kommen, die auch in der so verbreiteten Argumentation auf Grund der angeblich produktions- und daher ausfuhrfördernden Rolle des Mieterschutzes die Grundlage bilden. Daß eine Kostentheorie der Lohnhöhe, wie sie vielleicht Pribram vorschwebt, namentlich bei einer doch verhältnismäßig kurzfristigen Erscheinung wie die, um die es sich hier handelt, nicht in Frage kommt, scheint mir außer Zweifel zu stehen. Wenn wir gleich den heute tatsächlich gegebenen, unter der Herrschaft kollektivvertraglicher Lohnbestimmung stehenden Arbeitsmarkt ins Auge fassen, so haben wir von der Tatsache auszugehen, daß es hier für die Lohnhöhe entscheidend ist, daß zu jedem gegebenen Lohnsatz nur eine bestimmte Zahl von Arbeitern beschäftigt werden kann, und daher das Ausmaß von Lohnerhöhungen, das die Gewerkschaften durchzusetzen vermögen, davon abhängt, ob das Solidaritätsgefühl innerhalb der Arbeiterschaft groß genug, bzw. die Arbeitslosenunterstützung hoch genug ist, um die durch die Lohnerhöhungen arbeitslos werdenden Arbeiter von einer Unterbietung der neuen Löhne abzuhalten. Daß auch bei höheren Mieten die Industrie zu einem gegebenen Lohnsatz nicht mehr Arbeiter beschäftigen kann, bedarf keiner Erwähnung. Anderseits ist gewiß nicht anzunehmen, daß ein gleichmäßiges Ansteigen der Mietzinse mit allen anderen Preisen die Position der Gewerkschaften irgendwie wesentlich geändert hätte. Dagegen ist es umgekehrt sicher, daß der geschützte Besitz einer verbilligten Wohnung für den Arbeitslosen gleichbedeutend ist mit einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und in dieser Weise durch das Bestehen des Mieterschutzes der Druck der Arbeitslosen auf den Lohnmarkt ebenso wie durch eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gemildert wurde. Es wäre demnach also eher berechtigt anzunehmen, daß die über die Angebotsseite hin wirkenden direkten Einflüsse des Mieterschutzes auf die Lohnhöhe eine Steigerung der Lohnhöhe, als daß sie eine Niedrighaltung der Löhne bewirkten. Freilich gilt das nur für den Fall einer parallelen Steigerung der Mietzinse mit allen anderen Preisen, und es ist durchaus wahrscheinlich, daß eine plötzliche Steigerung der Mietzinse, etwa infolge einer plötzlichen Aufhebung des Mieterschutzes, die psychos

Iologische Situation in der Arbeiterschaft so ändert, daß die Gewerkschaften nun durch neue Lohnforderungen eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit hervorzurufen riskieren können, die bisher untragbar gewesen wäre. Dies hat aber mit der allgemein vertretenen Behauptung, daß die Produktionskosten durch das Bestehen des Mieterschutzes niedrig gehalten worden seien, nichts mehr zu tun.

Es scheint mir übrigens, daß diese direkten Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen auf die Lohnhöhe auf dem Wege einer Beeinflussung des Arbeitsangebotes, welcher Ansicht man auch immer über ihre Richtung ist, gewaltig überschätzt werden und eine viel größere Rolle gewisse indirekte Wirkungen spielen, die die Fähigkeit der Industrie, hohe Löhne zu zahlen, beeinflussen, also über die Nachfrageseite hin wirken. Ich brauche wohl kaum zu betonen, daß ein Niedrighalten des Lohnniveaus, die der Mieterschutz etwa auf diese Weise bewirkt hat, etwas von seiner so gern herborgehobenen Lohnsenkenden Wirkung durchaus Verschiedenes ist und nur ungünstig beurteilt werden kann. Die Wirkungen, auf die ich dabei ansvoiele, sind hauptsächlich jene, die sich auf dem Umweg über die Kapitalversorgung geltend machen. Dazu kommen noch, wie ich nur gerade erwähnen will, die Wirkungen aller andern schon angeführten und noch zu berührenden Unwirtschaftlichkeiten, das heißt unzweckmäßigen Ausnützungen der vorhandenen Produktivkräfte, die der Mieterschutz zur Folge hat, und die sich naturgemäß gleichfalls in einer Minderung des Nachfragepreises für die menschliche Arbeitskraft auswirken müssen.

Die Kapitalversorgung der Volkswirtschaft wird durch die gegenwärtige Wohnungspolitik vor allem in zweifacher Hinsicht beeinflußt: einmal wird das freiwillige Kapitalangebot dadurch verringert, daß eine Amortisation des vorhandenen Hausbesitzes aus den Erträgnissen unmöglich geworden ist, eine Tatsache, die deshalb für die Industrie von großer Bedeutung ist, weil unter den heutigen Verhältnissen zweifellos große Teile dieser Amortisationsquoten zunächst nicht wieder dem Häuserbau zugeführt, sondern zumindest während einer Übergangsperiode in der übrigen Wirtschaft angelegt worden wären. Viel bedeutender für die Kapitalversorgung der Volkswirtschaft ist jedoch die Tatsache, daß durch die öffentliche Bautätigkeit gerade in einem Zeitpunkt ungeheure Kapitalbeträge anderen Verwendungen zugeführt wurden, als dies im Interesse einer möglichsten Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft wünschenswert gewesen und

ohne die befolgte Wohnungspolitik auch geschehen wäre. Welche Bedeutung diese Kapitalabsorbierung durch den öffentlichen Wohnungsbau heute schon hat, ohne daß damit auch nur annähernd eine Beseitigung des Wohnungsmangels gelungen wäre, zeigt sich am deutlichsten, wenn man den allein von der Gemeinde Wien seit dem Kriege für Wohnungsbauten aufgewendeten Betrag von rund 700 Millionen Schilling mit dem Kurswert des Aktienkapitals aller an der Wiener Börse notierten österreichischen Industriegesellschaften vergleicht, der nach den Berechnungen des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung im Durchschnitt des Jahres 1929 961 Millionen Schilling betrug und angegesichts des seither eingetretenen Kursfalles um rund 25 % auch nur sehr wenig über 700 Millionen Schilling betragen dürfte. Daß ein Aufwand, der — wenn man die Aufwendungen des Bundes und der übrigen österreichischen Länder für Wohnungsbauten und die ganzen administrativen Kosten der gegenwärtigen Wohnungspolitik einrechnet — den Wert des Produktivkapitals der ganzen österreichischen Industrie übersteigt, sehr fühlbar sein muß und auch dann, wenn wir annehmen, daß ohne die dazu notwendige Besteuerung nur ein Teil dieses Betrages der Industrie als Kapital zugeführt worden wäre, nicht ohne Wirkung auf die Produktivität der menschlichen Arbeit und damit die Lohnhöhe bleiben kann, ist wohl nicht zu bezweifeln.

Bei der Beurteilung dieser Kapitalverwendungen, ja bei der Beurteilung der ganzen Wohnungspolitik spielt freilich die Stellungnahme zu einer Frage eine wesentliche Rolle, die hier zu behandeln zu weit führen würde. Wenn man nämlich der Ansicht ist, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre und insbesondere die große Arbeitslosigkeit durch eine Stärkung des Konsums erfolgreich bekämpft werden könne, wenn man glaubt, daß es uns nicht an dauernden Produktionsmitteln mangle, sondern die zu kleinen Einkommen der Konsumenten die vollkommene Ausnützung des vorhandenen Produktivkapitals verhindern, und folglich von jeder Art von öffentlichen Arbeiten eine dauernde Belebung der Wirtschaft erwartet, dann wird man freilich den im Wohnungsbau getriebenen Kapitalaufwand und die ganze, der gegenwärtigen Wohnungspolitik innenwohnende Tendenz nach einer Stärkung des Konsums auf Kosten der Kapitalbildung günstiger beurteilen als ich es kann. Wie gesagt, ist es leider hier nicht möglich, diese, wie mir scheint, gefährlichsten der gegenwärtig verbreiteten und von Amerika aus immer mehr vordringenden wirtschafts-

theoretischen Irrtümer zu widerlegen. Nur darauf hinweisen mußte ich, daß hier bei den Differenzen in der Beurteilung schon Stellungnahmen zu Problemen zugrunde liegen, die weit außerhalb des engeren Gegenstandes meines Vortrages liegen.

Ganz abgesehen von den Wirkungen des Kapitalentzuges aus der übrigen Wirtschaft muß aber auch die Frage untersucht werden, ob die nun einmal für den Wohnbau gewidmeten Kapitalbeträge unter der Herrschaft der Mietzinsbeschränkungen wenigstens ebenso wirksam zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses beitragen, wie dies die gleichen Beträge bei freier Mietzinsbildung könnten. Ich komme damit zu der früher zurückgestellten Frage und zugleich zu einem der ernstesten Probleme der gegenwärtigen Wohnungspolitik. Denn genau dasselbe, was früher über die unwirtschaftliche Verteilung des schon vorhandenen Wohnraumes zu sagen war, gilt ebenso notwendig für eine Bautätigkeit, der die freie Preisbildung als Richtschnur mangelt. Daran ändert es nichts, daß für Neubauten die Mietzinsbeschränkungen nirgends bestehen. Das Entscheidende ist vielmehr, daß der Bedarf jener Personen, die heute zufällig keine Wohnung haben, und für die daher in erster Linie gebaut werden muß, sich nicht mit jenem Bedarf deckt, der zutage treten würde, wenn eine vernünftige Verteilung des schon vorhandenen Wohnraumes bestünde. Die Wirtschaftlichkeit würde vielmehr in der Regel erfordern, daß die gerade Wohnungslosen irgendwelche der vorhandenen Wohnungen erhalten und dafür Wohnungen von ganz anderer Art oder an einem ganz anderen Ort gebaut werden, die eben im Verhältnis zum Bedarf wirklich knapp sind. Heute weiß man aber weder, wo noch nach welcher Größe und Qualität von Wohnungen ein wirklicher Bedarf besteht. Es wird daher auch nicht zur organischen Ergänzung des Vorhandenen gebaut, sondern so, als ob die vorhandenen Wohnungen für die neu zu behausende Bevölkerung auf keinen Fall in Betracht käme und umgekehrt das Wohnbedürfnis der Personen, die eine geschützte Wohnung haben, für alle Zeiten unveränderlich wäre. Weil zum Beispiel zufällig in einem Ort oder in einem Stadtbezirk gerade eine Anzahl junger Paare eine Wohnung suchen, wird dort gebaut werden, obwohl schon weit mehr Menschen dort wohnen als dort wohnen wollen und bei freier Beweglichkeit die benötigten Wohnungen bald frei würden. Oder es werden Wohnungen gebaut, die sich vor allem für Familien mit Kindern eignen, weil gerade besonders viele solche Familien keine für sie passenden Woh-

nungen haben, obwohl noch weit mehr ältere Ehepaare in solchen Wohnungen leben, die sie heute nicht mehr benötigen.

Die gewaltige Verschwendung, die eine solche planlose Bautätigkeit darstellt, muß es doch recht fraglich erscheinen lassen, ob man, wie etwa auch Kruschwitz<sup>7</sup> meint, mit der Beseitigung der Mietzinsbeschränkungen wirklich warten soll, bis Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt sich ausgeglichen haben, ja ob unter dieser Voraussetzung ein solcher Zustand überhaupt je eintreten kann. Schon vor dem Kriege und daher ganz unabhängig von der Zwangswirtschaft hat Adolf Weber „die Grundursache der Wohnungsfrage... in dem Misverhältnis zwischen der überaus großen Beweglichkeit der wirtschaftlichen Beziehungen der Gegenwart und der Starrheit des Wohnungsmarktes“<sup>8</sup> erkannt. Sollen wir wirklich glauben, daß wir heute die Wohnungsnot beseitigen können, solange wir uns selbst auch für die Neubauten die Möglichkeit einer Anpassung an den wechselnden Bedarf nehmen?

Die eigentliche Aufgabe meines Referates, die Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen systematisch darzustellen, hoffe ich damit, so gut ich es innerhalb der kurzen mir zugemessenen Redezeit konnte, erfüllt zu haben. Wenn die Liste dieser Wirkungen, die die theoretische Untersuchung zeigt, Ihnen vielleicht wie ein Sündenregister des Mieterschutzes vorkommt, so glaube ich, daß das nicht dem Umstand zuzuschreiben ist, daß — wie der namens des Vorstandes mich zu diesem Vortrag einladende Herr meinte — eine theoretische Behandlung des Problems und eine Behandlung vom liberalen Standpunkt notwendig dasselbe seien. Ich glaube nicht, daß eine theoretische Untersuchung des gleichen Problems, von jemandem unternommen, der irgendeinen anderen wirtschaftspolitischen Standpunkt vertritt, zu anderen Ergebnissen kommen kann. Wenn die Theorie nur ungünstige Folgen aufdeckt, so ist die Situation eben die, daß die unmittelbaren günstigen Wirkungen, deretwegen der Mieterschutz eben überhaupt jemals eingeführt wurde, jedermann klar sind, und man die Theorie nur zur Aufdeckung der ungewollten Folgen braucht, die ja jeder derartige Eingriff nach sich zieht. Daß diese unbeabsichtigten Folgen auch ungünstig sind, ist fühlbar nicht überraschend. Es bleibt natürlich jedermann unbe-

<sup>7</sup> Schriften 177 I, S. 48.

<sup>8</sup> Adolf Weber, Die Wohnungsgproduktion, Gr. d. S. VI, S. 354 (Tübingen 1914).

nommen, sich auch nach Abwägung jener ungünstigen mit den günstigen Wirkungen für den Mieterschutz zu entscheiden, und die Feststellung der ungünstigen Folgen bedeutet an sich noch keine Stellungnahme gegen den Mieterschutz. Nur kennen muß man sie, bevor man ein Urteil für oder gegen fällen darf.

Wenn ich aber zum Schluß noch über die Folgerungen sprechen soll, die sich aus dem Gesagten für die künftige Politik ergeben, dann allerdings muß ich zunächst sagen, daß ich persönlich aus der Abwägung der Vorteile und Nachteile den Schluß ziehe, daß eine möglichst baldige Rückkehr zum freien Wohnungsmarkt die unerlässliche Voraussetzung für eine endliche Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist. Ist dieses Endziel aber gegeben, so bleibt noch immer die Frage, welchen Nutzen man aus dem Verständnis des gegenwärtigen Zustandes für die Regelung der Übergangsperiode ziehen kann. Denn die Überzeugung, daß ein freier Wohnungsmarkt an sich das Wünschenswerte ist, heißt natürlich noch lange nicht, daß heute eine fristlose Aufhebung des Mieterschutzes der zweckmäßigste Weg zu diesem Zustand ist. Gerade die Tatsache, daß der Mieterschutz nicht nur bedeutet, daß der Mieter weniger Miete zahlt als dies sonst der Fall wäre, sondern vor allem auch, daß die Verteilung des vorhandenen Wohnraumes heute eine ganz andere ist als bei freiem Markt, bedingt, daß die Freigabe des Wohnungsmarktes nicht nur eine Belastung der Mieter, sondern auch eine Änderung jener Verteilung zur Folge haben muß, die wieder im Falle einer plötzlichen Aufhebung des Mieterschutzes Bewegungen in einem Umfang bewirken müßten, die eine völlige Desorganisation des Marktes mit allen ihren Gefahren herbeiführte. Es würde sich dann plötzlich zeigen, daß ein gewaltiges Missverhältnis zwischen der Zusammensetzung von Angebot einerseits und Nachfrage andererseits besteht und Wohnungen bestimmter Art oder an bestimmten Orten ganz außer Verhältnis zu ihren Kosten im Preise stiegen. Besonders ernst würde zweifellos die Situation bei den Kleintwohnungen, da die Nachfrage nach kleineren Wohnungen seitens von Personen, die die bisherige größere infolge einer Mietzinssteigerung verlassen müssen, ungleich dringender wäre als die Nachfrage von Personen, die eventuell die Möglichkeit ausnützen, nun eine der so freiwerdenden und wahrscheinlich verhältnismäßig billigen größeren Wohnungen zu beziehen. Dazu kommt noch, daß anfänglich keine Anhaltspunkte für die endliche Höhe der Mietzinse bestünden und gewiß Versuche gemacht

würden, sie übermäßig in die Höhe zu treiben, was für die Zeit der ersten Unordnung wahrscheinlich auch gelänge.

Die allgemein angewendete stufenweise Erhöhung der Mietzinse scheint mir diesen Schwierigkeiten kaum abzuhelpfen, da der kritische Punkt, der die Preise des freien Marktes, die Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage und damit die freie Beweglichkeit herstellt, auf diese Weise doch so ziemlich in einem Augenblick erreicht wird, ohne daß vorher eine Korrektur der gegenwärtigen Verteilung den Übergang erleichtert hätte. Ich sehe einen Ausweg nur darin, daß man versucht, neben den vorläufig noch der Zwangswirtschaft unterworfenen Wohnungen einen möglichst großen freien Markt zu schaffen, bzw. den schon bestehenden freien Markt (nämlich einerseits in Form von mieterschutzfreien Wohnungen, andererseits in Form von untervermieteten oder verkäuflichen) schrittweise möglichst zu erweitern. Die Grundlage dafür ist darin gegeben, daß ja schon heute, wie früher angeführt, ein ständig steigender Teil der Bevölkerung die Vorteile des Mieterschutzes nicht mehr genießt. Nun gilt es zunächst jede Neuerwerbung von Schuhrechten und damit jede Fehlentwicklung des neu zu befriedigenden Bedarfs zu vermeiden und gleichzeitig möglichst viele der vorhandenen Wohnungen, ohne durch Verdrängung der alten Mieter einen neuen Bedarf zu schaffen, diesem freien Markt zuzuführen. Ich hoffe, daß diese Skizzierung des Grundgedankens genügt, so daß ich mich weiter darauf beschränken darf, nur in Schlagworten und mehr beispielsweise die Maßnahmen anzudeuten, die in dieser Richtung erfolgversprechend scheinen.

Das erste wäre jedenfalls, den Mieterschutz von einer dinglichen Belastung des Wohnraumes in ein persönliches Recht des Mieters zu verwandeln, das heißt nur an dessen Person bzw. die wirklich wirtschaftlich von ihm abhängigen zu binden oder, mit anderen Worten, die Vererbbarkeit und Übertragbarkeit der geschützten Wohnung aufzuheben. Dazu hätte die Aufhebung des Mieterschutzes für absolut große Wohnungen, für Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Familie des Hauptmieters und endlich für bisher untervermietete Wohnungen und Wohnungsteile zu kommen, letzteres sofern der Hauseigentümer eine Abteilung des betreffenden Wohnungsteiles zur selbständigen Vermietung vornimmt. Die Abteilung von vorhandenen Großwohnungen wäre auch sonst besonders zu fördern, obwohl wahrscheinlich die Möglichkeit, den abgetrennten Teil einer bisher unter

dem Mieterschutz vermieteten Wohnung nun frei vermieten zu können, einen genügenden Anreiz bieten würde. Um das Angebot dringlicher zu machen, könnte in der Form ein Druck ausgeübt werden, daß die Mietzinssteuer oder entsprechende Abgaben auch von leerstehenden Wohnungen nach ihrem Schätzwert eingehoben werden. Daneben könnte, da ja die ganze Regelung den Hauseigentümern einen Vorteil bringt, die während der Übergangsperiode besonders ungünstige Marktposition des Mieters dadurch erleichtert werden, daß die Kündigungssichten für den Vermieter langfristig, für den Mieter kurzfristig festgesetzt werden.

Besonders wichtig ist aber, daß die auf diesen Teilmärkten sich bildenden Mieten als ausschließliche Richtschnur für die weitere Bautätigkeit benutzt wird. Es wird unter diesen Umständen wahrscheinlich notwendig sein, daß eine öffentliche Förderung der Bautätigkeit eintritt, bloß um zu verhindern, daß an bestimmten Orten und in gewissen Kategorien die Mieten über den Betrag steigen, der mit der Zeit auch eine private Bautätigkeit auslösen würde. Jedenfalls sollten aber dann alle Mittel nur dort verwendet werden, wo wenigstens eine relative Rentabilität zu erwarten ist und daher alle mit Unterstützung öffentlicher Mittel bauenden Stellen verhalten werden, die Mietzinse so hoch anzusehen, als man erwartet, daß sie sich nach Aufhebung des Mieterschutzes im Durchschnitt festsetzen werden. Und so weit man darüber hinaus wirklich noch öffentliche Mittel im Wohnungsbau mit dem Ziele der Verbilligung der Mieten aufwenden will, so sollten im Sinne des eingangs Gesagten diese Mittel völlig für den Bau bescheidenster Kleinwohnungen reserviert werden.

(Lebhafte Beifall.)

**Präsident von Batocki:**

Ich danke auch Herrn Dr. v. Hayek. Ehe wir den nächsten Referenten hören, schlage ich eine Pause von 5 Minuten vor.

(Pause.)

**Präsident von Batocki:**

Ich bitte nunmehr Herrn Professor Dr. Wilbrandt das Wort zu nehmen zu seinem Referat.

Prof. Dr. Rob. Wilbrandt-Dresden:

## Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren!

Immanuel Kant hat sich einst über die Wissenschaft etwas despezierlich geäußert. Er bekannte, daß seine — und so auch unsere — Arbeit nicht allzuviel bedeute, wenn wir nicht glauben dürften, damit zur Glückseligkeit der Menschen etwas beizutragen. So widerspricht es denn gar nicht so sehr dem Kantschen *genius loci*, wenn wir uns gerade in Königsberg wieder großen praktischen Problemen zugewandt haben: der Sozialpolitik, der Agrarpolitik, der Wohnungspolitik. Und vielleicht ist gerade beim Wohnungs- und Siedlungsproblem Gelegenheit „zur Glückseligkeit der Menschen etwas beizutragen“, wenn man auf eine Seite des Frageproblems eingeht, die bisher kaum berührt werden konnte.

Das Wohnungs- und Siedlungsproblem hat einen Januskopf. Nach der einen Seite blickt der Januskopf in die Wohnungen hinein, findet sie zu teuer, zu eng, beherrscht von der Grundrententendenz, fern der Natur. Nach der andern Seite blickt er in die Natur hinaus, findet sie unausgenützt und sieht auf dem Land, um die Stadt herum, Existenzmöglichkeiten erwachsen; Existenzmöglichkeiten: unabhängig vom Arbeitgeber, unabhängig vom Ausland.

Es ist nun keineswegs unbereinbar, jene Wohnungsmängel zu beheben und zugleich die draußen sich entwickelnden Existenzmöglichkeiten auszuschöpfen. Im Gegenteil! Draußen ist Raum, ist Luft und Licht. Der Zug ins Freie ist auch Befreiung vom örtlichen Bodenmonopol, von der Grundrentenmacht. Aber: dies ist heute nicht mehr der einzige Gesichtspunkt. Jener Blick in die Wohnungsnot, in die Ergebnisse des privaten Baugewerbes, das war die Blickrichtung vor dem Kriege. Heute wird viel mehr als damals gemeinnützig gebaut. Die Kritik am privaten Baugewerbe ist nicht mehr die Tagesfrage, eher nun die an der öffentlichen Wohnungsfürsorge, wie ja die vorangegangenen Referate zeigten. Und diese Kritik kann und muß nun den Blick hinaus ins Freie richten: auf die ungenutzten Möglichkeiten um die Stadt herum. Sie kann: weil die Siedlungstechnik sich zu ungeahnten Möglichkeiten entwickelte; und sie muß: da die Umstände es uns nun aufzwingen, mangels ausreichender Fortentwicklung der Wirtschafts-

grundlagen, die vor dem Krieg als die selbstverständlichen erschienen. Wir müssen darum neben dem Wie des Wohnens nun das Wo zum Thema machen: weil mit dem Wo die Frage der Arbeitsmöglichkeit verknüpft ist.

Damit haben Sie bereits die Quintessenz dessen, auf was es mir ankommt. Die Siedlungsfrage, im Sinne der Gartenstadtbewegung, bedeutet für mich heute die Frage nach der Ermöglichung von Wirtschaftsgrundlagen, wo sonst chronisch Überzählige durch ihre Arbeitslosigkeit beweisen, daß die bisher von uns bevorzugte Grundlage, die Exportindustrie, nicht mehr ausreicht. Ich komme damit auf das Thema zurück, das der vorletzten Generalversammlung in Wien gestellt war. Es wurde damals nicht erledigt.

Das Thema würde auch heute nicht erfolgreich behandelt werden können, wenn ein Einwand zu Recht bestünde, der gleich vortweg erledigt werden mag. Er wendet sich gegen die Idee, mit Kleinsiedlung einer Dauerarbeitslosigkeit begegnen zu wollen, mit folgendem Bedenken: „Kleinsiedlung heißt: landwirtschaftliche Produktion durch Nichtlandwirte (Dilettanten), heißt Verringerung und Verschlechterung des landwirtschaftlichen Gesamtproduktes der Volkswirtschaft, wenn sie, was bei Kleinsiedlung großen Maßstabes doch unvermeidlich, auf Kosten der rationell durch Berufslandwirte genutzten Bodenfläche geht. Die Kleinsiedlung gibt Gemütswerte, sie ist eine Art Luxus, der nur bei blühender Volkswirtschaft angebracht ist.“

Meine Damen und Herren! Ich verdanke diesen Einwand einem unserer tätigsten Mitglieder und bin überzeugt, daß er eine gewisse communis opinio ausspricht. Die Antwort ist gegeben durch eine Untersuchung, deren Ergebnis in den Berichten über Landwirtschaft veröffentlicht wurde<sup>1</sup>. Danach wurden in einer sehr großen Zahl von Kleingärten durchschnittlich 3,2 Millionen Kalorien je Hektar geerntet. Eine gleichzeitig vorgenommene Vergleichung gärtnerischer und landwirtschaftlicher Hektarerträge hat ergeben, daß diese 3,2 Millionen Kalorien je Hektar bereits ebensoviel, ja etwas mehr sind als der Durchschnittshektarertrag der verglichenen Landwirtschaftsbetriebe. Bei den verglichenen Landwirtschaftsbetrieben handelt es sich um mittelgroße Betriebe in der Umgegend von Ulm, etwa dem mittleren Durchschnitt der Landwirtschaftsbetriebe Deutschlands entsprechend.

<sup>1</sup> Dr. Claus Muthefius, Über Kleingartenwesen, in „Berichte über Landwirtschaft“. Jahrgang 1926.

Also: selbst der Schrebergärtner, der Dilettant, erreicht je Hektar so viel Volksnährung wie der Berufslandwirt. Er tut das auf sehr kleinen Flächen, in Mußestunden. Aber festzuhalten ist: verwandeln Sie die Landwirtschaft ganz Deutschlands in lauter Schrebergärten, so haben Sie den Hektarertrag und mithin das, was auf deutschem Boden an Nahrung wächst, nicht vermindert, eher vermehrt.

Es braucht sich aber nicht um Dilettanten zu handeln. Kürzlich hat der Wohlfahrtsminister Hirshfeier mitgeteilt, daß im Industriegebiet, wo die Industrie abwandert, mit Staatsunterstützung seit 1926 etwa 300 gewerbsmäßige Gemüsegärtner angesiedelt worden sind. Wie sieht es da mit dem Hektarertrag aus?

Was theoretisch — in Berechnungen von Leberecht Migge — erwartet worden war, hat sich überraschend bestätigt: die Erwerbsgärtner von Ulm, die zu genauen Aufschreibungen veranlaßt wurden, erzielen im Gemüsegartenbau 6,7 mal so hohe Hektarerträge, in Kalorien berechnet, als die Berufslandwirte der Umgegend, also auch als die Dilettanten des Gartenbaus, gegen die sich jener Einwand richtete. Der Einwand bewahrt darin seinen berechtigten Kern. Er treibt uns weiter: von dem oft tatsächlich nur allzu dilettantischen Siedeln zu der Siedlungstechnik, genauer: der Gartensiedlungstechnik.

Der genialste Vertreter, sozusagen der kommende Theoretiker dieses Gebiets ist der Agrikulturingenieur v. Meyenburg in Basel. Er holt sich aus Ost und West Erfahrungen zusammen, geht den geheimnisvollen Vorgängen des Pflanzenwachstums biotechnisch nach und ist auf dem Wege, die Landarbeitsforschung neu zu begründen. Ein erstes Ergebnis mag festgehalten werden: „Der Erfolg hängt wenig ab von dem Müheaufwand, sondern von der Sonnenmitwirkung und — vom Geist, der alles rechtzeitig zusammenwirken läßt.“ Auf den Geist kommt es an, und Meyenburg wünscht ihn in einem Stab von Organisatoren, von Instruktoren verkörpert zu sehen, die all die einzelnen Siedler anzuleiten hätten. Er versäumt keine Gelegenheit, um vor überstürztem Siedeln zu warnen. Man soll nichts tun, betont er, wenn man nicht geistig, landwirtschaftlich, betriebswirtschaftlich vorbereitet ist.

Was Meyenburg vorschwebt, sind Gartensiedlerschulen, Versuchssiedlungen. Die darin Ausgebildeten sollen dann entweder selbst siedeln oder aber in Siedlungen als Berater wirken; ungefähr so, wie in der Bauernkolonisation der Siedlungsgesellschaft „Freie Scholle“, Frank-Schriften 182. — Verhandlungen 1930.

furt a. d. Oder, ein Diplomlandwirt je eine neue Siedlung betreut und durch eine Musterstelle zum Fortschritt anregt.

Nehmen wir nun einmal an, es gelinge Mehenburg, die Landarbeitsforschung vertieft zu erneuern, genügend ausgebauten Forschungsanstalten ständen für diesen Zweck zur Verfügung, zahlreiche Siedlerschulen brächten den Leitern und den Siedlern selbst das Neueste bei: mit was für Hektarerträgen wäre dann zu rechnen? Mehenburg erwartet nur ein sehr allmähliches Wachsen der Hektarerträge, würde daher zunächst je einem Siedler 2 ha geben, innerhalb der Siedlerschule, und erst später auf 1 ha je Siedlerfamilie herabgehen. Nach solcher Vorbereitungszeit läßt er in seinen Berechnungen je eine Familie auf 1 ha Land — mit Ausnahme von Getreide — die Nahrungsmittel für sich selbst und für den Verkauf in solchem Umfang produzieren, daß sie allen übrigen Bedarf einkaufen, also letzten Endes vollkommen auf 1 ha Land existieren kann. Nach Ablauf einer gewissen Einübungszzeit hält er eine noch bedeutend größere Kopfszahl je Hektar für möglich. Wobei zum Vergleich daran erinnert sei, daß Bauernsiedlungen je Familie etwa 15 ha Land in Anspruch nehmen.

Utopien, Phantastereien, werden Sie daher sagen, meine Damen und Herren! Kehren wir daher zur erprobten Wirklichkeit zurück. Sie kann nur in dem bestehen, was der eigenbrötlerische Erwerbsgärtner — ohne neueste Wissenschaft, aber mit Erfahrung und Übung — tatsächlich schon leistet. Da erinnern Sie sich an Kropotkin, meine Damen und Herren, der das auf den englischen Kanalinseln, um Paris herum und in Belgien studiert hat, da denken Sie an Holland, das uns darin so weit voraus ist, und ich selber denke da wieder an jene mühevolle Untersuchung, die von mir angeregt wurde: die Vergleichung gärtnerischer und landwirtschaftlicher Hektarerträge, die ich schon erwähnte<sup>2</sup>. Ihre Hauptergebnisse sind diese: 1. Das schon verwertete: Der Gemüsegartenbau liefert 6,7 mal so viel, also rund: 7 mal so viel Ernährungskalorien je Hektar als die Landwirtschaft. 2. Der Gemüsegartenbau liefert 9 mal so viel Kalorien je Hektar als der Obstbau; es ist also lediglich der Gemüsegartenbau, was den Hektarertrag durch Gartenkultur über den Landwirtschaftshektarertrag hinaus steigert. 3. Der Gemüsegartenbau erforderte, so wie der Berufsgärtner ihn

<sup>2</sup> Versuch eines Vergleiches landwirtschaftlicher und gärtnerischer Hektarerträge, aufgezeigt an Beispielen aus Ulm a. D. und nächster Umgebung, von Gertrud Laupheimer, in den „Berichten über Landwirtschaft“ Jahrgang 1926.

noch 1925 betrieb, je Hektar 27 mal so viel Arbeit als die Landwirtschaft, errang also jede Ernährungskalorie mit 4 mal größerem Arbeitsaufwand.

Zieht man diese Ergebnisse zu einem Gesamtergebnis zusammen, so kann man — mit der Verfasserin — sagen: von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche können 2,3 Männer, rund: 2 Männer leben (je 3000 Kalorien), von 1 ha gärtnerisch genutzter aber 15; und trotz der viel größeren Arbeitsaufwendungen des Gemüsebaus, also auch viel größerer Menschenzahl auf dem Lande, ergibt sich die folgende Kapazitätsdifferenz: Auf 1000 ha werden Männer

	beschäftigt	ernährt	mehr ernährt als beschäftigt
landwirtschaftlich . . .	190	2 280	2 090
gärtnerisch . . . . .	5 170	15 510	10 340

Der Überschuß, der an die Stadtbevölkerung abgegeben werden kann, ist also 5 mal so groß.

Also: Der Berufsgärtner ist der Überlandwirt. Eräte in ganz Deutschland diese Überlandwirtschaft des Gemüsegärtners an die Stelle der heutigen, so erzeugten wir auf deutschem Boden 7 mal so viel Nahrungsmittel als heute. Wir erstickten in Nahrungsmitteln. Und wenn statt der gesamten Landwirtschaft die Hälfte in Gemüsekultur des Berufsgärtners verwandelt würde, so wäre die aus eigenem Boden erzielte Volksernährung verdreifacht. Auch dann noch wäre Nahrungsmittelexport, wie im dichtbevölkerten Holland, selbstverständlich; ganz abgesehen von der dabei selbstverständlich überreich erledigten Deckung des eignen Nahrungsbedarfs unseres ganzen Volkes.

Aber — und das war die Kehrseite der zitierten Ergebnisse —: der Arbeitsaufwand für das in Gemüse bestehende „tägliche Brot“ erwies sich als unerträglich groß. Viermal so groß je Ernährungseinheit als in der Landwirtschaft des durchschnittlichen deutschen Typus!

Auch dies ist nicht unerwartet. Kropotkin hat schon ausgemalt, wie der Erwerbsgärtner sich abarbeitet. Es handelt sich um die arbeitsintensivste Bodenkultur, sozusagen Ostasien in Europa. Der Gärtner macht seinen Boden, macht sein Klima, mittels all der Bemühungen um Humus, um Schutzvorrichtungen, um künstliche Wärme, Licht usw.; übersiedelt er, so nimmt er seinen Boden mit, seine Klimaverbesserung selbstverständlich auch. Das Bodenertragsgesetz bekommt eine ver-

änderte Bedeutung: denn alle Wachstumsbedingungen der Pflanze werden gefördert; es fragt sich nur: mit welchem Aufwand an Arbeit!

Dieser Arbeitsaufwand, verglichen mit dem uns gewohnten, ist so groß, daß man kaum wagen könnte, ihn dem Durchschnittseuropäer zuzumuten. Der europäische Weg, mit dem chinesischen sich hier kreuzend, ist ausgezeichnet dadurch, daß er durch Industriexport zu einer Existenzgrundlage führt, die auch bei geringem Arbeitsaufwand für gewaltige Menschenmassen ausreicht. Ich habe daher auf der Wiener Tagung nur zögernd berührt, was uns heute hier beschäftigt. Ich fürchtete, eine Mehrbelastung mit Arbeit empfehlen zu müssen, wenn ich auf die so arbeitsintensive Gartenkultur — als Nebenberuf des Industriearbeiters — hinfießte.

Was dann allein den Ausgleich bildet, ist die Arbeitsart, die menschenökonomische Auswirkung auf lange Sicht, die Verminderung einseitiger, monotoner Industriearbeit zugunsten einer draußen, bei den Seinen, in Stille und Natur und Unabhängigkeit zu erreichenden Arbeitsfreude, samt aller Konsumtionsökonomie, die das mit sich bringt; kurz: indirekte Ersparnis, wie die Gartenstadt sie gewährt. Wobei ich besonders auf Oldenbergs Artikel „Konsumtion“ im GdS. verweise: da zeigt sich, daß entweder Sport oder aber solche Arbeit existenznotwendig ist für den Städter, wenn nicht kostspielige „Greisenkost“ unentbehrlich werden soll, mangels physiologisch wichtiger Muskelanstrengung.

Dies alles ist nun aber nicht mehr der einzige Ausgleich. Die Gartentechnik ist in der Entwicklung zu erfolgreicher Anwendung moderner Maschinen. Wir sehen in Gartenbaubetrieben Beregnungsanlagen automatisch vollziehen, was sonst dem spritzenden oder gar die Gießkannen schleppenden Gärtner oblag. Vor allem aber: das unermüdliche, gebückte Hacken, wie Sie es an süddeutschen Gemüsebauern beobachtet haben werden, das ist nicht mehr nötig. Gerade für Gemüsebau eignet sich die Hackmaschine, die der genannte Agrikulturingenieur v. Meienburg erfand: die Kleinfräse oder Gartenfräse, von der Firma Siemens in langen und kostspieligen Versuchen ausgebildet, daher auch Siemensfräse genannt. Sie gräbt und hackt, wie mit Maulwurfskrallen, pulvriert die Erde zur „Krümelstruktur“, im Handumdrehen. Mehrmals im Jahre angewandt — da ja der Gartenbau von denselben Flächen mehrere Ernten nacheinander erzielt, den Boden ausnutzt, das umlaufende Kapital rasch umschlägt — ermöglicht die Zusatzkraft

der Fräse die Bestellung im günstigsten Augenblick und erspart — nach Mehenburg — aufs ganze Jahr so viel Menschenkraft, daß die Arbeit des Gärtners im Gesamtverlauf des Jahres auf etwa ein Viertel bis ein Fünftel reduziert wird: das bedeutet auf die Ernährungseinheit berechnet ein Herabgehen des Arbeitsaufwandes auf ein der Landwirtschaft geläufiges Maß<sup>3</sup>. Die Ernährungseinheit, eine Kalorie, ist nun nicht mehr mit viermal so viel Arbeit zu erringen, sondern mit  $\times 4 : 4$ , also mit der gleichen Arbeitsmenge wie bei den verglichenen Landwirten<sup>4</sup>.

Dies ist der zentrale Punkt meiner Darlegungen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, von dieser Entwicklung der Technik im Gartenbau Notiz zu nehmen.

Auch auf bergigem Land ist die Gartenfräse — innerhalb gewisser Grenzen — gut benutzbar. Selbst im Forst, auf schwierigem Boden, hat sie sich bewährt. Es sind bereits 10000 Stück in Betrieb, aber mehr bei größeren Landwirten und Gärtnern. Es ist die jüngste Entwicklung, daß zu der 5 PS Fräse, die noch 2400 Mark kostete, eine 2½ PS Fräse tritt, die halb so viel kostet. Es hat sich eingebürgert, daß „im Lohn“ gebräst wird: ein Fräsenbesitzer fräst zum Beispiel für 50 Mark einen Morgen mit der 5 PS Fräse<sup>5</sup>. Man braucht also die Fräse nicht selbst zu besitzen, wenn ihre Anschaffung sich nicht ver-

<sup>3</sup> Mehenburg sendet mir soeben folgende Übersicht, die einerseits die enorme Spannweite des „Geläufigen“, andererseits die Einordnung des Fräsegärtners zeigt:

je Hektar Arbeiter

„Ein Gärtner für Luxusprodukte . . . . .	10
Ein Gärtner für Stadtmarktware . . . . .	3—4
Ein Gärtner mit Fräse . . . . .	0,5—1
Ein Zwergbauer ohne Motor und Pferd . . . . .	0,5—1
Die Ackernehrung von 15 ha mit 2 Pferden . . . . .	0,2
Der Normalfarmarmer Amerikas . . . . .	0,025
Das deutsche bisherige Rittergut . . . . .	0,1
Die Sowjetriesengüter . . . . .	0,01
Also: 1 : 1000!“	

<sup>4</sup> Vgl. hier oben S. 275.

<sup>5</sup> Vgl. Martinh., Die Bodenfräse in der Gartenwirtschaft (Parey 1930, Heft 12 der RK TL Schriften) S. 42. Diese Schrift gibt die Ergebnisse eines aus Fachmännern bestehenden Fräsausschusses wieder. Sie gilt aber noch nicht für die 2½ PS Fräse, für die es noch an Untersuchungen fehlt, da sie erst im Sommer 1930 auf den Markt kam. Da im Fräslohn, überhaupt in den Fräskosten außer Brennstoff, Arbeit des Fräser, Reparaturen usw. Amortisation und Verzinsung eine Rolle spielen, hängt vom Preis der Fräse sehr viel ab (vgl. a. a. O. S. 39 ff.).

lohnt. Gleichwohl plant der Erfinder jetzt eine noch kleinere, „eine winzige 1 PS Fräse für Arbeitslose“, wie er mir schreibt; „denn die Siemensfräse“, fährt er fort, „die gerade jetzt zu 1200 Mark herauskam, ist passend für Stellen von 1—4 ha. Die Kleinen müssen eine für 400 Mark haben.“

Damit klingt schon an, welche Beziehung zwischen Garten- oder Siedlungstechnik und Arbeitslosigkeit besteht. Aber halten wir zunächst fest, was sich bereits Bedeutungsvolles endgültig ergab.

Denn was ist die Bedeutung dieser jüngsten Entwicklung der Garten-technik? Wir können kurz sagen: ihre Bedeutung ist die Entchinesierung der Gartenkultur. Das soll heißen, daß weit über die Landwirtschaft hinausgehende Hektarerträge nicht mehr erkaufst zu werden brauchen mit einem von Chinesen ertragenen, für Europäer aber abschreckenden Arbeitsaufwand. Es ergibt sich die Möglichkeit einer Synthese. Oftstaatliche Hektarerträge, erreicht mit Gärtnersorgfalt, aber die arbeitsintensive Wirtschaft gemildert durch einen Amerikanismus weitestgehender Maschinisierung. Damit ist dem Europäertum ein neuer Weg erschlossen. Was ich da vortrage, dient der gesamten mittel- und westeuropäischen Völkerfamilie, diesem dichtbevölkerten Gebiet überhaupt, das bisher gemeint hat, nur durch Industrieexport die Nahrungsmittel gewinnen zu können, die dem angeblich zu eng gewordenen Boden nicht mehr abzuringen seien, ohne daß man in Überlastung und Elend gerate. Was ich vorlege, gilt insbesondere England, das seine Bevölkerung — trotz starker Geburtenrückgang — nicht mehr unterzubringen weiß und von seinen sogenannten Kolonien Absage auf Absage bekommt: die Kolonien verschließen der Auswanderung des Mutterlandes die Tore. England, das einst dem Kontinent das Thomasverfahren schenkte, sich so selbst die Konkurrenz der europäischen Eisenindustrie zuzog, mag nun durch den Schweizer v. Meyenburg Erfindung eine Gegengabe bekommen, die ihm jene Erfindung zurückstattet.

Denn um was dreht es sich? Meine Damen und Herren, Sie erraten es längst: um die dauernde Auflösung der Marxschen industriellen Reservearmee, um die Unterbringung derjenigen, die sonst überzählig sind: entweder als Opfer einer veränderten Weltwirtschaftsstruktur, einer Überindustrialisierung der Welt, oder aber als Opfer einer wieder Absatz erringenden Nationalisierung — so oder so: chronisch Erwerbslose, die monate-, ja jahrelang nach Arbeit suchen, in

den besten Jahren oder gar in der Jugend daran verzweifeln, jemals wieder Arbeit zu finden.

So etwa sieht ja die Lage in Sachsen aus, ja vielleicht überall, für sehende Augen. Sind aber die Augen auf die Statistiken der Konjunkturforschung gerichtet, so sehen sie nicht die Eindrücke des Lebens, sondern ein wechselndes Spiel der Zahlen, und es entsteht der Zweifel, ob es sich denn überhaupt um eine Dauerarbeitslosigkeit handelt. Kurz: ist die Arbeitslosigkeit „strukturell“ oder „konjunkturell“, ist sie Dauererscheinung oder so vorübergehend wie die Krisen?

Das kann nicht so im Vorübergehen nebenbei erledigt werden. Und wir wissen dem Verein für Sozialpolitik Dank, daß er dieses brennende Zeitproblem zum Gegenstand von Vereinsuntersuchungen machen will. Hier nur soviel. Dem Enquêteausschuß<sup>6</sup> sind Materialien vorgelegt worden, denen ich das Folgende entnehme. Die Vergleichung der Jahre 1920—1926 mit den Jahren 1901—1914 zeigt nach den Statistiken der Arbeiterfachverbände Deutschlands und Englands sowie nach allgemeineren Übersichten für die europäischen Industriestaaten, „daß der Umfang der Arbeitslosigkeit sich im Vergleich zu dem letzten Vorkriegsjahrzehnt zum mindesten verdoppelt hat“. Dabei ist, wohlgemerkt, noch nicht von der heutigen akuten Weltkrise die Rede, sondern von den Jahren 1920—1926. „Während in der Vorkriegszeit in den großen Industriestaaten ein Prozentsatz der Arbeitslosigkeit von 3—4% etwa als normal betrachtet werden konnte und die Arbeitslosigkeit in kritischen Zeiten etwa bis auf 8% anzuschwellen pflegte, weisen die Ziffern der Nachkriegszeit Prozentsätze von 10—15% und sogar bis über 20% auf, und zwar — das ist das besonders Besorgnis erregende dieser Situation — nicht nur für rasch vorübergehende Krisenzeiten, sondern für jahrelange Zeiträume. In Gesamtziffern berechnet, kann man annehmen, daß die regelmäßige Arbeitslosenziffer der europäischen Industrieländer in der Vorkriegszeit etwa drei Millionen Arbeitslose betrug, und daß die Armee der Arbeitslosen selbst in ungünstigen Zeiten wohl kaum je die Ziffer von vier Millionen überschritten hat. Seit dem Jahre 1921 dürfte dagegen die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Europa (ohne Sovjetrußland) wohl niemals niedriger gewesen sein als sechs Millionen...“ Ich füge dem hinzu, was Margaret Bondfield, der britische Arbeitsminister, kürzlich über

<sup>6</sup> Unterausschuß für Landwirtschaft (II. Unterausschuß) Tageb. Nr. 5800, 27, Referat von Dr. Baade in der Sitzung am 8. April 1927.

die chronische Arbeitslosigkeit Englands sagte. Sie spricht von mindestens 2 % oder in absoluter Zahl von einer Viertelmillion Arbeitslosen im Vorkriegsengland („seit mehr als einem halben Jahrhunder“) als Normalzustand und von 8—10 % oder einer Million, zuweilen zwei Millionen Arbeitslosen als dem Gipspunkt, bis zu welchem die Arbeitslosigkeit damals zuweilen anstieg. Für die Gegenwart kennt sie nach kritischer Einschränkung<sup>7</sup> der zuweilen behaupteten „ständigen Armee“ von 1,5 Millionen Arbeitslosen doch immerhin auf mindestens 800000 Dauerarbeitslose, also mehr als das Dreifache der Vorkriegszeit; und das bei Abzügen, wie sie unseren Statistiken fremd sind. In dieser englischen Dauerarbeitslosigkeit spiegeln sich die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, insbesondere die Dauerkrise der Kohle und neuerdings die Überindustrialisierung der Welt in Textilien, in Eisen und Stahl. Teils sind es die neuen Konkurrenten, die Vereinigten Staaten und Japan vor allem, teils die zollgeschützten Industrieansätze, Kriegsnachwirkungen und Schicksale der Rohstoffländer, kurz: verringerte Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts, und im ganzen sind es Dauerursachen, die trotz der Förderung neuer Industriezweige und trotz der neuen Industrieschutzzölle Englands jene Dauerarbeitslosigkeit bewirken. In Deutschland<sup>8</sup>, wo die Normalregelung der Arbeitslosenversicherung (seit 1927) überhaupt noch nie in Kraft gesetzt werden konnte, sondern nur die Krisenregelung, wirken alle jene Dauerursachen zweifellos auch. Nur haben wir mehr als England zunächst durch Valutadumping, dann auf Grund auswärtiger Anleihen durch Rationalisierung neue Überlegenheit errungen, den Export

<sup>7</sup> Man dürfe nicht vergessen, die 90000 Kinder abzuziehen, die eben die Schule verlassen haben und darauf warten, eine Anstellung in der Industrie zu erhalten. Ferner müsse man ungefähr 100000 Arbeiter in Rechnung stellen, die an dem Tage, wo die Statistik gemacht wurde, nicht arbeiteten, jedoch die übrige Woche arbeiten, und eine halbe Million Arbeiter, deren nur zeitweilige Beschäftigung durch die Witterung oder durch Reparaturen an den Maschinen bedingt ist.

<sup>8</sup> Die Arbeitslosenzählungen in Sachsen ergaben in den Jahren 1910, 1911 und 1912 auf 1000 Einwohner 2,6, 2,6 und 2,3 Arbeitslose, dagegen in den Jahren seit der Stabilisierung der Mark auch an günstigen Zeitpunkten nicht unter 19 %. Für ganz Deutschland schwanken die Prozentsätze von arbeitslosen Mitgliedern der Gewerkschaften in den Jahren 1906 bis 1908 zwischen 0,8 und 2,9; dagegen in den Jahren 1919 bis 1930 zwischen 0,6 (Juli 1922, Inflation, Valutadumping) und 22 %, ja sie sinken seit 1924 nie mehr unter 3,7, sind also nun dauernd über jenem Gipfel von 2,9 im Juni 1908, ja fallen mit Ausnahme des Juli 1925 seit 1924 nie mehr unter 5,6, dem Zehnfachen jenes Vorkriegsminimums von 0,8 im Jahre 1906.

wieder gesteigert, der freilich auch oft Verlustexport ist, und durch die Erneuerung des Produktionsapparats Aufschwungszeiten gehabt; nach ihrem vorläufigen Ende ist die Auswirkung der Nationalisierung um so größere Massenarbeitslosigkeit. Dadurch ist das Bild komplizierter als in England. Hoher Zinsfuß als Folge des Kapitalmangels, hohe Kartellpreise, hohe und immer höher steigende Einzelhandelspreise, hohe Löhne — im Sinne des Kontrastes zum normalen Konjunkturverlauf — ergeben weitere Komplikationen. Aber: selbst wenn all diese Komplikationen behoben wären, ließe sich dann vom nächsten Aufschwung erwarten, daß die Arbeitslosigkeit, wie vor dem Kriege, so gut wie verschwindet? Daß sie sich also als lediglich konjunkturelle erweist? Ich erinnere an die Vorträge von Harms und Gulenburg auf der vorletzten Tagung, an die Industrialisierung überall, die Zölle und den „administrativen Protektionismus“, an die Welle des Hochschutzolzes trotz Genf, an das Aufhören sämtlicher Monopolstellungen, die wir technisch gehabt haben. Ich erwarte in Deutschland noch manche Nationalisierung, manchen Exportaufschwung, aber keine Rückkehr der Vorkriegsästhetik des Exportindustrialismus. Auch darin ist das wilhelminische Zeitalter vorüber.

Wir werden uns aber darüber nicht streiten, meine Damen und Herren, sondern abwarten. Behalte ich unrecht, um so besser.

Behalte ich unrecht, so ist es eine Frage persönlicher Liebhaberei, ob der Einzelne lieber von den neuesten Errungenschaften der Garten-technik irgendwie als Siedler Gebrauch macht, oder aber das reine Industriearbeiter-schicksal vorzieht. Behalte ich aber recht, so ist das, was ich zeigte, mit chronischer Arbeitslosigkeit in Vergleich zu stellen.

Doch stöcke ich aufs neue, angesichts zahlreicher Theoretiker, die gar nicht geneigt sein werden, diesen Vergleichspunkt zuzugeben. Es gibt zwar Theoretiker, die das Heil in höheren Löhnen erblicken oder erblickt haben. Heute aber dürfte selbst die Lohnkrafttheorie, eingetragen in ein interessantes Gedankenspiel, wie bei Dr. Hans-Joachim Rüstow<sup>9</sup>, jener Denkweise gewichen sein, wie die Arbeitgeberseite sie vertritt, im Verein mit Cassel. Man senke die Löhne, so lehrt diese Theorie, dann verschwindet die Arbeitslosigkeit. Ich überlasse auch diese Kontroverse einer späteren Auseinandersetzung, bei Gelegenheit der geplanten Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit. Doch bitte ich die Herren Theoretiker, ihnen folgendes ans Herz legen zu dürfen.

---

<sup>9</sup> In „Deutschen Volkswirt“ vom 18. Juli 1930.

Theorie ist kein Rat, darüber sind wir wohl alle einig. Wollen die Herren Theoretiker also damit Ernst machen, daß sie Theoretiker sind, nicht aber Berater der Volkswirtschaft, so ist nichts dagegen einzubwenden. Max Weber wird mit ihnen zufrieden sein, vom Olymp herab lächelt er ihnen zu. Er vergibt ihnen auch, wenn sie entgleisen. Denn das tun seine Anhänger. Aber: wenn das kein Entgleisen ist, Rückfall ins Werturteil, der Verzeihung bedürftig, sondern wenn Sie mit vollem Bewußtsein Berater der Volkswirtschaft sein wollen, dann, meine Herren, müssen Sie sich auch der dieser Mission anhaftenden Konsequenzen bewußt sein. Als da sind: 1. Der Volkswirt als Berater darf nicht, wie als Theoretiker, vom Weltmarkt und seinen Strukturveränderungen, von Zöllen und sonstigen Erschwerungen des Exports abstrahieren noch auch von Kartellpreisen, Einzelhandelspreisen usw.; wie das gern geschieht, wenn der Theoretiker zum Ratgeber wird. 2. Der Volkswirt als Berater muß wissen, auf welches Ziel hin er berät. Meint er nur das Wohl einer von ihm bevorzugten Schicht, so mag er das sagen. Wendet er sich aber an alle, so muß er überlegen, ob sein Rat wirklich für jeden der tunlichst günstige sei.

Ich bitte Sie daher, zu erwägen, meine Herren, ob die empfohlene Lohnsenkung, gegen die ich als Krisenmaßnahme gar nichts habe, das denkbar günstigste sei, was Sie als Dauerzustand raten können; als Dauerzustand, um eine sonst chronische Arbeitslosigkeit zu verhüten. Und ich bitte Sie ferner, mit mir zu rechnen. Es wird da gern von 10 % Lohnsenkung gesprochen. Das bedeutet, wenn der Lohnanteil 50 % der Kosten ist, die Ermöglichung einer Preissenkung von 5 %. Sind die Löhne aber nur noch ein Viertel der Kosten, so muß man die Löhne um 20 % verringern, um 5 % Preisermäßigung möglich zu machen. Und so fort. Und glauben Sie, daß 5 % Preisermäßigung genügen, um all die Zollmauern zu durchstoßen?, um alle Konkurrenten zu unterbieten? Sächsische Unternehmer klagen über 25 % Unterbietung durch Tschechen, durch Japaner. Wie tief muß der Lohn chronisch gesenkt werden, um diese 25 % Unterbietung zu unterbieten? Schon bei einer arbeitsintensiven Industrie, mit 50 % Lohnkosten, um 50 %. Also: Rückfall in die Reallöhne der Inflationszeit. Und gar in Industrien, die Kapitalintensiver sind! Schon bei ein Viertel Lohnkosten kommen wir auf 100 % Lohnreduktion, um 25 % Unterbietung auszugleichen.

Also: mit den tatsächlich vorzunehmenden dauernden Lohnreduk-

onen, als Ausgleich für Zölle und für Unterbietung durch Weltmarktkonkurrenten — beides übrigens auf weite Sicht variable Größen, sich vielleicht anpassend an unsere Löhne und Preisreduktionen, eine Schraube ohne Ende —: mit den tatsächlich von Ihnen anzutretenden Verschlechterungen der Arbeiterlage bitte ich Sie zu verleichen, was sich auf Grund der modernen Gartentechnik als heranreichende Möglichkeit ergab.

Erlauben Sie mir, ganz schematisch darzustellen. Ich gehe von einer beliebig anzusehenden Dauerarbeitslosigkeit aus, verbleibend auch nach der Krise. Nehmen wir an, es seien durchschnittlich eine Million Arbeitslose, die verbleiben. Diese Million kann ich natürlich nicht erledigen durch Erwerbsfiedler, von denen vielleicht 50—100000 zu etwa je 1 ha noch in Deutschland unterzubringen sein möchten, wenn sie es allmählich fertig bringen, der holländischen Konkurrenz deren Überlegenheit abzulernen<sup>10</sup>. Ich muß vielmehr eine Konstruktion zu Hilfe nehmen, die in die üblichen Schemata nicht paßt. Ich spalte die Million Arbeitslose in sagen wir zwei Millionen Kurzarbeiter auf, das heißt: in Halbbeschäftigte, und stelle mir vor, diese zweien Millionen Halbarbeitslose seien im Nebenberuf Selbstversorger in Gemüse, Obst, Eiern, Ziegenmilch, Schweinefleisch, Speck, oder kurz: sie deckten bis auf Brot und Butter die wichtigsten Nahrungsbedürfnisse selbst, als Nebenberufsfiedler. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, der schematischen Vereinfachung halber den Verkauf kleiner Überschüsse und den Zulauf anderer Lebensmittel sich so vorzustellen, daß rund die Hälfte des bisher erreichten Realeinkommens aus eignem Boden gewonnen wird, daß also — bei Halbzeitarbeit in der Industrie — der Lebensstandard sich nicht verändert. Und ich bitte dafür verschiedene Möglichkeiten ins Auge zu fassen: entweder, daß täglich die halbe Zeit, beim Achtstundentag also vier Stunden, in der Fabrik gearbeitet wird; oder aber: die eine Hälfte der Woche; oder auch: die erste Hälfte des Lebens: bis zum 40. Lebensjahr etwa, jenem Wendepunkt im Arbeiterschicksal, wo der Alternde aus der Fabrik verschwindet. Dies ist um so mehr einleuchtend, als 1. infolge längerer Lebensdauer der

<sup>10</sup> Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwezen weist darauf hin, daß ein Drittel des Außenhandelsdefizits von 1928, nämlich 700 Millionen Mark, auf Obst-, Gemüse- und Süßfruchteinfuhr entfällt. Nach Mehenburg steht da „ein reifer großer Markt für Gartenprodukte im Werte von 500—1000 Millionen Mark offen, dessen Befriedigung 50—100 000 Gärtner (je etwa 1 ha) fordern würden“.

sonst so leicht ins Dunkel der Arbeitslosigkeit führende Lebensabend sich verlängert, und als 2. infolge der Alterszulagen der Lohntarife der Alternde um so mehr in Gefahr ist, entlassen zu werden. Was ja für ältere Angestellte sich jetzt so verhängnisvoll auswirkt, besonders seit der Nationalisierung. Auch das uns bevorstehende Defizit der Invalidenversicherung kann so gemildert werden. Und endlich ist noch als vierte Möglichkeit denkbar, daß ein oder mehrere Familienmitglieder überhaupt zeitlebens Fabrikarbeiter, andere aber Siedler sind, in gemeinsamem Haushalt. Wie man das in Süddeutschland ja gewohnt ist<sup>11</sup>. Egzellenz v. Batocki wies schon darauf hin.

So wären, in irgendwelcher Kombination solcher Möglichkeiten, eine Million sonst Arbeitslose aufzuspalten in zwei Millionen Kurzarbeiter, die irgendwie zur anderen Hälfte Gartensiedler sind. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, können Sie das auch so umkonstruieren, daß manche zu drei Viertel Industriemenschen und nur zu ein Viertel Nebenberufssiedler sind. Dann werden die Nebenberufsfälle um so zahlreicher, die benötigten Gartenstücke um so viel kleiner.

Der Einfachheit halber rechne ich mit zwei Millionen Halbsiedlern, oder genauer: Halbsiedlerfamilien, zu je — im Endzustand —  $\frac{1}{2}$  ha<sup>12</sup>; also im ganzen: eine Million Hektar Land, das ist rund ein Dreißigstel der deutschen Bodenfläche. Und damit komme ich zu der Frage der Finanzierung. Jedoch zunächst zu dem wenigst schwierigen Punkt; denn bei der Kapitalintensiven Gartensiedlung, wie sie gerade der Fortschritt der Gartensiedlungstechnik mit sich bringt, verursacht nicht der Boden den größten Aufwand. Mehenburg setzt 1000 Mark als Bodenpreis für 1 ha an. Im dichtbevölkerten Sachsen ist das doppelte anzusehen; anderwärts um so weniger. Aber selbst bei 2000 Mark je Hektar kostet das vorgesehene halbe Hektar nur 1000 Mark. Die Gartenfräse dagegen, der Beregnungsapparat und andere Geräte, der Humus, die Kalt- und Warmhäuser usw., die elektrische Beleuchtung, die Erwärmung, kurz all der Aufwand für Verbesserung des Klimas

<sup>11</sup> Stets ist irgendwie mit einem Familieneinkommen zu rechnen, zusammengesetzt aus Natural- und Geldeinkommen. Letzteres muß auch dazu dienen, die dem Siedler erwachsenden Geldausgaben zu decken: z. B. an den Lohnfräser, sowie für allmähliche Ver vollkommenung der Betriebsmittel, für Reparaturen usw. Als Bareinkommen kommt in Betracht: 1. Erwerbseinkünfte von Familienmitgliedern, 2. Sozialrenten u. dgl., 3. Verkauf von Gartenprodukten. Je nach der Struktur der einzelnen Familie kann mehr das eine oder das andere überwiegen.

<sup>12</sup> Entsprechend Mehenburgs Ansatz: je 1 Vollsiedlerfamilie = 1 ha.

und des Bodens, für Sicherung einer jeden Bedingung des Pflanzenwachstums, das ergibt ein Vielfaches davon: die Kosten der Kapitalintensität. Sie ist in ihrer Unwendbarkeit schlechthin abhängig vom industriellen Fortschritt, von der Verbilligung der Maschinen, der Geräte und der Kraft, zum Beispiel auch für Wärme und Beleuchtung. Nicht minder von sparsamster Organisation und von volkswirtschaftlicher — oder wenn Sie wollen: fürsorgetechnischer — Betrachtung der Rentabilität.

Selbstverständlich muß das Tempo der Ausstattung abhängen von der gegebenen Lage. Auch der Nebenberufssiedler muß allmählich, muß durch eigenes Zutun erst zur vollen Ausstattung gelangen. Es muß versucht werden, möglichst vieles dem einzelnen Siedler abzunehmen, was ihn zu sehr belastet; ich erinnere an den Lohnfräser, der für eine Anzahl von Nebenberufssiedlern der gemeinsame Fräsenbesitzer sein kann. Immerhin erwächst durch Wasserleitungen, Häune, Wege, Geräte und das Erfordernis eines kleinen Betriebskapitals ein Kapitalbedarf, der sich durch allmähliche Ausgestaltung — Schuhhüllen, Glas, Warmhäuser — noch steigert.

Dem steht nun die „volkswirtschaftliche“ — oder aber: fürsorgetechnische — Rentabilitätsbetrachtung gegenüber. Es handelt sich um kein kapitalistisches Unternehmen. Es handelt sich darum, Realeinkommen in Höhe des Arbeitslohns möglich zu machen durch halbe Erwerbsmöglichkeit und halbe naturale Selbstversorgung, an Stelle von Arbeitslosenrenten, die nur gerade das Existenzminimum im physischen Sinne gewähren. Die Volkswirtschaft bezahlt bisher — in verschiedener Form — diese Existenzrenten. Jeder Arbeitslose kostet sie durchschnittlich 1000 Mark; eine Million Arbeitsloser also fast eine Milliarde. Kann diese Milliarde jährlich eingespart werden, dann ist das für die Volkswirtschaft so wie für einen Unternehmer das Einsparen von so und so viel Lohn durch Aufstellung einer Maschine. Der Aufstellung der Maschine entspricht in unserem Fall die Siedlung; die Kosten der Siedlung entsprechen der Kapitalanlage für die Maschine. Setzen wir als Kosten der Siedlungsaktion — für die Boden- und Kapitalausstattung — 10 Milliarden Mark an, so ergibt sich die Rentabilität dieser 10 Milliarden aus der jährlich eingesparten Milliarde; diese ermöglicht für die Kosten von 10 Milliarden eine Verzinsung (samt Amortisation) von 10 %, genauer: etwa 9½ % (da der Arbeitsloge im Durchschnitt nicht ganz 1000 Mark jährlich kostet).

Wenn Sie nun, meine Damen und Herren, mit mir annehmen wollen, fünf Jahre lang würden je 2 Milliarden Mark zusätzlich aufgewandt, sozusagen als volkswirtschaftliche Kapitalanlage, so haben wir, auf fünf Jahresraten verteilt, jene Gesamtsumme von 10 Milliarden vor uns: die Kosten der Siedlungsaktion. Ihre Aufbringung wäre Sache der an dem Einsparen jener jährlichen Milliarde interessierten Instanzen: der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, des Reichs und der Kommunen. Es könnte sich um öffentliche, auch um Auslandsanleihen handeln, mit Verzinsung und Tilgung aus jenen fast 10 %. Es wäre auch denkbar, die Arbeitslosigkeit durch weitere Besteuerung von Genüssen zu bekämpfen, die ein Solidaritätsopfer noch vertragen könnten. Würde das Bier so hoch besteuert wie in England, nämlich 40 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, so ergäbe das rund 2,6 Milliarden Mark Einnahmen aus Bierbesteuerung; würde der Tabak so hoch besteuert wie im österreichischen Tabakmonopol, so ergäbe das rund 1,4 Milliarden Mark, zusammen: 4 Milliarden Mark, also um 2 Milliarden Mark mehr als heute, mithin eine Ermöglichung der Siedlungsaktion aus laufenden Mitteln. Endlich eine dritte Möglichkeit. Sie werden erstaunen, es ist aber Tatsache: wir verbauen jetzt jährlich rund 9 Milliarden Mark. Von diesen insgesamt jährlich 9 Milliarden Mark, die überhaupt — auch für öffentlichen Bedarf, auch für Wege- und Driebau — in den letzten Jahren für Bauten aufgewandt wurden, einen Teil für Arbeiten abzuzweigen, die der Siedlungsaktion zugute kämen, käme durchaus in Betracht. Unser Kapitalmangel zwingt uns, dringlichsten und rasch rentierenden Kapitalbedarf voranzustellen. Bei der Siedlungsaktion setzt sich der Kapitalaufwand am raschesten, ja geradezu unmittelbar in Lebensmittel um; zugleich auch in Entlastung der Handelsbilanz.

Was wäre nun erreicht?

Die vorgesehenen 10 Milliarden Mark verteilen sich nach meinem Schema auf zwei Millionen Nebenberufssiedler. Auf jeden Siedler oder jede Siedlerfamilie entfallen also 5000 Mark. Das ist nicht viel. Der Boden und das Nötigste an Inventar, für den Anfang, müßten davon bestritten werden; unter jeder denkbaren Verbilligung durch Massenbestellung, nötigenfalls Herstellung in gemeinnützigen Betrieben, unter Ausschaltung von Kartellen und sonstigen verteuern Faktoren.

Fehlt nur die Hauptache: das Haus.

Dies ist das teuerste, wenn auch durchaus nicht so teuer, wie man voraussezt. Ich sah kürzlich Werkwohnungen, neu erbaut; je drei freundliche Räume: Wohnküche, Schlafzimmer und gute Stube. Vier solche Wohnungen in je einem Haus; das Haus kostet 26000 Mark, der Kubikmeter umbauter Raum 29 Mark. Dies ist kein Grenzfall, es kommen auch 24, ja 23 Mark für den Kubikmeter vor. Ich will aber als schlechter Rechner — wenn Sie wollen: auch als vorsichtiger Rechner — nach oben abrunden: statt 26000 Mark, wie in dem angeführten Fall, soll das vierwohnungshaus sogar 30000 Mark kosten. Wir verbauen nun augenblicklich in Deutschland jährlich allein für Wohnungen rund 3 Milliarden Mark, also genau das hunderttausendfache der 30000 Mark, die je ein Viers Familienhaus kostet. Hunderttausend solche Häuser, also 400000 solche Wohnungen, können jährlich entstehen für den in den letzten Jahren üblichen Wohnungsbauaufwand. Er umfaßt freilich auch andersartige Wohnungen, aber dafür habe ich einfachheitshalber die Baukosten stark nach oben abgerundet<sup>13</sup>. Schematisch zu Ende rechnend, komme ich bei Fortsetzung des ohnehin öffentlich unterstützten Bauens im Ausmaß der letzten Jahre<sup>14</sup> auf die Möglichkeit von jährlich 400000 solcher Siedlerwohnungen; in fünf Jahren zwei Millionen. Also dieselbe Zahl, für die in fünf Jahren — Sie erinnern sich: durch fünf Jahresraten von je 2 Milliarden Mark — auch die Anfangsausstattung bereitgestellt werden kann: eben für die zwei Millionen Nebenberufssiedler, von denen ich zur Unterbringung von einer Million chronisch Arbeitsloser ausging.

Aber nun genug der Rechenkunststücke, werden Sie sagen. Tatsächlich: genug. Denn ich bin am Schluß. Sie atmen auf. Aber hören Sie noch die Schlußfolgerungen.

Erstens: es handelt sich um keinen Plan für die nächsten 14 Tage. Wir haben überhaupt noch nichts Fertiges in der Hand. Wir haben noch nicht einmal die Siedlungslehrer, geschweige denn ausgebildete Siedler. Und vor jeder Überstürzung ist zu warnen. Um ein Heilmittel für die Krisenarbeitslosigkeit handelt es sich überhaupt nicht.

<sup>13</sup> Hätten wir den Kubikmeterpreis von 24 Mark, also einen Hauspreis von 21500 Mark zugrundegelegt, so wäre der Gesamtbedarf um fast ein Drittel geringer anzusezen. — Der tatsächliche Reinzuwachs an Wohnungen hat im Jahre 1928 die Ziffer von rund 310000 Wohnungen erreicht. (Schr. d. B. f. Soz.-Pol. Bd. 177 I, S. 255.)

<sup>14</sup> Über den künftigen Wohnungsbedarf vgl. Schr. d. B. f. Soz.-Pol. Bd. 177 I, S. 256.

Höchstens um „Konjunkturversicherung“, wie der Schweizer Bauernsekretär Professor Laur gesagt hat; das aber erst für später: die Nebenberufssiedler können einst je nach der Konjunktur sich mehr der Fabrik oder mehr dem Garten zuwenden, sind also gegen Konjunkturrückgang dann sozusagen versichert. Im Augenblick kann den Krisenarbeitslosen nur geholfen werden, wenn die Solidarität aller Arbeitnehmer die Arbeitslosigkeit auf die beschäftigten aufteilt, unter entsprechend gekürztem Einkommen aller bei ebenso verkürzter Arbeit; erweitertes System der Kurzarbeit, nach dem Vorbild der Belegschaft der den Freien Gewerkschaften gehörenden Fahrradfabrik.

Zweitens: es handelt sich um ein Problem von europäischen Dimensionen. Gelingt die Lösung, die ja hier nur hypothetisch und schematisch skizziert wurde, im einzelnen praktisch, so ist für die europäischen Industrievölker ein neues Zeitalter im Anbrechen begriffen. Wenn man will, kann sich eine völlige Umwälzung der Wohn- und Arbeitsweise, ja damit der ganzen Lebensweise ergeben. Die mit dem Geburtenrückgang und der verminderten Sterbeziffer verbundene Überalterung findet die Möglichkeit des Ausgleichs durch Übergang in ein zurückgezogenes, aber produktives Dasein für den verlängerten Lebensfeierabend. Es klingt phantastisch, wenn Böhmer ein solches „Erbe der Enterbten“ für zehn Millionen Industriearbeiterfamilien vor sieht, also die Umsiedlung von zehn Millionen Familien aus der Stadt aufs Land hinaus plant, wofür zehn Millionen neue Wohnungen erstellt werden müßten; wir haben aber gesehen, daß in fünf Jahren schon zwei Millionen neue Wohnungen dem heutigen Bauaufwand entsprechen, in fünf mal fünf Jahren also schon die phantastisch anmutenden zehn Millionen Neuwohnungen Böhmers. In einem Menschenalter — und was ist das im Leben eines Volkes, im Leben Europas! — kann sich die Umbildung vom Großstadtvolk, vom reinen Fabrikvolk zum Gartenstadtvolk vollziehen: Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, wie das kommunistische Manifest das prophetisch voraussah. Die Verkehrsmittel erleichtern alles das, wir sind den Pendelverkehr längst gewohnt, er könnte in den Anfängen auch zum Gemüsefeld des künftigen Siedlers führen, solange die Häuser draußen noch nicht gebaut sind<sup>15</sup>. Eins aber tut vor allem not, und

<sup>15</sup> Es ist überhaupt zum mindesten als Zwischenzustand, vielleicht aber dauernd die Errichtung von Großgemüsegärtnerien aus öffentlichen Mitteln anzuregen: zugleich 1. Schulung und Auslese künftiger Halbsiedler, 2. Beschäftigung Arbeitsloser, 3. Lieferung von Naturalien an Wohlfahrtsämter.

diese praktische Schlussfolgerung bitte ich Sie zu unterstützen, meine verehrten Hörer: wir brauchen einen praktischen Versuch, der alles dies klarstellt, eine Versuchssiedlung genügenden Umfangs, um einige Jahre lang mit einer Anzahl Durchschnittsmenschen die Idee zu erproben, die Berechnungen an der Hand der Erfahrung nachzuprüfen. Mehenburg, den ich nach den Kosten befragte, schätzt sie für eine Versuchssiedlung von mindestens fünfzig Stellen auf etwa 1—1½ Millionen Mark. Helfen Sie, meine Gegner, meine Kritiker, und sei es, um die Idee ad absurdum zu führen, daß es an diesem Laboratorium der Siedlungstechnik nicht aus falsch angebrachter Sparsamkeit fehle!

Endlich drittens und letztens: so dringend wir der genauen, konkreten Ergebnisse bedürfen, wie nur der praktische Versuch sie ermöglicht — so bedeutend stehen doch bereits die sich entwickelnden Möglichkeiten vor uns. Sie weisen hinaus aus der Stadt auß Land, in die Gartenstadt und Gartenvorstadt, in Ausmaßen jedoch, wie sie neu sind. Möge jede Stadtverwaltung sich der Verantwortung bewußt sein, wenn sie statt dessen darauf beharrt, die Großstädte selber noch zu vergrößern! Draußen baut sich's billiger, nicht an teuren Stadtboden gebunden; aber das ist nicht entscheidend in einer Zeit, in der die Existenzgrundlagen selbst in Frage gestellt sind. Man blicke hinaus auf den Weltmarkt und hinein in die menschenleeren Hallen rationalisierter Betriebe, und dann entscheide man, mit dem Bewußtsein: Wo wir bauen, das entscheidet über Menschenschicksal. Denn Arbeitslosigkeit wird als Dauerelend, als Degeneration ganzer Gegenden, als Lebensschicksal von Millionen in Europa vermeidbar, wenn von den heranreifenden Möglichkeiten, die ich zeigte, Gebrauch gemacht wird. Wir sind in Europa, in Deutschland weder ein Raumbolk wie die Amerikaner, die dergleichen noch gar nicht brauchen, noch so wirklich ohne Raum wie die Chinesen. Wir haben keinen Überfluß, aber Raum genug; es kommt nur darauf an, ihn richtig zu benutzen.

Präsident von Batocki:

Ich danke dem Herrn Referenten für seine anregenden Darlegungen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Besprechung heute nachmittag getrennt vorzunehmen, und zwar zunächst über die beiden ersten, das Wohnungswesen behandelnden Vorträge, und dann über den letzten Vortrag.

(Zustimmung.)

Da ich leider an der Besprechung nicht teilnehmen kann, bitte ich um die Erlaubnis, noch jetzt zu den eben gehörten Darlegungen einige sachliche Bemerkungen machen zu dürfen. Ich empfehle die Frage des künftigen Absatzes der Kleingarten- und Kleintiererzeugnisse in der Besprechung als besonders wichtig zu behandeln. Unter dem Eindruck des zur Zeit bestehenden erheblichen Einfuhrbedarfs Deutschlands an den meisten Lebensmitteln wird leicht vergessen, daß bei ihnen der Ausführung der Produktion von der Absatzseite her enge Grenzen gesetzt sind. Zur Zeit deckt die Inlandsproduktion im wesentlichen bei Roggen, Hafer, Kartoffeln und Schweinen den deutschen Bedarf und geht zeitweise in bedenklicher Weise über diesen hinaus. Bei den übrigen Produkten: Weizen, Molkereiwaren, Eiern, Geflügel, Obst und Gemüse wird mit Recht eine Vermehrung und eine Verbesserung der Qualität der deutschen Produktion erstrebt. Aber, vielleicht vom Weizen und den Eiern abgesehen, genügt schon eine mäßige prozentuale Vermehrung unserer Produktion zur Bedarfsdeckung. Ganz besonders gilt das von den hier in Frage stehenden Produkten. Steigt bei einzelnen derselben die Produktion, was sehr wohl möglich, ja wahrscheinlich ist, schon binnen wenigen Jahren über den deutschen Bedarf hinaus und wird die Exportfrage damit akut, dann bleibt als einziger Abnehmer für diese Waren in der Welt nur England übrig, vorausgesetzt, daß es nicht auch seinerseits durch die ungünstige Entwicklung seiner Exportindustrie auf den Weg der Steigerung der eigenen Bodenproduktion gewiesen wird. Müssen sich die Produzenten der Küstenländer, die bisher England und Deutschland mit diesen Waren beliefern, alle auf den englischen Markt stürzen, so ist es ganz ausgeschlossen, daß dieser dann außerdem auch noch für deutsche Waren derselben Art aufnahmefähig bleiben könnte.

So bedeutsam auch die Entwicklung des Kleingartenbaues und der Kleintierzucht in der Umgebung der Städte auf dem uns hier geschilderten Wege ist, so scheint mir doch die Ertragsberechnung lediglich nach Kalorien ohne Berücksichtigung der zukünftigen Absatzmöglichkeit bedenklich, wie überhaupt die heute zur Mode gewordene Anpreisung der allgemeinen Umstellung der Landwirtschaftsbetriebe auf diese Produkte leicht auf Irrwege führen kann.

Damit darf ich für heute vormittag die Sitzung schließen.

(Schluß 11 $\frac{1}{4}$  Uhr.)

## (Nachmittagssitzung.)

Das Präsidium führt Professor Dr. Fuchs-Tübingen:

Präsident Professor Dr. Fuchs:

Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich als Vorsitzender dieser Nachmittagssitzung mit ein paar Worten die Diskussion einleite. Ich möchte Sie entsprechend dem heute früh gesetzten Beschuß bitten, die Diskussion nach den Referaten zu teilen, damit sie nicht ein gar zu buntes Durcheinander ergibt, und Sie vorher mit einigen Worten aus den seligen Gefilden zurückführen, die uns der dritte Referent so glänzend geschildert hat, und von denen ich nur fürchte, daß viele Millionen derer, denen sie zugeschaut sind, sie gar nicht wollen und nicht als das Ideal ansehen, wie es der Referent tut und in einem gewissen Maße auch ich. Ich möchte Sie zu den ersten beiden Referaten zurückführen, die wir ja zunächst diskutieren wollen, insbesondere zu dem Referat von Herrn Professor Zimmermann und Sie bitten, dieses Referat zu Hause noch einmal recht genau zu lesen; denn es ist meines Erachtens eine ausgezeichnete Zusammenfassung des Problems, bei der jedes Wort überlegt, kein Wort zuviel und keins zuwenig ist.

Meine Herren, die städtische Wohnungsfrage zeigte uns nach dem Krieg, wie heute die Agrarfrage, auch die weltwirtschaftliche Solidarität der Nationen, die sich im Kriege zuerst bekämpft hatten; denn überall herrschte am Ende des Krieges, nur in verschiedener Abstufung, aber im Grunde gleichmäßig eine Wohnungsnott, weil einerseits der Bau von Wohnungen durch den Krieg unterbrochen oder gekürzt worden war und weil andererseits auch viele Gebäude dem Krieg zum Opfer gefallen waren. Nirgends hatte man während des Krieges schon vorausschauend in die Zukunft „vorgebaut“ im wahrsten Sinne des Wortes, auch in Deutschland nicht, obwohl die Bodenreformer und der vom Deutschen Verein für Wohnungsreform auf meine Veranlassung zu diesem Zweck gegründete Allgemeine Deutsche Wohnungsausschuß sich bemüht hatten, die Reichsregierung in Erinnerung an die Wohnungsnott, die dem Krieg von 1870/71 gefolgt war, solange noch gebaut werden konnte, zu vorbeugenden und vorbauenden Maßnahmen zu veranlassen, was leider vollkommen mißglückte. So standen also alle Länder, die, die den Krieg gewonnen hatten, die ihn verloren hatten und die neutralen Länder am Ende des Krieges vor demselben Problem; aber die Möglichkeiten der Lösung waren selbstverständlich

in ihnen nicht gleich. Sie waren andere in den Ländern, die die Gewinner des Krieges waren, andere in denen, die ihn verloren hatten, unter ersten wieder — und zum Teil auch in den letzteren, wenigstens gerade Ostpreußen —, andere in denjenigen Gebieten, die der Krieg berührt hatte, auf deren Boden er sich abgespielt hatte, und in denjenigen, die von ihm nicht berührt waren. Soweit in den Ländern unserer früheren Gegner, in deren Ländern der Krieg weit hineingetragen war — vor allem Frankreich und Polen, ich schalte Russland bei dieser Betrachtung als exzeptionell aus — Zerstörungen durch den Krieg hervorgerufen worden waren, wurden sie verhältnismäßig leicht beseitigt, weil wir ja den Wiederaufbau bezahlten. Sie wurden in Frankreich freilich nicht ohne sehr große Vergeudungen, Durchstechen und Skandale beseitigt, was ja bekannt ist. Entscheidend aber für die ganze Lösung der nach dem Kriege überall vorhandenen Wohnungssfrage war die Frage des zur Verfügung stehenden Kapitals, bzw. die daraus sich ergebende Höhe des Zinsfußes, und dieser Punkt belastete natürlich die Länder, die den Krieg verloren hatten, vor allem Deutschland zusammen mit den zu zahlenden Entschädigungen in so außerordentlichem Maße, daß die Aufgabe in Deutschland auch auf diesem Gebiete eine sehr viel schwierigere war als in den anderen Ländern. Überall aber, trotz dieses Unterschiedes, mit alleiniger Ausnahme der Vereinigten Staaten, die in dem Maße Kriegsgewinner waren, daß sie sich das leisten konnten, mußte der Aufbau mit öffentlichen Subventionen erfolgen. Aber die Länder, die den Krieg gewonnen hatten, waren eben aus dem angegebenen Grunde früher in der Lage, auf diese Subventionspolitik zu verzichten, während Österreich und wir sie bis zum heutigen Tage fortzuführen genötigt gewesen sind. Insbesondere machten sie die wichtige und auch für uns interessante Erfahrung, daß durch diese Subventionspolitik die Wohnungsbeschaffung sehr verteuert wurde. Das hat vor allem in Holland zuerst Anlaß gegeben, sie aufzugeben. Die anderen Länder sind dann auch gefolgt, und die Wohnungszwangswirtschaft, die überall im Verlaufe des Krieges auch von den Neutralen hatte eingeführt werden müssen, ist in allen anderen Ländern mit Ausnahme von Deutschland und Österreich, wo sie auch nicht in idealer Weise besteht, beseitigt worden.

Wenn wir die Leistungen überblicken, die bei der Lösung der Nachkriegswohnungsfrage in den verschiedenen Ländern zu beobachten sind, so stehen zunächst quantitativ obenan Holland und vor allem Eng-

land, aber auch Österreich, wenigstens Wien, das nach dem, was heute morgen darüber mitgeteilt worden ist, genannt werden muß. Qualitativ stehen unbedingt Holland und England voran, vor allem hat England die Versprechungen eingelöst, die es seinen Kriegsteilnehmern gegeben hatte. England hat in einem erstaunlichen Ausmaß neue Kleinsiedlungen geschaffen, und es hat dabei an seiner nationalen Bau- und Wohnungsweise, dem Kleinhaus, dem Einfamilienhaus festgehalten. Ich erinnere mich, daß am Anfang des Krieges, als wir unseren Siegeslauf durch Frankreich und Belgien machten und beim ersten Zusammenstoß mit den Engländern diese schlugen, eine deutsche Hausbesitzerzeitung triumphierend schrieb: Da haben wir den Sieg der vielgeschmähten Mietskasernen über das Einfamilienhaus.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn man überhaupt hier Zusammenhänge sieht — und ich glaube, man darf das —, dann wird umgekehrt ein Schuh dar aus. Hindenburg soll einmal gesagt haben, daß diejenige Nation den Krieg gewinnen würde, die bis zuletzt die besten Nerven hat. Nun, die haben wir leider nicht gehabt. Daß dabei die im Deutschen Reich so stark vorherrschende mangelhafte Unterbringung der Massen in den großstädtischen Mietskasernen und was damit zusammenhängt, eine Rolle gespielt hat, ist für mich sicher. Die Not schreie der zurückgebliebenen Familien über Schwierigkeiten, Mietsteigerungen, Kündigungen usw. trotz der bestehenden Schutzbestimmungen — einer Kriegerfrau zum Beispiel wurde auf Grund des Mietvertrags gekündigt, während der Mann im Felde stand, weil sie ein weiteres Kind bekam, was ja vor dem Krieg in Mietverträgen verschiedentlich ausdrücklich ausgeschlossen war —, und solche Dinge haben gewiß außerordentlich viel dazu beigetragen, um die Freudigkeit und Widerstandskraft unserer Feldgrauen zu schwächen.

Aber sehen wir von solchen Zusammenhängen ab, die natürlich nie das ganze Problem ausschöpfen und denen nur ein gewisses Maß von Richtigkeit und Bedeutung beigemessen werden kann, und vergegenwärtigen wir uns nur das eine, daß es England, wie ich schon sagte, bei der Lösung der Wohnungsfrage nach dem Kriege gelungen ist, durch Schaffung von rund zwei Millionen neuer Wohnungen in neuen gartenstädtähnlichen Siedlungen, wenn das Programm durchgeführt ist, in verbesserter Form die alte nationale Wohnweise aufrechtzuer-

halten. Dem steht als anderes Extrem gegenüber die sehr interessante, quantitativ sehr bedeutsame Leistung der Stadt Wien, welche Klein- und Kleinstwohnungen, aber in ungeheurer Kästnerung in großen, mit allen modernsten technischen Einrichtungen ausgestatteten Mietskasernen geschaffen hat.

Das führt mich auf einen Punkt, der in den beiden Referaten auch schon berührt worden ist, und der von großer Bedeutung für die künftige Behandlung der städtischen Wohnungsfrage in Deutschland ist, nämlich die Üppigkeit in der Neuschaffung von Kleinstwohnungen, zu welcher, wie uns heute vormittag in beiden Referaten gezeigt worden ist, gerade das System der Subventionierung, der Zwangswirtschaft, der öffentlichen Bauzuschüsse in Deutschland geführt hat. Das neue Wohnungsprogramm der Reichsregierung hat hier endlich eine entscheidende Besserung gebracht. Wir haben auch auf diesem Gebiet gelebt und gehandelt, als ob wir den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen hätten. Wir haben geglaubt, wir könnten auch auf diesem Gebiete besser und leichter leben, eine größere Bedürfnisbefriedigung uns leisten, als es vor dem Kriege möglich gewesen ist. Infolgedessen sind mit den öffentlichen Mitteln im großen Umfang Wohnungen gebaut worden, die für die wirklich bedürftigsten Klassen trotz der Zuschüsse doch zu teuer waren, und welche auf der anderen Seite auch wieder vielfach ein Maß der Bedürfnisbefriedigung auf diesem Gebiete gewährten, das das unbedingt Notwendige, jedenfalls das in einem Volke, das einen Weltkrieg verloren hat, Mögliche überschritt und vielfach eine Ausnützung dann nur durch Übermieten, also Schaffung von keineswegs erfreulichen Wohnungsständen möglich macht.

Wenn nun in dem neuen Bauprogramm endlich die öffentliche Bauhilfe wirklich auf Klein- und Kleinstwohnungen beschränkt wird, so möchte ich doch auf einen sehr wesentlichen Unterschied aufmerksam machen. Zu den zweifellosen qualitativen Fortschritten des Wohnungsbau in Deutschland nach dem Krieg gehört auch die Bevorzugung des Flachbaus. Die Gewährung der öffentlichen Subvention war ja mehr oder weniger an diese Bedingung geknüpft. Nun ist die Frage, wenn wir einen so viel kleineren Kubikinhalt der Wohnung jetzt zum Normalmaß der aus öffentlichen Mitteln zu subventionierenden und zu bauenden Wohnungen machen, wie es geschehen ist, und wie es den Maßen jeneränder entspricht, in denen das Kleinhäus sich gehalten

hat — denn in Holland und England hat man immer sehr kleine Häuser gehabt, einen viel geringeren Gesamtkubikinhalt der Wohnung in den Kleinhäusern, den man nach dem Kriege einem deutschen Arbeiter nicht bieten durfte —, wenn also jetzt dieser normale Kubikinhalt der mit Subventionen weiterhin zu erbauenden Wohnungen so herabgesetzt worden ist — nicht so tief wie in jenen Wiener Wohnungen, aber doch im allgemeinen auf das Niveau, wie es in Holland und England vor dem Kriege üblich war und nach dem Kriege beibehalten worden ist —, so erhebt sich die Frage und die Gefahr in weitem Ausmaß, daß man glaubt, dies nur auf dem Weg der Wiener Kasernierung machen zu können, womit ein neuer Siegeslauf der Mietskasernen in Deutschland eingeleitet würde. Das würde allerdings aus gesundheitlichen Gründen sehr zu bedauern sein. Der übertriebene Luxus unserer Nachkriegsproduktion bestand nicht in der weitgehenden Anwendung des Flachbaus — er ist doch nur erfolgt und konnte nur erfolgen, wo die Grundstückspreise es ermöglichten —, sondern er bestand in einer zu großen Zimmerzahl und zu großen Zimmergrößen. Wenn wir heute diesen Luxus beseitigen, wollen wir damit nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, das vielleicht auch in manchen Wohnungen nicht so unerlässlich notwendig ist, wie man nach dem Kriege angenommen hat — denn schließlich ist die notwendige Reinlichkeit und Gesundheitspflege auch mit transportablen kleineren Badewannen ohne ein Badezimmer möglich —, also wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, indem wir nun etwa den Flachbau als den angeblich wirtschaftlich teureren verurteilen — es ist ja längst durch viele Untersuchungen nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist, daß vielmehr bei entsprechender Gestaltung der Bauordnung und Bebauungspläne eine größere Kostenfreiheit des Flachbaus nicht vorliegt, daß, wenn nicht das Einfamilienreihenhaus, so wenigstens das vom Kollegen Wilbrandt erwähnte Vierfamilienhaus, das auch noch zum Kleinhaus gehört, mit vier Familien in zwei Geschossen, daß diese Bauform bei richtiger Gestaltung der Bebauungspläne und Bauordnungen nicht teurer ist als das hohe Etagenhaus, jedenfalls nicht zu teuer zu sein braucht, und daß also, wenn wir den Luxus vermeiden wollen, der bisher in unserer Wohnungsbaupolitik nach dem Kriege betrieben worden ist, davon nicht abgegangen zu werden braucht und nicht abgegangen werden sollte.

Es kommt nicht, wie ich schon sagte, auf die Bauform an, es kommt

auf den Gesamtkubikinhalt der Wohnungen und allerdings auf die Zahl der Zimmer an, aber in bezug auf die Zahl der Zimmer ist auch zu sagen, daß mehr kleine Zimmer — ich habe diesen Standpunkt vor dem Krieg immer vertreten, gerade in Nachahmung belgischer und englischer Vorbilder — von gleichem Kubikinhalt wichtiger und in hygienischer, vor allem in moralischer Beziehung durch die Möglichkeit der Trennung der heranwachsenden Kinder nach dem Geschlecht richtiger sind, als weniger große Zimmer von gleichem Kubikinhalt. Daran also wird festzuhalten sein bei Herabsetzung des Kubikinhalts. Dann aber werden wir uns doch sagen können, daß jene Länder, die mit diesem geringen Gesamtkubikinhalt schon vor dem Kriege ausgkommen sind und auch im Kriege daran festgehalten haben, eben nicht Länder des hohen Etagenhauses, des Massenmiethauses sind, sondern daß diese Kleinheit eben dadurch exträglich wurde, daß diese kleinen Wohnungen in kleinen Häusern enthalten sind, und daß bei der aufgelockerten Siedlung, die das mit sich bringt, Vor- oder Hintergärten in den Außenbezirken der Städte und Gartenvorstädten und Gartenstädten zur Verfügung stehen. Häuft man aber solche winzigen Wohnungen, wie es in Wien geschehen ist, in ungeheuren Mietkasernen, dann ist das trotz vollendetster moderner Technik mit gemeinsamen Waschküchen, Bügelräumen, Kleinkinderbewahranstalten in jedem Hausblock und der gleichen nicht die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, die uns als Ideal vorschweben kann und darf. Wenn wir gestern die Weizenfabriken des fernen Westens der Vereinigten Staaten als kein Wunschkbild für unser Land abgelehnt haben, so muß ich ebenso entschieden sagen, daß ich auch diese Massenmietkasernen, wenn sie auch noch so modern und technisch hochstehend sind, nicht als Wunschkbild unserer künftigen Wohnungs- und Baupolitik gelten lassen kann, sondern daß wir in dem Maße des Möglichen und mit der gerade bei dieser Bauform eben möglichen und exträglichen Verkleinerung der Wohnungen doch an dem einen Fortschritt festhalten wollen, den uns die Nachkriegspolitik gebracht hat, der Zunahme des Flachbaues und des Kleinhäuses.

(Lebhafte Beifall.)

Darf ich nun bitten, daß die Herren Diskussionsredner sich von vornherein möglichst an die Zehnminutengrenze halten möchten, damit wir nicht später nochmals kürzen müssen. Wir besprechen also zunächst die beiden ersten Referate.

## Ministerialrat Dr. Fuchs-Wien:

Meine Damen und Herren! In der neuen Schriftenreihe des Vereins zur Wohnungsfrage ist ein selbständiger Sonderband dem Wohnungswesen Österreichs gewidmet. Das geschah wohl kaum als bloßer Höflichkeitsakt, sondern zweifellos in der Absicht, eine kritische Darstellung der Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Österreich seit dem Krieg insbesondere auch der besonderen Lösungsversuche der Gemeinde Wien zu erhalten. Ich bedaure, sagen zu müssen, daß der Sonderband, wie er vorliegt, dieser Aufgabe nicht ganz gerecht wird, und daß das Bild der Entwicklung und des Zustandes der österreichischen Wohnungspolitik nicht ganz der Wirklichkeit entspricht. Ich bedaure dies doppelt, weil der verantwortliche Herausgeber dieses Sonderbandes, Herr Dr. Bunzel, hier nicht anwesend ist. Er ist übrigens von meinen Auffassungen unterrichtet. Denn wenn auch die einleitenden Beiträge dieses Sonderbandes über Psychologie und Ästhetik des Wohnens, über die kulturpolitische Bedeutung einer guten Wohnung sehr interessant sein mögen, wenn sich daran sehr instructive und erschöpfende Beiträge unserer berufsmäesten Fachvertreter über das österreichische Mietrecht und über die finanziellen Auswirkungen des Mieterschutzes schließen, so erhält doch dieser Sonderband sein eigenes Gepräge durch den Beitrag des Herausgebers selbst, betitelt: „Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik“. Um das gleich vorwegzunehmen: Dieser Beitrag, der das Wohnungswesen in der Hauptsache von sozialem Gesichtspunkten betrachtet, verteilt Licht und Schatten etwas ungerecht. Helles Licht nämlich fällt auf die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien, auf die Verteidigung und Aufrechterhaltung des unveränderten Mieterschutzes; Schatten hingegen umhüllen, wenn ich dieses Bild gebrauchen darf, mehr oder weniger alles das, was die Bundesverwaltung an Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, zur Förderung der Wohnungsproduktion in den letzten Jahren unternommen hat.

Es ist den verantwortlichen Stellen der österreichischen Bundesverwaltung besonders daran gelegen, wenigstens die nötigste Ergänzung dieser Darstellung in dem Sonderbande ohne Verzug auf dieser Tagung zu geben, und das ist die beschiedene Aufgabe, auf die ich mich beschränken will.

Es ist Ihnen allen bekannt, daß in der Nachkriegszeit in Österreich

wie in Deutschland die Wohnungswirtschaft gekennzeichnet ist durch eine ganz strenge Zwangswirtschaft, Mieterschutz und Beschlagnahme der Wohnungen, bei uns Wohnungsansforderung genannt. Dieses System des starren Mieterschutzes ist nun in Österreich viel länger aufrechterhalten worden als im Deutschen Reich. Ich sage ausdrücklich des Mieterschutzes, denn Herr Dr. v. Hahel hat bereits heute vormittag mitgeteilt, daß die Wohnungsbeschlagnahme-Maßnahmen schon Ende 1925 abgebaut worden sind, und zwar plötzlich, weil das entsprechende Gesetz von vornherein befristet war; und ich darf vielleicht den Herren aus dem Deutschen Reich, ich will nicht sagen als Empfehlung, immerhin aber als Veruhigung mitteilen, daß dieses Aufhören der Wohnungsansforderung ziemlich glatt und reibungslos erfolgt ist. Viele verantwortliche Gemeindevertreter — ich hatte auch damals dieses unangenehme Referat — haben mir dann, nachdem die ersten Proteste vorbei waren, bestätigt, daß die Gemeindeverwaltungen froh waren, von dieser unangenehmen und eigentlich nicht mehr erträglichen Verantwortung befreit zu werden. Der Vorrat an anforderbaren Räumen war mehr oder weniger erschöpft, der Apparat hingegen bestand noch und arbeitete ziemlich leer. Insofern ist vielleicht das kleine Österreich auch etwas besser daran als das Deutsche Reich, daß bei uns der Verwapparatur der Zwangswirtschaft, der in dem Referat von Herrn Professor Zimmermann als selbständiger wirkender Faktor nicht mit Unrecht gekennzeichnet worden ist, bei uns viel kleiner und daher auch anspruchsloser ist.

Daß Wohnungsbeschlagnahme und Verteilung des beschlagnahmten Wohnraums durch die Gemeinde auch nicht annähernd zur Deckung des dringendsten Wohnungsbedarfes ausreichen, war von vornherein klar, ich darf es aber für die Bundesregierung als Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie zuerst öffentliche Mittel zur Ermöglichung von Neubauten zur Verfügung gestellt hat. Das geschah in den Jahren 1921 bis 1923. Es wurden damals immerhin etwa 7 bis 8000 Wohnungen, eine für Österreich nicht geringe Zahl, hergestellt, und wenn Dr. Rautsky in seinem Beitrag das gewissermaßen bagatellisiert, so ist dem wohl nicht beizupflichten. Wenn diese Tätigkeit des Bundes nach 1923 aufhören mußte, so hatte das seinen Grund in der Finanzkontrolle, die sehr streng über unsere Ausgaben wachte und Anleihen für Wohnbauzwecke nicht zuließ. Seit dem Jahre 1923 beginnt dann die öffentliche Bautätigkeit der Gemeinde Wien, die seither ungefähr 5000 Woh-

nungen im Jahre herstellt. Diese Leistung der Gemeinde Wien soll nicht im geringsten verkleinert werden, es ist wohnungstechnisch und wohnungskulturell ein großes Werk. Was ansehbar daran ist und worüber die Ansichten der Bundesverwaltung und der Gemeinde Wien vollkommen auseinandergehen, ist die Finanzierung dieser Bauten. Diese Finanzierung erfolgt — und das wissen die Herren aus Deutschland nicht immer — vollständig aus laufenden Steuern, wobei nur ungefähr ein Drittel aus der Wohnbausteuер, einer Zwecksteuer, stammt, die übrigen zwei Drittel aus den allgemeinen Einnahmen. Und daß das Budget von Wien bis aufs äußerste für diesen Zweck angespannt ist, ergibt sich schon aus der von Dr. Kautsky selbst mitgeteilten Ziffer, daß ein Sechstel der Wiener Gemeindeeinnahmen für Wohnbauzwecke verwendet wird.

Es ist aber nicht meine Aufgabe, mich darüber weiter auszulassen. Ich will hier nur referierend berichten, daß dieses System der Gemeinde Wien von der Bundesverwaltung nicht übernommen werden konnte, daß auch nur sehr wenige Gemeinden im bescheidensten Maße überhaupt in der Lage waren, dem Beispiel Wiens in der Finanzierung von Neubauten zu folgen. Dem Sonderband über Österreich muß ich aber zum Vorwurf machen, daß er über die finanzpolitische Seite der Wiener Wohnungsbauten gar nichts enthält. Dr. Kautsky sagt lediglich in seinem Beitrag mit anerkennenswerter Offenherzigkeit: Die Einnahmen der Selbstverwaltungsförger sind in der ersten Zeit nach der Inflation in einem viel stärkeren Ausmaß gestiegen als die Ausgaben. Es ergab sich daher ein Bewegungsspielraum, und den hat eben die Gemeinde Wien und ihr folgend andere Selbstverwaltungsförger für die Finanzierung von Neubauten verwendet. Daß dieses kein Finanzierungssystem auf die Dauer ist, mußten die anderen Gemeinden, abgesehen von Wien, gar bald einsehen, und dieses Unvermögen der übrigen österreichischen Gemeinden, dem Beispiel der Gemeinde Wien in bezug auf die Wohnungsfiananzierung nachzufolgen, ist vielleicht der ausschlagende Anstoß für die Änderung der öffentlichen Wohnungspolitik in Österreich gewesen. Sie datiert erst seit kurzer Zeit. Erst im Sommer 1929 ist eine Novellierung unseres Mietengesetzes zustande gekommen, das eine langsame Auflwertung der Mieten vorsieht. Herr Dr. v. Hayek hat die Ziffer von 30% der Friedensmiete genannt, die auch erst in 2 Jahren erreicht werden wird, Verhältnisse, die für Deutschland fast unbegreiflich sind. Ich erinnere mich sehr gut, wie vor

4 Jahren die Herren in Wien waren und die Wiener Bauten bewunderten. Wenn man ihnen aber sagte, daß die Kosten dieser Bauten vollständig abgeschrieben werden, daß die Bewohner nichts anderes dafür zahlen als die Betriebskosten und einen gewissen Beitrag zum Instandhaltungsfonds, daß der private Hausbesitzer damals noch nicht den mindesten Ertrag aus seinem Hause hatte, das heißt, daß dieser große Teil des Volksvermögens vollständig brach lag, da schüttelten sie alle die Köpfe.

In Verbindung mit der Novellierung des Mietengesetzes ist eine großzügige Wohnbauförderungsaktion des Bundes ins Leben gerufen worden. Daß diese Aktion für österreichische Verhältnisse wirklich etwas Großzügiges bedeutet, mögen Sie daraus ersehen, daß innerhalb 3 Jahren — auf diese Frist ist diese ganze Aktion zunächst begrenzt — ein Betrag von 450 bis 500 Millionen verbaut werden soll. Wieviel Wohnungen damit geschaffen werden können, hängt natürlich davon ab, was für Gattungen von Wohnungen vorwiegen. Man kann sagen, es werden 20 bis 25 000 Wohnungen damit geschaffen werden können, denn der Bedarf an Kleinstwohnungen speziell in Wien wird durch die Bevölkertheit der Gemeinde ziemlich gedeckt. Das, was in Wien und auch im übrigen Österreich besonders fehlte, waren Mittelwohnungen von  $2\frac{1}{2}$  Wohnräumen und etwas mehr, die Küche nicht als Wohnraum gerechnet. Sie wissen, daß bei uns der Wohnungsstandard seit jeher etwas niedriger war als im Deutschen Reich. Diese Wohnbauförderungsaktion hatte zum Ziel nicht nur einen Vorrat von Wohnungen für die drängendste Nachfrage zu schaffen. Sie war in erster Linie eine wirtschaftspolitische Maßnahme zur Beschäftigung des lange darniederliegenden Baugewerbes, zur Ankurbelung der Wirtschaft. So war es verständlich, daß die Wohnbauförderungsaktion keineswegs auf die gemeinnützigen Bauten, also auf die Bauten von gemeinnützigen Genossenschaften und Selbstverwaltungskörpern beschränkt ist. Es kann jeder Private von dieser Begünstigung Gebrauch machen. Das ist auch in reichlichstem Maße geschehen, und es ist charakteristisch, daß es in den ersten Monaten vorwiegend private Bauwerber waren, die Ein- und Zweifamilienhäuser einreichten, die also soviel Zutrauen hatten, um das Risiko eines erhöhten Wohnungsaufwands auf sich zu nehmen. Erst später fanden sich in größerer Zahl private Unternehmer, Genossenschaften und Gemeinden, welche die Begünstigungen dieses Gesetzes in Anspruch nahmen. Heute, nach einem Jahr praktischer Wirksamkeit, kann man

etwa sagen, daß 40 % der verfügbaren Mittel von der gemeinnützigen Bautätigkeit, 60 % von privaten Bauverbern verbaut wird.

Man darf nämlich eins nicht übersehen. Aus deutschen Schriften entnehme ich immer, wie bedenklich die große Kluft zwischen Altmietzinsen und den Mietzinsen in Ihren Hauszinssteuerbauten ist. Das ist aber noch gar nichts, wenn Sie bedenken, daß in unseren mietengeschützten Häusern der Mieter heute mit allen Nebenkosten im Durchschnitt etwa 30 % der Friedensmiete zahlt, während in den neuen Bauten, die mit den Begünstigungen der Wohnbauförderung hergestellt werden, etwa ein Schilling für die Friedensmietzinskrone gezahlt werden muß; denn das ist ja der grundlegende Unterschied dieser öffentlichen Wohnbauförderung des Bundes gegenüber der Gemeinde Wien. Die Bundesverwaltung hat sich gesagt: Es ist nicht weiter angängig, die Herstellung der Wohnungen aus dem Zusammenhang der Wirtschaft herauszuheben, die Deckung des Bedarfsguts Wohnung gewissermaßen der Öffentlichkeit allein zu übertragen. Anderseits ist selbstverständlich die österreichische Mieterschaft heute nicht in der Lage, vollvalorisierte Mietzinse zu bezahlen. Es ist daher die Aufgabe der öffentlichen Hilfe, hier derart einzutreten, daß noch halbwegs erträgliche Mietzinse herauskommen. Und der Erfolg spricht für die Richtigkeit dieser Wohnbaupolitik des Bundes. Wir haben in diesem Jahre ungefähr die Hälfte der verfügbaren Mittel vergeben, das heißt, daß die Aktion, die auf drei Jahre berechnet war, bestimmt nach zwei Jahren ihr Ende erreicht haben wird. Die Wohnungen, ob sie nun von gemeinnützigen Genossenschaften, von Gemeinden oder von Privaten errichtet sind, werden leicht vermietet. Es besteht für mich auch kein Zweifel, daß diese Aktion durch weitere Bereitstellung von öffentlichen Mitteln fortgesetzt werden wird. Notwendig ist dann natürlich eine weitere langsame schonende Aufwertung der Mietzinse; denn auf die Dauer, das zeigen uns ja die Erfahrungen aus Deutschland, ist eine so große Kluft zwischen den Mieten in den mietergeschützten Häusern und den Mieten in den Neuwohnungen nicht erträglich. Bei dieser Weiterarbeit werden wir uns selbstverständlich die Erfahrungen, vielleicht auch manchmal die Irrtümer der deutschen Wohnungspolitik vor Augen halten. Wir wollen auch nie vergessen, und darauf möchte ich besonderen Wert legen, daß die Wohnungsfrage nicht ein rein wirtschaftliches Problem ist, sondern einer der wichtigsten Zweige der Sozialpolitik. Ich darf meinen kurzen Bericht damit schließen, daß wir glauben, auf dem richtigen Wege zu

sein, da wir doch nur mit geringeren Mitteln und mit gewissen Abweichungen, die ich hier der Übersichtlichkeit halber nicht genannt habe, das Beispiel befolgen, das uns Deutschland seit vielen Jahren gibt.

(Beifall.)

Präsident Prof. Dr. Fuchs:

Ich danke dem Herrn Ministerialrat für die so wichtigen und wertvollen Ergänzungen, die er uns über Österreich gegeben hat.

Das Wort hat Herr Bankdirektor Astor.

Bankdirektor Astor-Berlin:

Meine verehrten Damen und Herren! Sie werden es mir nicht als Verlegung des Gastesrechts anrechnen, wenn ich jetzt eine andere Meinung vertrete als die, die heute aus Ihren Referaten herausklang. Ich darf vielleicht vorweg zu den ersten Ausführungen, die der verehrte Herr Vorsitzende zu Eingang der Nachmittagssitzung machte, einige Richtigstellungen aus meiner Praxis geben. Ich bin durchaus der Ansicht, daß wir mit allen Mitteln darnach streben sollen, den Kleinwohnungsbau in Form des Flachwohnungsbaues zu fördern. Aber ich glaube, daß es nicht richtig ist, diese Idee mit falscher Begründung zu belegen. Es ist nämlich nicht so, daß wir in Deutschland nach dem Krieg zu großen Räume gebaut haben. Ich habe mit der Organisation, die ich mehrere Jahre leite, etwa 80000 Wohnungen gebaut und immer wieder gefunden, daß die Leute, die uns die Wohnungen abmieten sollten, erklären: Die Zimmer, die ihr baut, sind viel zu klein, wir können die Möbel, die wir uns gekauft oder ererbt haben, nicht unterbringen, die Räume müssen größer gebaut werden. Auch ist es falsch zu sagen, daß der Flachbau nicht teurer ist als der Hochbau. Tatsächlich ist der Hochbau billiger; aber ich bin der Ansicht, daß wir trotzdem flach bauen sollen, obwohl der Hochbau billiger ist, und daß wir es ruhig zugeben können, daß er billiger ist. Es ist außerordentlich schwierig, mit Zahlenbeispielen die Kosten für beide Bauweisen vergleichsmäßig zu belegen. Alle Beispiele, die mir bisher vorgelegt wurden, waren nicht zu brauchen, weil sie keine vergleichbaren gemeinsamen Nenner hatten. Ich habe vor drei Jahren versucht, für die Stadt Berlin 8000 Wohnungen mit amerikanischem Kapital zu bauen. Damals habe ich ein Konsortium aus privaten und gemeinnützigen Bauunternehmungen zu-

sammengestellt, und wir haben damals auf gleichem Grund und Boden, bei gleichen Voraussetzungen Kalkulationen über die Baukosten im Drei-, vier- und Fünfetagenbau angestellt und festgestellt, daß fast jedesmal die Baukosten um eine Mark je Kubikmeter umbauten Raum sich senkten, wenn die Anzahl der Etagen gesteigert wurde. Aber trotz alledem will ich diesen Luxus der Verteuerung des Bauens in Kauf nehmen, wenn wir dafür alle anderen Vorteile des Flachbaues für uns herausholen können, weil ich eben den Bilanzstrich nicht unter den Kosten der Wohnungen, sondern unter den Kosten der Lebenshaltung ziehen will, und ich glaube, daß dann der Flachbau auch billiger wird.

Aber nun zur Frage der Wohnungszwangswirtschaft. Ich gebe zu, daß die Wohnungszwangswirtschaft voller Fehler und Mängel ist, und ich glaube, daß sich noch viel mehr Fehler und Mängel darstellen lassen, als heute dargelegt wurden. Mir sind jedenfalls noch eine ganze Anzahl bekannt. Die Wohnungszwangswirtschaft ist nicht schön. Trotzdem möchte ich mir die Lösung des Wohnungsproblems nicht ganz so leicht machen, wie es die beiden Referenten heute vormittag taten. Ich glaube, daß das Problem heißt: Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, und ich glaube, daß wir darüber hier nicht zu debattieren brauchen, daß die Beseitigung dieser Missstände aus kulturellen, kriminellen, soziologischen, hygienischen und sonstigen Gründen angestrebt werden muß. Aber ich glaube nicht, daß wir die Wohnungsnot beseitigen können, wenn wir die Zwangswirtschaft beseitigen und der freien Initiative den Weg wieder freigeben. Das ist heute vormittag nicht bewiesen worden. Es ist nur gesagt worden: die Zwangswirtschaft hat Fehler, deswegen weg damit! Aber es ist nicht gesagt worden, ob das, was an Stelle der Zwangswirtschaft gesetzt werden soll, nämlich die freie Wohnungswirtschaft, es besser machen wird.

Ich glaube übrigens aus meiner Praxis sagen zu können, daß Sie dem privaten Baugewerbe gar keinen so großen Gefallen tun, wenn Sie ihm zutrauen, daß es die Wohnungsnot beseitigen wird. Mir haben wiederholt Leiter von großen Bauaktiengesellschaften gesagt: Du stehst ja in Verbindung mit vielen Baugenossenschaften und sonstigen Bauherrenorganisationen, wir wollen bauen. Besorge uns einen solchen Bauherrn. Ich habe dann die Frage gestellt: Wollt ihr diese Bauherren haben, weil ihr glaubt, leichter durch deren politische oder sonstige Verbindungen Hauszinssteuerhypothesen zu bekommen? Darauf wurde mir gesagt: Nein, das ist nicht der Fall, die Finanzierung

bringen wir restlos mit, wir wollen nur mit der Vermietung dieser kleinen Wohnungen genau wie vor dem Krieg nichts zu tun haben, wir wollen bauen und daran verdienen, aber die Verwaltung soll in die Hand anderer übergehen.

Also ich glaube nicht an die Heilkraft der privaten Initiative, die an die Stelle der schlechten Zwangswirtschaft gesetzt werden soll. Ich glaube, es ist schon richtiger, zu versuchen, die Fehler der Zwangswirtschaft zu beseitigen oder sie so auszubauen, daß sie das leisten kann, was von ihr verlangt werden muß.

Ich sehe überhaupt das Wohnungsproblem in erster Linie als ein Problem der Kleinwohnungen an, und darf vielleicht vorweg sagen, daß das, was wir nach dem Kriege getan haben, meines Erachtens eine Fehlfügigkeit war. Wir haben das Kapital für den Wohnungsbau zwar beschafft, aber es fehlgeleitet. Wir haben in Deutschland etwa 2,2 Millionen Wohnungen nach dem Krieg bis Ende 1929 gebaut und haben heute einen recht großen Teil dieser Wohnungen leerstehen und unvermietbar. Damit ist nicht die Wohnungsnot beseitigt, sondern damit ist nur gezeigt, daß die Zwangswirtschaft an falscher Stelle gearbeitet hat, daß es an der Zeit ist, die Zwangswirtschaft schreunigt an der richtigen Stelle anzusezen, nämlich Wohnungen für diejenigen zu bauen, die nur 20, 30 oder 40 Mark Monatsmiete zahlen können.

Es ist von dem volkswirtschaftlichen Satze der Regelung der Preise durch Angebot und Nachfrage heute gesprochen worden. Man hat dabei den Fehler gemacht, daß man dem Angebot großer teurer Wohnungen die Nachfrage nach billigen kleinen Wohnungen gegenübergesetzt hat. Ich meine, das darf man nicht. Man kann wohl bei Lebensmitteln Angebot und Nachfrage mit verschiedenen Produkten ausgleichen, man kann es unmöglich bei der Wohnung, die einen so großen Teil des Einkommens verschlingt.

Ich sprach eben von den Fehlleistungen der Zwangswirtschaft und möchte, weil heute früh Fehler der Zwangswirtschaft so eingehend auseinandergesetzt wurden, schon jetzt darauf hinweisen, daß diese Fehlleistungen uns noch vielen Ärger bereiten werden. Als einzige Lösung aus den Schwierigkeiten, die hier entstehen können, sehe ich eine weitere künstliche Zinssatzsenkung, und zwar für die ersten Hypotheken. Es wird kaum ein anderer Weg da sein, um große Verluste der gesamten Volkswirtschaft und damit ein Abstoßen des Kapitals von der Wohnungswirtschaft zu vermeiden. Notwendig wird sein, daß in Zu-

kunft die öffentlich geförderte Wohnungsbautätigkeit sich ausschließlich auf die Klein- und Kleinstwohnung erstreckt, wobei es mir gleichgültig ist, ob man die Wohnung, die über 100 Mark im Monat Miete kostet, zwangsmäßig bewirtschaftet oder frei lässt. Dabei ist mir der Streit, der in der letzten Zeit unter den Wohnungsreformern so heftig ausgetragen wird, wie groß diese Kleinstwohnung sein darf, ebenfalls völlig gleichgültig. Ich glaube, hier sind auch wieder Fehler der Zwangswirtschaft gemacht worden, und es wäre falsch, sich überhaupt darüber zu streiten. Die Größe der Wohnung, die zu erbauen ist, wird letzten Endes abhängen von der Leistungsfähigkeit derjenigen, die hineinziehen, und die wird sich ganz von selbst herausstellen. Wenn wir heute die Wohnung mit 100 Mark Miete nicht vermieten können, werden wir vielleicht in 1 oder in 2 Jahren die Wohnung mit 50 Mark nicht mehr vermieten können.

Nun habe ich zwar nicht ganz verstanden, ob aus dem ersten Referat nicht doch herausklang, man solle auch die Hauszinssteuer, die zwar im Moment noch für den Wohnungsbau gebraucht werde, stufenweise abbauen. Dabei ist mir unklar, zu wessen Gunsten sie abgebaut werden soll. Jedenfalls wird in der letzten Zeit diese Forderung nach Aufhebung der Hauszinssteuer sehr häufig erhoben.

(Dr. Boese: Zimmermann will sie umwandeln!)

Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich sehe die Hauszinssteuer überhaupt nicht mehr als eine Steuer an. Sie ist einmal eine Steuer gewesen, nämlich in dem Moment, als die Konfiskation der Hypotheken vorgenommen wurde, das heißt mit dem Erlass der Dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924, vielleicht schon vorher in der Inflationszeit, und was heute Hauszinssteuer genannt wird, ist lediglich die Eintreibung von Zinsen durch den Hausswirt für den Gläubiger Staat, der sich an Stelle der früheren Hypothekengläubiger gesetzt hat. Die Hauszinssteuer aufheben und entsprechenden Anspruch den jetzigen Haushabern geben, hieße, das Inflationsunrecht noch durch ein zweites Unrecht vergrößern. Man beklagt sich darüber, daß der Haushabt diese Zinsen für den Staat einzahlt. Man beklagt sich nicht, daß der Haushabter zum Beispiel für mich als Hypothekenbank auch Zinsen einzahlen muß

(Dr. Boese: Falsch bemessen!)

— richtig. Nun wird entgegengehalten: Die Hauszinssteuer ist un-

gerecht, weil sie roh ist. Der Gedanke an sich ist richtig. Aber der Hausbesitzer kann doch nicht das zurückbekommen, was er vor dem Krieg gar nicht hatte.

(Dr. Boese: Und er kann nicht wiederherstellen!)

— Gewiß. Ich darf auch aus meiner Praxis antworten. Ich leite ja seit einigen Jahren ein altes Hypothekeninstitut und habe, als ich in dieses Institut eintrat, zu all den Wertermittlungsmethoden für die Beleihung alter Häuser noch eine neue hinzugefügt. Ich führte damals ein, daß wir, wenn wir ein Haus beleihen wollten, uns die Frage vorlegten: Wie rechnet derjenige, der uns das Haus in der Zwangsversteigerung abnehmen muß, sich den Wert des Hauses vom Standpunkt der Rentabilität aus, und wir haben seitdem sämtliche Beleihungsanträge sehr eingehend nach dieser Seite angesehen. Ich meine, daß die uns vorgerechnete Rentabilität, die wir immer sehr eingehend an Hand von Unterlagen prüfen, allgemein recht groß ist, daß über die Ablösung der Aufwertungshypothek hinaus noch eine ganz schöne höhere Beleihung als erste Hypothek übrigbleibt, wobei wir nur bis 25 % des Wertes gehen. Wir gehen immer davon aus, daß noch eine Rente für den Eigentümer übrigbleiben muß, damit der Hausbesitzer ein Interesse an dem Objekt behält. Es ist tatsächlich so, daß alle Objekte, die uns vorgelegt werden, eine recht schöne Rentabilität aufweisen.

(Dr. Boese: Wenn gewerbliche Räume da sind.)

— Nein, auch wenn keine da sind; im Gegenteil, den gewerblichen Räumen stehen wir als Hypothekenbank recht skeptisch gegenüber, weil wir festgestellt haben, daß infolge des Zusammenschrumpfens der deutschen Industrie und vor allem des Handels eine so große Nachfrage nach gewerblichem Raum nicht mehr besteht. Meine Bank lehnt es beispielsweise deswegen ab, überhaupt Häuser zu beleihen, die gewerblich genutzt werden.

Noch ein paar Worte, wie ich mir die Verwendung des Hauszinssteueraufkommens denke. Ich bin der Ansicht, daß der Staat, der einen Teil der Hypotheken 1924 konfisziert hat, einen Teil dieser konfisierten Mittel, nach meinem Wunsche alle konfisierten Mittel dem Wohnungsbau zuführen soll. Er hat dabei die Verpflichtung, einen gewissen Einfluß auf die Verwendung dieser Mittel im Wohnungsbau auszuüben. Nicht, wie es aus dem einen Referat herausklang, darf er

nur das Geld geben und im übrigen der privaten Initiative den Gewinn überlassen. Wenn der Staat schon das Geld beschafft und hergibt, ist er auch verpflichtet, sich darum zu kümmern, wie es angelegt wird. Er hat dabei alle Gesichtspunkte, die von den Wohnungsreformern aufgestellt werden, durchzusehen. Ich möchte allerdings in der Verteilung dieser Geldmittel etwas beseitigen, was heute sehr stark in den Vordergrund tritt, nämlich den politischen Einfluß auf die Verteilung der Gelder. Ich möchte an dessen Stelle die Selbstverwaltung der Mieter setzen. Wir haben Ansätze dafür in der Baugenossenschaftsbewegung, die weiter ausgebaut werden könnte.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß die Wohnungszwangswirtschaft niemals Selbstzweck sein darf, sondern bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, und daß sie, wenn diese Aufgaben erfüllt sind, ruhig wieder abtreten kann. Als diesen Zweck möchte ich bezeichnen — ich glaube, das steht in der deutschen Reichsverfassung — jedem Deutschen eine gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnung, — ich füge hinzu: die er bezahlen kann.

Professor Dr. Grünfeld-Halle a. S.:

Meine Damen und Herren! Es ist schon mehrmals gesagt worden, daß die Fragen, über die wir hier diskutieren, ja nicht nur wissenschaftlich zu erörtern sind, denn sie sind auch politische Fragen. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Ich bin der Ansicht, daß all diese wirtschaftspolitischen Entscheidungen in letzter Linie politische Entscheidungen sind. Das ist so, auch wenn das gelegentlich in der Formulierung von Forderungen, in der Beweisführung und dergleichen nicht zum Ausdruck kommt. Ich möchte allerdings mit Genugtuung feststellen, daß die Referate, die wir heute gehört haben, wenigstens die beiden ersten, durchaus wissenschaftlich waren, und daß wir heute in diesem Sinne — ich betone: heute — keine politischen Reden gehört haben. Der Charakter all dieser Dinge als politischer Dinge bestimmt natürlich auch die Anwendungsmöglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis. Aber ich glaube mit Ihnen allen einer Meinung darüber zu sein, daß uns in diesem Kreise nur die Erkenntnis zu beschäftigen hat, und die Anwendung den Männern überlassen werden muß, die Politik oder, was dasselbe ist, Wirtschaftspolitik zu machen haben. Das bedeutet natürlich, daß theoretische Erkenntnisse der Art, wie sie uns Herr v. Hayek heute in ausgezeichneter Weise vorgezeigt hat, eine be-

grenzte Anwendungsmöglichkeit haben. Ich will nur eine von seinen Thesen herausgreifen, wobei ich bemerken möchte, daß die österreichischen Verhältnisse, von denen er ausgegangen ist, sich von den unse- rigen natürlich sehr stark unterscheiden.

Als einen der wichtigsten Unterschiede — die anderen sind zum Teil schon genannt worden — unterstreiche ich, daß das Bauen bisher in Österreich, das heißt in Wien, eine behördliche Angelegenheit war. Bei uns war es überwiegend für Kleinwohnungsbauten eine Sache der gemeinnützigen Bautätigkeit, die nach dem Gesichtspunkt der Selbsthilfe orientiert, also vorwiegend durch das Genossenschaftswesen repräsentiert war. Der zweite Unterschied ist, daß in Wien bei der dortigen Kleinwohnungsförderung der Zuzug zur Stadt begünstigt worden ist. Das war bei uns nicht der Fall. Im Gegenteil, die Hauszinssteuermittel sind in Deutschland so verteilt worden, daß auf Kosten der Städter die ländlichen Wohnungen begünstigt worden sind, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Landarbeiterfrage und dergleichen Dinge.

Schließlich noch eins. Ich habe zwar schon angedeutet, daß das Wohnungswesen wie alle andere Wirtschaftspolitik eine Sache der Politik ist. Aber so ausgesprochen politischer Zankapfel, wie die Wohnungs- und Baufrage in Wien und in Österreich ist, ist sie bei uns nie gewesen. Denn es ist dort geradezu der Punkt, an dem sich die großen Parteien scheiden und in der feindlichen Auseinandersetzung treffen. So schlimm ist es bei uns nie gewesen. Wir haben diese Zustandspolitik nicht getrieben. Aber es bleibt, daß auch bei uns die Entscheidung über die Wohnungswirtschaft zum Teil eine stark politische ist, was dadurch nicht gemildert wird, daß Interessenpolitik dahinter steht. Die Hauszinssteuer, man braucht nur das Wort zu nennen, ruft sofort einerseits die organisierten Hausbesitzer und Mittelstandsparteien und die Baugewerbetreibenden, diese auch im Rahmen der Mittelstandsbewegung, und auf der anderen Seite die mehr oder minder sozialistisch Organisierten auf den Plan, die da auch eine grundsätzliche Frage sehen, während es sich für jede wissenschaftliche Erwägung natürlich um eine Zweckmäßigkeitsfrage handelt.

Es ist heute nicht zum Ausdruck gekommen, daß die Wohnungsnot nicht erst ein Produkt des Krieges ist; Deutschland und Österreich sind vielmehr in den Krieg mit einem nicht gedeckten Bedarf an Kleinwohnungen hineingegangen, und nur deswegen haben die Dinge eine solche Zuspitzung erfahren, und nur deswegen mußte in Wien um-

bedingt sofort etwas geschehen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß, obwohl mir die Finanzierung der Wiener Baupolitik und alles was damit zusammenhängt, nicht gefällt, ich es doch als ganz große Leistung ansehe, daß überhaupt so viel gebaut worden ist; denn das ist entscheidend: Es galt dort, ein kolossales Unterangebot zu decken.

Nun ein theoretischer Punkt, die Frage, wie weit die Zwangswirtschaft die Wohnungsnachfrage künstlich gesteigert hat, wieweit wir es also mit einer zusätzlichen Nachfrage, man könnte sagen, einer zusätzlichen Kaufkraft zu tun haben. Ich glaube, daß diese zusätzliche Nachfrage überschätzt wird. Wir haben heute gehört, daß die eine Zahl falsch ist, die uns schätzungsweise geboten worden ist. Ich glaube aber, daß es überhaupt sehr schwierig sein wird, irgend etwas darüber auszusagen, wieweit wir es mit einer künstlichen Nachfrage zu tun haben. Ich glaube, daß diese künstliche Nachfrage für uns in Deutschland schon deswegen nicht so hoch einzuschätzen ist, weil sich herausstellt, daß die Neubauwohnungen alle teurer sind als die Altbauwohnungen, wenigstens ist das seit einer ganzen Reihe von Jahren der Fall, und das ist die große Gefahr, vor der unsere Baugenossenschaften stehen, vor der unsere ganze gemeinnützige Bautätigkeit steht.

Ich komme noch zu dem Referat von Professor Zimmermann, daß ich für eine außerordentlich verdienstvolle Tat halte, weil es klar und eindeutig eine Übersicht über die von dem Referenten zur Diskussion gestellte Frage gegeben und weil es vor allem den Mut zur Unpopularität in der einen Frage gehabt hat, die ich allein aus diesem Referat erwähnen möchte, nämlich der Frage der Erhöhung der Mieten, das heißt des Abbaues der Mietenzwangswirtschaft, also der behördlichen Regelung der Wohnungspreise. Es ist natürlich unpopulär, so etwas zu sagen, und wer auf den Beifall der Menge rechnet, tut gut, darüber hinwegzureden. Ich möchte in einer Hinsicht etwas zur Ergänzung sagen. Es ist nämlich nicht etwa so, daß nur die privaten Hausbesitzer eine Freude daran hätten, wenn die Mieten erhöht werden, sondern es hätte sie noch ein anderer Faktor unserer gemeinnützigen Bautätigkeit: die Baugenossenschaften und die öffentlich-rechtlichen Bau-gesellschaften. Die Baugenossenschaften stehen genau so wie alle übrigen Bauherren heute vor der unangenehmen Lage, daß die Klein- und Kleinstwohnungen, die sie bauen und bauen müssen, zu teuer sind, und so mußte mit öffentlichen Geldern eine Verbilligung der Mieten herbeigeführt werden. Das ist nicht einfach, kostet natürlich auch Geld, und

nun ist die Frage, ob das wirtschaftlich ist. Es besteht eine Reserve in der Erhöhung der Mieten der Baugenossenschaften, und zwar bei den Altwohnungen, die vor dem Krieg noch hergestellt worden sind; aber die ist nur für die alten Baugenossenschaften vorhanden, die solche Altwohnungen haben. Und nun ist leider der Augenblick gekommen, wo auch die Mieten der neuen Wohnungen verteuert werden müssen. Wir stehen vor der Aufwertung der Aufwertungshypothesen am 1. Januar 1932. Die Mieten müssen erhöht werden, um den erhöhten Zinsendienst zu tragen. Überdies hat die Erhöhung der Grundvermögenssteuer schon eine Erhöhung dieser Mieten zur Folge, und da zeigt sich leider, daß die Inhaber dieser Wohnungen sehr schwer getroffen sind, auch von dem wenigen, was ihnen an zusätzlicher Miete zugeschlagen wird; leider muß man auch sagen, daß die genossenschaftliche Solidarität der Mieter nicht ausreicht, um etwa die Mieter der Altwohnungen eine Erhöhung der Mieten mit tragen zu lassen. Da zeigt sich eben ein anderes Gebrechen der Baugenossenschaften, das daher kommt, daß sie nun nicht mehr die Verkörperung der reinen Selbsthilfe sind. Sie sind durch die Arbeitgeberhypothesen und die Zwangsgenossen, die ihnen vom Arbeitgeber in die Wohnungen hineingebracht worden sind, um einen Teil ihres Selbsthilfescharakters gekommen. Das kann erst wieder gut werden, wenn die Baugenossenschaften durch stärkere Kapitalbildung aus Eigenem, vor allem aber durch eine Belebung des Hypothekenmarktes in die Lage gebracht werden, wieder ganz frei zu walten und nicht mehr nach den hohen Herren zu schielen, die sie mit Arbeitgeberhypothesen und Zuschüssen zur Verbilligung der Mieten usw. versehen. Vielleicht wäre es erwünscht, wenn die Baugenossenschaften schon jetzt ihre Kraft zeigen und etwas mehr Propaganda für sich und für das Bausparen zugunsten ihrer Massen machen. Heute ist es doch so, daß alle möglichen Schwindelkassen es verstehen, das Geld aus den Taschen der Wohnungssuchenden zu locken, daß aber die Baugenossenschaften alle Mühe haben, diese Gelder an sich zu ziehen.

Der Vorschlag im Referat Zimmermann, daß eigene Treuhändergesellschaften oder Treuhänderstellen geschaffen würden, die die Verteilung der Hauszinssteuermittel in die Hand nehmen, scheint mir nicht unbedenklich. Wir haben solche Erfahrungen mit den Bergmannssiedlungen in Deutschland gemacht, die sozusagen selbständige Körpergesellschaften waren, auch selbständige Treuhänder für das Geld, das sie

zu verwalten hatten. Ich glaube nicht, daß uns jene Erfahrungen ermutigen, neue Treuhandstellen zu schaffen; denn schließlich werden auch sie nicht unabhängig sein, sie werden aus Mitgliedern bestehen, die von diversen Stellen eingesetzt werden und müssen natürlich auf einen Teil der Unabhängigkeit verzichten.

In bezug auf den Luxus der Wohnungen kann ich mich dem anschließen, was Herr Professor Dr. Fuchs gesagt hat.

Ich freue mich, daß die Debatte und die Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik diesmal den Anlaß geben werden, daß man sich mit der Frage beschäftigt. Denn die Beschäftigung mit dem Wohnungswesen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, und doch muß gesagt werden, daß zum Beispiel im akademischen Unterricht das Wohnungswesen nicht die genügende Beachtung findet, nicht so sehr wegen der Dozenten, die bereit wären, darauf einzugehen, als wegen der Studenten, die in ihrem Stundenplan keinen Raum haben, sich ein Blättchen dafür zu sichern, wenn sie diese Absicht überhaupt gehabt haben. Lassen Sie mich also mit dem Wunsche schließen, daß in Forschung und Unterricht das Wohnungswesen erhöhte Beachtung finde als ein Teil der Sozialpolitik, allerdings einer Sozialpolitik, die etwas weiter gesteckt ist als die, deren Charakteristik wir am ersten Verhandlungstag kennengelernt haben.

(Beifall.)

Dr. Frank-Berlin:

Einer Einladung des Vereins folgend, werde ich versuchen, die Stellung der Hausbesitzer zu diesem Fragenkomplex klarzulegen. Ich bin dabei überraschenderweise in einer verhältnismäßig angenehmen Lage, da die beiden Referate die ökonomischen, privat- und nationalökonomischen Gründe, die die Hausbesitzer von Anfang an veranlaßt haben, auf die Übel der Zwangswirtschaft hinzuweisen und ihre rasche Beseitigung zu fordern, bereits selbst dargelegt haben. Ich will deshalb auch auf die Fragen bezüglich der Hauszinssteuer, ob es überhaupt eine Steuer oder eine Konfiskation ist, und über die Verwendung der Hauszinssteuer nicht weiter eingehen. Es ist noch eine andere als wirtschaftliche Seite, die die Hauseigentümer veranlaßt hat, gegen die Wohnungszwangswirtschaft anzukämpfen. Dies geschieht vor allem auch

aus rechtspolitischen und rechtsethischen Gründen. Ein kurzer Rückblick:

Aus anfänglichen Notmaßnahmen, die — schon während des Krieges — getroffen worden waren, um einem aktuellen Notzustand zu Leibe zu gehen, um Härten im Einzelfall zu vermeiden, ist im Laufe der Zeit eine völlige Umwälzung des Raumrechts geworden. Die Einigungsämter beschränken sich schon lange nicht mehr auf die Vermittlung von Vergleichen, auf die Herbeiführung von Einigungen, sondern sie fällen Entscheidungen von ungeheurer Tragweite, von geradezu umstürzlerischem Charakter für unsere ganze Rechtsordnung, und die höchstrichterliche Rechtsprechung bis hinauf zum Reichsgericht hat dazu beigetragen, die Zuständigkeit der Einigungsämter dauernd zu erweitern.

Die Miete als Institution des Privatrechts ist so gut wie beseitigt. Auf dem Papier steht zwar, sie sei frei vereinbart; aber die den Mietern als unabdingbares Recht aus dem Reichsmietengesetz gegebene Besugnis, sich jederzeit auf die gesetzliche Miete zu berufen, hat eben in der Tat die Miete als Institution des Privatrechts beseitigt.

Die Wohnraumverteilung ist ebenfalls der privaten Initiative des Hauseigentümers und auch des Mieters entzogen. In Wirklichkeit üben die Wohnungsämter diktatorische Gewalt nicht nur über den Vermieter, sondern auch über den Mieter und insbesondere über die Armen, nämlich über die Wohnungssuchenden, aus. So ist die Situation. Und die Tendenzen unserer Gesetzgebung, die in die Zukunft weisen, lassen heute schon — ich erinnere an die kürzlich herausgekommenen Untersuchungen von Löning: „Die Grundstücksmiete als dingliches Recht“ — vom Standpunkt der Hauseigentümer aus befürchten, daß diese Grundideen der Wohnungszwangswirtschaft auch Eingang in unser bürgerliches Gesetzbuch finden.

Deshalb ist es heute angezeigt, auch von der rechtlichen und ethischen Seite aus die Folgen der Zwangswirtschaft nochmals kurz zu charakterisieren. Löning bezieht sich bei seinen Vorschlägen auf die Klang-schen Leitsätze, die dieser in Unlehnung an das österreichische Recht auf dem 33. Deutschen Juristentag in Heidelberg aufgestellt hat. Diese besagen, daß es in Zukunft nicht mehr genüge, das Mietvertragsverhältnis lediglich durch einen Ausbau eines — schuldrechtlichen — „Gebrauchsrechtes auf Zeit“ zu regeln und zu sichern. Die Entwicklung gehe vielmehr dahin, daß der „Mieter“ eine völlige Sachherrschaft

über die Wohnung ausüben kann. Offensichtlich ist man auch in der Wissenschaft — vielleicht infolge der großen Erlebnisnähe zu der Wohnungszwangsgesetzgebung — immer noch nicht frei von Vorstellungen, die uns die Wohnungszwangswirtschaft gebracht hat: Vorstellungen, die eben den früheren fundamentalen Grundsatz unserer Rechtsordnung, nämlich die Vertragsfreiheit, die auch heute in Artikel 152 der Reichsverfassung garantiert ist, die Vertragstreue, und vor allem den Grundsatz: „Ein Mann, ein Wort“, völlig auf den Kopf gestellt haben.

Ich denke hier zunächst an das Reichsmietengesetz mit seinem unabdingbaren Recht auf Vertragsverletzung. Ein Novum in der deutschen Rechtsgeschichte, das, soweit ich die Literatur übersehen kann, nicht seinesgleichen hat! Ich denke an das Mieterschutzgesetz, welches an Stelle eines früheren einfachen Kündigungsvorfahrens, basierend auf Vertragsvereinbarungen, uns eine Mietaufhebungsklage gebracht hat, analog der Ehescheidungsklage mit all den unerquicklichen Umständen und Begleiterscheinungen, die wir hier feststellen können: Der Vermieter muß im Laufe der Zeit alles Material sammeln, was gegen seinen Mieter spricht, damit er die Aufhebungstatbestände, die im Mieterschutz vorgesehen sind, beweisen kann. Er muß erst abmahnen, und erst wenn er wiederholt abgemahnt hat und der Mieter trotz dieser Abmahnung sein vertragswidriges Verhalten fortsetzt, hat er vielleicht Aussicht, mit seiner Aufhebungsklage durchzukommen. Daher dieses peinliche Suchen nach Gründen, diese dauernde Nervenanspannung bei Vermieter und Mieter; der eine versucht, möglichst heimtückisch natürlich, den andern zu schikanieren, aber so, daß dieser nichts beweisen kann, selbst wenn er recht hat. Ich denke da an den § 4 des Mieterschutzgesetzes, die Klage wegen Eigenbedarfs. Ich rate jedem Hauseigentümer ab, diese Klage anzustrengen. Denn selbst wenn er recht bekommt — vollstreckbar ist das Urteil immer nur gegen Stellung von Ersatzraum. So erleben wir es, daß unsere Gerichte, bis hinauf zum höchsten Gericht, zwar Räumungsurteile fällen, daß aber diese Urteile jahrelang nicht vollstreckbar sind und diese Mieter, die nun in keinem Mieterverhältnis mehr zum Eigentümer stehen, nach wie vor in der Wohnung sitzen. Wer einigermaßen Praxis auf dem Gebiete der Hausverwaltung hat, weiß, was das an Schikanen bedeutet, — aber auch, wie die Autorität der Rechtsprechung darunter leidet.

Herr Professor Dr. Fuchs hat das Beispiel von der Kriegerwitwe angeführt, der gekündigt worden sei, weil sie ein Kind bekommen habe. Es ist aber in der Regel umgekehrt gewesen. Die Mieter haben vom Eigentümer verlangt, daß der Mieter, dessen Kinder Radau machen, herausgesetzt werden sollte. Wenn heute einmal eine Erhebung nicht bloß in Berlin, sondern auch in kleinen Städten darüber angestellt würde, wer eigentlich diejenigen sind, die vom Hauseigentümer verlangen, daß eine bestimmte Mietspartei herausgesetzt wird, würde man zu dem Ergebnis kommen, daß die Aufhebung des Mietverhältnisses heute in ganz überwiegender Maße von den andern Mietern verlangt wird, damit diese andern Ruhe haben. Diese Tatsachen muß man berücksichtigen, wenn man an eine Reform des Mietrechts gehen will. Ob es sozial ist, wenn ich den Mieter, der seine Ruhe haben will, nicht schützen kann, weil mir eine angeblich soziale Gesetzgebung die Mittel dazu verweigert, einen Störenfried herauszusehen, das weiß ich nicht. Es ist jedenfalls so, daß heute der Kampf gegen das Mieterschutzgesetz doch nicht allein von den Hauseigentümern geführt wird, sondern, wie die Praxis lehrt — aus den Erwägungen, die ich eben genannt habe —, auch von Mietern. Es ist auch interessant gewesen, daß zum Beispiel nicht nur die Hauseigentümer gegen jenes fiktive Kündigungsrecht, das die letzte Mieterschutznovelle gebracht, angekämpft haben, sondern gemeinsam mit den Hauseigentümern auch die Mieterorganisationen.

Nun zur Frage der künftigen Gestaltung unseres Mietrechts. Ich glaube, es ist verfrüht, heute schon zu verlangen, das Bürgerliche Gesetzbuch abzuändern. Es gibt doch einen Rechtsfortschritt nicht nur, indem man die Gesetze abändert. Es wird notwendig sein, sorgsam zu prüfen, ob bzw. was man von den Errungenschaften der neuzeitlichen Wohnungszwangsgesetze eventuell in spätere normale Zeiten übernimmt. Aber eins muß festgestellt werden: Wenn Sie den Mieter gegenüber Kündigungsmöglichkeiten des Hauseigentümers schützen, wenn Sie die Kündigung vielleicht genau so von Aufhebungstatbeständen abhängig machen wollen, wie es heute im Mieterschutzgesetz bezüglich der Aufhebungsklage der Fall ist, dann wird dasselbe eintreten, was wir heute unter dem Mieterschutzgesetz haben, daß nämlich die Mieter versuchen werden, die Aufhebungstatbestände nicht zu vollenden. Wenn es heute heißt, der Mieter muß mit Mietbeträgen rückständig sein, die mindestens eine Monatsmiete überschreiten, so wird

er eben in der Praxis keine überschreiten, sondern jeden Monat ein paar Groschen zahlen. Weiter müssen Sie, wenn Sie die Kündigung beschränken wollen, auf der anderen Seite die Frage prüfen, ob alle die Gesetze, die auf der Vertragsfreiheit, auf der Freiheit des Eigentums basieren — ich denke an das Baufluchtengesetz, das Kommunalabgabengesetz, das Wegereinigungsgesetz, an die polizeilichen Verordnungen und Belastungen —, ob die dann alle noch zu Recht bestehen. Alle diese Gesetze beruhen auf der Vertragsfreiheit. § 9 des Kommunalabgabengesetzes sieht ausdrücklich voraus, daß der Hauseigentümer einen besonderen wirtschaftlichen Vorteil vom Straßenbau, von der Straßenunterhaltung hat, und deswegen soll er Beiträge zahlen. Das Reichsmietengesetz verbietet diesen besonderen wirtschaftlichen Vorteil. Wenn Sie diese Vertragsfreiheit und Selbstverantwortung nehmen und damit die Grundlage und Voraussetzung einer privatwirtschaftlich angestrebten Rentabilität zerstören, dann frage ich, ob es gerecht und zu rechtfertigen ist, daß die Polizei nach wie vor von einem solchen unfreien Hauseigentümer Taten und Anstrengungen verlangen kann, die nur ein freier Mann leisten kann. Wenn man also an eine Reform des Mietrechts geht, so ist eine Reform unseres öffentlichen Rechts damit unlösbar verbunden und notwendig. Deshalb zum Schluß nur das eine: Das Urteil über die Zwangswirtschaft steht fest, und Sie haben uns heute zum Teil attestiert, daß wir in den meisten Punkten unserer Kritik recht haben. Ich möchte davor warnen, an eine überstürzte Neuregelung des Bürgerlichen Gesetzbuches heranzugehen, sondern halte es für richtig, erst abzuwarten, bis wir wieder einigermaßen normale Zeiten haben. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß nach wie vor das Vertragsrecht das bessere Mittel zur Schaffung eines befriedigenden Wohnungsgesetzes ist als irgendeine öffentlich-rechtliche Reglementierung.

(Bravo.)

Dr. Otto Prange-Berlin:

Meine Damen und Herren! Es wurde vorhin darauf hingewiesen, wie sehr die Zwangswirtschaft mit politischen Maßnahmen zusammenhängt, die der Krieg geboren hat. Ich will nicht davon sprechen, daß die Zwangswirtschaft, soweit sie im Kriege entstanden ist, gewisse Entschuldigungen hat und Einwendungen gegen sie nicht zu erheben sind. Es muß aber doch einmal betont werden, auch auf die Gefahr hin,

unpopulär zu sprechen, daß diese Zwangswirtschaft aus parteipolitischen Gründen nach dem Kriege ausgebaut und hartnäckig beibehalten wurde als eines der wenigen Überbleibsel aus dem Konkurs einer sozialistischen Theorie, die man nach dem Kriege vergeblich versuchte, in die Praxis umzusetzen. Ich erinnere an die Sozialisierungskommission, an der ich als Gegner der Sozialisierung des privaten Versicherungswesens mitarbeitete, und die sehr bald einsehen mußte, daß sie eben auf der Grundlage der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nicht imstande war, zu irgendwelchen Erfolgen zu gelangen. Daß die Wohnungszwangswirtschaft als eine Art von „Sozialisierung“ der Wohnungswirtschaft bis heute aufrecht erhalten werden konnte, hängt offenbar mit der Psyche der großen Massen der Bevölkerung zusammen, die zum allergrößten Teil „Mieter“ sind. Ebenso wie auch die Fragen des Versicherungswesens von der großen Masse des Publikums ganz primitiv von dem Standpunkt aus betrachtet werden, daß jedermann irgendwie Versicherungsnehmer ist. Die Art, wie man im allgemeinen über das Versicherungswesen denkt, ist daher gefärbt. Wenn die Frage der Verstaatlichung des Versicherungswesens behandelt wird, so denken dabei viele weniger an ihre Weltanschauung, die ihnen eigentlich vielleicht eine entgegengesetzte Betrachtung dieser Dinge vorschreibt, als ganz subjektiv an ihre Eigenschaft als Versicherungsnehmer. Ich sage nicht obwohl, sondern weil ich Vertreter der Interessen der Versicherungsnehmer bin. Ich habe also in dieser Beziehung einen ziemlich unbefangenen Standpunkt. Man sollte diesen unbefangenen Standpunkt als Mieter — und die meisten sind ja Mieter — auch einmal auf die Fragen der Wohnungszwangswirtschaft anwenden. Vor allem sollte man sich einmal fragen, ob es dem weltanschaulichen Boden, auf dem man steht, entspricht, daß gerade den Hausbesitzern eine Ausnahmestellung in bezug auf die Wahrung der Idee des Privateigentums zugesprochen wird. Der Hausbesitzer steht in der Tat unter einem Ausnahmerecht. Wie Herr Professor Heimann, von einem ganz andern Standpunkt aus, mit Recht betont hat, ist es geboten, daß, wenn sich irgendwo in der volkswirtschaftlichen Maschinerie Mängel zeigen, die etwa nur dadurch abgestellt werden können, daß die eine Gruppe zugunsten der andern Gruppe Nachteile erleidet, dann diese Nachteile mit in Kauf genommen werden müssen. Das war der Gesichtspunkt, von dem aus man die Zwangswirtschaft einführte. Seit langem scheint es mir umgekehrt zu sein. Heute verlangt die Gefundung unserer

franken Gesamtwirtschaft danach, die Dinge wieder einmal vom Standpunkt des Hausbesitzers zu betrachten. Es ist doch wohl längst schon so, daß gerade die Aufrechterhaltung der „Sozialisierung“ die im Wohnungswesen bestehenden Schäden, über die wir uns nun seit Kriegsende beklagen, viel mehr erzeugt als verhütet hat, und ich kann deshalb eigentlich nicht recht verstehen, weshalb man zum Teil immer noch der Meinung ist, es genüge, die Mängel der Wohnungszwangswirtschaft zu beseitigen. Es ist jetzt endlich an der Zeit, den Zeitpunkt ins Auge zu fassen, wo die Wohnungszwangswirtschaft endgültig beseitigt werden muß. Es ist an der Zeit, diesen unlogischen und durch keine Weltanschauung zu begründenden Rest eines sozialistischen Experiments zu beseitigen. Denn auch dem Sozialismus entspricht ja dieses Experiment nicht, weil jede Teilstozialisierung bekanntlich ein Widerspruch in sich ist. Wenn ich daher den beiden Herren Berichterstattern über die Wohnungszwangswirtschaft in vollem Maße zustimme und der Meinung bin, daß insbesondere Herr Professor Zimmermann von dem bisherigen Fundament dieser Unwirtschaft keinen Stein auf dem andern gelassen hat, so bin ich doch etwas überrascht, daß er trotzdem noch von einem „Optimum“ spricht, also die Lösung der Frage nicht grundsätzlich und weltanschaulich, sondern immer noch praktisch abwägend zu betrachten scheint. Theoretisch würde sich also damit möglicherweise noch die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft zum Nachteil eines aus der Gesamtheit willkürlich herausgegriffenen Bevölkerungssteils rechtfertigen lassen.

Natürlich konnte man das soziale Unrecht der Zwangswirtschaft, nachdem die deutsche Wirtschaftspolitik darauf nun einmal eingestellt worden war, nicht gut von heut auf morgen streichen. Immerhin ist es vom Standpunkt einer gerechten Wirtschaftspolitik in einem Staatswesen, das grundsätzlich das Privateigentum anerkennt, zu erwägen, das begangene Unrecht wieder gutzumachen. Ein praktischer Weg hierzu wäre unter anderen eine Verwendung der Hauszinssteuer zur Ausgleichung der nun schon fast  $1\frac{1}{2}$  Jahrzehnte dauernden Verwahrlosung des Hausbesitzes.

Die Ausführungen, die wir gehört haben, zeigen auch unter ethischem Gesichtspunkt, daß die Zwangswirtschaft zweifellos in hohem Maße zur Demoralisierung beigetragen hat, das beweisen alle Beobachtungen, die wir selbst im praktischen Leben machen und vor allem gemacht haben.

Es ist gesagt worden, wir müßten sparsam bauen, ich meine, die Sparsamkeit ist überhaupt die erste Pflicht, die wir haben. Es ist in unserer Lage fast ein Verbrechen, nach dem Optimum zu streben und die Idee des Wohlfahrtsstaates realisieren zu wollen. Sondern darauf kommt es an, daß wir mit den allerbescheidensten Mitteln den größten Zweck erreichen, und daß wir unter Bedingungen wohnen, unter denen wir nicht bequem und komfortabel, vielmehr allenfalls noch menschenwürdig und besonders so gesund als möglich wohnen können. Es ist für die große Masse derjenigen, die gar keine Wohnung haben, doch wichtiger, daß wir Wohnungen nach solchen Gesichtspunkten bauen, als daß wir nach den modernsten Theorien Experimente ausführen, um wohlgerichtete Wohnungen zu erzielen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Es ist auch zuzugeben, daß die Gemeinnützigkeit keineswegs eine Bedingung für zweckmäßiges Bauen zu sein braucht, und es ist deswegen auch erforderlich, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen und nun wieder einmal der Privatwirtschaft und der privaten Initiative den Weg freizugeben.

Es ist gesagt worden, daß die geringe Miete der Neubauwohnungen, wie sie in Wien besteht, die Landflucht begünstige.

Das gilt und galt erst recht von der viel zu geringen Miete der unter Zwang stehenden Altbauwohnungen.

Präsident Prof. Dr. Fuchs:

Die Rednerliste für den ersten Teil der Aussprache ist erschöpft, und ich darf, ehe wir zum zweiten Teil übergehen, Herrn Dr. v. Hayek als Referenten das Schlußwort geben.

Berichterstatter Privatdozent Dr. v. Hayek-Wien (Schlußwort):

Meine Damen und Herren! Zu dem was die beiden ersten Diskussionsredner, die Herren Professor Fuchs und Ministerialrat Fuchs gesagt haben, habe ich nichts hinzuzufügen, als daß ich in allen Punkten zustimme. Es waren Dinge, die notwendig außerhalb meines Reberats fallen. Ich muß leider insbesondere auch dem Urteil des Ministerialrats Fuchs über den bedauerlicherweise weniger gut gelungenen österreichischen Schriftenband zustimmen, weil darin gerade der vielfach hervorgehobenen Tatsache, daß das Mieterschutzproblem in seiner praktischen Bedeutung in weitem Maße ein politisches Problem ist, nur in einer sehr einseitigen Weise Rechnung getragen wurde.

Mit der Tatsache, daß ich mich auf die theoretischen Probleme zu beschränken hatte, hängt es zusammen, daß ich mich zu der Frage, ob Flachbau oder Hochbau nicht äußern konnte, weil sich da die Gegenfälle, die heute bestehen, wissenschaftlich überhaupt kaum ausstragen lassen, da es sich da nicht so sehr um wissenschaftliche Gegenfälle handelt, sondern namentlich in Wien die Förderung des Hochbaues mit einer ganz bestimmten Weltanschauung, um nicht zu sagen, politischen Einstellung zusammenhängt, die wissenschaftlicher Grörterung kaum zugänglich ist.

Zu den Ausführungen des Herrn Direktor Astor möchte ich sagen, daß ich allerdings nicht erwartet habe, daß das Baugewerbe heute für die Abschaffung der Zwangswirtschaft ist. Im Gegenteil, es wäre nur rational, wenn das Baugewerbe in der nächsten Zeit gegen die Abschaffung der Zwangswirtschaft wäre; denn ich bin überzeugt, daß wir bei Abschaffung der Zwangswirtschaft in der nächsten Zeit weniger bauen werden, als wir bisher gebaut haben.

(Zuruf: Wer ist für Abschaffung?)

— Die Gründe, die mir dafür zu sprechen scheinen, habe ich in meinem Referat heute vormittag angeführt.

(Heiterkeit.)

Eins aber hat uns Herr Astor nicht gesagt, nämlich wie die Fehler der Zwangswirtschaft, die er korrigieren möchte, korrigiert werden sollen.

Die einzige Bemerkung, die sich gegen die theoretischen Ausführungen meines Referats richtete, stammt von Herrn Professor Grünfeld und bezieht sich auf die Frage der Größe, der Elastizität der Wohnungsnachfrage. Es ist also eigentlich auch schon keine rein theoretische Frage, sondern die Frage nach einem Datum, das wir in die theoretische Ableitung einzusezen haben. Wir sind da im allgemeinen auf die innere Erfahrung, auf unser eigenes Wissen angewiesen, und ich kann nur sagen, daß, so wie die Verhältnisse in Wien liegen, gewiß jeder, der zum Beispiel für eine Dreizimmerwohnung, die mieter schutzfrei ist, ein Mehrfaches von dem aufzubinden muß, was er für die größte geschützte Wohnung bezahlen müßte, bereit wäre, auch die größte Wohnung statt dieser mieter schutzfreien Dreizimmerwohnung zu nehmen. Daß also die Tendenz, durch die Verbilligung der Mietzinsen sich außerordentlich auszudehnen, besteht, scheint mir nicht zu bezweifeln.

Ich glaube, das waren alle in der Diskussion berührten Punkte, die mit meinem Referat zusammenhängen. Denn daß ich mit den deutschen Verhältnissen nicht genügend vertraut bin, um die speziellen Probleme der reichsdeutschen Wohnungswirtschaft, auf die eingegangen wurde, hier behandeln könnte, brauche ich allen, die meinen Vortrag gehört haben, gewiß nicht mehr zu sagen.

(Beifall.)

**Professor Zimmermann-Hamburg (Schlußwort)<sup>1</sup>:**

Eigentlich bin ich erstaunt, daß mein Referat in der Aussprache so wenig Anfechtung gefunden hat, obwohl Vertreter der verschiedensten wohnpolitischen Standpunkte — sozialistische Anhänger der Gemeinwirtschaft, Baugenossenschaftsfreunde, entschiedene Wohnreformer, berufene Vertreter der Hausbesitzerinteressen und Anhänger der Freiwirtschaft — zu Worte gekommen sind. Ich hatte mich angesichts der oft leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die die Wohnwirtschaftspolitik immer noch in Parlamenten und Verbandspresse hervorruft, auf heftigeren Strauß gefaßt gemacht. Allerdings habe ich mein Referat streng im Rahmen meines wissenschaftlichen Fahneneides gehalten, die Dinge und ihre Zusammenhänge so objektiv, wie es einem wollenden Menschen überhaupt möglich ist, zu analysieren und zu deuten. Aber in der Ableitung der kritischen Schlußfolgerungen bin ich doch so scharf und deutlich, ja „eindeutig“ gewesen, wie mir Herr Kollege Grünsfeld freundlich bezeugt hat, daß ich schon etwas mehr Widerspruch hätte erwarten dürfen.

Selbst Herr Direktor Astor, der dankenswerterweise meiner Anregung entsprochen hat, als entschiedener Wortführer der sozialistisch-gemeinwirtschaftlichen Wohnpolitik zur Königsberger Tagung zu kommen und hier die von mir abgelehnte Richtung zu vertreten, hat durch seine Darlegungen meine Kritik der Wohnzwangswirtschaft nicht erschüttert, sondern materiell eher noch bekräftigt.

Denn Herr Direktor Astor erklärte mit schöner Aufrichtigkeit, daß er noch viel mehr Fehler und Mängel der Wohnzwangswirtschaft Kenne, als in meinem Referat behandelt worden sind. Er nennt sie zwar nicht weiter, aber man findet an einer späteren Stelle seiner

---

<sup>1</sup> Auf Grund der stenographischen Niederschriften der Diskussionsreden von dem in Königsberg nicht anwesenden Referenten nachträglich in Hamburg entworfen.

Rede — und das erscheint mir gerade aus seinem Munde ein sehr beachtenswertes Zeugnis — den ernsten, von Herrn Kollegen Hayel in etwas anderem Sinne auch bereits erhobenen Vorwurf gegen die Zwangswirtschaft nachdrücklich unterstrichen, daß sie sich besonders der Fehlleitung des Kapitals — nicht des Kapitals an sich, jedoch des öffentlichen Baukapitals — schuldig gemacht habe. Das ist einer der schwersten Vorwürfe, den sonst die sozialistischen Anhänger der planmäßig geregelten Gemeinwirtschaft gerade gegen die privatkapitalistische Unternehmungswirtschaft — oft mit Recht — erheben, ein schlimmer Mangel, der eben durch die Gemeinwirtschaft überwunden werden soll. Herr Astor aber verkündet — ähnlich wie der frühere Stadtkämmerer Dr. Kärding-Berlin —, daß im Gefolge der bisherigen Wohnzwangswirtschaft in Zukunft noch große Kapitalverluste zu befürchten sind. Darauf muß ich Herrn Astor erwidern: Wenn die von mir betonten Schwächen der Wohnzwangswirtschaft bereits zu dem Schluß zwingen, daß dieses System unhaltbar ist, so müßte ein solches weiteres Plus von Bedenken geradezu zu der Forderung führen: Dieses System darf man nicht nur fallen lassen, sondern muß es auch noch stoßen.

Ich habe diese radikale Forderung in meinem Vortrage nicht gestellt, weil ich sie wegen der organischen Weiterbildung der Wirtschaft und angesichts der innerpolitischen Hemmungen nicht stellen kann, sondern ich habe eine rasch fortschreitende Durchdringung der Wohnzwangswirtschaft mit freiwirtschaftlichen Tendenzen für rationeller erklärt. Und ich glaube es ausführlich genug erläutert und begründet zu haben, warum von der stärkeren Wiedereinschaltung der Unternehmerwirtschaft in das Wohnungsbau- und Vermietwesen Beseitigung der mit der Wohnzwangswirtschaft verbundenen schweren Mängel zu erwarten ist. Ich habe sogar das Neinandergreifen der fürs erste unentbehrlichen Ausläufer der behördlich geregelten Wohnwirtschaft mit der kommenden Freiwirtschaft nach der organisatorisch-technischen Seite, in bezug auf Finanzierung des Kleinwohnwesens mit zweitstelligen Hypotheken und in bezug auf Gestaltung des Mietvertragsrechtes besonders erörtert, obgleich meine Aufgabe sich eigentlich nur auf die grundfäßliche Seite des Problems erstreckte. Ich kann also Herrn Direktor Astor nicht recht geben, wenn er mir vorwirft, ich hätte mir die Lösung der wohnpolitischen Probleme so ganz leicht gemacht, indem ich einfach an Stelle der Wohnzwangswirtschaft die freie Wohnwirtschaften 182. — Verhandlungen 1930. 21

schaft sehen wolle. Nein, das stimmt durchaus nicht! Zu den bequemen Dogmatikern, die von einem System allein das Heil erwarten, habe ich aus Achtung vor der wissenschaftlichen Wahrheit nie gehört, und schließlich hat mich eine fünfundzwanzigjährige praktische sozial-politische Erfahrung scheu vor schematischem Rezeptemachen gemacht. Vielleicht hat Herr Astor die Freundlichkeit, mein Referat gerade in den Punkten noch einmal nachzulesen, die die allmähliche Wiedereinschaltung des freien Unternehmertums in die Wohnwirtschaft betreffen.

Ich muß nun aber den Spieß umdrehen und sagen: Wenn jemand, so wie Herr Astor es tut, noch mehr Fehler und Mängel an der Wohnzwangswirtschaft kennt, als ich sie aufgezählt habe, dann müßte er Entlastungsbeweise bringen, warum denn dieses System überhaupt und wie und mit welchen Reformmethoden es noch aufrechterhalten werden soll und kann! Herr Direktor Astor hat jedoch als Beweis zugunsten der Wohnzwangswirtschaft nur den einen negativen Hinweis gebracht, daß auch die privaten Bauunternehmer die Rückkehr zur Freiwirtschaft nicht wünschen oder, wie er wörtlich sagte: „Sie würden dem privaten Baugewerbe gar keinen großen Gefallen tun, wenn Sie ihm zutrauen, daß es die Wohnungsnot beseitigen wird.“ Herr Astor schränkte allerdings diese Behauptung, die dem widerspricht, was ich aus den Kreisen des Bauunternehmertums, vor allem von mittelgroßen Firmen, aber auch von Leitern allergrößter Firmen, die ich im Enqueteausschuß vernahm, über ihre Gegnerschaft gegen die Wohnzwangswirtschaft gehört habe, erläuternd dahin ein, daß die großen Baugesellschaften ein Interesse daran haben, dauernd weiter mit großen Baugenossenschaften und Bauherrenorganisationen zu arbeiten. Diese Haltung mancher — keineswegs aller — großen Baugesellschaften ist auch mir bekannt. Über die Motive dieses Verhaltens sprechen nicht für die Wohnzwangswirtschaft, sondern zum Teil gerade gegen sie. Es ist nämlich nicht nur das erklärbare Bedürfnis der großen Baugesellschaften maßgebend, für große Wohnbautenkomplexe, wie sie sie bevorzugen, breit fundierte, genügend Kapital- oder kreditsfähige Organisationen als Auftraggeber und als Käufer zu haben, die den Baugesellschaften die Sorge um die Weiterverwertung ihrer Bauten, um die Verwaltung und Vermietung und Verzinsung etwaiger Restkaufgelder — soweit solche noch vorkommen — abnehmen. Es spielen noch andere Motive mit. Genossenschaftliche und ähnliche Bauherrenorganisationen sind auch oft großzügig in der Finan-

Kalkulation und Finanzierung. Private Hauserwerbsinteressenten mit genügend Eigenkapital und privatem Leihkapital sind, soweit die Wohnzwangswirtschaft sie nicht ausgerottet oder zu sehr geschwächt hat, einmal zur Übernahme großer Neubaukomplexe nicht so leicht geneigt und zum andern jedenfalls nicht bereit, das Kapital, das sie verantworten müssen, für übererteute Schöpfungen der öffentlich subventionierten gemeinnützigen Wohnbauwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Gewisse Baugenossenschaften, wie sie uns der Genossenschaftsspezialist, Herr Kollege Grünfeld, auch andeutungsweise gezeichnet hat, die nicht mit starken eigenen Sparkapitalien wirtschaften und die den Geist solidarischer Selbsthilfe noch nicht gelernt oder verlernt haben und sich wesentlich auf öffentliche Gelder verlassen, die den Bau bis zum Bauchfang decken oder, wie der Maklerwitz sagt, eine hundertzehnprozentige Beleihung ermöglichen, pflegen nicht so scharf zu kalkulieren, wie ein privater Hauserwerber und Vermieter es tun muß, der seine ganze Existenz meist zu Märkte trägt. Kostenkontrolle und Preisgewährung sind entsprechend weitherziger, was ja überhaupt ein schöner, wohnwirtschaftlich aber bedenklicher Zug der gemeinwirtschaftlichen Wohnpolitik ist. So haben natürlich manche großen Baugesellschaften auch ein lebhaftes Interesse an dem Fortbestehen dieser „liberalen“ Wohnzwangswirtschaft und hüllen sich mitunter sogar selbst in den Mantel „gemeinnütziger“ Baugesellschaften oder gründen und finanzieren gemeinnützige Baugenossenschaften, die bei ihnen dann die Bauten bestellen und nicht eben knauserig bezahlen und daneben sie von der Last eigner Häuserverwertung befreien.

In solchen verteuernden Begleiterscheinungen der öffentlich subventionierten Gemeinwirtschaft, zu denen Baurat Lübbert, der als früheres Vorstandsmitglied einer Wohnungsfürsorgegesellschaft die Dinge nicht bloß von außen her kennt, in seinem Beitrag in Bd. 177 II Näheres gesagt hat, sehe ich keine Rechtfertigung der Wohnzwangswirtschaft, sondern das Gegenteil und leite daraus die Notwendigkeit ab, die Konkurrenz eines wirklich freien, zu schärfster Kalkulation und Kapitalverantwortung gezwungenen Unternehmertums, und zwar nach Möglichkeit auch des Kleinen und mittleren Unternehmertums in das Wohnbau- und Vermietgewerbe wieder einzuschalten.

In Holland ist man, wie Herr Geheimrat Fuchs-Tübingen ausgeführt hat, gerade aus der Erfahrung heraus, daß das bequeme Wirtschaften mit reichlich verfügbaren öffentlichen Mitteln zu einer starken

Verteuerung der Wohnungsbeschaffung geführt hat, dazu gekommen, die öffentliche Subventionspolitik in der Wohnwirtschaft aufzuheben. Der Direktor des Deutschen Verbandes öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, Herr v. Bitter, hat auf der Westfälischen Siedlungswoche in Münster im vorigen Frühjahr offen seine Überzeugung ausgesprochen, daß man bei ruhigerer Gestaltung des Wohnungsmarktes und nach Abbau des bisherigen Systems der billigen öffentlichen Wohnbauzuschüsse wieder schärfer kalkulieren lernen und sparsamer in der Finanzierung sein werde. Das spricht alles für die Abrüstung des bisherigen Systems.

Welche nachweislich wirtschaftlichen Vorteile eine möglichst weitgehende Heranziehung eines wirklich frei und nicht bloß scheinbar konkurrierenden Unternehmertums schon heute unter dem System der öffentlichen Wohnbaufinanzierung zu erbringen vermag, läßt sich an den Erfahrungen der Finanzierungspolitik der Hamburger Beleihungskasse dartun. Ihre Leitung geht von dem Grundsatz aus, daß die Bauherren, die oft viel zu sehr verwöhnt seien und förmlich darauf warteten, daß ihnen von der öffentlichen Hand geholfen werde, selber so viel wie möglich für die Finanzierung tun müssen, und sie läßt die Baugenossenschaften aller Richtungen und die privaten Bauunternehmer rücksichtslos miteinander konkurrieren. Durch besonders glückliche Zusammensetzung der Kontrollkommissionen mit unabhängigen Fachleuten aus allen Lagern werden alle konkurrierenden Baukostenprojekte ohne Wohlwollen nachgerechnet und die sparsamste Kalkulation erzwungen. Tatsache ist, daß die Neuwohnungen in Hamburg, deren jährlich etwa 10000 und zwar überwiegend von Privatunternehmern erstellt sind und die sich durchaus neben den Neubauten Berlins sehen lassen können, nach den Angaben des Senators Dr. de Chapeaurouge um ein Viertel bis ein Drittel im Mietpreise hinter gleichwertigen Neuwohnungen in Berlin zurückbleiben, obwohl Hamburg den teuersten Grund und Boden hat und mit die allerhöchsten Bauarbeiterlöhne aufweist. Dieser Erfolg ist sicherlich zum größten Teile der bewußten Einschaltung unabhängiger freier Unternehmerkonkurrenz und privater Finanzierungsinitiative in die öffentliche Wohnbauförderung zu danken.

Dieser Grundsatz der Aufspaltung freier Unternehmerkonkurrenz auf den behabigen Stamm behördlich-genossenschaftlicher Wohnbauwirtschaft muß — dahin zielen meine Schlußfolgerungen aus allen Beobachtungen — verallgemeinert werden, — nicht um privaten

Unternehmern zusätzliche Gewinne durch Nutznießung öffentlicher Mittel in den Schoß zu werfen, sondern um zum Besten der Wohnungssuchenden und der öffentlichen Finanzen bewußt der bisherigen künstlichen Übersteuerung des Wohnbaus entgegenzuwirken.

Wie Herr Astor mir entgegenhalten kann, daß ich dem Staat gütigst gestatten wolle, daß er die Hauszinssteuermittel einfach zur Verfügung stellen, dem privaten Wohnbau aber den Gewinn überlassen solle, ist mir nach alledem nicht recht begreiflich, zumal da auch ein besonderer Teil meines Vortrages sich eingehender mit der künftigen Verwendung der Hauszinssteuermittel befaßt hat. Die in diesem Zusammenhange von mir angeregte, von Herrn Kollegen Grünfeld aber bekämpfte Einschaltung einer neutralen Treuhänderstelle für die zweckmäßigste Verteilung der Hauszinssteuermittel zur Verbilligung des Kleinwohnbaus durch erschwingliche zweistellige Finanzierung, — dieser nicht von mir erfundene, sondern von dem bewährten Realkreditsfachmann Geheimrat Stehrer durchdachte Vorschlag liegt in der grundsätzlichen Richtung meiner Schlußse, daß die notwendigen öffentlichen Mittel unabhängig von persönlichen, ortspartikulären und politischen, also von nicht-sozialwirtschaftlichen Interesseneinflüssen den Stellen des dringendsten Bedarfs und dem preiswertesten Wohnungsersteller oder bedürftigsten Althaussanierer auf rationellste Weise zugeführt werden müssen, um Wohnungsmangel und Wohnungsmängel am raschesten und billigsten zu überwinden. Der Vorschlag liegt auch auf den allgemeinen Richtlinien jener Gedanken — wenn ich meine wirtschaftswissenschaftlichen Darlegungen mit einem wirtschaftspolitischen Bekenntnis schließen darf —, die meinen persönlichen Standpunkt kennzeichnen: Wir brauchen — zum mindesten in der Wohnwirtschaft — wieder mehr Raum für freies privatwirtschaftliches Schaffen, das sich bewußt von gemeinwirtschaftlichen Interessen leiten läßt, statt umgekehrt gemeinwirtschaftlichen Zwang, der sich unbewußt von privatwirtschaftlichen Interessen nutzen läßt.

Präsident Professor Dr. Fuchs:

Wir kommen dann zur Diskussion über das dritte Referat.

Dr. Hans-Joachim Rüstow-Berlin:

Herr Professor Wilbrandt hat in den Vorschlägen, die er heute morgen darlegte, und in den weiten Perspektiven, die er daran an-

Knüpfend uns entwickelte, interessante Anregungen gegeben, die einer eingehenden Prüfung und in vielen Fällen wahrscheinlich der praktischen Durchführung wert sind. Wenn ich dennoch zu dem Gesamtplan kritisch Stellung nehme, so kann es sich nur darum handeln, seine grundätzliche Bedeutung und Tragweite klarzustellen und seine praktischen Möglichkeiten abzugrenzen gegenüber zu weit gehenden Erwartungen, zu denen man durch die großzügige Ausmalung weiter Perspektiven verleitet werden könnte.

Herr Professor Wilbrandt selbst bezeichnete seine Vorschläge als das einzige Mittel zur Beseitigung der industriellen Arbeitslosigkeit, die sich seiner Meinung nach aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur Deutschlands und Europas mit Notwendigkeit ergebe. Die Annahme einer solchen „strukturellen“ Arbeitslosigkeit aber steht im Widerspruch zu der regulierenden Funktion des Preises, der auf die Dauer Angebot und Nachfrage jedes wirtschaftlichen Gutes in Einklang miteinander bringen muß, also im Widerspruch zu den Grundkräften der Privatwirtschaft, deren selbsttätige Wirksamkeit Bedingung ihrer Existenz ist. Würde tatsächlich der Marktmechanismus in seiner Grundfunktion auf die Dauer gestört sein, so würde das den Zusammenbruch des bestehenden Wirtschaftssystems bedeuten; dann würden aber auch die von Herrn Professor Wilbrandt vorgetragenen Pläne zum Scheitern verurteilt sein.

Nun ist allerdings zuzugeben, daß zurzeit das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte tatsächlich weitgehend unterbunden und infolgedessen eine Arbeitslosigkeit entstanden ist, die in ihrem Ausmaß und ihrer Dauer weit über die zwangsläufigen zyklischen Krisen des normalen Kreislaufs der Wirtschaft hinausgeht. Eine solche anormale Arbeitslosigkeit aber konnte nur dadurch entstehen, daß die Löhne, deren Höhe für die Nachfrage nach Arbeitskräften maßgebend ist, nicht durch das Angebot der Arbeitsuchenden, sondern durch außerökonomische Machtmittel bestimmt wurden. Ohne einen künstlichen Eingriff in die freie Lohnbildung nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ist es unmöglich, daß der Preis der Arbeit für längere Zeit die Grenze überschreitet, bei der noch gerade alle Arbeitsuchenden beschäftigt werden können. Ist wie in den vergangenen Jahren die Einstellung von Arbeitskräften durch eine dauernde Steigerung unproduktiver Kosten erschwert, so muß in dem Maße, als diese Selbstkostenüberhöhung nicht auf andere Weise ausgeglichen werden kann, zwangsläufig ein

Druck auf den Lohn entstehen. Dadurch bleibt, selbst auf den ungünstigen Arbeitsplätzen, die zur Beschäftigung aller Arbeitsuchenden noch herangezogen werden müssen, die Rentabilität der Produktion erhalten. Diese selbsttätige Beschränkung des freien Lohnes, der anhaltend nur steigen kann, solange alle Arbeitsuchenden beschäftigt sind, bedingt zugleich diejenige Höhe der Differentialprosite und der Kapitalinvestitionen, die der Zuwachs an Erwerbstätigen und die Stilllegung unrentabler Produktionsanlagen erfordert. Bei freier Lohnbildung ist es also ausgeschlossen, daß es, wie Herr Professor Wilbrandt annimmt, auf die Dauer schlechterdings keine genügende Beschäftigungsmöglichkeit für vorhandene Arbeitskräfte gibt.

Ist aber einmal dadurch, daß immer mehr Kostenfaktoren dem regulierenden Einfluß der freien Konkurrenz entzogen und zugleich die Elastizität des Lohnes aufgehoben wurde, eine erhebliche und anhaltende Arbeitslosigkeit entstanden, so wird die Rückbildung dieser Entwicklung, die die Voraussetzung für eine Gesundung und für den Bestand der Wirtschaft bildet, erhebliche Umstellungen von Produktion und Absatz notwendig machen. Soweit es sich dabei um eine Kürzung der Löhne handelt (die das äußerste, zugleich aber auch wirksamste Mittel darstellt), würde infolge des vorübergehenden Ausfalls an Kaufkraft eine zeitweilige Steigerung des Exports bzw. Verminderung des Imports eintreten müssen. Herr Professor Wilbrandt hält die Be seitigung der Arbeitslosigkeit auf diesem Wege für ausgeschlossen, weil seiner Meinung nach die erforderliche Exportsteigerung nicht eintreten würde.

In einem kürzlich im „Deutschen Volkswirt“ erschienenen Aufsatz hatte ich dargestellt, daß die notwendige Exportsteigerung durch die Lohnsenkung selbst ermöglicht und zwangsläufig herbegerufen werde. Demgegenüber wendet Herr Professor Wilbrandt ein, daß der Lohn doch nur 30 bis 40 % der industriellen Produktionskosten ausmacht, so daß eine Lohnsenkung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Auslande nur unerheblich steigern könne. Hierbei scheint mir nicht berücksichtigt zu sein, daß den Produktionskosten des Endprodukts nicht nur der unmittelbare Lohnanteil der letzten Produktionsstufe, sondern auch die Lohnkosten aller Vorprodukte — Rohstoffe<sup>1</sup>, Halbzeug usw. — zugerechnet werden müssen. Die Grenz-

<sup>1</sup> Das gilt auch für die ausländischen Rohstoffe, die ja mit dem Produkt deutscher Arbeit bezahlt werden müssen.

Kosten, die den Preis bestimmen, bestehen sogar fast zu 100 % aus Löhnen (einschließlich Sozialabgaben). Eine 10 %ige Lohnsenkung würde also in einem annähernd gleichen Prozentsatz die für den Preis maßgebenden Kosten vermindern, und durch Differenzierung der Export- und Inlandpreise könnte die Bedeutung einer Lohnsenkung für die Ausfuhr noch erheblich gesteigert werden.

Der von Herrn Professor Wilbrandt vorgebrachte Einwand kann also die praktische Durchführbarkeit des zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit allein möglichen Weges nicht widerlegen. Würde auf die Dauer bei der Lohnbildung gegen das Gesetz von Angebot und Nachfrage verstossen, so gäbe es überhaupt keine Grenze für das Anschwellen der Erwerbslosenziffern. Einer solchen Entwicklung gegenüber müssten auch die von Herrn Professor Wilbrandt vorgeschlagenen Mittel versagen. Bei einer ökonomischen Lohnbildung, die auch Herr Professor Wilbrandt unterstellen muß, gibt es keine Dauerarbeitslosigkeit. Infolgedessen haben die Wilbrandtschen Projekte nur insoweit praktischen Wert, als die dazu notwendigen Arbeitskräfte und Kapitalien bei keiner andersartigen Nutzung höhere Erträge abwerfen, da Arbeit und Kapital bei freier Preisbildung stets den rentabelsten Verwendungsmöglichkeiten zuströmen.

Die Herleitung der Produktivität der Wilbrandtschen Pläne aus der Annahme eines dauernden Überschusses an Arbeitskräften kann uns also der Notwendigkeit einer eingehenden Prüfung ihrer kalkulatorischen Grundlagen nicht entheben, zumal Herr Professor Wilbrandt den Arbeitern, die seiner Meinung nach in der Industrie keine ausreichende Beschäftigung finden werden, ein Stück Land als Produktionsmittel in die Hand geben will. Nun ist aber gerade der Boden in Deutschland besonders knapp und im Gegensatz zu den industriellen Produktionsmitteln schlechthin unvermehrbar. Wir haben ja in Deutschland keinen freien Boden, man muß sich also von vornherein darüber klar sein, daß, wenn man jedem Arbeiter ein Stück Land geben will, man dieses Land einer anderen Verwendungsmöglichkeit entzieht. Daher kann man erst durch einen Ertragsvergleich zwischen derjenigen Verwendung des Bodens, die den Wilbrandtschen Plänen entspricht, und den sonstigen industriellen oder auch landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten des Bodens die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität der vorliegenden Projekte beurteilen.

Seinen zunächst bestechend wirkenden Berechnungen hat Herr Pro-

ffessor Wilbrandt den Ertrag an Kalorien pro Hektar zugrunde gelegt. Ganz abgesehen von allen Bedenken gegen die Verwendung eines solchen Maßstabes ist der Hektarertrag grundsätzlich kein Kriterium für Rentabilität. — Welch phantastische Zahlen würden die Berechnungen des Hektarertrages einer Tomatenzucht in Blumentöpfen ergeben! — Entscheidend für die Rentabilität ist vielmehr, mit welchem Aufwand an Arbeit und Kapital jene Hektarerträge auf dem Grundstück des Industriearbeiters erzielt werden können.

Der kleine Schrebergärtner von heute braucht freilich nicht streng kaufmännisch zu kalkulieren. Er veranschlagt die mit großer Liebe und Sorgfalt für sein kleines Gärtchen aufgewendete Leistung nicht, weil er sie nicht als Arbeit, sondern als Erholung und Freude, als Ablenkung und Entspannung nach der achtstündigen Arbeit in einem industriellen Betrieb empfindet. Ebensowenig braucht er sich um den Absatz seiner „landwirtschaftlichen Produktion“, die kaum für seinen eigenen Haushalt ausreicht, Sorge zu machen. Und endlich benötigt er auch kein ins Gewicht fallendes Kapital für Produktionsmittel. Ganz anders liegen die Dinge bei den kleinen „Gärtnerien“ der von Herrn Professor Wilbrandt uns ausgemalten Zukunft, in denen der Arbeiter einen großen Teil seines Arbeitstages mit kleinen Maschinen intensiv den Boden bearbeiten und Überschüsse für den Markt, ja sogar für den Export erzielen soll. Der hohe intensive Arbeitsaufwand, der nach Professor Wilbrandts eigenen Angaben notwendig wäre, muß in die Rechnung als Kostenfaktor eingesetzt und, soweit er durch Benutzung eines Fräzers vermindert wird, muß in gleicher Weise der zur Produktion dieser Maschine erforderliche Aufwand an Kapital und Arbeit mit veranschlagt werden.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß, wenn die industrielle Arbeitszeit zugunsten der geplanten landwirtschaftlichen Betätigung auf vier Stunden eingeschränkt werden soll, nicht nur der entsprechende Ausfall an industrieller Produktion, sondern u. a. auch die größeren Anlaufs- und Reibungsverluste einer so stark verkürzten industriellen Arbeit, ferner eine verschi eden hohe Kapitalausnutzung im Sommer und Winter mit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbezogen werden müßte. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich durch das Absatzproblem des Produktionsüberschusses und die Notwendigkeit einer Exportorganisation.

Daß die Projekte sich privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich

schen deshalb rentieren müssen, weil ja alle zusätzlichen Kosten aus den Milliardensummen der Erwerbslosenfürsorge bestritten werden könnten, dürfte Herr Professor Wilbrandt nicht einmal dann ohne weiteres behaupten, wenn er mit seiner Annahme einer industriellen Dauerarbeitslosigkeit recht hätte. Stets müßte die von ihm vorgeschlagene Verwendung der Arbeitslosenbeträge verglichen werden mit den sonstigen produktiven Nutzungsmöglichkeiten der gleichen Mittel.

Vor allem aber ist es sehr fraglich, ob nicht auch die soziale, kulturelle und hygienische Bedeutung des heutigen Schrebergartens stark eingeschränkt oder ganz aufgehoben wird, wenn der wesentliche Unterschied zwischen einer Laubengartenkolonie, die den proletarischen oder kleinstadt-bürgerlichen Familien mehr Erholung und Lebensfreude als Anstrengung verschafft, und einem intensiven, weitgehend mechanisierten Gärtnereibetrieb vermischt wird.

Zusammenfassend ergibt sich also: Die von Herrn Professor Wilbrandt angeführten Daten reichen nicht aus, um die privatwirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Rentabilität seines Planes zu erweisen. Bei einer volkswirtschaftlichen Gesamtkalkulation des Projektes ergeben sich komplizierte, in ihrer Bedeutung zahlenmäßig zum Teil schwer erfassbare Probleme. Schon nach einer flüchtigen vorläufigen Überprüfung aber ergibt sich, daß die Vorschläge ihre praktische Bedeutung in einer gewissen weiteren Ausbreitung des heutigen Schrebergartens, jedoch innerhalb der engen Grenzen des Eigenbedarfs eines kleinen Haushalts und ohne eine wesentliche Verkürzung der industriellen Arbeit, haben werden. Darüber hinaus dürften manche Anregungen für den hauptberuflichen Gärtner, Siedler oder Kleinbauern, also für die Rationalisierung der bereits in einem anderen Zusammenhang behandelten Veredlungswirtschaft wertvoll sein.

(Lebhafte Beifall.)

Dr. Otto Prange-Berlin:

Gestatten Sie mir als Kleinsiedler oder „Stadtrand-siedler“ ein paar Worte. Ich habe in der Nähe Berlins ein Grundstück und erhole mich darauf von geistiger Arbeit als Kleinsiedler, indem ich da Gartenwirtschaft betreibe, trage auch dazu bei, Kleinsiedlungen zu organisieren. Es gibt um Berlin herum etwa 80000 organisierter Kleinsiedler. Das sind mit Familien rund 300000 Menschen. Diese Sorte

von Kleinsiedlern findet sich nicht nur in Berlin, sondern auch in allen andern Großstädten, Leipzig, Frankfurt a. M., Dresden usw. Und diese Kleinsiedler unterscheiden sich doch in ihrer ganzen „Struktur“ und in ihrer Betätigung recht erheblich von dem Muster, das uns Herr Professor Wilbrandt aufgestellt hat. Es handelt sich hierbei bei weitem nicht um Flächen von einem Hektar, also vier preußischen Morgen, sondern um Gärten, die vielfach nur 500 oder 1000 qm groß sind. Und dann ist es so, daß die Leute, die auf diesen Gärten sitzen, zum Teil in intensiver Arbeit, oft mit Unterstützung von Verwandten und Freunden, denen sie ihrerseits beim Bauen helfen, auch ihr Häuschen zunächst einmal selbst aufbauen, so daß sie also zum Aufbau dieser Häuschen meist keinen Buschus von irgendeiner Seite brauchen. Sie bringen es fertig, die geringen Kapitalien, die das erfordert, sich auf irgendeine Weise, durch Bekannte, durch systematische Sparsamkeit, durch kurzfristige Darlehen bei irgendeinem Geldgeber usw. zu beschaffen. Der Grund und Boden wird mit kleiner Anzahlung und monatlichen Teilzahlungen erworben. Es ist erstaunlich und erfreulich, wie diesen Leuten, die meist aus dem Kleinbürgertum und dem Arbeiterstand sich rekrutieren, allmählich der Gedanke des achtfündigen Arbeitstages abhanden kommt. Sie mühen sich mit ihrer Familie unverdrossen in ihren Freistunden ab, noch vor Beginn ihrer Arbeitszeit und dann, wenn sie nach Hause gekommen sind, bis in die Nacht. Sie haben eine geradezu kindliche, den Besucher tief erfreuende Freude daran, selbst zu wirtschaften und durch eigene Kraft allmählich auf eignem Grund und Boden zu stehen, auf dem sie mit ihrer Familie hausen. Im Gegensatz zu den Hütten, die noch vor dem Krieg auf diesen kleinen Siedlungen gebaut wurden, kann man, wenigstens um Berlin herum — aber auch anderwärts — beobachten, daß diese Häuschen allmählich so ausgebaut werden, daß man in ihnen schlimmstenfalls auch wirklich dauernd wohnen kann. Sie genügen den Anforderungen, die man an die Wiener Kleinwohnungen stellt, natürlich nicht, haben aber den großen Vorteil, daß sie draußen in frischer Luft gelegen sind, und daß man da auch die hygienischen Bedingungen in viel höherem Maße, beinahe absolut erfüllt findet, die man jetzt an Kleinwohnungen stellen möchte. Alle diese Vorteile werden also ohne jede Staatshilfe, durch eigene Initiative der Siedler erzielt. Es ist ferner, wie ich draußen selbst beobachtet habe, recht wohltuend, so im kleinen für die Volkswohlfahrt mitwirken zu dürfen, und es ist inter-

essant zu sehen, wie allmählich auch eine seelische Umwandlung dieser Siedler stattfindet, wie sie für den Gedanken des Privateigentums und seiner Notwendigkeit zurückgewonnen werden. Sie fangen auf einmal an, manchen wirtschafts- und staatspolitischen Theorien mit einer gewissen Skepsis gegenüberzutreten und sich als Eigentümer auf ihrer eigenen Scholle zu fühlen. Sie nehmen für dieses Bewußtsein die Intensität ihrer Arbeit gern in Kauf. Das ist für sie offenbar ein vollkommener Ausgleich dafür, daß sie draußen wie ein Pferd arbeiten müssen.

Die Kehrseite besteht in der bedauerlichen Tatsache, daß, wenigstens in der Berliner Verwaltung, die Baupolizeibehörden sozusagen alles tun, um diese wohltätige Bewegung zu hemmen. Einmal dadurch, daß sie in unverständlicher Weise Baubeschränkungen eintreten lassen, sie stehen auf dem Standpunkt, daß auch draußen, wo sich die Leute mitunter mit Pflesterkassen ihre bescheidenen Straßen selber bauen, die wirklich durchaus genügen, die Anforderungen genau so hoch geschraubt werden müssen wie im Zentrum von Berlin. Sofern es sich um keine „anbaufähigen“ Straßen handelt, gestattet die Bauordnung nicht, die Häuschen so geräumig zu bauen, daß sie ihren Zweck erfüllen. Man darf zum Beispiel nur  $4\frac{1}{2}$  m hoch bauen. Es ist auch nur eine zehnprozentige Ausnutzung der Fläche gestattet, und auch das nur mit einer gewissen Beschränkung. Größere Häuschen als von 25 bis höchstens 30 qm Grundfläche sind nicht erlaubt. Jeder einsichtige Volkswirt fragt sich, warum man nicht zuläßt, in größerem Maßstab zu bauen. Ferner ist verboten, außer der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober in diesen Häuschen zu wohnen. Die Behörde drückt da allerdings ein Auge zu. Aber warum in aller Welt benutzt man nicht diese wundervolle Gelegenheit, um die Wohnungsnot zu entlasten, indem man den armen Siedlern gestattet, dort dauernd zu wohnen? Dazu kommen die Straßenbaukosten. Obwohl diese Straßen — meist Schlackenstraßen mit Bauschuttunterlage — vollständig den Bedürfnissen genügen — im Rheinland und Westfalen werden solche Schlackenstraßen sogar als vollkommen ausreichend und anbaufähig angesehen —, legt man den Siedlern, wenn sie etwas geräumiger bauen, die Straßenkosten auf, und das ist eine so kolossale Auflage bei den Anschaufungen, die man in Berlin über die Güte der Straßen hat, daß dann der Anteil der Straßenbaukosten oft eine viel größere Summe ausmacht, als die Kosten des Landes und des Häuschens.

Weder hochbau-, noch straßenbau-, noch feuerwehrtechnisch ist, sofern nur die Siedlungshäuser an oder bei einer der Feuerwehr zugänglichen Straße liegen, ein Grund ersichtlich, weshalb man nicht Bauten zuläßt, die  $\frac{1}{2}$  m höher sind und 10 bis 20 qm Grundfläche mehr haben. Diese geringe Vergrößerung ist aber ausreichend, um wirklich brauchbare Wohngelegenheiten zu erzielen.

Es ist ferner interessant, daß die Siedler gar nichts darin finden, daß sie zum großen Teil weitab von ihrer Arbeitsstätte wohnen, daß sie zu ihr weit fahren müssen. Sie nehmen das alles ohne Murren in Kauf, und man kann, da sich das Leben mit Berliner Lebhaftigkeit meist im Freien abspielt, leicht beobachten, wie sie sich draußen in einem Zustand wohliger und munterer Behaglichkeit betätigen und so das Interesse für den Kintopp und die großstädtischen Vergnügungen allmählich ganz verlieren.

Was nun die elektrische Pflugemaschine anlangt, von der uns Herr Professor Wilbrandt erzählt hat, so werde ich mir einmal einen Prospekt davon kommen lassen. Aber ich habe das Bedenken, daß es doch eigentlich für die Siedler viel richtiger wäre, wenn sie nach wie vor Hacke und Spaten zur Hand nehmen und sich dabei auch einmal bücken, als daß ihnen durch die Maschine gerade diese körperlich so wohltätige Arbeit abgenommen wird.

(Bravo!)

Präsident Professor Dr. Fuchs:

Die Rednerliste ist erschöpft. Ich gebe Herrn Professor Wilbrandt das Schlußwort zu diesem Teil der Aussprache.

Berichterstatter Professor Dr. Wilbrandt-Dresden: (Schlußwort):

Meine Damen und Herren! Heute vormittag habe ich mit Kant begonnen. Jetzt darf ich mit Hegel beginnen; denn das, was von meinen verehrten Kritikern ausgeführt worden ist, erinnerte mich an das bekannte Wort von Hegel, daß ihn von allen seinen Schülern nur einer verstanden habe und der habe ihn falsch verstanden.

(Heiterkeit.)

Aber zunächst etwas ganz Ernsthaftes. Exzellenz von Batocki hat heute morgen sofort im Anschluß an mein Referat einen Einwand erhoben, der es verdient, geprüft zu werden. Mein Sohn, Dr. Hans Wilbrandt,

hat gerade in seiner Doktorarbeit Rationalisierungsmöglichkeiten bei den Bauern herausgearbeitet, die dahin führen würden, daß die Bauern — allerdings nur bei der Schweinezucht, Hühnerzucht und der Milchwirtschaft — im Handumdrehen, durch einen Staatseingriff, in kurzer Zeit sehr viel mehr produzieren und eine beträchtliche Summe, vielleicht eine Milliarde oder mehr erzielen könnten, und natürlich drängt sich da die Frage auf: Die Landwirtschaft kann ja alles machen, wozu brauchen wir da noch Siedler, die dann womöglich uns unglücklichen Landwirten die Absatzmöglichkeit noch weiter schmälern. Das war der Einwand von Exzellenz von Batocki. Ernsthaft ist demgegenüber nun vor allem zu sagen, daß mein Plan ja auf eine möglichst autarke Kleinsiedlerwirtschaft hinausläuft, das heißt, die Leute sollen möglichst Selbstversorger im Nebenberuf sein, nicht aber Erwerbsiedler für den Markt. Trotzdem besteht der Einwand soweit zu Recht, als ich mir immerhin auch denke, daß kleine Überschüsse verkauft werden, und die kleinen Überschüsse einer großen Menschenzahl ergeben große Überschüsse auf dem Markt. Nehmen wir nur an, daß bei zwei Millionen Siedlerfamilien jede Familie für 200 Mark Überschüsse an Gemüse oder Obst auf den Markt bringt, so sind das schon 400 Millionen Mark, die auf dem Markt neu bezahlt werden müssen, nicht mehr an Landwirte, sondern an die kleinen Nebenberufssiedler. Also ganz unrechtfertigt ist der Einwand von Exzellenz von Batocki nicht. Aber andererseits ist Ihnen bekannt und die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen weist darauf hin, daß in den letzten Jahren ein Drittel unseres Einfuhrüberschusses gerade auf solchen Produkten — Gemüse und Obst — beruht, die wir selber machen könnten und nationalökonomisch gesprochen deswegen auch selber machen sollten, weil wir uns eine möglichste Erleichterung der Handels- und Zahlungsbilanz in unserer Lage wahrhaftig wünschen müssen. Also das, was da auf den Markt käme, würde allmählich an die Stelle von Einfuhr treten, und da lassen Sie mich ein grundätzliches Wort sagen, was auch auf den gestrigen Tag zurückgreift.

Meine Damen und Herren! Die 4,3 Milliarden Mark landwirtschaftlicher Einfuhr sind etwas, was wir uns in unserer Lage schlechterdings nicht leisten können

(sehr richtig!),

was wir zur Ausgleichung unserer Handels- und Zahlungsbilanz dadurch bekämpfen müssen, daß wir unseren Leuten auf dem Lande Bil-

dung beibringen, wie die Dänen sie haben, wie unsere Agrarpolitiker sie leider jahrzehntelang unseren Landwirten niemals dargebracht haben. Das fehlt uns nun, und wir müssen auch mit schnellen Mitteln eingreifen, denn die Bildung geht zu langsam. Wir brauchen, kurz gesagt, etwas Dynamik, etwas Schwung in der Landwirtschaft, und das ist das Berechtigte an der Vereboeschen Agrarpolitik, mit ihrem Hinweis auf die unbedingte Notwendigkeit der Bildung. Aber das nur nebenbei.

Aber nun lassen Sie mich auch einmal etwas politisch werden. Ich bitte Sie aber, was ich sage, nicht als gegen den abwesenden Herrn von Batocki gerichtet zu empfinden. Es wäre sehr unritterlich, jetzt gegen ihn zu polemisieren. Ich will ganz allgemein etwas sagen. Ich habe zum Ausgangspunkt genommen, daß in Deutschland sozusagen eine Million Menschen scheinbar zu viel sei, so etwa wie Clemenceau gemeint hat, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel. Ich habe beinahe das Gefühl, als wenn diese Clemenceausche Betrachtungsweise, wenn man alles zusammen nimmt, auch in Deutschland vorhanden sei. Denn ohne zu bestreiten, daß sie in der Industrie kein Unterkommen finden, sagt man: in der Landwirtschaft ist auch kein Arbeitermangel mehr, wenigstens nicht hier in Ostpreußen, und wenn sich dann die Leute nebenbei gärtnerisch betätigen, schädigen sie dadurch wieder die Landwirtschaft, und wenn sie schließlich, um nicht geradezu zu verhungern, Arbeitslosenversicherung bekommen, schädigt das auch wiederum die Landwirtschaft. (Die Arbeitslosenversicherung wurde auch bemängelt, gewiß mit Recht.) Kurz und gut, es scheint irgendeine Möglichkeit der Existenz ohne Diebstahl und Raub für diese eine Million dann überhaupt nicht vorgesehen zu sein, und ich wundere mich nicht, wenn sich in dieser Situation in meiner Nachbarschaft, auch in meinem Hause, jetzt die Einbrüche und Diebstähle allmählich vermehren. Denn was soll schließlich der Mensch tun, wenn er immer so da sitzt? Es liegt wahrhaftig nahe, daß er sich nach einer Betätigung umsieht

(Heiterkeit),

namentlich in seiner Jugend. Wenn man nicht direkt politisch darauf spekuliert, daß aus dieser Situation heraus Linksputsch kommen, die man dann vielleicht von rechts zu einem Rechtsputsch benutzen könnte, dann meine ich, ist es, rein politisch gesprochen, für die Besitzenden und auch das sonstige ruhige Arbeitervorarlertum von Wichtigkeit, daß

dieje eine Million irgendwie anständig und mit einer gewissen Be-tätigung ihr Brot findet.

Ich komme nun zu den wissenschaftlichen Einwendungen des Herrn Dr. Rüstow. Herr Dr. Rüstow wollte meine zu weit gegangenen Ideen, wie er meinte, eingrenzen. Meine Herren, ich habe heute vormittag nicht mit konkreten Einzelheiten gespart. Ich wollte damit nicht sagen: So müßte es nun genau ziffernmäßig gemacht werden, sondern ich wollte illustrieren, daß es sich um Dinge handelt, für die man auch Möglichkeiten aufweisen kann. Wäre ich mehr auf meine Würde bedacht, so würde ich etwa gesagt haben: Erhebliche Möglichkeiten, oder so ähnlich, liegen vor. Ich habe Sie statt dessen drei Viertelstunden lang etwas unterhalten, und ich kann es Ihnen nicht übelnehmen, wenn die Sache nicht ernst genommen wird. Nun, der Einwand von Dr. Rüstow: ein Theoretiker kommt natürlich wieder auf das zurück, gegen das man sich gewandt hat. Er sagte, es sei schlechterdings theoretisch unmöglich, daß eine dauernde Arbeitslosigkeit bestehé. Nun, sie besteht jetzt in England ungefähr zehn Jahre lang. Das Unmögliche ist eine Tatsache, und zwar sind es etwa 800000 Mann im Durchschnitt des Jahres, und die englische Regierung bemüht sich um die abenteuerlichsten Projekte, um mit dieser Tatsache fertig zu werden. Es wäre eigentlich viel einfacher, wenn die englische Regierung auch erklärt: Das ist ja unmöglich, theoretisch kann so etwas gar nicht sein.

(Dr. Hans Joachim Rüstow: Ich habe gesagt: In der freien Wirtschaft!)

Nun ja, die freie Wirtschaft, verehrter Theoretiker, besteht eben nicht in der Welt. Die ganze Weltwirtschaft ist keine freie Wirtschaft, sondern von lauter Zöllen durchsetzt, die ganze heutige Welt ist das Gegen-teil einer freien Wirtschaft, und was in der freien Wirtschaft sein würde, hilft mir nichts gegenüber der heutigen Wirklichkeit, in der ich leider lebe.

Dr. Rüstow hat dann darauf hingewiesen, ich zöge gerade das Unvermehrbare, den Boden, in die Sache herein, und ich müßte doch bedenken, daß, wenn ich den Boden einer Verwendung entziehe, zwischen den beiden Verwendungsarten verglichen werden muß. Nun, ich glaube, ich habe Sie übermäßig lange mit diesen Vergleichen zwischen den Verwendungsarten in Anspruch genommen. Ich habe doch die Hektarerträge von Anfang bis zu Ende immer wieder verglichen, die bei der

vorhandenen Verwendung des Bodens erzielt werden, und die bei der Verwendung erzielt werden, die ich empfehle, und meine Hektarerträge waren siebenmal so groß und konnten erzielt werden vermöge der heutigen Maschinerie mit dem gleichen Arbeitsaufwand wie ein Siebentel dieser Hektarerträge.

(Zuruf: Bodenpreis!)

Der Bodenpreis wird selbstverständlich durch eine Massennachfrage an Boden für solchen Zweck, wenn auch nur ein Dreißigstel des deutschen Bodens erforderlich wäre, erhöht, wenn man nicht bodenreformerische Rautelen schafft oder einfach in den Boden greift, den die tatsächlich bodenreformerisch arbeitenden Stadtverwaltungen schon längst, sogar im Übermaß, angehäuft haben. Stadtverwaltungen haben sich, wie in der Zeitschrift „Die Gartenstadt“ zu lesen ist, schon mit Boden überlastet, der nun daliegt. Aber trotzdem ist dieser Einwand natürlich richtig, und man muß sich um diese Frage kümmern.

Aber nun zurück zu Dr. Rüstow. Er wandte nicht mit Unrecht ein, daß man ja nicht nur jede einzelne Industrie in Betracht ziehen dürfe, wenn man nach dem Lohnanteil in den Kosten fragt, sondern aufeinander aufgebaut von der Anfangsproduktion bis zum Endprodukt. Nur daß die Rohstoffe für die Industrie nach Deutschland ja gerade meist vom Ausland kommen, manchmal doch auch schon in Gestalt von Halbfabrikaten, und im einzelnen erst untersucht werden müßte, wie weit nun das eine oder andere vorliegt. In der einzelnen Industrie liegt es so wie ich sagte. Nimmt man alle zusammen, so gebe ich zu, daß die Betrachtungsweise von Ihnen gegen die meine durch eine solche Untersuchung abgegrenzt werden muß.

Richtig ist auch der Hinweis von Dr. Rüstow auf die Arbeits- und Kapitalkosten, wobei aber die Arbeitskosten von mir ja eingehend behandelt wurden und nur noch der Ergänzung bedürfen, auf die er mit Recht hingewiesen hat: daß nämlich auch die vorgetane Arbeit in Gestalt der Maschinerie für ein richtiges Rechenexempel hinzugerechnet werden muß. Ich glaube aber, daß es hier ähnlich liegt, wie sonst in der modernen Entwicklung. Diese vorgetane Arbeit läuft doch im ganzen auf eine Arbeitersparnis hinaus. Aber es muß, um genauer zu sein, berechnet werden, und ich möchte auch selbst solche Untersuchungen anregen. Die Kapitalkosten, das heißt das, was nun der Siedler dafür aufzuwenden hat, das ist auch noch ein zu klärendes Problem, und hierzu müssen eben die Fachleute auf Grund ihrer Erfahrungen noch

möglichst viel Einzelheiten beitragen. Schließlich aber gehört dies zu meiner Bitte um eine Versuchssiedlung, wo man das erst vollkommen klarstellen kann.

Dann wurde noch ein Einwand gemacht. Es wurde die Belastung des Arbeitgebers, wenn zwei Schichten an die Stelle von einer Schicht treten, von mir ja nicht als einzige Möglichkeit hingestellt, sondern ich habe noch drei andere Möglichkeiten genannt. Aber gewiß kommt auch diese in Betracht, und sie ist, wie ich glaube, nicht so schwer zu nehmen. Ich habe mit einem Schüler von mir, einem Fabrikanten, auch darüber gesprochen. Gewiß, er wird dann durch doppelt so viele Versicherungsbeiträge belastet, was ja aber durch entsprechende Klauseln in der Sozialversicherung leicht wettgemacht werden könnte, ohne daß dadurch der Sozial- oder der Arbeitslosenversicherung große Kosten erwachsen würden. Derselbe Arbeitgeber führte uns übrigens in verschiedene seiner Betriebe, und er hat beispielsweise einen Betrieb, der etwas älter und schlechter ausgestattet ist, stillgelegt und läßt statt dessen in einem anderen Betrieb, der neuer ausgestattet ist, in zwei Schichten arbeiten, macht also freiwillig das, was ich ihm auferlegen würde.

Dann ist es ein reines Mißverständnis, daß ich in meinen Vorschlägen praktisch an einen Überschuß für die Ausfuhr denke. Davon habe ich nur einleitend gesprochen, um sozusagen die gewaltigen Mehrleistungen an Kalorien zu illustrieren, aber ohne es in Vorschlag zu bringen, während Nereboe bekanntlich praktisch Ausfuhr der Landwirtschaft, und zwar nicht nur an Roggen, sondern auch an Veredlungsprodukten nach dem dänischen Vorbild empfiehlt. Auch das ist nur eine Frage der allmählichen Hebung der Bildung unserer Landwirte auf die Höhe derjenigen von Dänemark und Holland.

Endlich hat Herr Dr. Rüstow gesagt, die Arbeitslosenrente dürfe nicht so einkalkuliert werden; man müsse sich fragen, ob nicht jene von mir als einzuwägen behandelte jährliche Milliarde oder umgerechnet zehn Milliarden besser anders verwendet würden. Gut, machen Sie mir Vorschläge, nicht jetzt, aber überhaupt. Das ist der strittige Punkt. Schlagen Sie etwas Betteres vor, dann bin ich einverstanden. Ich wiederhole aber: Die englische Regierung bemüht sich seit zehn Jahren um bessere Vorschläge.

(Dr. Joachim Rüstow: Lohnsenkung!)

Da sind wir natürlich wieder an diesem Punkt. Bitte vergleichen Sie dann Ihrerseits mit mir, wie es den Leuten, denen Sie damit ja ihr Schicksal gestalten, besser ginge: bei einer gewissen Lohnsenkung, soweit Sie sie vorschlagen würden, oder bei dem System, das ich vorschlage. Außerdem könnte man ja natürlich den Leuten auch die Wahl überlassen.

(Dr. Joachim Rüstow: Wenn aber schon die Leute nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden, wissen Sie nicht, ob nach Durchführung Ihrer Maßnahmen die Löhne wieder künstlich erhöht werden.)

Damit kämen wir in das ganze Problem der Lohnpolitik hinein, das wohl niemand von Ihnen in dieser Stunde noch in Angriff nehmen will.

Aber etwas anderes schließt sich daran an, nämlich die mir schon häufig privat gestellte Frage, ob denn die Leute auch wollen, das heißt, ob sie überhaupt, wenn auch nur nebenberuflich siedeln wollen. Da bin ich Herrn Dr. Prange herzlich für seine Ausführungen dankbar, die gezeigt haben, in wie hohem Maße wenigstens ein Teil der Arbeiterschaft will. Allerdings habe ich bei einem, was Herr Prange sagte, Angst bekommen, daß er mir das Interesse der Gewerkschaften an der Sache verdreht, wenn er so psychologisch ausmalt, wie die Leute dann in die bürgerliche Welt zurückkehren.

(Heiterkeit.)

Zu der Frage, ob die Leute wollen, kann ich im übrigen abschließend nur sagen: Wenn man ihnen so etwas bietet, dann fragt sich doch, ob man dann nicht auch berechtigt wäre, etwas härter zu sein als heute. Vielleicht ist die Arbeitslosenrente an sich schon traurig und niedrig genug, so daß sie vielleicht ohnehin schon als das größere Übel empfunden wird. Aber wenn es sich zeigen sollte, daß große Menschenmassen ungeeignet sind — und es muß ja dabei gesiebt werden — oder nicht wollen und doch ein schon gewohntes dauerndes Arbeitslosenleben vorziehen, dann bin ich allerdings machtlos und habe auch gar nicht die Aufgabe, als Nationalökonom mehr zu tun, als nur Möglichkeiten zu zeigen. Dann würde ich wohl ungefähr in die Situation gekommen sein, wie der Arzt gegenüber dem Patienten, wo der Arzt dem Patienten empfiehlt: Wein, Weib und Gesang werden wir

jetzt lassen müssen, und der Patient ihm erwidert: Na, Herr Doktor, dann will ich mir mal den Gesang abgewöhnen.

(Heiterkeit.)

Dagegen kann der Arzt und der Nationalökonom nichts machen.

Damit wäre ich wohl am Schlusse angelangt, wenn mir nicht irgendwelche Einwendungen noch entgangen sein sollten, was ich aber nicht glaube.

(Lebhafte Beifall.)

Präsident Professor Dr. Fuchs:

Meine Damen und Herren! Da es nicht mehr üblich ist, die Verhandlungen zum Schluß durch den augenblicklichen Vorsitzenden zusammenzufassen, so habe ich nur noch die gern erfüllte Pflicht, den drei Referenten — ich darf den leider am Kommen verhindert gewesenen ja mit einbeziehen — und den Teilnehmern an der Diskussion herzlich zu danken. Eine prinzipielle Bemerkung aber möchte ich mir doch zu der ganzen heutigen Besprechung gestatten. Das Thema lautete ausdrücklich: „Die städtische Wohn- und Siedelwirtschaft“. Die ländliche Siedlung war damit ausgeschlossen, und nur Herr Kollege Wilbrandt — und ich bin ihm für meine Person jedenfalls dafür besonders dankbar — hat eine gewisse Brücke — ich darf sie vielleicht eine Regenbogenbrücke nennen —

(Heiterkeit)

zur ländlichen Siedlung hinübergeschlagen. Ich habe für meine Person diese ja aus praktischen Gründen der Ökonomie der Versammlung wohl zu erklärende Beschränkung sehr bedauert aus zwei Gründen, einmal, weil ich der Meinung bin — und ich weiß, daß der abwesende erste Herr Referent darin mit mir einig ist, wie er mir brieflich mitgeteilt hat —, daß die ländliche Siedlungsfrage augenblicklich so umstritten ist — der große Kampf zwischen „intensiver“ und „extensiver“ Siedlung, wie das nicht sehr zutreffend mit einem Schlagwort bezeichnet wird, ob man also den Siedler hineinsetzen soll in einen in jeder Beziehung fertiggestellten, infolgedessen aber auch teureren Bauernhof, oder ob man ihn zwingen soll, einfach und bescheiden anzufangen, wie er im Ausland jedenfalls anfangen müßte, und sich allmählich herauszuarbeiten —, ich sage, diese Fragen sind so umstritten, daß sie aus dem

Vereich der speziellen Organisationen, die sie in den letzten Jahren behandelt haben, auch von der Wissenschaft herausgenommen werden sollten, um einer Behandlung in unserem Verein einmal unterzogen zu werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Verein für Sozialpolitik die ländliche Siedlungsfrage auch einmal mit genauer Untersuchung der bisher geschaffenen Neusiedlungen seit dem Krieg behandeln wollte.

Die Abspaltung der ländlichen Siedlung habe ich aber auch noch aus einem zweiten Grunde, einem prinzipiellen und taktischen Grunde, sehr bedauert, denn ich sehe überhaupt einen schwerwiegenden Fehler darin, daß wir in Deutschland die städtische und die ländliche Siedlungsfrage immer getrennt behandeln, während sie doch meines Erachtens in einem sehr engen Zusammenhang stehen — ich brauche nur auf die Probleme der „Landesplanung“ zu verweisen. Von der städtischen Wohnungsfrage, der inneren eigentlichen städtischen Siedlung in engerem Sinne über die Vorstadtsiedlung, über die Wohnheimstätten zu den Wirtschaftsheimstätten und zu der eigentlichen bäuerlichen Siedlung führen ja so viele Verbindungsglieder einer großen Kette, die immer willkürlich auseinandergerissen werden, und nicht nur theoretisch, sondern vor allem praktisch. Und das ist das Schlimme. Die deutsche Wohnungspolitik hat schon vor dem Kriege aufs schwerste darunter gelitten, daß Kompetenzkonflikte der verschiedenen Ministerien und Behörden in Reich und Ländern sie auf Schritt und Tritt behindert haben, und dabei ist es leider geblieben, ja, es hat sich vielleicht noch verschlimmert. Dazu kommt weiter, daß auch die städtische und die ländliche Siedlungsfrage, die so eng zusammenhängen, in bezug auf die Organisation der Behörden, die mit ihnen befaßt sind, grundsätzlich auseinandergerissen sind, daß die ländliche Siedlung in Preußen zum Beispiel dem Landwirtschaftsministerium untersteht, die städtische dem Wohlfahrtsministerium, und dazu kommen wieder die Kompetenzstreitigkeiten und die Eifersucht zwischen Reich und Ländern. Unterschätzen Sie nicht, was für außerordentliche Hemmungen darin für ein Vorwärtskommen auf diesem Gebiete liegen. Wer weiß, wie Behörden in solchen Beziehungen arbeiten oder vielmehr nicht arbeiten, wie sie sich gegenseitig die Dinge erschweren, der kann einigermaßen ermessen, welches Hindernis darin liegt. Ich erinnere auch an die zwei Ausschüsse beim Reichswirtschaftsministerium für ländliche und städtische Siedlung, die auch ganz nebeneinander und zum Teil gegeneinander

arbeiten. Ich glaube, daß wir zu einer befriedigenden Lösung auf diesem Gebiete der städtischen Siedlungsfrage, die die Wohnungsfrage in sich schließt, und der ländlichen nur kommen können, wenn wir ein politisch heute gewiß sehr mißliebiges Wort hier aussprechen, daß wir nicht nur einen ländlichen „Siedlungsdiktator“, wie ich ihn schon lange gefordert habe, sondern einen Diktator für städtisches und ländliches Siedlungswesen zusammen schaffen, das heißt eine Zentralbehörde, in der die Behandlung dieser beiden so eng zusammenhängenden Probleme zusammenläuft.

(Lebhafte Beifall.)

Ich gebe damit den Vorsitz zurück.

Vorsitzender Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Eckert:

Wir stehen am Schlusse unserer Königsberger Tagung. „Gen Osten wollen wir reiten!“ Die alte Mahnung hat in vielen Widergeltungen, als unsere Einladung ergangen war, hat sie trotz der Ungunst der Zeiten über weite Wege hierher geführt. Ich darf der Freude darüber Ausdruck geben, daß der Aufruf zur Ostmarkenfahrt eine stattliche Zahl unserer Mitglieder gefolgt ist, daß sie die Reise zum Ostsippen Deutschlands nicht gescheut haben.

Vier Tage mit vielen arbeitsreichen Stunden sind wir zusammengeblieben. Und doch ist stärker als das Gefühl der Ermüdung in uns die Freude über die Fülle von Anregungen und Belehrungen, die uns zuteil geworden sind. Alte Fragen wurden wieder gestellt, neue in einer Weise vor uns aufgerollt, die uns zum Nachdenken, zum Überprüfen dessen, was als überkommenes Wissen in uns lebt, anleitet.

Am ersten Tage hörten wir in zwei groß angelegten Referaten, wie die Grundlagen der Sozialpolitik aufgehellt und die Grenzen sozialpolitischer Möglichkeiten unserer Zeit abgesteckt wurden. Mit besonderer Genugtuung vernahmen wir gestern dazu die Worte eines bewährten Praktikers, des Präsidenten der hiesigen Landwirtschaftskammer, Dr. Brandes. Er begann seine Rede mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß die Wissenschaftler gleich am ersten Tage auf dem Boden der Wirklichkeit geblieben seien, daß sie nicht weltfremde Theorien hier gegeben, sondern die sozialpolitischen Fragen in einer Weise behandelt hätten, welche die Beziehungen zum Leben stark betonte.

Am zweiten Tage sind die Probleme der landwirtschaftlichen Produktion, der Organisation ihres Absatzes, der Landwirtschaftsnot als Teil der Gesamtnöte, die Fragen des deutschen Ostens vor uns ausgebreitet worden. Wenn ich unter allen denen, die gesprochen haben, nur einen namentlich nenne, so glaube ich sagen zu dürfen: Wer gestern Max Sering gesehen hat, wie er, einer germanischen Reckengestalt gleich, dastand, wer zugehört hat, wie er die amerikanischen Eindrücke so bildhaft vor uns gestaltet hat, daß niemand sich seiner Gedankenführung entziehen konnte, auch jene nicht, die einzelne seiner wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen innerlich ablehnten, der hat allein dadurch schon einen bleibenden Eindruck, eine unauslöschliche Erinnerung an diese Königsberger Tagung gewonnen.

(Bravo!)

Und heute endlich die Fülle der Ausstrahlungen, die das ganze städtische Wohnungs- und Siedlungsproblem gegeben hat: Öffene Fragen, zu denen wir Antwort suchen, zu denen wir vielleicht neue Wege finden müssen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Worte des Dankes schließen. Gedankt habe ich bereits denen, die die örtlichen Vorbereitungen in so glücklicher Weise durchgeführt haben. Lassen Sie mich aber auch denen danken, die die wissenschaftliche Vorbereitung dieser Tagung übernommen haben. Nur diejenigen, die selbst schon Sammelarbeiten herausgegeben haben, wissen, was es heißt, die Untersuchungsbände, wie sie zur Vorbereitung unserer mündlichen Darlegungen veröffentlicht worden sind, rechtzeitig fertigzustellen. Nur jene, die schon einmal in einer Sammelarbeit mit tätig gewesen sind, wissen, welche Opferwilligkeit dazu gehört, den Beitrag zeitig genug abzuschließen und abzuliefern. So danke ich nochmals recht herzlich Max Sering und Constantin von Dieze wie allen ihren Mitarbeitern, daß sie es ermöglicht haben, bereits vier Wochen vor der Tagung uns die Bände in die Hand zu geben. Nicht weniger danke ich Waldemar Zimmermann mit der Schar derjenigen, die ihn unterstützt hat, dafür, daß er in drei großen Bänden die Aussprache des heutigen Tages vorbereitet hat.

Ich danke ebenso herzlich den Referenten. Die Vorbereitungen eines solchen Referats, wie wir sie gehört haben, erfordern viel Zeit und Hingabe. Den Rednern geht es dann so, wie Werner Sombart es ein-

mal ausgedrückt hat: Sie stehen da wie Sankt Sebastian, durchbohrt von den Pfeilen ihrer scharfsinnigen und kritischen Kollegen. Aber über die Angriffe des Augenblicks kann sie die Nachwirkung trösten, die aus solchen Referaten für die wissenschaftliche Erkenntnis durch unsere Veröffentlichungen herauswächst.

Endlich danke ich all denen, die unsere Aussprache belebt, die durch ihre Fragen, ihre Einwendungen zur Vertiefung und Klärung der ganzen Problemkreise beigetragen haben. Ich glaube, wir dürfen gern an diese Königsberger Generalversammlung zurückdenken, deren Tage für uns nicht verloren gewesen sind.

(Lebhafte Beifall.)

(Schluß 6<sup>1/4</sup> Uhr.)

## Anhang.

### I.

#### Entgegnung von Hofrat Dr. Bunzel

auf die Ausführungen des Ministerialrates Dr. Fuchs S. 297 ff.

Herr Ministerialrat Dr. Fuchs hat auf der Königsberger Tagung, der ich leider nicht beiwohnen konnte, gegen den österreichischen Wohnungsbau der Schriften des Vereins (Bd. 177 III) den Vorwurf erhoben, er sei seiner Aufgabe nicht ganz gerecht geworden und habe ein Bild der Entwicklung und des Zustandes der österreichischen Wohnungspolitik entworfen, das nicht ganz der Wirklichkeit entspricht. Begründet wurde dieser Vorwurf mit der Behauptung, daß Licht und Schatten etwas ungerecht verteilt worden seien: das helle Licht falle auf die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien, auf die Verteidigung und Aufrechterhaltung des unveränderten Mieterschutzes, Schatten hingegen umhüllen mehr oder weniger alles das, was die Bundesverwaltung an Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot, zur Förderung der Wohnungsproduktion in den letzten Jahren unternommen habe.

Diese Vorwürfe finden in dem Inhalte unseres Wohnungsbandes keinerlei Stütze. Vor allem fällt auf die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien keineswegs ein helleres Licht als von ihr — auch nach der Ansicht des Ministerialrates Fuchs — ausstrahlt. Auf Seite 131f. unseres Bandes wird vielmehr ausdrücklich herborgehoben, daß die überwiegende Mehrzahl der von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen vielleicht zu klein sei, daß den Mietern — auch für Nachkriegsbegriffe — in der Regel zu wenig Räume zur Verfügung gestellt werden, daß es fraglich ist, ob immer die besten Materialien verwendet werden und ob die Mieter der Wohnungen sie in gutem Zustande erhalten. Als Gesamurteil wird hier nur ausgesprochen, daß die Wohnbauten der Gemeinde Wien — etwa mit den Werkwohnungen der

Wortkriegszeit verglichen — einen damals ungeahnten Fortschritt bedeuten. Und da Fuchs erklärt, die Leistung der Gemeinde sei wohnungstechnisch und wohnungskulturell ein großes Werk, klingt sein Lob der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien eher stürmischer als die zurückhaltenden Äußerungen unseres Schriftenbandes.

Nur mit der Art der Finanzierung der Gemeindebauten ist Fuchs nicht einverstanden, und so macht er unserem Bande besonders zum Vorwurf, daß dieser sich über die finanzpolitische Seite der Wiener Wohnungsbauteile gar nicht äußere. Fuchs glaubt sogar, die Herren aus Deutschland darüber aufzuklären zu müssen, daß diese Finanzierung vollständig aus laufenden Steuern erfolge, wobei nur ungefähr ein Drittel aus der Wohnbausteuer stamme, die übrigen zwei Drittel aber aus sonstigen verschiedenen Einnahmen der Gemeinde. Indessen können nicht nur die Herren aus Deutschland, sondern alle Leser auch aus unserem Schriftenbande (Seite 128f.) entnehmen, daß die Gemeinde Wien die Mittel für ihre Bauten durch eine Wohnbausteuer aufzubringen suchte, deren Ertrag 1929 nur 33,4 Millionen Schilling betrug, während die Ausgaben für Wohnbauzwecke 91,35 Millionen Schilling ausmachten, so daß der Rest aus anderen Steuererträgnissen gedeckt werden mußte. Alles was Fuchs festgestellt zu wissen wünscht, findet sich daher in unserem Bande.

Auch über die Leistungen des Bundes auf dem Gebiete der Wohnbauförderung gibt unser Band alle jene Auskünfte, die Fuchs vermißt. Wenn er für den Bund Österreich als Verdienst in Anspruch nimmt, daß er zuerst öffentliche Mittel zur Ermöglichung von Neubauten zu Verfügung gestellt hat und mit diesen ungefähr 7000 bis 8000 Wohnungen hergestellt werden konnten, so hat Kautsky auf Seite 73 unseres Bandes diese Zahl (bis Ende 1928) sogar mit 8654 und der Herausgeber auf Seite 133 (bis Ende 1929) mit 9005 angegeben. Auch der Umstand, daß der Staat an einer ausgiebigeren Wohnbauförderung durch seine mißliche finanzielle Lage und lange Zeit hindurch auch durch die Finanzkontrolle des Völkerbundes gehindert war, wird auf Seite 133 unseres Bandes ausdrücklich hervorgehoben, so daß beim besten Willen nichts zu finden ist, was unser Band hier böswillig verschwiegen haben könnte.

Was allerdings Fuchs über die neue Wohnbauförderungsaktion des Bundes vorbrachte, deckt sich nicht völlig mit den Tatsachen und daher auch nicht mit den entsprechenden Darlegungen unseres Bandes. So

kann man — um nur das Wichtigste zu erwähnen — leider nach den bisher vorliegenden Daten keineswegs sagen, daß mit den vom Bunde zur Verfügung gestellten Mitteln 20000 bis 25000 Wohnungen geschaffen werden können. Schon unser Band hatte (auf Seite 134) auf Grund der bis 1. Mai 1930 vorgelegten Ziffern über die Wohnbauförderungsaktion der Befürchtung Ausdruck geben müssen, daß mit den verfügbaren Mitteln kaum 20000 Wohnungen hergestellt werden können. Seither wurden aber in dem offiziellen Organe des österreichischen Verbandes für Wohnungsreform die bis 30. Juni 1930 vorliegenden Ziffern veröffentlicht, aus denen sich nun ergibt, daß das Gesamtergebnis der Aktion nicht (wie ursprünglich erhofft wurde) 30000, sondern höchstens 18000 Wohnungen sein werden, so daß es um 40 % hinter dem Versprochenen zurückbleiben wird, weil die mit 15000 Schilling vorgesehenen Durchschnittskosten einer Wohnung tatsächlich 24400 Schilling (demnach rund 63 % mehr als vorgesehen) ausmachen.

Nun kann man gewiß mit Fuchs auf dem Standpunkt stehen, daß die Wohnbauförderungsaktion nicht nur einen Vorrat von Wohnungen für drängendste Nachfrage schaffen sollte, sondern daß sie in erster Linie als wirtschaftspolitische Maßnahme aufgezogen war zur Beschäftigung des lange daniederliegenden Baugewerbes, zur Ankurbelung der Wirtschaft. Von diesem Gesichtspunkt mag es dann auch vielleicht gleichgültig erscheinen, was gebaut wird, wenn nur das Geld ausgegeben wird. Allein vom sozialpolitischen Standpunkte, den der Sonderband wahren zu müssen glaubt, kommt es eben in erster Linie darauf an, den dringendsten Bedarf an Wohnungen in zeitgemäßer Weise zu Preisen zu befriedigen, die für die Massen ohne Beeinträchtigung der gewohnten Lebensführung erschwinglich sind. Von diesem Gesichtspunkt aber läßt sich die Verwendung von öffentlichen Mitteln (noch dazu von Mitteln, die von allen, auch den ärmsten Mietern durch eine Zinsgroschensteuer aufgebracht werden müssen) zur Herstellung von Luxusobjekten oder zur Erzielung großer privatwirtschaftlicher Gewinne eben nicht ohne weiteres rechtfertigen. Es muß von diesem Standpunkte aus vielmehr Bedenken erregen, wenn man liest, daß in der Sitzung des Wohnbaukuratoriums vom 29. August 1930 Bauzuschüsse für elf von Privaten zu erbauenden Miethäusern bewilligt wurden, bei denen die Herstellungskosten einer einzigen Wohnung bis zu 80000 Schilling betrugen, und daß bis zum 20. Juni 1930 in Wien allein in 81 Fällen Bauzuschüsse für Villen gewährt wurden,

deren Baukosten den Betrag von 40000 Schilling überschritten. Auch erscheint es vom sozialpolitischen Gesichtspunkte kaum wünschenswert, daß — wie die Neue Freie Presse vom 31. August 1930 berichtete — unter Heranziehung der staatlichen Wohnbauförderungskredite Miethäuser errichtet wurden, die „leicht“ eine zehnprozentige und auch noch höhere Verzinsung ergeben, weil die Mieter dieser Neubauten mindestens einen Schilling für die Friedenmietzinskrone (also einen zu sieben Zehntel aufgewerteten Zins) zahlen müssen.

Ob die Erträge der reichsdeutschen Hauszinssteuer in ähnlicher Weise verwendet werden (wie Fuchs anzunehmen scheint) und ob daher die österreichische Regierung mit dieser Art der Verwendung öffentlicher Mittel dem Beispiele folgt, das Deutschland seit vielen Jahren gibt, ist hier ebensowenig zu untersuchen wie die Frage, welche wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen eine derartige Verwendung haben müßte. Sicher aber ist, daß unser Schriftenband, wenn er einer öffentlichen Wohnbauförderung andere Aufgaben stellt, sich in voller Übereinstimmung mit den beiden Schriftenbänden des Vereins befindet, die reichsdeutsche Verhältnisse behandeln, und daß daher die Darlegungen unseres Bandes — die im Tatsächlichen durch die Ausführung des Ministerialrates Fuchs weder ergänzt noch gar berichtigt wurden — sich auch in der kritischen Beurteilung der bisherigen Wohnungspolitik der österreichischen Regierung aller nur irgend vertretbaren Zurückhaltung befleißigt hat und an strengster wissenschaftlicher Objektivität gewiß nichts zu wünschen übrig läßt. Es bleibt nur zu hoffen, daß, wenn für die Wohnbauförderungsaktion des Bundes — wie Fuchs verspricht — über das nächste Jahr hinaus weitere öffentliche Mittel bereitgestellt werden, die Mahnungen der — privatwirtschaftlichen Erwägungen gewiß nicht abgeneigten — „Neuen Freien Presse“ befolgt werden und die Gewährung weiterer Baukredite nicht zu einem Gegenstand des wirtschaftlichen und politischen Schachers gemacht wird, daß vielmehr Projekte, die eine größere Anzahl vermietbarer Wohnungen umfassen, in erster Linie Berücksichtigung finden und nicht Hunderte von Gesuchen zurückgestellt werden, während Projekte Genehmigung finden, in deren Rahmen eine Einzelwohnung 50000 bis 60000 Schilling kostet. Nur dann könnte eine weitere langsame schonende Aufwertung der Mietzinse verantwortet werden, die Fuchs „natürlich“ für notwendig hält. Doch wecken seine Ausführungen leider nur geringe Hoffnungen auf eine sozialpolitischen Erwägungen auch

nur einigermaßen Rechnung tragende Behandlung dieser Angelegenheit durch die gegenwärtige österreichische Regierung. Sie verstärken vielmehr den in unserem Bande (Seite 176) in Übereinstimmung mit den Ausführungen Pribrams geäußerten Wunsch, die Verwaltung der zur Förderung des Wohnungsbaues verfügbaren öffentlichen Mittel laufmännisch geleiteten Treuhandgesellschaften zu überlassen, um die Regulierung der Wohnungswirtschaft durch Unterstützung der Bautätigkeit von den Einflüssen wechselnder Parteikonstellationen unabhängig zu machen.

## II.

### Studienfahrt durch Ostpreußen.

Von Dr. E. F. Müller-Königsberg.

Der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg ging eine kurze Informationsreise durch die Provinz Ostpreußen voraus, die in erster Linie den Zweck hatte, die Kongressteilnehmer mit den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes bekanntzumachen, seine Leistungen für die deutsche Volkswirtschaft aufzuzeigen und dabei zugleich an einzelnen Beispielen nachzuweisen, welche Auswirkungen die durch das Versailler Diktat bedingte Isolierung Ostpreußens vom Mutterlande auf die Wirtschaftslage der Provinz gehabt hat. Die Studienreise, an der rund dreißig Mitglieder teilnahmen, erstreckte sich über dreieinhalb Tage und führte von Königsberg durch das Samland nach Insterburg, Angerburg, Lözen, Allenstein, Osterode, von wo aus die Rückfahrt durch das Oberland nach Königsberg angetreten wurde.

Entsprechend dem für den zweiten Verhandlungstag gewählten Thema: „Die deutsche Agrarnot und der Osten“ war in dem Reiseplan von vornherein darauf Bedacht genommen worden, den Teilnehmern einen möglichst weitgehenden Einblick in die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft zu vermitteln. Zu diesem Zweck hatten liebenswürdigerweise die Landwirtschaftskammer, das Landeskulturamt sowie die Ostpreußische Landgesellschaft und die Ostpreußische Bau- und Siedlungsgeellschaft an der Aufstellung des Programms mitgewirkt, so daß die Möglichkeit gegeben war, die für Ostpreußen eigentümlichen Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft sowohl bei der Siedlung wie auch beim

Bauernbesitz und Großgrundbesitz kennenzulernen. Das Hauptinteresse der auswärtigen Gäste galt dem gegenwärtigen Stand des Siedlungswesens in Ostpreußen. Durch das Entgegenkommen der beiden bereits genannten Siedlungsgesellschaften war Gelegenheit gegeben zur Besichtigung sowohl von neuangelegten Siedlerstellen als auch von Siedlungen aus der Vorkriegszeit.

Was die Tätigkeit der „Ostpreußischen Landgesellschaft“ anlangt, so hat dieses provinzielle gemeinnützige Siedlungsunternehmen in den 25 Jahren seit seiner Gründung rund 6315 Rentengüter in Ostpreußen ausgelegt, wovon der Hauptteil auf die Größenklassen von 5 bis 10 und 10 bis 20 ha entfällt. Die Besichtigungsfahrt gab Gelegenheit, sogenannte „Arbeiterstellen“ mit 2 bis 3 ha Land, „Handwerkerstellen“ mit 5 ha, „Kleinbauernstellen“ mit 8 bis 10 und „Bauernstellen“ mit 10 bis 20 ha Land zu sehen. Die in den Jahren 1909/10 errichtete Siedlung Legden, die in Form eines langgestreckten Reihendorfes angelegt ist, zeigte in ihren Siedlerstellen schon völlig den Charakter alter bäuerlicher Wirtschaften. Im Gegensatz zu ihrer bisherigen Praxis ist die Landgesellschaft neuerdings dazu übergegangen, die Siedlergehöfte aus Ersparnisgründen in eigener Regie zu erbauen. Diese neuen Typenbauten wurden in Wulfshöfen, einer Siedlung aus dem Jahre 1930, besichtigt.

Was die Form der Siedlung betrifft, so steht die Ostpreußische Landgesellschaft auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß aus wirtschaftlichen Gründen jeder Siedler auf seinem Ackerplan angesetzt werden muß. Dabei ist von vornherein vermieden worden, daß die Einzelgehöfte über das Gelände wahllos verstreut errichtet werden. Vielmehr ist bewußtermaßen darauf geachtet worden, daß bei der Aufteilung größerer Güter bereits ein Ortskern oder mehrere in dem Gutsgehöft und in den Vorwerken bei der Siedlungsplanung vorhanden sind. An dem Beispiel von Wulfshöfen wurde diese Siedlungsweise praktisch erörtert. Die Landgesellschaft hat bei ihren Neusiedlungen Vorkehrungen getroffen, die etwaigen Fehler der zerstreuten Bauweise durch geschickte Plangestaltung zu überwinden und ist dazu übergegangen, durch Gruppensiedlung einen Mittelweg zwischen geschlossener Ortslage und ausgesprochener Streulage zu schaffen. Diese neue Art der Gruppensiedlung wurde den Reiseteilnehmern besonders anschaulich auf dem dicht bei Königsberg belegenen Gut Arnau an Hand des Aufteilungsplans dargelegt.

Die „Ostpreußische Bau- und Siedlungsgeellschaft“ (Bausi) konnte bei der Informationsreise eine ganze Anzahl von Siedlungen aufzeigen, die erst in jüngster Zeit ausgelegt worden sind, so in Legitten, Lauth, Karlshöh, Ramsau und Erben. Besonders interessant war die Siedlung Lauth — in unmittelbarer Nähe Königsbergs belegen —, wo im Rentengutsverfahren 15 Gärtnerstellen in Größe von je 10 bis 17 Morgen und 14 andere Stellen von 8 bis 60 Morgen geschaffen worden sind. Mit der Rentengutssiedlung ist hier eine Vorstadtsiedlung mit Hauszinssteuermitteln und die Auslegung von 18 Landarbeiterstellen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge verbunden worden. Auf diese Weise hat man erreicht, daß an Stelle von sieben Familien 147 eine gesunde Entwicklungsmöglichkeit außerhalb der Mauern der Großstadt erhalten haben.

Besondere Aufmerksamkeit fand auch die in Masuren belegene Siedlung Ramsau, wo insgesamt 43 Stellen in der Größe von 6 Morgen bis 80 Morgen ausgelegt worden sind. Dieses Objekt wird als ein besonders gutes Beispiel für eine moderne und schnelle Aufbauarbeit bezeichnet. Das gleiche gilt von der in Erben, Kreis Ortelsburg, gezeigten Siedlung, wo 54 neue Stellen ausgelegt worden sind. Zum erstenmal ist hier mit der Neu- und Anliegersiedlung in der Praxis eine Umsiedlung verbunden worden, und zwar sind eine Reihe von Landwirten aus der Gegend von Zellinowen (5 km von Erben entfernt) nach hier umgesiedelt worden, um auf dem guten Mittelboden eine bessere und sicherere Existenz aufzubauen, als es ihnen bisher auf dem karglichen Sandboden Zellinowens möglich war. Besonders beachtenswert ist auch die Ausnutzung der alten Gebäude, die hier besonders gut gelungen ist. Als Siedlungsform ist hier die erweiterte Dorflage gewählt, und der Aufbau der Gebäude zwischen dem alten Gutsgehöft und dem bereits bestehenden Dorf Erben vorgenommen worden.

Neben der Besichtigung der einzelnen Siedlerstellen wurde namentlich der Frage weitgehendstes Interesse entgegengebracht, aus welchen Kreisen die zur Ansiedlung gelangenden Menschen stammen. Hierzu ist zu bemerken, daß der überwiegende Teil der Ansiedler aus der Provinz Ostpreußen selbst gestellt wird, daneben werden aber noch immer deutsche Flüchtlinge aus Russland und den abgetretenen Gebieten angesezt. Dagegen hat die Ansiedlung von westdeutschen Bauern bisher praktisch keine Rolle gespielt. Es scheint deshalb die Annahme

berechtigt zu sein, daß die vielerwähnte West-Ost-Siedlung kaum früher einsetzen wird, bis nicht die wirtschaftliche und politische Sicherung der abgeschnürten Provinz Ostpreußen in jeder Beziehung gewährleistet ist.

Den Hauptanteil der Siedler stellen vornehmlich die schon früher selbständige gewesenen Landwirte, die zu kleine Grundstücke besessen haben, auf denen sie, besonders beim Heranwachsen ihrer Familie, kein rechtes Auskommen mehr fanden. Nachdem sie ihr zu kleines Eigentum verkauft hatten, erwarben sie aus dem Erlös eine Siedlung, auf der sie eine ausreichende Familiennahrung zu finden hofften. Daneben siedeln viel und gern die zweiten und weiteren Bauernsöhne, wenn sie nur überhaupt die Mittel zur Anzahlung auf eine Siedlerstelle sowie das nötige Inventar besitzen. Diese junge Generation hat auch vor allem den Mut und die Fähigkeit, die beide gerade für Ostpreußen besonders nötig sind, um die gewiß nicht leichte Anfangszeit auf einer Siedlerstelle zu überwinden. Einen bedeutenden Prozentsatz von den Neusiedlern nehmen auch die ostpreußischen Landarbeiter ein. Bei der ostpreußischen Landgesellschaft waren 1929 sogar rund 30 % von den insgesamt angestellten Siedlern Landarbeiter.

Zusammenfassend ist über das praktische Ergebnis der Siedlungstätigkeit in Ostpreußen zu sagen, daß die insbesondere von der ostpreußischen Landgesellschaft und der „Bausi“ geschaffenen Siedlerstellen eine meist sehr erfreuliche Entwicklung genommen haben. Unter den heutigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen führen freilich alle Siedler einen ungemein schweren Kampf um ihre Existenz. Eine angemessene Preishildung der landwirtschaftlichen Produkte bleibt ausschlaggebend für die weitere Zukunft der Siedler. Immerhin kann festgestellt werden, daß die neugeschaffenen Familienbetriebe bisher eine verhältnismäßig starke Krisenfestigkeit gezeigt haben. Die ostpreußische Landgesellschaft weist darauf hin, daß der Prozentsatz der zur Zwangsversteigerung gelangten Rentengüter außerordentlich gering ist, da er noch nicht 1 % beträgt. Ebenso sind die jeweiligen Zinsrückstände an den üblichen Zahlungsterminen bisher ebenfalls verhältnismäßig gering geblieben. Vorausgesetzt, daß eine Rentabilität der Landwirtschaft in Zukunft überhaupt gegeben ist, kann erwartet werden, daß die hier gezeigten Siedlungen auch in Zukunft eine gesunde Aufwärtsentwicklung zeigen.

Neben diesem eingehenden Studium der ostpreußischen Siedlungsverhältnisse, denen im Hinblick auf die kulturellen und nationalpolitischen Aufgaben der Provinz eine erhöhte Bedeutung zukommt, war den Teilnehmern in weitestem Umfange die Möglichkeit gegeben, einen Einblick in andere landwirtschaftliche Betriebe zu gewinnen. Nach eingehenden Darlegungen des Vertreters der Landwirtschaftskammer über die Einrichtung und den Wert der Bauernbeispielwirtschaften fand die Besichtigung eines solchen bäuerlichen Beispielsbetriebes im Samland statt. Die Reise führte die Kongreßteilnehmer ferner nach Carmitten, wo die züchterischen Erfolge des weit über die Grenzen der Provinz Ostpreußen bekannten Rindvieh-Hochzuchtbetriebes von Sehmer starkes Interesse fanden. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußen und des Deutschen Landwirtschaftsrats, Herr Dr. Dr. h. c. Brandes, hatte es sich nicht nehmen lassen, die Reiseteilnehmer zu einem Besuch seiner Begüterung Althof bei Insterburg einzuladen und selbst durch den Betrieb zu führen. Im Rittergut Nadrau konnte die Spitzenleistung der ostpreußischen Schafzucht bewundert werden. Die staatliche Hengstprüfungsanstalt Zwion bei Insterburg zeigte die hohe Klasse der ostpreußischen Pferdezucht.

Ganz besonders interessant und für die Mehrheit der Teilnehmer wohl völlig unerwartet war die Tatsache, daß in Ostpreußen auch die Edelpelztierzucht in anerkannter Blüte steht. Ein Besuch der Silberfuchsfarm von Dr. Stern in Nickelsdorf bei Allenstein konnte den Beweis dafür erbringen, daß die Provinz Ostpreußen wegen ihrer günstigen klimatischen Bedingungen durchaus für die Edelpelztierzucht geeignet ist. Jedenfalls sind die züchterischen Erfolge der hier besichtigten Farm so groß, daß man mit Recht davon sprechen kann, daß die Edelpelztierzucht in Ostpreußen eine Zukunft hat.

Dank des weitgehenden Entgegenkommens der ostpreußischen Behörden, namentlich von Seiten des Herrn Landeshauptmanns der Provinz Ostpreußen, war es ermöglicht worden, die Vereisung im Kraftwagen durchzuführen. Auf einer Fahrt von nahezu 1000 km lernte die Reisegesellschaft die landschaftlichen Schönheiten des Landes kennen; pflegt doch Ostpreußen gerade im Herbst sein farbenreichstes Gewand anzulegen. Wenn die Fahrt teilweise leider von schlechtem Wetter begleitet war, so konnten die Teilnehmer auf der Reise durch das Samland, das Gebiet der masurischen Seen und des Oberlandes neben

allem andern den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß Ostpreußen mit zu den schönsten Provinzen des deutschen Vaterlandes zu zählen ist. Ein Besuch des Tannenberg-National-Denkmales ließ zugleich die Erinnerung an die geschichtliche Vergangenheit lebendig werden und prägte den Teilnehmern noch einmal ein, welche Mission Ostpreußen als letztes deutsches Volkwerk hier im Osten zu erfüllen hat.

### III.

#### Geschäftliche Beschlüsse der Generalversammlung.

Die Vereinsversammlung trat am Nachmittag des 24. September auf der Königsberger Tagung des Vereins auf Grund der alten Satzungen zusammen, die in Eisenach am 3. Oktober 1873 festgestellt und dann am 25. Oktober 1876 in Bremen, am 29. Dezember 1881 in Frankfurt a. M., am 20. März 1893 in Berlin, am 16. September 1919 in Regensburg, am 22. September 1920 in Kiel und am 20. September 1922 in Eisenach verändert worden waren. Alle diese Veränderungen waren im Grunde von nebenfachlicher Bedeutung gewesen: die ursprünglich durch die Satzungen geschaffenen Einrichtungen hatten sich durch die Jahrzehnte festhalten lassen. In Zürich war dann aber am 12. September 1928 vom Ausschuß der Beschuß gefasst worden, die Satzungen einer grundfächlichen Nachprüfung und nötigenfalls einer Umgestaltung zu unterziehen. Durch einen niedergegesetzten Unterausschuß in mehreren Sitzungen sorgfältig vorbereitet, beschloß zuletzt der Ausschuß in seiner Sitzung vom 26. September 1929 in Kissingen die Fassung der neuen Satzung, wie sie jetzt als „Vorlage für die Vereinsversammlung“ diesem Organ des Vereins zur Beschußfassung vorlag. Diese Fassung wurde mit einem schriftlich eingegangenen Antrag Bräuer und Genossen nach kurzer Beratung ohne Widerspruch von der Vereinsversammlung angenommen. Die Satzung in der neuen Fassung ist in dem vorliegenden Schriftenbande nachfolgend abgedruckt.

Danach wurde die Vereinsversammlung alten Stiles geschlossen und zugleich auf Grund der neuen Satzung, die keine andere Zusammensetzung vorschreibt, als Mitgliederversammlung neuen Stiles eröffnet. Es wurden zugleich gemäß der neuen Satzung die Wahlen zum Hauptausschuß vorgenommen mit folgendem Ergebnis.

Als Mitglieder des Hauptausschusses sind folgende Vereinsmitglieder gewählt:

- |                            |                    |
|----------------------------|--------------------|
| 1. Albrecht, H.            | 27. Landmann       |
| 2. Arndt                   | 28. Lederer        |
| 3. v. Beckerath, E.        | 29. Loh            |
| 4. v. Beckerath, H.        | 30. Mann           |
| 5. Boese                   | 31. v. Mises       |
| 6. Bonn                    | 32. v. Mostiz      |
| 7. Bräuer                  | 33. v. Pistorius   |
| 8. Briefs                  | 34. Pribram        |
| 9. Brück                   | 35. Prion          |
| 10. v. Degenfeld           | 36. Saenger        |
| 11. Diehl                  | 37. Salzow         |
| 12. v. Dieße               | 38. Sombart        |
| 13. Eckert                 | 39. Spann          |
| 14. Gulenburg              | 40. Spiethoff      |
| 15. Feuchtwanger           | 41. v. Spitzmüller |
| 16. Fuchs                  | 42. Schumacher     |
| 17. Gerloff                | 43. Schumpeter     |
| 18. Goldscheid             | 44. Wagemann       |
| 19. Gothein                | 45. Weber, Ad.     |
| 20. v. Gottl-Ottlilienfeld | 46. Weber, Alfr.   |
| 21. Günther, Ad.           | 47. v. Wiese       |
| 22. Gutmann                | 48. Wilbrandt      |
| 23. Harms                  | 49. Zahn           |
| 24. Hesse                  | 50. Zimmermann     |
| 25. Heyde                  | 51. v. Zwiedinek   |
| 26. Jahn                   |                    |

Die Mitgliederversammlung wurde daraufhin unterbrochen, und die gewählten Mitglieder des Hauptausschusses zogen sich, soweit anwesend, als Rumpfausschuss zu einer Beratung zurück, die gemäß der neuen Satzung die Zuwahlen zum Gegenstand hatte. Das Ergebnis dieser Beratung wurde dann in der wiedereröffneten Mitgliederversammlung verkündet.

Es waren folgende Vereinsmitglieder in den Hauptausschuß gewählt worden:

- |                  |                |
|------------------|----------------|
| 1. Aubin         | 27. Pfirrmann  |
| 2. Bechtel       | 28. Blaut      |
| 3. Bergsträßer   | 29. Poensgen   |
| 4. Brauer        | 30. Potthoff   |
| 5. Brinkmann     | 31. Preyer     |
| 6. Bunzel        | 32. Ritschl    |
| 7. Cohen         | 33. Röpke      |
| 8. Colm          | 34. Rüstow, A. |
| 9. Dorn          | 35. Salin      |
| 10. Euden        | 36. Schack     |
| 11. Feiler       | 37. Schmidt    |
| 12. Gehlhoff     | 38. Seraphim   |
| 13. Goebel       | 39. Siemering  |
| 14. Grünfeld     | 40. Silberberg |
| 15. Hahn         | 41. Singer     |
| 16. v. Hayek     | 42. Skalweit   |
| 17. Heimann      | 43. Somary     |
| 18. Helander     | 44. Tarnow     |
| 19. Leuhuscher   | 45. Thieß      |
| 20. Löwe         | 46. Umbreit    |
| 21. Mayer        | 47. Bleugels   |
| 22. Mischlerlich | 48. Wiedenfeld |
| 23. Moeller      | 49. Winkler    |
| 24. Mombert      | 50. Wolff      |
| 25. Muhs         | 51. Zizek      |
| 26. Bassow       |                |

Die Vereinsversammlung wurde darauf geschlossen, und der neue Gesamtausschuß trat zur Vornahme der weiteren nötigen Beschlüsse auf Grund der neuen Satzung zusammen.

Diese Beschlüsse des Hauptausschusses werden in der üblichen Form eines besonderen Protokolls allen Vereinsmitgliedern bekanntgegeben werden. Hier sei daraus nur noch das Folgende hinzugefügt:

Es wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt die Herren: Bücher, Hainisch, Herkner, v. d. Leyen, Sering, Tönnies.

Zum Ehrenvorsitzenden wurde gewählt Herr Herkner.

Außerdem wählte der Hauptausschuß auf Grund der neuen Satzung in den Vorstand die Herren: Eckert zum Vorsitzenden, Sombart zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins, Boese zum Schriftführer, Saenger zum Schatzmeister, ferner zu Beisitzern die Herren: Spiehoff, Gerloff, Lederer, Bräuer, Fuchs, Harms, Ad. Weber, v. Mises.

Alle Gewählten haben die Wahl angenommen.

#### IV.

# Satzung des Vereins für Sozialpolitik

Festgestellt in Königsberg am 24. September 1930.

- 
- § 1. Der Verein für Sozialpolitik bezweckt die Erörterung sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Probleme in Wort und Schrift. Die Einnahmen des Vereins sind ausschließlich zu diesem Zwecke zu verwenden. Der Sitz des Vereins ist Berlin.
- § 2. Der Beitritt zum Verein erfolgt durch schriftliche Mitteilung an den Vorsitzenden oder Schatzmeister und Einsendung des Jahresbeitrages.  
Die Mitgliedskarte, die jedes Mitglied nach Zahlung des Jahresbeitrages erhält, berechtigt zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und den allgemeinen Tagungen des Vereins.
- § 3. Organe des Vereins sind:
1. die Mitgliederversammlung,
  2. der Hauptausschuß,
  3. der Vorstand,
  4. die Sachauschüsse.
- § 4. Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Vereins. Sie trifft in der Regel alle zwei Jahre zusammen und ist vom Vereinsvorsitzenden mindestens vier Wochen vorher unter Übersendung der Tagesordnung einzuberufen.  
Der Beschlusstext durch die Mitgliederversammlung sind vorbehalten: die Abänderung der Satzung, die Wahlen zum Hauptausschuß, die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages, die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

**§ 5. Der Hauptausschuss besteht aus 51 Mitgliedern. Ein Drittel derselben wird in jeder ordentlichen Mitgliederversammlung von den anwesenden Mitgliedern des Vereins neu gewählt. Wahlfähig ist jedes Mitglied des Vereins. Die Wahl ist schriftlich und geheim; sie kann jedoch durch Zuruf erfolgen, wenn niemand widerspricht. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Ergibt sich weder im ersten noch im zweiten Wahlgange eine solche absolute Mehrheit, so findet Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Wiederwahl ist zulässig.**

Der Hauptausschuss ist befugt, bis zu 51 Mitglieder hinzuzuwählen, deren Mitgliedschaft bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung dauert. In besonderen Ausnahmefällen darf die Zahl 51 dann überschritten werden, wenn es der Hauptausschuss in seiner Gesamtheit (gewählte und zugewählte Mitglieder) mit Dreiviertelmehrheit der Anwesenden beschließt. Vorschläge auf Wahl solcher Vereinsmitglieder, die dem Hauptausschuss noch nicht angehört haben, müssen schriftlich erfolgen und mindestens acht Tage vor der Wahlhandlung in den Händen des Vereinsvorsitzenden sein. Im übrigen gelten die Wahlvorschriften des Absatzes 1 entsprechend.

Der Hauptausschuss hat das Recht, um die Entwicklung des Vereins verdiente Mitglieder zu Ehrenvorsitzenden des Vereins oder zu Ehrenmitgliedern des Hauptausschusses zu ernennen.

Alle Mitglieder des Hauptausschusses haben gleiche Rechte.

**§ 6. Den Vorstand bilden der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Schriftführer, der Schatzmeister, die Vorsitzenden der Sachausschüsse und die übrigen vom Hauptausschuss gewählten Mitglieder. Die höchste Zahl der Vorstandsmitglieder beträgt 12.**

Der Vorstand wird bei jeder ordentlichen Mitgliederversammlung von den gewählten und zugewählten Mitgliedern des Hauptausschusses neu gewählt. Wahlfähig ist jedes Mitglied des Hauptausschusses. Die Wahlvorschriften des § 5 gelten entsprechend.

**§ 7. Der Vorstand leitet den Verein nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses. Die regelmäßigen Geschäfte führen der Vorsitzende, der Schriftführer und der Schatzmeister innerhalb ihrer Zuständigkeit. Der Schatzmeister hat nach Schluss jedes Geschäftsjahres einen Kassenabschluss vorzulegen. Die Rässe und der Rechnungsabschluss sind durch zwei vom Hauptausschuss gewählte Mitglieder zu prüfen.**

**§ 8. Der Hauptausschuss hat den Vorstand in der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen. Er wird nach Bedarf vom Vereinsvorsitzenden einberufen. Seiner Beschlussfassung sind insbesondere vorbehalten: 1. Zeit und Ort der Mitgliederversammlungen und der Vereinstagungen, 2. die Bestimmung der auf den Tagungen zur Erörterung kommenden Fragen, 3. die Veranstaltung von Untersuchungen und Herausgabe von Vereinsdrücken, 4. die Entlastung des Schatzmeisters.**

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Hauptausschusses ist die Einladung aller Mitglieder erforderlich.

**§ 9. Die Sachausschüsse werden zur Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen und zur Veranstaltung von Erörterungen vom Haerausshuf eingesezt.**

Jeder Sachausschuss besteht aus 12 Mitgliedern, die vom Haerausshuf jeweils bis zur nächsten wissenschaftlichen Tagung gewählt werden. Wahlfähig ist jedes Mitglied des Vereins.

Jeder Sachausschuss hat das Recht, sich durch Zuwahl von Mitgliedern aus der Reihe der Vereinsmitglieder zu ergänzen. Die Zahl dieser Mitglieder ist nicht begrenzt.

Die Leitung jedes Sachausschusses liegt in den Händen der Vorsitzenden, die vom Haerausshuf mit Geltung bis zur nächsten wissenschaftlichen Tagung gewählt werden.

Für alle Wahlen zu den Sachausschüssen gelten die Wahlvorschriften des § 5 entsprechend.

Die Mitglieder des Vereinsvorstandes haben in allen Sitzungen der Sachausschüsse beratende Stimme.

**§ 10. Der Verein veranstaltet in der Regel alle zwei Jahre im Anschluß an die Mitgliederversammlungen wissenschaftliche Tagungen. Diese bestehen aus einer allgemeinen Tagung und den Tagungen der Sachausschüsse.**

Die Leitung der wissenschaftlichen Tagungen ist durch Beschuß des Haerausshusses zu regeln.

**§ 11. In allen Versammlungen des Vereins und seiner Organe wird nur über Vereinsangelegenheiten, nicht über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschuß gefaßt. Alle Anträge, mit Ausnahme von Anträgen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich zu stellen.**

**§ 12. Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden.**

**§ 13. Der von der Mitgliederversammlung festgesetzte Beitrag — zur Zeit 20 RM. für persönliche Mitglieder, 30 RM. für körperhaftliche Mitglieder — ist innerhalb vier Wochen nach Zahlungsaufforderung an den Schatzmeister zu entrichten, widrigenfalls er durch Postauftrag eingezogen wird. Nimmt ein Mitglied den durch Postauftrag beobherten Brief nicht an, so wird dies einer ausdrücklichen Austrittserklärung gleichgeachtet.**

Der Vorstand ist berechtigt, außerdem durch Umlagen in der verhältnismäßigen Höhe der Beiträge von den Mitgliedern die Mittel für die Vereinskasse einzuhaben, die über die regelmäßigen und sonstigen Einnahmen hinaus zur Deckung der in ordnungsmäßiger Erfüllung der Aufgaben des Vereins entstandenen Verpflichtungen erforderlich sind. Die Erhebung erfolgt in der gleichen Weise wie bei den Beiträgen. Ebenso kann von den Teilnehmern der Vereinstagungen ein besonderer Beitrag zur Besteitung der örtlichen Kosten erhoben werden.

Mitglieder, die den Beitrag und die Umlagen bezahlt haben, sind zum kostenlosen Bezug der Vereinschriften berechtigt.

- § 14. Abänderungen dieser Satzung können von der Mitgliederversammlung durch absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, jedoch nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftführer vier Wochen vor dem Zusammentreten der Versammlung übergebenen Antrag beschlossen werden. Der Antrag ist allen Mitgliedern mindestens acht Tage vor der Versammlung bekanntzumachen.
- § 15. Die Bestimmungen des § 14 gelten auch für Anträge auf Auflösung des Vereins. Im Falle der Auflösung ist das Vermögen des Vereins einem gemeinnützigen Verein zu überweisen, der ähnliche Zwecke verfolgt.

## Übergangsbestimmung.

Zu § 5: In der ersten, auf Grund der vorstehenden Satzung stattfindenden Mitgliederversammlung wird der Hauptausschuss vollständig neu gewählt. In der folgenden Mitgliederversammlung wird zum ersten Male das ausscheidende Drittel der 51 gewählten Ausschußmitglieder ausgelöst, und es finden Neuwahlen nach den Bestimmungen des § 5 statt.

## Verzeichnis der Redner.

---

- |   |   |
|---|---|
| Astor 302.<br>v. Batocki 119, 182, 230, 253,<br>270, 289.<br>Baumert 209.<br>v. Bissing 206.<br>Brandes 153.<br>Brandt 166.<br>Brinkmann 202.<br>(Bunzel) 345.<br>v. Dieze 138, 220.<br>Eckert 3, 82, 87, 230, 343.<br>Eisenlohr 16.<br>Frank 311.<br>Fuchs, Tüb. 186, 291, 302, 318,<br>325, 333, 340.<br>Fuchs, Wien 297.<br>v. Gayl 212.<br>Genzen 20.<br>Grünfeld 307.<br>Hainisch 162, 202.<br>Harms 170, 194. | v. Hayek 253, 318.<br>Heimann 58.<br>Junker 14.<br>Lang 154.<br>Mitscherlich 196.<br>Nadolny 180.<br>Prange 315, 330.<br>Rüstow, A. 190.<br>Rüstow, H.-J. 197, 208, 325.<br>Schack 21.<br>Schmidt, Wien 210.<br>Sering 14, 17, 23, 58, 88, 221.<br>Siehr 87, 117, 138, 152, 153,<br>215, 226.<br>Sizler 17.<br>Steinhoff 18.<br>Bleugels 22.<br>Weber, Ad. 23.<br>Wilbrandt 271, 333.<br>(Zimmermann) 230, 320. |
|---|---|
-